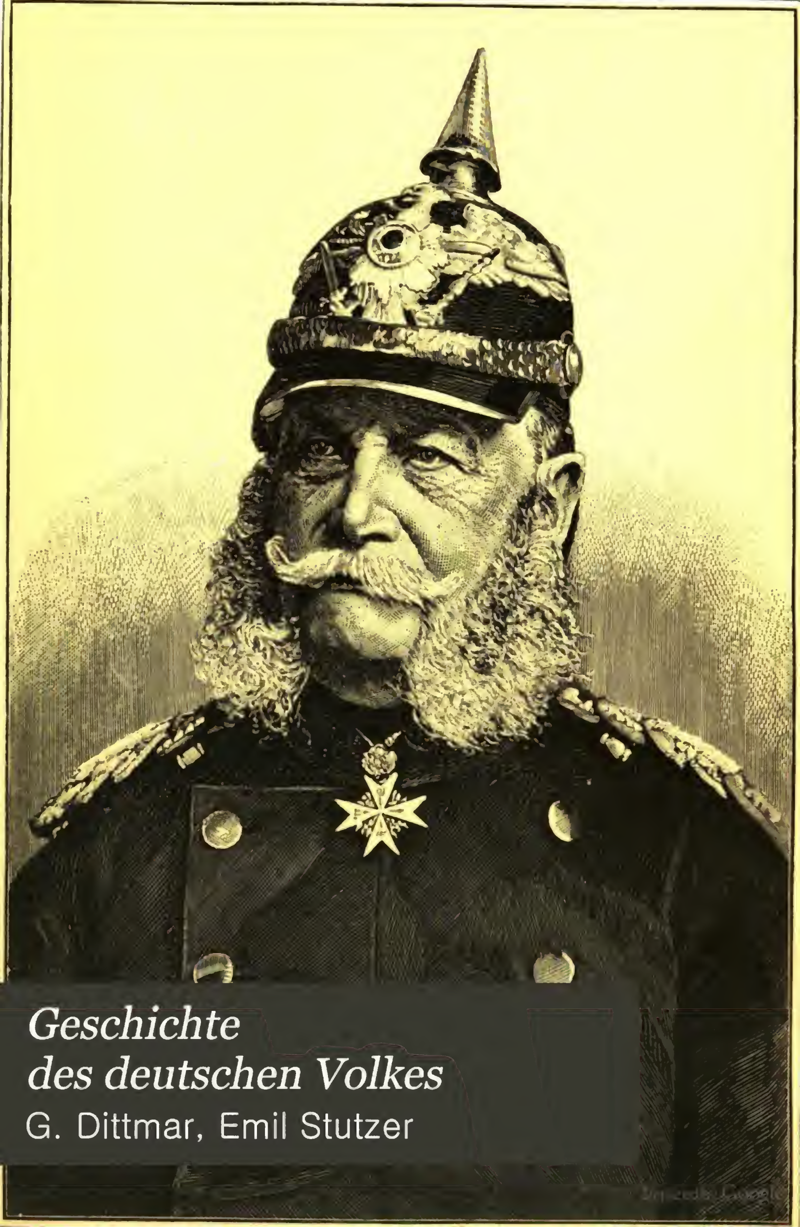


Geschichte des deutschen Volkes

G. Dittmar, Emil Stutzer



HOHENZOLLERN COLLECTION

IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR

PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY



Kaiser Wilhelm I.



Geschichte

des

Deutschen Volkes

dargestellt

von

G. Dittmar,

weiland Königl. Gymnasial-Direktor.

In drei Bänden.

Dritter Band.

Vollendet und herausgegeben

von

E. Stutzer,

Gymnasial-Oberlehrer.

Mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms I.



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

1893.

Dem hochverdienten Förderer

deutscher Erziehung und Schule

Herrn

Dr. Ludwig Wiese

Wirkl. königlich preußischem Geheimen Ober-Regierungsrat,
Doktor der Theologie u. s. w.

in tiefster und aufrichtigster Dankbarkeit und Verehrung

zugeeignet

von

G. Dittmar.

Vorrede.

Dieser dritte Band der Geschichte des deutschen Volkes erscheint unter ganz anderen Verhältnissen als die beiden früheren. Dem Verfasser der letzteren war es nicht beschieden, sein Werk zu Ende zu führen, und Worte des Nachrufs mögen dem Unterzeichneten zunächst und vor allem verstattet sein.

G. Dittmar ward am 30. Mai 1839 in Grünstadt, einem Städtchen der Rheinpfalz, geboren als ältester Sohn des durch seine geschichtlichen Arbeiten bekannten Rektors Dr. H. Dittmar. Im Herbst 1857 bezog er zum Studium der klassischen Philologie und der Geschichte die Universität Erlangen, und dorthin kehrte er auch nach kurzem Aufenthalte in Göttingen zurück. In letztgenannter Universitätsstadt ward ihm besonders durch Ernst Curtius vielfache Anregung zu teil, ebenso war ihm in Erlangen manches Professorenhaus nach der damaligen guten Sitte freundlich geöffnet. Er hatte ferner das hohe Glück, eine Anzahl strebsamer Freunde zu finden, und fast mit allen blieb er auch später in Verbindung. Zu diesen Freunden gehörte vor allem Professor Schröder in Heidelberg, der nach Dittmars Tode des Manuskripts in freundlichster Weise sich angenommen hat.

Herbst 1861 bestand Dittmar in München die Staatsprüfung auf Grund guter Leistungen, erhielt nach 1 Jahre eine feste Anstellung und kam bald ans Progymnasium seiner Vaterstadt. Da er aber, um seine eigenen Worte anzuführen, „einerseits

die Erkenntnis der sittlichen Schäden des süddeutschen Partikularismus, anderseits eine Einsicht in die Vortrefflichkeit des preußischen Schulwesens" gewonnen hatte, so erfüllte ihn bald der Wunsch, „in den gesunden Boden des preußischen Staatslebens" verpflanzt zu werden. Mit diesen Worten ist die Gesinnung angedeutet, die im Verein mit ernster christlicher Lebensanschauung ihm die Feder bei der Abfassung des vorliegenden Werkes geführt hat. Eine nicht gewöhnliche Energie in der Auffassung und Durchführung seiner schriftstellerischen wie pädagogischen Aufgaben hat ihm die fruchtbare und segensreiche Bethätigung dieser Gesinnungen in seinem reichen und vielseitigen Schaffen und Wirken allezeit ermöglicht und gesichert. — Auf seinen ebenerwähnten Wunsch ging der damalige Leiter des höheren Schulwesens in Preußen, Geh. Rat Wiese, gern ein. Auch der Provinzialschulrat Landfermann in Koblenz kam ihm freundlich entgegen, und so ward Dittmar Herbst 1868 „ordentlicher" Lehrer an der höheren Bürgerschule nebst Progymnasium in Neuwied. Hier wirkte er 14 Jahre; 1877 ward er an der zu einem vollständigen Gymnasium erweiterten Anstalt erster Oberlehrer. In einen umfassenderen Wirkungskreis kam er dann 1882, als ihm das Direktorat des Gymnasiums nebst Realprogymnasialklassen in Kottbus übertragen wurde.

Als Lehrer und Erzieher der Jugend betonte Dittmar stets, daß es nicht allein auf den Erwerb von Kenntnissen, sondern vor allem auf Bildung des Herzens und Charakters ankomme. „Die bittersten Stunden waren für ihn diejenigen, wo er bei seinen Schülern mit dem Geiste der Lüge und des Trotzes zu kämpfen hatte: dann konnte der der Verzeihung und Versöhnung so geneigte Mann, wenn er es auch mit tiefbetrübtem Herzen that, zu den strengsten Strafmitteln der Schule greifen."

Schon als Student strebte Dittmar rastlos danach, auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst den Besitz sich zu

erwerben, der das Leben erst recht lebenswert macht. Nicht nur für bildende Kunst hegte er lebhaftes Interesse, sondern er erlangte auch ein feinfühliges Verständnis der Werke unserer bedeutendsten Tondichter. Am meisten aber beschäftigte er sich mit deutscher Sprache und Litteratur und mit Geschichte. Nach seines Vaters Tode bearbeitete er den jetzt in 11. Auflage vorliegenden Leitfaden der Weltgeschichte (Heidelberg, Winter). Ein deutsches Lesebuch für die weibliche Jugend (2 Teile. Neu bearbeitet 1882. Berlin, Wiegandt und Grieben), eine kleine deutsche Geschichte für Volksschulen (1880. Neuwied und Leipzig, Heuser) und die für Unter- und Obertertia bestimmten Hilfsbücher für den geschichtlichen Unterricht in höheren Lehranstalten (1888. Heidelberg, Winter) gab er heraus. Vor allem aber wollte er eine Geschichte des deutschen Volkes einem gebildeten Leserkreise darbieten — da riß ihn mitten aus seiner Schaffensfreudigkeit, aus einer reichgesegneten amtlichen Thätigkeit, ein plötzlicher Tod nach schwerem Leiden am 15. Januar 1891 hinweg. Ein großer Kreis von Freunden, Kollegen und Schülern, die er durch sein Wort und seinen Wandel wie durch seine Schriften gewonnen und gefördert hat, segnet sein Andenken.

Der etwa ein Jahr darauf an mich herantretenden Aufforderung, das Werk zu Ende zu führen, glaubte ich mich trotz schwerer Bedenken nicht entziehen zu sollen. Dittmars Manuskript endet mit S. 374. In seinem Nachlasse findet sich eine zusammenhängende Darstellung über Deutschland in den Jahren 1859—1866. Da aber weder die Veröffentlichungen aus dem preußischen Staatsarchive noch die Werke Sybels, Onckens u. a. dabei benutzt waren bezw. werden konnten, so mußte ich im allgemeinen davon absehen, jene Ausarbeitung meiner Bearbeitung zu Grunde zu legen. Doch bin ich nach Kräften bemüht gewesen, die Darstellung so zu gestalten, daß das Ganze wie aus einem Gusse erscheint, eine schon an und für sich nicht leichte

Aufgabe, die mir noch durch verschiedene Störungen, darunter eine der allertraurigsten Art, recht erschwert ward. Auch galt es, ein rasches Erscheinen dieses Schlußbandes zu ermöglichen. Nach dem Plane des Werkes durfte die Darstellung der Zeit nach 1800 den Umfang von etwa 13 Bogen nicht überschreiten, konnte also nur eine gedrängte sein, vor allem in Bezug auf die äußeren Ereignisse. An größeren und kleineren selbständigen Werken über die Kriege der Jahre 1864—1871 von berufenster Feder ist ja aber kein Mangel, und eine objektive Schilderung der allerneusten Zeit bietet die größten Schwierigkeiten dar, weil die Ereignisse noch zu sehr nachwirken, verstärkt durch manche, leider nicht immer erfreuliche Vorgänge der Gegenwart.

Ein als äußerst sachkundig bekannter Beurteiler (Prof. Hoffmann in Lübeck) weist in seiner, mir erst nach Vollendung des Drucks zugegangenen Besprechung der beiden ersten Bände darauf hin, daß der Stoff durch die vielen, häufig ohne Ruhepunkte sich aneinander reihenden Unterabschnitte der oft recht langen Kapitel nicht übersichtlich eingeteilt sei. Dies trifft, wie ich hoffe, für den Schluß des Werkes weniger zu.

Möge auch dieser dritte Band als geeignet befunden werden, das geschichtliche Verständnis eines gebildeten Leserkreises zu wecken und zu fördern.

Barmen, Oktober 1892.

E. Stutzer.

Inhalt.

Dritter Teil.

Deutsche Geschichte in der neueren Zeit.

Zweiter Abschnitt.

Wiedererstarkung des deutschen Volks und Wiederaufrichtung des deutschen Reichs im Anschluß an die Entwickelung des brandenburgisch-preußischen Staats.

Berichtigung.

Seite 43 Zeile 12 von oben lies „halte" statt „hatte".
Seite 130 Zeile 2 von unten lies „Berg" statt „Brieg".

Der

Deutschen Geschichte in der neueren Zeit

Zweiter Abschnitt.

Wiedererstarkung des deutschen Volks und Wiederaufrichtung des deutschen Reichs im Anschluß an die Entwickelung des brandenburgisch-preußischen Staats.

Kap. 1. Inhalt des folgenden Zeitraums (1648—1871).

Der dreißigjährige Krieg hat die geschichtliche Entwickelung des deutschen Volks mitten entzwei gebrochen und dasselbe genötigt, gleichsam ganz aus dem Frischen wieder anzufangen, um zu derjenigen Stufe politischer Macht und geistiger Höhe zu gelangen, auf der es sich vor dem Kriege befunden. Das einzige, was sich das deutsche Volk — freilich um den ungeheuren Preis seines politischen, geistigen und materiellen Ruins — gerettet hatte, war der Protestantismus. Mit diesem hat es sich das Prinzip der Freiheit, der fortschreitenden Entwickelung, mit einem Wort: seine Zukunft gerettet.

Zunächst indes treten die schlimmen Folgen des dreißigjährigen Kriegs in ihrer ganzen Schärfe hervor und beherrschen den weitaus größten Teil des folgenden Zeitraums.

Die deutschen Fürsten hatten im Kampfe mit dem habsburgischen Kaisertum eine diesem fast gleichkommende Selbstherrlichkeit errungen. Gleichwohl war Österreich ihnen allen an Größe und Macht überlegen und besaß die vorwaltende Autorität in Deutsch-

land. Diese ihm zu entreißen und auf das Territorialfürstentum zu übertragen war das Bestreben der deutschen Fürsten, das den folgenden Zeitraum erfüllt. Der Sieg in diesem Kampfe zwischen Kaisertum und Fürstentum mußte dem zufallen, der am deutlichsten die Pflicht erkannte, die dem Territorialfürstentum durch den Zustand des in lauter selbständige Einzelstaaten aufgelösten Reichs erwachsen war: nämlich einerseits die deutschen Interessen nach außen mannhaft zu vertreten und dem Einfluß des Auslandes, besonders Frankreichs, entgegenzutreten, anderseits im Innern seine Verhältnisse so zu ordnen, daß sie diesem Zwecke dienten und zugleich die allgemeine Wohlfahrt förderten. Das Territorialfürstentum, das sich am unentwegtesten im Bewußtsein dieser Pflichten entwickelte und auf dieser Grundlage zur höchsten Macht aufstieg, war Brandenburg-Preußen. Sein deutscher Beruf trat nach manchen Hemmungen immer mehr hervor und ward durch die früher als anderswo in Deutschland durchgeführte Staatseinheit gefördert. Preußen allein ward fähig und würdig, die deutsche Einheit herzustellen.

In dem Bestreben, Österreich zu schwächen, begegneten sich die deutschen Fürsten mit Frankreich, das darauf ausging, das Übergewicht Österreichs in Europa zu brechen und dessen Vorherrschaft selbst an sich zu reißen. Dadurch gerieten sie aber in eine Abhängigkeit von Frankreich, die sich bis zur Knechtschaft steigerte.

Hand in Hand mit dieser Abhängigkeit der fürstlichen Kreise vom Auslande erweitert sich die Kluft zwischen höheren und niederen Ständen, ein Verhältnis, das allmählich in einen Despotismus der ersteren über die letzteren ausartet. Erst infolge der Machtentwickelung des brandenburgisch-preußischen Staats, sowie infolge der von den bürgerlichen Kreisen ausgehenden geistigen und sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volks wirft dasselbe das Joch der Fremdherrschaft ab, sprengt die Schranken, welche die höheren und niederen Stände scheiden, und gelangt nach außen zu Einheit, Macht und Größe, im Innern zur Sicherung der Freiheit im staatlichen und gesellschaftlichen Leben.

Kap. 2. Nachwehen des dreißigjährigen Kriegs.

Sittliche Verderbtheit der herrschenden Klassen. Da die Landesherren die einzigen waren, die aus dem dreißigjährigen Kriege mit verstärkter Macht hervorgingen, so schien ihnen mit diesem Machtzuwachs auch die gesteigerte Pflicht zuzufallen, für die sittliche, geistige und materielle Wiedererhebung der von ihnen beherrschten Länder thätig zu sein. Aber die große Mehrzahl der Fürsten, wenn man etwa von Friedrich Wilhelm von Brandenburg, dem Großen Kurfürsten, Karl Ludwig von der Pfalz, Ernst dem Frommen von Sachsen-Gotha, Georg von Hessen-Darmstadt und August von Braunschweig absieht, hat diese ihre Pflicht nicht erkannt; vielmehr haben sie und ihre Umgebung samt der von ihnen abhängigen Beamtenschaft das Volk durch ihr Beispiel sittlich entnervt, politisch unterjocht und materiell ausgesogen.

Den Gipfel erreichte die Sittenlosigkeit der herrschenden Klassen, als in Frankreich Ludwig XIV. den Thron bestieg (persönlicher Regierungsantritt 1661) und der Welt das Vorbild eines wollüstigen Despoten gab. Erfüllt mit einem maßlosen Bewußtsein königlicher Macht umgab dieser französische Fürst seinen Thron mit allem Glanze, den der Reichtum seines Landes möglich machte. Er hielt dafür: er sei der Staat (l'état c'est moi), sein königlicher Befehl und Wille müsse unbeschränkt gelten, das Volk aber sei verpflichtet, seiner Hoheit in selbstbewußter Unterthänigkeit zu dienen. Für sich und die höheren Schichten der Gesellschaft nahm er das Recht in Anspruch, den Trieben der Natur fessellos zu folgen. Sein Hof und seine Residenz (Versailles) vereinigte an Reiz, Glanz und Geist das Höchste, was Frankreich hervorbrachte. Da sein Wille in ganz Europa gelten sollte, mußten die Söhne Frankreichs unter die Waffen treten und dem Glanze noch die Lorbeeren kriegerischen Ruhmes hinzufügen. Ludwig XIV. vollendete das Übergewicht Frankreichs in Europa.

Die deutschen Fürsten beeilten sich, dieses Glanzbild königlicher Hoheit nachzuahmen: sie meinten alles Ernstes dem „großen Könige" zu gleichen, wenn sie seine Verschwendung in Prachtbauten, in feenhaften Festen, im Pomp der äußeren Erscheinung,

wenn sie seine Leichtfertigkeit, Sittenlosigkeit und steifes Ceremoniell nachahmten. Das Volk gewöhnte sich daran, die Befriedigung seiner Schaulust von den Höfen zu erwarten. Im Rausche der Vergnügungen aber dachten die Fürsten nicht daran, ihre Regentenpflichten gewissenhaft zu erfüllen. Sie überließen die Regierungsgeschäfte zumeist den Ministern und sonstigen Beamten, die ihre Macht nicht selten in der gewissenlosesten Weise mißbrauchten.

So bildete sich in dieser Zeit der sittlich-politische Grundsatz aus, daß ein glanz- und genußvolles Leben des Monarchen und seiner Umgebung nicht allein ein notwendiges Attribut der Majestät, sondern auch ein hinreichender Grund der Befriedigung und des Vergnügens für das Volk sei.

Politische Unterjochung des Volks durch die herrschenden Klassen. Das ursprüngliche Verhältnis, wornach die Fürsten des Reichs nur Beamte des Kaisers waren, dem sie für den Gebrauch ihrer obrigkeitlichen Gewalt Verantwortung schuldeten, hatte sich ganz umgewandelt: jetzt betrachteten sich die Fürsten, in ihrer Eigenschaft als „Landesherren", fast als die Eigentümer ihrer Länder; nach dem Vorbild Frankreichs setzten auch so manche deutsche Fürsten an die Stelle des Staats ihr Ich, an die Stelle des Gemeinwohls ihr persönliches Interesse, an die Stelle des für alle gleichen Rechts die mit allen gleichmäßig schaltende Willkür.

Da sich das Verhältnis von Regierung und Unterthanen gegen früher wesentlich geändert hatte, so machte sich das Bedürfnis nach einer Regelung dieses neuen Verhältnisses geltend. Dabei wurden die ständischen Korporationen, die richterlichen Kollegien u. a. m. in ihrer Thätigkeit vielfach beschränkt, und es bildete sich die Übung aus, alles von oben anzuordnen: ein Verwaltungsgrundsatz, dem die Störung aller Verhältnisse durch den Krieg und das Bedürfnis einer raschen Wiederherstellung geordneter Zustände, sowie die Notwendigkeit schärferer Konzentration in den größeren, aus der Verbindung verschiedener Territorien mit eigener ständischer Verfassung hervorgegangenen Staaten allerdings eine gewisse Berechtigung gab. Da auch die Bevölkerung es sich gefallen ließ, wenn ihr von oben Vorschub geleistet wurde, und sich daran gewöhnte, nur zu gehorchen, sich gängeln zu lassen und auf fremden Anstoß zu warten, so kam der Grundsatz zur vollen Geltung,

daß Staat und Volk nur um des Fürsten willen da sei (absolute Monarchie).

Dieser Grundsatz äußerte sich ebenso in dem Beamtendespotismus und der Vielregiererei als in der Mißachtung der Volksrechte. Fürsten, die sich als die absoluten Herren über Eigentum, Freiheit und Leben ihrer Unterthanen betrachteten, konnten natürlich in ihren Beamten nichts anderes sehen als ihre persönlichen Diener, die in ihrem ganzen Thun kein anderes Ziel haben durften, als den Willen ihres Herrn zu erfüllen. Dabei waren die Besoldungen dieser Beamten unverhältnismäßig gering und wurden oft sehr unregelmäßig ausgezahlt. Brauchte der Gebieter Geld, so mußte es der Rentmeister, wenn es nicht vorhanden war, beschaffen, oft aus seiner eigenen Kasse vorschießen, ohne daß er auf eine Wiedererstattung hoffen durfte. Auch bei der Entlassung von Beamten wurde oft sehr willkürlich verfahren. Kein Wunder, daß die Beamten für alle ihnen von obenher abgepreßten oder vorenthaltenen Summen wiederum nach unten durch Erpressung, Bestechlichkeit, übermäßige Sporteln u. s. w. sich schadlos hielten und sich überhaupt einer ähnlichen Willkür und Gewissenlosigkeit beflissen, wie sie sie von ihrem Gebieter gewohnt waren.

Die Sucht der Regierung, in alle Verhältnisse des öffentlichen und privaten Lebens maßregelnd einzugreifen, stand im Anfang dieser Periode schon in vollster Blüte. Man ging dabei so weit, daß man den Unterthanen vorschrieb, wie sie ihrem Feldbau vorstehen, ihre Haushaltungen mehr wirtschaftlich betreiben sollten. Natürlich mußte infolge dieser Vielregiererei die Zahl der Beamten sehr groß sein. Auch galt ein zahlreiches Beamtentum für ein notwendiges Attribut der Hoheit eines Fürsten. Kurmainz mit 318000 Einwohnern hatte 659 weltliche und 13000 kirchliche Beamte.

Dem selbstherrlichen Willen des obersten Gebieters stand der Unterthan so gut wie schutz- und rechtlos gegenüber. Zwar war es ein Hauptzweck des 1495 errichteten Reichskammergerichts (s. Bd. II, S. 237), sich auch des geringsten Unterthanen anzunehmen, wenn demselben der Rechtsschutz von den Gerichten des eigenen Landes versagt wurde. Aber oft genug leisteten die Fürsten der

Entscheidung der Reichsgerichte keine Folge, und überaus schnell gewöhnten sich diese an die Geringschätzung, mit der man ihnen begegnete. In den Territorien aber suchte man vergebens ein Gericht, das unabhängig und in seinen Entscheidungen unantastbar gewesen wäre. Vielfach griff der Landesherr unmittelbar und persönlich in den Gang der Rechtspflege ein und bestrafte die Unterthanen eigenmächtig und ohne gesetzlichen Grund an Eigentum, Freiheit und Leben. Dabei war es den unteren Gerichten verboten, gegen Personen bevorzugter Stände, Adelige und Geistliche, einzuschreiten.

Auch ein anderer Damm fürstlicher Willkür war in dieser Zeit zum Teil völlig hinfällig geworden: die Landstände. Durch die Vermehrung der fürstlichen Einkünfte infolge der Einziehung der geistlichen Güter war der Fürst weniger auf das Geldbewilligungsrecht der Stände angewiesen. Was aber den Einfluß der Landstände vollends brach, das waren die von den Fürsten begünstigten ständischen Ausschüsse, auf welche die ständische Versammlung die ausgedehntesten Vollmachten übertrug. Bald wurde es üblich, nur diese Ausschüsse, als Generalbevollmächtigte der Stände, einzuberufen. In Bayern z. B. traten seit 1669 die Landstände gar nicht mehr zusammen. Aber in Jülich und Berg und besonders in Preußen hatte der Kurfürst von Brandenburg noch mit Ständen zu thun, die manchmal daran zu mahnen wagten, daß die Landstände nicht von der unumschränkten Willkür des Landesherrn abhingen.

Materielle Unterdrückung und Ausbeutung der Volkskraft durch die herrschenden Klassen. Die materiellen Folgen der fast allseitigen Rechtlosigkeit der Unterthanen und der Unumschränktheit der landesherrlichen Gewalt zeigten sich am deutlichsten im Steuerdruck und in der Verschleuderung der Staatseinkünfte durch Verschwendung und Soldatenspielerei. Nur wenige kluge Regenten waren bemüht, durch möglichste Schonung und Pflege der Arbeitskraft des Volks den Steuerdruck einigermaßen erträglich zu machen. Das nach dem dreißigjährigen Kriege übliche System der indirekten Besteuerung, das sich auf alle möglichen Gegenstände und Bedürfnisse des alltäglichen Lebens erstreckte, lastete vorzugsweise auf der untersten Volksklasse, während es die

oberen Stände weniger in Anspruch nahm oder infolge willkürlicher Befreiung ganz unbehelligt ließ. Zu diesen regelmäßigen Steuern kamen noch eine Menge außerordentlicher Belastungen: übermäßige Sporteln, willkürlich auferlegte Geldbußen, nicht vergütete Wildschäden und vor allem die Frohnen und Dienstleistungen, welche die Bauern ihrem Fürsten oder Gutsherrn leisten mußten.

Die dem armen Volke ausgepreßten Summen wurden in raffiniertem Luxus verschleudert. So machte August der Starke von Sachsen bei einer einzigen Gelegenheit — dem Lustlager von Mühlberg — einen Aufwand von 1 Million Thalern.

Ein großes Heer zu halten wird bloß für diejenigen Staaten zur Notwendigkeit, die durch ihre Machtstellung dazu berufen sind. Wo aber das Soldatenhalten nur eine Sache der Liebhaberei und des Prunkes ist, da wird das Heerwesen zur Spielerei. Diese Soldatenspielerei stand besonders im 18. Jahrhundert in den kleinen deutschen Staaten, wie in Pfalzbayern, Hessen-Kassel, Würtemberg, Hildburghausen, in vollster Blüte. Pfalzbayern hielt 18000 Mann, wovon die Offiziere ein ganzes Viertel ausmachten; für 3—4 Wachtschiffe auf dem Rheine wurde hier ein Groß-Admiral ernannt.

Gerade diese kleinen Fürsten zogen aber aus dem Soldatenhalten einen sehr großen Vorteil — indes nur für ihre Person, nicht für ihr Land. Sie stellten nämlich gegen hohe Summen ihre Truppen den größeren Mächten, deutschen wie nichtdeutschen, zur Verfügung, wobei es ihnen wenig verschlug, ob ihre Soldaten gegen Fremde oder gegen die eigenen Landsleute und gegen das Reich kämpften. Für etwa 17000 Landeskinder, die der Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel den Engländern zum Kriege in Nordamerika verhandelte (1776—1784), und von denen 6500 umkamen, bezog derselbe die Summe von über 20 Millionen Thaler; ähnlich die Regenten von Braunschweig, Hannover, Hanau, Ansbach, Waldeck. Im ganzen wurden damals binnen weniger Jahre von deutschen Fürsten nach Amerika als Kanonenfutter geliefert 29166 Mann, von denen 11853 blieben. Dafür floß in die fürstlichen Kassen eine Gesamtsumme von mehr als 34 Millionen Thaler.

Kirchliche Gewaltherrschaft. Diesem fürstlichen Absolutismus zur Seite stand der kirchliche. Der dreißigjährige Krieg hatte die Starrheit der Orthodoxen nicht zu mildern vermocht (s. Bd. II, S. 520). Vielmehr trat diese nach dem Kriege immer bitterer, leidenschaftlicher, maßloser auf. Der Wittenberger Professor der Theologie, Calov (1612—1686), verfaßte unter Mitwirkung seiner Wittenberger Kollegen eine orthodoxe Erklärung, die als neues symbolisches Buch der Kirche aufgedrungen werden sollte (1655) und die an Schroffheit und Verketzerung alles bisher Dagewesene übertraf. Die Leidenschaftlichkeit der lutherischen Theologen erklärt sich aus dem Widerstande, der sich allmählich von kirchlicher und politischer Seite gegen die Herrschaft der lutherischen Orthodoxie erhob, und aus dem Gefühle derselben, diesem doppelten Angriff erliegen zu müssen. Denn gegenüber der starren Äußerlichkeit der herrschenden Theologie erhob einerseits der Pietismus die Forderung eines liebethätigen Christentums und sprach damit nur das Verlangen nach gemütstieferer Religiosität aus, das weit verbreitet im deutschen Volke sich regte; und anderseits zögerten die deutschen Fürsten im Gefühl ihrer Souveränität nicht länger, sich von der Diktatur, die die Kirche bis dahin geübt, zu befreien, indem sie sich immer weniger geneigt zeigten, die theologischen Macht- und Ketzersprüche zu vollstrecken.

Der Volksgeist. So lag das deutsche Volk unter dem Druck einer doppelten Gewaltherrschaft: der staatlichen und der kirchlichen. Geistig gelähmt und erschlafft, verzagt und ohne Vertrauen auf sich selbst war es außer Stand, diesem zwiefachen Druck zu widerstehen und seine Freiheit, seine Ehre, seinen Wohlstand gegen die Beeinträchtigungen von oben zu schützen.

Es war für die Entwickelung des Volksgeistes vom Übel, daß die früher vollzogene Trennung des Adels von den unteren Volksklassen (s. Bd. II, S. 501) nach dem dreißigjährigen Kriege noch schroffer wurde. Gleichgültig gegen das allgemeine Elend stand der Adel an der Seite der Fürsten gegen das Volk und hatte an dessen Unterdrückung und Ausbeutung, sowie überhaupt an der sittlichen Verderbnis einen wesentlichen Anteil. Die Ritterschaft in Sachsen ging in der Absonderung von den anderen Ständen so weit, daß sie im Jahre 1682 sogar in den Schulen

eine Trennung der adeligen und bürgerlichen Schüler verlangte. Auch in Bezug auf gottesdienstliche Handlungen beanspruchte der Adel einen Vorzug vor den Bürgerlichen, z. B. das Vorrecht, Taufen und Trauungen im eigenen Hause zu halten.

Im ganzen Reiche und in allen Ständen des Volks war das nationale Gemeingefühl völlig geschwunden. Die Fürsten sahen in sich selbst den Mittelpunkt alles Strebens und Denkens ihrer Unterthanen und verlangten von diesen eine gleiche Ansicht. Adel und Beamten förderten diese Richtung nach Kräften, und nur zu leicht fügten sich die bürgerlichen Kreise dieser Anschauung. Die Bevölkerungen der kleinen Residenzen waren mit einem Zustande der Dinge zufrieden, der ihnen materiellen Erwerb und Vergnügungen aller Art verschaffte. Das Wort „Reich" galt gleichbedeutend mit Österreich — und von einer Unterordnung unter diese Macht wollte niemand etwas wissen. Selbst die aufgeklärtesten Staatsmänner hielten eifersüchtig auf die volle Selbstherrlichkeit ihrer Fürsten und erblickten die sicherste Bürgschaft der sogenannten „deutschen Libertät", d. h. der Unabhängigkeit der Territorialmächte, in der Schwächung der obersten Gewalt des Kaisers. Der Gedanke an gemeinsame Interessen, an gemeinsame Machtentfaltung nach außen wurde in Deutschland etwas ganz Fremdes, Unerhörtes. Die Angehörigen der größeren Staaten, wie Österreichs und Preußens, gewöhnten sich immer mehr, alles nur vom Standpunkt einer Sonderpolitik zu betrachten; in den kleineren Staaten aber fühlte man sich um so behaglicher, je weniger man sich um die politischen Angelegenheiten des Reichs zu kümmern brauchte.

In den einzelnen Staaten war das politische und bürgerliche Selbstgefühl, der Bürger- und Mannesmut gegenüber dem unbegrenzten Despotismus der Fürsten fast verloren gegangen. Bei seiner Erschlaffung war das Volk geneigt, sich in allen Stücken bevormunden (s. S. 5), auch wohl tyrannisieren zu lassen. Geistliche, Gelehrte und Künstler glaubten sich die Gunst der Großen durch Schmeichelei und knechtische Unterwürfigkeit erwerben oder sichern zu müssen. Das Bürgertum, der erwerbende und besitzende Mittelstand, dem die Quellen des Wohlstands gänzlich versiegt waren, war ebenfalls in den mannigfachsten Beziehungen

von der Gunst der Fürsten und ihrer Umgebung abhängig. Die Verschwendung der Höfe verschaffte ihm Nahrung; Gewerbsmonopole, Geldunterstützungen und ähnliche Vergünstigungen von seiten der Regierenden fesselten diesen Stand durch Bande des Vorteils an die bestehende Ordnung. Noch viel weniger war natürlich bei der ländlichen Bevölkerung eine Spur von Selbstgefühl oder politischem Sinn zu finden. Gewöhnt an knechtische Abhängigkeit von dem Grundherrn ertrug sie stumpfsinnig seine und seiner Vögte Tyrannei und suchte höchstens mit feigen Tücken oder im wilden Ausbruch roher Gewalt sich zu rächen.

Da die Regierung auch unbedenklich in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingriff und willkürlich die Schultheißen und Schöffen, die Verwaltungs- und Polizeibeamten ernannte, so sank das Gemeindeleben bald zu völliger Bedeutungslosigkeit herab.

Infolge der Entfremdung des deutschen Mannes von den öffentlichen Angelegenheiten, bei seiner Gleichgültigkeit gegen die allgemeinen Interessen, verkümmerte auch das sittliche und häusliche Leben des Volks. Bei der Abhängigkeit der mittleren und unteren Stände von den höheren konnte es nicht ausbleiben, daß ein großer Teil des Bürgerstandes von der sittlichen Verkommenheit der höheren Stände angesteckt wurde und die ehrbaren Grundsätze der Altvordern nicht bloß vergaß, sondern auch als altfränkisch mißachtete und eine Ehre darein setzte, mit den französisch Gebildeten zu wetteifern. Ein Teil des Bürgerstandes, namentlich in den Reichsstädten, widerstand noch eine Zeitlang der Sittenlosigkeit und wahrte die bessere alte Sitte. Aber gegen das Ende des 17. Jahrhunderts war auch hier das Fremde, Modische in Sitte und Zucht zur Herrschaft gelangt. Am längsten hielt merkwürdigerweise Straßburg, obwohl der französischen Herrschaft verfallen, an deutschem Wesen fest. Noch ungefähr hundert Jahre nach dem Verrat der Stadt an die Franzosen (1681) fanden deutsche Gelehrte zu ihrem Erstaunen die Straßburger Gesellschaft in Sitte und Tracht deutscher geartet als die der meisten großen Städte in Deutschland. Am raschesten griff die Sittenverderbnis natürlich in den Residenzen um sich.

Wie durch die Vernichtung des bürgerlichen und Gemeingeistes der einzelne ganz auf sich selbst angewiesen war, so schloß sich

auch die Familie streng in ihrem Bereiche ab und kümmerte sich so wenig als möglich um das Treiben um sie her.

Hand in Hand mit dieser sittlichen Verkümmerung des deutschen Volks ging die Abschwächung des geistigen Lebens nach der Zeit des dreißigjährigen Kriegs. Derselbe hatte eine Menge wissenschaftlicher Anstalten entweder gänzlich zerstört oder doch in ihrer Thätigkeit gehemmt. Die Volksschule mußte ganz von neuem gegründet werden. Das gelehrte Schulwesen fristete ein kümmerliches Dasein. Der ganze Unterricht lief auf ein geistloses Gedächtniswerk hinaus; und der Lehrstoff wurde der Jugend nicht einmal in der Muttersprache beigebracht, sondern in einem schlechten Latein. Auf den Universitäten traten diejenigen Wissenschaften, die für eine allgemein menschliche und für eine volkstümliche Bildung vorzüglich geeignet sind: die philosophischen, sprachlichen und geschichtlichen, sehr zurück und wurden überdies in einer unfruchtbaren Weise betrieben, bei der es nur auf tote Vielwisserei (Polyhistorie) abgesehen war. Das entschiedenste Übergewicht hatte die theologische Fakultät. Aber die Art, wie sie ihre Herrschaft geltend machte, brachte kein Heil. Denn bei ihrer schroffen Feindseligkeit gegen jede abweichende Meinung unterdrückte sie jede freie Bewegung in Wort und Schrift. Was aber die Theologen selbst lehrten und schrieben, war nicht lebendige, sich fortbildende Wissenschaft, sondern ein toter Buchstabenglaube. Unter den Professoren herrschte Engherzigkeit, Streit- und Verfolgungssucht, unter den Studenten wilde Roheit. Es fehlte durchaus an Persönlichkeiten, die den nicht gelehrten Ständen ein höheres Wissen von menschlichen und natürlichen Dingen in verständiger Weise vermittelt hätten. So ließen sich ernstere Gemüter zur Schwärmerei, zu unklarem Grübeln in den Geheimnissen der Religion, Natur und Menschenbrust hinreißen; der große Haufe aber blieb in geistiger Verdumpfung und schädlichem Aberglauben aller Art befangen.

Es kamen außerdem noch mehrere Umstände hinzu, die den Aufschwung des geistigen Lebens im deutschen Volke hinderten. Da das deutsche Volk durch den großen Krieg ungeheuer zurückgeworfen und auf fast allen Gebieten des Wissens von den Nachbarn überholt worden war, so waren die Gelehrten und Künstler darauf angewiesen, sich an den wissenschaftlichen und künstlerischen

Erzeugnissen des Auslands zu bilden. Denn es fehlte ihnen in der Heimat an Anregung und Förderung zu geistigem, künstlerischem Schaffen, vor allem fehlte ein Brenn- und Sammelpunkt des geistigen Lebens. Der Kaiserhof in Wien hatte sich von dem geistigen Leben Deutschlands, seitdem dieses einen vorwiegend protestantischen Charakter angenommen hatte, gänzlich zurückgezogen. Die Reichsstädte, die früher in Förderung der Kunst und Wissenschaft mit den Fürsten gewetteifert, hatten so viel mit Herstellung des zerrütteten Wohlstands zu thun, daß sie sich mit den geistigen Interessen nicht eingehender beschäftigen konnten. Die Folge davon war, daß die besten Köpfe Deutschlands entweder selbst ins Ausland gingen oder wenigstens die Früchte ihres Fleißes dem Auslande zuwandten.

Auch dem Aufschwung des materiellen Wohlstands standen viele Hindernisse entgegen. Auf dem Lande fehlte es an Händen, um den Boden zu bebauen. In den Städten belebten sich mit dem eintretenden Frieden zwar Handel und Gewerbe wieder; aber ihr Aufschwung wurde durch viele Umstände gehemmt. Durch die völlige Lostrennung Hollands und der Schweiz vom Reiche und durch die Abtretung eines großen Teils des Elsaß an Frankreich befand sich das Stromgebiet des Rheins fast in seiner ganzen Ausdehnung unter fremder Botmäßigkeit, daher jetzt Fremde den so wichtigen Rheinhandel beherrschten. Gleicherweise befanden sich die Ost- und Nordseeküsten in weiter Ausdehnung unter fremder — schwedischer und dänischer — Hoheit, und der deutsche Handel sah sich auch hier durch das Ausland beengt. Im Jahre 1630 hatte sich die Hansa gänzlich aufgelöst, nur die Städte Bremen, Hamburg und Lübeck suchten die Überlieferungen des einst so mächtigen Handelsbundes fortzuführen. — Ein weiterer Übelstand war, daß die Regierungen die Industrie zwar unterstützten, aber nicht in der richtigen Weise. Sie bevorzugten durch Monopole und Privilegien einzelne Industriezweige auf Kosten anderer; sie suchten diejenigen Manufakturen in Aufnahme zu bringen, die das meiste Aufsehen machten, wie die Verfertigung von Luxus- und Modegegenständen, Seide und Porzellan, während sie z. B. die volkstümliche Tuchweberei in Verfall geraten ließen. Auch Hemmungen des inneren Verkehrs hielten den Handel zurück.

Schon im Mittelalter hatten die Deutschen ihren Handels- und Schiffahrtsverkehr durch übermäßige Zölle gestört; das Übel hatte mit der wachsenden Macht der Landesherren zugenommen, aber seit dem dreißigjährigen Kriege wuchs es ins Ungeheure. Der Verkehr auf sämtlichen Wasserstraßen war bis zum Unerträglichen beschwert, und auf dem Lande waren die meisten Territorien durch Beschränkungen des freien Verkehrs förmlich gegeneinander abgesperrt. Nicht am wenigsten litt der Handel durch Erschlaffung des Volksgeistes. Jener kühne Unternehmungssinn, der einst die Fugger und Welser zu den ersten Kaufleuten, die Hansa zur ersten Handelsmacht Europas gemacht, war zu Grabe gegangen. Jetzt klammerte sich der Kaufmann gern an die Regierungen und haschte nach Privilegien und Monopolen, dachte auf Listen, um sich der Entrichtung der Zölle zu entziehen u. s. w. Der Handwerker suchte seinen Gewinn in unsolider Ware, auch wohl in falschem Maß und Gewicht, um nur rasch und mühelos Geld zu verdienen.

Es kostete das deutsche Volk eine mehr als zweihundertjährige Arbeit, um sich nur einigermaßen aus den Schäden des dreißigjährigen Kriegs herauszuarbeiten.

Kap. 3. Geschichte der Mark Brandenburg bis zum Regierungsantritt der Hohenzollern 1415.

Slavische Vorgeschichte der Mark. Als zur Zeit der Völkerwanderung die germanischen Stämme, die östlich von der Elbe über die Oder bis zur Weichsel wohnten, ihre Wohnsitze verließen und sich mit anderen Stammesgenossen auf römischem Boden ansiedelten, drangen in die entvölkerten Landstriche slavische Völker und nahmen das Land östlich von der Elbe, der Saale und Raab in Besitz. Sie zerfielen in zahlreiche Völkerschaften. Die zunächst an germanische Länder und Völker angrenzenden Slaven waren die Polaben (d. h. an der Elbe (slav. Laba) Wohnenden), von den Deutschen insbesondere Wenden genannt; die südlichsten von ihnen zwischen Saale und Bober waren die Sorben, die nördlichsten im östlichen Holstein und Mecklenburg bis zur Peene hießen Abodriten. Zwischen diesen beiden und im Nordosten

ans Meer stoßend wohnten die Liutizen, auch Wilzen genannt. Alle diese Völkerschaften waren in Stämme geteilt, an deren Spitze Fürsten und Könige standen, und die untereinander in fortwährenden Kriegen lagen.

Die Slaven standen den Germanen, deren Nachbarn sie waren, an Bildung etwa gleich. Sie wohnten in Städten und Dörfern. Fast alle Städte der Mark Brandenburg sind ursprünglich slavische Siedelungen; vielfach lagen sie auf Inseln oder an Flußkrümmungen oder zwischen Sümpfen. Die Slaven trieben Landwirtschaft, Viehzucht und lebhaften Handel. Ihr Charakter wird als mit vielen Tugenden, wie Treue, Wohlthätigkeit, Barmherzigkeit, Gastfreundschaft geziert geschildert. Sie waren stark und kriegerisch. Auch bei ihnen findet man den Glauben, daß die im Kampfe Gefallenen höherer Freuden im Jenseits teilhaftig würden. Ihre Religion war eine Naturreligion; sie verehrten die Naturkräfte, besonders Licht und Feuer. Als höchsten Gott verehrten sie die Sonne, die sie in ihrer leuchtenden und erwärmenden Eigenschaft als gute Gottheit, Belbog (d. h. weißer Gott), in ihrer zerstörenden Kraft als böse Gottheit, Czernybog (d. h. schwarzer Gott), bezeichneten.

Die Slaven treten erst in die Geschichte ein, als Karl der Große die Sachsen bekriegte, die von jenen unterstützt wurden. Um die Slaven dafür zu strafen, unternahm Karl der Große mehrere Kriegszüge; die Unterworfenen hielt er von Burgen aus, die er an den Grenzen errichtete, im Gehorsam. Doch ließ er ihre Gesetze und Religion unangetastet. Später errichtete Karl an der Ostgrenze Marken. Solch eine Mark war ein noch nicht in den eigentlichen Organismus des Reichs eingereihtes Vorland — eine kriegerische Occupation in Feindesland — und daher an geeigneten Stellen mit Burgen besetzt. Den Befehl über solche Markgebiete führten Markgrafen. Sie hatten die Reichsgrenze zu schützen und den Tribut der unterworfenen Slaven einzutreiben und waren mit ausgedehnten gerichtlichen und militärischen Befugnissen ausgestattet. Die wichtigsten dieser Marken waren die thüringische (um Erfurt) gegen die Sorben, die mittelelbische (um Magdeburg) gegen die Wilzen und die sächsische Nordmark (um Salzwedel) gegen die Abodriten.

Unter den Nachfolgern Karls des Großen ging die Herrschaft der Deutschen über die Slaven wieder verloren, und die östlichen Landschaften des Reichs waren schutzlos den Einfällen jener Völker ausgesetzt.

Erst König Heinrich I. aus dem Stamme der Sachsen sicherte wieder die Ostgrenze gegen die Angriffe der Slaven (s. Bd. I, S. 179 f.) und unterwarf die slavischen Gebiete zwischen Elbe und Oder nach der Ostsee hin der sächsischen Herrschaft.

Nach Heinrichs Tode suchten die Slaven durch List und Gewalt wieder ihre Unabhängigkeit zu gewinnen. Aber Markgraf Gero, welchen König Otto I. mit dem Oberbefehl an der mittleren Elbe betraut hatte, setzte ihnen List und Gewalt entgegen und erreichte es, daß die Slaven die Oberherrlichkeit des deutschen Königs anerkannten. Auch errichtete Otto für seinen Freund Hermann Billung in Mecklenburg und Westpommern eine Mark, die sog. Billungermark. Nun ging Otto daran, den Slaven das Christentum zu bringen. Zu diesem Zweck gründete er die Bistümer Oldenburg (in Holstein), Havelberg (946), Meißen, Brandenburg (949), Merseburg, Zeitz und das Erzbistum Magdeburg (968). Nach langem, hartnäckigem Widerstand unterwarfen sich die Slaven. Einige Jahre später unterwarf Gero auch die in der Lausitz wohnenden Lausitzer. Nach Geros Tode 965 wurde das weite Land, das er verwaltet hatte, nicht wieder einem Markgrafen unterstellt, sondern anfänglich in 5, dann in 3 Marken geteilt, nämlich in 1. die Nordmark, später Altmark genannt, 2. die Ostmark, das von Saale und Bode durchflossene Land samt der östlich gelegenen Niederlausitz bis zum Bober, und 3. die Mark Meißen, mit welcher 985 die Bistümer Zeitz und Merseburg vereinigt wurden. Die Nordmark war die Ursprungsstätte des brandenburgischen Staats.

Die auf Otto den Großen folgenden Könige und Kaiser kümmerten sich wenig um die Zustände an der Ostgrenze Deutschlands, und die hier waltenden Markgrafen waren nicht stark genug, dem Ansturm der Slaven auf die Dauer zu widerstehen. Als Otto II. bei Cotrone in Unteritalien eine Niederlage von den Griechen erlitten hatte, erhoben sich die Liutizen und Abodriten gegen die deutsche Herrschaft, eroberten Havelberg und Branden-

burg, zerstörten die christlichen Kirchen, metzelten die Priester nieder und verwüsteten das Land mit Feuer und Schwert. Den vereinigten Fürsten Sachsens gelang es zwar, die Slaven zu besiegen, aber das früher unterworfene Land zurückzuerobern waren sie nicht imstande. Vielmehr verteidigten die Slaven fast 200 Jahre lang ihre Unabhängigkeit mit Glück, ja sie gingen mehrfach zum Angriff auf deutsches Gebiet über, verheerten die deutschen Landstriche links der Elbe in furchtbarer Weise und setzten sich im nördlichen Teile der nachmaligen Altmark fest (um 1073). Inzwischen hatten die Polen das Christentum angenommen und ihre Fürsten die Lehnsherrlichkeit des Reichs anerkannt. Dann aber schüttelten die Polenherzoge dieses Lehnsjoch ab und trugen ihre Waffen gegen den Westen: sie eroberten Schlesien und das Land an der Netze und der Pommernküste bis zur Oder und drangen in die geistlichen Sprengel von Havelberg und Brandenburg ein. Kaiser Heinrichs II. Feldzug gegen sie (s. Bd. I, S. 219) mißlang vollständig. Schon drang auch von Mecklenburg her ein Christ gewordener Slavenhäuptling gegen die Priegnitz vor, und die Pommern unterwarfen sich der polnischen Oberhoheit. Setzte sich die Polenmacht an der Elbe fest, so konnte auch die Lausitz und das Meißner Land von den Deutschen nicht mehr behauptet werden. Da übertrug Kaiser Lothar 1134 die Nordmark an den Grafen von Ballenstädt, Albrecht, aus dem Haus der Askanier oder Anhaltiner. Damit begann eine neue Zeit des Aufschwungs deutschen Wesens in den überelbischen Landen.

Die Herrschaft der Askanier in der Nordmark 1134—1319. Die Nordmark bestand damals aus der (nachmaligen) Altmark und dem Lande zwischen Elbe und Havel (nördlich vom heutigen Plauen'schen Kanal). Albrecht, genannt der Bär (1134—1170), einer der thatkräftigsten und klügsten Fürsten seiner Zeit, eroberte in 10jährigem Kampfe die Priegnitz (das Land zwischen Elbe, Dosse und Mecklenburg) und sicherte diese Eroberung durch zahlreiche Grenzfesten. Das Havelland dagegen gewann er auf friedliche Weise. Der mit Albrecht befreundete Hevellerfürst Pribislav (genannt Heinrich) von Brandenburg nämlich bestimmte jenen zu seinem Nachfolger im Havellande. Als nach dem Tode Kaiser Lothars dessen Schwiegersohn Heinrich der Stolze, dem das Her-

zogtum Sachsen als Erbe zufiel, von Kaiser Konrad III. dieses Herzogtums für verlustig erklärt wurde, erhielt Albrecht vom Könige auch die Belehnung mit dem Herzogtum, aber er gelangte nicht in den Besitz desselben, was der selbständigen Entwickelung der Mark zu gut kam. Von noch größerer Wichtigkeit war es, daß im Zusammenhang mit einem Heereszuge, den Kaiser Friedrich I. gegen Polen machte, Albrecht in den unbestrittenen Besitz Brandenburgs gelangte. Er hatte nach Pribislavs Tode (wahrscheinlich 1150) das Havelland in Besitz genommen; aber ein Verwandter Pribislavs, Jaczo von Köpenick, der zu den Polen hielt, hatte sich der Stadt Brandenburg bemächtigt. Jetzt brachte Albrecht die Stadt mit Gewalt zur Unterwerfung. Seitdem wird er mit Recht als Markgraf von Brandenburg bezeichnet. Nun gelangte die Markgrafschaft zu wirklichem Leben. Um das Aufblühen des durch die Kriege entvölkerten Landes zu fördern, zog er zahlreiche Ansiedler namentlich aus den Niederlanden, Friesland und Ostfalen herbei, die sich auf den Anbau sumpfiger Niederungen verstanden. Die zerstörten Bistümer Brandenburg und Havelberg wurden wieder aufgebaut, und von den Domkapiteln die Bekehrung der Slaven aufs eifrigste betrieben. So gewann Christentum und deutsches Wesen eine feste Stätte in der Mark Brandenburg, und Albrecht wird mit Recht als der Gründer des brandenburgisch-preußischen Staats betrachtet.

Auf dem von ihm gelegten Grunde bauten seine Nachfolger weiter fort. Sein Sohn Otto I. (1170—1184), dem bei der Teilung das ansehnlichste Erbe: die Altmark, die Priegnitz und die Mark Brandenburg zufielen, stiftete das Kloster Lehnin und besetzte es mit Mönchen aus dem Cisterzienserorden, die nicht nur dem Christentum immer mehr Eingang im Lande verschafften, sondern auch für den Anbau des Landes ausgezeichnete Dienste leisteten, da sie sich besonders trefflich auf die Urbarmachung sumpfiger Landschaften verstanden, ebenso die Mönche des später gestifteten Klosters Chorin. Auch die fortdauernde Thätigkeit der Prämonstratensermönche des Marienklosters zu Magdeburg und der von hier ausgegangenen Stiftungen war vom größten Einfluß für die Kultur des Landes. Indem die weltliche Gewalt

diese Thätigkeit und Bestrebungen der geistlichen Macht förderte und schützte, „wurde im Laufe des 12. Jahrhunderts die große deutsche Kolonie im Osten der Elbe begründet".

Als 1180 bei der Zertrümmerung der Welfenmacht Heinrich der Löwe seiner Herzogtümer verlustig ging, bekam der jüngste Sohn Albrechts des Bären, Bernhard, dem bei der Teilung „Wittenberg, die Grundlage des späteren Kurfürstentums Sachsen, und ein Teil der Stammlande am Harz" zugefallen war, das Herzogtum Sachsen. Dadurch gewann das ganze Haus der Askanier eine bevorzugte Stellung in Norddeutschland. „Bei einer großen Reichskurie 1184 erscheint der Markgraf von Brandenburg als Erzkämmerer des Reichs, eine Würde, auf die sich das Kurfürstentum begründete."

Dadurch, daß Otto die Lehnshoheit über Mecklenburg und Pommern beanspruchte, wo Heinrich der Löwe das Abodritenreich vernichtet hatte, gerieten seine Nachfolger in Streit mit den Dänen, die ähnliche Ansprüche erhoben, sowie mit den Pommernfürsten selbst, die gegen die Dänen wie gegen die brandenburgischen Markgrafen ihre Selbständigkeit zu behaupten suchten.

Diese lokalen Verhältnisse verflechten sich in eigentümlicher Weise mit den großen Weltereignissen. Im Kampfe mit den Dänen hatte der Pommernfürst Bogislav die Lehnshoheit der ersteren anerkennen müssen, so daß das dänische Königtum an der unteren Oder ein gefährlicher Nachbar Brandenburgs wurde. Indem nun der junge Staufer Friedrich II. in seinem Kampfe mit dem Welfen Otto IV. mit Dänemark ein Bündnis schloß und dem Dänenkönig Waldemar II. alle seine Besitzungen im Norden der Elbe und Elde sowie alle in Slavien gemachten Eroberungen bestätigte, sah sich Markgraf Albrecht II. von Brandenburg (1205—1220) im Interesse seiner Selbsterhaltung genötigt, sich der Sache des Welfen anzuschließen, der ihm Hülfe gegen seine Feinde versprach. Aber nach dem Tage von Bouvines (Bd. I, S. 423) war Albrecht II. auf seine eigene Kraft angewiesen. Nachdem Waldemar nach seiner vorübergehenden Gefangennahme und darauffolgenden Niederlage bei Bornhöved (22. Juli 1227) sich weiteren Fortschreitens auf der Bahn der Eroberung entschlagen mußte, konnten Albrechts Söhne, die Markgrafen Johann I.

(1220—1266) und Otto III. (1220—1267), die gemeinsam in nie getrübter Einmütigkeit regierten, an Erweiterung ihres Besitzes denken. Sie erwarben Barnim und Teltow durch Kauf, erhielten 1250 von den Pommern die Uckermark abgetreten und erreichten es, daß Kaiser Friedrich sie zu Lehnsherren von Pommern erhob, was die Pommernfürsten ausdrücklich anerkannten; sie setzten sich bis zum Jahre 1260 in den Besitz von Königsberg, Bärwalde, Küstrin, Landsberg, Frankfurt a. O., Soldin, und erwarben von den Polen das Land Lebus und die Oberlausitz mit Görlitz.

In die gewonnenen Gebiete wurde sofort der Strom deutscher Kolonisten hineingeleitet. Es lag in der Richtung der Zeit, daß das Territorialfürstentum hauptsächlich auf die Gründung von Städten bedacht war. Damals (1240?) entstand Berlin. Kölln, der Grenzort des bereits eroberten Gebiets diesseits der Spree, war die ältere Ansiedelung. Die weite Fläche, in der sich auf der anderen Seite des Flusses Berlin erhob, bot der Stadt die Möglichkeit rascher Erweiterung. Beide Städte, durch ihre Lage verbunden, aber administrativ getrennt, erhielten Stadtrecht und überholten in kurzem die Stadt Brandenburg an Bedeutung. Auch die Johanniter, die mit Werben, und die Templer, die mit Müncheberg belehnt worden waren, kolonisierten ihre Besitzungen durch deutsche Ansiedler. Ihre Bemühungen begegneten sich mit denen der Cisterziensermönche.

Nachdem bei dem Tode Ottos III. der ganze Landbesitz vorübergehend geteilt worden war, vereinigte ihn wieder 1317 Waldemar (1308—1319). Dieser trug seine Waffen in glücklichen Kämpfen mit den Polen bis an die Weichsel und eroberte Pomerellen (zwischen Persante und Weichsel), verkaufte aber den östlichen Teil an den deutschen Orden. In der Folge geriet er mit den Fürsten Norddeutschlands und Dänemarks in Fehde und erlitt bei Gransee (nordöstlich von Ruppin) eine Niederlage. Doch hatten auch seine Gegner solche Verluste erlitten, daß sie einen Waffenstillstand und bald darauf einen Frieden mit ihm schlossen. Mit Waldemar erlosch das Geschlecht der Askanier in Brandenburg. Dieselben hatten die Mark, die von der Elbe bis Pommern, von Quedlinburg bis Polen

reichte, zu einem der angesehensten Fürstentümer Deutschlands erhoben.

Innere Verhältnisse. Sobald die Markgrafen einen Landstrich erobert hatten, waren sie darauf bedacht, in demselben durch Anlage von Ortschaften und Städten deutschem Wesen eine Stätte zu bereiten. Dies geschah meistens dadurch, daß sie von dem den Slaven abgenommenen Grund und Boden, der zum größten Teil Eigentum der Markgrafen wurde, Abteilungen von 30—60 Hufen an einen Unternehmer übergaben, der sich erbot, ein Dorf oder eine Stadt mit deutscher Einrichtung zu gründen oder ein schon bestehendes slavisches Dorf in ein deutsches umzuwandeln. Den einzelnen Ansiedlern wurde das erforderliche Land gegen einen erblichen Zins, also nach Art der heutigen Rentengüter, überlassen. Der Unternehmer hatte die Zinsen einzutreiben und an den Markgrafen abzuliefern, wogegen ihm selbst mehrere Freihufen, in der Regel verbunden mit dem Erbschulzenamte, überwiesen wurden.

Obwohl außer den Grundzinsen der Neuangesiedelten noch ein Teil der Gerichtseinkünfte und die sämtlichen Zölle in die Kasse der Markgrafen flossen, kamen sie infolge ihrer vielen Kriege doch oft in Geldverlegenheit. In solchen Fällen verpfändeten sie entweder die aus einzelnen Orten eingehenden Steuern oder sie nahmen eine besondere Geldhülfe ihres Landes (Bede, petitio) in Anspruch. Seit Ende des 13. Jahrhunderts wurde die Bede in eine bestimmte regelmäßige Abgabe (ordentliche Bede) umgewandelt. Dafür aber und namentlich für die auch ferner in besonderen Fällen beanspruchten außerordentlichen Beden mußten die Fürsten den Ständen, d. h. den Geistlichen, Rittern und Städten, immer mehr von ihren Hoheitsrechten abtreten. So rangen Geistliche, Ritter und Städte im Laufe der nächsten Zeit dem Landesherrn ein Recht nach dem anderen (Gerichtsbarkeit, Münzrechte, das Recht, feste Schlösser im Lande anzulegen u. a. m.) ab, wodurch die landesfürstliche Gewalt mehr und mehr beschränkt wurde, während die Stände immer größere Selbstherrlichkeit gewannen.

Schon zur Zeit der Askanier wurde das westlich von der Elbe gelegene Gebiet die Altmark, das Land zwischen Elbe und Oder die Mittelmark und das Land östlich von der Oder die Neumark genannt.

Die Mark Brandenburg unter der Herrschaft der Wittelsbacher 1323—1373. Da nach dem Tode Waldemars kein rechtmäßiger Nachfolger vorhanden war, dessen Ansprüche unangezweifelt gewesen wären, so war die Mark in den Jahren 1319—1323 ohne Herrn. Diese Zwischenregierung benutzten die umliegenden geistlichen und weltlichen Fürsten, um Landesteile der Mark an sich zu reißen. Zu gleicher Zeit breitete ein Bürgerkrieg zwischen zwei Gegenkönigen, Ludwig dem Bayern aus dem Hause Wittelsbach und Friedrich dem Schönen aus dem Hause Habsburg, seine Schrecken über Deutschland aus. Als aber Ludwig in der Schlacht bei Mühldorf 1322 gesiegt hatte und als König anerkannt worden war, nahm er sogleich die Mark als eröffnetes Lehen für das Reich in Anspruch und übertrug sie seinem ältesten Sohne Ludwig.

Ludwig I. der Ältere (1323—1351), später der Brandenburger genannt, konnte die abgerissenen Landesteile der Mark nur zum Teil wieder gewinnen. Die Pommernherzöge benutzten die Feindschaft zwischen den Wittelsbachern und dem Papste, um sich von der Lehnsherrschaft Brandenburgs loszumachen, und boten ihr Land dem Papste zu Lehen an. Ludwig der Bayer aber gab die brandenburgische Lehnsherrlichkeit auf, erklärte die Herzoge von Pommern für reichsunmittelbar und begnügte sich mit der Zusage der Erbfolge Brandenburgs, falls die pommersche Dynastie aussterbe. Durch die Parteinahme des Markgrafen Ludwig für seinen Vater in dessen Streite mit den Päpsten in Avignon sowie infolge seiner Verheiratung mit Margarete Maultasch wurde die Mark mit dem Interdikt belegt, und päpstlich gesinnte Bischöfe reizten die Polen zu Einfällen, durch die die Mark aufs grausamste verheert wurde. Zur Abwehr der Feinde und Führung der Kriege bedurfte der Markgraf großer Summen, die die Marken aufbringen mußten. Das völlig ausgesogene Land geriet in das tiefste Elend, und der Unwille der Unterthanen erreichte einen bedenklichen Grad. In dieser Zeit gelangten die brandenburgischen Landstände zur vollen Ausbildung. Früher bestand der Rat der Getreuen nur aus den Landesprälaten und den weltlichen Herren und Dienstmannen. Kurz vor dem Beginn der Regierung Waldemars haben auch die Städte politische Bedeutung erlangt. Als nun 1345 Markgraf Ludwig

eine neue Steuer ausschrieb, widersetzten sich der niedere Adel und die Städte und versprachen sich gegenseitige Hülfe in dem Widerstande gegen die obrigkeitliche Gewalt. Das Land entfremdete sich der neuen Herrschaft in dem Maße, als Ludwig sich durch seine Tiroler Heirat den Marken entfremdete. Als daher 1348 ein Betrüger in den Marken erschien, der sich für den askanischen Waldemar (der nicht gestorben sei, sondern 28 Jahre im heil. Lande zugebracht habe) ausgab, und der Nachfolger Kaiser Ludwigs, Karl IV. aus dem Hause Luxemburg, denselben als echten Waldemar anerkannte und mit der Mark belehnte, fielen diesem alle Städte des Landes mit Ausnahme von Frankfurt a. d. O., Spandau und (Treuen-)Briezen zu. Um dem Kaiser mit gleichen Waffen zu begegnen, stellte die wittelsbachische Partei unter den deutschen Fürsten einen Gegenkönig in Günther von Schwarzburg auf (1349). Daher suchte Karl mit den Wittelsbachern eine Aussöhnung, die 1350 zustande kam. Karl ließ den falschen Waldemar fallen und belehnte Ludwig und seine beiden Brüder, Ludwig und Otto, aufs neue mit der Mark und der Lausitz, sowie mit der Kurstimme und Erzkämmererwürde. Aber erst nach langen Kämpfen mit den anhaltinischen Fürsten, die für das Recht des von ihnen für echt gehaltenen Waldemar eintraten, gelang es Ludwig, einen Teil seiner Länder wieder unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Als dann Ludwig, der vielen Kämpfe müde, die Regierung niederlegte, folgte ihm sein Bruder **Ludwig II.** (1351—1365), der Römer. Dieser erreichte durch kluge Unterhandlung mit den angrenzenden Fürsten die Rückgabe der ihm entrissenen Landesteile. Als 1356 Kaiser Karl IV. die goldene Bulle erließ, wurde darin Brandenburg als eines der 7 Kurfürstentümer ausdrücklich anerkannt. Im Jahre 1363 benutzte Kaiser Karl IV. geschickt ein Zerwürfnis, das im bayerischen Hause dadurch eingetreten war, daß sich der bayerische Herzog Stephan ohne Rücksicht auf die Rechte der brandenburgisch-bayerischen Linie Oberbayerns bemächtigte, und brachte die beiden Brüder Ludwig und Otto dahin, daß sie seinen Sohn Wenzel als ihren Erben einsetzten, falls sie ohne Kinder stürben. Als nach Ludwigs II. Tode sein Bruder und Nachfolger **Otto** (1365—1373), der wegen seiner

Schwäche der „Faule“ genannt wurde, diesen Vertrag im Interesse des bayerischen Hauses wieder rückgängig machen wollte, zwang ihn Karl mit Waffengewalt, die Mark schon bei Lebzeiten gegen eine Geldsumme an ihn abzutreten. — So kam das Kurfürstentum Brandenburg an das luxemburgische Haus.

Brandenburg unter der Herrschaft der Luxemburger 1373—1415. Kaiser Karl belehnte 1373 seine Söhne Wenzel, Sigmund und Johann mit der Mark. Da Wenzel erst 12 Jahre alt war, übernahm Karl selbst die Regierung, was dem Lande zu großem Segen gereichte: er machte mit den umliegenden Fürsten Frieden, erwarb mehrere der früher zur Mark gehörigen Landesteile, Schlösser und Städte, die seit den letzten Jahrzehnten „abgebrochen, abgedrungen, abgerissen“ worden waren, und machte Elbe und Oder von Böhmen und Schlesien aus schiffbar, um durch diese Wasserstraßen seine Länder mit dem Meere in Verbindung zu setzen. Frankfurt a. d. Oder und Tangermünde wurden Hauptstapelplätze des Handels. So verbreitete sich der Wohlstand und die Kultur, die Karl in seinem Erblande Böhmen eingeführt und gefördert hatte, auch in der Mark. Schon 1374 wurden die Marken mit der Krone Böhmen vereint, und zwar auf Bitten der Landstände, die in dieser Vereinigung die einzige Hülfe gegen weitere Verluste sahen, die sie besonders von den Königen von Dänemark befürchten zu müssen glaubten. Die Herren und Ritter der Mark nahmen ihre Güter von der Krone Böhmen zu Lehen, und Karl und seine Söhne gaben die Versicherung, die Marken nie von Böhmen zu trennen. Der nächste Gewinn dieser ordnenden, mit überlegener Einsicht bessernden Regierung fiel den Städten zu. Kaiser Karl IV. ließ ein Landbuch anfertigen, in dem alle öffentlichen Einkünfte und deren Lehnsinhaber verzeichnet wurden. Es ward genau darauf gesehen, daß kein Ritter sich zu niedrig zur Landsteuer einschätze und daß jeder sich genau mit Briefen und Jahresrechnungen ausweise. Als Wenzel 1378 deutscher König wurde, kam die Mark an seinen 10jährigen Bruder Sigmund (1378—1415). Als Schwiegersohn des Königs Ludwig von Polen und Ungarn hielt dieser sich seit 1380 fast dauernd in Ungarn auf und suchte nach dem Tode Ludwigs (1382) die Krone beider Länder für sich zu gewinnen. Aber Polen ging

ihm verloren, und in Ungarn konnte er nur nach vielen Kämpfen seine Anerkennung als König erzwingen. Diese Gestaltung der Verhältnisse hatte für die Mark das Gute, daß sie nicht mit Polen in eine engere Verbindung trat und dem weit entlegenen Ungarn gegenüber ihre landschaftliche Selbständigkeit bewahren konnte. Sigmund, in alle Welthändel verwickelt, konnte nicht daran denken die Mark zu regieren. Daher überließ er dieselbe Statthaltern, die ihm nur alle Einkünfte abzuliefern hatten, im übrigen aber nach freiem Ermessen für die Ruhe und Sicherheit des Landes sorgen mochten. In seinen großen, immer steigenden Geldverlegenheiten verpfändete er die Marken seinen mährischen Vettern Jost und Prokop für eine Geldsumme mit der Abrede, daß die Marken ihnen, wenn sie nicht binnen fünf Jahren aus der Pfandschaft gelöst sein würden, erblich zufallen sollten.

Jost sog die Marken systematisch aus. Eine Raubfehde gegen das Lüneburger Land verlief übel und hatte zur Folge, daß sich 1392 die Altmark, Mannschaft und Städte, in den Schutz des Lüneburger Herzogs begab, wofür sie ihm 100 Mark Schutzgeld zahlte.

Während Jost gegen König Wenzel in Böhmen konspirierte, ließ er die märkischen Ritter im Lande und über die Grenzen hinaus nach Lust rauben und plündern. Als dann 1393 die Marken ihm erbeigentümlich zufielen, da Sigmund sie nicht einlöste, ernannte er seinen Schwager, Markgraf Wilhelm von Meißen, zum „Vorsteher" des Landes. Dadurch wurde der Zustand desselben nur immer trostloser. „Wir klagen kläglich", sagen die Stände, „daß die Lande heftig sehr alle Tage von allen umgesessenen Fürsten und Herren angegriffen werden; sie alle mit ihren Mannen sind der Lande Feinde und rauben, brennen, schinden die Lande, die nie bei Menschengedenken so verdorben worden, so unverwindlichen Schaden gelitten haben und noch täglich leiden." Diese Zustände verschlimmerten sich bald noch mehr: der größere Teil der Uckermark kam pfandweise in pommerschen Besitz; die Mecklenburger brachten in gleicher Weise Stücke der Priegnitz und die Deutsch-Ordensritter die Neumark an sich. Die Marken gerieten in einen Zustand völliger Auflösung, dem Jost nicht steuern konnte noch wollte. In dieser Zeit ge-

langte die ritterschaftliche Gestaltung der Verhältnisse zur Blüte. Jetzt konnte man Burgen und Schlösser kaufen, der Ritter konnte ungehemmt das Fehderecht üben und sich zum Herrn der öffentlichen Ordnung, oder Unordnung, machen. Waffen- und Fehderecht wurde „die Grundlage des öffentlichen Rechtszustandes, wie ihn die Ritterschaften festzuhalten gedachten". Unter den Rittergeschlechtern, die in dieser Weise hausten, ragen hervor „die Puttlitz und Ruppin, die Bredow und Rochow in der Mittelmark, die Alvensleben und Schulenburg in der Altmark, die Wedell jenseits der Oder, die Polenz, die Biberstein in der angrenzenden Lausitz, vor allem die beiden Brüder Johann und Dietrich von Quitzow, die rechten Muster des gewaltig emporstrebenden niederen Adels". Während hier Rauben und Brennen an der Tagesordnung war und die Marken in Ohnmacht versanken, erhoben sich im Norden und Osten neue Machtbildungen. Im Norden faßte die Königin Margarete Dänemark, Norwegen und Schweden in einen Bund zusammen (1389) und verschaffte 1397 durch die kalmarische Union die Regierung dieser Länder ihrem Großneffen Erich, dem Sohne des pommerschen Herzogs von Stolpe. Anderseits bildete sich durch Jagello von Litauen, der 1386 König von Polen wurde (als solcher Wladislaus genannt), im Osten eine gewaltige, dem Deutschtum feindliche Macht. Jost kümmerte sich um diese Verhältnisse ebensowenig wie Sigmund.

Als dann 1410 Sigmund durch die Energie des Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg, der in seinem Dienste stand, deutscher König geworden und nach Josts Tode (1411) wieder in den Besitz der Mark gelangt war, setzte er den Burggrafen Friedrich VI. „als einen rechten Obristen und gemeinen Verweser" in die Mark ein und stattete ihn mit den vollen militärischen, administrativen und gerichtlichen Befugnissen eines Landesherrn aus. Würde die dem Burggrafen übertragene Verweserschaft ihm oder seinen Erben wieder entzogen, so sollten sie durch Zahlung von 100000 Gulden entschädigt werden. Vergeblich forderte Sigmund die Marken auf, dem neuen Statthalter Gehorsam zu leisten. Man spottete des Burggrafen, nannte ihn den „Nürnberger Tand", und nur ein kleiner Teil der Mark folgte dem Befehle des Kaisers. Friedrich „mußte sich seine Stellung

erst erobern, und zwar für seinen Vollmachtgeber wie für sich selbst". Zunächst gelang es ihm, allmählich sich durch kluge Unterhandlungen und festes Auftreten Anerkennung zu verschaffen. Berlin war die erste Stadt, die ihn als Inhaber der landesherrlichen Gewalt anerkannte. Auch ein großer Teil des havelländischen Adels schloß sich ihm an. Nur die Quitzows und Puttlitz gaben der Stimme der Versöhnlichkeit und Vernunft kein Gehör, sondern führten nach wie vor ihre Plünderungskriege gegen Städte und Bistümer fort, ja sie erkannten den Herzog Svantibor von Pommern-Stettin als ihren Herrn an. Aber nachdem Friedrich einen großen Bund geistlicher und weltlicher Fürsten und Städte gegen sie zustande gebracht, gelang es ihm — dank seinem Geschütz, „dem wirksamsten Mittel zur Herstellung der Autorität der herrschenden Gewalten", — mehrere ihrer Burgen zu brechen und durch gewaltsame Niederwerfung der Widerspenstigen das Land völlig zu beruhigen, so daß er Ostern 1413 einen Landfrieden verkünden konnte. Leider durfte sich Friedrich in der nächsten Zeit dem Wohle des Landes nicht widmen, da ihn Sigmund wieder an seine Seite rief; denn dieser hatte den Papst zur Berufung eines Konzils nach Konstanz veranlaßt (1414), auf dem die große Kirchenspaltung beseitigt werden sollte. Hier bewährte sich Friedrich aufs neue als kluger und entschlossener Berater seines Herrn. Sigmund aber erhob während des Konzils den Burggrafen zum Markgrafen von Brandenburg (1415) und belehnte ihn zwei Jahre später, ebenfalls in Konstanz, öffentlich mit der Mark. Zunächst hatte Friedrich die Mark nur als Pfandlehen empfangen, indem dem Kaiser und seinen Nachkommen aus dem luxemburgischen Hause der Rückkauf für 400000 Gulden vorbehalten wurde. Da dieser aber später ganz aufgegeben wurde, so verwandelte sich das Pfandlehen in ein rechtes Lehen.

Kap. 4. Die Mark Brandenburg unter der Herrschaft der Hohenzollern bis zum großen Kurfürsten.

Die Hohenzollern in Schwaben und Franken. Das Geschlecht der Hohenzollern, dessen Stammburg, Zollern, in der schwäbischen Alp nahe bei der Stadt Hechingen liegt, wird zuerst im 11. Jahr-

hundert erwähnt. Es verzweigte sich in mehrere Linien, von denen diejenige in der Geschichte am meisten hervortritt, die Graf Friedrich I. zur Zeit des Kaisers Heinrich V. begründete. Einer seiner Nachkommen, ebenfalls Friedrich mit Namen, wurde vom Kaiser Heinrich VI. mit dem Burggrafenamt Nürnberg belehnt. Dessen Söhne Friedrich und Konrad teilten den Länderbesitz, wobei Konrad das Burggrafenamt in Nürnberg und die Besitzungen in Franken, Friedrich, wie vielfach angenommen wird, die Grafschaft Zollern in Schwaben erhielt. Von diesen beiden Linien ist die fränkische die wichtigste geworden; denn von ihr stammen die preußischen Könige ab, während von der schwäbischen Linie die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen ihre Herkunft ableiten.

Die fränkische Linie der Burggrafen erwarb durch Kauf, Erbschaft und kaiserliche Belehnung bedeutenden Hausbesitz in Franken und großes Ansehen im Reich. Burggraf Friedrich III., ein Vetter Rudolfs von Habsburg, dem er durch seine Bemühungen die deutsche Kaiserkrone zuwandte, erhielt die Herrschaft Bayreuth. Friedrich IV., der dem König Ludwig dem Bayern 1322 die Schlacht bei Mühldorf gewinnen half, brachte Ansbach durch Kauf an sein Haus. Die Stellung, die die hohenzollernschen Burggrafen hier gewannen, war eine so bedeutende, daß Karl IV., als er zum Kaisertum gelangen wollte, mit Friedrich verhandelte und ihm erhebliche Vorteile zugestehen mußte. Die Reichsfürstenwürde, die er bereits besaß, wurde ihm in einer Urkunde bestätigt. Dieser Burggraf, der sein Ansehen durch kluge Politik und wirtschaftliche Ordnung in seinem Gebiete zu steigern wußte, nahm unter den eifersüchtig streitenden Gewalten des Reichs eine Art schiedsrichterliche Stellung ein. Friedrich V. teilte seinen Landbesitz unter seine Söhne Johann und Friedrich so, daß Johann das Fürstentum Bayreuth, Friedrich Ansbach erhielt. Nach Johanns Tode fiel auch Bayreuth an Friedrich VI.

Dieser Friedrich ist es, der, vom Kaiser mit dem Kurfürstentum Brandenburg belehnt, Stifter des preußischen Königshauses wurde.

Wiederherstellung der Mark Brandenburg in ihrem alten Bestande. Als der erste Hohenzoller als Kurfürst nach der Mark

kam, bestand diese nur aus der Mittel- und Altmark, dem größten Teile der Priegnitz und Uckermark und dem Lande Sternberg (auf dem rechten Oderufer, südlich von der Warthe). Friedrich I. (1415—1440), dem die Zeitgenossen Hochsinn, Gerechtigkeitsliebe und Tapferkeit nachrühmen, und der mit scharfem Blicke die politischen Verhältnisse seiner Zeit durchschaute, machte es sich zur Aufgabe, die Mark in dem Umfange, den sie zur Zeit der Askanier gehabt hatte, wieder herzustellen. Leider konnte er seine Thätigkeit nur kurze Zeit der Mark widmen, da ihn König Sigmund meist für die Reichsgeschäfte in Anspruch nahm. Im Jahre 1418 wurde er von diesem zum Statthalter und Verweser des deutschen Reichs und während der Husitenkriege (1419—1436) zum obersten Anführer der Reichstruppen und Statthalter in Böhmen bestellt. Doch vermochte er nicht der fanatischen Wut der aufständischen Böhmen Einhalt zu thun, vielmehr fielen diese in die Mark ein und verheerten sie furchtbar (1432). Die endliche Beilegung des Kriegs und die Befriedigung der Husiten ist hauptsächlich den Bemühungen des Kurfürsten Friedrich zu danken. Durch die Mißerfolge der deutschen Reichsheere in Böhmen trübte sich das Verhältnis zwischen dem Kurfürsten und dem König Sigmund, und letzterer ließ Friedrich seinen Unmut unter anderem dadurch fühlen, daß er die Herzöge von Pommern und Mecklenburg zum Kriege gegen Friedrich aufhetzte. Dieser aber wies ihre Angriffe mehrmals blutig ab und entriß den Mecklenburgern Teile der Priegnitz, den Pommern Teile der Uckermark.

Da Friedrich seit 1426 nicht mehr in die Mark kam, überließ er die Verwaltung derselben seinem ältesten Sohne Johann. Aber dieser besaß nicht Thatkraft genug, um in den unruhigen Zeitläuften die Ordnung aufrecht zu erhalten. So erwachte unter dem Adel wieder die Fehdelust, und die Städte der Mittelmark, Priegnitz und Altmark mußten zu ihrem Schutze Bündnisse untereinander schließen. — Friedrich starb 1440 auf der Kadolzburg in Franken und wurde im Kloster Heilsbronn begraben. Da sich sein ältester Sohn Johann als Statthalter der Mark nicht bewährt hatte, erhielt nach dem Willen des Vaters der zweite Sohn Friedrich das Kurfürstentum, während sich Johann und der dritte Sohn, Albrecht (Achilles), in die fränkischen Besitzungen teilten.

Friedrich II. (1440–1470) wandte seine ganze Thätigkeit seinem Lande zu. Er war vor allem darauf bedacht, wieder geordnete Zustände in der Mark herzustellen und den Ständen gegenüber die landesfürstliche Gewalt zur Geltung zu bringen. Durch die Festigkeit und Strenge, mit der er dabei zu Werke ging und besonders den Trotz der zur Hansa gehörigen Städte brach, erwarb er sich den Beinamen „der Eiserne“. Unter den märkischen Städten waren Berlin und Kölln a. d. Spree die mächtigsten. Sie verwalteten die städtischen Angelegenheiten gemeinsam und ganz selbständig und unabhängig vom Landesherrn; auch hatten sie die niedere und höhere Gerichtsbarkeit an sich gebracht. Als nun zwischen beiden Städten, in denen einerseits wegen der Verschmelzung der beiden Gemeinwesen zu einem einzigen, anderseits wegen des Regiments des patrizischen Rats vielfache Unzufriedenheit herrschte, ein Streit entstand und die Parteien dem Kurfürsten die Vermittelung übertrugen, nötigte dieser die Ratsherren zur Abdankung, trennte die Verwaltung der beiden Städte, ordnete die Wahl des Rats aus den Zünften an, hob die wichtigsten Privilegien der beiden Städte auf und baute sich in Kölln am Ufer der Spree ein Schloß. Einen Aufstand, bei dem es auf Wiedergewinnung der alten Privilegien abgesehen war, dämpfte er mit rascher Entschlossenheit. Infolgedessen unterwarfen sich auch die übrigen märkischen Städte. — Den Umfang der Mark erweiterte Friedrich II. durch den Rückkauf der Neumark vom deutschen Orden (1454), der im Beginn des großen Kriegs mit seinen Landständen und dem Könige von Polen diesen Landesteil selbst dem Kurfürsten anbot, und durch die Erwerbung der Herrschaften Kottbus und Peitz. Als 1464 das Haus Pommern-Stettin ausstarb, machte der Kurfürst die vom Kaiser Sigmund anerkannten alten Rechte auf die Lehnsherrschaft über Pommern geltend und erhielt vom Kaiser Friedrich III. das Fürstentum Stettin-Pommern übertragen. Da aber auch die Pommernfürsten aus der Wolgaster Linie Ansprüche geltend machten und das streitige Land zum größten Teile besetzten, einigte man sich im Vertrage von Soldin 1466 dahin, daß unter Anerkennung der märkischen Lehnshoheit über das Stettiner Land den Hohenzollern Erbhuldigung geleistet werden, die Herzöge von Wolgast aber im Besitz des Landes bleiben sollten.

Da aber die Landstände damit nicht einverstanden waren, kam es doch zu kriegerischem Zusammenstoß, bei dem der Kurfürst vom Glück nicht begünstigt war.

Ihm folgte sein jüngerer Bruder Albrecht Achilles (1470 bis 1486), der sich seit 1464 im Alleinbesitz der fränkischen Lande befand. Er war einer der gewaltigsten Kriegsfürsten seiner Zeit, ein Feind der Städte und ihrer Freiheiten und ein unermüdlicher Vorkämpfer der Fürstenmacht, der in dem Streite des Kaisers Friedrich III. mit Fürsten und Städte treu zum Kaiser hielt und allzeit sein Schwert für dessen Recht zog. Obwohl er sich meist in Franken aufhielt, erwarb er sich doch um die Mark die größten Verdienste und sicherte ihr durch seine Kriegstüchtigkeit und politische Klugheit die Stellung, die sie durch Friedrich I. und II. gewonnen hatte. Der Streit mit Pommern wurde im Vertrag von Prenzlau 1472 dergestalt beigelegt, daß die Wolgaster Fürsten sich der vom Kaiser Friedrich dem Kurfürsten verliehenen Lehnsherrschaft über Pommern fügten. Als sie dann gleichwohl sich der Belehnung zu entziehen suchten, vereinigte Albrecht die märkischen und fränkischen Streitkräfte zu einem großen kriegerischen Angriffe und zwang die Pommern zur Anerkennung der märkischen Lehnsherrlichkeit. Die Grenzen des Landes erweiterte er durch den Gewinn der Städte und Gebiete Krossen, Züllichau und Sommerfeld. Um den brandenburgischen Staat vor Zerstückelung zu bewahren, gab er 1473 ein Hausgesetz (dispositio Achillea), wonach die Mark ungeteilt bleiben und immer dem ältesten Sohne zufallen. die fränkischen Besitzungen aber höchstens in zwei Teile unter die beiden nächstältesten Söhne geteilt werden sollten. Da ihn in seinen letzten Jahren teils die Geschäfte des Reichs, teils Fehden mit seinen Nachbarn in Franken völlig in Anspruch nahmen, überließ er die Regierung des Kurfürstentums seinem Sohne Johann, der schon früher bei der häufigen Abwesenheit Albrechts die Mark verwaltet hatte.

So war durch die Fürsten Friedrich I., Friedrich II. und Albrecht die Mark in ihrem früheren Bestande wiederhergestellt und in ihrer territorialen Selbständigkeit gesichert, die landesherrliche Gewalt der Hohenzollern in der Mark begründet und bei Adel und Städten zur Anerkennung gebracht worden.

Innerer Ausbau des Staats und Aussicht auf territoriale Erweiterung. Mit Johann Cicero (1486—1499) beginnt eine Friedensperiode für die Mark, um deren Wohlfahrt er treu besorgt war. Er erweiterte die Grenzen seines Landes durch die friedliche Erwerbung von Zossen (1490) und erhielt im Vertrage von Pyritz von dem Herzog Bogislav X. von Pommern (1493) die Zusicherung, daß nach dem Aussterben des pommerschen Herzogshauses das Land an Brandenburg fallen sollte, wogegen der Kurfürst den Herzog von aller Lehnspflicht ledig sprach. Mit seinen Ständen trat der Kurfürst dadurch in eine engere Verbindung, daß sich die Städte bereit erklärten, zur Tilgung der durch den pommerschen Krieg entstandenen Schuldenlast eine Auflage zu übernehmen, und daß, als die altmärkischen Städte sich dieser Steuer mit Gewalt widersetzten, die Stände der übrigen Landschaften der kurfürstlichen Autorität in der Altmark zum Übergewicht verhalfen. Entsprechend der ständischen Entwickelung im Reiche wurde auch in Brandenburg den Ständen „die Umlage und Verteilung der erforderlichen Steuern überlassen, wogegen sie die Tilgung der vom Landesherrn gemachten Schulden übernahmen“. Der Aufforderung des Kaisers Maximilian I., daß jeder Kurfürst in seinem Lande eine Universität errichten möge, entsprach Johann, der selbst gelehrte Bildung besaß und wegen seiner Gewandtheit im Lateinischen „Cicero“ genannt wurde, bereitwillig und bestimmte Frankfurt a. d. Oder zum Sitz der neuen Hochschule. Doch wurde sie erst unter seinem Sohne Joachim I. Nestor (1499—1535) vollendet (1506). Joachim war noch nicht volle 15 Jahre alt, als er seinem Vater folgte, aber er führte die Regierung gleich mit voller Selbständigkeit und mit starker Hand. Er stellte der Universität hauptsächlich die Aufgabe, ihm einen im römischen Recht geschulten Richterstand zu schaffen. Denn aus dem Mittelalter gab es in verschiedenen Städten und Landschaften der Mark verschiedene Rechtssatzungen, woraus sich große Schwierigkeiten für die Rechtspflege ergaben. Um diese zu beseitigen, errichtete Joachim im Jahre 1516 in Berlin ein Kammergericht für die Mark, an dem subsidiär nach römischem Recht geurteilt und gerichtet wurde. Auf dem Gebiete des Privatrechts erließ er die noch heute in Geltung stehende Joachimische Erbrechtskonstitution. Durch

die Verbreitung geläuterter Rechtsbegriffe in seinem Lande durfte er hoffen, auch die Neigung zu Gewaltthätigkeit und Selbsthülfe, die bei seinem Adel immer wieder zum Durchbruch kam, auszurotten. In der Verwaltung der städtischen Gemeinwesen hatte er schon 1515 eine größere Gleichförmigkeit herbeigeführt. Zur Förderung des Handels und Verkehrs trug die Einführung einheitlichen Maßes und Gewichts in der ganzen Mark nicht wenig bei. — Eine Erweiterung erfuhren unter Joachim die Grenzen der Mark durch den Erwerb der Grafschaft Ruppin. 1529 machte endlich der Vertrag von Grimnitz (in der Uckermark) dem jahrhundertelangen Streite über die Lehnsabhängigkeit Pommerns von Brandenburg ein Ende, indem durch denselben die Nachfolge der brandenburgischen Kurfürsten in Pommern, falls die Nachkommenschaft der pommerschen Herzöge erlösche, endgültig festgesetzt wurde.

Der Reformation stand Joachim feindselig gegenüber. Sein Bruder Albrecht, Erzbischof von Magdeburg und Mainz, war eben derjenige, der, um die dem Papste geschuldeten Palliengelder (Abgaben für die Einsetzung in die erzbischöfliche Würde) aufzubringen, den Ablaßhandel Tetzels veranlaßte. Aber die anderen Verwandten Joachims, sein Vetter, Markgraf Albrecht von Ansbach, der seit 1511 Hochmeister des deutschen Ordens in Preußen war, und die fränkischen Markgrafen traten zur Lehre Luthers über. Ja, selbst Joachims eigene Gemahlin, Elisabeth, nahm im Berliner Schlosse das Abendmahl in beiderlei Gestalt. Dafür mußte sie allerdings vor dem Zorne des Kurfürsten außer Lands fliehen und bei ihrem Oheim, dem Kurfürsten Johann dem Beständigen von Sachsen, Zuflucht suchen.

Im Widerspruch mit der dispositio Achillea traf Joachim die Verfügung, daß sein jüngerer Sohn Johann die Neumark mit Kottbus, der ältere, Joachim, mit dem Beinamen „Hektor", die übrigen märkischen Landschaften mit der Kurwürde erhalten solle. Johann, der in Küstrin residierte (daher „Markgraf von Küstrin"), führte gleich im Anfang seiner Regierung auf Bitten der Städte die evangelische Lehre ein. Joachim II. (1535—1571) dagegen, der ebenfalls der Reformation von Herzen zugethan war, leitete mit großer Vorsicht die Veränderung des Religionswesens in seinem Lande ein — immer darauf bedacht, im Bunde mit dem Kaiser

den allgemeinen Frieden zu erhalten. Aus diesem Grunde schloß er sich auch nicht dem schmalkaldischen Bunde an. Erst als jede Hoffnung auf ein Konzil und auf Einigung der Katholiken und Protestanten geschwunden war, trat er offen zur protestantischen Kirche (lutherischen Bekenntnisses) über (1539). Mit gleicher Klugheit ging Joachim auch in den politischen Angelegenheiten zu Werke, die sich auf die Vergrößerung Brandenburgs bezogen. 1537 brachte er eine Erbverbrüderung mit dem Herzoge von Liegnitz, Brieg und Wohlau zustande und gewann dadurch die Aussicht, diese Landschaften nach dem Aussterben des herzoglichen Mannesstammes mit Brandenburg zu vereinigen. Mit großer Beharrlichkeit verfolgte er auch die Aussicht, von dem Könige von Polen die Mitbelehnung mit dem Herzogtum Preußen zu erlangen, wobei ihm sein Kanzler, Lamprecht Distelmeier, treffliche Dienste leistete. Nach mehreren vergeblichen Bemühungen empfingen, als Herzog Albrecht Friedrich mit Preußen belehnt wurde, auch der Kurfürst Joachim II. und sein ältester Sohn Johann Georg die Mitbelehnung für sich und ihre Nachkommen (1569).

Johann Georg (1571—1598) vereinigte wieder Küstrin mit Brandenburg. Um die durch die Prachtliebe und Baulust entstandenen Schulden zu tilgen, bewog er die Stände zu einer außerordentlichen Steuer. Dafür mußten freilich ihnen große Vorrechte eingeräumt werden, so daß der Kurfürst und seine Nachfolger in große Abhängigkeit von den Ständen gerieten, welcher erst Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst, ein Ende machte. Der durch die lange Friedenszeit und den blühenden Handel stets wachsende Wohlstand der Mark zog viele fremde Kolonisten hierher: namentlich waren es die von dem spanischen König Philipp II. aus den Niederlanden vertriebenen Protestanten, die in Brandenburg (Züllichau, Krossen, Stendal) eine neue Heimat fanden.

Johann Georg teilte in seinem Testamente ebenfalls die Marken unter seine Söhne. Aber sein Sohn Joachim Friedrich (1598—1608) stieß die Bestimmung um und setzte sich in den Alleinbesitz des Kurlandes. Seine beiden jüngeren Brüder entschädigte er später mit den fränkischen Besitzungen, nachdem deren letzter Regent Georg Friedrich 1603 ohne Erben gestorben war. Diese fränkischen Länder wurden 1791 mit Preußen vereinigt.

Zugleich fiel mit dem Tode des kinderlosen Markgrafen Georg Friedrich das Fürstentum Jägerndorf (in Schlesien) an den Kurfürsten Joachim Friedrich, der es seinem jüngeren Sohn Johann Georg übergab. Als letzterer an dem Aufstande der Böhmen im Anfang des dreißigjährigen Kriegs teilnahm, sprach der Kaiser die Acht über ihn aus und zog jenes Fürstentum ein. Ebenfalls nach dem Tode jenes fränkischen Markgrafen Georg Friedrich, der von dem Könige von Polen mit der Vormundschaft über den gemütskranken Herzog Albrecht Friedrich von Preußen betraut worden war, erreichte es der Kurfürst Joachim Friedrich, daß er zum Vormund und Statthalter im Herzogtum Preußen bestellt wurde. Die Vermehrung der landesherrlichen Geschäfte, die mit all diesen Erwerbungen verbunden war, veranlaßte den Kurfürsten, ein Geheimrats-Kollegium zu ernennen, dem die Leitung der äußeren Staatsangelegenheiten und die Überwachung der Finanzen und des Kriegswesens oblag.

Das Recht auf die Nachfolge in Preußen, das die brandenburgischen Kurfürsten durch die seit 1569 übliche Mitbelehnung erworben hatten, wurde noch dadurch gesichert, daß Joachim Friedrichs Sohn, Johann Sigismund, die älteste Tochter jenes gemütskranken Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen, Anna, heiratete und einige Jahre später Joachim Friedrich selbst die jüngere Tochter desselben, Eleonore, in zweiter Ehe zur Gemahlin nahm. Diese Verbindung verschaffte den beiden Fürsten zugleich die begründetsten Ansprüche auf Landschaften am Rhein. Denn Albrecht Friedrichs Gemahlin, die Mutter jener beiden Schwestern Anna und Eleonore, war die Schwester und Erbin des kinderlosen Herzogs Johann Wilhelm von Jülich-Cleve-Berg. So hatte das brandenburgische Kurhaus die nächsten Ansprüche auf jene am Niederrhein gelegenen Länder gewonnen und sah sowohl im Osten als im Westen einer bedeutenden Gebietserweiterung entgegen.

Johann Sigismund (1608—1619) kam schon 1609, als der Herzog Johann Wilhelm von Jülich-Cleve starb, in die Lage, die Erbschaft seiner Gemahlin am Niederrhein anzutreten. Aber da trat ihm der Herzog Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg entgegen, der als Sohn der zweiten Schwester (Anna)

des verstorbenen Johann Wilhelm ebenfalls Ansprüche an das Erbe erhob. Da nun Kaiser Rudolf II. Anstalten machte die jülich-clevischen Lande in Verwahr zu nehmen, um sie an sein Haus zu bringen, vereinigten sich die Fürsten von Brandenburg und Pfalz-Neuburg im Dortmunder Vertrag (1609) zu gemeinschaftlicher Verwaltung der umstrittenen Lande. Der Kaiser aber ließ durch seinen Bruder, den Bischof von Straßburg, die Festung Jülich besetzen und allen Unterthanen verbieten, den andern Fürsten Gehorsam zu leisten. So brach der jülich-clevische Erbfolgekrieg aus (1609), in dem es Johann Sigismund mit Hülfe niederländischer und französischer Truppen gelang, den kaiserlichen Statthalter wieder zu verjagen. Darauf versuchten die beiden „possidierenden" Fürsten sich zu verständigen, gerieten aber dabei in so heftigen Streit, daß ein völliger Bruch erfolgte. Infolgedessen suchte der Pfalzgraf in enge Verbindung mit dem Kaiser und mit Herzog Maximilian von Bayern zu treten und trat zur katholischen Kirche über; der Kurfürst dagegen erhielt die Hülfe der Holländer. Schon rückten Spanier und Holländer, „in denen sich damals der Gegensatz der beiden um das Übergewicht in Europa ringenden Parteien darstellte", in die niederrheinischen Landschaften ein, als zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg 1614 der Vertrag von Xanten zustande kam, der festsetzte, daß die Erbländer durchs Los geteilt werden sollten. Darnach fielen Brandenburg die Landschaften Cleve, Mark und Ravensberg zu, während Pfalz-Neuburg Jülich und Berg bekommen sollten. Aber der dreißigjährige Krieg zog die Lösung der Angelegenheit hinaus, und erst 1666 kam die obige Teilung endgültig zur Ausführung.

Dagegen vollzog sich die Vereinigung Preußens mit Brandenburg ohne kriegerische Verwickelung. 1609 wurde Johann Sigismund mit der Vormundschaft über den gemütskranken Herzog Albrecht Friedrich von Preußen betraut und zwei Jahre später mit Ostpreußen belehnt. Polen selbst erkannte den Übergang der Regierung Ostpreußens an den Kurfürsten bereitwillig an, um dadurch zu verhüten, daß dieser sich mit dem Könige von Schweden verband, der soeben mit Polen wegen der russischen Provinzen im Kampfe lag. Als dann 1618 der Herzog Albrecht Friedrich

3*

starb, folgte ihm Johann Sigismund unbestritten in der Regierung des Herzogtums.

Während der Streitigkeiten mit Pfalz-Neuburg war Johann Sigismund infolge seiner engeren Verbindung mit dem Hause Oranien und mit Kurpfalz, welch letzteres der reformierten Lehre in Deutschland Bahn gemacht hatte, vom Luthertum zur Lehre Calvins übergetreten. Dieser Bekenntniswechsel brachte unter der Bevölkerung Brandenburgs eine große Erregung hervor, und in Berlin und anderen Städten kam es zu aufrührerischen Bewegungen, die nur mit Mühe unterdrückt wurden. Der Kurfürst ließ sich dadurch in seiner religiösen Überzeugung nicht irre machen, war aber weit entfernt, gegen einen seiner andersgläubigen Unterthanen einen Zwang auszuüben.

Es war Georg Wilhelm (1619—1640) nicht vergönnt, die weit auseinanderliegenden Länder Brandenburg, Preußen und die rheinischen Landschaften, aus denen sein Besitz bestand, durch Einführung gleichartiger innerer Einrichtungen zu einem staatlichen Ganzen zu einen. Denn bereits war der furchtbare Krieg ausgebrochen, der Deutschland 30 Jahre lang mit allen Schrecken heimsuchte und auch über die Länder des Kurfürsten das fürchterlichste Elend brachte. Zwar blieb Brandenburg während der ersten Kriegsjahre vom Kriege unberührt. Aber als Wallenstein von der Verfolgung Mansfelds zurückkommend (1626) sich zu einem entscheidenden Angriff gegen Dänemark wandte, ließ er die Havelpässe besetzen, während von der anderen Seite die Dänen in Brandenburg eindrangen. Wallenstein besiegte darauf die Dänen in ihrem eigenen Lande und wurde Herzog von Mecklenburg. Weil aber Brandenburg auf dieses Land Anspruch hatte (s. S. 18), suchte sich Wallenstein mit dem Kurfürsten friedlich zu stellen und ließ ihm eine günstige Entscheidung des Kaisers in der jülich-clevischen Erbschaftssache sowie eine Entschädigung für Jägerndorf (s. S. 34) in Aussicht stellen; auch versprach er ihm, sich der Anwartschaft Brandenburgs auf Pommern, wo der letzte Herzog seinem Ende entgegenging, kräftig annehmen zu wollen, und sicherte ihm den Heimfall Mecklenburgs an Brandenburg zu, wenn sein (Wallensteins) Stamm ausstürbe. Diese Aussichten und Versprechungen machten Georg Wilhelm geneigt, auf die Seite des

Kaisers zu treten. Da aber Kaiser Ferdinand II. durch das Restitutionsedikt (1629) den Protestantismus in seiner Existenz bedrohte und auch in Ostpreußen den Katholizismus wieder einzuführen beabsichtigte, schloß sich Georg Wilhelm an den Schwedenkönig Gustav Adolf an, so ungern er ihm auch die Besetzung der preußischen Küste, des Herzogtums Pommern und der brandenburgischen Festungen Küstrin und Spandau zugestand. Die Folge davon war, daß die Kaiserlichen in die Altmark einfielen und das Land mit fürchterlichen Bedrückungen heimsuchten (1631). Gleiche Leiden erduldete die Neumark, als Wallenstein im Oktober 1632 von Schlesien her in dieselbe einfiel. Durch Gustav Adolfs Siege wurde der Protestantismus in Deutschland gerettet; von der Ausführung des Restitutionsedikts, von der Herstellung des Katholizismus im Herzogtum Preußen war keine Rede mehr. Die Rettung Cleves gegen die Angriffe Österreichs verdankte der Kurfürst den protestantischen Niederlanden, die den größten Teil jenes Landes besetzt hatten. Durch alles dies wurde Georg Wilhelm auf protestantischer Seite festgehalten. Pommern aber schien ihm verloren zu gehen, da Gustav Adolf dasselbe behalten wollte. Georg Wilhelm erkannte, daß er sein Recht auf dieses Land gegen Schweden nur mit Hülfe des Kaisers durchsetzen könne. So war er genötigt, auch auf diesen Rücksicht zu nehmen. Unter diesen Verhältnissen blieb die Politik Brandenburgs eine schwankende. Besonders schlimm für die brandenburgische Politik war es, daß im Geheimeratskollegium (s. S. 34), das früher immer aus Männern eines Sinnes zusammengesetzt war, jetzt Parteiungen eintraten, indem die älteren Räte gegen den Minister Georg Wilhelms, Adam von Schwarzenberg, einen Katholiken, Opposition machten. Als dann nach der Niederlage der Schweden in der Schlacht bei Nördlingen der Kurfürst von Sachsen mit dem Kaiser den Frieden von Prag schloß (1635), trat Georg Wilhelm demselben bei und erhielt vom Kaiser das Versprechen, daß er ihn in seiner Anwartschaft auf Pommern gegen die Schweden schützen wolle. Seitdem kämpften die brandenburgischen Truppen an der Seite der kaiserlichen. Dadurch aber brach über die Marken das schrecklichste Kriegselend herein. Nach der Schlacht bei Wittstock (1636) setzten sich die Schweden in der Mittel- und Neumark fest

und brandschatzten das Land aufs fürchterlichste. Als dann 1637 der Pommernherzog Bogislav XIV. starb und die Schweden das Herzogtum Pommern für sich in Anspruch nahmen, trieben die kurfürstlichen Truppen in Verbindung mit kaiserlichen und sächsischen die Schweden nicht nur aus den Marken, sondern schränkten sie auch in Vorpommern auf einige wenige Küstenplätze ein. Als jedoch Schweden durch französische Subsidiengelder in den Stand gesetzt wurde, seine vereinigten Truppen wieder gegen Deutschland zu wenden, verlor der Kurfürst das Gewonnene wieder und mußte mit seinem Sohne in Preußen Sicherheit suchen. Die Marken wurden bis aufs letzte ausgesogen; sie waren so verödet, daß die Truppen nicht mehr durchziehen konnten, da sie hier keinen Unterhalt mehr fanden. Bei dieser Lage der Dinge starb der Kurfürst Georg Wilhelm in Königsberg in Preußen.

Kap. 5. Begründung des brandenburgisch-preußischen Staats durch den großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm 1640—1688.

Sicherung des Bestandes des Kurfürstentums und seines Umfangs. Aus diesen Kriegsleiden wurde Brandenburg durch den Sohn Georg Wilhelms, Friedrich Wilhelm, den großen Kurfürsten, erlöst. Friedrich Wilhelm war durch seine Mutter der Neffe Friedrichs V. von der Pfalz, des „Winterkönigs" (s. Bd. II, S. 406), und zugleich durch die Schwester seines Vaters der Neffe Gustav Adolfs: gleichsam von Geburt gehörte er in die Reihe der Fürsten, die sich der Macht des Hauses Österreich entgegenstellten. Sieben Jahre alt wurde er durch die Fürsorge seiner Mutter von dem üppigen Hofe in Berlin entfernt und nach Küstrin gebracht; ein verständiger Erzieher leitete seine Studien und seine Vergnügungen. In den Jahren 1633—34 durfte der Prinz nach den Niederlanden reisen; er besuchte in Begleitung seines Erziehers die Universität Leyden, bald darauf auch das Feldlager des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien. Hier sah er einen Staat, der trotz enger Grenzen einer der mächtigsten der Welt war, — ein Volk, das durch rastlose Thätigkeit sich eine Handelsmacht und einen Wohlstand geschaffen, dem damals nichts gleich kam, und das zum erstenmal in der modernen Welt die Bedeutung der

materiellen Interessen mit klarem Bewußtsein würdigte; ein Volk, das sich mit Strömen von Blut die höchsten Güter des Lebens, die politische und kirchliche Freiheit, errungen und in kühn fortschreitender Bildung allen Nationen voranleuchtete; — und an der Spitze dieser Republik einen Oranier, einen Sprößling jenes Makkabäergeschlechts, das in vier Generationen keinen Sohn erzeugt hat, der nicht ein Held war und ein Protestant, und das deshalb die höchste Stelle im Staate einnahm, weil es demselben in unermüdlicher Hingebung diente. Im Umgang mit dem Oranier war es auch, wo der Kurprinz die heimischen Dinge in dem großen Zusammenhang der europäischen Ereignisse betrachten lernte. Wieder nach Hause zurückgekehrt und nach dem Tode seines Vaters auf den Thron gelangt ließ er die brandenburgischen Truppen, die bisher entweder der schwedischen oder der kaiserlichen Fahne gefolgt und von fremder Leitung abhängig waren, für sich allein in Pflicht nehmen; erst dadurch kehrten dieselben in den ausschließlichen Gehorsam des Landesherrn zurück. Ferner erlangte er von den Polen die Erneuerung der Belehnung mit dem Herzogtum Preußen. Sodann gab er den Krieg mit den Schweden auf: im Juli 1641 schloß er einen Waffenstillstand, der 1644 dahin näher bestimmt wurde, daß dem Kurfürsten die Städte Frankfurt und Krossen mit den dazu gehörigen Schanzen zurückgegeben wurden, unter der Bedingung, daß er sie nicht in die Hände der Feinde Schwedens fallen lasse.

So erhielt das Kurfürstentum gesicherten Bestand. Als die Verhandlungen über den Frieden in Münster und Osnabrück begannen (s. Bd. II, S. 474), war der Kurfürst darauf bedacht, sich auch die seinem Hause früher zugefallenen Nebenländer und die Ansprüche auf dieselben zu sichern. Durch Verbindung mit den Generalstaaten (Holland) und der Landgräfin von Hessen gelang es ihm, sich in Besitz eines Teils der festen Plätze im clevischen Gebiet zu setzen, um durch Aufstellung einer ansehnlichen Truppenmacht daselbst eine feste politische Stellung zu ergreifen. Aber den Anspruch auf ganz Pommern durchzusetzen gelang ihm nicht. 1647 ging er durch einen Vertrag darauf ein, daß Vorpommern samt den Flußmündungen und dem zu beiden Seiten liegenden

Uferland an Schweden kam, während er sich mit Hinterpommern begnügte und für die abgetretenen Teile durch die Stifter Halberstadt, Minden und die Anwartschaft auf Magdeburg entschädigt wurde. Dadurch wurde dem großen Kurfürsten eine bedeutendere Stellung in den westlichen und norddeutschen Reichslanden zu teil, als je einer seiner Vorgänger besessen hatte.

So war in diesen ersten Jahren Brandenburg in Besitz genommen, Preußen gesichert, Cleve behauptet, von der pommerschen Erbschaft wenigstens ein Teil gerettet und für den andern Teil eine ansehnliche Entschädigung bestimmt.

Aber alles war noch unsicher. Die Landschaften waren erschöpft an Kräften, die Truppen kaum hinreichend zur Besetzung der festen Plätze. Zunächst galt es, sich der im westfälischen Frieden neu hinzugekommenen Landesteile zu versichern. 1650 nahm der Kurfürst die Huldigung zu Minden und Halberstadt entgegen, später erfolgte die vorbehaltliche eventuelle Huldigung der magdeburgischen Stände. Auch Hinterpommern, das ihm die Schweden zuerst vorenthielten, brachte er durch die Unterstützung des Kaisers und der Reichsfürsten in gesicherten Besitz.

Begründung der Selbständigkeit des Herzogtums Preußen. Zur Behauptung seiner Selbständigkeit gegenüber Österreich diente dem großen Kurfürsten seine Stellung im Herzogtum Preußen. Hier war er Vasall der Krone Polen, die gerade damals ein schwacher Fürst, König Johann Kasimir, trug. Als nun 1654 Karl X. Gustav aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken den schwedischen Thron bestieg und es für seinen Beruf hielt, den alten nationalen Krieg der Schweden gegen Polen zu erneuern, versäumte der Kurfürst es nicht, für die möglichen Wechselfälle des Kriegs eine stattliche Macht aufzustellen. Der erste Waffengang zwischen den kriegführenden Mächten fiel zu gunsten der Schweden aus. Nun trug Karl X. Gustav dem Kurfürsten an, er solle Preußen fortan als Vasall Schwedens besitzen. Mit Widerstreben ging Friedrich Wilhelm auf diese Forderung ein. In der dreitägigen Schlacht bei Warschau (18.—20. Juni 1656) wurde Polen von den verbündeten Mächten Schweden und Brandenburg völlig niedergeworfen. Doch aufs neue drangen die Polen, diesmal in Verbindung mit den Russen, in Preußen mächtig vor,

Karl Gustav sah nur in einer erneuten Verbindung mit Brandenburg seine Rettung und willigte im Vertrag von Labiau (10. Nov. 1656) ein, die Lehnsherrschaft über Preußen aufzugeben und dasselbe dem Kurfürsten als unabhängiges (souveränes) Herzogtum zuzugestehen; auch von Polen sollte Preußen für immer getrennt sein. In diesem Augenblick sah sich Österreich veranlaßt, mit den Polen gemeinsame Sache gegen Schweden und Brandenburg zu machen. Als sich auch die Dänen mit den Polen verbanden, verließ Karl X. Gustav sofort den Kriegsschauplatz in Polen und richtete seine Waffen gegen Dänemark. Dadurch sah sich der Kurfürst ganz allein den Feindseligkeiten seiner übermächtigen Gegner ausgesetzt. In dieser Gefahr, von seinem einzigen Verbündeten verlassen, trug er kein Bedenken, sich vom Schwedenkönig loszusagen und mit dessen Gegnern ein Bündnis einzugehen. Doch machte er zur Bedingung, daß die Unabhängigkeit des Herzogtums Preußen von allen Mächten anerkannt würde. Unter dem Einfluß von Österreich, dem alles daran lag, den Kurfürsten von der gegnerischen Seite abzuziehen, willigten die Polen im Vertrag von Wehlau (19. Sept. 1657) ein, daß der Kurfürst und seine Nachkommen das Herzogtum Preußen in unumschränkter Gewalt besitzen sollten. Damit war der Kurfürst aller Rücksicht auf die Politik Polens enthoben; er konnte fortan ganz nach eigenen Gesichtspunkten handeln.

Um aber jetzt gegen seinen früheren Verbündeten Karl X. Gustav geschützt zu sein, verband sich der Kurfürst Friedrich Wilhelm aufs engste mit Österreich (Febr. 1658). Die nächste Frucht dieser Verbindung war, daß der österreichische Thronerbe Leopold — den Bestrebungen der in Deutschland eingedrungenen fremden Mächte, Schwedens und Frankreichs, sowie der rheinischen Kurfürsten zum Trotz — als Leopold I. (1658—1705) zum Kaiser gewählt wurde. Sodann wandten sich beide Verbündete, unterstützt von einer holländischen Flotte, gegen den Schwedenkönig, der die Dänen nach einem glänzenden Feldzug zu dem für sie nachteiligen Frieden von Roeskilde (1658) gezwungen hatte, dann aber diesen Frieden selbst brach und Dänemark ganz erobern wollte. Nachdem der Kurfürst von Brandenburg die Insel Alsen genommen hatte, rückten brandenburgische und österreichische Truppen

siegreich in Pommern vor. Schon hoffte Friedrich Wilhelm nach dem 1660 erfolgten Tode des Schwedenkönigs Karl X. Gustav, daß ihm Vorpommern überlassen würde. Aber Frankreich widersetzte sich dem, als einer Verletzung des westfälischen Friedens, aufs entschiedenste. Der Kurfürst mußte sich begnügen, daß im Frieden von Oliva (1660) seine Unabhängigkeit in Preußen auch von Schweden anerkannt wurde; die Schweden behielten ihre deutschen Besitzungen in voller Ausdehnung.

Der Einfluß Frankreichs in Deutschland wurde vermehrt durch den Bund rheinischer Kurfürsten, der im Gegensatz zur Kaiserwahl 1658 zustande gekommen war und der sich den Häusern Österreich und Brandenburg gegenüber an Frankreich und Schweden anschloß.

Einrichtung haltbarer Verfassungsverhältnisse in den brandenburgischen Territorien. Stehendes Heer. Nach diesen äußeren Erfolgen ging der Kurfürst an die Einrichtung haltbarer innerer Zustände. Es kam vor allem darauf an, die noch schwebenden Streitigkeiten zwischen ihm und den Landständen auszugleichen und der landesfürstlichen Gewalt das Übergewicht zu verschaffen. Hierbei leitete ihn besonders die Rücksicht auf das Heer. Alle großen Entscheidungen in den kriegerischen Ereignissen dieses Jahrhunderts waren durch geworbene Truppen herbeigeführt (s. Bd. II, S. 487 ff.); aber eben in diesen Kriegsläuften hatte sich die Unzulänglichkeit geworbener Truppen herausgestellt. Man erkannte, daß nur ein stehendes Heer dem Bedürfnis genüge. Aber sollte das Heer ein stehendes werden, so mußte der Fürst eine gleichmäßige und regelmäßige Geldeinnahme haben und durfte nicht mehr von dem guten Willen der Landstände abhängen.

Am leichtesten gelang ihm dies in Cleve und der Mark. Schon in dem Kriege gegen Polen und Schweden bewilligten diese Stände, in denen sich ein Gefühl vom Zusammenhang des werdenden Staates regte, ansehnliche Mittel an Geld und Truppen, worauf 1660 der Ausgleich zustande kam. Seitdem erfolgten die Geldbewilligungen regelmäßig. Dem Ausgleich mit den märkischen Ständen verleiht besonders die Art der hier neu eingeführten Steuer eine Wichtigkeit. Denn da sich herausstellte, daß durch die bisherige Form derselben, die Kontribution, die nur die bürgerlichen Grund-

stücke, besonders die Häuser, betraf, das Land seinem Ruin entgegengehe, brachte der Kurfürst eine neue Steuer, die Verbrauchssteuer (Accise), in Vorschlag. Der Adel weigerte sich, darauf einzugehen; die Städte dagegen führten diese neue Steuer ein und erzielten dadurch einen solchen Erfolg, daß sie nach wenigen Jahren in einen gedeihlichen Zustand kamen.

Besondere Schwierigkeiten machte der Ausgleich mit den Ständen in Preußen. Hier mußte infolge der Selbständigkeit des Herzogtums gewissermaßen eine neue Verfassung eingerichtet werden. Zunächst beabsichtigten die Stände, den Rückhalt, den sie an Polen verloren, dadurch zu ersetzen, daß sie dem Kurfürsten neue Bedingungen auferlegten; nur solange er diese hatte, solle er regieren. Es kam darüber zum heftigsten Streit. Die Stände suchten ihre alte Verbindung mit Polen zu erneuern. Erst als es dem Kurfürsten gelang, das Haupt der Gegenpartei, den Schöppenmeister Rhode, in seine Gewalt zu bringen, ward ein Ausgleich getroffen, worauf 1663 die Huldigung erfolgte. Aber eine große Partei hielt sich nicht für verpflichtet, dem Kurfürsten auch für seine Kriege in Deutschland Truppen zu besolden, und suchte abermals die polnische Hoheit wiederherzustellen. Der Kurfürst ahndete diesen Widerstand als Hochverrat und ließ den namhaftesten Gegner, den Oberst von Kalkstein, in Warschau aufheben und hinrichten (1671).

1666 hatte der Kurfürst auch den Magistrat und die Bürgerschaft von Magdeburg, die unter ihrem Bürgermeister Otto von Gerike, dem Erfinder der Luftpumpe, nach Unabhängigkeit strebte, gezwungen, ihm den Eid des Gehorsams zu leisten.

So sah der Kurfürst seinen Länderbesitz als ein Ganzes vor sich. Die mannigfaltigen Landschaften und Landesarten fanden ihren Mittelpunkt in einem selbständigen Fürsten, der die Kräfte aller zu gemeinsamen, politischen Zwecken verwendete. Die Landschaften des großen Kurfürsten begannen ein Staat zu werden.

Der Ausbildung seines Heeres widmete Friedrich Wilhelm die eingehendste Sorge. Von 3000 Kriegern, die er im ersten Regierungsjahr sein Heer nennen konnte, war es bis zum Jahr 1651 auf 16000 Mann angewachsen, und im Kriege zwischen Polen und Schweden erschien er mit 26000 Mann und 72 Ge-

schützen im Felde. Der neu geschaffenen Armee stand zuerst der General von Sparr vor. Bald erhielt sie einen noch ausgezeichneteren Befehlshaber in dem berühmten Feldmarschall von Derfflinger.

Kampf des großen Kurfürsten gegen Frankreich und Schweden und der Versuch desselben, Elsaß und Pommern wieder zu gewinnen. Durch den westfälischen Frieden 1648 und die denselben ergänzenden Friedensschlüsse, den pyrenäischen Frieden 1659*) und den Frieden zu Oliva 1660, schien in Europa ein Zustand hergestellt, bei dem sich das allgemeine Gleichgewicht und damit die Sicherheit und Freiheit eines jeden Staates behaupten konnte. Da geschah es nun, daß Frankreich, mit dem Errungenen nicht zufrieden, ohne Rücksicht auf die Friedensschlüsse sich zu vergrößern unternahm. Es überzog die spanischen Niederlande mit Krieg (erster Raubkrieg oder Devolutionskrieg 1667) und besetzte ungehindert die südlichen Festungen. Aber England und Schweden vereinigten sich mit Holland (Tripelallianz) und setzten im Frieden von Aachen (1668) weiteren Eroberungen Frankreichs ein Ziel. Dafür gedachte Ludwig die Republik Holland zu züchtigen. Er brachte ihre Bundesgenossen, England und Schweden, auf seine Seite und begann den Angriff (zweiter Raubkrieg 1672—78). Auch dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm wurde der Antrag gemacht beizutreten. Aber die Rücksicht auf die Gefahr für die Unabhängigkeit des deutschen Reichs und seiner Fürsten, sowie nicht zum wenigsten die Gefahr für den protestantischen Glauben — denn schon sprach man wieder in der katholischen Welt von der Ausrottung der Ketzer — bewogen den Kurfürsten, sich mit Holland zu verbünden. Im Mai 1672 brachen Ludwigs Heere von Süden her in Holland ein und nahmen in raschen Schlägen

*) Dieser beendete den seit 1635 zwischen Frankreich und Spanien geführten Krieg und entschied Frankreichs Übergewicht auf dem Kontinent. Spanien mußte an Frankreich einige Provinzen diesseits der Pyrenäen, sowie in den Niederlanden Artois und Teile von Luxemburg, Flandern und Hennegau abtreten. Infolge dieses Friedens vermählte sich Ludwig XIV. mit Maria Theresia, der ältesten Tochter Philipps IV. von Spanien, die 1660 allen ihren Erbrechten auf den spanischen Thron entsagte.

eine Festung nach der andern. Um den Feind aufzuhalten, entschlossen sich die Holländer, ermutigt durch den Prinzen Wilhelm III. von Oranien, mittelst Durchstechung der Dämme das ganze Land unter Wasser zu setzen. Auch behaupteten sie sich unter der Führung des Oraniers zu Land gegen die Franzosen, und unter dem Admiral de Ruyter zur See gegen die Engländer. Die Hülfe des großen Kurfürsten dagegen blieb fast ganz unwirksam. Dieser hatte sich mit dem Kaiser verbündet zu dem Zwecke, keine Beeinträchtigung des Reichs durch die Franzosen zu dulden; der Kaiser aber hatte sich durch einen geheimen Vertrag mit Frankreich verpflichtet, sich in den Krieg gegen Holland nicht einzumischen: so war der große Kurfürst in allen seinen Bewegungen gegen die französische Armee, die Ludwig XIV. unter Turenne nach Westfalen geschickt hatte, gehindert. Er sah, daß er in einer ganz unhaltbaren Lage war, und schloß mit Frankreich den Vertrag von Vossem (6. Juni 1673), wodurch er darauf verzichtete, Holland Beistand zu leisten. Da aber die Franzosen sich anmaßten, Winterquartiere im deutschen Reich zu nehmen, und gegen die Landschaften, die ihnen nicht ohne weiteres gehorchten, große Grausamkeiten ausübten, gewann der Kurfürst die Überzeugung, daß er in der Lage, in die er geraten, nicht imstande sei, weder selbst zu bestehen, noch die Unabhängigkeit des Reichs zu behaupten.

Da bildete sich unter dem Vorgang von Spanien eine Koalition gegen Frankreich, an der auch der Kaiser, erbittert durch die Verletzungen des Reichsgebiets, teilnahm; ebenso trat das deutsche Reich in den Krieg gegen den Reichsfeind ein. Auch der große Kurfürst trug trotz des Vertrags von Vossem kein Bedenken, sich der Koalition anzuschließen und seine Truppen mit den kaiserlichen, die Montecuculi befehligte, zu vereinigen. Die Franzosen hatten Anstalten getroffen, das Elsaß vollständig in Besitz zu nehmen, und waren unter Turenne auf das rechte Rheinufer übergesetzt. Daher wandten sich die deutschen Streitkräfte gegen denselben, und der Kurfürst, fest entschlossen, den Franzosen das Elsaß wieder zu entreißen, trieb Turenne über den Rhein zurück, worauf dieser bei Marlenheim in der Nähe von Straßburg eine feste Stellung einnahm. Als ihn hier der Kurfürst durch Derfflinger zum Schlagen nötigen wollte, zog sich

Turenne hinter die Saar zurück und nahm bei Ettweiler eine unangreifbare Stellung ein, durch die er jedes weitere Vordringen der Deutschen vereitelte. In diesem Augenblicke wurde der große Kurfürst durch kriegerische Ereignisse in seinem Kurfürstentum abgerufen.

Veranlaßt durch Ludwig XIV. waren nämlich die Schweden gegen Ende des Jahres 1674 in die Mark eingefallen: zunächst nur von der Absicht geleitet, den Kurfürsten zur Neutralität zu nötigen. Dieser stand gerade im Elsaß, als er die Kunde davon erhielt. Gleichwohl brach er nicht sofort gegen den neuen Feind auf; erst wollte er sich einen festen Rückhalt für den Feldzug verschaffen. Denn der Krieg mit Schweden sollte nicht ein bloß brandenburgischer, sondern ein europäischer sein; entschlossen, wo möglich auch diese fremde Macht vom deutschen Boden zu verjagen, wollte er die Kräfte aller seiner Verbündeten gegen sie aufbieten. Auch brachte er es bis zum Frühjahr 1675 wirklich dahin, daß sich Holland und Österreich-Spanien mit ihm gegen Schweden verbündeten. Jetzt brach er in der zweiten Hälfte des Mai sofort vom Main, wo er Winterquartiere genommen hatte, auf und überschritt den Thüringer Wald. Die Schweden, die anfangs mit großer Mäßigkeit aufgetreten waren, bald aber alle Greuel des dreißigjährigen Krieges wieder aufleben ließen, waren indes durch den Paß von Fehrbellin bis ins Havelland vorgedrungen, besetzten Rathenow, Brandenburg, Nauen und erschienen in der Umgegend von Berlin. Am 11. Juni erreichte der Kurfürst Magdeburg, meist nur mit Kavallerie (12 000 Mann). Da er hier erkannte, daß er mit dem wenigen Fußvolk, das er bei sich hatte, einen regelmäßigen Angriff nicht ausführen konnte, aber durch längeres Zögern doch auch nicht den Feind einen Vorteil erlangen lassen wollte, so blieb ihm nichts übrig, als einen Handstreich gegen den am schwächsten besetzten Havelpaß Rathenow zu versuchen. Indem er seine 1200 Musketiere auf Wagen, der Kavallerie zur Seite, fortschaffen ließ, ging er am 15. auf Rathenow los, setzte ober- und unterhalb der Stadt über die Havel und überwältigte die dort liegenden Schweden. Unverweilt trat deren Hauptmacht den Rückzug an, und zwar gegen Fehrbellin hin. Auf der Stelle machte sich der Kurfürst auf zur

Verfolgung der Feinde. Als diese sich eine Stunde von Fehrbellin, bei Hackelberg, in Schlachtordnung stellten, brachte ihnen die Reiterei des Kurfürsten, der mit seinem Geschütz eine Anhöhe besetzt hatte, durch einen geschickten Angriff solche Verluste bei, daß sie sich sofort wieder auf den Rückzug begaben. Verfolgt von den Kurfürstlichen erreichten sie Fehrbellin, das ihnen zunächst Sicherheit bot; aber schon nach 7 Tagen verließen sie entmutigt das Land. Dies ist die Schlacht von Fehrbellin 18. [28.] Juni 1675. Eine eigentliche Niederlage haben die Schweden nicht erlitten; aber die Brandenburger hatten, zum erstenmal allein, eine herrliche Waffenthat vollbracht.

Um so mehr gedachte der Kurfürst, sich der Nachbarschaft der Schweden auf immer zu entledigen und Pommern zu erobern. Den Kampf im Elsaß überließ er dem Kaiser. Bei seinen weiteren Unternehmungen gegen Schweden hatte er die Hülfe eines kaiserlichen Corps und der Dänen. Allenthalben wichen die Schweden dem Andrang der Verbündeten. 1676 ward fast ganz Vorpommern, 1677 Stettin, 1678 Stralsund und Greifswald erobert. Im November 1678 waren die Schweden überall vom pommerschen Boden vertrieben. Als sie dann Ende des Jahres von Livland aus in Preußen einbrachen, eilte der Kurfürst dahin, ließ (Januar 1679) seine Truppen auf Schlitten über das Eis des frischen und kurischen Haffs befördern, um den Schweden den Rückzug abzuschneiden, und vernichtete die Nachhut der rasch abziehenden Schweden, etwa 15 000 Mann, fast gänzlich. Er glaubte sicher, Pommern für immer mit Brandenburg vereinigen zu können.

Preisgebung deutschen Gebiets an Frankreich und Schweden von seiten des Kaisers aus Eifersucht gegen Brandenburg in den Friedensschlüssen von Nymwegen (1678) und St. Germain en Laye (1679). Am Rhein hatten seit dem Abzug des großen Kurfürsten wieder die Feldherren Ludwigs XIV. das Übergewicht gewonnen. Als jedoch die bisher mit Frankreich verbündeten Engländer drohten, auf Hollands Seite zu treten, suchte Ludwig durch gesonderte Verträge seine Gegner zu trennen. So löste sich die Koalition auf. Zuerst ging Holland (10. August 1678), dann Spanien (17. Sept.) auf die Friedensbedingungen ein. Eine der vornehmsten war, daß die Gebiete der Verbündeten Frankreichs in dem

Umfange, den sie vor dem Krieg hatten, wiederhergestellt werden müßten. Vergebens bot der Kurfürst, dem dadurch die Frucht aller seiner Siege über die Schweden verloren ging, dem Kaiser an, mit einem Heere am Oberrhein zu erscheinen, um die Franzosen zu einem vorteilhafteren Frieden zu nötigen, der das Reich und vor allem Straßburg sicher stelle, das sonst ohne Zweifel verloren gehen werde. Der Kaiser war eigentlich nicht abgeneigt, aber Eifersucht gegen die aufstrebende Macht Brandenburgs veranlaßte ihn, auch seinerseits dem Frieden von Nymwegen beizutreten (5. Febr. 1679). In demselben verlor Holland nichts; Spanien mußte sechzehn Festungen in Flandern und Hennegau samt der Freigrafschaft Burgund, der Kaiser Freiburg im Breisgau nebst Hüningen an Frankreich abtreten.

So von allen Verbündeten verlassen, war die Annahme des Friedens auch für den Kurfürsten eine Notwendigkeit; jedoch versuchte er eine Ermäßigung der Bedingungen zu erlangen, wenigstens Stettin zu retten. Da aber Ludwig XIV. auf der Rückgabe von ganz Pommern bestand und die französischen Heere schon in die clevischen Lande einrückten, mußte der Kurfürst nachgeben. Im Frieden von St. Germain (Juni 1679) gab er alles Eroberte den Schweden zurück.

Verbindung Brandenburgs mit Frankreich gegen Österreich und ihre Folgen. Der Unmut des großen Kurfürsten wandte sich gegen seine Verbündeten, die ihn im Stiche gelassen, besonders gegen den Kaiser, der jede Gelegenheit zu ergreifen schien, Brandenburg zu beeinträchtigen. Hatte derselbe doch auch die Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau, auf die Brandenburg die gerechtesten Ansprüche hatte (s. S. 33), beim Aussterben des piastischen Mannsstamms 1675 für Österreich eingezogen! Der Kurfürst mußte in seinen Verbündeten ebensoviele Feinde sehen. Daher suchte er seine Sicherheit in einer engeren Verbindung mit Ludwig XIV. (Okt. 1679), wobei er soweit ging, daß er dem Könige von Frankreich seine Mitwirkung zur Erlangung der deutschen Kaiserkrone versprach. Außerdem versprachen beide Teile, sich gegenseitig beistehen zu wollen zur Behauptung der ihnen durch den Frieden von Münster, Oliva und Nymwegen zugesprochenen Besitztümer. 1681 wurde dieses Bündnis erneuert und bekräftigt.

In den Friedensschlüssen von Münster und Nymwegen fanden sich viele unbestimmte Festsetzungen, denen man verschiedene Auslegung geben konnte. Da war es nun für die Franzosen von unendlicher Wichtigkeit, Brandenburg auf ihrer Seite zu haben; denn jetzt konnten sie die zweifelhaften Rechte, die sie aus jenen Bestimmungen herleiteten, zu voller Geltung bringen. Schon stellte es sich heraus, daß das deutsche Reich jeder Gewaltthat preisgegeben war, wenn nicht Brandenburg sein Schwert für dessen Rechte zog. Denn sofort errichtete Ludwig XIV. in Metz, Breisach und Besançon Gerichtshöfe (Reunionskammern), die ermitteln sollten, welche Gebiete jemals zu den an Frankreich abgetretenen Ländern gehört hätten, um dieselben ebenfalls mit Frankreich zu vereinigen. So wurden ein Teil des Herzogtums Luxemburg, Zweibrücken, die Pfalzgrafschaften Saarbrück, Veldenz, Lützelstein, die Grafschaften Salm, Sponheim, Mömpelgard, Homburg, Bitsch und andere nebst den zehn elsässischen Reichsstädten, über die Frankreich nur die Reichsvogtei eingeräumt worden war, an Frankreich gezogen und sofort mit französischen Truppen besetzt. Ja, um seinem Reiche das Übergewicht im mittleren Europa zu sichern, setzte sich Ludwig XIV., ohne jeden Schein eines Rechts, in den Besitz der Festung Straßburg (30. Sept. 1681). Dadurch bekam Frankreich ein entschiedenes Übergewicht über alle anderen Mächte. Das deutsche Reich hatte gegen dieses Raubsystem nur ohnmächtige Protestationen.

Um den maßlosen Übergriffen Ludwigs XIV. zu steuern, regte Holland 1681 den Gedanken einer allgemeinen europäischen Verbindung an und schloß mit Schweden, dem Kaiser und einigen deutschen Fürsten einen Bund gegen Ludwig. Vor allem suchte man den streitbaren Kurfürsten von Brandenburg zu gewinnen; der aber wollte mit Mächten, die ihn früher so schmählich im Stiche gelassen, nichts zu thun haben. Um aber den Ausbruch eines Kriegs zu verhindern, der nur zu neuen Vergrößerungen Frankreichs geführt haben würde, und um dem Kaiser die Möglichkeit zu verschaffen, seine Waffen gegen die Türken zu wenden, die gerade gegen Wien vorrückten, vermittelte der große Kurfürst zwischen Frankreich und dem deutschen Reich einen Waffenstillstand (Aug. 1683), so daß Wien gerettet und der Türkenkrieg in

Ungarn mit allem Nachdruck geführt werden konnte (s. S. 75). Auch im folgenden Jahre verhütete der große Kurfürst den Ausbruch eines Kriegs zwischen Spanien und Frankreich, bei dem es sich um Luxemburg handelte, dessen Schauplatz also das deutsche Reich gewesen wäre. Spanien mußte Luxemburg an Frankreich abtreten, und der deutsche Reichstag verlängerte den obigen Waffenstillstand auf zwanzig Jahre, für welche Zeit die bis zum 1. Aug. 1681 vollzogenen Reunionen und Straßburg den Franzosen überlassen wurden.

Lockerung des Bündnisses zwischen Brandenburg und Frankreich und Annäherung des Kurfürsten an den Kaiser. Schon längst war der große Kurfürst zur Überzeugung gekommen, daß, wenn er seine Rechte gewahrt sehen wollte, er sich nur auf seine eigene Kraft verlassen dürfe. Daß er wohl imstande war, sich selbst Recht zu schaffen, hatte er gegen Schweden bewiesen und bewies es jetzt wieder gegen Spanien. Dieses schuldete ihm von früher noch Subsidiengelder in der Höhe von 2 Millionen Thaler, deren Zahlung es immer hinausschob. Da griff Friedrich Wilhelm, dessen Streben immer auf die Bildung einer Flotte gerichtet war, mit sechs wohl ausgerüsteten Fregatten spanische Handelsschiffe an und nahm sie als gute Prise weg; allein die Wegnahme der spanischen Silberflotte, die die Schätze der amerikanischen Bergwerke nach Spanien brachte, mißlang. Dann vereinigte sich Friedrich Wilhelm mit Luxemburg, um die Schweden vom deutschen Boden zu verdrängen. Dem widersetzte sich aber Frankreich aufs entschiedenste. Erbittert über diesen Widerstand schloß der Kurfürst einen Vertrag mit Holland (1685), worin beide Teile bei einer Störung des allgemeinen Friedens sich den Schutz ihrer Länder versprachen. Auch in einer andern Sache, die ihm ernstlich am Herzen lag, ging der Kurfürst, unbekümmert um den Unwillen Frankreichs, seine eigenen Wege. Damals hatte der Katholizismus die größten Aussichten, in Europa zur allgemeinen Herrschaft zu gelangen. Die Siege des Kaisers über die Ungarn (s. S. 75) sah man als Siege des Katholizismus an; eine große Wirkung versprach man sich von der Thronbesteigung eines katholischen Königs in England, Jakob II., die damals erfolgte. Hauptsächlich aber beruhte die Hoffnung auf allgemeine Wiederher-

stellung der katholischen Kirchenform auf Ludwig XIV., und wirklich hob derselbe das Edikt von Nantes vom Jahre 1598, das den Protestanten freie Religionsübung gestattete, 1685 auf und suchte den Übertritt der Protestanten zum Katholizismus auf die gewaltsamste Weise durch Priester nnd Dragoner zu erzwingen. Der große Kurfürst, der sich als Hort der Protestanten ansah und sich ihrer überall, wo man sie bedrückte, in Polen, Schlesien, Ungarn, Piemont, annahm, lud durch das Edikt von Potsdam die französischen Reformierten ein, in Brandenburg ihre Zuflucht zu nehmen. Auf diese Weise wurden seinem Staate 20000 betriebsame Unterthanen gewonnen, die manchen neuen Industriezweig in Brandenburg einbürgerten.

Der Unwille der Franzosen hierüber war so groß, daß es zum Bruch zu kommen schien und der Kurfürst Wesel befestigte und in Westfalen ein Heer warb.

So kam es, daß der Kurfürst sich wieder mehr dem Kaiser näherte; sie schienen um so mehr aufeinander angewiesen, als Ludwig XIV. soeben aufs neue das Reich vergewaltigte. Denn beim Tode des Kurfürsten Karl von der Pfalz (1685), dessen Erbländer an Pfalz-Neuburg, dessen Privatgüter an seine Schwester, die Gemahlin des Herzogs von Orleans (Ludwigs Bruder), fallen sollten, nahm Ludwig XIV. auch die Erbländer für den Herzog von Orleans, d. h. für Frankreich, in Anspruch. Deshalb schloß der Kaiser mit einem großen Teil der deutschen Fürsten den Augsburger Bund (1686) mit dem Zweck, diesen Anmaßungen Ludwigs XIV. entgegenzutreten. Hierfür auch den Kurfürsten von Brandenburg zu gewinnen schien dem Kaiser besonders wichtig. Der Kurfürst verlangte aber zuvor eine Auseinandersetzung wegen Jägerndorf, Liegnitz, Brieg und Wohlau, die Österreich widerrechtlich eingezogen hatte (s. S. 48). Für das erstere wurde ihm eine Entschädigung zugesagt, für die letzteren trat Österreich nach längerem Sträuben den Schwiebuser Kreis und die Erbfolge in Ostfriesland an Brandenburg ab; aber hinter dem Rücken des Kurfürsten wußte der Kaiser den Kronprinzen, dem man den wahren Sachverhalt verhehlte, zu bereden, daß er versprach, bei seinem Regierungsantritt diesen Kreis wieder an Österreich zurückzugeben. So trat auch der Kurfürst in das Bündnis mit dem

Kaiser und leistete mit seinen Truppen in den Kriegen gegen die Türken, besonders bei der Erstürmung Ofens (1686), treffliche Dienste.

In demselben Jahre trat der große Kurfürst auch mit Schweden in ein friedliches Vernehmen. Seine Absicht dabei war eine Vereinigung Schwedens und Frankreichs zu vereiteln, da ein Zusammenwirken dieser beiden Mächte für das deutsche Reich von der größten Gefahr war. So mit den Hauptmächten des Festlandes im Bunde war er bestrebt, den Frieden in und außer dem Reiche zu erhalten, was ihm auch gelang; denn seine Feindschaft war gefürchtet, seine Freundschaft überall willkommen. Eben schien der Bruch zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche unvermeidlich, als der große Kurfürst starb (29. April 1688). Er war der erste deutsche Fürst, der von der Souveränität, die er im westfälischen Frieden gewonnen, zum Heile seines Staats und des deutschen Reichs Gebrauch gemacht hat. Er erhöhte die Hülfsquellen seines Landes, das durch seine weise und sparsame Verwaltung wieder zu Wohlstand kam. Er förderte den Verkehr durch Anlegung von Straßen und Kanälen (Friedrich-Wilhelms- oder Müllroser Kanal, der die Oder mit der Spree und dadurch mit der Elbe verbindet). Er wie seine Gemahlin, die treffliche Luise Henriette aus dem Hause Oranien, waren dem Volke Vorbilder christlicher Frömmigkeit. — Die Verwirklichung seiner höchsten Lebensziele: Vertreibung der fremden Mächte, Schwedens und Frankreichs, vom deutschen Boden, hat er zwar nicht erreicht; aber auf der Ausführung dieses Gedankens beruhte die Zukunft Brandenburgs.

Kap. 6. Erhebung des Kurfürsten von Brandenburg zum König in Preußen.

Verteidigung des Territorialbestandes des deutschen Reichs gegen Frankreich durch einen Bund deutscher Fürsten unter dem Vorgang des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. Schon 1687 hatte Ludwig XIV. mit ungestümem Drängen verlangt, daß der zwanzigjährige Waffenstillstand (s. S. 50) in einen definitiven Frieden verwandelt werde: dadurch würden alle durch die Reunionskammern zu Frankreich gezogenen Gebiete mit diesem dauernd vereinigt worden sein. Um sich einen Einfluß auf das

Kurfürstenkollegium zu sichern, machte Ludwig XIV. eben den Versuch, den ihm ganz ergebenen Kardinal Wilhelm von Fürstenberg als Erzbischof in Köln einzusetzen. Der Kurfürst von Köln vereinigte damals die Bistümer Lüttich, Münster und Hildesheim in seiner Hand, war also weitaus der mächtigste deutsche Fürst im nordwestlichen Deutschland. Für diese Wahl hoffte Ludwig den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg (1688—1713), den Sohn und Nachfolger des großen Kurfürsten, zu gewinnen. Aber dieser, ein abgesagter Feind Frankreichs, wies alle Anerbietungen ab, dagegen verband er sich (Juli 1688) einerseits mit dem Statthalter von Holland, Wilhelm III. von Oranien, seinem Vetter, der sich eben anschickte, den katholischen Jakob II. in England, den Verbündeten Ludwigs XIV., vom Throne zu stürzen, anderseits mit seinem Schwager, dem Landgrafen Karl von Hessen-Kassel, und mit Lüneburg (Hannover), um das deutsche Reich in seinen Rechten und Besitztümern, vornehmlich am Rhein, zu verteidigen.

Bei der Wahl für das kölnische Erzbistum unterlag Fürstenberg. Aber Ludwig war nicht gewillt, von seinem Vorhaben ohne weiteres zurückzutreten. Teils um Fürstenberg das Erzbistum zu verschaffen, teils um die beanspruchten pfälzischen Landesteile (s. S. 51) in Besitz zu nehmen, ließ er plötzlich Ende September 1688 in die Kurpfalz seine Heere einmarschieren (dritter Raubkrieg 1688—1697), die sich dann bis zum Neckar ausbreiteten und Mainz und Trier überfluteten. Kardinal Fürstenberg überließ ihnen die Festungen Bonn, Neuß und Kaiserswerth: von Luxemburg bis Belfort waren alle festen Plätze in den Händen der Franzosen; vermochten sie dieselben zu behaupten, so war Frankreich von dieser Seite nicht nur unangreifbar, sondern es bekam auch auf die rheinischen Kurfürstentümer einen fast unwiderstehlichen Einfluß.

Nun verabredeten die Fürsten von Brandenburg, Lüneburg und Hessen-Kassel, denen noch Sachsen beigetreten war, in Magdeburg ihren Feldzugsplan an den Rhein und beschlossen, auch den Kaiser zur Teilnahme am Bunde zu bewegen. Daß dies gelang, war vorzüglich das Werk des Kurfürsten von Brandenburg. Auch Bayern schloß sich dem Bunde an. Der Kurfürst von Bayern

zog mit 22000 Mann an den Oberrhein, die Hauptmacht von 40000 Mann an den Mittelrhein, den Schutz des Niederrheins übernahm Kurfürst Friedrich III. mit 20000 Mann. Ludwig XIV. erkannte, daß er die von ihm besetzten Gebiete nicht werde behaupten können. Um sie auch den Feinden wertlos zu machen, ließ er sie aufs greulichste verwüsten. An 1200 Städte und Ortschaften, darunter Heidelberg mit seinem Schloß (März 1689), Worms und Speier mit ihren Domen legte der französische General Melac in Asche; dann verbreitete sich die Verwüstung über Trier, Köln, Jülich. Jetzt erschienen die kaiserlichen Truppen am Mittelrhein, Kurfürst Friedrich am Niederrhein. Letzterer nahm sofort Kaiserswerth und schritt zur Belagerung von Bonn. Da es aber dem Kaiser besonders auf die Eroberung von Mainz ankam, zog Kurfürst Friedrich mit dem größten Teil seiner Truppen vor diese Festung, die auch alsbald kapitulierte. Bald darauf ergab sich auch Bonn. Damals geschahen durch die Brandenburger große Waffenthaten: gleichzeitig halfen sie siegen für Wilhelm von Oranien in Irland, für das deutsche Reich am Rhein, für den Kaiser gegen die Osmanen.

Unterdessen war Wilhelm III. von Oranien Herr in England geworden. Sofort wandten sich England und Holland vereint gegen Ludwig XIV. und gewannen bald die Oberhand. Es bildete sich unter dem Einfluß Wilhelms, in dem man den Vorkämpfer politischer und religiöser Freiheit sah, eine große Allianz, an der außer Holland auch Savoyen, Spanien, Dänemark und die meisten deutschen Fürsten teilnahmen. Der Krieg gegen Ludwig XIV. wurde ein allgemein europäischer: er wurde zu gleicher Zeit in den Niederlanden, in Deutschland und in Italien geführt. Daher mußten die französischen Streitkräfte geteilt werden, wodurch sie geschwächt wurden. Trotzdem blieb Ludwig durch seine trefflichen Feldherren Catinat, Luxemburg u. a. im Vorteil. Auch wurde die Thätigkeit der deutschen Heere durch Eifersüchteleien unter den Feldherren und den Fürsten, sowie durch den Ärger über den Kaiser gelähmt, der, statt am Rhein zu kämpfen, alle seine Kraft gegen die Türken wandte. Erst als 1693 der Markgraf Ludwig von Baden zum Reichsgeneral ernannt war, wurden einige Erfolge erzielt, indem die Franzosen auf das linke Rheinufer

zurückgeworfen wurden; mehr war nicht zu erreichen. Als sich bald darauf sowohl die Seemächte (Holland und England) als Frankreich infolge ihrer Erschöpfung zu Friedensverhandlungen genötigt sahen, gelang es Ludwig XIV., die verbündeten Mächte zu trennen und mit jeder einzelnen besondere Friedensverträge abzuschließen, so daß das deutsche Reich endlich allein dastand und sich zu dem Frieden von Ryswick (1697) bequemen mußte, den der Kaiser für sich und — trotz des Widerspruchs von Brandenburg (s. S. 57) — auch für das Reich abschloß. Alle Gebiete, die von Frankreich unter dem Namen von Reunionen oder während des Kriegs weggenommen worden waren, fielen wieder an Deutschland; nur das Elsaß nebst Straßburg blieb für Deutschland verloren. Durch eine Klausel wurde, im Widerspruch mit dem westfälischen Frieden, festgesetzt, daß in den zurückgegebenen Gebieten die katholische Religion überall da, wo sie Ludwig XIV. gewaltsam eingeführt, bestehen bleiben solle.

Standeserhöhungen deutscher Fürsten. 1. Errichtung einer neunten Kur für das Herzogtum Lüneburg-Hannover 1692. Beim Beginn des dreißigjährigen Kriegs gab es in den braunschweigischen Landen zwei Linien: 1. das mittlere Haus Braunschweig und 2. das mittlere Haus Lüneburg. Letzteres bestand aus zwei Zweigen, dem dannebergischen und dem celleschen. Beide Zweige teilten sich nach dem Aussterben des mittleren Hauses Braunschweig in dessen Besitzungen und gründeten zwei neue Häuser: aus der dannebergischen Linie ging das neue Haus Braunschweig-Wolfenbüttel hervor, aus der celleschen das neue Haus Lüneburg oder Hannover.

In Braunschweig war es dem trefflichen Herzog August gelungen, durch umsichtige Verwaltung die entsetzlichen Wunden, die der dreißigjährige Krieg seinem Lande geschlagen hatte, allmählich zu heilen. Nachdem sein Sohn Rudolf August (1666—1704) gemeinsam mit den Lüneburger Vettern die Stadt Braunschweig erobert und durch einen Vertrag (1671) dauernd für sein Haus gewonnen hatte, mühten sich sein Bruder Anton Ulrich, der ihm in der Regierung folgte († 1714), sowie dessen ältester Sohn August Wilhelm (†1731) die Kurwürde zu erlangen, ohne indes dieses Ziel ihres Ehrgeizes erreichen zu können.

Glücklicher war in dieser Beziehung das Haus Hannover. Hier regierte seit 1679 Ernst August (—1698), der zuerst Koadjutor des Erzstifts Magdeburg, sodann protestantischer Bischof von Osnabrück gewesen war. Er war der Gemahl der Tochter des „Winterkönigs" Friedrich von der Pfalz, der Enkelin König Jakobs I. von England, die 1701 zur Erbin von Großbritannien erklärt wurde. Durch verständige Verwaltung brachte er den Landeshaushalt in Ordnung und proklamierte, um den Länderteilungen ein Ziel zu setzen, 1682 die Primogenitur, d. h. das Nachfolgerecht des Erstgeborenen in den gesamten Landen. Anfangs stand er auf französischer Seite, war aber seit 1675 ein eifriger Anhänger von Kaiser und Reich und leistete ersterem in den Türkenkriegen wesentliche Dienste. Gegen das Versprechen, dem Hause Österreich bei Durchführung seiner Erbschaftsansprüche auf Spanien (s. S. 60) helfen und bei Erledigung des Kaiserthrones immer einem Prinzen aus dem Hause Österreich seine Stimme geben zu wollen, verlangte Ernst August vom Kaiser die Erteilung der Kurwürde für sich und seine Nachkommen. Brandenburg unterstützte das Bestreben eifrig. 1692 brachte der Kaiser die Angelegenheit vor den Reichstag und erteilte, trotz des lebhaftesten Widerspruchs der Kurfürsten und des Fürstenkollegiums, dem Herzog Ernst August die Kurwürde. Infolgedessen traten eine Anzahl Reichsfürsten in Regensburg zu einem Bund zusammen und erklärten die Kur für nichtig. Erst 1713 im Frieden von Utrecht (s. S. 65) wurde dieselbe allgemein anerkannt. Ernst Augusts Sohn Georg Ludwig (1698—1727) bestieg 1714 den Thron von Großbritannien.

2. Annahme der polnischen Krone durch den Kurfürsten Friedrich August I. von Sachsen und dessen Übertritt zur katholischen Kirche 1697. Der sächsische Kurfürst Johann Georg I. (1611—1656) war im westfälischen Frieden mit einer ansehnlichen Vergrößerung bedacht worden (s. Bd. II, S. 475). Sein Sohn Johann Georg II. (1656—1680) führte große Pracht am kursächsischen Hofe ein. Johann Georg III. (—1691) unterstützte den Kaiser im Kriege gegen die Türken. Ihm folgten nacheinander seine zwei Söhne Johann Georg IV. (—1694) und Friedrich August I., genannt der Starke (—1733),

einer der verschwenderischsten, sittenlosesten Fürsten der damaligen Zeit. Dieser trug bei der Wahl eines polnischen Königs durch die Begünstigung Rußlands und des Kaisers über einen französischen Prinzen den Sieg davon und ward 1697 König von Polen, nachdem er, um dieses Ziel zu erreichen, zur katholischen Religion übergetreten war. Kursachsen mußte diese Erhöhung seines Fürsten teuer bezahlen, indem es bis zur Erschöpfung ausgebeutet wurde; Deutschland aber wurde seitdem nur noch mehr im fremde Händel verwickelt. Da der neue Polenkönig sofort eine feindselige Stellung gegen Schweden annahm, dem er Livland entreißen wollte, zu welchem Zwecke er einen Bund mit Dänemark schloß (1698), so trat der Kurfürst von Brandenburg in freundliche Beziehungen zu Sachsen-Polen.

3. Erhebung des brandenburgisch-preußischen Staats zum Königreich (Preußen). Kurfürst Friedrich III. (1688—1713) war durch sein Versprechen (s. S. 51) verpflichtet, bei seinem Regierungsantritt den Schwiebuser Kreis an Österreich zurückzugeben, was er, obwohl seinerzeit durch falsche Vorspiegelungen Österreichs getäuscht, 1695 erfüllte. Für diese Zurückgabe aber forderte der Kurfürst die Anwartschaft auf die Reichslehen der Grafen von Limburg und auf Ostfriesland. Beides gestand der Kaiser, wenn auch widerwillig, zu; denn er konnte die Hülfe des Brandenburgers, des militärisch tüchtigsten Reichsfürsten, nicht entbehren. Bei diesen Verhandlungen war auch von der Erwerbung der Königskrone die Rede und der Wiener Hof gab, ohne gerade einzuwilligen, die Versicherung, daß in dieser Beziehung kein anderer Fürst dem Kurfürsten von Brandenburg vorgezogen werden solle. Auch war Brandenburg, wie durch innere Macht, so durch äußeren Umfang (2000 □Meilen), den kleineren Königreichen Europas gleich. Was den Kurfürsten bewog, diese Angelegenheit aufs eifrigste zu betreiben, war der Umstand, daß der Kaiser den Frieden von Ryswick auch für das Reich abgeschlossen hatte, ohne Rücksicht auf das Recht der Kurfürsten, selbständig Frieden zu schließen. Kurfürst Friedrich, der für Äußerlichkeiten der Ehre und des Ansehens sehr empfindlich war, empfand diese Mißachtung seiner Souveränität bitter und tief. Das sicherste Mittel gegen eine Wiederholung derartiger

Kränkungen war die Annahme der Königswürde. Und eben gewannen die europäischen Verhältnisse eine Gestalt, die ihm die Möglichkeit bot, diese Standeserhöhung durchzusetzen. Im Norden bereitete sich der sogenannte nordische Krieg vor (s. S. 66), im Süden der spanische Erbfolgekrieg (s. S. 60). Der Kurfürst sah sich von allen kriegführenden Mächten umworben. Da er aber der Überzeugung war, daß ihm nur der Kaiser einen festen Rückhalt gewähren könne, schloß er sich diesem an, unter der Bedingung, den Königstitel annehmen zu dürfen. Dabei hielt er jedoch an dem Gedanken fest, die Königskrone auf sein von allem Lehnsverband unabhängiges Herzogtum Preußen zu begründen. Anfangs fand dies Verlangen aus politischen wie religiösen Gründen den heftigsten Widerstand in Wien. Aber da der Kaiser in dem bevorstehenden Kriege mit Frankreich die Hülfe Brandenburgs nicht entbehren konnte, so bewilligte er das Gesuch des Kurfürsten (16. Nov. 1700). So wurde die preußische Königswürde recht eigentlich im Interesse gegen das Übergewicht Frankreichs begründet. Der Kurfürst verpflichtete sich dafür, dem Kaiser 8000 Mann zu stellen, die dann auch in Deutschland, Italien und den Niederlanden mit Auszeichnung fochten. Am 18. Januar 1701 feierte Friedrich mit fast betäubender Pracht seine Krönung zu Königsberg, wobei er sich und seiner Gemahlin selbst die Krone aufsetzte. Er nannte sich fortan Friedrich I. König in Preußen und wurde als solcher, außer von Frankreich, Spanien und dem Papste, allgemein anerkannt.

Trotz der Kriege im Süden und Norden erfreute sich Brandenburg-Preußen in dieser Zeit einer „stolzen Ruhe“ und gedieh, ungeachtet des ungeheuren Geldaufwands, den der Hof machte, zu großer Blüte. Die zahlreich anlangenden protestantischen Franzosen förderten durch ihren Fleiß und ihre Geschicklichkeit Gewerbe und Handel, so daß man wieder anfing, Waren ins Ausland auszuführen. Unter den Eingewanderten befanden sich auch einige Gelehrte, die von Berlin aus die litterarischen Kämpfe gegen den Katholizismus, in denen sie durch ihre Vertreibung unterbrochen worden waren, fortsetzten. Berlin bekam einen Namen in der litterarischen Bewegung der Zeit. Auch in der protestantischen Theologie erhoben sich neue Ansichten: der toten Rechtgläubigkeit

wurde die Forderung liebethätigen Glaubens und sittlichen Wandels entgegengestellt (Pietismus, s. S. 87). Jakob Spener, der Vertreter dieser Forderung, welcher aus Sachsen verwiesen ward, fand in Brandenburg Aufnahme (seit 1691 Probst an der Nikolaikirche in Berlin). Die Universität Halle wurde gestiftet 1694 und an dieselbe Speners Gesinnungsgenosse August Hermann Francke (s. S. 88 u. 90) und andere treffliche Kräfte berufen. Des Kurfürsten Versuch, die Streitigkeiten zwischen Reformierten und Lutheranern durch eine Vereinigung beider Konfessionen beizulegen, hatte keinen Erfolg. Samuel Pufendorf (seit 1686 Mitglied des Kammergerichts zu Berlin) hatte das Recht der Natur von den Fesseln der Scholastik befreit (s. S. 89). Diese neuen Grundsätze des Staatsrechts wandte Christian Thomasius (seit 1694 Professor der Rechte in Halle) auf das Kirchenrecht an (s. S. 89). Auf Anregung des Philosophen Leibniz gründete Kurfürst Friedrich III. (1700) eine Akademie, zunächst zur Förderung der mathematisch-physikalischen Wissenschaften, auf Wunsch des Kurfürsten aber auch zur Erhaltung der Reinheit der deutschen Sprache und zur Pflege der Litteratur. Dadurch schloß der preußische Staat gewissermaßen einen Bund mit dem aufstrebenden Geist der Nation: er wurde die Zuflucht deutscher Geistesfreiheit. Die Litteratur fand besondere Förderung durch Friedrichs Gemahlin, Sophie Charlotte, eine Dame, in der Schönheit und Geist, Adel und Höflichkeit einen wunderbaren Bund geschlossen, und der selbst Leibniz manche philosophische Idee verdankte. Friedrich hatte eine Vorliebe für die Baukunst. Der Genius Schlüters kam seinen Wünschen entgegen: das königliche Schloß wurde vollendet, das Zeughaus, das Schloß in Charlottenburg gebaut, die lange Brücke mit der Reiterstatue des großen Kurfürsten geschmückt. Friedrich liebte Pracht und Pomp an sich und seiner Umgebung. Dadurch erhöhten sich aber die Kosten der Hofhaltung ungeheuer, ohne daß entsprechend neue Einnahmequellen eröffnet wurden. Das Land seufzte unter dem Steuerdruck, und die Finanzen gerieten unter der Verwaltung des verschwenderischen und leichtsinnigen Kolb von Wartenberg in Verfall. Der Umfang des preußischen Staats vergrößerte sich unter diesem Fürsten durch kleinere Gebiete: Tauroggen, Quedlinburg, Tecklen-

burg, Limburg in Franken, und aus der oranischen Erbschaft durch die Grafschaften Mörs und Lingen und 1707 durch das Fürstentum Neuschatel mit Valengin.

Kap. 7. Kampf des deutschen Kaisers gegen Frankreich im Interesse habsburgischer Hauspolitik im spanischen Erbfolgekriege (1701—1714).

Das spanische Erbe und die Erbberechtigten. An demselben Tage, an dem der Krontraktat zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg unterzeichnet wurde (16. November 1700), lief in Wien die Nachricht von dem am 1. November erfolgten Tode des Königs Karl II. von Spanien ein. Die Erwartung dieses Todesfalles hatte das letzte Menschenalter des 17. Jahrhunderts beherrscht. Da Karl keine Kinder hatte, trat das Erbrecht seiner Schwester, der Tochter Philipps IV., in Geltung. Die ältere, Marie Therese, hatte bei ihrer Vermählung mit Ludwig XIV. für sich und ihre Nachkommen auf den spanischen Thron Verzicht geleistet (s. S. 44, Anm.); dagegen war der jüngeren, Margarete Therese, der Gemahlin des Kaisers Leopold, ihr Erbrecht vorbehalten worden. Bei ihrem Tode (1693) hinterließ sie ihrem Gemahl nur eine Tochter, Marie Antonie, die nach den spanischen Gesetzen die Erbin der spanischen Monarchie war: zu dieser Monarchie gehörte noch Neapel, Sicilien, Mailand, ein Teil der Niederlande, ein großer Teil Amerikas und viele Gebiete in Indien. Marie Antonie war 1685 an den Kurfürsten Maximilian Emanuel von Bayern vermählt worden. Als sie 1692 starb, war von ihren Kindern nur der eben erst geborene Joseph Ferdinand am Leben. Diesem gebührte von Rechts wegen das Erbe der spanischen Krone. Mit Rücksicht darauf gab König Karl II. dem Kurfürsten von Bayern 1692 die Statthalterschaft der Niederlande und setzte in seinem Testament Joseph Ferdinand zu seinem Erben ein. Aber dieser starb schon 1699. Nun blieben nur Frankreich und Österreich als Erbberechtigte übrig. Da es aber im Interesse der andern Mächte lag, weder dem einen noch dem andern dieser Staaten die ganze Monarchie zukommen zu lassen, damit das europäische Gleichgewicht nicht zu sehr gestört würde, so hatte König Wilhelm von England mit

Ludwig XIV. noch bei Lebzeiten des spanischen Karl, aber ganz ohne Rücksicht auf diesen, zweimal (1698 und 1700) einen Teilungsvertrag geschlossen, von denen der erste Frankreich ein verstecktes Übergewicht an den deutschen Grenzen (in Lothringen) und großen Einfluß in Italien verschafft hätte, der zweite Österreich ganz von Italien ausschloß. Aus Ärger darüber neigte sich Karl von Spanien dazu, Österreich das ganze Erbe der spanischen Monarchie zuzusprechen, ließ sich aber durch den Papst Innocenz XII., jedoch nur mit innerem Widerstreben, bewegen, den zweiten Enkel Ludwigs XIV., Philipp von Anjou, zum Gesamterben einzusetzen. Ludwig XIV. schickte seinen Enkel sogleich nach Spanien, wo derselbe als Philipp V. von der Bevölkerung freudig als ihr rechtmäßiger König begrüßt wurde. Holland, England, der Papst nebst den Fürsten und Republiken Italiens erkannten den neuen Herrscher an.

Spaltung unter den deutschen Fürsten in habsburgischem und französischem Interesse während des spanischen Erbfolgekriegs. Aber Kaiser Leopold war nicht gemeint, das spanische Erbe fahren zu lassen, das er sich längst gewöhnt hatte als habsburgisches Familiengut zu betrachten. Trotz der Abmahnung des geheimen Rats entschied er sich auf den Rat Prinz Eugens, nur verbündet mit Brandenburg, für den Krieg. Bald aber wurde der Krieg ein europäischer. Denn Wilhelm III. von England brachte zur Sicherstellung Hollands gegen das drohende Übergewicht Frankreichs ein Bündnis (große Allianz) zwischen England, Holland und dem Kaiser (Sept. 1701) zustande. Auch als Wilhelm III. am 9. März 1702 starb, hielt seine Nachfolgerin auf dem Thron, die Königin Anna (1702—1714), die protestantische Tochter des katholischen Königs Jakob II., unter dem Einfluß des Herzogs von Marlborough am Bündnis fest. Im Mai 1702 wurde an Frankreich und Spanien der Krieg erklärt. Das deutsche Reich, das wegen der bei der spanischen Krone befindlichen Reichslehen, Mailand und Lothringen, besonders beteiligt war, wurde zum Anschluß eingeladen. Das Kurfürstenkollegium war, mit Ausnahme des Kurfürsten von Bayern und dessen Bruder Joseph Klemens, Erzbischof von Köln, dem Kaiser ergeben: ersterer hatte sich mit dem Kaiser in der spanischen Erbschaftsangelegenheit ent=

zweit und hatte als Statthalter der Niederlande die niederländischen Festungen an Frankreich ausgeliefert; letzterer, obwohl seinerzeit durch Kaiser Leopolds Einfluß gegen die Anstrengungen Frankreichs gewählt (s. S. 53), hing doch jetzt gänzlich an Frankreich und ließ französische Truppen in Lüttich, Neuß, Kaiserswerth, Rheinbergen, Bonn einrücken. Dagegen traten fünf Kreise des deutschen Reichs der großen Allianz bei. Die Kriegserklärung des Reichs gegen Frankreich erfolgte erst (Okt. 1702), als der Krieg schon im Gange war.

Der Kampf in Deutschland gegen das mit Frankreich verbündete Bayern. So begann dieser europäische Krieg, dessen erster entscheidender Schlag auf deutschem Boden geführt wurde. Schon gleich im Frühjahr 1702 schossen Truppen der Verbündeten, Holländer, Preußen und Pfälzer, Kaiserswerth in den Grund. Der Markgraf Ludwig von Baden begann mit kaiserlichen und Reichstruppen Landau zu belagern, dessen Befestigung für das Meisterstück des französischen Kriegsbaumeisters Vauban galt. Am 11. September übergab Melac gegen freien Abzug die Festung Landau den Deutschen. Statt daß nun aber das kaiserliche Heer ins Elsaß vordrang, mußte es sich nach dem Innern Deutschlands wenden. Denn der Kurfürst von Bayern hatte sich durch einen Gewaltstreich der Reichsstadt Ulm bemächtigt (8. Sept. 1702), ja er brachte durch die Besetzung von Regensburg den Reichstag in seine Gewalt und erlangte die entschiedenste Überlegenheit, als ein französisches Heer unter dem Marschall Villars durch das Kinzigthal an die Donau vorrückte und sich mit den Bayern vereinigte. Obwohl der Versuch des bayerischen Kurfürsten, Tirol zu erobern, durch den Aufstand des Landvolks unter der Führung des Landrichters Martin Sterzinger vereitelt wurde und der Kurfürst fast die Hälfte seines Heers verlor, behauptete er dennoch das Übergewicht. Als nun ein zweites französisches Heer am Oberrhein erschien und Breisach und Landau in die Hände der Franzosen fielen, Augsburg und Passau vom Kurfürsten von Bayern bezwungen wurden, beschlossen Prinz Eugen, der bisher in Oberitalien siegreich gegen die Franzosen gekämpft, und Marlborough, der die Franzosen in den Niederlanden in Schach gehalten hatte, den Franzosen ihren Stützpunkt, den sie im Herzen des Reichs,

in Bayern, hatten, zu entreißen und sich zu diesem Zweck zu vereinigen. Auf dem Zuge an die Donau besiegte Marlborough mit dem Markgrafen Ludwig von Baden das bayerisch-französische Heer am Schellenberg (2. Juli 1704) bei Donauwörth. Dann, als seine Vereinigung mit Prinz Eugen stattgefunden, schlugen beide das vereinigte Heer der Gegner unter dem Marschall Tallard und dem Kurfürsten von Bayern in der furchtbaren Schlacht bei Höchstädt und Blindheim (13. Aug. 1704) fast bis zur Vernichtung. Der Kurfürst von Bayern floh mit den Resten des französischen Heeres über den Rhein. Bayern wurde von kaiserlichen Truppen besetzt und so hart behandelt, daß das niedere Volk sich im Aufstand gegen seine Dränger erhob (Okt. 1705). Die Reichstruppen setzten über den Rhein, eroberten Landau und besetzten das Elsaß; aber die Absicht Marlboroughs, in Frankreich selbst einzudringen, scheiterte an der schlechten Verfassung des deutschen Heers.

Lässige Führung des Kriegs von seiten des deutschen Reichs. Von jetzt an wurde der Krieg von seiten des deutschen Reichs mit äußerster Lässigkeit betrieben. Zwar war der Sohn und Nachfolger des verstorbenen Kaisers Leopold, Joseph I. (1705 bis 1711), ein lebhafter, kühner, freisinniger junger Mann und, als abgesagter Feind Frankreichs, fest entschlossen, den Krieg mit neuem Eifer zu führen. Aber an den schwerfälligen Einrichtungen des Reichs scheiterte auch der beste Wille. Während Eugen in Italien die Franzosen bei Turin (Sept. 1706) schlug, so daß sie Oberitalien aufgaben, und sodann das Königreich Neapel eroberte, während Marlborough in den Niederlanden eine der schönsten französischen Armeen unter dem Marschall Villars bei Ramillies völlig vernichtete (23. März 1706), wodurch die belgischen Niederlande wieder an Österreich gebracht wurden, war der Markgraf Ludwig von Baden, ein tüchtiger Feldherr, am Oberrhein durch die ungenügende Beschaffenheit seiner Streitkräfte an jeder Thätigkeit gehindert. Statt die Ausrüstung des Heers zu betreiben, stritten die Mitglieder des Reichstags über die Ryswicker Klausel (s. S. 55) und andere unbedeutende Dinge; ja, die protestantischen Stände glaubten darauf dringen zu sollen, daß dem katholischen Reichsfeldmarschall ein protestantischer Amtsgenosse zur Seite gesetzt

und so eine paritätische Kriegsleitung hergestellt werde. Glücklicherweise kam dies nicht zustande; Markgraf Ludwig behielt den Oberbefehl allein, aber Erfolge erzielte er nicht. Vielmehr drang Marschall Villars mit einer überlegenen Armee über die Vogesen, entriß den Deutschen wieder das Elsaß, trieb sie über den Rhein bis an die Donau und brandschatzte den fränkischen und schwäbischen Kreis sechs Wochen lang in der fürchterlichsten Weise. Erst als beim deutschen Heere Verstärkungen eintrafen, ging Villars wieder zurück; aber Thaten wurden von der Reichsarmee nicht gethan.

Übergewicht der verbündeten Waffen über Ludwigs XIV. Heere. Dagegen schlugen Eugen und Marlborough, die sich in den Niederlanden vereinigt hatten, die Franzosen bei Oudenarde (1708), eroberten das für uneinnehmbar gehaltene Ryssel (Lille) und drangen verheerend in Frankreich ein. Da entschloß sich König Ludwig, den Frieden nachzusuchen (März 1709). Auch in England, wo Marlborough seinen Einfluß bei der Königin Anna verloren hatte und ein anderes Ministerium aus Anhängern des unumschränkten Königtums ans Ruder gekommen war, gewannen die Friedensgedanken die Oberhand. Daher verlangten England, Holland und Österreich, daß Frankreich die ganze spanische Monarchie dem österreichischen Erzherzog Karl überlasse; auf die deutschen Interessen aber nahmen sie, trotz der energischen Erklärung Prinz Eugens, daß es für die Sicherheit des Reichs notwendig sei, daß das Elsaß den Händen Frankreichs entrissen würde, keine Rücksicht. Weil aber die Verbündeten an Ludwig XIV. zugleich das Ansinnen stellten, daß er seine Streitkräfte mit den ihrigen vereinigen sollte, um seinen Enkel Philipp aus Spanien zu vertreiben, so brach der König die Verhandlungen ab, und der Krieg nahm seinen Fortgang. Als jedoch gleich beim Wiederausbruch der Feindseligkeiten Marschall Villars in der mörderischen Schlacht bei Malplaquet (11. Sept. 1709) gänzlich geschlagen wurde, erneute Ludwig sein Friedensgesuch (1710). Diesmal erbot er sich, unter der Bedingung, daß sein Enkel mit Sicilien und Sardinien entschädigt und die beiden geächteten Kurfürsten von Bayern und Köln wieder in ihre Würde eingesetzt würden, zur Zahlung von Hülfsgeldern, um seinen Enkel aus Spanien

zu vertreiben, sowie zur Abtretung des Elsaß. Aber auch dieses Anerbieten wiesen die Verbündeten zurück, zumal soeben der Erzherzog Karl seinen Einzug in Madrid hielt (28. Sept. 1710).

Auflösung der großen Allianz infolge der Erhebung des Erzherzogs Karl auf den deutschen Kaiserthron als Karl VI. (1711 bis 1740). Der Friede von Utrecht 1713. Da brachte der plötzliche Tod des Kaisers Joseph I. (17. April 1711) eine unerwartete Entscheidung des ganzen Kriegs. Denn weil Joseph kinderlos starb, so überkam sein Bruder, der Erzherzog Karl, als einziger Erbe, die ganze österreichische Monarchie. Wenn nun dieser mit den österreichischen Stammlanden auch noch Spanien mit seinen Nebenländern vereinigte, so verwirklichte sich dadurch in der Hand Österreichs eine Übermacht, wie man sie Frankreich nicht hatte gönnen wollen (s. S. 60). Daher beschloß das Kabinett in London, von der Allianz zurückzutreten und mit Frankreich einen Separatfrieden zu schließen. So löste sich die große Allianz auf. Beide Mächte kamen überein, daß der Enkel Ludwigs XIV. als Philipp V. König von Spanien werden, Kaiser Karl VI. (1711—1740) aber nur die Niederlande und die spanischen Besitzungen in Italien erhalten solle. Auf dieser Grundlage schlossen England und Frankreich den Frieden von Utrecht (11. April 1713). England bekam für sich Gibraltar in Spanien und weite Gebiete in Amerika. An demselben Tage unterzeichneten auch Preußen und Holland ihre Separatfriedensverträge mit Frankreich, wobei ersteres den oberen Teil des zu den spanischen Niederlanden gehörigen Herzogtums Geldern und die Anerkennung seiner Königswürde von seiten Frankreichs erhielt.

Beendigung des spanischen Erbfolgekriegs durch die Friedensschlüsse des Kaisers und des deutschen Reichs mit Frankreich (1714). Kaiser und Reich hatten sich an jenen Friedensschlüssen nicht beteiligt, sondern den Krieg fortgesetzt. Nach der Absetzung Marlboroughs (Januar 1712) hatte Prinz Eugen den Krieg in den Niederlanden allein geführt, aber ohne sein früheres Glück. Darauf mußte er auf Befehl des Kaisers das Kommando der Reichsarmee übernehmen. Da er aber diese im kläglichsten Zustand fand, so daß er nicht einmal die Eroberung von Landau und Freiburg durch Villars hindern konnte, so riet er selbst dem Kaiser zum

Frieden. Derselbe kam am 6. März 1714 zu Rastatt zustande. Frankreich behielt Landau, gab aber Altbreisach und Freiburg an den Kaiser, Kehl an das Reich zurück und gestand dem Kaiser den Besitz der Niederlande und der spanischen Länder in Italien (des Herzogtums Mailand, des Königreichs Neapel und der Insel Sardinien) zu, wogegen der Kaiser die Wiedereinsetzung der beiden geächteten Kurfürsten versprach. Da dieser Friede ohne Teilnahme des Reichs geschlossen war, so wurde er auf einem Kongreß zu Baden in der Schweiz am 7. Sept. 1714 zu einem Reichsfrieden erweitert.

Durch den spanischen Erbfolgekrieg hatte Frankreich sein Übergewicht in Europa eingebüßt. Seitdem suchte man das europäische Gleichgewicht ängstlich zu hüten.

Kap. 8. Fast gänzliche Vertreibung der Schweden vom deutschen Boden. Das Wirken König Friedrich Wilhelms I. von Preußen.

Überblick über den nordischen Krieg von 1700—1720. Größere Erfolge als auf dem westlichen Kriegsschauplatz wurden im Norden des Reichs erzielt, an dessen Nord- und Ostgrenze zu derselben Zeit ein Krieg wütete.

Als nach dem Tode Karls XI. von Schweden (1697) sein erst fünfzehnjähriger Sohn Karl XII. (1697—1718) den Thron bestieg, schien dem König Friedrich IV. von Dänemark, dem König August II. von Polen und dem russischen Zar Peter I. (1689 bis 1725) die günstige Gelegenheit gekommen, um Schweden die Länder zu entreißen, die es seit den Zeiten Gustav Adolfs erworben hatte. Der Angriff der Verbündeten geschah fast zu gleicher Zeit, indem Peter in Ingermanland, August II. in Livland, Friedrich IV. in Schleswig einfielen. Aber Karl XII., ein sittlich unverdorbener Jüngling von kräftigem Willen und kühnem, nur zu abenteuerlichem Geiste, nahm die Fehde mit allen auf. Er landete auf Seeland und nötigte binnen sechs Wochen den Dänenkönig im Frieden von Travendal (1700), alle Eroberungen herauszugeben und von dem Bündnisse zurückzutreten. Dann wandte sich Karl XII. nach dem Osten. Nachdem er das fünffach größere Heer der Russen in der Schlacht bei Narwa besiegt hatte (1700), ging er über die Düna, schlug die Sachsen-

Polen bei Riga, verfolgte sie durch Litauen nach Polen und besiegte sie noch zweimal, bei Clissow (1702) und Pultusk (1703), worauf er sich Polens bemächtigte und die Wahl eines neuen Polenkönigs, des Stanislaus Lesczinski, durchsetzte. Dann drang Karl in Sachsen selbst ein und zwang den König August II. im Frieden von Altranstädt (1706), der polnischen Krone und dem Bündnis mit Rußland zu entsagen. Um seine Heere zu ergänzen und zu verstärken, blieb er eine Zeitlang in Sachsen, das durch Kontributionen schwer zu leiden hatte. Währenddessen nahm er sich der vom kaiserlichen Hofe rücksichtslos gedrückten protestantischen Schlesier an nnd setzte es durch, daß der Kaiser sich vertragsmäßig verpflichtete (1707), die den schlesischen Protestanten im westfälischen Frieden zugesicherten Rechte nicht weiter anzufechten. Infolgedessen wurden den Protestanten in Liegnitz, Brieg, Wohlau, Öls und Münsterberg gegen 120 Kirchen zurückgegeben (1709).

Unmittelbar darauf nahm Karl XII. den Krieg wieder auf, um auch die Russen zu züchtigen. Anfangs war ihm das Kriegsglück hold; als er sich aber verleiten ließ, in die sumpfigen, öden Gegenden der Ukraine zu ziehen, wurde sein Heer so geschwächt, daß er die Schlacht bei Pultawa (1709) verlor und nur mit wenig Leuten zum türkischen Pascha von Bender entkam. Hier trieb er die Türken zum Krieg gegen Rußland, in dem Zar Peter am Pruth eingeschlossen wurde, so daß er verloren gewesen wäre, wenn ihn nicht seine Gemahlin durch Bestechung des türkischen Veziers befreit hätte. Während nun Karl XII. hartnäckig an dem Gedanken festhielt, die Russen von der Türkei aus zu bekriegen, und deswegen den Boden der Türkei nicht verließ, erneuerten die alten Feinde, Russen, Dänen, Sachsen-Polen, den Krieg, um das Verlorene wiederzugewinnen und Schweden zu demütigen.

Eroberung des größten Teiles von Vorpommern durch König Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Bisher waren das deutsche Reich und die Reichsfürsten als solche nicht in den Krieg gezogen worden. Dies geschah erst bei dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten, als die verbündeten Nordmächte die schwedischen Besitzungen in Deutschland angriffen: die Dänen eroberten Bremen und Verden, die Russen und Sachsen drangen in Schwedisch-Pommern ein. Da-

durch sah König Friedrich I. von Preußen seine Grenze bedroht. Da aber die alliierten Westmächte nicht zugeben durften, daß einer ihrer besten Verbündeten durch eine Kriegsgefahr im Norden genötigt würde, seine Truppen vom Rheine wegzuziehen, so schlossen sie im Haag einen Vertrag (31. März 1710), nach welchem die schwedischen Besitzungen in Deutschland neutral sein und keine Feindseligkeiten weder von ihnen ausgehen noch gegen sie zugelassen werden sollten. Aber Karl XII. erklärte von der Türkei aus, daß er sich durch Verträge, die ohne seinen Willen geschlossen seien, nicht gebunden erachte. Daher nahmen auch die Feinde Schwedens keine Rücksicht auf die Neutralität. Ungehindert ergossen sich (1711) russische, polnische, dänische Truppen über Pommern. Ganz Norddeutschland ergriff der Krieg. Selbst die Neutralität von Brandenburg wurde nicht geachtet, und feindliche Truppen zogen ungehindert hindurch. In dieser Lage der Dinge starb König Friedrich I.

Sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm I. (1713 bis 1740) schloß gleich nach seinem Regierungsantritt mit dem Herzog Karl Friedrich von Holstein-Gottorp, dem mutmaßlichen Erben der Krone Schweden, einen Vertrag, demgemäß die Festungen Wismar und Stettin von preußischen und holsteinischen Truppen besetzt werden sollten. Auch Zar Peter schien geneigt, Stadt und Gebiet von Stettin an Preußen kommen zu lassen. Die nordischen Verbündeten eroberten daher Stettin und gaben diese Stadt samt Vorpommern bis an die Peene dem König Friedrich Wilhelm I. von Preußen in Verwaltung (Sequester). Dafür bezahlte ihnen dieser ihre Kriegskosten im Betrage von 400000 Thalern, ließ sich aber die Rückerstattung dieser Summe von Seiten Schwedens durch den schwedischen Generalgouverneur vertragsmäßig zusichern. Als nun Karl XII. nach seiner Rückkehr aus der Türkei (1714) diesen Vertrag nicht anerkennen wollte, schloß sich Friedrich Wilhelm I. den nordischen Verbündeten an, zog, verstärkt durch Sachsen und Dänen, mit etwa 60000 Mann gegen Karl XII. und belagerte denselben in Stralsund — der einzigen Stadt, die noch in den Händen der Schweden war. Mit Not entkam Karl nach Schweden. — Während dieser Belagerung hatte Dänemark die von, ihm eroberten Fürstentümer Bremen und Verden an

Hannover verkauft, und letzteres trat nun, um diese Lande behaupten zu können, dem preußisch-russischen Bündnisse bei. Rußland aber, um in Deutschland festen Fuß zu fassen und Sitz und Stimme im deutschen Reichstag zu erhalten, wollte Wismar an sich bringen und verlegte zu diesem Zweck Truppen nach Mecklenburg, die dieses Land schwer drückten. Deshalb bot der Kaiser die beiden sächsischen und den westfälischen Kreis gegen die Russen auf und verlangte vom Zar, daß er seine Truppen aus Mecklenburg wegführen solle, wozu sich dieser indes erst im folgenden Jahre (1715) durch Preußen bewegen ließ. Durch diesen Eingriff Rußlands in deutsches Gebiet wurde das Bündnis zwischen Rußland und Hannover, dessen Kurfürst, Georg I., 1714 König von Großbritannien geworden war, gelockert; Preußen dagegen hielt an der Verbindung mit Rußland fest. Diese Lockerung des nordischen Bündnisses suchte nun der schwedische Gesandte Görtz, der in Verbindung mit Spanien (Alberoni s. S. 76) und England trat, zu benutzen, um Rußland durch einen Separatvertrag von den nordischen Alliierten abzuziehen.

Aber der plötzliche Tod Karls XII. bei der Belagerung von Friedrichshall (11. Dezember 1718) änderte die ganze Lage der Dinge. Die schwedische Regierung brach mit Rußland alle Verhandlungen ab und verband sich mit Großbritannien, das sodann den Frieden zwischen Schweden und dessen Gegnern durch Einzelverträge vermittelte (1719—1720). Zuerst kam der Friede zwischen Schweden und Kurhannover zustande, in welchem die Fürstentümer Bremen und Verden an letzteres abgetreten wurden. Am 1. Februar 1720 ward der Friede mit Preußen abgeschlossen: dieses erhielt gegen Zahlung von zwei Millionen Reichsthaler Stettin und Vorpommern bis an die Peene nebst den Inseln Usedom und Wollin. Nur der äußerste Saum des Landes von der Peene bis Stralsund, und die Insel Rügen blieben (bis 1815) noch in den Händen der Schweden. Durch diesen Zuwachs hatte der preußische Staat diejenige Vollendung erhalten, die ihm schon der große Kurfürst zugedacht hatte.

Organisation des preußischen Kriegsheeres. Es war in der Zeit, da Rußland Truppen nach Mecklenburg geworfen hatte, — als der Kaiser, veranlaßt durch das unwahre Gerücht einer Ver-

bindung Preußens mit Rußland und Schweden eine Allianz mit Hannover und Sachsen einging, deren Spitze gegen Preußen gerichtet war. In diesem gefährlichen Augenblicke führte der König von Preußen, Friedrich Wilhelm I., in seinem Heere jene Organisation durch, die der Unabhängigkeit des preußischen Thrones erst eine feste Begründung gab. Es kam dem Könige darauf an, inmitten der europäischen Streitigkeiten seine Anliegen nach eigenem Ermessen zur Geltung zu bringen und den fremden Mächten zu zeigen, daß sie Preußens besondere Interessen respektieren müßten. Da er aber überzeugt war, daß er in Europa nur soviel Geltung haben werde, als das Heer, das er ins Feld stellen könne, ihm verschaffe, so war sein vornehmstes Augenmerk auf Vermehrung und zweckmäßige Einrichtung seines Heeres gerichtet. Er brachte es von 38000 nach und nach auf 80000 Mann. Schon aus dieser Zahl ergiebt sich, daß es unmöglich war, ein Heer von solcher Stärke allein aus den brandenburgisch-preußischen Landen aufzubringen. Wohl die Hälfte der Armee war *durch Werbung zusammengebracht*. Da der König große Vorliebe für hochgewachsene Leute hatte, so wurden dieselben aus deutschen und außerdeutschen Ländern oft mit erstaunlich hohen Summen und nicht ohne Gewaltsamkeit, die mehrmals Anlaß zu Beschwerden gaben, zusammengebracht. Die Übungen leitete Fürst Leopold von Anhalt-Dessau und der König selbst. Eine der vornehmsten Bemühungen Friedrich Wilhelms I. war darauf gerichtet, sich ein durch und durch brauchbares Offizierkorps zu schaffen, das durchdrungen sei von der Überzeugung, daß die Tüchtigkeit und Treue im Dienst den vornehmsten Wert des Mannes ausmache. Früher war die Besetzung der unteren Offizierstellen dem Gutdünken der Obersten überlassen: Friedrich Wilhelm zog alle Ernennungen an sich. Er führte die Uniform bis ins kleinste durch, da in der Armee jeder Unterschied von arm und reich aufhören und nur der Rang im Dienste etwas gelten solle. In den Soldaten suchte er vor allem religiöse Gesinnung zu pflegen.

Verwaltung des preußischen Staats. Da die Verwaltung des preußischen Staats vor allem den Zweck hatte, das Heer zu erhalten und zu vermehren, so war es ein besonderes Anliegen Friedrich Wilhelms, die natürlichen Hülfsquellen des Landes zu

erschließen und seine Ertragsfähigkeit zu heben. Die Verwaltung der Domänen wurde einer Behörde in die Hand gelegt. Die Verbesserung der Domänen beschäftigte den König ganz besonders; zu diesem Zwecke bereiste er jährlich alle Provinzen. Den größten Wert legte er auf die Förderung der Manufaktur. Am Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts ging die allgemeine Überzeugung in Deutschland dahin, daß die tief herabgekommene deutsche Industrie ohne strenge Maßregeln von oben zu Grunde gehen müsse, da sie das Übergewicht der französischen Industrie nicht aushalten könne. Früher hatten die Tuche der Altmark weithin Absatz gefunden; jetzt genügten sie den Ansprüchen nicht mehr. Von großer Wichtigkeit war in dieser Beziehung die Einwanderung der Franzosen nach Preußen (s. S. 51). Denn alsbald wurde das, was man bisher aus andern Ländern bezogen hatte, wieder im eigenen Lande hervorgebracht, ja nach andern Ländern ausgeführt. Um der Manufaktur auch den nötigen Absatz zu verschaffen, ordnete der König an, daß die Armee nur mit inländischen Stoffen bekleidet werden dürfe; in gleicher Rücksicht verbot er die Einfuhr der Baumwolle und die Ausfuhr der Wolle. Bald konnten die Gewerbe wieder die Konkurrenz der Nachbarn aushalten. — Die Steuern ließ er, wie er sie fand; nur den Steuersatz auf ausländische Waren erhöhte er (Schutzzoll).

Um Einkünfte und Bedürfnisse des Staats im gleichen Verhältnis miteinander zu entwickeln, richtete er das General-Direktorium ein (1723). Nun erst konnte der Staatshaushalt gleichmäßig geordnet werden. Auch waren jetzt zu außerordentlichen Ausgaben immer die Mittel vorhanden: Schulden wurden getilgt, Güter gekauft, Litauen, das 1722 durch eine Pest entvölkert war, durch Schwaben, Franken, Niedersachsen neu kolonisiert; ebendaselbst wurden die vertriebenen Salzburger Protestanten angesiedelt (1732, s. S. 81); das havelländische Luch wurde urbar gemacht. — Die Überschüsse der Einnahmen flossen in den Schatz, aus dem bei außerordentlichen Gelegenheiten die Zahlungen geleistet wurden. Dadurch hatte der König immer die Mittel, jederzeit, ohne fremde Subsidien (s. S. 83), sein Heer ins Feld zu führen und darin zu erhalten. Das war der vornehmste Erfolg der Verwaltung Friedrich Wilhelms, daß eine Streitmacht,

unvergleichlich größer, als sie bisher jemals aufgestellt worden war, allein auf die Erträgnisse des eigenen Landes gegründet ward.

Geistiges Leben in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. Von dieser Macht aber machte Friedrich Wilhelm keinen andern Gebrauch, als seinem Lande den Frieden zu erhalten. Ein gerader, derber Deutscher, haßte dieser König alle krummen Wege; selbst in der Politik behielt er die Offenheit eines braven Soldaten. Gegen das Kaiserhaus beobachtete er eine auf alter Überlieferung beruhende Ehrfurcht; ebenso hielt er die Verbindung mit England und Rußland fest. Gegen Künste und Wissenschaften hegte Friedrich Wilhelm eine große Voreingenommenheit; nur was unmittelbaren, handgreiflichen Nutzen brachte, erfreute sich seiner Gunst und Förderung. Doch wurden die vorhandenen wissenschaftlichen und künstlerischen Institute erhalten. Die Geistlichen hielt er sehr hoch, gestattete ihnen aber keinen weltlichen Einfluß. Streitige Lehrsätze durften nicht auf der Kanzel besprochen werden. Der König selbst ging mit dem Beispiel der vollkommensten Toleranz voran. Den Katholiken Berlins räumte er ein besonderes Haus für ihren Gottesdienst ein. Er förderte den Schulunterricht, und sorgte dafür, daß bei der Wahl und Behandlung der Unterrichtsgegenstände dem Bedürfnis des gemeinen Mannes Rechnung getragen wurde. In der Provinz Preußen allein sind unter ihm gegen 1000 neue Schulen gegründet worden. Der Schulbesuch wurde zur Pflicht gemacht. Wenn Bürger und Bauern in den brandenburgischen Landen mehr und früher als anderswo zur Kultur des menschlichen Geschlechts herangezogen worden sind, so hat Friedrich Wilhelm I. dazu den Grund gelegt.

Kap. 9. Sorge Kaiser Karls VI. für die Erhaltung Österreichs als eines Gesamtstaats durch die pragmatische Sanktion.

Umfang der österreichischen Monarchie. Ungarn größtenteils in den Händen der Türken. Wenn auch Österreich die Erwerbung von Spanien nicht hatte durchsetzen können, so stellte es doch eine große europäische Monarchie dar, den meisten anderen überlegen, auch den mächtigsten ebenbürtig (13,620 □Meilen). Denn außer dem Zuwachs, den ihm der Gewinn der spanisch-italienischen

Landschaften gebracht (s. S. 65), hatte es eben nach Jahrhunderte dauerndem Kampfe Ungarn unterworfen.

Seitdem die Türken Konstantinopel erobert hatten (s. Bd. II, S. 212), hatten sie nicht aufgehört, immer weiter nach Norden zu drängen, um sich auch die Donauländer zu unterwerfen. Die glänzendsten Thaten der osmanischen Waffen geschahen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Selim I. und dessen Sohn Suleiman II. der Prächtige (1520—1568) erweiterten durch glänzende Siege das türkische Reich nach Osten und Westen. Letzterer erstürmte Belgrad und Peterwardein und brachte nach der schrecklichen Schlacht bei Mohacz (1526), bei der der junge König Ludwig II. von Ungarn und Böhmen fiel (s. Bd. II, S. 320), die Hälfte von Ungarn in seine Gewalt. Die ungarische Krone ging auf den Erzherzog Ferdinand von Österreich über; er wurde jedoch nur von einem Teile der Ungarn anerkannt, der andere wählte den Woywoden von Siebenbürgen, Johann von Zapolya, zum König. Dadurch, daß dieser sich der Oberhoheit des Sultans unterwarf, erleichterte er den Türken den Einfall in Ungarn, so daß diese die vorherrschende Macht im Osten Europas wurden. Die Türkenkriege sind eine stehende Not Deutschlands während der Reformationszeit und hatten auf den Fortgang der Reformation in Deutschland wesentlichen Einfluß. Nachdem Suleiman Bosnien und Dalmatien in Besitz genommen, wälzten sich die Türkenheere gegen Wien (1529), konnten jedoch die tapfer verteidigte Stadt nicht erobern, und als ein gewaltiges Heer deutscher und kaiserlicher Truppen anlangte, zogen sie sich wieder nach Ungarn zurück. 1529 bemächtigte sich der Sultan der ungarischen Hauptstadt Ofen-Pest, die nun 157 Jahre (bis 1686) in den Händen der Türken blieb, und ließ von da aus den ihm unterworfenen Teil Ungarns durch einen Pascha verwalten. Umsonst erklärte sich Ferdinand bereit, Ungarn von Suleiman gegen Entrichtung eines Tributs zu Lehen zu nehmen; erst nachdem die Türken ihre Eroberungen in Ungarn siegreich fortgesetzt hatten, gelang es ihm 1547, gegen einen jährlichen Tribut von 130 000 Dukaten einen Waffenstillstand zu erkaufen, der unter Kaiser Maximilian II. 1567 mit Beibehaltung des Tributs in einen Frieden auf 8 Jahre verwandelt wurde.

Religiöse und politische Knechtung Ungarns durch Österreich. Teils durch diese langwierigen Kämpfe, teils durch die sorglose Regierung Rudolfs II. (s. Bd. II, S. 378) waren die inneren Zustände Ungarns, soweit es österreichisch war, in die größte Verwirrung geraten. Die ständischen Freiheiten wurden mißachtet, der Protestantismus unterdrückt, Berichte und Beschwerden blieben ohne Bescheid, die Stellen unbesetzt, die Soldaten unbesoldet. Die Folge war eine allgemeine Auflösung aller Ordnung. Erst nachdem sich die Ungarn in einem Aufstand erhoben (1604) und geführt von Stephan Bosckay, dann unterstützt von Bethlen Gabor, zuletzt unter Georg Ragoczy für ihre politische Unabhängigkeit und Glaubensfreiheit langjährige Kämpfe geführt hatten, erlangten sie im Bacser Frieden (1645) das Recht freier Religionsübung, sowie die Rückgabe aller den Protestanten abgenommenen Kirchen.

Neue Bedrückungen, die Kaiser Leopold I. aus Haß gegen die Protestanten über diese verhängte, neue Mißachtung der ständischen Rechte der Ungarn erregten neue Aufstände — gerade zu einer Zeit, als einige kriegslustige Großveziere die Eroberungspläne der früheren Sultane wieder aufnahmen. Schon mußte Siebenbürgen der hohen Pforte Tribut entrichten, schon besetzten die Osmanen ganz Niederungarn, und einige türkische Haufen streiften bis Mähren und Schlesien, als der Sieg Montecuculis bei St. Gotthard (einem Cisterzienserkloster auf der Grenze von Ungarn und Steiermark, beim Einfluß der Laufnitz in die Raab) 1664 ihrem Vordringen ein Ziel setzte. Doch blieb im darauffolgenden Frieden Siebenbürgen in Abhängigkeit von den Türken. Aber das Bestreben Leopolds, die katholische Kirchenform in Ungarn zur alleingeltenden und die Königsgewalt auch hier unumschränkt zu machen, ließen das Land zu keiner Ruhe kommen. Es entstand eine Verschwörung unter dem Palatin Besselenyi, Peter Zryni und dem jungen Ragoczy, mit dem Zwecke, Ungarn ganz vom Hause Österreich loszureißen. Aber die Erhebung wurde mit Waffengewalt niedergeschlagen und Ungarns Selbständigkeit gebrochen (1671). Die Häupter der vornehmsten Verschworenen fielen unter dem Beil, die unumschränkte Gewalt des Königtums wurde auch über Ungarn ausgedehnt und der Protestantismus mit Grausamkeit auszurotten gesucht.

Aber das Übermaß der Gewalt weckte aufs neue den Mut und den Freiheitsinn der national-protestantischen Ungarn. In Emmerich Tököly erhielten die Aufständischen ein neues Haupt (1674). Siegreich rückten sie bis Preßburg vor; gleichzeitig drang der türkische Großvezier Kara Mustapha mit einem ungeheuren Heere vor Wien 1683 (s. S. 49). Die Bürgerschaft leistete unter dem tapferen Grafen Rüdiger von Staremberg die mutigste Gegenwehr, hätte aber die Stadt nicht halten können, wenn nicht der Polenkönig Johann Sobiesky sowie die Kurfürsten Johann Georg III. von Sachsen, Maximilian Emanuel von Baiern und der große Kurfürst, zuletzt auch das deutsche Reichsheer unter Karl von Lothringen erschienen wären und die Türken in die Flucht geschlagen hätten. Karl von Lothringen eroberte 1686 Ofen-Pest und errang 1687 den großen Sieg bei Mohacz, infolgedessen fast ganz Ungarn vom Joche der Türken befreit wurde. Um jeden Keim neuer Empörungen auszurotten, beraubte er durch das Blutgericht von Eperies den ungarischen Adel seiner bedeutendsten Häupter, worauf die Stände auf das Wahlkönigtum verzichteten und ihr Recht, sich verfassungswidrigen Anordnungen widersetzen zu dürfen, aufgaben. Die ungarische Krone wurde dem habsburgischen Mannesstamme erblich übertragen. Dadurch war Ungarn aufs engste mit Österreich verbunden und die Staatsgewalt für unumschränkt erklärt.

Vollständige Befreiung Ungarns aus den Händen der Türken. Karl von Lothringen nahm nun auch Siebenbürgen in Besitz und warf die Türken bis nach Serbien zurück. Zwar drang Tököly, der sich nach der Türkei geflüchtet hatte, an der Spitze eines türkischen Heeres bis Peterwardein vor, aber der glänzende Sieg Prinz Eugens bei Zentha an der Theiß (1697) nötigte die Pforte zum Frieden von Karlowitz (1699), infolgedessen sie Siebenbürgen und alles Land zwischen Donau und Theiß an Österreich abtreten mußte; nur der Bezirk von Temesvar blieb noch in den Händen der Türken. Als diese 1716 aufs neue die Waffen erhoben, zwang sie Prinz Eugen durch seine Siege bei Peterwardein und Belgrad (1717) zum Frieden von Passarowitz, in dem sie das Gebiet von Temesvar, die Walachei bis zur Aluta und Belgrad nebst einem beträchtlichen Stücke von Bosnien und Serbien abtreten mußten.

Bedeutung und Inhalt der pragmatischen Sanktion. Um nun den großen Länderkomplex, durch dessen Bestandteile Österreich in den verschiedensten Ländern Europas Fuß gefaßt hatte, in seinem ganzen Umfange zusammenzuhalten, hatte Kaiser Karl VI., noch unter dem frischen Eindruck der Unsicherheit der Erbfolge in Spanien und des daraus entstandenen Kriegs, die Erbfolgeordnung in Österreich durch ein Gesetz, genannt „pragmatische Sanktion", zu sichern gesucht. Joseph I. war ohne Kinder gestorben, Karl VI. hatte lange keine Kinder bekommen; man fing an zu fürchten, daß bei dem Tode des letzteren die durch die Arbeit von Jahrhunderten mühsam zusammengebrachte Monarchie in ihre Bestandteile auseinander fallen werde. Um dem vorzubeugen, hatte der Kaiser ein Hausgesetz verkünden lassen (19. April 1713), kraft dessen die ihm angestammten Erb-Königreiche und -Lande nach seinem Tode sämtlich und ungeteilt an seine männlichen Nachkommen, wenn er aber deren nicht habe, an seine Töchter, und in deren Ermangelung an die Erzherzoginnen, Töchter seines verstorbenen Bruders, endlich auch an seine Schwestern, Töchter des Kaisers Leopold, gelangen sollten, allemal jedoch, wie ausdrücklich wiederholt wird, ungeteilt und nach dem Rechte der Erstgeburt. Die Anerkennung dieses Gesetzes in den österreichischen Landschaften erfolgte (seit April 1720) nacheinander ohne Widerrede. Da aber ein großer Teil der erworbenen Nebenländer durch Friedensverträge, welche mit verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen worden waren, an Österreich gekommen war und also der Bestand der österreichischen Monarchie auf der Übereinstimmnng der europäischen Mächte beruhte, so bedurfte auch das österreichische Erbfolgegesetz der Anerkennung durch die europäischen Mächte. Diese Anerkennung zu erlangen machte Karl VI. zur Hauptaufgabe seiner Politik und brachte zur Erreichung dieses Zweckes beträchtliche Opfer, teilweise freilich auf Kosten des deutschen Reichs.

Bündnis Österreichs mit England, Frankreich und Holland (Quadrupelallianz) zum Schutze seiner italienischen Besitzungen gegen die Angriffe Spaniens. König Philipp V. von Spanien (s. S. 61) hielt sich für bestimmt, die Gerechtsame seiner Vorgänger in den früher spanischen Nebenlanden wiederherzustellen. Sein Minister Alberoni hielt den Zeitpunkt, wo der Kaiser noch

mit dem Türkenkriege beschäftigt war (1717), für geeignet, um einen Angriff auf Sardinien zu machen. Da aber dadurch der Utrechter Friede verletzt wurde (s. S. 65), so vereinigten sich Frankreich und England mit Österreich, um die damals getroffenen Bestimmungen aufrechtzuerhalten. Durch den Beitritt Hollands zu diesem Bündnis entstand 1718 die sogenannte Quadrupelallianz. Während die westlichen Verbündeten ihren Angriff gegen Spanien selbst richteten, wandte sich der Kaiser, der durch den Frieden von Passarowitz (s. S. 75) freie Hand bekommen hatte, gegen Sicilien, welches die Spanier soeben in Besitz genommen hatten. Da Spanien erkannte, daß seine Kräfte diesen Angriffen nicht gewachsen seien, bot es Frieden an und trat, nach dem Sturze Alberonis, der Quadrupelallianz bei (1720). Es erkannte den Utrechter Frieden an; dagegen wurde dem ältesten spanischen Infanten Don Karlos das Recht auf Parma und Piacenza gewährleistet und demselben selbst die Aussicht auf die Nachfolge in Toskana eröffnet. Da diese Länder Reichslehen waren, so verlangte der Kaiser die Einwilligung des Reichstages zu dem getroffenen Abkommen, die er auch erhielt (1722). Bei dieser Gelegenheit tauschte Österreich vom Hause Savoyen Sicilien gegen Sardinien ein.

Auflösung der Quadrupelallianz infolge der Gründung der ostendeschen Handelskompagnie durch Österreich und der Abneigung der Westmächte, die österreichische Erbfolgeordnung anzuerkennen. Da aber die Herrschaft Österreichs in Italien bereits sehr drückend empfunden wurde, so richtete schon alles sein Augenmerk auf Don Karlos. Die Versuche, die Streitigkeiten auszugleichen, führten zu neuen Mißhelligkeiten. Der Kaiser stand mit seinen früheren Verbündeten überhaupt schon nicht mehr in gutem Einvernehmen. Bei seiner besonderen Vorliebe für Handel und Seewesen hatte er den Übergang der Niederlande an Österreich benutzt, um Deutschland die ihm bisher verschlossenen Wege der Schiffahrt und des Seehandels wieder zu öffnen: er hatte einer nach dem Muster der englisch-ostindischen Kompagnie gegründeten Handelsgesellschaft in Ostende 1723 einen Freibrief auf 20 Jahre erteilt mit der Erlaubnis, sowohl in Ost- und Westindien, als auch an den afrikanischen Küsten diesseits und jenseits des Vorgebirgs der guten Hoffnung unter kaiserlicher Flagge ausschließlich Handel zu treiben.

Dagegen aber erhoben England, Frankreich und Holland heftigen Widerspruch. Zugleich waren dieselben auch durchaus nicht geneigt, die österreichische Erbfolgeordnung anzuerkennen, durch die Italien unwiderruflich und auf immer an Österreich geknüpft worden wäre.

Allianz zwischen England, Frankreich und Preußen zur Verhütung eines spanisch-österreichischen Übergewichts. Da aber eben Spanien von Frankreich empfindlich beleidigt worden war, so suchte ersteres eine Annäherung an Österreich und brachte durch seinen Gesandten Ripperda den Wiener Frieden zustande (April 1725), in welchem jede dieser beiden Mächte auf die Besitzungen der andern verzichtete, die Übertragung der italienischen Reichslehen an Don Karlos bestätigt wurde und Spanien die pragmatische Sanktion anerkannte. Zugleich erklärte der Kaiser sich geneigt, seine älteste Tochter Maria Theresia mit dem spanischen Infanten Don Karlos zu vermählen. Es schien darauf abgesehen, das alte spanisch-österreichische Übergewicht wiederherzustellen. Auch bewilligte Spanien der ostendeschen Handelsgesellschaft Vorrechte, durch welche sie Vorteile über alle anderen Mächte erhielt. Ebenso gelang es dem Kaiser, die Kurfürsten von der Pfalz, Trier, Köln und Bayern für sich zu gewinnen. Selbst der russische Zar Peter I. ging damit um, der spanisch-österreichischen Verbindung beizutreten.

Über die der ostendeschen Handelsgesellschaft von Spanien gemachten Zugeständnisse war die englische Nation in große Aufregung geraten, und da die Verbindung des Kaisers mit Spanien eine allgemeine Gefahr in sich zu schließen schien, so schlossen England, Frankreich und Preußen den Vertrag zu Hannover (September 1725), in welchem diese drei Mächte sich ihre Besitzungen und Rechte garantierten. Preußen war dadurch für den Beitritt gewonnen worden, daß England und Frankreich sich anheischig machten, die Rechte Preußens auf Jülich und Berg, bei dem Aussterben des Hauses Pfalz-Neuburg, zu unterstützen. Diesem Bündnis traten auch Holland und Hessen-Kassel bei.

Erhaltung des europäischen Friedens infolge der Vermittelung Friedrich Wilhelms I. von Preußen 1726. Obwohl Preußen die Erwerbung des jülich-bergischen Landes sehr am Herzen lag, machte es sich doch bald wieder von dem Bündnis mit England

und Frankreich los. Denn es glaubte erkannt zu haben, daß es seine beiden Verbündeten auf eine Eroberung der österreichischen Niederlande abgesehen hatten; Friedrich Wilhelm I. aber kam es nur darauf an, sich der Übermacht des Hauses Österreich entgegenzusetzen; es anzugreifen kam ihm nicht in den Sinn. Da nun die drohende Stellung, welche Preußen gegen Österreich genommen hatte, den Wiener Hof bewog, sich dem Könige von Preußen freundlich zu nähern, so benutzte dieser seine dadurch gewonnene Stellung, um zwischen den feindlichen Allianzen zu vermitteln. Denn eben war der Krieg zum Ausbruch gekommen; die Spanier belagerten Gibraltar, und die Engländer und Franzosen nahmen Schiffe der ostendeschen Handelsgesellschaft weg; ein Heer von Hannoveranern und Hessen sollte unter englisch-französischer Führung in Schlesien einfallen, und der Kaiser wollte den König von England in Hannover angreifen. Es gelang Friedrich Wilhelm I. wirklich — dank seiner Militärmacht und seiner politischen Selbständigkeit — eine friedliche Stimmung hervorzurufen.

Bündnis zwischen Österreich und Preußen auf Grundlage der Anerkennung der österreichischen Erbfolgeordnung durch Preußen und der preußischen Ansprüche auf Jülich und Berg durch Österreich. Österreich war eifrig darauf bedacht, sich mit Preußen auseinander zu setzen, um die Anerkennung der pragmatischen Sanktion von demselben zu erlangen. König Friedrich Wilhelm I. war dazu bereit, wenn der Kaiser darauf verzichten würde, seine Tochter an einen spanischen Prinzen zu vermählen; er wollte nur vom österreichischen Stamme deutscher Nation als dem Träger der deutschen Kaiserkrone etwas wissen. Zugleich machte er zur Bedingung, daß ihm der Kaiser seine Ansprüche auf die jülich-bergische Erbschaft (s. S. 34) gewährleistete: an Pfalz-Sulzbach wollte er Jülich überlassen und sich mit Berg begnügen. Der Kaiser war bereit, darüber mit Pfalz in Unterhandlung zu treten. Auf dieser Grundlage kam im Oktober 1726 der Vertrag zu Wusterhausen zustande, dem zwei Jahre später (Dezember 1728) der Vertrag zu Berlin folgte, in welchem der König von Preußen die Nachfolge der ältesten Erzherzogin in den sämtlichen österreichischen Erblanden garantierte und versprach, dem

künftigen Gemahl derselben, vorausgesetzt, daß er ein Deutscher sei, seine Stimme als römischem König zu geben, — wogegen der Kaiser sich einverstanden erklärte, daß nach dem Tode der pfalz-neuburgischen Brüder, wenn sie keine männlichen Erben hinterlassen, der König von Preußen von Berg Besitz ergreife.

Preisgebung der deutschen Reichslehen in Italien und der deutschen Handelsinteressen durch Kaiser Karl VI. zum Zweck der Durchführung der österreichischen Erbfolgeordnung. Dagegen nahmen die europäischen Angelegenheiten eine für den Kaiser unerfreuliche Wendung. Die Königin von Spanien, Elisabeth Farnese, welche an der Vollziehung des ihrem Sohne Don Karlos gegebenen Heiratversprechens mit Maria Theresia von Österreich irre wurde, wollte ihres Sohnes Zukunft sicher stellen und verbündete sich im Vertrage zu Sevilla (November 1729) mit Frankreich und England, welche versprachen, daß die Anwartschaft des Don Karlos auf die italienischen Reichslehen Parma, Piacenza und Toskana durch spanische Truppen gesichert und der Kaiser zur Aufnahme derselben gezwungen werden sollte, wogegen Spanien seine Mitwirkung zur Aufhebung der ostendeschen Handelskompagnie in Aussicht stellte. Damit hatten die Verbündeten von Sevilla über deutsche Reichsländer Verfügung getroffen, ohne den Kaiser und das Reich auch nur zu fragen. Deshalb forderte der Kaiser das Reich zur Verteidigung seiner Rechte auf und schickte selbst Truppen nach Italien, um den Einmarsch der Spanier zu hindern. Da aber England vor allem den friedlichen Handelsverkehr mit Spanien und dessen Kolonieen herzustellen wünschte, dies aber nicht zu erreichen war, ehe die spanischen Truppen in die dem Infanten Don Karlos bestimmten Plätze aufgenommen waren, so näherte sich England dem Kaiser und schloß mit ihm den Vertrag zu Wien (März 1731). Darin bestätigte England die österreichische Erbfolgeordnung, Österreich dagegen gab die Einwilligung, daß jene italienischen Plätze von spanischen Garnisonen besetzt würden und ließ zugleich die ostendesche Kompagnie fallen.

Anerkennung der österreichischen Erbfolgeordnung durch deutsche Fürsten unter Vermittelung Friedrich Wilhelms I. von Preußen. Friedrich Wilhelm, der bei seiner Hinneigung zu England die Ausgleichung zwischen diesem und dem Kaiser freudig begrüßte,

bot letzterem seine guten Dienste an, um auch vom Reich die Erbfolgeordnung garantieren zu lassen, wofür Österreich versprach, in keiner Angelegenheit, namentlich nicht in der jülich-bergischen, etwas zuzulassen, was mit seiner früher gegebenen Zusage in Widerspruch stünde. Zu den Abmachungen des Kaisers in betreff der italienischen Reichslehen hatte zwar der Reichstag leicht seine Einwilligung gegeben; aber die Erbfolgeordnung fand heftigen Widerstand, besonders bei Bayern, Sachsen und den drei pfälzischen Linien, indem ersteres hervorhob, daß durch die Bestätigung der pragmatischen Sanktion das Reich in alle Kriege, welche die österreichischen Erblande beträfen, verwickelt werden würde, wenn dieselben auch das Reich gar nichts angingen. Die evangelischen Reichsstände waren mit dem kaiserlichen Hofe gerade in Spannung, weil er es duldete, daß die evangelischen Salzburger von ihrem Erzbischof Firmian bedrückt wurden. Gleichwohl gelang es dem Einfluß Preußens, eine Mehrheit für den Antrag zu gewinnen, so daß derselbe am 3. Februar 1732 zum Reichsgesetz erhoben wurde.

Es war eine Folge dieses Einverständnisses zwischen Wien und Berlin, daß der Wiener Hof durch seinen Gesandten Seckendorf den König von Preußen aufmerksam machen ließ, daß die durch die Gewaltsamkeiten des Erzbischofs Firmian vertriebenen Salzburger, die sich bittend an Friedrich Wilhelm gewandt hatten, als fromme und arbeitsame Menschen sich gut nach Preußen schicken würden. Darauf ersuchte Friedrich Wilhelm den Erzbischof, die Auswanderer als seine Unterthanen zu betrachten, und siedelte sie in Preußisch-Litauen an.

Preisgebung Lothringens an Frankreich durch den Kaiser zur Erlangung der Anerkennung der österr. Erbfolgeordnung seitens Frankreichs im polnischen Erbfolgekrieg. Aber bald traten Ereignisse ein, welche die Eifersucht, die Österreich gegen das aufstrebende Preußen hegte, unverhüllt zu Tage förderten. Als nämlich August II. von Sachsen-Polen am 31. Januar 1733 starb, suchte Österreich, im Gegensatz zu einer mit Preußen vorher getroffenen Verabredung, die polnische Krone dem Sohne Augusts II. zu verschaffen. Denn dieser war durch seine Gemahlin mit dem Hause Österreich verwandt, hatte also Ansprüche auf die öster-

reichische Erbschaft, war jedoch bereit, diese aufzugeben und die pragmatische Sanktion anzuerkennen, wenn man ihm zum polnischen Throne verhelfe. Rußland war ebenfalls damit einverstanden. Preußen wollte die neue Thronkandidatur nur dann unterstützen, wenn der Thronkandidat seine Ansprüche sowohl auf Berg als auf Kurland anerkenne und fördere. Da aber der sächsische Prinz diese Forderung rund abschlug und Preußen deshalb Schwierigkeiten machte, ihm die polnische Krone zuzuwenden, so entschloß man sich in Wien, ohne Preußen, nur im Einverständnis mit Rußland, die polnische Krone dem Kurfürsten August von Sachsen zu übertragen.

Bei der nun folgenden Königswahl in Polen wählten die Polen fast einstimmig Stanislaus Lesczinski, den Schwiegervater des Königs Ludwig XV. von Frankreich; nur wenige wählten unter dem Schutze russischer Truppen, die Stanislaus vertrieben, den Kurfürsten von Sachsen. Sofort erhob sich Frankreich, einmal um Stanislaus, der sich nach Danzig geflüchtet hatte, die polnische Krone zu sichern, dann aber auch hauptsächlich aus Eifersucht gegen Österreich: der französische Hof mißgönnte Österreich den glücklichen Fortgang der Anerkennung der pragmatischen Sanktion. Auch glaubte er Grund zur Besorgnis zu haben, wenn er bedachte, daß durch die Vermählung der Maria Theresia von Österreich mit dem Herzog Franz Stephan von Lothringen dieses Herzogtum Lothringen in den großen Komplex der österreichischen Monarchie gezogen und ein militärisches Bollwerk gegen Frankreich würde. Dem glaubte Frankreich sich mit den Waffen widersetzen zu müssen. Es verband sich mit Pfalz, Bayern, Sardinien und Spanien zu einem Angriff auf Österreich.

Österreich war ganz ungerüstet. Da bot der König von Preußen dem Kaiser an, mit 30—40000 Mann am Niederrhein gegen die Franzosen zu kämpfen, wenn er den preußischen Anspruch auf Berg neuerdings bestätige und ihm gestatte, das Herzogtum ohne Verzug in Besitz zu nehmen. Aber der Kaiser schlug das Anerbieten aus, denn er rechnete auf die Hülfe der Seemächte; aber diese regten sich nicht. Die Franzosen besetzten Lothringen und Bar, überschritten von Straßburg aus den Rhein und besetzten Kehl. Villars übernahm trotz seines Alters den Oberbefehl

in Italien, besetzte (November 1733) Mailand und machte sich zum Herrn der Lombardei. Der spanische Infant Don Karlos, der nach den früheren Verträgen Besitz von Parma ergriffen hatte, eroberte bis zum Frühjahr 1734 Sicilien und Neapel. Erst im Sommer 1734 stellte der Kaiser zwei Heere ins Feld, eines in Italien, das andere unter Prinz Eugen am Rhein, bei dem die Reichstruppen standen, darunter 10 000 Preußen. Auch Russen vereinigten sich noch mit dieser Armee, so daß sie etwa 130 000 Mann stark war. Gleichwohl konnte Prinz Eugen nichts von dem, was die Franzosen erobert hatten, wiedergewinnen. Ja, die Franzosen nahmen vor den Augen des Reichsheeres Philippsburg weg. Es trat deutlich zu Tage, daß Österreich, bei der gänzlich verwahrlosten Verwaltung seiner Staatseinkünfte, nicht imstande war, einen Krieg ohne fremde Subsidien zu führen.

Prinz Eugen selbst riet dem Kaiser zum Frieden, der dann auch im Oktober 1735 zustande kam. Hiernach verzichtete Stanislaus auf die Krone von Polen zu gunsten des sächsischen Kurfürsten August; der Herzog Franz Stephan von Lothringen, Bräutigam der Tochter des Kaisers, Maria Theresia, trat Lothringen an Stanislaus ab und erhielt dafür das Großherzogtum Toskana, sobald hier der Stamm der Mediceer ausgestorben sein würde (was 1737 geschah). Nach Stanislaus' Tode (der 1766 erfolgte) sollte Lothringen an Frankreich fallen. Der spanische Infant Don Karlos erhielt Neapel und Sicilien vom Kaiser, wofür dieser Parma und Piacenza zu völligem Eigentum bekam und im Besitze von Mailand und Mantua blieb. Zugleich erkannte Frankreich die pragmatische Sanktion an.

Vollständiger Bruch zwischen dem Kaiser Karl VI. und dem König Friedrich Wilhelm I. von Preußen wegen der jülich-bergischen Angelegenheit. Friedrich Wilhelm I. hatte seine Verpflichtungen gegen den Kaiser sorgfältig erfüllt und gemäß den Verträgen von Wusterhausen und Berlin (s. S. 79) 10 000 Mann zum Reichsheer stoßen lassen. Nun machte man ihm einen Vorwurf daraus, daß er sich geweigert hatte, an einer Unternehmung des österreichischen Generals Seckendorf über den Rhein an die Mosel teilzunehmen.

Man fing zunächst an, ihn in auffallender Weise zu vernachlässigen. Die Friedenspräliminarien von 1735 (s. S. 83) wurden ihm nie mitgeteilt; man ließ es sogar an dem gewöhnlichen Anstand ihm gegenüber fehlen, indem man ihm von der Vermählung der Erzherzogin Maria Theresia mit dem Herzog Franz Stephan von Lothringen-Toskana nicht einmal eine Anzeige machte. Der König empfand diese Kränkungen aufs tiefste. In der Erbitterung darüber sprach er, auf den Kronprinzen Friedrich deutend, das prophetische Wort aus: „Da steht einer, der mich einmal rächen wird". Der Versuch Friedrich Wilhelms, direkt mit dem Kurfürsten von der Pfalz ein Abkommen in der bergischen Angelegenheit zu treffen, scheiterte. Sein Verlangen, das er in Wien stellte, von den bergisch-jülichschen Landen Besitz ergreifen zu dürfen, rief eine allgemeine Aufregung hervor. Österreich, Frankreich, England, Holland fürchteten, daraus könne ein Krieg entstehen, und vereinigten sich 1737, um Vorschläge zum Ausgleich zu machen. Der König von Preußen beantwortete diese Vorschläge mit der Aufstellung zweier Heere im Osten und Westen seiner Länder. Der Kaiser aber schloß 1739 einen Vertrag mit Frankreich, demgemäß dem Prinzen von Sulzbach der vorläufige Besitz der streitigen Landschaften auf 2 Jahre eingeräumt und während dieser Zeit keine andere eigenmächtige Besitznahme gestattet werden sollte. Damit war der Vertrag mit Preußen vom Jahre 1728 (s. S. 79) thatsächlich gebrochen, und Preußen hielt sich an die damals zugestandene Anerkennung der pragmatischen Sanktion nicht mehr gebunden. Zugleich aber faßte der König, der sich von allen Seiten zurückgestoßen sah, den Entschluß, sich ebenfalls an Frankreich zu wenden, um seine Ansprüche auf Berg durchzusetzen, und es kam im März 1739 wirklich ein darauf bezüglicher Vertrag zustande; im folgenden Jahre sollte derselbe in ein Verteidigungsbündnis auf 15 Jahre verwandelt werden: da starb der König am 31. Mai 1740.

Fünf Monate später, am 20. Oktober 1740, starb auch Karl VI. Er hatte, um sich für die mannigfachen Verluste an Ländern, um die er die Anerkennung der pragmatischen Sanktion erkauft hatte, zu entschädigen, noch im Jahre 1736 in Verbindung mit Rußland einen Krieg gegen die Türkei begonnen. Aber das kaiser-

liche Heer befand sich im schlechtesten Zustande; auch war Prinz Eugen gestorben und niemand da, der ihn ersetzen konnte. So wurden die Österreicher, obwohl anfangs siegreich, später auf allen Punkten geschlagen, und der Kaiser sah sich genötigt, den schmachvollen Belgrader Frieden (Sept. 1739) zu schließen, dem zufolge die Türken ganz Serbien mit den Festungen Belgrad und Schabatsch sowie die ganze österreichische Walachei erhielten.

So hatte Karl VI. die größten Opfer gebracht, um seinen Lieblingsplan, die allgemeine Anerkennung der Erbfolgeordnung, durchzusetzen; auch hatte er dies von fast allen europäischen Mächten erreicht. Nur die beiden mächtigsten Staaten Deutschlands, Preußen und Bayern, hatten sie nicht anerkannt. Daraus erwuchsen für Österreich schwere Kämpfe; sie füllen die Geschichte der nächsten Jahrzehnte.

Kap. 10. Entwickelung des geistigen Lebens von 1648—1740.

Allgemeiner Überblick. Politische Knechtung und Bevormundung des Volks durch die fürstliche Willkür, geistige Knechtung desselben durch die Engherzigkeit der kirchlichen Oberen, Herrschaft der Ausländerei in Sitte, Sprache und Litteratur, — und infolge von alledem Trennung der höheren von den niederen Gesellschaftskreisen, Mangel an Nationalsinn, an politischem und bürgerlichem Selbstgefühl im Volk, Verkommenheit des sittlichen und häuslichen, und Abschwächung des geistigen Lebens: — das sind die charakteristischen Merkmale, die den Kulturzustand des deutschen Volks am Ende des dreißigjährigen Kriegs bezeichnen.

In sich selbst fand das deutsche Volk nicht die Kraft zur Erhebung aus dieser Versunkenheit. Von außen her, von fortgeschritteneren Nationen mußten die Anregungen kommen, welche die im deutschen Volke schlummernden, noch nicht erstorbenen Keime zu neuer Triebkraft weckten. Der auf das Ausland gerichtete Blick konnte sich der mächtig fortschreitenden Philosophie in Holland, England, Frankreich nicht verschließen. Hugo Grotius, Descartes, Spinoza, Bayle, Bacon und Locke gewinnen in Deutschland zahlreiche Anhänger und Nachfolger (Pufendorf, Thomasius, Leibniz). Die Wirkungen der aus Lockes Schule hervorgegangenen englischen

Freidenker, verstärkt durch den Einfluß Voltaires und der französischen Aufklärer, ziehen sich durch das ganze 18. Jahrhundert.

Langsamer entwickelt sich die Dichtung. Hier galt es zwischen den Forderungen der gelehrten Kunstdichtung, d. h. der Renaissance, und dem unmittelbaren Volksbedürfnis zu vermitteln. Die gesamte deutsche Kunstdichtung der ersten Hälfte dieser Periode ist fast nur eine rohe, wirre Nachahmung der verschiedensten Vorbilder. Erst Gottsched betrat entschieden die Bahn des französischen Klassizismus und lehrte die deutsche Dichtung sich wenigstens an die der französischen Litteratur eigene Regelmäßigkeit gewöhnen. Daneben macht sich aber eine Richtung geltend, die mehr dem Bedürfnis des Volks zu genügen sucht. Diese Volksdichtung schließt sich an spanische und englische Vorbilder an. Der Kampf zwischen beiden Richtungen erreicht seinen Höhepunkt und wird zu Gunsten der Volksdichtung entschieden in dem Streit zwischen Gottsched und Bodmer, bis endlich Lessing, der Reformator der neueren deutschen Dichtung, die durch einseitige Anlehnung an den französischen Klassizismus entartete Kunstdichtung und die aller Idealität beraubte Volksdichtung zu innigster Einheit zusammenschloß.

Was hier in heißem Kampfe erstrebt und errungen ward, fand seinen Abschluß und seine Vollendung in Kant, Goethe und Schiller. Die Vorgeschichte dieser großen Geisteskämpfe liegt in der Zeit von 1648—1740.

Überwindung der Engherzigkeit des lutherischen Kirchentums. 1. Die Einwirkungen der fremden Philosophie. Unter dem fortdauernden kirchlichen Druck steigerte sich auch mehr und mehr der Unwille über denselben. Daher fanden die Lehren der niederländischen, englischen und französischen Philosophen, vor allem die des Holländers Descartes (Cartesius, geb. 1596, gest. 1650), die dadurch, daß sie für sich das Recht eines freien Denkens in Anspruch nahmen, notwendig den Anstoß einer freieren Auffassung des geistigen Lebens, insbesondere auch auf religiösem Gebiet gaben, in Deutschland einen empfänglichen Boden und durchdrangen bald weite Kreise. Dieser Einfluß machte sich zunächst in der Bekämpfung der kirchlichen Lehre von der persönlichen Existenz des Teufels, der eben noch in den Hexenprozessen (s. Bd. II, S. 504) eine so bedeutende Rolle gespielt hatte, geltend und wurde verstärkt

durch die Einwirkungen niederländischer Theologen und englischer Philosophen (Bacon, Hobbes, Herbert von Cherbury). So kam es, daß die Philosophie des Niederländers Spinoza (geb. 1632, gest. 1677), die durch ihre Neuheit und Kühnheit die Geister aufs mächtigste anregte und durch ihre Auflehnung gegen jede äußere Autorität die begonnene geistige Befreiung aufs nachhaltigste förderte, in Deutschland lebendigen Anklang fand und immer mehr Anhänger gewann. Trotzdem daß diese (meistenteils von der Schroffheit der einzelnen Bekenntnisse absehend) nur auf das Wesentliche der christlichen Grundlehre als auf die gemeinsame höhere Einheit drangen, wurden sie doch von den Orthodoxen unterschiedslos als Atheisten verschrieen und von der Theologie eifrigst bekämpft. Vergebens! Auch das Bürgertum, das im dreißigjährigen Kriege mit Menschen aller Religionen zusammen gelebt und dadurch Duldung gelernt hatte, fing an sich von der schroffen Verdammungssucht engherziger Eiferer abzuwenden. In diesen wohlvorbereiteten Boden fielen die Anregungen des englischen Philosophen John Locke (geb. 1632, gest. 1704), der auf dem Grund der reinen Erfahrung, des Empirismus, den Umfang des menschlichen Erkennens sowie die Grenzen zwischen Wissen und Glauben zu bestimmen und die bestehende Religion vernunftgemäß aufzufassen und zu erläutern suchte. Diese mächtigen Einwirkungen wuchsen von Jahr zu Jahr und fanden auch von gläubiger Seite Unterstützung.

2. Der Pietismus. Das Verlangen nach reiner gemütstieferer Religiosität war weit verbreitet und tiefwurzelnd. Diesem Bedürfnis verlieh der Pietismus das rechte Wort und die rechte Befriedigung. Als der Vater desselben ist Phil. Jakob Spener (geb. 1635 zu Rappoltsweiler im Elsaß, gest. 1705) zu betrachten. Als Oberpfarrer in Frankfurt am Main richtete er «collegia pietatis», d. h. gottesdienstliche Hausandachten, ein, in denen sich die Gläubigen durch Bibelerklärung und Gebet erbauten und zu werkthätiger Heiligung erweckten. In seinen Schriften drang Spener auf Einschärfung der Lehre, daß das Christentum in der Ausübung der von Christo gebotenen Liebe bestehe; er drang ferner auf eine bessere Bildung der Prediger, deren Beruf sei, nicht zu streiten, sondern den neuen Menschen zu wecken.

Durch ihn erhielt das gesamte kirchliche Leben die nachhaltigste Förderung. Wunderbar schnell verbreitete sich diese neue Richtung durch alle Stände. Durch August Hermann Francke nahm sie Besitz von der Universität Halle. Der Adel schloß sich ihr an; der Bürger und Bauer fand in ihr Trost und Erquickung für alle Mühsal seines freudelosen Daseins.

3. Die Versuche der Kircheneinigung. Neben dem Erstarken des freien philosophischen Denkens und neben der durch den Pietismus geweckten tieferen Gemütsinnerlichkeit sind es besonders auch die Versuche, die drei gesonderten abendländischen Kirchen zur Gemeinschaft zurückzuführen, die den Sturz der starren Orthodoxie herbeiführten.

Nach dem 30jährigen Kriege tauchten von mehreren Seiten die verschiedenartigsten Entwürfe der Vermittelung auf. Papst (Innocenz XI., 1676—1689) und Jesuiten wußten genau, was sie wollten, nämlich Wiedererlangung der verlorenen Alleinherrschaft. Um dies zu erreichen, hielt es der Papst für der Mühe wert, die umfassendsten Zugeständnisse den Protestanten zu machen, wenn diese nur seine Oberhoheit anerkennen und die Entscheidung über streitige Kirchensachen der Stimmenmehrheit einer neuen Kirchenversammlung anheimstellen würden. Aber er fand seitens der Protestanten nicht das gewünschte Entgegenkommen. Orthodoxe und Pietisten ließen sich niemals ernstlich auf jene Lockungen ein, und die Mittelpartei, die eine friedliche Verbrüderung der gesamten Christenheit wünschte, vermochte trotz alles guten Willens das Unvereinbare nicht zu vereinen: das Ende der Verhandlungen war das geschärfte Gefühl der Gegensätzlichkeit und unlösbarer Entfremdung.

Ebenso fruchtlos blieben die Verhandlungen zwischen den Lutheranern und Reformierten.

Gewonnen war indes die Überzeugung, daß die Einheit nicht dadurch hergestellt werden könne, daß eine Kirche sich zur allgemeinen Kirche mache, sondern daß jede Kirche der andern ihr Eigentümliches lassen müsse, ohne darin ein Hindernis des Friedens und der sonstigen Glaubensgemeinschaft zu finden. So wurde das Losungswort des 18. Jahrhunderts: Fortbestehen der Verschiedenheiten und gegenseitige Duldung.

Befreiung der Wissenschaft von der Obmacht der Theologie. Die bisherige Rechtslehre hatte den Begriff des Rechts mit der christlichen Sittenlehre zusammengeworfen und als Aufgabe des Rechts erkannt, den durch den Sündenfall verderbten Zustand der Menschheit wieder auf den Zustand der Unschuld zurückzuführen. Samuel Pufendorf (geb. 1632 zu Dorf-Chemnitz, 1661 erster deutscher Professor des Natur- und Völkerrechts in Deutschland, 1686 Mitglied des Kammergerichts in Berlin, s. S. 59) war der erste, der mit Entschiedenheit die sittliche Natur des Menschen als ausschließliche Rechtsquelle und die natürliche Vernunft als vollkommen ausreichend zur Erkenntnis derselben erklärte. Seitdem gab es auch in Deutschland wieder eine rechtsphilosophische Wissenschaft.

Am folgerichtigsten wurde die Lehre Pufendorfs von Christian Thomasius weitergebildet (geb. 1655 zu Leipzig, gest. 1728). Er vollendete die Loslösung des Naturrechts von der Obmacht der Theologie und führte die Scheidung zwischen Recht und Moral scharf durch. Sofort trug er den hier gewonnenen Fortschritt auf andere Gebiete über. Er suchte der bisher herrschenden, im Dienst der Theologie stehenden scholastischen Philosophie (s. Bd. II, S. 280) eine neue, allgemein faßliche und gemeinnützige Lehre entgegenzustellen. Indem er seine Philosophie in den Dienst des praktischen Lebens stellte und vor allem statt des bisher üblichen Latein sich in seinen Werken der deutschen Muttersprache bediente, hat er unermeßlich viel dazu beigetragen, die Gemüter für eine freiere Anschauung des Wissens und Lebens empfänglich zu machen. Auch war er der erste, der eine wissenschaftliche Zeitschrift in deutscher Sprache gründete. Aber sein Freimut, seine religiöse Weitherzigkeit, seine energische Bekämpfung religiöser Unduldsamkeit zog ihm eine Anklage der Leipziger und Wittenberger Theologen zu und brachte ihn um Amt und Brot. Thomasius mußte Leipzig verlassen und ging nach Berlin, wo er von Kurfürst Friedrich III. die Erlaubnis erhielt, in Halle Vorlesungen zu halten. Dies ist der Anfang der Universität Halle. Denn als Kurfürst Friedrich 1691 persönlich nach Halle kam und sah, daß eine ziemliche Anzahl von Studierenden sich eingefunden, entschloß er sich, noch andere Dozenten zu

berufen, darunter Aug. Herm. Francke (s. S. 88). Die junge Hochschule überragte bald an Bedeutung die älteren. Vor allem mächtig wirkte Thomasius; in vielen Hunderten der jungen Gemüter weckte er die begeisternde Ahnung von einer deutsch redenden Wissenschaft, einer vaterländischen, wahrhaft volkstümlichen Bildung. Auch die Rechtswissenschaft erhielt Förderung durch ihn; überall ging er auf das Verständige, Nützliche, Zweckmäßige; er drang auf Abschaffung der Hexenprozesse und der Folter. Friedrichs des Großen umgestaltende Rechtsgrundsätze wurzeln in Thomasius.

Alle philosophischen Regungen, die durch die Einwirkungen des Auslandes nach dem dreißigjährigen Kriege in Deutschland aufgetaucht waren, gipfelten zuletzt in der glänzenden Erscheinung des großen Leibniz (geb. 1646 zu Leipzig, gest. 1714 zu Hannover). Indem er die Lehren des Baco und Cartesius (s. S. 86) nach dem Stande der inzwischen fortgeschrittenen Naturforschung umbildete, wurde er der Vater der deutschen Philosophie. Einerseits suchte er nach einer tieferen Erklärung alles Erschaffenen, anderseits versuchte er die kirchlichen Lehren durch wissenschaftliche Beweisgründe vor aller Anfechtung sicherzustellen. Kern und Endzweck seiner Philosophie war die Versöhnung zwischen Glauben und Wissen. Er verließ den Weg des auf sinnlicher Erfahrung ruhenden Denkens, den Locke (s. S. 87) eingeschlagen; seitdem unterscheidet man zwischen einer realistischen (Locke) und idealistischen (Leibniz) Philosophie. Leibnizens ganze Philosophie hat die Persönlichkeit und lebendige Wirksamkeit Gottes zu ihrem Ausgang und letzten Endzweck, daher er auch alle logische Kraft anwendet, die Dogmen der Kirche vor dem zweifelnden Verstande zu rechtfertigen. Er hat das große Verdienst, die Aufgabe der Wissenschaft und Bildung im weitesten Sinne erfaßt und damit dem emporstrebenden deutschen Geiste Ziele vor Augen gestellt zu haben, die seitdem nie wieder verloren wurden. Leibniz war von einer erstaunlichen Allseitigkeit des Wissens: in der Mathematik gehört er durch die Erfindung der Differenzialrechnung unter die epochemachenden Meister; er legte die ersten Grundlagen der vergleichenden Sprachforschung; er war thätig als Staatsmann, als Geschichtsschreiber (s. S. 92), und dabei verliert er niemals das

große Ziel aus dem Auge, die Wissenschaft in die allgemeine Bildung und das werkthätige Leben einzuführen und dafür fruchtbar zu machen.

Entstehung einer deutschen Wissenschaft durch Christian Wolf und seine Schule. Alles, was von Thomasius angeregt war, fand seine Erfüllung in Christian von Wolf (geb. 1679 zu Breslau, gest. 1754 in Halle), der das große Verdienst hat, daß er die Philosophie, die bisher nur das Vorrecht einzelner hervorragender Geister gewesen, in die Massen einführte und zu einer allgemeinen Angelegenheit machte. Als Professor der Mathematik 1706 nach Halle berufen, widmete er sich bald ausschließlich der Philosophie. Man bezeichnet seine Philosophie als Verstandes-Philosophie: denn er stützt sich bloß auf den Grund der Erfahrung und sucht die Thatsachen derselben in innerlich folgerichtigen Zusammenhang zu bringen, d. h. zu denkender Erkenntnis zu erheben; er erkennt keine Autorität an, sondern unterwirft jede Lehre der Prüfung der denkenden Erkenntnis. Dabei verfährt er mit so strenger Methode, „daß er zuerst das Beispiel gab, wie durch gesetzmäßige Feststellung der Grundsätze, deutliche Bestimmung der Begriffe, Strenge der Beweisführung“ die Wissenschaft sicher ihren Gang zu nehmen habe. Indem er diese Methode auch auf die Lehren der Theologie anwandte und behauptete, daß die Offenbarung (Bibel) nichts lehren könne, was der Wahrheit der Vernunft zuwiderlaufe, ist er der Vater des deutschen Rationalismus geworden. Aus dieser Ansicht ergiebt sich für ihn der Satz, daß die Sittenlehre von der Offenbarung ganz unabhängig sei. Was wir thun und lassen sollen, lehrt uns die Vernunft, d. h. die Einsicht in den Zusammenhang der Dinge, die Einsicht in das, was gut und böse ist. Diese seine Lehren wußte er in eine eindringliche und leicht bewegliche Sprache zu kleiden. Es war selbstverständlich, daß er durch solche Lehrsätze den Haß der rechtgläubigen Professoren auf sich lud, denen es gelang, den König gegen ihn einzunehmen, so daß dieser ihn des Landes verwies (1723) und die Verbreitung der Wolfschen Lehren in Wort und Schrift verbot (1727). Aber Wolfs Philosophie nahm ungehemmt ihren Weg nicht nur durch ganz Deutschland, sondern auch nach dem Ausland. Seine Anhänger waren eifrig bestrebt, die neugewonnenen Grundsätze auch

in die Theologie, die Naturwissenschaft, das Rechts- und Staatsleben zu übertragen. Es ging den Deutschen das Bewußtsein auf, daß die Wissenschaft nicht bloß ein äußeres, wenn auch noch so massenhaftes Wissen, sondern vor allem ein Denken sei. Vollsten Ernst mit Einführung der Wolfschen Grundsätze in die Theologie machte Lorenz Schmidt, der in den Erläuterungen zu seiner „Wertheimer Bibel" zu beweisen sucht, daß die Bibel, richtig verstanden, nichts enthalte, was nicht auch die Vernunft ihrerseits lehre. Rücksichtsloser und in dieser Rücksichtslosigkeit damals vereinzelt dastehend geht Joh. Christian Edelmann (1698—1767) voran, der in der vorurteilslosen Prüfung der heiligen Schrift sogar bis zur Leugnung der göttlichen Natur Christi fortschreitet.

Besonders durften die Geschichte und die Altertumswissenschaft die Segnungen der Wolfschen Philosophie erfahren. Die Geschichte war bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts ein wüster Kuriositätenkram. Einheit, innere Entwickelung wurde weder gesucht noch geahnt. Der erste Begründer einer tieferen Geschichtsauffassung ist Pufendorf (s. S. 89). In seiner „Einleitung zu der Historie der vornehmsten Reiche und Staaten" (1682) richtet er zum erstenmal den Blick auf die Schilderung der innern Zustände und auf die Ursachen, die das Steigen und Fallen der Staaten bedingen. Von derselben Grundanschauung aus bearbeitete Leibniz das Mittelalter und die Hausgeschichte der Welfen (in mehreren Werken seit 1693). Das bedeutendste Werk dieses Zeitalters ist die Kirchengeschichte von Mosheim (geb. zu Lübeck 1694, gest. 1755).

Unter den Zänkereien des 17. Jahrhunderts waren die einst so blühenden Studien der Humanisten (s. Bd. II, S. 279) verkümmert. Die Altertumswissenschaft bestand nur in Anhäufung antiquarischen Krams; die Philologie war die Magd der Theologie geworden, das Griechische wurde nur soweit berücksichtigt, als man es zur Lesung des neuen Testaments brauchte. Dem gegenüber war Joh. Matthias Gesner (geb. zu Roth bei Ansbach 1691, gest. zu Göttingen 1761) der erste, der darauf drang, in den alten Klassikern die Gedanken darzulegen, damit der Schriftsteller verstanden und dadurch Geist und Gemüt des Lesers bereichert

werde. In dieser Weise betrieb er die Altertumsstudien auf der Universität Göttingen (s. unten). In seinen Wegen führten Ernesti und Heyne das begonnene Werk weiter. Zugleich richtete der Leipziger Professor Christ (1701—1756) den Blick auf die in Deutschland fast völlig unbekannte bildende Kunst des Altertums. Obwohl er die Kunstwerke nur als geschichtliche Denkmale betrachtete und auf ihre künstlerische Form keine Rücksicht nahm, ist er doch der würdige Vorgänger Winckelmanns (s. S. 103).

So hatte denn ein neues fruchtbringendes wissenschaftliches Leben in Deutschland begonnen. Der bei der Gründung der Universität Göttingen (1734) aufgestellte Grundsatz, daß alle übergreifende Oberaufsicht der Theologie unstatthaft sei, war der Ausdruck der geschichtlichen Thatsache, daß die Herrschaft der alten Scholastik gebrochen war.

Gegensatz zwischen Renaissance und Volkstümlichkeit in der Dichtung. Während die deutsche Wissenschaft einen so raschen und gewaltigen Aufschwung nahm, konnte sich die Dichtung nur langsam und mit großer Mühe aus der Flachheit, in die sie versunken war, emporarbeiten. Es fehlte dem deutschen Leben ein großer nationaler Gehalt. Daher finden wir in dieser Periode fast nichts als Übersetzung und Nachahmung fremder Meister. Die Dichter, die dabei als Vorbilder dienten, sind der schwülstige Italiener Marini und die glatten französischen Schriftsteller, von denen man die schleppende heroische Versart, den Alexandriner, sowie die Regeln der Sprach- und Dichtkunst entlehnte. Besonders hatte die französische Poesie unter der Regierung Ludwigs XIV. (1643—1715) eine Eleganz erlangt (Corneille, Racine, Moliere, der Lehrdichter Boileau, Fenelon, Lafontaine), die ihr, unter Mithülfe des politischen Übergewichts Frankreichs, Einfluß auf alle Nachbarländer verschaffte. So blieb fast ein Jahrhundert lang die in Sprache und Form vollendete, aber kalte und steife Litteratur der Franzosen Muster und Vorbild der deutschen Dichtung.

Diese gelehrte, höfische Dichtung (Renaissance) gesteht dem Volkstümlichen gar kein Recht zu. Dieses aber, im innersten Kern des Volks wurzelnd, sucht, anfangs zwar nur schüchtern, allmählich aber im Bewußtsein seiner inneren Berechtigung, immer energischer sich Geltung zu verschaffen.

Dieser Gegensatz zwischen Renaissance und Volkstümlichkeit trat zunächst besonders in derjenigen Gattung der Dichtung hervor, die damals am meisten gepflegt wurde, dem Roman. Zunächst waren es nur Übersetzungen französischer und italienischer Schäfer- und Hofromane, welche in Deutschland weite Verbreitung fanden. Die Nachahmungen, die sich an diese Vorbilder anlehnten, waren wüste Kompositionen mit einem ungeheueren Aufwand von Helden, Metzeleien, Abenteuern. Als ein entschiedener Fortschritt mußte es daher angesehen werden, als sich eine Gattung von Romanen ausbildete, die, ganz der geistlosen Vielwisserei der damaligen Wissenschaft entsprechend, das Hauptgewicht auf Zusammenstoppelung gelehrten Notizenkrams legte. Der berühmteste Roman dieser Art ist Lohensteins „Arminius und Thusnelda".

Unendlich viel dichterischer und gehaltvoller ist der volkstümliche Roman dieser Periode; er schloß sich an die spanischen Schelmenromane an. Schon Moscherosch (s. Bd. II, S. 511) hatte in seinen „Gesichten" den Weg zu einem deutschen Volksromane gebahnt. Den rechten Ton des Volksromans traf aber erst Christoph von Grimmelshausen (1625—1676) in seinem „Simplicius Simplicissimus" (1669). Zwar fehlt auch diesem Roman der Sinn für Maß und Schönheit, aber der echt deutsche Geist, der das Ganze durchweht, die Kraft und Naturwahrheit in der Charaktergestaltung, die fließende, echt volkstümliche Sprache verleihen ihm ein hohes, bleibendes Interesse. Er fand viele Nachahmer, von denen die einen mehr Gewicht auf das Phantastisch-Abenteuerliche, die andern auf das Satirisch-Lehrhafte legten. (Hauptwerk der letzteren Art ist: „Die drei ärgsten Erznarren" von Christian Weise.) Erreichen sie auch alle ihr Vorbild nicht, so bekunden sie doch die erfreuliche Thatsache, daß nach der Verwilderung des dreißigjährigen Kriegs der Deutsche wieder höhere sittliche Ziele ins Auge faßt.

Derselbe Gegensatz zwischen Renaissance und Volkstümlichkeit findet sich auch im Drama und in der Lyrik. In dem Kunstdrama der damaligen Zeit von Gryphius (s. Bd. II, S. 512), Lohenstein u. a. finden wir überall dieselbe Lust am Grausamen, Gräßlichen — als trauriges Zeugnis, daß dem damaligen Geschlecht in dem langen Kriegsgreuel alles feinere Gefühl verloren gegangen war.

Indes fing man schon damals an, die französische Regel von den drei Einheiten (der Handlung, des Orts und der Zeit) zu beobachten und den Alexandriner (s. S. 93) einzuführen. Das Schlimmste für das Drama war, daß es nicht zum Aufführen auf der Bühne, sondern nur zum Lesen geschrieben wurde. Schaubühne und Litteratur kümmerten sich damals nicht um einander, daher auf der Bühne meist aus dem Stegreif gespielt wurde. Die Handlung war in ihren Hauptzügen gegeben (Haupt- und Staats-Aktion), bei der Ausführung überließ sich der Schauspieler seinen Eingebungen. So verfiel die dramatische Kunst ganz der Roheit der Masse. Der Hanswurst gewann auch in ernsten Stoffen die Oberhand.

Die **lyrischen Dichter** dieser Periode faßt man unter der Bezeichnung zweite schlesische Dichterschule zusammen, als deren Hauptvertreter Hofmann von Hofmannswaldau (1618 bis 1679) und Kaspar Lohenstein (1635—1683) anzusehen sind. Auch diese Gattung der Poesie entbehrt aller Frische und Ursprünglichkeit der Empfindung. Man dichtet nicht aus innerem Drang, sondern zum anständigen Zeitvertreib. Im Haschen nach vermeintlichen Feinheiten der Form, nach dem Muster der damals tonangebenden Italiener, verfielen diese Dichter in die abscheulichste Geschmacklosigkeit und Plumpheit. Es ist eine alberne Gelegenheitsreimerei voll unkeuscher Bilder und Gedanken, aber es war der richtige Ausdruck der Zeit und wurde damals als meisterhaft in ganz Deutschland gepriesen. Es mußte daher als ein bedeutender Fortschritt betrachtet werden, daß der Dichter Canitz (1654—1699) die Dichtungen des Franzosen Boileau zum Vorbild nahm, der sich in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts durch die Reinheit seines Stils und die Eleganz seines Versbaues zum Gesetzgeber des französischen Geschmacks emporgeschwungen hatte.

Was im Gegensatz zu dieser Kunstdichtung im **volkstümlichen Drama** und in der **volkstümlichen Lyrik** zu Tage gefördert wird, knüpft sich zunächst an den Namen des Christian Weise (1642 bis 1708) an, der auch den volkstümlichen Roman pflegte (s. S. 94). Zwar leiden auch seine dramatischen Werke, Schauspiel wie Lustspiel, in Erfindung und Dialog an unsäglicher Plattheit; aber es ist doch unverkennbar, daß er auf die alten Volks-

dramen zurückzugehen und deren Lebendigkeit nachzuahmen strebt. Ebenso knüpft er in der Lyrik an die alten Kirchenlieder und volkstümlichen Trinklieder an, und manchen seiner Lieder ist eine herzgewinnende Munterkeit eigen. Auch Daniel Morhof ging auf das alte volkstümliche Schauspiel zurück und brachte den fast verschollenen Hans Sachs wieder zu Ehren. Der bedeutendste lyrische Dichter dieser ganzen Periode ist Christian Günther (1695—1723), eine echte Dichternatur, aber ungezügelt und maßlos, und in dieser Maßlosigkeit ging er auch schließlich zu Grunde. In vielen seiner Lieder erklingt der Grundton des echten Volkslieds und packt den Leser mit der unwiderstehlichen Gewalt des wirklich Empfundenen und Erlebten.

Erstarkung der volkstümlichen Dichtung durch Anlehnung an englische Muster. Eine nachhaltige Kräftigung erfuhr die volkstümliche Richtung, als man anfing, sich von den romanischen Mustern (den Franzosen, Italienern, Spaniern) abzuwenden und an die Litteratur der stammverwandten Engländer anzulehnen. In England waren in den Jahren 1709—1714 die moralischen Wochenschriften (Tatler, Spectator, Guardian von Steele und Addison) entstanden, die in gesunder Gesinnung und unübertrefflicher Form Abhandlungen über Gegenstände, die frisch aus dem Leben gegriffen waren, enthielten. Dieser Zweig der Litteratur faßte sogleich in Deutschland feste Wurzel. Die erste derartige Zeitschrift auf deutschem Boden wurde von Bodmer und Breitinger in Zürich gegründet (1721, „Diskurse der Maler"). Die geistvollste deutsche moralische Wochenschrift ist der „Patriot", 1724 gegründet von einer Gesellschaft der angesehensten und gebildetsten Männer Hamburgs. Diese Litteratur wucherte massenhaft auf, verfiel aber zuletzt einer handwerksmäßigen Betriebsamkeit und entartete dadurch. Doch hat sie das Verdienst, die Litteratur wieder in die Masse des Volks eingeführt und in demselben ideale Fragen angeregt zu haben.

1719 erschien in England der allbewunderte Roman Robinson Crusoe von Daniel de Foe. Nirgends fand er freudigere Aufnahme und zahlreichere Nachahmung als in Deutschland. Die ältesten deutschen Robinsonaden sind unbeschreiblich platt und dürftig; alles, auch das Fremdartigste, wird in den Kreis der Darstellung

gezogen. Das einzige Werk, das dem englischen Original durch inneren Gehalt und Kraft der dichterischen Gestaltung gleichkommt, ist die „Insel Felsenburg“ von Ludwig Schnabel (1731 bis 1732). In der jammervollen Gegenwart des damaligen deutschen Lebens fühlte sich ein edles Gemüt vereinsamt; daher versenkte es sich in Träume von dem verlornen und wiederzufindenden Paradies einer beglückteren Welt. Die Insel Felsenburg ist der Sitz eines durch Schiffbruch dahin verschlagenen sächsischen Geschlechts, das seine friedliche Abgeschlossenheit um keinen Preis mit der friedlosen Außenwelt vertauschen mag.

Entsprechend der Entwickelung, welche die Litteratur in England nahm, schloß sich daran der Sitten- und Familienroman, eine Entwickelung, die für die Zeit Lessings von Wichtigkeit wird.

Auch in der Lyrik zeigte sich der englische Einfluß fördernd und stärkend. Vorbildlich wurde in dieser Gattung der Engländer Pope, der das Ergebnis der freieren Denkart der englischen Philosophie zum Inhalt seiner Dichtung machte. Die ersten Nachahmer dieser Richtung waren Brockes und Drollinger. Vielseitiger und wirksamer war Albrecht von Haller (geb. zu Bern 1708, gest. 1777, von 1736—1753 Professor in Göttingen), einer der ersten Naturgelehrten Europas. Alle philosophischen Gedanken seines Zeitalters finden bei ihm den dichterischen Ausdruck. In seinem Hauptwerk „Die Alpen“ spricht sich die Sehnsucht nach der Sitteneinfalt der weltabgeschiedenen Alpenbewohner aus; in andern Gedichten gähren die höchsten Fragen über Religion und Sittlichkeit. — In vieler Beziehung das Gegenstück zu ihm ist Friedrich von Hagedorn (geb. zu Hamburg 1708, gest. 1754). Auch er ist ein moralisierender Dichter, aber in jener liebenswürdigen Art, die erkannt hat, daß Tugend und heiterer Lebensgenuß sich nicht ausschließen. Er ist als der Schöpfer des deutschen Gesellschaftslieds zu betrachten. An dichterischer Kraft wie leichtem Fluß der Rede, an gefälligem Versbau und korrektem Ausdruck übertrifft er alle seine Vorgänger und übte auf die gesamte Lyrik der Folgezeit einen großen Einfluß aus.

Mit Haller und Hagedorn war die zweite schlesische Dichterschule mit ihrer faden Gelegenheitsreimerei für immer überwunden.

Man ahnte, daß die Dichtung nicht bloß ein müßiges Ergötzen, sondern ein wesentlicher Teil des geistigen Lebens einer Nation ist.

Auflehnung des erstarkten Volksgeistes gegen die Übermacht der romanischen Formenwelt. Gottsched, Bodmer und Breitinger. Es konnte nicht fehlen, daß die auf englische Vorbilder sich stützende volkstümliche Richtung und die auf romanischen, besonders französischen Mustern ruhende Kunstdichtung in feindlichen Zusammenstoß gerieten und ihre Kräfte maßen.

Gottscheds (geb. zu Judithen bei Königsberg 1700, gest. zu Leipzig 1766) litterarische Bestrebungen und Leistungen bilden den Abschluß und Höhepunkt der in französischen Spuren laufenden Entwickelung der deutschen Poesie. Er fühlte sich berufen, den Deutschen eine Litteratur zu schaffen, die sich der anderer Völker ebenbürtig zur Seite stellen könnte. Dabei nahm er in allem die Franzosen zum Muster. Nach seiner „Dichtlehre" (1730) ist der Zweck der Dichtung die trockenste, absichtlichste Lehrhaftigkeit; er kennt nur eine Verstandesdichtung; Phantasie, die ihm selbst gänzlich abging, hielt er nicht für notwendig. So ungenügend und verkehrt diese Ansichten sind, hat Gottscheds Dichtlehre doch ihr Verdienst, als erster Versuch, die Dichtkunst zu einem Gemeingut der Nation zu machen; er war der erste, der nach wissenschaftlicher Erkenntnis und Einsicht strebte, die verwilderte und verpöbelte deutsche Bühne an die Regelmäßigkeit der Franzosen gewöhnte und den Zusammenhang zwischen Litteratur und Bühne (s. S. 95) wiederherstellte. Denn zur Aufführung seiner selbstgedichteten Dramen setzte er sich in Leipzig mit dem Schauspieldirektor Neuber und seiner Frau in Verbindung. Mit seinem Drama „Der sterbende Cato" hatte er einen durchschlagenden Erfolg; eine große Zahl von Anhängern schloß sich ihm an, und als er für seine Zeitschrift, „Die deutsche Schaubühne", zu Beiträgen aufforderte, strömten ihm Trauer- und Lustspiele von allen Seiten zu. Als er aber in massenhafter, handwerksmäßiger Nachbildung der französischen Vorbilder in die platteste Prosa versank, erhob sich von wissenschaftlich wohlausgerüsteten Gegnern der energischste Widerspruch.

Es waren die beiden Züricher Gelehrten Bodmer (1698—1783) und Breitinger (1701—1776). Diese hatten sich an englischen

Mustern gebildet. Der Gegensatz, in dem sie zu Gottsched standen, mußte ihnen um so fühlbarer werden, je diktatorischer dieser über der Alleinherrschaft seiner engherzigen Grundsätze wachte. Ihre Hauptschriften gegen ihn erschienen 1739—1741. Sie setzten die Phantasie wieder in ihre Rechte ein. Das Wunderbare ist ihnen der höchste Inhalt der Poesie, aber es muß in einer sinnlich faßbaren Begrenzung erscheinen, daher sie der Fabel vor allen Dichtarten den Vorrang anweisen. Dabei begnügten sie sich nicht mit Regeln, sondern suchten nach dem Wesen der künstlerischen Schönheit selbst; sie fochten die Alleingültigkeit des französischen Dramas an und wiesen auf Homer, Ariost, Tasso, Milton als die echten Vorbilder der Poesie hin. In dem nun zwischen beiden Richtungen geführten gereizten Kampfe war Gottsched der Unterliegende, der französische Klassizismus hatte in Deutschland einen Schlag erhalten, von dem er sich nicht mehr erholte.

Beginnende Selbständigkeit der deutschen Litteratur. Rabener, Gellert. Die bedeutendsten und strebsamsten jüngeren Talente sagten sich von Gottsched los: so Rabener, Ebert, Zachariä, Gellert, Gisecke in Leipzig, Elias Schlegel in Kopenhagen u. a.; später kamen noch dazu Klopstock, Fuchs und Schmidt aus Langensalza. In der von ihnen gegründeten Wochenschrift: „Neue Beiträge zum Vergnügen des Verstandes und Witzes", bekannt unter dem Namen „Bremer Beiträge", gewann das deutsche Bürgertum einen schlichten, treuen Ausdruck. Elias Schlegel wies gelegentlich einer Übersetzung des Shakespeareschen Dramas Julius Cäsar, wofür Gottsched nur Worte der Mißachtung hatte, auf die tiefe Menschenkenntnis und ergreifende Charakterzeichnung Shakespeares hin. Er weist nach, daß die Verschiedenheit des Charakters der Nationen auch eine Verschiedenartigkeit der Litteraturen zur Folge haben müsse, und daß die sklavische Nachahmung fremder Litteratur ein Unding sei; er verlangt, daß die deutsche Dichtung heimische Stoffe behandeln solle. Diese Wandlung der Ansichten läßt sich sogleich in den meisten erzählenden und lyrischen Erzeugnissen jenes Bundes erkennen.

Die mächtigste Wirkung erreichten Rabener und Gellert. Sie sind durchaus selbständig in ihren litterarischen Leistungen. Weil sie nur erstreben und bieten, wozu die Kraft ihres poetischen

7*

Schaffens und die Fassungskraft ihres Volks in damaliger Zeit ausreichte, bedürfen sie der fremden Muster nicht mehr. Rabener (1714—1770) pflegt die Satire, vermeidet aber dabei sorgfältig alles, was Anstoß erregen könnte; die Gegenstände, die er behandelt, sind unbedeutend, die Form eintönig, der Witz philisterhaft, aber aus jeder Zeile spricht eine harmlose, offene, heitere Natur, und seine Zeit war entzückt über den damals unerhörten Freimut, mit dem die Jämmerlichkeit des damaligen Privatlebens gezüchtigt wurde. In diesem Spiegelbilde lernte das deutsche Bürgertum sich selbst kennen; es ging ihm eine schwache Ahnung von dem „Mut der freien Rede“ auf.

Weit großartiger war die Wirksamkeit Gellerts (geb. 1715 zu Hainichen bei Freiberg, gest. 1769 als Professor in Leipzig). Seine Poesie ist durchaus lehrhaft; in der angenehmen Beschäftigung des Verstandes glaubte er das Wesen der Poesie zu erkennen; daher seine Lust an der Fabel, an moralischen Lehrgedichten, geistlichen Liedern und Oden. In Form und Inhalt war er wieder ureigen deutsch. Seine bald kürzeren, bald längeren, auch in der Reihenfolge des Reims ungebundenen Verse trugen wesentlich dazu bei, den Alexandriner der Franzosen zu verdrängen. Die Kunst seiner Erzählung ist anmutig und macht seine Fabeln zu einer anziehenden Lektüre. Ebenso treuherzig und innig ist die Mehrzahl seiner geistlichen Lieder. Alles bei ihm ist unmittelbar aus dem Volke erwachsen: das schlichte, fromme, ehrbare, deutsche Bürgertum fand hier seinen treffendsten Ausdruck. Auch der innere Gehalt seiner Dichtung packte die Gemüter unwiderstehlich. Überall drängt er auf eine gemütswarme Religion des Herzens, auf geläutertes sittliches Handeln: daher der einzig dastehende persönliche Einfluß, den er auf seine Zeit hatte. Gellert war der allgemeine Seelsorger und Gewissensrat seiner Zeit; jedem, der sich an ihn wandte, besonders Leuten aus den mittleren und unteren Ständen, stand er bei mit Rat, Beruhigung, Trost, Fürbitte. Durch Gellert war die Litteratur wieder lebendige Volkssache geworden.

Musik. Alles, was das deutsche Volk noch an ungebrochener Kraft besaß, hatte sich zurückgezogen in die stille, vom Weltgetriebe unberührte Ideenwelt der Musik und entfaltete sich

hier in solch glänzender Fülle und Großartigkeit, daß in kurzer Zeit alles, was das Ausland dagegen bieten konnte, verdunkelt wurde.

Auch in der Musik tritt der Gegensatz zwischen Renaissance und Volkstümlichkeit hervor. Deutschland hatte schon in der Reformationszeit eine nationale Musik gewonnen. Als aber in Italien aus den Versuchen, die antike Tragödie wiederherzustellen, die Oper entstanden war, wurde diese bald das unumgänglichste Hofvergnügen auch in Deutschland. Wohl gelang es dem Dresdner Kapellmeister Heinrich Schütz (1585—1672), die deutsch-italienische Oper zu begründen, aber nach dem 30jährigen Kriege wurde die deutsche Musik vollständig verdrängt. In jeder, auch der kleinsten Residenzstadt wurden Opernhäuser errichtet und italienische Künstler berufen. Der musikalische Teil dieser Opern war unbedeutend; alles ging hinaus auf Pracht der Bühnenausstattung, Ballett und berauschende Sinnenlust. Nur an den städtischen Bühnen nahm man mit deutschen Künstlern fürlieb, und hier entwickelten sich, besonders durch Reinhard Keiser in Hamburg (1673—1739), die Keime volkstümlicher Musik weiter, die Schütz gelegt hatte.

Aber Italien wußte seine musikalische Herrschaft in Europa zu behaupten. Die neapolitanische Schule Scarlattis und die venetianische Lottis bildete auf der Scheide des 17. und 18. Jahrhunderts die Kammermusik, den Kunstgesang und die Instrumentierung aufs höchste aus. Italienische Musiker zogen in alle Lande. Auch in Deutschland mußte der Dirigent der Oper ein Italiener oder doch ein Schüler der Italiener sein. Mit den herbeigerufenen Italienern wetteiferten einheimische Künstler, unter denen besonders der Dresdener Kapellmeister Hasse hervorragte: er schrieb unzählige Opern, ausgezeichnet durch Lieblichkeit der Melodie und Klarheit der Formen.

Ihren Gegensatz fand die italienische Musik in zwei der grunddeutschesten, kernhaftesten und genialsten Naturen, welche die deutsche Kunstgeschichte vielleicht überhaupt kennt, in Bach und Händel. Sebastian Bach (1685—1750), Musikdirektor und Kantor der Thomasschule in Leipzig, ist der Begründer und Vater der deutschen Tonkunst. Von ihm nimmt eine neue Theorie des

Klavier- und Orgelspiels, der Harmonielehre und des Kontrapunktes ihren Ausgang. Wohl kannte er die fremden Meister; aber erfüllt von schlicht evangelischer Frömmigkeit und Glaubenseinfalt ist er keinen Augenblick in der Ursprünglichkeit und Sicherheit seines deutschen Wesens irre geworden. Er schrieb viele Orgel- und Klavierkompositionen (Fugen), Kantaten, Motetten, Oratorien. Gewalt, Hoheit, Würde, Erhabenheit ist der Charakter seiner Musik, die Form meist streng, seine Phantasie ebenso unerschöpflich als großartig, die Beherrschung der Kunstformen unübertroffen, meisterhaft die Behandlung des vielstimmigen Satzes. Er erschloß ungeahnte Klanggebiete und Weisen, und noch die neueste Zeit findet bei dem Studium seiner Werke stets neue, ungehobene Schätze.

Weniger allseitig, doch nicht minder gewaltig ist Georg Friedrich Händel (1685—1759), seit 1703 der Nachfolger Keisers an der Hamburger Oper, hier und in London, wo er seit 1720 die Direktion der Oper übernommen hatte, komponierte er eine Menge Opern, meist in italienischem Stil, die der Vergessenheit anheimgefallen sind. Erst als die Londoner Oper sich aufgelöst hatte, fand er die musikalische Form, in der er unerreicht dasteht, das Oratorium (Messias, Samson, Israel in Ägypten, u. v. a.). Die ganze Kraft seines Genius, die Macht seiner Begeisterung und Gaubensfreudigkeit entfaltet sich in den Chören.

Auch in der **bildenden Kunst** hat es Deutschland während des dreißigjährigen Kriegs nicht an Talenten gemangelt (der Maler Sandrart, 1606—1688, der Kupferstecher Merian 1593—1650). Aber auf die Dauer hatte auch die Kunst der allgemeinen Verkümmerung nicht widerstehen können. Um so leichter konnte, wie auf andern Gebieten, so auch in der bildenden Kunst die nüchtern regelrechte französische Geschmacksrichtung Platz greifen. Besonders wurde Berlin durch die Prachtliebe des Kurfürsten Friedrich III. eine der wichtigsten Stätten für die damalige Baukunst. Alle hier von Nehring errichteten Gebäude (Kunstakademie, Fürstenhaus in der Kurstraße u. a.) tragen das Gepräge der Nüchternheit und des steifen höfischen Zwangs. Dementsprechend ist bei Straßen- und Stadtanlagen (Mannheim, Karlsruhe, Darmstadt) die steife Geradlinigkeit vorherrschend.

Aus dieser Flachheit ragt Andreas Schlüter hervor (1662 bis 1714). Er geht auf die besten Muster der alten italienischen Kunst zurück. Aus allen seinen Werken spricht eine imponierende Hoheit (Berliner Zeughaus, Statue des großen Kurfürsten). Aber er stand vereinzelt, und mit Schlüters Gegner Johann Friedrich von Eosander trat der französische Zopfstil (das Rokoko) die ausschließliche Herrschaft an. Auch die Malerei erlag diesem übermächtigen Zuge. Nach wenigen Jahrzehnten standen alle deutschen Kunstakademieen unter Leitung französischer Künstler. Von Volkstümlichkeit findet sich in der bildenden Kunst keine Spur. Auch das Kunsthandwerk hatte ausschließlich französisches Gepräge. Möbeln, Tapeten, Porzellan, Gold- und Schmuckarbeiten standen unter der Herrschaft des Rokoko.

In Dresden entfaltete sich in dieser Zeit während der Regierung Augusts I., des Starken (s. S. 57), die Rokokokunst am reichsten. Der Zwinger, die katholische Hofkirche sind von fremden Meistern in üppigstem Rokokostil erbaut. Der einzige deutsche Baumeister, der mit Ehren neben Schlüter genannt zu werden verdient, ist Georg Bähr, der Erbauer der Frauenkirche in Dresden. Er hielt sich mehr an die italienischen Meisterwerke des 16. Jahrhunderts. Plastik und Malerei zeigen denselben Zopfgeschmack. Damals entstanden die noch jetzt gesuchten Gruppen, Vasen, Tafelaufsätze der Meißener Porzellanfabrik. Es war die Zeit der lebendigen und zierlichen, aber auch süßlichen und lüsternen Pastellportraits. Ganz vereinzelt in der Abwendung von den italienischen und französischen Manieristen steht da Christian Wilhelm Ernst Dietrich (1712—1774). Aus dieser Zeit stammen die fürstlichen Lustschlösser mit ihren weitläufigen Gartenanlagen im Rokokostil.

Die Möglichkeit, die Unnatur des herrschenden Kunstgeschmacks und das Wesen wahrer Schönheit zu erkennen, war gegeben — durch die Kunstsammlungen, deren bedeutendste damals Dresden besaß. 1722 wurde die Gemäldegallerie errichtet, 1732 durch den Ankauf der Chigischen und Albanischen Antikensammlungen in Rom der Grundstock zum Antikenkabinett gelegt. Aus der Anschauung der hier befindlichen antiken Meisterwerke ging die befreiende That Winckelmanns hervor. Dadurch wurden die Antiken wieder die leitenden Vorbilder.

Die Gelehrtenschule. Die durch die Professoren der Universität in der geistigen Erkenntnis gemachten Fortschritte konnten ihrer Natur nach nur den durch ihre gesellschaftliche Stellung und durch geistige Begabung bevorzugten Persönlichkeiten zu gute kommen. Für die Heranbildung der Jugend ohne Unterschied waren sie ohne unmittelbare Wirkung. Und doch beruhte die Möglichkeit einer gründlichen Erneuerung des deutschen Volkslebens hauptsächlich darauf, daß das heranwachsende Geschlecht mit gesunder geistiger Kost genährt, daß in ihm eine lebendige Herzensfrömmigkeit sowie echt deutsche Gesinnung geweckt und gekräftigt wurde.

Schon durch Amos Komenius (s. Bd. II, S. 524) war für die Gelehrtenschulen verlangt worden, die Muttersprache in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen und zum Ausgangspunkt aller sprachlichen Unterweisung zu machen. Als Thomasius anfing, in deutscher Sprache Vorlesungen zu halten (s. S. 89), wurde die Forderung, das Deutsche unter die ordentlichen Lehrgegenstände aufgenommen zu sehen, immer dringender: — ein erfreulicher Beweis, daß das deutsche Nationalgefühl (s. S. 9) sich wieder zu regen anfing. Aber man beschränkte sich nicht darauf, nur das Deutsche unter die Lehrgegenstände aufzunehmen, sondern es wurde neben den bisher betriebenen Fächern (s. Bd. II, S. 523) — entsprechend dem Charakter der damaligen Gelehrsamkeit, welche das Hauptgewicht auf die Masse des Wissens legte — noch eine Unzahl anderer Fächer in die Schule eingeführt: Geschichte und Geographie, Geometrie und Sphärik, Hebräisch, Kriegs- und bürgerliche Baukunst, Sternkunde und Botanik, Philosophie und Beredsamkeit. Bei diesem massenhaften Stoffe schien der Unterricht die rechte Einheit, der jugendliche Geist die rechte Spannkraft verlieren zu müssen. Dabei diente das, was von lateinischen und griechischen Schriftstellern gelesen wurde, bloß als Erläuterung zu den grammatischen und rhetorischen Regeln. Diesem Übelstande sollte durch Verbesserung der Methode abgeholfen werden. Besonders zeichnete sich durch Sorge für das Schulwesen Herzog Ernst der Fromme von Gotha (1641—1675) aus.

Erneuerung der Volksschule. Demselben trefflichen Fürsten verdankt auch die Volksschule ihre Erneuerung. In den Verwüstungen des dreißigjährigen Kriegs war die Volksschule wie

weggefegt worden: sie mußte ganz neu geschaffen werden. Aber es kostete unsägliche Mühe, auch nur die alte Ordnung, wie sie in der Zeit der Reformation bestanden, wiederherzustellen. Auf den Dörfern fehlten vielfach die Pfarrer und noch schwerer war es, Küster zu bekommen, die lesen und schreiben konnten (s. Bd. II, S. 522). Einzig Herzog Ernst von Gotha hatte noch während des dreißigjährigen Kriegs den Plan gefaßt, in allen Gemeinden seines Landes ein geordnetes Schulwesen ins Leben zu rufen; sofort nach dem Kriege ging er an die Ausführung dieses Planes. Der auf seine Veranlassung herausgegebene „Schulmethodus" enthielt auch für diese Schulen alle näheren Bestimmungen: die Schulpflicht der Kinder vom fünften Jahre an war ausgesprochen, eine Kontrolle des Schulbesuchs angeordnet, Schulgesetze, Lehrpläne, Anweisungen zum Erteilen des Unterrichts gegeben, die Schuldisziplin wurde in christlichem Geist geregelt, der Unterricht der persönlichen Willkür entzogen und nach methodischen Grundsätzen eingerichtet. Auch für bessere Besoldung und Vorbildung der Lehrer wurde Sorge getragen. Nach diesem Vorbild begann man nach und nach auch in andern deutschen Ländern das Volksschulwesen neu einzurichten. Aber die Leistungen der Schulen entsprachen durchaus nicht der Trefflichkeit der Schulordnungen. Der religiöse Unterricht, der den größten Teil der Schulzeit in Anspruch nahm, bestand meist nur in Gedächtnisübungen; die Zucht war mechanisch, es fehlte an geeigneten Persönlichkeiten und dauerte lange, bis ein Geschlecht brauchbarer Lehrer herangebildet war.

Die pädagogische Thätigkeit August Hermann Franckes. Eine durchgreifende Besserung erfuhr das Gelehrten- und Volksschulwesen erst durch den Pietismus. Was dafür von dieser Seite geschah, knüpft sich an den Namen des August Hermann Francke. Am 22. März 1663 in Lübeck geboren wurde er 1692 Professor an der neu gegründeten Universität Halle und zugleich Pfarrer in dem naheliegenden Orte Glaucha. Als solcher richtete er sein Hauptaugenmerk besonders auf die Erziehung der Jugend. Nach mehreren Versuchen faßte er den Entschluß, in Halle eine Armenschule anzulegen: er ließ eine Anzahl Kinder von einem Studenten täglich zwei Stunden unterrichten. Das ist der geringe Anfang der ausgedehnten Anstalten, die unter dem Namen „Franckesche

Stiftungen" zusammengefaßt werden, und die außer jener Armenschule noch ein Pädagogium, ein Lehrerseminar mit einem damit verbundenen Freitisch, eine Bürgerschule, ein Waisenhaus und eine lateinische Schule umfaßten.

Francke ist der Vater des gesamten Waisenhaus- und Armenschulwesens im evangelischen Deutschland geworden. Die Volksschule war als Armenschule neu geschaffen; später nannte Francke seine Volksschulen deutsche Bürgerschulen. Das Hauptgewicht legte die Franckesche Volksschule auf die Erziehung des Menschen. Nicht Mitteilung von Kenntnissen war die Hauptsache, sondern alle Belehrung sollte einen erziehenden Gehalt haben. Damit hängt es zusammen, daß ihm die Pflege des Gemüts, die auf Willen und Verstand gerichtet sein muß, ein Hauptzweck in der Anweisung der Jugend ist; daher verlangt er, daß die Schulerziehung von der häuslichen unterstützt werden müsse, daß der Lehrer in seinem ganzen Thun und Lassen dem Schüler ein Vorbild sein solle. Francke hat zuerst den Gedanken ausgesprochen, daß, wie überhaupt die ganze Geisteskultur eines Volks, so auch das ganze Schulwesen, Volksschule wie Gelehrtenschule, auf gemeinsamer Grundlage ruhen müssen; daher setzte er auch beiden das gleiche Ziel, nämlich christliche Bildung im weitesten Sinne zu pflegen und gebildete Christen, ohne Unterschied des Vermögens und Standes, zu erziehen. Daher ist die Franckesche Volksschule, in welcher die für alle nachfolgenden Stufen der Erziehung unerläßlichen Elemente des Wissens und der Erkenntnis mitgeteilt wurden, wesentlich Elementarschule. In dem Unterricht tritt das praktisch Brauchbare und Nützliche viel mehr als früher in den Vordergrund. Eine besondere Sorgfalt verwandte er auf die Heranbildung künftiger Volksschullehrer.

Dieses Franckesche Elementarschulwesen erregte sofort die größte Aufmerksamkeit der Regierungen und veranlaßte zur Nachahmung (s. S. 72).

Für das höhere Schulwesen ist die wichtigste Schöpfung Franckes das Pädagogium. In der Einrichtung dieser Anstalt treten die realen Studien gegen die sprachlichen wesentlich hervor. Durch Newton in England, durch Leibniz in Deutschland hatten die Natur- und mathematischen Wissenschaften einen bedeutenden

Aufschwung genommen; selbst in den bürgerlichen Kreisen beschäftigte man sich mit physikalischen Versuchen und naturwissenschaftlichen Liebhabereien. Das praktische Leben fing an, seine Forderungen zu stellen; daher kam es, daß im Franckeschen Pädagogium das Griechische vernachlässigt und auf die Lektüre des Neuen Testaments beschränkt wurde, während die griechischen Klassiker verbannt waren und das Französische ganz fehlte. Dagegen befanden sich unter den Lehrgegenständen, neben den auch sonst getriebenen Fächern, sogar die Chronologie, Astronomie, Musik, Malerei, Anatomie nebst den vornehmsten Grundsätzen der Medizin. Die Anstalt war ausgestattet mit einem botanischen Garten, einem Naturalienkabinett, physikalischen Apparaten, einem chemischen Laboratorium, mit Drechselbänken und Mühlen zum Glasschleifen. Für den Unterricht war eine bestimmte Lehrmethode ausgearbeitet, an welche die Lehrenden streng gebunden waren. Das Hallesche Pädagogium galt lange Zeit als Musterschule für deutsche Gymnasiallehrer. Aus ihm erwuchs in kurzem die deutsche Realschule.

Die Universitäten und die Studenten. Auch auf die Studierenden der Universität Halle, besonders die Theologen, erstreckte sich Franckes großartige Wirksamkeit. Er drang darauf, daß ihnen die Theologie nicht bloß Kopf-, sondern Herzenssache sei; er eiferte gegen das verkehrte Studieren derer, denen es nicht um praktische Bethätigung des erworbenen Wissens im Leben zu thun war. Um das Leben und Treiben der Studierenden zu bessern, hielt er besondere ermahnende Vorträge, gab Regeln des Lebens und Studierens, traf Anordnungen, daß mit jedem neuankommenden Theologiestudierenden über die Einrichtung seiner Studien Besprechungen gehalten wurden, und daß den oft selbst in den elementarsten Dingen, wie Schreiben und Orthographie, unwissenden Studenten Gelegenheit gegeben wurde, das Versäumte nachzuholen. Aber diese Sorge wurde wenig anerkannt. Man beschwerte sich seitens der Studierenden über diese Maßregeln als einen Eingriff in die studentische Freiheit: das durch die Gewohnheit eines Jahrhunderts tief eingewurzelte rohe Unwesen des studentischen Treibens leistete den Bestrebungen Franckes Widerstand. Francke konnte nur die stilleren Jünglinge für sich gewinnen, und diese waren es, die er als Lehrer an seinen Anstalten und für die-

selben heranzog, und welche die Franckesche Schulmethode über das ganze protestantische Deutschland verbreiteten.

Durch den Pietismus war der Begriff der Volksschule festgestellt, waren niedere und höhere Schulen als ein zusammengehöriges Ganze erkannt und beide in innige Beziehung zu einander, wie in nähere Beziehung zum Leben gebracht, durch ihn war endlich in der Unterweisung das Hauptgewicht auf die Bildung des Herzens und Gemüts gelegt worden.

Die **Lebensformen und Sitten** des Geschlechts dieser Zeit tragen den Stempel des Unfreien, Gebundenen, Steifen. Die Ordnung des Hauses war streng geregelt und bis in die kleinste Kleinigkeit fest bestimmt, der Verkehr, selbst der Hausgenossen miteinander, förmlich; nicht nur von den Dienstboten, sondern auch von den Kindern wurde Ehrerbietung in den devotesten äußeren Formen gefordert. Die Kleidung war eng und steif, die Perücke und der Haarzopf, ohne die ein Mann von Stand sich öffentlich nicht zeigen durfte, ohne Beihülfe anderer weder instand noch auf den Kopf zu setzen. Daher wurde der Ausgang auf eine bestimmte Stunde des Tags beschränkt. Das Komplimentenwesen war endlos und hatte seine festen Formen. Das individuelle Leben lag noch in tiefem Schlummer, und der einzelne mied es, als gegen den guten Ton verstoßend, seinem Gefühl eine freiere Regung zu gestatten und diese zu äußern. Daher war man dem Ungewohnten gegenüber rat- und hülflos. Auch bei Verlobung und Heirat spielte das persönliche Gefühl eine untergeordnete Rolle; es war ein Geschäft, das des Vaters Verstand und besonders der Mutter Klugheit in Gang und der wohlerzogenen Kinder Gehorsam zu gutem Ende brachte. Doch entbehrte das eheliche Leben nicht der Herzlichkeit, und das deutsche Bürgerhaus dieser Zeit war die Stätte, wo sich ein ehrenfester Sinn und ein biderber Charakter entwickelte. Im ganzen war das Gemütsleben dieses Geschlechts, soweit es sich äußerte, weich und gefühlvoll, aber auch reizbar und empfindlich. Man zerfloß gern und lange in Thränen, und Rührung hervorzurufen ist der geistlichen Beredsamkeit dieser Tage höchster Triumph.

Auch das geschäftliche und Berufsleben bewegte sich in feststehenden Formen. Der Handwerker stand noch in seiner Zunft,

aber der Zunftzwang machte es ihm unmöglich, sein Geschäft zu erweitern und zum Fabrikbetrieb überzugehen! Etwas freier bewegte sich der Kaufmann. Der deutsche Handel hatte sich wieder etwas gehoben. „Schon führten Deutsche ihre Eisen- und Stahlwaren aus der Grafschaft Mark, aus Solingen und Suhl, Tuche aus allen Landschaften, auch feine Tuche von portugiesischer und spanischer Wolle aus Aachen, Damastgewebe aus Westfalen, Leinwand und Schleier aus Schlesien nach Frankreich, England, Spanien, Portugal und in die Kolonieen über See, deren Produkte wieder in Deutschland den größten Markt hatten, weil das Binnenland des östlichen Europas bis zur türkischen Grenze und den Steppen Asiens durch deutsche Kaufleute versorgt wurde. Und wie in Hamburg und in den Städten des Rheins von Frankfurt bis Aachen der Großhandel aufblühte, ebenso in den Grenzländern gegen Polen, dort aber in den einfachsten Formen, als ein großartiger Tauschverkehr." Daher hatte sich in den Kreisen der großen Kaufleute „etwas von dem Weltbürgertum entwickelt", das auf das kleinstädtisch beschränkte Wesen mit Geringschätzung herabblickte. Nicht gering ist dabei der Einfluß der Hugenotten anzuschlagen, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts in fast allen großen Handelsstädten ansässig waren und mit den verwandten Familien in Frankreich lebhafte Beziehungen unterhielten. Aber gesellschaftlich schlossen sie sich ab und bildeten kleine Gemeinden, die sich Gottes Wort, um deswillen sie ihre Heimat verlassen hatten, in der Muttersprache predigen ließen.

Auch die „Honoratioren", d. h. die studierten Beamten, nehmen eine geschlossene Stellung ein. Der Beamtenstand jener Zeit war eitel, auf Titel versessen und in erster Reihe beflissen, sich die Gunst Hochgestellter zu erwerben, durch die man schneller vorwärts kam als durch persönliche Tüchtigkeit. Die Geistlichen hatten von ihrer früheren Streitsucht viel verloren und waren toleranter geworden. Ihre Predigten waren rührselig und bilderreich, der Gedanke verschnörkelt, der Satzbau steif. In stiller selbstloser Arbeit, schlecht gelohnt und schlecht gedankt, mühten sich um das heranwachsende Geschlecht die Lehrer der niederen und höheren Schulen. Es gab wunderliche Leute unter ihnen, und auch verschrobene Persönlichkeiten fehlten nicht. Aber viele erhoben

sich doch durch die Beschäftigung mit den Werken der antiken Welt und die Kenntnis des antiken Lebens weit über den beschränkten Gesichtskreis ihrer Zeitgenossen hinaus, und wenn die kommende Zeit ein Geschlecht vorfand, das fähig war, ihre Größe zu begreifen und ihrem Aufschwung zu folgen, so ist das den Lehrern jener Zeit zu danken.

Kap. 11. Erhebung Preußens zu einer europäischen Großmacht durch König Friedrich II. den Großen 1740–1786.

Der Regierungsantritt Maria Theresias in den österreichischen Erbländern. Kaiser Karl VI. war an den Folgen einer Erkältung ganz unerwartet gestorben. Gemäß der pragmatischen Sanktion ging in den österreichischen Erbstaaten die Regierung auf die Erzherzogin Maria Theresia, die Gemahlin des Herzogs Franz von Lothringen und Großherzogs von Toskana, über. Aber bezüglich der Nachfolge im Reiche war alles ins Ungewisse gestellt, da Karl VI. es unterlassen hatte, Vorkehrungen zu treffen, um seinem Eidam die Wahl zum römischen König zu sichern und so das Kaisertum bei der österreichischen Monarchie zu erhalten. Mit dem Tode Karls und bei dem Mangel eines männlichen Nachkommen waren daher die deutschen Fürsten jedes Bandes ledig, das sie bisher an das Haus Habsburg geknüpft hatte. Wie in den Zeiten des Mittelalters waren sie bei der Königswahl völlig frei. Der lothringische Gemahl der Kaisertochter kam dabei um so weniger in Betracht, als bei dem Mangel allgemeiner Anerkennung des österreichischen Erbfolgegesetzes nicht einmal die Rechtmäßigkeit der Herrschaft Maria Theresias in denjenigen Erbländern, in welchen das deutsche Lehnsrecht galt, außer allem Zweifel stand. Auch „ob eine Frau eine Kurstimme führen dürfe", beschäftigte den Reichstag in langen Sitzungen. Die Stimmung der Österreicher, zumal der Wiener, war durch die Thronfolge einer Frau gedrückt; ein Gefühl der Unsicherheit lag lähmend auf dem ganzen Volke, und unter den Bauern Österreichs, die durch den landesfürstlichen Wildbann gereizt waren, herrschte eine dumpfe Gährung. Dazu war Maria Theresia selbst bisher völlig von den Staatsgeschäften fern gehalten worden und mit den großen

und schwierigen Aufgaben der Regierung noch völlig unbekannt. Kaum daß sie einen Überblick über die Lage des vielgegliederten Reichs hatte, das sie regieren sollte.

Innere Zustände in Österreich beim Regierungsantritt Maria Theresias. Die politisch privilegierten Stände Österreichs waren in vier Körperschaften der Landesvertretung gegliedert: Prälaten, Herren, Ritter (niederer Adel) und den landesfürstlichen Bürgerstand. Bei weitem überwog der geistliche Stand. Der Adel war seit der Vernichtung des protestantischen Adels im 30 jährigen Kriege durch Fremdländer ersetzt worden, welche die Hof- und Regierungsämter innehatten. In den einzelnen Landschaften gab es „Verordneten-Kollegien“, ständige Ausschüsse, neben denen auch periodisch tagende Ausschüsse der Provinzialstände vorkamen. Aus diesen Ausschußlandtagen wurden die Landtage einer ganzen Provinzengruppe, „die Generalausschußlandtage“, beschickt. Die Weigerung der Böhmen, ihre Ausschüsse nach Linz in Oberösterreich zu schicken, hatte schon unter Ferdinand I. zur Absonderung eines „böhmischen Landtags“ geführt. Doch hatte das Bestreben, bei der Auflegung von Steuern verhältnismäßig nicht höher als die andern Provinzen belastet zu werden, die einzelnen Ausschüsse zu gemeinsamer Beratung geneigt gemacht, zumal seit unter Karl VI. die Erhebung der festgestellten Steuern gleich auf 10 Jahre durchgeführt wurde. Aber schon handelte es sich bei den Landtagen nicht mehr um die Geneigtheit der Landstände, die Steuer zu bewilligen, sondern nur um die Höhe derselben und die Art ihrer Verteilung. Denn die Unterwerfung unter den Willen der Regierung stand außer Frage. Auch in der Verwaltung der landesfürstlichen Städte hatte die Landesregierung das völlige Übergewicht. Der Stadtrat wurde von einem vom Landesfürsten ernannten und besoldeten Anwalt überwacht, die Wahlen zum Stadtrat wurden in letzter Instanz vom Landesfürsten entschieden, auch der Stadtrichter war vom Landesfürsten abhängig: in allem und jedem tritt „die bevormundende Wirksamkeit der Herrschergewalt“ zu Tage.

Größere Selbständigkeit hatte sich die Gesamtvertretung Ungarns bewahrt. Die Nation im politischen Sinne bildete der mit weitgehenden staatsbürgerlichen Vorrechten ausgestattete Adel.

Er besaß „das Recht der Teilnahme an den Komitatsversammlungen, das Recht der persönlichen Sicherheit vor gerichtlicher Willkür, volles Eigentums- und Herrenrecht über seine Güter, persönliche Steuerfreiheit, das Recht der Reichsunmittelbarkeit und des Rechts bewaffneten Widerstands gegen Verfassungsbruch der Krone. Diesen Rechten standen als Pflichten gegenüber: die Wahrung des Eides der Treue, der Besuch der Reichstage und Befolgung ihrer Beschlüsse und die persönliche Wehrpflicht im Dienste der Reichsverteidigung.“ — Der Bauernstand befand sich seit 1514 im verfassungsmäßigen Zustand der Leibeigenschaft, seit 1547 gemildert durch das Recht einer beschränkten Freizügigkeit.

Von leitenden zentralen Staatsbehörden fand Maria Theresia die „Geheime Konferenz“ (den früheren Geheimen Rat) und den Hofrat, sowie den Hofkriegsrat vor. Die finanzielle Centralbehörde war die Hofkammer.

In ungünstigster Verfassung fand Maria Theresia die Finanzen ihres Staats. Es war ein alt eingewurzelter Übelstand, daß die Steuern der einzelnen Länder durch die Unehrlichkeit der Hände, durch welche sie zu gehen hatten, eine solche Verminderung erfuhren, daß kaum ein Drittel derselben in die Staatskasse floß. Dazu war der Hofstaat und die ganze Verwaltungsmaschiene äußerst kostspielig, und der Türkenkrieg am Ende des 17. Jahrhunderts hatte Riesensummen verschlungen. So kam es, daß der Staatsschatz, den Maria Theresia erbte, leer war. „Man spricht von 87000 Thalern, welche sie im kaiserlichen Schatze vorgefunden haben soll.“ Die Steuern setzten sich zusammen aus der Grundsteuer oder Kontribution, der Haus-, Kopf-, Leib-, Klassen-, Vermögens-, Gehalts-, Juden-, Lehens-, Bergwerks-, Gewerbs- und Luxussteuer. Dazu traten die Regalien und Gefälle (Zoll, Mauth, Münze, Accise, Schlachtsteuer), die sich zuletzt noch um das Postregel und das Lotto (den „Glückshafen“ früherer Zeit, s. Bd. II, S. 498) vermehrt hatten.

Den größten Teil der eingehenden Steuern verschlang die Instandhaltung des stehenden Heeres, welches seit Joseph I. nicht mehr aus den landschaftlichen Aufgeboten oder geworbenen Söldnern, sondern aus Rekruten des eigenen Landes bestand. Im Beginn der Regierung Maria Theresias mochte die Stärke des

Heeres 122000 Mann betragen. Vor dem Ausbruch des 7jährigen Kriegs wird sie auf 200000 Mann geschätzt.

Die Gewerbthätigkeit Österreichs war sehr wenig entwickelt. Denn einmal fehlte der vorwiegend Landbau treibenden Bevölkerung Geschick und Neigung zum Gewerbe und vor allem die nachhaltige Arbeitslust, anderseits entbehrte das Gewerbe zu sehr der ermunternden und unterstützenden Hülfe der Staatsgewalt, die, immer mit Finanznöten ringend, den Steuersäckel der Unterthanen aufs äußerste in Anspruch nahm. Sie beschränkte sich zumeist darauf, die inländischen Erzeugnisse durch Einfuhrverbote zu schützen. Großartig gedachte Unternehmungen, wie z. B. die levantische Handelskompagnie (1670), führten aus Kapitalmangel ein sieches Dasein.

Die allgemeine Lage Österreichs beim Regierungsantritt Maria Theresias kennzeichnet Friedrich der Große mit den Worten: „. . Die Finanzen Österreichs sind zerrüttet, die Armeen heruntergekommen, seine Provinzen durch den Krieg, Seuchen und Hungersnot wie durch die furchtbare Steuerlast ausgesogen.“ . . . „Das Haus Österreich kann mit Auflagen und Anleihen ein paar Feldzüge aushalten, aber mitten im Laufe, entkräftet und atemlos, kann es seine Kräfte ohne fremde Hülfe nicht bewegen.“

„Ich bin eine arme Königin“, sagte Maria Theresia einmal zu den Ungarn, „aber ich habe das Herz eines Königs.“ In der That war Maria Theresia ganz die Persönlichkeit, um bessernd und helfend in die Verhältnisse Österreichs einzugreifen. Sie stand im 24. Jahre ihres Lebens, als sie ihrem Vater nachfolgte, blühend in Gesundheit und körperlicher Schöne, voll Anmut und natürlicher Würde, dazu ausgestattet mit einem kräftigen Willen, klarem praktischen Verstand und einem starken, fromm-gläubigen Herzen.

Unmittelbar nach dem Hintritt Karls VI. erschien der kurbayerische Gesandte bei den Ministern und Gesandten in Wien mit der Erklärung, daß sein Herr, der Kurfürst Karl Albert, die Erzherzogin als Erbin ihres Vaters nicht anerkenne und verlange, daß alles unterbleibe, was „dem Erbrechte Bayerns Eintrag thun könne“, — und am Ende des Sterbemonats eröffnete König Friedrich von Preußen Verhandlungen mit dem Wiener Hofe, um

sich mit ihm wegen der preußischen Ansprüche auf österreichische Länder auseinanderzusetzen — Verhandlungen, die seitens des Königs schon am 8. November mit der Mobilmachung seines Heeres begleitet wurden. Denn Friedrich war entschlossen, die Gunst der Lage zur Erwerbung Schlesiens zu benutzen.

Friedrichs II. frühere Jugend. Friedrich war am 24. Januar 1712 geboren, ein Knabe von zarter, oft schwankender Gesundheit, aber von nachhaltiger Lebenskraft. Die Pflege der ersten Jahre vertraute sein Vater einer eingewanderten Französin, Frau von Rocoulle, an, die auch ihn selbst erzogen hatte. In seinem siebenten Jahre wurde ihm zum Oberhofmeister General von Finckenstein gegeben, ein Mann von seltener Tugend und Unbescholtenheit, arbeitsam, wirtschaftlich, fromm und tapfer. In einer Erziehungsinstruktion giebt der König an, daß sich die Erziehung des Prinzen auf dreierlei richten solle: erstens, er solle hauptsächlich mit Offizieren umgehen, Begierde zu Ruhm und Bravour und Liebe zu den Soldaten fassen; zweitens, man solle einen guten Wirt aus ihm machen, und drittens, er solle ein guter evangelischer Christ werden. Schon früh lebt und webt der Prinz ganz in militärischen Dingen. Es wird für ihn aus Kadetten eine kleine Kompagnie gebildet, und er teilt seinem Vater über deren Zustand Nachrichten in den offiziell steifsten Ausdrücken der damaligen Zeit mit. Die ganze Art des Vaters scheint sich im Sohne wiederholen zu wollen. Aber doch zeigte der Prinz schon früh Spuren geistiger Gewandtheit und Feinheit, die dem Vater abgingen. Der Mann, der die in ihm schlummernden eigentümlichen Keime weckte und auf seine Entwickelung überhaupt den größten Einfluß übte, war sein täglicher Lehrer, Duhan de Jandun, ebenfalls ein eingewanderter Franzose, den Friedrich Wilhelm einst in den Laufgräben von Stralsund als tapferen Freiwilligen kennen gelernt hatte. Duhan hatte aber mehr Sinn für die Studien als für das Soldatenwesen. Er ließ den Prinzen ahnen, daß es noch einen andern Fürstenruhm gebe als den, welchen man auf der Wahlstatt oder in den politisch-religiösen Händeln der Welt erringt, er ließ ihn kosten von dem Quellwasser der Lebensweisheit, das aus der Ruhe der Seele eines Sokrates und Horaz sprudelt. Er war es, der dem Prinzen Geschmack an der Lektüre beibrachte.

Bei der Überlegenheit, welche die damalige Zeit der Litteratur der Franzosen zugestand, war es natürlich, daß französische Bücher die ausschließliche Unterhaltung Friedrichs bildeten; der präcise, witzige Ausdruck, für den er selbst eine natürliche Anlage besaß, entsprach durchaus seinem Geschmack. Wenn er aber mit dem hier gewonnenen Maßstab der Bildung an seine Umgebung herantrat, so glaubte er am ganzen Hofe niemand zu finden, dem er Bildung zuschreiben könne. So begann sich in ihm ein Widerspruch gegen seine Umgebung zu regen. Derselbe wurde von seiner Mutter Sophie Dorothea genährt; denn diese konnte sich nie ganz in die einfache, nüchterne, einzig und allein auf das Praktische und Nützliche gerichtete Art ihres Gemahls finden. Daher tadelte sie vieles von dem, was der König that und anordnete, und sah es ihren Kindern nach, wenn sie sich gleiches erlaubten. Bald reizte besonders des Vaters Vorliebe für Soldaten und Kriegswesen des Prinzen Widerspruch und Witz; geistige Vergnügungen, wie Musik, Theater und heitere Geselligkeit, schienen ihm eines Fürsten würdiger zu sein. Von großer Wichtigkeit war für diese seine Richtung ein Besuch am Dresdener Hofe (1728), infolgedessen der König August auf Bitten der Königin Sophie Dorothea seinem Virtuosen Quanz erlaubte, von Zeit zu Zeit einen längeren Aufenthalt in Berlin zu nehmen, um den Prinzen im Flötenspiel zu unterrichten. Für Friedrich war diese Übung eine Quelle unendlichen Vergnügens für sein ganzes Leben. Aber eben jener Aufenthalt am sächsischen Hofe, wo man sich in den geschlechtlichen Verhältnissen über jede Rücksicht hinwegsetzte, hatte den Prinzen in die Arme des Lasters geführt und seine Genossen Keith und Katte waren beflissen, den sinnlichen Reizungen immer neue Nahrung zuzuführen. Daher fing sein Vater an, ihn strenger und knapper zu halten. Im Sommer 1728 kam es zwischen Vater und Sohn zu offenen Mißverständnissen; dieselben wiederholten und verschärften sich im Frühjahr 1729. Denn während der Prinz soweit ging, denen mit Verachtung zu begegnen, denen der König sein Vertrauen schenkte, ließ sich dieser in seinem Jähzorn hinreißen, dem Tadel gegen seinen Sohn möglichst öffentlich Ausdruck zu geben. Dadurch wurde dem Prinzen seine Lage unerträglich, und es ward der Wunsch in ihm rege, sich vom Hofe zu entfernen.

Was ihn zunächst noch festhielt, waren die Verhandlungen, die soeben zwischen dem englischen und preußischen Hofe über eine Doppelheirat gepflogen wurden: Friedrichs älteste Schwester, Friederike Wilhelmine, sollte mit dem dereinstigen Thronerben von England, Friedrich, dem Sohne des Prinzen von Wales, — er selbst mit der englischen Prinzessin Amalie vermählt werden. Den englischen Ministern war es vor allem darum zu thun, diese Familienangelegenheit im Interesse der englischen Politik auszubeuten, die Verbindung des preußischen Königs mit dem Kaiser zu brechen und ersteren für die Durchführung des Vertrags von Sevilla (1729) zu gewinnen. Dem arbeitete aber der österreichische Gesandte, Seckendorf, mit Erfolg entgegen. Dieser hatte den vertrautesten Gesellschafter des Königs, General Grumbkow, durch Geld auf seine Seite gebracht, und in dem preußischen Residenten in London, Reichenbach, ein gefügiges Werkzeug seiner Pläne gefunden. Während so der arglose König das Opfer einer schmählichen Intrigue seiner nächsten Vertrauten wurde und deshalb mit einer Entscheidung im Heiratsprojekt zögerte, sahen seine Frau wie seine Kinder, die von den Gründen, die den König bedenklich machten, keinen Begriff hatten, in ihm nur den eigensinnigen, gewaltsamen Hausvater, und die Gemüter erfüllten sich infolgedessen gegenseitig immer mehr mit Bitterkeit und Widerwillen. Nach kurzer Zeit zerschlugen sich die Verhandlungen. Denn da König Friedrich Wilhelm ebenfalls seine politischen Interessen zu wahren suchte und von England erst die Garantie des Großherzogtums Berg verlangte, England aber diese Bedingung abwies, so erklärte Friedrich Wilhelm auf die Ausführung des Heiratsprojektes vorläufig verzichten zu müssen.

Unterdes war der Kronprinz nicht müde geworden, Pläne zu schmieden, wie er sich dem unleidlichen Verhältnis durch die Flucht entziehen könnte. Hatte sich doch König Friedrich Wilhelm so weit vergessen, daß er den Kronprinzen im Lustlager von Mühlberg in Sachsen öffentlich mißhandelte und noch den Schimpf hinzufügte, wäre er von seinem Vater so behandelt worden, so hätte er sich totgeschossen, aber Friedrich habe keine Ehre, er lasse sich alles gefallen. Bald bot sich ihm Gelegenheit, den Fluchtplan auszuführen, denn Friedrich Wilhelm beschloß eine Reise nach

Oberdeutschland zu unternehmen und von da rheinabwärts nach Cleve zu gehen, und die Nähe der französischen Grenze, an der die Reise hinführte, ließ am leichtesten an ein glückliches Entkommen denken. Mit seinen Freunden Katte und Keith besprach Friedrich die abenteuerlichsten Entwürfe, von denen sich keiner als durchführbar erwies. Auch die Absicht, im letzten Nachtquartier vor Mannheim, im Dorfe Steinfurt, zu fliehen, scheiterte an der Wachsamkeit der Offiziere. In Mannheim sollte der Versuch erneuert werden, da aber schlug Keith das Gewissen, er warf sich dem Könige zu Füßen und bekannte alles. Der König ließ den Prinzen festnehmen, verschob aber die Untersuchung, bis er auf eigenes Gebiet kam. Er vermutete ein Geheimnis — politische Kombinationen — und brannte vor Begierde, dieses zu entdecken. Im ersten Verhör, das zu Wesel stattfand, leugnete der Prinz nichts und nannte seine Vertrauten. Keith war glücklich nach England entkommen, aber Katte wurde festgenommen. Nach einem neuen Verhör, das nach der Rückkehr nach Berlin vorgenommen wurde und in dem der Prinz sein Unrecht einsah und bekannte, kam er nach Küstrin in strengen Arrest. Nachdem auch hier noch einmal scharfe Verhöre mit ihm angestellt worden waren, wurde ein Kriegsgericht eingesetzt aus sechs Mitgliedern. Diese waren indes alle der Ansicht, daß es ihnen als Unterthanen nicht zukomme, über Vorfälle, die in der königlichen Familie stattgefunden, zu richten. Über Katte sprachen sich drei für lebenslänglichen Festungsarrest aus. Der König aber änderte diesen Spruch in Todesstrafe um und setzte in seinem harten Sinne fest, daß Katte auf der Festung Küstrin vor des Prinzen Augen hingerichtet werden solle. Vergeblich bat der Prinz für den Unglücklichen; am 6. November wurde das königliche Gebot in der vorgeschriebenen Weise vollzogen.

Es ist nicht der mindeste Anhalt dafür da, daß der König daran gedacht habe, auch seinen Sohn am Leben zu strafen — obwohl viele bei der heftigen Gemütsart des Königs dies fürchteten und verschiedene Potentaten, am nachdrücklichsten Karl VI., sich für den Prinzen verwendeten. Nur ein Zeichen der Reue wollte der König von seinem Sohne haben. Sobald ihn der Prediger, der mit Friedrich verkehrte, von dem Vorhandensein dieser Gesinnung bei seinem Sohne überzeugte, gab er den Befehl zu seiner

Entlassung aus dem Gefängnis. Zuvor jedoch mußte Friedrich schwören, seinem Vater allzeit treu und gehorsam zu sein und nie zu versuchen, sich der königlichen und väterlichen Gewalt desselben zu entziehen — bei Verlust der Thronfolge! Einen Tag nach jener Eidesleistung ward der Prinz in die Kriegsdomänenkammer in Küstrin eingeführt, wo er während des Tages zu arbeiten und Anschläge von Grund und Boden anzufertigen hatte, „denn er müsse erfahren, wieviel Mühe es einem Bauern koste, soviel Groschen zusammenzubringen, als zu einem Thaler gehören, um damit ratsam umzugehen“. Auch in religiöser Hinsicht suchte der König auf den Prinzen einzuwirken. Dieser empfand den Druck, in dem er gehalten wurde, oft sehr bitter, ließ sich aber immer wieder von seiner Umgebung beruhigen, die ihm überhaupt alles nachsah, was sich nur irgend mit den Befehlen des Königs vereinigen ließ. Erst nach einem Jahr entschloß sich der König, seinen Sohn wiederzusehen (15. August 1731), worauf er ihm die Erlaubnis erteilte, zuweilen Küstrin zu verlassen und die nächsten Ämter zu bereisen.

In dieser harten Zucht der Arbeit, des Gehorsams und der Entsagung wurde die Einseitigkeit der bisherigen Richtung Friedrichs, die mehr auf Vergnügen und litterarische Genüsse gerichtet war, gebrochen: er gewann Sinn für den Ernst der Arbeit. Auch zum Soldatenstande zeigte er jetzt eine freiwillige Neigung.

Nun aber dachte der König daran, ihn unverzüglich zu vermählen. Von einer Verbindung mit der englischen Königsfamilie war jetzt nicht mehr die Rede, nachdem sich bei der Untersuchung über den Fluchtversuch des Kronprinzen herausgestellt hatte, daß die englischen Bevollmächtigten darum wußten. Daher war schon im Frühjahr 1731 die Prinzessin Wilhelmine, Friedrichs Schwester, mit dem Erbprinzen von Bayreuth verlobt worden. Für seinen Sohn aber war der König darauf bedacht, eine Prinzessin zu finden, die weder einen bedeutenden Einfluß am Hofe ausüben, noch ihn in anderweitige Verwickelungen hineinziehen könnte. Er fand die Gesuchte in der Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, einer Nichte der Gemahlin Karls VI., durch die er den Kronprinzen beständig an das Haus Österreich zu fesseln hoffte. Der König forderte eine rasche Erklärung des

Prinzen. Zwischen die Wahl gestellt, im Weigerungsfalle den entsetzlichen Zorn seines Vaters zu erregen, oder durch Nachgiebigkeit ein freies Leben zu gewinnen, entschied sich Friedrich für letzteres und schrieb seinem Vater, daß er sich seinem Willen fügen wollte. Zwar reute ihn sein Entschluß sofort und er schrieb einen Brief an Grumbkow, worin er erklärte, er wolle seinem Leben lieber durch einen Pistolenschuß ein Ende machen, als dasselbe an eine ungeliebte, langweilige Gemahlin ketten. Aber dieser erwiderte mit einer derben Zurechtweisung, — der König, der von diesem zweiten Schreiben nichts erfuhr, freute sich über den gehorsamen Sohn und ließ ihn nach Berlin kommen, wo rasch die Verlobung gefeiert wurde (10. März 1732). Gleich am andern Tage wurde der Prinz in das Generaldirektorium eingeführt, bald auch wieder in das Militär aufgenommen und zum Chef eines Infanterieregiments ernannt, das in Ruppin lag, in dessen Nähe der König dem Prinzen das Schloß Rheinsberg kaufte.

Das war die Schule, in der Preußens größter König zu seinem königlichen Beruf, zum ersten Diener des Staats, herangebildet wurde.

Friedrichs spätere Jugend. Unter einem Zwange, wie ihn nur wenige Menschen in ihrer Jugend auszuhalten haben, hatte sich Friedrich an eine geordnete und strenge Thätigkeit gewöhnt, und deren Notwendigkeit und Segen erkannt. Seitdem sein Vater ihm die Herrschaft Ruppin übergeben und das Schloß Rheinsberg gekauft hatte, blieb er freiwillig und aus innerem Antrieb unverrückt auf der betretenen Bahn. Seine Beschäftigungen galten teils der wirtschaftlichen Verbesserung seiner Besitztümer, teils und vor allem den militärischen Übungen und strategischen Studien. Aber das füllte doch den Kreis der geistigen Interessen dieses hochbegabten Fürstensohnes nicht aus; vielmehr nahm er den lebendigsten Anteil an dem geistigen Ringen der damaligen Zeit. Die Bewegung, die damals die Geister erfaßt hatte, war religiöser Art: es galt das Übergewicht einer starren am Buchstaben klebenden Orthodoxie und die Vorrechte des geistlichen Standes zu brechen. Diesen Bestrebungen brachte Friedrich lebhafte Teilnahme entgegen. Das Christentum selbst war ihm noch über allen Zweifel erhaben; daher erwachten in seiner Seele andere Bedenken: so in

betreff der Unsterblichkeit der Seele; in diesem Punkte neigte er einer materialistischen Ansicht zu. In dieser Stimmung geriet er zum erstenmal mit der Philosophie in lebendige Berührung. Es war die Metaphysik Wolfs (s. S. 91) oder „Vernünftige Gedanken von Gott, der Welt und der Seele des Menschen", deren Inhalt sich Friedrich mit großem Eifer aneignete. „Er gab infolgedessen seine negativen Meinungen wirklich auf und bildete sich eine Mischung von Philosophie und Religion, bei der seine Seele Beruhigung" fand. Seine Umgebung wollte bemerken, daß er milder, edelmütiger, weniger absprechend und schneidend sei als früher. Einen tieferen und nachhaltigeren Eindruck aber machte bald darauf eine mehr negative philosophische Ansicht auf ihn, die von England ausging. Hier hatte John Locke in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein philosophisches System aufgestellt, in dem weder von einer Offenbarung durch göttliche Veranstaltung, noch auch nur von dem menschlichen Geiste angeborenen Ideen die Rede ist, vielmehr alle Begriffe von den Sinnen und der Erfahrung hergeleitet werden (s. S. 87). Diese Ideen hatte Voltaire, eines der größten schriftstellerischen Talente, welches je unter den Franzosen erschien, bei einem Aufenthalt in England in sich aufgenommen und mit der ihm eigenen glänzenden Darstellungsgabe verbreitet und populär gemacht. Dadurch wurde Friedrich veranlaßt, mit Voltaire, an dem er zunächst die Meisterschaft des Stils bewunderte, in nähere Verbindung zu treten. Dabei kam er Voltaire mit solchem Vertrauen entgegen, daß er demselben sogar das Erstlingswerk, mit dem er vor das Publikum trat, den „Antimacchiavell", zur Veröffentlichung übergab. Hier spricht Friedrich im Gegensatz zu den in des Florentiners Macchiavelli Schrift „Der Fürst" entwickelten Grundsätzen der Staatskunst, denen jede sittliche Grundlage fehlt, seine Gedanken von dem Berufe eines Fürsten aus und setzt denselben hauptsächlich in zwei Aufgaben: die Besorgung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten aller und die Verteidigung durch die Waffen: im Glück seines Volks müsse der Fürst seinen Ruhm suchen; im Kriegsfall aber müsse er selbst seine Truppen ins Feld führen und das Beispiel der Todesverachtung geben. Der Besitz der Macht gilt ihm nicht als ein Recht, sondern mehr als ein Amt, eine Pflicht. In seinen religiösen An-

sichten aber blieb Friedrich seit dieser Zeit Deist, d. h. das Dasein und die Persönlichkeit Gottes war ihm unumstößliche Gewißheit, aber nicht auf Grund der biblischen Offenbarung, sondern auf Grund prüfender Vernunfterkenntnis.

Schon damals urteilte mancher tiefer blickende Mann in der Umgebung des Prinzen, unbeirrt von den kleinen Vergnügungen, wie Musik und Schauspiel, und den litterarischen Neigungen, durch die sich der Prinz das Leben angenehm zu machen wußte, daß er dem Vater des Vaterlandes den Helden hinzufügen werde. Der wahre Gegenstand seiner Wünsche sei der Kriegsruhm, er brenne vor Begierde, in den Fußtapfen seines Ahnherrn, des großen Kurfürsten, einherzugehen. Und schnell rückte die Zeit heran, wo diese Bahn offen vor ihm lag. Im Frühjahr 1740 fühlte König Friedrich Wilhelm eine so merkliche Abnahme seiner Kräfte, daß er es für notwendig hielt, seinen Sohn in die inneren Angelegenheiten der Regierung einführen, wie über den Stand der äußeren Politik belehren zu lassen. Drei Tage vor seinem Tode stellte er dem Prinzen in einer persönlichen Unterredung sein Verhältnis zu den auswärtigen Mächten dar und mahnte ihn, als Preußens König sein Augenmerk auf drei Dinge zu richten: auf das Emporkommen seines Hauses, auf die Wohlfahrt der Unterthanen und auf Fernhaltung jeder Allianz für fremde Interessen. Der sterbende König gewann bei dieser Unterredung die Überzeugung, daß der Prinz die Fähigkeit und den Willen habe, auf seine politischen Ideen einzugehen und dieselben durchzuführen, und indem er seinen Sohn umarmte, rief er: „Ich sterbe zufrieden, da ich einen so würdigen Sohn und Nachfolger hinterlasse".

Friedrichs II. Regierungsantritt. Gleich am ersten Morgen seines Regierungsantritts nahm Friedrich Gelegenheit, zu erklären, daß es nur einer im Staate wäre, der Autorität besitze, er selber. Den Ministern entwickelte er, daß des Landes Interesse immer auch das des Königs sei, und daß, wo beide in Widerspruch gerieten, des Landes Vorteil den Vorzug haben müsse. Den Generalen empfahl er, nicht bloß auf Schönheit, sondern auf Tüchtigkeit des Heeres Bedacht zu nehmen und gegen die Untergebenen Härte und Übermut zu meiden und ihnen Menschlichkeit zu beweisen. Auch sonst war Friedrich darauf bedacht,

Übelstände abzuschaffen und Härten wieder gut zu machen, die sein Vater in seiner Einseitigkeit sich hatte zu schulden kommen lassen. Am dritten Tage seiner Regierung schaffte er durch eine Kabinettsordre die Folter ab, da sie der vorgeschrittenen Kultur und dem Christentum zur Schande gereiche. Auch einem andern Grundsatz, der sich damals nach langen Kämpfen dem Bewußtsein der Zeit aufdrängte, gab Friedrich die königliche Sanktion: dem der Toleranz. In Brandenburg beruhte die Staatsgewalt auf dem Protestantismus; aber schon der große Kurfürst und die Könige Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. hatten dem katholischen Teile ihrer Unterthanen eine eingehende Teilnahme und hülfreiche Fürsorge gewidmet. Diese Handlungsweise entsprach ganz der Sinnesart Friedrichs II., der schon in den ersten Monaten seiner Regierung seinem Grundsatze einen möglichst scharfen Ausdruck gab mit den Worten, daß in preußischen Landen jeder nach seiner Façon selig werden könne.

In der Förderung der materiellen Interessen ging Friedrich auf der Bahn, die sein Vater betreten, weiter. Um die Ausfuhr der heimischen Fabrikate zu steigern, errichtete er ein besonderes Amt für Handel und Gewerbe und ließ Arbeiter aus Frankreich und Italien kommen.

Was des Königs persönliche Verhältnisse betrifft, so setzte er in Charlottenburg das Leben fort, wie er es in Rheinsberg geführt hatte. Doch galten seine eigenen Beschäftigungen jetzt nicht mehr den schönen Studien, sondern den Staatsgeschäften; nur den frühesten Morgen behielt Friedrich sich selbst vor, der ganze übrige Tag gehörte der Arbeit mit seinen Ministern oder Generalen; erst am Abend genoß er das Vergnügen ausgesuchter Gesellschaft, die er durch seine Laune und seinen kaustischen Witz belebte.

Obwohl er dem Hofhalt eine würdigere Einrichtung gegeben, befleißigte er sich doch der größten Einfachheit und Sparsamkeit. Seine Mutter dagegen umgab er mit einem prächtigen Hofstaat. Auch seiner Gemahlin richtete er einen glänzenden Hofhalt ein, der es ihr möglich machte, die höchste Gesellschaft bei sich zu sehen. Er selbst erschien dabei niemals, wie er denn in völliger Getrenntheit von seiner Gemahlin lebte. Das kostspielige Regi-

ment der Riesensoldaten löste er auf und verwendete die Ersparnisse zur Bildung von 16 neuen Bataillonen. So begann auch Friedrich seine Regierung mit einer wesentlichen Vermehrung des Heeres, das er von 78000 auf 100000 Mann brachte.

Nachdem er im Juli 1740 die Huldigung in seinen westlichen und östlichen Provinzen meist persönlich entgegengenommen, wandte er sein ganzes Interesse den auswärtigen Angelegenheiten zu, entschlossen, dem preußischen Staate diejenige Achtung und Rücksicht zu verschaffen, die man ihm bisher versagt hatte.

Bei Frankreich gewann er alsbald die Überzeugung, daß die Richtung der französischen Politik dem Emporkommen Preußens am Rheine feindlich entgegenstehe. Dagegen fand er bei England, das eben von einem gewaltigen Zusammenstoß mit Frankreich bedroht war, unumwundenes Entgegenkommen und erhielt die günstigsten Zusicherungen in betreff Jülichs und Bergs. Auch mit Rußland schloß er (Oktober 1740) eine auf diese Angelegenheit bezügliche Übereinkunft. Nur Österreich, dem er seinen Wunsch nach einem guten Einverständnis aufs dringendste und verbindlichste hatte aussprechen lassen, erwiderte seine Forderungen in Bezug auf die jülich-bergische Angelegenheit mit Ausflüchten und Bedenklichkeiten, in denen Friedrich ebensosehr eine Folge der Verbindung Österreichs mit Frankreich als der alten Eifersucht gegen Preußen erkannte. Indem er sich überzeugte, daß er von Österreich für das Emporkommen Preußens nichts Gutes zu erwarten hatte, war er entschlossen, die Macht, die er in seinem Heere besaß, mehr zu gebrauchen, als sein Vater gethan. Schon hatte er in der kleinen Herrschaft Herstall, die 1732 aus der oranischen Erbschaft an Preußen gefallen war, den langjährigen Irrungen ein schnelles Ende gemacht, indem er einige Regimenter einmarschieren ließ. In gleicher Weise gedachte er sich auch in der bergischen Angelegenheit sein Recht zu verschaffen.

Weltlage. Die mächtigsten und einflußreichsten Staaten Europas waren damals England und Frankreich. Dreißig Jahre hatte zwischen beiden ein freundliches Einvernehmen bestanden, als es zu einem Zerwürfnis kam, dessen Ausgangspunkt der überseeische Handel und die Kolonieen waren.

Seit dem 17. Jahrhundert besaßen die katholischen und romanischen Mächte den größten Anteil an der Seeherrschaft. Die spanische Monarchie befand sich noch im ungeschmälerten Besitz der unermeßlichen Kolonieen Südamerikas; die im Norden emporkommenden Kolonieen Englands hatte Spanien noch nicht anerkannt. Aber im spanischen Erbfolgekriege hatten die Engländer Handelsvorteile errungen, die ihnen eine wachsende Überlegenheit sicherten. So schmerzlich dies Spanien empfand, so wenig war es doch für sich allein imstande, etwas gegen England auszurichten. Da fand es in Frankreich einen Bundesgenossen, dessen Interessen sich mit den spanischen in dem Widerwillen gegen den maritimen Aufschwung Englands begegneten, und beide Mächte schlossen 1733 einen Pakt, wonach die Vorteile des überseeischen Handels den Engländern genommen werden und den Franzosen zu gute kommen sollten. Seitdem waren die Franzosen eifrig auf die Verstärkung ihrer Marine bedacht. Sogleich erkannte die englische Nation, und zwar diese richtiger als das Ministerium Walpole, die von daher drohende Gefahr und zwang die Regierung, den Krieg, mit dem sie sich bedroht sah, selbst zu beginnen. So brach 1739 der Krieg aus. Es war ein Kampf um die Weltherrschaft, bei dem es sich um die Frage handelte, ob die germanischen oder romanischen Nationen das Übergewicht in dem Welthandel und der Kolonialmacht (Nordamerika und Ostindien) haben sollten.

In diesem Kriege thaten zwar anfangs die zahlreichen unter spanischer Flagge segelnden Kaper dem englischen Handel beträchtlichen Schaden, aber der englische Admiral Vernon eroberte mit geringem Verluste Portobello (am caraibischen Meer, im mittelamerikanischen Staate Panama), und England rüstete zu neuen Unternehmungen auf das feste Land von Südamerika. Da aber erklärte Frankreich, nicht dulden zu können, daß sich England auf dem Festlande von Südamerika festsetze, und sandte zu gleicher Zeit wie England ein Geschwader nach den ostindischen Gewässern. Infolgedessen war auch England genötigt, sich nach Bundesgenossen umzusehen; es wollte die große Allianz wieder erneuern, die einst der Vergrößerungssucht Ludwigs XIV. Halt geboten. Preußen, das sich ihm damals näherte, hatte es durch günstige Zusicherungen in der bergisch-jülichschen Angelegenheit auf seine Seite gebracht.

In Österreich dagegen fanden seine Vorstellungen, daß es Frankreich auf eine Universalmonarchie abgesehen habe, taube Ohren: man glaubte mit vollster Zuversicht, daß Kardinal Fleury an der Garantie der österreichischen Gesamtmonarchie, die man ihm durch so große Zugeständnisse vergütet hatte, festhalten werde.

Ursprung der schlesischen Kriege. Als nach dem unerwarteten Tode Karls VI. der bayerische Kurfürst Karl Albert Ansprüche auf einen Teil der österreichischen Erblande erhob, berief er sich nicht bloß auf seinen Widerstand gegen die Anerkennung der pragmatischen Sanktion, sondern auch darauf, daß dem bayerischen Hause schon in der Reformationszeit, und zwar während der Wirren, die zum schmalkaldischen Kriege führten, dafür daß es sich auf Österreichs Seite gestellt, für den Fall des Aussterbens der „männlichen Leibeserben" des habsburgischen Stammes von Kaiser Karl V. ein Anrecht auf Böhmen und seine Nebenländer, ja sogar auf Ungarn zuerkannt worden sei. Aber diese Berufung war eine irrtümliche, da das Original des Vertrags nicht von „männlichen", sondern von „ehelichen" Leibeserben spricht.

Preußen dagegen, dessen Anerkennung der pragmatischen Sanktion (1726 und 1728) dadurch, daß der Kaiser die dafür übernommenen Verpflichtungen bezüglich Bergs nicht erfüllte, ungültig geworden war, konnte doch Ansprüche auf einige Landschaften der österreichischen Monarchie erheben, und zwar erstens auf Jägerndorf, das Kaiser Ferdinand II. 1623 nach der Schlacht am weißen Berge widerrechtlich eingezogen, und ferner auf die schlesischen Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Wohlau, für welche Österreich durch Abtretung des Schwiebuser Kreises an den großen Kurfürsten zwar eine Entschädigung gewährt hatte, auf die aber Preußen die alten Ansprüche geltend machte, nachdem Österreich sich den Schwiebuser Kreis wieder hatte zurückgeben lassen. In Preußen hatte man trotz der Länge der Zeit diesen Rechtsanspruch nie vergessen, und in dem Augenblicke, wo Friedrich die Nachricht von dem Tode Karls VI. empfing, stand bei ihm der Entschluß fest, sich Schlesiens nötigenfalls mit Gewalt der Waffen zu bemächtigen. Er ließ die für das Unternehmen bestimmten Regimenter sogleich in Marschbereitschaft setzen, um die Besetzung Schlesiens noch vor Winter auszuführen. Da er aber einsah,

daß er damit das Zeichen zum Ausbruch eines allgemeinen Sturmes gebe, in dem Österreichs Macht geschwächt und nur Frankreichs Übergewicht verstärkt werden würde, beabsichtigte er mit aller möglichen Rücksicht gegen Österreich vorzugehen und eröffnete Unterhandlungen mit dem Wiener Hofe in betreff einer Abtretung österreichischer Gebietsteile. Aber diese wurden ganz entschieden zurückgewiesen. Daher überschritt Friedrich II. an der Spitze seines Heeres am 16. Dezember 1740 die Grenze von Schlesien.

Der erste schlesische Krieg. Besitzergreifung Schlesiens. Schlesien bildet vom Ursprung der Malapane bis zum Austritt der schwarzen Elster eine Thalsenkung, die im Norden vom märkisch-schlesischen Landrücken begrenzt wird, während sich im Süden rechts der Oder das Plateau von Tarnowitz erhebt und links derselben das Land langsam bis zur Gebirgsmauer der Sudeten ansteigt, welche bei Liebau am Bober durch einen Paß in zwei Teile geschieden wird — östlich in das Glatzer Gebirgssystem, westlich in das Riesengebirge. Durch diese Gebirge wird die Provinz scharf von Böhmen geschieden. So weist die Beschaffenheit des Bodens wie der Lauf der Oder, zu deren Gebiet Schlesien fast ganz gehört, auf den preußischen Norden hin. Oberschlesien ist gebirgig und reich an mineralischen Schätzen (es enthält z. B. die größte Steinkohlenablagerung des europäischen Festlandes), der übrige Teil ist vorwiegend Ackerland und längs des Gebirges, besonders zwischen Liegnitz und Ratibor, sehr fruchtbar. Infolge der Völkerwanderung erhielt Schlesien eine starke slavische Bevölkerung, die erst im 12. Jahrhundert nach der Stiftung der Piastendynastie durch die 3 Söhne des Herzogs Wladislaus II. durch die Einwanderung zahlreicher deutscher Kolonisten wieder zurückgedrängt wurde. Durch vielfache Teilungen entstanden eine Menge Herzogtümer, so daß Schlesien im 14. Jahrhundert 18 regierende Fürstenhäuser hatte. Fast alle erkannten den König von Böhmen als Oberherrn an. Karl IV. brachte ganz Schlesien unter die Krone Böhmen und dadurch zum deutschen Reiche. Fast am frühesten hat Schlesien die Reformation angenommen. Zwar suchte Kaiser Ferdinand II. die Schlesier wieder zum alten Glauben zurückzuführen, aber das Volk blieb der gereinigten Lehre treu trotz der unsäglichen Leiden des 30jährigen Kriegs und der Gewaltthätigkeiten, mit denen

man seitens Österreichs die evangelischen Kirchen schloß und ihr Vermögen einzog. Wohl erhielten auf die nachdrückliche Verwendung des Schwedenkönigs Karls XII. die Evangelischen 1709 128 Kirchen zurück; aber unter Kaiser Karl VI. gestaltete sich ihre Lage wieder sehr ungünstig. Denn immer noch wurde die katholische Kirchenform als die einzig berechtigte betrachtet, die Protestanten waren von Staats- und bürgerlichen Ämtern ausgeschlossen. Der Übertritt der Protestanten zum Katholizismus war noch öfter durch Gewalt erzwungen worden, und bei der Thronbesteigung Maria Theresias konnte man es offen hören, daß jetzt die katholische Kirche auch in Schlesien wieder die alleinige werden würde. Die schlesischen Protestanten sahen in trüber Zukunft einer Erneuerung der religiösen Verfolgungen entgegen. Man mag daher den Eindruck ermessen, den bei diesem Teile der Bevölkerung Schlesiens die Nachricht hervorbrachte, daß der mächtigste protestantische Fürst Deutschlands mit Heeresmacht die Grenzen überschritten habe; sie erblickten in ihm „einen vom Himmel gesandten Schutzengel".

Rasch schritt Friedrich zur Belagerung der Festung Glogau (22. Dezember), überließ dieselbe aber dem Prinzen von Anhalt, um sich der Hauptstadt des Landes, Breslau, zu versichern. Er bot der Bürgerschaft Neutralität an, und ohne langes Bedenken ging dieselbe darauf ein (Anfang Januar 1741). Unmittelbar darauf fiel die Festung Ohlau ohne Widerstand in des Königs Hände, und hier legte er nun seine Magazine an. General Schwerin hatte unterdes die Städte am Fuße des Riesen- und Eulengebirgs eingenommen und gewann in Verbindung mit dem Könige, der mit Geschütz herankam, Stadt und Festung Ostmachau (12. Januar).

Nun erschienen auch die österreichischen Heere im Felde. Den ersten ernstlichen Widerstand fand Friedrich bei der Festung Neiße. Während er dieselbe, ebenso wie Brieg, von allen Seiten umschloß, rückte Schwerin nach Oberschlesien, drängte hier das österreichische Heer unter dem General Brown Schritt für Schritt über die Grenze nach Mähren zurück und besetzte den steilen Paß über die Beskiden, die Jablunka. Der Weg nach Wien lag offen vor Friedrich; er aber begnügte sich mit der Besetzung Schlesiens.

Denn Friedrich hielt es trotz seines kriegerischen Vorgehens immer noch für möglich, die Streitigkeiten gütlich beizulegen; ja er war bereit, Österreich in den Gefahren, die ihm, wie mit Bestimmtheit vorauszusehen war, wegen der pragmatischen Sanktion noch bevorständen, als Bundesgenosse zur Seite zu stehen. In diesem Sinne hatte er gleich beim Beginne seines Feldzugs Unterhandlungen in Wien angeknüpft, war aber abgewiesen worden mit der Erklärung, man sei dem Könige von Preußen nichts schuldig und bedürfe seiner Hülfe nicht; die pragmatische Sanktion würde gegen jeden Bruch aufrechterhalten werden. Dabei glaubte man in Wien, sicher Frankreich auf seiner Seite zu haben.

Aber gerade von dieser Seite erfolgte soeben der Bruch. Österreich täuschte sich vollständig in dem Vertrauen, das es zu Kardinal Fleury gefaßt hatte. Denn dieser, der den Augenblick für günstig hielt, um die österreichische Macht zu völliger Schwäche herabzudrücken, war der Ansicht, daß es im Interesse Frankreichs liege, die deutsche Krone an Bayern zu bringen und die österreichischen Erblande zu teilen, und ließ schon am 17. Dezember 1740 in München dahingehende Zusicherungen geben. Kurz darauf trug er auch dem im Siege begriffenen Könige von Preußen ein Verteidigungsbündnis an (Mitte Januar 1741). Friedrich aber trug gegen dieses Bündnis die größten Bedenken. Lieber wollte er seinen Anspruch auf ganz Schlesien fahren lassen und sich mit Niederschlesien begnügen. Sogleich leitete er darauf bezügliche Unterhandlungen in Wien ein.

Währenddessen gingen die kriegerischen Ereignisse ihren Gang. Der Erbprinz von Anhalt nahm in der Nacht vom 8./9. März die Festung Glogau durch einen kühnen Überfall. Friedrich selbst sammelte alles, was sich von Truppen anderswo entbehren ließ, und begab sich nach Oberschlesien, um gemeinsam mit Schwerin Maßregeln zur Verteidigung der Pässe zu treffen. Währenddessen rückte der österreichische F. Z. M. Graf Neipperg über Neisse nach Brieg und schnitt dem Könige die Rückzugslinie ab. Friedrich erkannte die ganze Gefahr: nur eine Feldschlacht konnte ihn retten. Sofort rückte er in vier Heersäulen, das Geschütz in der Mitte, dem Feind entgegen, den er bei Mollwitz (westlich von Brieg, 10. April 1741) traf. Vor der ungeheuren Übermacht der österreichischen Reiterei muß die preußische — der König mit ihr —

das Schlachtfeld fliehend verlassen. Aber die unerschütterliche Festigkeit des preußischen Fußvolks und dessen vernichtendes Gewehrfeuer bringt die österreichischen Linien zum Wanken, und Neipperg mußte sich zum Rückzug entschließen. Die Österreicher hatten keine Niederlage erlitten, aber sich unfähig gezeigt, die Preußen zu schlagen. Neipperg zog sich gegen Neiße zurück. Friedrich, nun wieder Meister der Ebene, setzte sich sofort gegen Brieg in Bewegung.

Bündnis Friedrichs mit Frankreich durch den Vertrag von Breslau vom 4.—5. Juni 1741. Nicht mit Unrecht hatte Friedrich vorausgesehen, daß der Einfall in Schlesien in ganz Europa einen Sturm hervorrufen werde; aber es schien, als ob sich der Sturm über ihn selbst entladen wolle. Zuerst war es England, welches das friedliche Einvernehmen mit Friedrich aufgab, indem es seine Interessen am sichersten in einer Verbindung mit Österreich gewahrt sah. Denn bei dem großen Kriege mit Frankreich, in den England eben verwickelt war, glaubte es um jeden Preis verhüten zu müssen, daß nicht Österreich mit Frankreich gemeinschaftliche Sache mache. Daher erklärte es Österreich gegenüber mit aller Entschiedenheit, es werde die durch die Anerkennung der pragmatischen Sanktion übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft aufrechterhalten, und wenn der König von Preußen nicht freiwillig Schlesien räume, sei es bereit, denselben in Verbindung mit der Königin Maria Theresia dazu zu zwingen. Auch die Niederlande hielten ihre Interessen am besten durch einen engen Anschluß an Österreich gewahrt. Man fürchtete, Frankreich werde seine Verbindung mit Österreich benutzen, um seine Grenzen nach den Niederlanden hin zu erweitern. Um nun Österreich abzuhalten, ein derartiges Unternehmen gutzuheißen, hielt man es im Haag für das sicherste, Österreich in seinem Kampfe gegen Preußen zu unterstützen, und faßte den Beschluß (24. April), in Gemeinschaft mit England den König von Preußen aufzufordern, seine Truppen aus Schlesien herauszuziehen, und der Königin Hülfe zu versprechen.

Durch diese Haltung der Seemächte wurde auch Rußland bewogen, in Wien zu erklären, daß es seinen Verpflichtungen gegen Österreich nachzukommen gedenke.

Eine noch feindseligere Stellung nahm Sachsen gegen Preußen ein. Anfangs geneigt, mit Friedrich eine Allianz einzugehen, ließ sich der sächsische Minister Brühl endlich doch auf die Seite Österreichs ziehen, als der Wiener Hof versprach, das altbrandenburgische Fürstentum Krossen an Sachsen abzutreten, wodurch dies eine unmittelbare landschaftliche Verbindung mit Polen gewann.

Von vier Seiten zog sich das Gewitter über Friedrich zusammen: Hannoveraner mit Dänen und Hessen in englischem Solde auf der einen Seite, Sachsen auf der andern, Russen von Osten her, während die österreichische Armee in Schlesien vorrückte.

Diesen Gefahren gegenüber ließ Friedrich durch den Fürsten von Dessau bei Brandenburg ein Lager errichten.

Wenn nun in diesem so verderbenschwangeren Augenblicke der Hof zu Versailles seine Bundesanträge bei Friedrich in der dringendsten Form erneuerte, so lag für diesen die Versuchung gewiß sehr nahe, darauf einzugehen. Trotzdem lehnte er den Antrag ab. Ehe er einen solchen der ganzen bisherigen brandenburg-preußischen Politik zuwiderlaufenden Schritt thun wollte, sollten erst alle Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs erschöpft sein. Darin zeigte sich jetzt der große Gewinn des Siegs bei Mollwitz, daß England und Rußland ernstliche Versuche machten, zwischen Preußen und Österreich zu vermitteln. Friedrich erklärte sich aufs neue bereit, sich mit Niederschlesien zu begnügen; ja er wollte sogar dafür bis zu 3 Millionen Thaler zahlen. Die vermittelnden Mächte bemühten sich eine Form zu finden, bei der, unbeschadet der pragmatischen Sanktion, jene Abtretung stattfinden könnte. Aber Österreich ging nicht darauf ein: es glaubte noch immer an die Ehrlichkeit Frankreichs.

Unterdessen wurden die Franzosen bei Friedrich mit ihrem Anerbieten immer dringender. Als alle anderen Mittel erschöpft waren, entschied dieser sich dafür. So kam es zu dem Vertrage von Breslau (4.—5. Juni 1741), in welchem Friedrich, um Frankreich jeden Grund zur Eifersucht zu nehmen, seine Absicht, sich am Rheine zu vergrößern, aufgab und sich bereit erklärte, seine Rechte auf Brieg zu gunsten des jungen Pfalzgrafen von Sulzbach für immer fallen zu lassen. Dafür garantierte Ludwig XV.

dem Könige von Preußen und seinen Erben den Besitz von Niederschlesien mit der Stadt Breslau. Da jene Cession der bergischen Rechte erst dann in Gültigkeit trat, wenn dem Könige von Preußen der ruhige Besitz Niederschlesiens auch von Österreich gewährleistet sei, so ward die Erreichung dieses Zieles der gemeinsame Zweck der beiden verbündeten Mächte.

Indes wollten die kriegerischen Unternehmungen während des Sommers 1741 keinen rechten Fortgang nehmen. Zwar hatte Friedrich Brieg zur Übergabe gebracht (4. Mai); aber es gelang ihm nicht, den General Neipperg, der sein Heer wieder geordnet und sich unfern Neiße verschanzt hatte, zur Schlacht zu bewegen. Inzwischen ließ Friedrich Breslau durch Schwerin in Besitz nehmen, worauf Magistrat und Bürgerschaft sich dazu verstanden, dem Könige den Eid der Treue zu leisten.

Anfang August setzte sich Neipperg von seinem Lager bei Neiße aus in Bewegung und bedrohte die preußischen Magazine in Schweidnitz. Da hoffte Friedrich, durch einen raschen Zug Neipperg von Neiße abzuschneiden. Aber dieser kam ihm auf kürzeren Wegen zuvor, und beide lagerten wieder einander gegenüber. Eine Entscheidung ließ sich nicht absehen, als ein Ereignis eintrat, das den gewünschten Erfolg herbeizuführen schien.

Ausbruch des österreichischen Erbfolgekriegs. Von dem Augenblicke, wo es sich herausstellte, daß Frankreich durchaus nicht geneigt war, Österreichs Sache zu unterstützen, nahm die politische Gruppierung der europäischen Staaten plötzlich eine andere Gestalt an, und das Gewitter, das sich über Friedrich zusammengezogen hatte, verzog sich, um Österreich mit seinen Schrecken zu bedrohen. Niemals lagen die Verhältnisse günstiger, um dem Hause Bourbon das Übergewicht über das Haus Habsburg zu sichern als damals. Das Unternehmen der Engländer auf Süd-Amerika war (Sommer 1741) vollständig gescheitert, und Spanien rüstete sofort, um auf den Trümmern der österreichischen Herrschaft in Italien einem bourbonischen Prinzen den Thron zu bauen. Frankreich aber suchte den österreichischen Interessen dadurch entgegenzuarbeiten, daß es die Sache der Fürsten, welche Ansprüche auf die österreichische Hinterlassenschaft erheben konnten, zu seiner eigenen machte.

Auch Sachsen hatte seine Stellung wieder gewechselt: der enge Anschluß an Österreich, über den seinerzeit verhandelt worden war, war nicht zustandegekommen. Zwar machte es August III., dem Gemahl der ältesten Tochter Kaiser Josefs I., anfangs Gewissensskrupel, auf den österreichischen Thron, auf den er bei seiner Vermählung verzichtet, nun doch Ansprüche zu erheben. Als er aber auf eine Anfrage in Rom die Antwort erhielt, er könne mit ruhigem Gewissen die Rechte seiner Gemahlin verfechten, trat auch er ohne weiteres Bedenken auf die Seite Frankreichs.

Preußen wollte sich dieser Koalition nicht eher anschließen, als bis es die Streitkräfte Bayerns und Frankreichs im Felde thätig sehe.

So begannen denn am 31. Juli die Bayern ihre Aktion gegen Österreich; fast gleichzeitig setzten sich auch die Franzosen und Sachsen in Bewegung. Um die Gunst der Umstände zu einer möglichst raschen Entscheidung zu benutzen, ließ der König von Preußen den bayerischen Kurfürsten auffordern, mit seiner Armee gerade auf Wien zu rücken. Geschah dies, so war Österreich aufs ernstlichste in seiner Existenz bedroht.

In Wien hatte man keine Ahnung von dem, was sich in den Kabinetten der westlichen und nördlichen Nachbarn entwickelte. Immer noch hielt man am Vertrauen zu Frankreichs Ehrlichkeit fest, und der österreichische Minister Bartenstein empfand jeden Zweifel daran als eine persönliche Kränkung. Einen ungeheuren Eindruck mußte es daher machen, als England in Wien mitteilte, daß zwischen Frankreich und Preußen ein Bündnis abgeschlossen sei, und Kardinal Fleury auf eine Anfrage Österreichs erklärte, daß Frankreich für seine Freunde und Verbündeten Gerechtigkeit verlange. Jetzt erst erkannte man in Wien, daß der österreichischen Monarchie der schwerste Kampf bevorstehe, den sie je zu bestehen gehabt.

Abtretung Niederschlesiens an Preußen, Oktober 1741. Österreichs einzige Armee stand in Schlesien. Man fing an einzusehen, daß nur ein Bündnis mit dem Könige von Preußen aus dieser Not helfen könne; und dazu trieb auch England. Es war dies für Maria Theresia die härteste Zumutung; aber sie überwand sich endlich und ließ dem König Friedrich gegen die unverzügliche Räumung Schlesiens das österreichische Geldern und Limburg nebst

2 Millionen Thalern anbieten. Friedrich aber verlangte kategorisch Niederschlesien mit Breslau. Maria Theresia brach daher die Verhandlungen ab und wandte sich an den Kurfürsten von Bayern, der eben (13. August) Passau überfallen hatte, mit dem Anerbieten, ihm die österreichischen Niederlande abzutreten, wenn er Schlesien für Österreich retten helfe. Da aber eine Verständigung mit Bayern nicht ohne Frankreich möglich war, eine Verbindung Österreichs mit Frankreich aber England nicht dulden, und Österreich seinerseits des mächtigen Englands nicht entbehren konnte, so blieb für Maria Theresia nichts übrig, als sich mit Preußen auszusöhnen: sie erklärte sich bereit, dem Könige von Preußen einen kleinen Teil von Schlesien abzutreten, verlangte aber dafür, daß er mit ihr gemeinsame Sache gegen Frankreich mache. Dies schlug Friedrich rundweg ab.

Endlich erkannte Maria Theresia, daß für sie kein Heil sei als auf die preußischen Forderungen einzugehen: man wollte dem Könige Niederschlesien bis an die Neiße samt Breslau abtreten unter der Bedingung, daß er der Königin mit einem Heere zu Hülfe komme. Dies verwarf Friedrich: vielmehr verlangte er jetzt auch die Festung Neiße und versprach für sich bloß Neutralität. Da nun auch ein Versuch des Wiener Hofs, mit Frankreich zu unterhandeln, keinen Erfolg hatte, so gestand man ihm endlich seine Forderung zu und forderte von ihm selbst nur Friede und Freundschaft. Zu Kleinschnellendorf traf man eine darauf bezügliche Verabredung (9. Oktober 1741).

Fortgang des österreichischen Erbfolgekriegs. Die Abtretung Schlesiens an Preußen war nicht das einzige Opfer, das Maria Theresia bringen mußte, um sich ihrer Feinde zu erwehren. Die Not zwang sie, auch in den inneren Verhältnissen ihrer Länder die Bahn der bisherigen Politik zu verlassen.

Als Maria Theresia im Mai 1741 ihren ersten ungarischen Reichstag eröffnete, stellten die Ungarn die weitestgehenden Forderungen politischer und nationaler Selbständigkeit. Die Königin, durch das Vorrücken der Bayern und Franzosen in Österreich bedrängt, bewilligte den Ungarn alles, was sie verlangten. Zugleich hob sie das in Ungarn bestehende Verbot des Waffentragens auf und erklärte den Ständen, daß sie in ihrer Bedrängnis sich und

ihre Kinder dem Schutze der Ungarn anvertraue. „Da entstand unter den Ungarn eine unbeschreibliche Bewegung, und in den rossebändigenden, freiheitliebenden Natursöhnen erwachten alle Gefühle von Treue und Tapferkeit, welche sie heraufbeschwor; mit einer Stimme riefen sie, daß ihr Blut und ihr Leben ihr geweiht sei", und sogleich bewilligten sie ein allgemeines Aufgebot.

Soeben waren die Feinde der Königin von drei Seiten in Böhmen eingerückt: Karl Albert besetzte Budweis in Süden, die Franzosen rückten von Westen her über Pilsen gegen Prag; gleiches Ziel hatten die Sachsen, die über das sächsische Gebirge herüberkamen. Unklugerweise ließ sich Karl Albert verleiten, seine Stellung bei Budweis aufzugeben und sich an der Belagerung Prags zu beteiligen. Infolgedessen wurde die Stadt zwar ohne große Mühe genommen, aber die Österreicher konnten sich jetzt ungehindert an der Donau ausbreiten. Durch die aus Italien gerufenen Regimenter sowie durch Ungarn verstärkt schlugen sie die Franzosen und drangen in Bayern ein. Während sich Karl selbst nach Frankfurt zur Kaiserkrönung begab, erfüllte sich sein Land mit Gewaltthat, Schrecken und Flucht. Da die Franzosen außerstand waren ihm zu helfen, wandte er sich mit dringenden Aufforderungen an den König von Preußen. (Mitte Jan. 1742.)

Abtretung Schlesiens an Friedrich im Frieden zu Breslau 1742. Friedrich hatte seine Verständigung mit Österreich in Kleinschnellendorf an die Bedingung geknüpft, daß sie geheim gehalten werde; er fürchtete, Frankreich, das eben Unterhandlungen mit nordischen Mächten pflog, die ihn sehr mißtrauisch machten, möchte seinen Ausgleich mit Österreich zum Anlaß nehmen, das Bündnis mit ihm zu lockern. Da aber eine solche Entfremdung gerade im Interesse Österreichs lag, so war man am Wiener Hofe recht geflissentlich bemüht, jene Uebereinkunft bei den verbündeten Westmächten bekannt zu machen. Infolge dieser Rücksichtslosigkeit hielt sich Friedrich nicht mehr an die Verabredung gebunden. Er durfte sich weder von seinen Verbündeten trennen lassen, noch unthätig warten, bis Österreich seine Feinde vertrieben hatte und stark genug geworden war, um auch Schlesien wieder zurückzufordern. Daher beschloß er, sich der Ansprüche von Bayern und Sachsen anzunehmen und verlangte nur, daß die Sachsen

und Franzosen unter seinen Befehl gestellt würden, was ihm auch zugestanden wurde. Schon am 30. Januar 1742 befand er sich in Olmütz. Hier aber erschien auch sofort wieder ein österreichischer Bevollmächtigter, um Unterhandlungen mit ihm anzuknüpfen. Friedrich forderte die Abtretung Böhmens an Bayern, Oberschlesiens und eines Teils von Mähren an Sachsen. Inzwischen rückte er nach dem Süden Mährens vor und vereinigte sich mit den Franzosen und Sachsen, wodurch sein Heer auf etwa 30000 Mann anwuchs. Mit dieser Armee stellte er sich an der Grenze von Österreich auf in der Hoffnung, in dieser Stellung die Königin zu zwingen, auf seine Forderung einzugehen.

Diese aber hatte soeben von England eine bedeutende Geldhülfe erhalten, die sie in den Stand setzte, ihren Feinden auf allen Seiten entgegenzutreten; und da bereits die österreichische Armee in Böhmen gegen die Franzosen den Angriff eröffnete, so war man in Wien entschlossen, für Böhmen und Mähren auf Tod und Leben zu kämpfen. Ende März rückte die österreichische Hauptmacht unter Prinz Karl von Lothringen gegen den König von Preußen vor. Da dieser kurz vorher die Sachsen als unzuverlässig entlassen hatte, war es ihm unmöglich, den Feind zu bestehen; er trat daher den Rückzug an, gab Mähren auf und ging über die Grenze nach Böhmen hinüber, wo die ersten Kolonnen am 17. April in Chrudim eintrafen. Hier befahl er dem Fürsten von Anhalt, das seiner Zeit gegen die Hannoveraner zusammengebrachte Heer ihm zuzuführen, infolgedessen sich seine Armee auf 28000 Mann belief.

Sobald Friedrich durch sein Vorrücken in Mähren gezeigt hatte, wie sehr es ihm mit seinen Absichten Ernst sei, hatte auch der Wiener Hof wieder Unterhandlungen angeknüpft und ihm die Abtretung von ganz Schlesien mit Ausnahme von Teschen anbieten lassen. Anfangs hatte Friedrich alles abgewiesen; jetzt nahm er die Unterhandlungen wieder auf, dehnte aber seine Ansprüche auf Oberschlesien und Glatz aus. Die Verhandlungen zerschlugen sich und die Kriegsoperationen wurden fortgesetzt. Eben ging die österreichische Armee, die dem Könige nach Böhmen nachgerückt war, damit um, Prag zu besetzen und ihn dadurch von seinen Verbündeten abzuschneiden. Um dies zu verhindern, be-

schloß er, sich den Österreichern auf dem Wege nach Kuttenberg (westlich von Chotusitz) entgegenzuwerfen. Wo ihre Wege sich schnitten, mußte es zur Schlacht kommen. Dies geschah bei Chotusitz und Czaslau. Der Ruhm, das Geschick des Tages zu gunsten der Preußen entschieden zu haben, gebührt dem Könige.

Den Gedanken, der Königin Maria Theresia Böhmen und Mähren zu entreißen, hatte Friedrich schon längst aufgegeben. Er hatte wieder ganz seinen früheren Standpunkt eingenommen und zu wiederholten Malen in Wien erklären lassen, daß er nicht daran denke, Österreichs Erniedrigung zu wünschen, vielmehr liege ihm alles daran, daß Österreich stark und mächtig sei. Die vornehmsten Antipathieen Friedrichs galten eben stets der Übermacht der Franzosen in Deutschland und er war überzeugt, daß er mit Österreich, Sachsen und Bayern vereint imstande wäre, jeder Anmaßung der Franzosen wirksam entgegenzutreten. Friedrich trat daher am 9. Juni durch seinen Bevollmächtigten, Podewils, in Verhandlungen mit dem Wiener Hofe, aus denen am 27. Juli 1742 der Friede zu Breslau hervorging, der Friedrich den Besitz von Niederschlesien mit der Grafschaft Glatz und von Oberschlesien bis zur Oppa zusprach.

Bei den Franzosen erregte die Nachricht tiefe Erbitterung; denn Kardinal Fleury erkannte sofort, daß er die hochgehenden bourbonischen Pläne nicht durchführen könne. Dagegen nahmen die übrigen Großmächte die Nachricht von dem Friedensschluß mit großer Genugthuung entgegen und waren sogleich bereit, dem Könige von Preußen den Besitz von Schlesien zu garantieren.

Sogleich ging Friedrich daran, die neu gewonnene Provinz auch innerlich mit den alten Landen zu verbinden. Es war ein herrliches Gebiet, das an Preußen gekommen war: 650 □Meilen groß mit ungefähr 1 200 000 Einwohnern, 150 größeren und kleineren Städten und 5000 Dörfern und gut angebaut. Durch eine zahlreiche Armee, einen wohlgefüllten Schatz und haltbare Festungen hoffte der König sich den Besitz gegen äußere Angriffe zu sichern. Im Innern erhob sich hier noch einmal der alte Gegensatz der provinzialständischen Verfassung und der monarchischen Gewalt in seiner ganzen Schroffheit. Nachdem man mit den Provinzialständen monatelang ohne Resultat verhandelt hatte,

machte Friedrich dem Streit ein Ende, indem er erklärte, er werde kraft „souveräner, oberlandesherrlicher Macht und Autorität" in Zukunft sämtliche Einkünfte des Landes verwalten lassen und entbinde hiermit die ständischen Abgeordneten von ihrer bisherigen Verantwortung. Die in den übrigen Provinzen maßgebenden Grundsätze wurden auch hier durchgeführt; ebenso kam auch der Grundsatz der religiösen und Gewissensfreiheit hier im vollsten Sinne zur Geltung.

Übergang des Kaisertums auf das Haus Bayern 1742. Obwohl sich in Preußen, dank der organisatorischen Tüchtigkeit seiner Regenten, eine ungeahnte Fülle von Kraft entwickelt hatte, war doch Friedrich weit davon entfernt, das Kaisertum für sich in Anspruch zu nehmen; nur verhüten wollte er, daß es in Hände gerate, von denen er Feindseligkeiten gegen sich hätte erwarten müssen. Als daher nach dem Tode Karls VI. 1740 der Wiener Hof die Wahl auf den Großherzog von Toskana, Franz von Lothringen, den Gemahl Maria Theresias, zu lenken suchte und bereits über fünf Kurstimmen (Mainz, Trier, Sachsen, Hannover, Böhmen) verfügte, hatte sich auch Friedrich bereit erklärt, seine Stimme dem Großherzoge zu geben, wenn man in Wien seine Rechte auf Schlesien anerkenne. Als diese Bedingung abgelehnt wurde, hatte Friedrich seinen Gesandten angewiesen, sich an die mit Frankreich verbündeten Höfe zu halten und dem bayerischen Kurfürsten Karl Albert seine Stimme zu geben. Die Folge war, daß nun auch Mainz, Sachsen und Hannover auf die Seite Karl Alberts traten. So wurde dieser am 17. Januar 1742 gewählt und am 12. Februar zum Kaiser gekrönt.

„Mit dem Übergang des Kaisertums auf das Haus Bayern hoffte man, daß mannigfache Beschwerden über die bisherige Abhängigkeit der Reichsverwaltung von dem Hofe gehoben würden. Hauptsächlich waren diese gegen den Reichshofrat gerichtet; denn er unterdrücke das Kammergericht, ersinne kaiserliche Reservatrechte u. a. Der Reichstag sei alle die 80 Jahre, die er bestehe, immer nach kaiserlichen Interessen geleitet worden. Die Städte waren von allem Einfluß ausgeschlossen. Auch die Fürsten, welche lange Zeit in den wichtigsten Angelegenheiten den Ausschlag gegeben und sich dann als den eigentlichen Körper des Reichs be-

trachtet hatten, besaßen jetzt den alten Einfluß nicht mehr. Armut und Sparsamkeit hatte bei der Repräsentation der Fürsten zur Folge, daß zuweilen zwölf Stimmen in eine Hand gerieten und dadurch alles moralische Gewicht verloren ging. Was die übrigen Stände verloren hatten, war dem Kurfürstenkollegium zu gute gekommen, dessen Mitglieder in der That die größte Summe der Macht im deutschen Reiche darstellten; an diese mußte sich nun das Kaisertum unter Karl VII. anlehnen. Der Kurfürstenkonvent ward nach der Wahl förmlich eingerichtet und nahm sich der öffentlichen Sache eifrig an. Auf ein Gutachten desselben wurde der Reichstag von Regensburg nach Frankfurt verlegt."

Gerade damals hatten sich die Österreicher über des neuen Kaisers Erblande ergossen. Da dieser von seinen französischen Verbündeten im Stiche gelassen wurde, wandte er sich um Hülfe an Preußen. Friedrich schwebte der Gedanke vor, den neugeschaffenen Zustand der Dinge durch eine Union der mächtigsten Fürsten Deutschlands zu sichern. Aber diese Kombination scheiterte an den Gegenmachinationen Österreichs. Maria Theresia weigerte sich, den neuen Kaiser anzuerkennen; sie zweifelte nicht, doch noch die Kaiserkrone auf dem Haupte ihres Gemahls zu erblicken. In dieser Hoffnung wurde sie bestärkt durch die Zusicherung des englischen Gesandten Carteret, daß England bereit sei, sie zu unterstützen, damit sie sich eine Entschädigung für das Verlorene verschaffe. Infolgedessen faßte Maria Theresia die weitreichendsten Pläne: Spanien, Frankreich und Bayern zu dauernder Schwäche herabzubringen, in Italien den österreichischen Einfluß zu verstärken und Bayern in Österreich einzuverleiben. König Friedrich sollte aufgefordert werden, an diesen Unternehmungen teilzunehmen. Der aber dachte nicht an Krieg, sondern nur an Frieden, — ebenso wie die Franzosen, die soeben in Wien einen darauf bezüglichen Antrag stellten. Aber Maria Theresia lag nichts ferner als der Gedanke an Unterhandlungen, zumal da sie Kunde erhalten hatte, daß die französischen Feldherren auf Befehl des Versailler Hofs im Begriff ständen, ihre Armee aus Böhmen zu ziehen und an den Rhein zu führen. Dadurch kehrte wieder ganz Böhmen unter die österreichische Herrschaft zurück. Da an der abweisenden Haltung Österreichs für den

Augenblick alle Friedensbemühungen scheiterten, mußte es noch einmal zu einem Waffengang zwischen den feindlichen Mächten kommen. Dabei erwies sich aber die französische Heeresleitung so ungeschickt, daß Karl Albert fast ohne Kampf abermals Bayern verlor, und ein zweites französisches Heer bei Dettingen in Unterfranken (am 27. Juni 1743) eine völlige Niederlage erlitt, worauf sich die Franzosen über den Rhein zurückzogen.

Sofort begannen wieder Friedensunterhandlungen. Aber sie scheiterten an Englands Widerspruch — ganz nach den innersten Wünschen Maria Theresias, die damals äußerst kriegerisch gesinnt war. Der österreichische Einfluß in den Reichsangelegenheiten war im Steigen begriffen, und sie trug kein Bedenken, dem Kaiser fortgesetzt die Anerkennung zu versagen. Auch schien sich Karl VII. nicht länger behaupten zu können; denn der Sieg knüpfte sich fortwährend an die Fahne der Königin. Zwar in Deutschland kam es nicht zu großen Unternehmungen; aber in Italien hatten die österreichischen Waffen solche Erfolge, daß die Königin den Gedanken faßte, Neapel und Sicilien zu erobern und dafür Bayern von Karl VII. einzutauschen. Daher wurden in Italien neue Anstrengungen gegen die Spanier gemacht, und im März 1744 rückten österreichische Truppen in das neapolitanische Gebiet ein.

Der zweite schlesische Krieg. König Friedrich von Preußen hatte bisher den Dingen ihren Lauf gelassen. Denn der König von England hatte ihn versichert, daß er Karl VII. als Kaiser nicht verderben, demselben vielmehr einen ehrenvollen Frieden verschaffen wolle. Friedrich wartete die Zeit ab, wo er seinen Plan, eine Verbindung der mächtigsten Fürsten zur Erhaltung der inneren Freiheit und äußeren Sicherheit, mit oder ohne Österreich ausführen könne. Aber darüber hatte er nicht versäumt, zunächst auf seine eigene Sicherheit bedacht zu sein: eifrig wurde an den schlesischen Festungen gearbeitet, die Armee ergänzt und verstärkt, das Geschützwesen weiter aus- und umgebildet. Zu einem thätigen Eingreifen in die Ereignisse veranlaßten ihn die Streitigkeiten zwischen dem Wiener und dem kaiserlichen Hofe, die täglich einen gehässigeren Charakter annahmen. Als ersterer dem Kaiser Karl VII. den kaiserlichen Titel versagte, wurde dies nicht nur von den Kurfürsten für null und nichtig erklärt, sondern auch von Friedrich

übel empfunden. Er ließ in Wien aufs bestimmteste erklären, er werde durchaus nicht zulassen, daß Österreich die Wahl des Kaisers in Frage stelle. Aber Österreichs Einfluß wuchs von Tag zu Tag, — und Friedrich überzeugte sich, daß er durch den glücklichen Fortgang der englisch-österreichischen Waffen selbst im Besitz von Schlesien bedroht sei. Darin bestärkte ihn die Nachricht von einem Vertrage (von Worms) Österreichs mit England und Sardinien (13. September 1743), in welchem der Sturz der bourbonisch-spanischen Herrschaft in Italien als gemeinsam zu erstrebendes Ziel aufgestellt und Österreich außer der pragmatischen Sanktion auch sein ganzer Besitzstand von 1732 garantiert wurde.

Einen Bundesgenossen fand Friedrich zunächst in Rußland. Hier hatte die Großfürstin Elisabeth, Tochter Peters des Großen, mühelos die Regentin Anna und ihre Günstlinge gestürzt (Dezember 1741) und zu ihrem Nachfolger Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, den Sohn ihrer Schwester, ernannt, der sich 1744 mit der Prinzessin Sophie von Zerbst, der nachmaligen Kaiserin Katharina II., vermählte. Sodann hatte sie durch Zurückgabe der eroberten schwedischen Provinzen an Schweden 1743 die Wahl ihres Vetters, des Herzogs Adolf Friedrich von Holstein, zum schwedischen Thronfolger durchgesetzt. Nun näherte sie sich dem Könige von Preußen und erbot sich, ihm den Besitz von Schlesien zu garantieren. Als hierauf Elisabeth die Vermählung ihres Vetters Adolf Friedrich mit einer preußischen Prinzessin vorschlug, gab Friedrich die Verheiratung seiner Schwester Ulrike mit dem schwedischen Thronfolger zu.

Zugleich drängten die Weltereignisse zu einer Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich. Dieses hatte den Kaiser Karl VII. zwar nicht förmlich, aber doch thatsächlich aufgegeben; um so mehr hielt es Friedrich für geboten, daß die Sache desselben von deutscher Seite mit allen Mitteln unterstützt werde. Zu dem Zwecke brachte er endlich die längst geplante Union zum Schutz der Freiheit und Sicherheit des Reichs zustande, zunächst allerdings nur zwischen dem Kaiser, dem Kurfürsten von der Pfalz, Hessen-Kassel und Preußen. Es war Friedrichs Absicht, einmal die vorwaltende Autorität, die Österreich bisher in den Reichsangelegenheiten gehabt, zu brechen und selbst einen überwiegenden und leitenden

Einfluß auf die allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands zu gewinnen, sodann auf Grundlage des weltlichen Fürstentums das Reich für immer umzugestalten. Indem er weiter den Plan ins Auge faßte, für den Kaiser doch Böhmen zu gewinnen, um die Hausmacht desselben zu stärken, wandte er sich, da die der Union zu Gebot stehenden Mittel durchaus nicht ausreichend waren, an Frankreich und fand hier infolge der durch den Wormser Vertrag hervorgerufenen Erregung bereitwilliges Entgegenkommen. Soeben hatte der Versailler Hof den vor 10 Jahren mit Spanien geschlossenen Familienpakt in umfassenderem Sinne erneuert und am 5. Juni 1744 schlossen Frankreich und Preußen den Traktat zu Paris. Zugleich trat Friedrich mit Rußland und Schweden über eine Tripelallianz in Unterhandlungen, die guten Fortgang nahmen.

Der Verabredung gemäß eröffneten die Franzosen den Feldzug durch einen Einfall in die Niederlande und durch den Aufmarsch einer Armee am Oberrhein. Friedrich hatte sich Mitte August 1744 in Bewegung gesetzt und war in drei Kolonnen durch Sachsen über das Gebirge in Böhmen eingerückt; eine vierte Kolonne brach unter Schwerin von Schlesien her in Böhmen ein: alles in beschleunigten Märschen, so daß schon am 3. September die ganze Armee vor Prag stand, dessen Belagerung sofort begonnen und mit solcher Energie betrieben wurde, daß sich am 16. Stadt und Besatzung ergab. Nachdem in raschem Zuge die Städte Tabor und Budweis genommen waren, sah Friedrich Böhmen zu seinen Füßen.

Österreich, das den Kampf bisher nur fortgesetzt hatte, um für die Abtretungen, die es an Preußen gemacht, eine Entschädigung zu erlangen, aber dabei auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen war, begrüßte den Einfall Friedrichs in Böhmen als eine besondere Gunst des Schicksals, das ihm dadurch die Möglichkeit bot, Schlesien selbst wieder zu erobern. Daher stand gleich im ersten Augenblick in Wien der Beschluß fest, alles andere hintanzusetzen und die ganze Kraft gegen Friedrich zu wenden. Infolgedessen wurden alle österreichischen Truppen vom Rhein nach Böhmen gezogen, und da die Franzosen ganz unthätig waren und es sogar unterließen, die abziehenden Österreicher zu verfolgen, so erkannte Friedrich, daß die ganze Wucht des Kriegs wieder auf ihm liegen

werde. Auch seine Hoffnung, die Sachsen wieder auf seine Seite zu ziehen, schlug fehl; sie verbündeten sich vielmehr mit den Gegnern, ließen 20000 Mann in Böhmen einrücken und zu den Österreichern stoßen.

Friedrich hatte seinen ganzen Feldzugsplan auf die Voraussetzung gebaut, von seinen Bundesgenossen thatkräftig unterstützt zu werden. Da aber diese Voraussetzung nicht eintrat, so war sein Feldzugsplan verfehlt und seine Stellung in Böhmen unhaltbar. Er mußte sich entschließen, abermals den Rückzug anzutreten, den er auch in der Richtung nach Prag rasch vollzog. Da ihm aber die Österreicher zuvorkamen, um ihm von seinen Magazinen in Prag abzuschneiden, blieb ihm nichts übrig, als sich nach Schlesien zu wenden. Unmittelbar auf dem Fuße folgten ihm die österreichischen Regimenter, und gleichzeitig ergossen sich starke ungarische Scharen über Oberschlesien. Friedrich, der bereits nach Berlin zurückgekehrt war, überließ die Säuberung des Landes dem Fürsten von Dessau, und dieser drängte bis zum Februar 1745 den Feind wieder allenthalben aus dem preußischen Gebiet zurück.

Unterdessen hatten die Franzosen Freiburg und den Breisgau für Karl VII. erobert und hielten diese Gegenden besetzt, ein anderes französisches Heer nahm eine starke Stellung am Mittelrhein und an der Lahn ein. Soeben war die kaiserliche Armee, verstärkt von hessischen und pfälzischen Truppen, im Begriff nach Bayern zu marschieren, um die noch in den Händen der Österreicher befindlichen Festungen zu nehmen, als Karl VII. am 20. Januar 1745 ganz unerwartet starb. Mit dem Abgang dieser Persönlichkeit aber, um deretwillen der ganze Kampf unternommen war, fiel auch für die Verbündeten die Verpflichtung weg, das bayerische Haus im Kaisertum zu erhalten. Sofort setzten die Franzosen ihre Waffen in Ruhe und ließen sogar Bayern selbst in die Hände der Österreicher fallen. Da der junge Kurfürst Maximilian Joseph nach einem vergeblichen Widerstandsversuche bei Pfaffenhofen selbst erkannte, daß er die Ansprüche seines Vaters nicht behaupten könne, so schloß er unter Verzichtleistung auf dieselben am 22. April 1745 mit Österreich den Frieden zu Füssen, worin er gegen Rückgabe seines Landes

versprach, dem Gemahl der Maria Theresia seine Stimme bei der neuen Kaiserwahl zu geben.

Nun konnte die Königin ihre ganze Kraft auf die Eroberung von Schlesien richten. Schon am 3. Mai schloß sie mit Sachsen einen darauf bezüglichen Vertrag, worin sie August III. die lang gewünschte territoriale Verbindung zwischen Sachsen und Polen versprach. Dem Bunde gehörten auch Holland und England an, die wenigstens durch Subsidien die Kriegsoperationen der beiden Verbündeten unterstützten.

So erwarteten denn den König von Preußen, der am 15. März aus Berlin nach Breslau zur Armee abgegangen war, die größten Widerwärtigkeiten. Die Union deutscher Fürsten, durch welche die Entscheidung in der Frage über das Kaisertum dem Reiche gesichert werden sollte, löste sich auf; an den Höfen wie im Volke erwachte eine tiefgehende Abneigung gegen Preußen, besonders wegen der Verbindung mit Frankreich. Dagegen gewann Österreich immer mehr Sympathieen. Allgemein wünschte man auf dasselbe das Kaisertum übergehen zu sehen. Und nun hatte sogar Bayern seinen Frieden mit Österreich gemacht. Friedrich sah die ganze Gefahr über seinem Haupte sich zusammenziehen. Versuche gütlicher Vermittelung scheiterten an der Kriegslust der Königin. Gleichwohl verzagte Friedrich keinen Augenblick. Als er hörte, daß die österreichischen Streitkräfte, die sich mit den Sachsen auf 100000 Mann beliefen, die Richtung nach Landshut in Schlesien einschlugen, rückte er ihnen entgegen und traf, als die Feinde aus den Gebirgsöffnungen bei Hohenfriedberg hervorrücken wollten, sofort die Anordnungen zur Schlacht. Der Aufmarsch erfolgte in der Nacht, früh um 4 Uhr begann die Schlacht bei Hohenfriedberg, um 8 Uhr waren die Preußen allenthalben Meister des Schlachtfelds. Indem Friedrich den unverfolgt abziehenden Österreichern nach Böhmen nachrückte, beabsichtigte er nur, sich gegen einen neuen Einfall zu sichern und dadurch den Frieden vorzubereiten, den er so sehr wünschte. Und er mochte um so eher hoffen, seinen Wunsch erfüllt zu sehen, als eben England sich ihm zu nähern suchte.

In England hatte man es aufs übelste vermerkt, daß die Königin von Ungarn, nachdem sie kaum die englischen Subsidien

erhalten hatte, ihre Armee aus dem Elsaß zurückzog und gegen Preußen wandte, statt einen Angriff auf Frankreich zu machen. Deshalb trat das englische Kabinett mit Friedrich in Unterhandlung in betreff eines allgemeinen Friedens, und beide Mächte schlossen am 26. August 1745 die **Konvention von Hannover**, deren Hauptinhalt war, daß der König von Preußen Schlesien nach Maßgabe der Breslauer Präliminarien unter Garantie aller europäischen Mächte behalten und dagegen seine Kurstimme dem Großherzog von Toskana geben sollte. Auf dieser Grundlage sollte zwischen Preußen und Österreich ein Friede abgeschlossen werden, und England nahm es über sich, diesen Frieden zu vermitteln.

Aber die Königin von Ungarn dachte nicht an Frieden, bevor sie für das abgetretene Bayern Schlesien wiedererlangt hätte. Ebensowenig zeigte sich Sachsen geneigt, auf die Bestimmungen der Konvention von Hannover einzugehen; vielmehr schloß es sich durch einen neuen Bund unauflöslich an Österreich an (August 1745). Inzwischen hatte Maria Theresia auch aufs eifrigste Stimmen geworben, um ihrem Gemahl die Kaiserkrone zu verschaffen. So wurde am 13. September 1745 der **Großherzog Franz von Toskana zu Frankfurt** von sämtlichen Kurfürsten, mit Ausnahme von Brandenburg und Pfalz, **zum Kaiser gewählt und am 3. Oktober gekrönt.**

Friedrichs Lage war bedenklich, um so mehr als auch seine Geldmittel erschöpft waren. In dieser Not sprang ihm die märkische Ritterschaft mit einer ansehnlichen Summe bei. Friedrich aber beschloß nun den Rückzug aus Böhmen und trat ihn sofort an. Hierbei wurde er von Prinz Karl bei **Soor** (zwischen Trautenau und Königinhof) überrascht und angegriffen. Aber dem Genie Friedrichs und der Todesverachtung und Ausdauer seiner Truppen gelang es, einen glänzenden Sieg zu gewinnen (30. Sept. 1745). In der Lage der Dinge war indes nichts geändert. Die Königin-Kaiserin setzte noch immer ihre Hoffnung auf das Glück der Waffen und machte in Verbindung mit Sachsen neue Anstrengungen zum Kriege. Am 20. und 21. November ließ sie den Prinzen Karl in Schlesien einrücken, damit er sich hier mit den Sachsen unter General Grünne vereinige. Aber ehe dies geschah, warf

sich Friedrich zwischen sie und sprengte die Sachsen bei Hennersdorf (nördlich von Görlitz) auseinander, worauf Prinz Karl unverzüglich sein Heil in einem Rückzuge nach Böhmen suchte. Als er sodann in Sachsen eindrang und sich mit dem sächsischen Heere vereinigte, griff der alte Dessauer die Verbündeten bei Kesselsdorf (westlich von Dresden) an und blieb nach langem mörderischen Kampfe Herr des Schlachtfeldes (15. Dezember 1745). Zwei Tage darauf nahm der König Dresden in Besitz, und hier wurde nach wenigen Tagen der Friede geschlossen. Denn Österreich, zumal unter dem Drucke Englands, das fernere Subsidien verweigerte, konnte nicht länger zögern, die Friedenshand zu bieten. Während es seine Kräfte gegen den König von Preußen zusammenfaßte, hatte es die italienischen Herrschaften verloren gehen lassen. Eben, am 16. Dezember, zog der spanische General in Mailand ein. In dem Frieden von Dresden (18. Dezember mit Sachsen, 25. Dezember mit Österreich) versprach der König von Polen, Preußen im Besitze seiner Länder unter keinem Vorwande jemals zu stören, und Österreich leistete auf alle Ansprüche auf die abgetretenen Länder Verzicht, wogegen Friedrich die Wahl es Großherzogs von Toskana zum deutschen Kaiser anerkannte.

Als Friedrich nach Berlin zurückkehrte, begrüßte ihn sein Volk in lautem Jubel zum erstenmal mit dem Beinamen des Großen; und dieser Jubel zitterte in stärkeren und leiseren Schwingungen in ganz Deutschland nach. Da und dort fing man an, „friedericianisch" zu werden.

Friedrich hatte, wonach er sich so lange gesehnt, den Frieden, und hoffte ihn zu behalten. Denn seinen wahren Ruhm suchte er doch nur in dem Glück und der Wohlfahrt seiner Unterthanen.

Die Jahre des Friedens 1745—1756. Dadurch daß Friedrich aus allen Schlachten des letzten Kriegs als Sieger hervorgegangen war, hatte er sich den Besitz von Schlesien aufs neue gesichert; aber mit seinen weiteren Absichten — den vorwaltenden Einfluß in Deutschland zu gewinnen und in Verbindung mit dem weltlichen Fürstentum das Reich umzugestalten — war er gescheitert. Trotzdem dachte er nicht daran, sich Österreich in irgend einer Beziehung unterzuordnen, vielmehr war er entschlossen, die Stellung

eines europäischen Fürsten einzunehmen und danach zu handeln. Die bedeutende Machtstellung, die er gewonnen, machte es ihm möglich, sich den Frieden, um den er gekämpft, auch zu erhalten. Das ihm von den Engländern gestellte Anerbieten einer ewigen Allianz, wenn er gegen Subsidienzahlung für sie den Krieg mit den Franzosen in den Niederlanden führe, wies er stolz zurück. Mit ruhiger Sicherheit sah er dem weiteren Ringen Österreichs und der Seemächte gegen das überlegene Frankreich zu, sah, wie fast alle österreichischen Niederlande (mit Ausnahme von Luxemburg, Limburg und Geldern) in die Hände der Franzosen fielen (1746), wie der neu erwählte Statthalter, Wilhelm IV. von Oranien, durch den französischen Marschall Moritz von Sachsen 1747 bei Laufeld besiegt wurde, wie die Österreicher siegreich ganz Oberitalien eroberten und in Genua einzogen, um bald wieder daraus vertrieben zu werden, bis endlich die streitenden Parteien aufs äußerste erschöpft Frieden schlossen, wodurch im wesentlichen der Zustand vor dem Kriege hergestellt wurde. Friedrich hatte die Genugthuung, daß in dem Friedenstraktat von Aachen (1748), der die pragmatische Sanktion bestätigte, ihm auf Antrag der Franzosen und unter Zustimmung der Engländer der Besitz von Schlesien garantiert wurde. Darin lag zugleich die Anerkennung der europäischen Machtstellung Preußens ausgesprochen.

Mit der ihm eigenen durchgreifenden Energie widmete sich Friedrich der Sorge für den inneren Ausbau seines Staats und für die Wohlfahrt seines Volks sowohl durch Verbesserung der Gerechtigkeitspflege, Ordnung der Finanzen und Verstärkung und Einübung seiner Armee, als durch Anbau des Landes und Förderung des Handels. In letzterer Beziehung kam ihm die Erwerbung von Ostfriesland sehr gelegen.

Die Ansprüche Brandenburgs auf Ostfriesland reichen zurück bis in die Zeit des Kurfürsten Friedrichs III., als dieser bei Zurückgabe des Schwiebuser Kreises sich die Erbfolge in Ostfriesland hatte zusichern lassen (1694). Diese Anwartschaft war von den Kaisern Joseph I. und Karl VI. bestätigt worden. Als nun der letzte aus dem Hause Cirksena, Karl Edgard, 1744 starb, machte Friedrich der Große seine Gerechtsame, die er noch bei Lebzeiten Karl Edgards von den ostfriesischen Ständen hatte

anerkennen lassen, geltend, ergriff ungehindert von dem Lande Besitz und empfing die Huldigung der Stände. Sofort nahm Friedrich die maritimen Bestrebungen des Großen Kurfürsten wieder auf: Emden wurde zu einem Freihafen erklärt und hier eine asiatische Handelskompagnie gegründet. Überall suchte Friedrich die lebendigen Kräfte seines Staats zu wecken und jeder Provinz zu verschaffen, was ihr gerade not that. Durch die Anlage eines Hafens am Ausfluß der Oder wurde Stettin zu einer wichtigen Handelsstadt erhoben; auch andere Einrichtungen dienten zur Hebung dieses Seeplatzes. Den Verkehr im Innern des Landes suchte er besonders durch die Anlage von Wasserwegen (Plauenscher und Finow-Kanal) zu befördern. Um die Zahl der gewerbtreibenden Bevölkerung zu mehren, zog er fremde Kolonisten ins Land: eine Menge neuer Manufakturen wurden eingerichtet, die alten verbessert. Auch durch Hebung der Landwirtschaft, durch Urbarmachung wüster Strecken suchte er die Ertragsfähigkeit seines Landes zu heben. Jetzt schon begannen die großartigen Arbeiten in den Oder-, Warthe- und Netzebruchen, die teilweise erst in späterer Zeit vollendet wurden, und mit wahrer Lust sah Friedrich auf die neu gewonnenen blühenden Fluren, auf das „Fürstentum", das er ohne Soldaten gewonnen.

Inmitten starker Feinde ohne zuverlässigen Bundesgenossen, nur auf sich selbst angewiesen, hielt Friedrich die Sorge für das Heer für seine wichtigste Pflicht. Daher überlegte er bei jeder neuen Steigerung der Einkünfte, ob er nicht ein paar neue Regimenter errichten könne. Bis zum Jahre 1750 zählte das Heer in seiner Friedensstärke etwa 135 000 Mann — eine ungeheuer hohe Zahl, die außer allem Verhältnis zum Umfang und zur Bevölkerung des preußischen Staats stand. Begnügte sich doch das viermal größere Österreich mit einer Friedensstärke von nur 108 000 Mann. Unermüdlich sorgte Friedrich für die erhöhte Ausbildung und für die Zucht seiner Truppen, die Einübung derselben fand unter seiner unausgesetzten persönlichen Teilnahme statt. Er führte die Manöver größerer Truppenmassen ein, um die „Offiziere im großen Dienst zu üben".

In diesem wohlgeübten Heere suchte er auch einen kriegerischen Geist zu wecken und groß zu ziehen. Die militärische Tugend

setzte er in drei Dinge: Ordnung, Gehorsam und Tapferkeit. „Die zur Gewohnheit gewordene Ordnung bewirke, daß in den dringendsten Gefahren die Verwirrung der Preußen doch noch mehr Haltung in sich habe als die gewöhnliche Haltung anderer Truppen. Der Gehorsam mache, daß niemals über die Ausführbarkeit einer gebotenen Unternehmung hin- und hergeredet werde. Die Tapferkeit beruhe darauf, daß die Offiziere nur von den Waffen ihr Glück erwarten, und daß der Soldat Zutrauen zu sich selbst habe und als Ehrenpunkt betrachte, niemals zu weichen.“ Wenn Friedrich so seine Soldaten mit dem Gefühl der Pflicht und Ehre erfüllte, so glaubte er dennoch der barbarischen Zucht nicht entbehren zu können, durch die bisher die außerordentlichen Vorzüge der preußischen Armee erreicht worden waren. Es mochte dies um der angeworbenen Truppen willen geschehen, aus denen Friedrichs Heer noch zum großen Teil bestand — etwa 80000 Mann von den 135000 seines Heers; indes erstreckte jene Zucht sich auch auf die Landeskinder, meist Bauernsöhne — und wenn diese trotzdem mit vollster Hingebung an ihrem Kriegsherrn hingen, so geschah dies, nicht nur weil der König trefflich für seine Leute sorgte und wollte, daß sie es im Regiment besser haben sollten als daheim, sondern auch weil diese sich in ihrem Soldatenstande als Mitglieder einer Gemeinschaft fühlten, die bis zum Könige hinaufreichte. Auch in dem Geringsten dämmerte nach und nach das Gefühl auf, daß, wenn man für den König litt, darbte und blutete, man damit den höchsten Interessen des Staats diente. Zuerst im preußischen Heere erwachte wieder ein nationales Selbstgefühl.

Friedrichs Sorge für die Gerechtigkeitspflege. Bauern und Adel. Im übrigen war Friedrich eifrig bemüht, die Lage der Bauern möglichst zu bessern und die Härten der Erbunterthänigkeit und Leibeigenschaft, die damals noch bestand, zu mildern. Er drang darauf, daß die Gutsherren den Bauern einige Tage der Woche frei lassen sollten, um ihre eigenen Geschäfte zu besorgen, wobei er freilich auf starken Widerstand seitens des Adels stieß.

Eine Hauptaufgabe seiner Regierung sah Friedrich in der Justizreform, die er durch Samuel Cocceji ausführen ließ. Die Rechtspflege befand sich in der äußersten Verderbtheit. Auf dem Lande ließen die Amtleute die Justiz vielfach nicht, wie

sie sollten, durch einen verpflichteten Rechtsgelehrten ausüben, sondern thaten dies selbst, wobei sie nur auf ihren eigenen Nutzen sahen. In Preußen lag die Rechtspflege in den Händen ganz ungelehrter, blutarmer Verweser, denen unkundige Gerichtsschreiber beigegeben waren. An ähnlichen Gebrechen litten die Obergerichte, deren Räte so schlecht besoldet waren, daß sie durch Nebenverdienste sich ihren Unterhalt verschaffen mußten. Coccejis Reformplan bezog sich auf drei Punkte, auf Umbildung der Kollegien, des Verfahrens und der Gesetzgebung selbst. Die obersten Kollegien sollten nur noch aus gelehrten, zuverlässigen, auskömmlich besoldeten Leuten bestehen, die Behandlung eines Prozesses sollte nicht länger als ein Jahr dauern dürfen, und endlich sollte an die Stelle des römischen Rechts, das, an sich dunkel, noch durch das sächsische und kanonische Recht und unzählige Einzeledikte verwirrt werde, ein allgemeines Landrecht treten. Die neuen Einrichtungen wurden zunächst in Pommern eingeführt, wo die Justizverwaltung in der größten Verwirrung war, und es gelang in acht Monaten 2400 Prozesse, die zum Teil schon lange schwebten, zu Ende zu bringen, so daß kein Prozeß übrig blieb, der älter war als ein Jahr.

Unmittelbarer als diese Reform wirkte der König in Person. Er duldete es nicht, daß sich jemand, mochte er noch so hoch gestellt sein, Willkürlichkeiten gegen das Volk erlaubte. Wer sich beeinträchtigt glaubte, hatte sein Recht vor den Gerichten zu suchen, und hier war den Richtern aufs strengste zur Pflicht gemacht, ohne Ansehen der Person ihre Urteile zu fällen. Daher griff der König nie selbst in den Gang der Prozesse ein. „Die Gesetze müssen sprechen und der Herrscher schweigen.“ Änderte er einmal ein Strafurteil, so geschah es, weil es ihm in Anbetracht der näheren Umstände ungerecht erschien, und stets nur im Interesse der Armen und Gedrückten.

Obwohl so der König den Grundsatz vollkommenster Gleichberechtigung seiner Unterthanen vor dem Gesetz mit größter Strenge durchführte, so hütete er sich doch, den Unterschied der Stände, wie er thatsächlich bestand, aufzuheben und zu verwischen. Den Adel suchte er in seiner bevorrechtigten Stellung zu erhalten: ihm behielt er die höchsten Stellen im Heere wie die obersten Hof- und Staatsämter vor. Denn nur beim Adel glaubte

er jenes entwickelte Ehrgefühl voraussetzen zu dürfen, das diese hohen Ämter erforderten. Auch suchte er den Adel im Besitz seines Grunds und Bodens zu schützen und sah es ungern, wenn Rittergüter in die Hände von Bürgerlichen übergingen, die sich seiner Meinung nach mit Manufakturen, Kommerz und dergleichen bürgerlichen Gewerben abgeben sollten. Indes befähigten Titel und hohe Geburt allein in den Augen Friedrichs durchaus nicht zur Führung hoher Ämter: „Es kommt allezeit auf mérite personel an“.

Friedrichs Stellung zu Religion und Kirche. Es war ebensosehr eine Folge des Bildungsganges, den Friedrich genommen, als im Sinne des Zeitgeistes, daß er allen Konfessionen gegenüber die unbeschränkteste religiöse Toleranz übte, „zwischen Rom und Genf neutral war“, wie er sich einmal ausdrückte. In diesem Grundsatze mußte ihn die Erwerbung eines vorzugsweise katholischen Landes wie Schlesien mächtig bestärken. Gleiche Gesinnung verlangte er aber auch von seinen Unterthanen ihren andersgläubigen Mitbürgern gegenüber. Dabei betrachtete er es, treu dem Vorbilde seiner Ahnen, als seine besondere Aufgabe, ein Hort des Protestantismus zu sein überall, wo er not zu leiden in Gefahr kam. Als der Erbprinz von Hessen-Kassel zur katholischen Religion übertrat, verbürgte Friedrich mit andern protestantischen Mächten den Landständen die Erhaltung des evangelischen Bekenntnisses. Mit besonderem Eifer nahm er sich der ungarischen Protestanten an. Um den Einfluß der schlesischen Jesuiten auf die höheren Klassen, der ihm gefährlich schien, zu brechen, berief er Jesuiten aus Frankreich, die vermöge ihrer höheren Bildung jene in dem Einfluß auf die höheren Stände verdrängten und sich dem Interesse des Königs ergeben zeigten. Denn an dem Grundsatze hielt Friedrich unverrückt fest, daß er der oberste Bischof des Landes sei für Protestanten sowohl wie für Katholiken. Es war daher als ein Glück zu betrachten, daß das Oberhaupt des schlesischen Klerus, der Kardinal-Erzbischof Singendorf, auf diese Anschauungen des Königs einging, und daß auf dem Stuhle Petri gerade damals ein Papst saß, Benedikt XIV. (1740—1758), der überall ein gutes Einvernehmen mit den weltlichen Fürsten herzustellen suchte.

Daß Friedrich auf die Glaubenslehren seines Bekenntnisses wenig Gewicht legte, hinderte ihn nicht, hie und da als Verteidiger des Christentums gegen die Verächter desselben aufzutreten und die Pflege einer ernsten Gottesfurcht im Volke eifrigst zu empfehlen. Da er aber persönlich dem Kern der christlichen Lehre fremd blieb, so stumpfte sich allmählich das Urteil des Volks über den Wert der Glaubenslehren ab, und man fing an zu meinen, daß einer auch ohne feste und bestimmte Glaubensform ein weiser und großer Mann sein könne. Das als Staatsgrundgesetz richtige Prinzip der Toleranz wandelte sich in der Masse zur Gleichgültigkeit um, die das Wort Friedrichs: „Jedermann kann in meinem Staate nach seiner Façon selig werden" in dem Sinne auffaßte: was einer glaubt, ist gleichgültig, wenn er nur rechtschaffen lebt.

Kunst und Wissenschaft fanden in Friedrich einen eifrigen Förderer, und an der Pflege der letzteren nahm er selbst regen Anteil. Gleich in den ersten Jahren seiner Regierung wurde die Gesellschaft der Wissenschaften, die bisher ein ziemlich dunkles Dasein geführt, in eine Akademie umgewandelt, welche schon im Januar 1744 ihre Sitzungen eröffnete und bald bedeutende Gelehrte unter ihren Mitgliedern zählte. Friedrichs Freund, der französische Gelehrte Maupertuis, wurde deren ständiger Präsident. Friedrich selbst war einer der fleißigsten Mitarbeiter. 1747 wurden die ersten Abschnitte seiner brandenburgischen Denkwürdigkeiten vorgelesen, 1748 das von ihm verfaßte Leben des großen Kurfürsten, das sich ebensosehr durch klare Faßlichkeit der Behandlung als durch Eleganz der Darstellung auszeichnet. Daß die Abhandlungen dieser deutschen Gesellschaft erst ins Französische übersetzt werden mußten, um gedruckt zu werden, hing mit des Königs Vorliebe für diese Sprache zusammen und hatte wenigstens den Vorteil, daß die Resultate der gelehrten Forschung auch über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt wurden.

Die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse in den mittleren und unteren Schichten der Gesellschaft lag dem Könige weniger am Herzen und für den Volksunterricht that er nicht mehr, als ihm seine königliche Stellung gerade gebot.

Wie Friedrich Berlin zum Mittelpunkt geistigen Lebens und Schaffens zu machen suchte, so gab er seiner Residenz auch äußerlich immer mehr das Ansehen einer europäischen Hauptstadt. Er gewährte der Akademie der Wissenschaften eine würdige Stätte, gründete die große Oper (eröffnet 1742) und ließ 1747 den Grundstein zu einer prächtigen katholischen Kirche legen; 1750 wurde die neue Domkirche vollendet.

Für sich selbst ließ der König bei Potsdam ein Schloß bauen, dem er selbst den Namen „Sanssouci" gab. In der Zurückgezogenheit, in der er hier lebte, nahm Friedrich die Studien, die ihm in Rheinsberg lieb gewesen, wieder auf. Aber auch der Umgang mit geistreichen Leuten war ihm Bedürfnis.

Zu dem Kreise vertrauter Männer, die Friedrich hier um sich versammelte, gehörten vor allem Franzosen: der Marquis d'Argens, de la Mettrie, Maupertuis und Voltaire. Was Friedrich an dem letzteren anzog, war neben dem sprudelnden Geist und glänzenden Witz die Meisterschaft, mit der er die französische Sprache schrieb. Friedrich, der selbst fast nur französisch sprach und das, was seinen Geist und sein Gemüt bewegte, nur in französischen Versen ausdrückte, wollte dies so vollkommen als möglich thun, weshalb er den Meister des französischen Stils, Voltaire, aufforderte, zu ihm nach Berlin zu kommen, damit er von ihm lerne. Friedrich unterwarf sich der Kritik des unnachsichtigen Lehrers mit der Treue eines zweckbewußten Schülers, der die Gaben der Natur durch Fleiß zu vollenden sich bestrebt. Aber das freundschaftliche Verhältnis beider Männer erlitt durch den Charakter Voltaires, der von Eifersucht und Geldgeiz beherrscht war, manchen Stoß. Zwar bemühte sich der König an seinem Teil ein erträgliches Verhältnis mit dem geistvollen Manne zu erhalten. Da aber Voltaire bald jede Rücksicht außer acht ließ, kam es zum Bruch, infolgedessen Voltaire Berlin und Preußen verlassen mußte. In der Ferne stellte sich auf brieflichem Wege wieder ein etwas besseres Verhältnis her.

So fand Friedrich in geistigen Beschäftigungen den höchsten Genuß, in der Sorge für die materielle und geistige Hebung seines Volks und Landes sein wahres Glück.

Friedrich war durchaus Selbstherrscher, aber im edelsten Sinne

des Worts. Alle Angelegenheiten mußten vor ihn gebracht werden, und über alle faßte er, manchmal nach schriftlichen Verhandlungen mit den Ministern, selbständig seinen Entschluß. Jenen blieb nur das Geschäft der Ausführung des königlichen Willens.

Indem Friedrich so in seinem Staate die altpreußischen Traditionen der monarchischen Staatsordnung mit den Kulturbestrebungen des Jahrhunderts versöhnte, gründete er einen Staat von einer Selbständigkeit und Unabhängigkeit, der auch das Volk mit dem stolzen Bewußtsein erfüllte, Träger einer neuen Entwickelungsperiode des deutschen Gesamtlebens zu sein.

Die Reformen Maria Theresias in Österreich. Für Österreich wurde der Kampf, den es um seine Integrität geführt hatte, ein innerer Läuterungsprozeß, in welchem das Land seine bisher gebundenen Kräfte gebrauchen und verwerten, „seine vielgliedrige Unbeholfenheit“ überwinden und die einzig wirksame Hülfe in sich selbst suchen lernte.

Sobald Maria Theresia vor ihren Feinden Ruhe hatte, machte sie sich sofort an die Neugestaltung der inneren Verhältnisse ihrer Länder und schuf in den Jahren 1748—1756 ein neues, das „theresianische“ Österreich. Der Kern ihrer Reformen liegt in der „durchgreifenden Centralisation der obersten Verwaltungsbehörden, in dem neuen System der Grundlasten und indirekten Steuern“ (Urbarialreform), in der Unterstützung von Gewerbe und Handel durch den Staat, in der Heeresorganisation und den Anfängen der Neugestaltung des Unterrichts.

Zunächst wurde die Justiz von der Verwaltung getrennt und für jene ein Justizministerium, für diese ein Ministerium des Inneren geschaffen („Direktorium der inneren Angelegenheiten“, 1762—1763 in die „vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei“ umgewandelt). Damit im Zusammenhange steht die neue Bearbeitung des gemeinen bürgerlichen und des Strafrechts sowie der Gerichtsordnung.

Die Urbarialreform bezweckte die Hebung des Bauernstandes durch die Lockerung der Leibeigenschaft, die richtigere Verteilung der Steuerlast und durch die Vermessung und Abschätzung des Nutzbodens (Steuerkataster), ferner den staatlichen Schutz der Grundunterthanen gegenüber den Grundherrschaften und endlich die

Steigerung der Steuerkraft durch Hereinziehung des weltlichen Herrenguts und des geistlichen Besitzes in die Grundsteuer, also Mitbesteuerung der bisher privilegierten Stände. Die Durchführung dieser tiefeingreifenden Reformen zog sich bis gegen das Ende der Regierung Maria Theresias hin.

Infolge der Reform der Grundlasten nahm die Landwirtschaft einen sichtbaren Aufschwung. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit schenkte Maria Theresia dem Fabrik- und Gewerbewesen, das während ihrer Regierungszeit zu hoher Blüte gedieh. Jetzt fängt man auch in Österreich an, dem damaligen Bedürfnis entsprechend, der Unternehmungslust durch staatliche Unterstützung einen neuen Impuls zu geben: bald bringt es die böhmische Glasfabrikation, die mährisch-schlesische Tuch- und Leinenindustrie zu europäischem Ruf. Die Handelskompagnieen heben sich. 1763 vermittelten 12 Schiffe den Handel nach Ostindien. Auch die Flußschiffahrt hob sich bedeutend.

Die Frucht dieser fördernden Thätigkeit des Staats fand ihre greifbare Gestalt in der Erhöhung des Staatseinkommens, das 1754 auf nahezu 40 Millionen Gulden geschätzt wird und in stetiger Zunahme begriffen war. Aber die Kriege der darauffolgenden Zeit steigerten die Staatsschuld zu solcher Höhe, daß die Steuerkraft des Landes den Bedürfnissen nicht mehr gewachsen war.

Der Verbesserung des Heerwesens, besonders der Artillerie, widmeten hervorragende Männer, darunter Daun und Lascy, ihre Kraft. Das Heer, mit welchem der österreichische Staat in den siebenjährigen Krieg ging, belief sich auf 200 000 Mann.

Wie in allen diesen Reformen eine Weiterbildung der landesfürstlichen Überwachung und Bevormundung zu Tage tritt, so „offenbart sich auch in dem Verhältnis von Staat und Kirche in dieser Epoche eine wachsende Geltendmachung des landesfürstlichen Aufsichtsrechts überall dort, wo die Kirche staatliche Interessen berührte". Ohne Rücksicht auf den Widerstand der Hierarchie war die Kaiserin während ihres ganzen Lebens beflissen, die kirchlichen „Mißbräuche zu beseitigen, den Klerus nach evangelischen Grundsätzen auf die Predigt, den Gottesdienst, die Verwaltung

der Sakramente und die kirchliche Disziplin zu beschränken". Auch entwand Maria Theresia die Volksschule den Händen der Kirche und nahm sie ganz für den Staat in Anspruch. Die dahingehenden, sehr regen Bestrebungen fallen indes erst in die Zeit nach dem siebenjährigen Kriege (seit 1766). Dagegen wurde schon 1748 die Censur den Jesuiten genommen und einer weltlichen Kommission übergeben, an deren Spitze der gefürchtete Jesuitengegner Gerhard van Swieten (aus Leyden) stand.

Diese reformierenden Bestrebungen auf dem Gebiete des Unterrichts machten sich seit 1769 auch in Ungarn geltend, während im übrigen dieses Land seine Autonomie nicht nur zu bewahren wußte, sondern auch zu erweitern bestrebt war. Denn die Nachgiebigkeit, die Maria Theresia in Kriegsnöten (s. S. 133) diesen Bestrebungen der Ungarn gegenüber gezeigt hatte, ließ Ungarn als ein selbständiges Ganzes, Österreich demnach als einen Doppelstaat, zusammengesetzt aus den deutsch-böhmischen Erbländern und den Ländern der ungarischen Krone, erscheinen. Das nationale Bewußtsein der Ungarn wuchs dadurch in solchem Maße, daß man sich scheute, die Reformen auf das „Reich jenseits der Leitha" auszudehnen. Die Ungarn aber schraubten ihre Ansprüche immer höher und beanspruchten die Hegemonie über Kroatien und Serbien, ohne Rücksicht auf die gesetzliche Autonomie des ersteren und die Privilegien des letzteren. Daraus ergaben sich große Schwierigkeiten für die Regierung. Auch der Druck, den der katholische Statthalterrat Ungarns gegen die Protestanten ausübte, brachten der Regierung, besonders infolge der Einmischung des Auslands, schwere Unannehmlichkeiten. Am empfindlichsten jedoch machte sich die hartnäckige Weigerung des ungarischen Reichstags, auf eine Erhöhung der Steuern (Kontribution) einzugehen, fühlbar. Infolgedessen vermied es Maria Theresia ein volles Jahrzehnt, den ungarischen Reichstag einzuberufen.

Eine offene Wunde am vielgliedrigen Staatskörper Österreichs blieben die Niederlande (Belgien). Nachdem der Aachener Friede 1748 den Nöten des unter den französischen Erpressungen seufzenden Landes ein Ende gemacht, übernahm wieder die österreichische Regierung die Verwaltung, an deren Spitze Prinz Karl von Lothringen, des Kaisers Bruder, gestellt wurde.

Ursprung des siebenjährigen Kriegs. Obwohl im Aachener Frieden die Garantie Schlesiens für Preußen enthalten war und so dieser Erwerb eine neue, europäische Sanktion erhalten hatte, so hielt doch Österreich die Abtretung nicht für definitiv. Schon im Mai 1746, wenige Monate nach dem Abschlusse des Dresdener Friedens, hatte die Kaiserin sich in einem Bundesvertrage mit Rußland das abgetretene Gebiet wieder zusagen lassen. Seitdem erfüllte die Wiedergewinnung dieser Provinz alle ihre Gedanken. Ihr Staatskanzler Graf Kaunitz bemühte sich, Frankreich für Österreich zu gewinnen und dadurch Friedrich dem Großen diejenige Allianz zu entziehen, auf die er sich in europäischen Angelegenheiten hauptsächlich stützte. Bei diesem Bestreben wurde Kaunitz durch die Gestaltung der allgemeinen europäischen Verhältnisse wesentlich gefördert.

England war geneigt, an der Allianz mit Österreich festzuhalten und Georg II. von England bemühte sich, die Kaiserin durch wesentliche Dienste zu verpflichten: er hatte, um die Ruhe Deutschlands auf die Dauer vor den ehrgeizigen Unternehmungen Preußens zu sichern, den Plan gefaßt, die Wahl des damals neunjährigen Erzherzogs Joseph zum römischen König zu bewirken (1750) und für diesen Plan die kurfürstlichen Stimmen von Sachsen, Bayern, Mainz, Trier und Köln gewonnen, fand jedoch in einer Anzahl mittlerer Staaten Deutschlands vielen Widerspruch und wurde in seinem Eifer schließlich selbst dem Wiener Hofe lästig. Das verstimmte den König Georg, und diese Verstimmung ging bald in Verbitterung über. England hatte nämlich das größte Interesse daran, daß die südlichen Niederlande (Belgien) nicht in französische Hände gerieten.

Daher war im Utrechter Frieden (1713) Belgien den Österreichern als ein „unveräußerlicher erblicher Besitz" übergeben worden, der nie und in keiner Form an einen Fürsten des Hauses Bourbon übertragen werden dürfe. Die Unabhängigkeit dieses Gebiets sollte durch österreichische und holländische Truppen gewahrt werden. Aber Österreich hatte in letzter Zeit nichts für die Sicherheit des Landes gethan, es vielmehr nur als geeignetes Objekt betrachtet, um durch Überlassung desselben an Frankreich sich die Wiedererlangung Schlesiens zu ermöglichen. Nach wie vor

lag das Land jedem Feinde offen. Jetzt aber drängten die Engländer mit Ungestüm, daß Österreich seinen Verpflichtungen zum Schutze Belgiens nachkomme. Denn eben nahm der Gegensatz, der schon lange zwischen Frankreich und England in Bezug auf ihre maritimen und kommerziellen Interessen bestand (s. S. 124), eine Gestalt an, daß ein feindlicher Zusammenstoß unvermeidlich war. Schon war es (1753—1754) in Amerika zu vereinzelten Waffendemonstrationen gekommen, ohne daß förmlich der Krieg erklärt gewesen wäre. Dies geschah erst am 18. Mai 1756.

Eben dieser zwischen Frankreich und England ausbrechende Krieg war es, den der österreichische Staatskanzler benutzen wollte, um den König von Preußen niederzukämpfen.

Da nämlich die Franzosen bei der Überlegenheit der Engländer zur See nicht hoffen durften, ihnen auf diesem Elemente etwas anhaben zu können, so waren sie darauf angewiesen, dieselben in ihren kontinentalen Besitzungen, in Hannover, also auf deutschem Gebiet anzugreifen. Um nun Hannover gegen einen Angriff von seiten Frankreichs zu sichern, beabsichtigte England, die alte Allianz mit Österreich zu erneuern und sie durch einen Subsidienvertrag mit Rußland zu erweitern. Graf Kaunitz aber erklärte sich zum Schutze Hannovers und der südlichen Niederlande gegen Frankreich nur unter der Bedingung bereit, daß England gemeinsam mit Österreich den König von Preußen angreife. Diese Bedingung konnten die Engländer nicht annehmen, sie wandten sich daher an König Friedrich von Preußen, von dem sie erwarteten, daß er auf die deutschen Reichslande des Königs von England weder selbst noch in Verbindung mit den Franzosen einen Angriff machen werde; vielmehr hofften sie, er werde diese letzteren verhindern, einen solchen zu unternehmen.

Friedrich war damals ganz besonders friedlich gesinnt. Der Friede schien ihm für seine Lande ein Gebot der Notwendigkeit zu sein. Um so unangenehmer war ihm deshalb der soeben zwischen England und Frankreich ausbrechende Krieg; denn er sah ein, daß nicht nur seine rheinischen und westfälischen Gebiete vom Kriegsgetümmel berührt, sondern auch er selbst zur Teilnahme am Kriege aufgefordert werden würde. Aber im Bunde mit Frankreich in einen Krieg gegen Österreich, England und Rußland verwickelt zu

werden, schien ihm höchst gefährlich. Wenn dagegen Friedrich in eine Verbindung mit England trat, so konnte er erwarten, daß Frankreich von einem Angriff innerhalb Deutschlands abstehen und England womöglich ein gutes Verhältnis Preußens mit Rußland herbeiführen werde. So würde Österreich der Möglichkeit beraubt werden, die Wiedereroberung Schlesiens zu unternehmen. Daher schloß er einen Neutralitätsvertrag mit England (16. Januar 1756), in welchem dieses den Einmarsch der Russen in Preußen, Preußen dagegen den Einmarsch der Franzosen in Hannover zu hindern versprach.

Trotz dieses Vertrags mit England hoffte Friedrich doch auch mit Frankreich ein gutes Verhältnis wahren zu können. Gelang ihm dies, so gewann er eine Stellung von dem größten Einfluß sowohl auf die englische als auf die französische Politik. Darin aber sahen die Kaiserin und ihr Staatskanzler Kaunitz eine Schmälerung des Ansehens des Hauses Österreich im deutschen Reiche wie in Europa. Unmittelbar nachdem England den österreichischen Antrag eines gemeinsamen Angriffs auf Preußen abgewiesen hatte, wandte sich Graf Kaunitz daher an Frankreich, um in Verbindung mit diesem und Rußland seine Pläne gegen Friedrich durchzusetzen. Er war bereit, die Verbindung des Wiener Hofs mit England aufzugeben und zur Bekämpfung des Königs von England als Kurfürsten von Hannover mitzuwirken, verlangte aber dafür, daß Frankreich auch zur Schwächung des Königs von Preußen beitrage.

Damit fand er bei Frankreich bereitwilliges Entgegenkommen, da es sich durch den preußisch-englischen Neutralitätsvertrag von einem Angriff auf Hannover ausgeschlossen sah. Gleichwohl zögerte Frankreich lange, ehe es sich entschloß, mit Preußen zu brechen. Zwar haßte die damals in Frankreich allmächtige Marquise von Pompadour, welche die Entschließungen des in Lüsten erschlafften Königs Ludwig XV. beherrschte, Friedrich den Großen wegen seiner Spottverse auf sie, die ihr Voltaire in Abschrift zugehen ließ, und war ganz für die österreichische Allianz eingenommen, aber die Minister widersprachen, und so mußte sie ihre Zeit abwarten. Den Ausschlag gaben die konfessionellen Verhältnisse. Die Interessen Frankreichs und Österreichs trafen zu-

sammen in der Unterdrückung des Protestantismus. Im Bunde Englands mit Preußen aber sah man eine protestantische Allianz. Seitdem die Marquise von Pompadour zu einer fanatischen Tochter der katholischen Kirche geworden war und Ludwig XV. sich der Hoffnung hingab, trotz der Menge seiner Sünden sich den Himmel verdienen zu können, wenn er die Ketzerei ausrotte, war man auch in Frankreich geneigt, um das Heil der Kirche zu fördern, mit Österreich eine dauernde Verbindung einzugehen. So wurde zwischen beiden Mächten der Allianzvertrag von Versailles geschlossen (28. Mai 1756): Österreich verspricht am Kriege zwischen Frankreich und England in keiner Weise teilzunehmen, also auch die französischen Angriffe auf deutsches Gebiet (Hannover) zu dulden, wogegen Frankreich auf einen Angriff auf die österreichischen Niederlande verzichtet. Dazu sicherte sich Österreich in einem geheimen Artikel die Hülfe Frankreichs gegen Preußen im Falle, daß von diesem ein Angriff ausgehen würde, und versprach dafür die Abtretung der Niederlande an Don Philipp, der dafür die italienischen Herzogtümer Parma, Piacenza, Guastalla herausgeben sollte, die ihm im Aachener Frieden zuerkannt worden waren.

Während also der König von Preußen vor allem eine Invasion der Franzosen und Russen in Deutschland verhindern wollte, und aus dieser Rücksicht seine vornehmste Allianz, die mit Frankreich, aufs Spiel setzte, war der kaiserliche Hof bereit, das Unternehmen der Franzosen gegen Hannover zuzulassen, weil dadurch die Ausführung der gegen Preußen gerichteten feindseligen Pläne erleichtert wurde.

Mit Rußland hatte die englische Regierung, noch vor dem Abschlusse des Neutralitätsvertrags mit Preußen, zur Zeit als sie mit Österreich noch in gutem Einvernehmen stand, einen Subsidientraktat geschlossen, dessen Spitze, der damaligen Stellung Englands entsprechend, gegen Preußen gerichtet war. Nach dem Abschlusse des Neutralitätsvertrags jedoch verlor dieser Traktat allen Sinn. Aber die Kaiserin Elisabeth, die in Friedrich dem Großen den gefährlichsten Nebenbuhler ihrer Macht im Norden sehen zu müssen glaubte und außerdem gegen die Person desselben voll leidenschaftlichen Hasses war, hielt trotz der Zerrüttung der russischen Finanzen und der schlechten Verfassung des Heers an dem Ge-

danken einer Demütigung Preußens fest und trat in die freundschaftlichsten Beziehungen zu Österreich. Unverzüglich legte die russische Regierung dem österreichischen Staatskanzler einen Plan zur sofortigen Offensive und zur Teilung der preußischen Monarchie vor und bedang sich selbst die Eroberung des Herzogtums Preußen aus, das an Polen fallen sollte. Kaum konnte der russische Eifer von verfrühtem Losschlagen abgehalten werden.

Auch Dänemark und Schweden gelang es in das antipreußische Interesse zu ziehen. Zwar mühte sich die französische Regierung vergebens, einen Seebund zustande zu bringen; doch wurde unter dem Einfluß Rußlands soviel erreicht, daß Dänemark und Schweden eine „maritime Union“ schlossen, die unter Umständen dem englischen Handel recht lästig werden konnte.

Bei den Verhandlungen mit Österreich hatte Rußland verlangt, daß mit Beginn der Operationen auch Sachsen zum Beitritt aufgefordert werden sollte, mit welchem Frankreich schon seit langem Unterhandlungen wegen Erneuerung des Subsidienvertrags pflog. Da nun Friedrich infolge der Eroberung Schlesiens nicht nur die Verbindung zwischen Sachsen und Polen beherrschte, sondern auch Sachsen selbst gefährdete, so erschien die Schwächung Preußens im Interesse Sachsen-Polens eine Notwendigkeit, und August III. trug um so weniger Bedenken, sich der französisch-österreichisch-russischen Allianz anzuschließen, als er sich mit den kaiserlichen Frauen und der königlichen Buhlerin im Hasse gegen Friedrich begegnete.

Auch Kurfürst Max Joseph von Bayern und der Landgraf von Hessen-Darmstadt waren für das österreichisch-französische Interesse gewonnen.

Der siebenjährige Krieg. Ein Ungewitter ohnegleichen zog sich über dem Könige von Preußen zusammen. Als ihm Mitteilungen von dem Stande der österreichisch-französischen Unterhandlungen gemacht wurden, erkannte er sofort, daß es dabei auf einen Angriff von Hannover abgesehen sei. Auch erhielt er bald darauf Abschrift von Aktenstücken, die ihm einen Einblick in das Treiben seiner Feinde gestatteten.

Zur Verteidigung Hannovers war er entschlossen das Äußerste zu thun. Indes hoffte er noch, im Bunde mit England und

Rußland, von dem er nicht ahnte, daß es sich so enge mit Österreich verbunden hatte, Deutschland den Frieden erhalten zu können. Da hörte er (Juni 1756), daß sich die Russen von England losgesagt und daß russische Truppenanhäufungen in Livland und österreichische an der Grenze von Böhmen und Mähren stattfänden; es blieb ihm keine Wahl, er mußte wieder das Schwert ziehen.

Friedrich war auf jeden Angriff gefaßt. Er hatte rechtzeitig sein Heer auf 150000 Mann gebracht, alles trefflich eingeübte, schlagfertige Truppen; im Staatsschatze lagen 18 Millionen Thaler. Weniger zureichend gerüstet waren seine Gegner. Da Friedrich mit Bestimmtheit erfuhr, daß diese den Angriff gegen ihn erst auf das nächste Jahr aufgeschoben hätten, faßte er den Gedanken, durch einen schnellen und energischen Angriff auf Österreich der vollen Entwickelung der Feindseligkeiten zuvorzukommen; zugleich stand es bei ihm von vornherein fest, daß er mit seinem Angriff auch Sachsen treffen müsse, um nicht diesen Staat, von dessen feindseligen Hetzereien er die Beweise hatte, in seinem Rücken zu lassen. Er glaubte hier um so weniger auf einen nachhaltigen Widerstand rechnen zu müssen, als die Finanzen Sachsens unter Brühls verschwenderischer Verwaltung dem Bankrott nahe waren und das sächsische Heer in der letzten Zeit von 40000 auf 22000 Mann reduziert worden war.

Bevor der König von Preußen den entscheidenden Schritt that, entschloß er sich, bei der Kaiserin Maria Theresia über den Grund ihrer Rüstungen anzufragen. In Wien gab man anfangs eine „ungewisse, orakelhafte" Auskunft. Als aber der preußische Gesandte eine förmliche und entschiedene Erklärung verlangte und abermals eine ausweichende Antwort erhielt, da glaubte Friedrich für seine Sicherheit sorgen und seinen Feinden zuvorkommen zu müssen.

Am 29. August 1756 wurde die sächsische Grenze von den preußischen Truppen in weitem Umkreise überschritten. Aber auch jetzt noch zur Verständigung bereit, wenn nur der Wiener Hof geeignete Vorschläge thue, verlangte Friedrich von der Kaiserin zum drittenmal eine Versicherung ihrer Friedfertigkeit; aber Österreich lehnte jede weitere Erklärung ab. Der Würfel war gefallen.

Das Jahr 1756. Kapitulation der Sachsen. Wenn Friedrich gehofft hatte, die sächsische Macht gleich im Anfang der kriegerischen Bewegung unschädlich zu machen und dann unaufgehalten in Böhmen einzurücken, so sah er sich in dieser Hoffnung getäuscht, denn er fand die sächsische Armee in Kriegsbereitschaft. Freilich zählte sie — unter dem sächsischen Generalfeldmarschall Rutowski — nur 20000 Mann, eine zu geringe Anzahl, als daß man hätte wagen können, mit den Preußen den Kampf aufzunehmen. Statt aber diese Truppen unverweilt auf österreichischen Boden zu führen, beschloß man, das Land nicht zu verlassen, sondern oberhalb Dresden zu Pirna und Königstein auf günstigem Terrain einen leicht zu verteidigenden Lagerplatz zu wählen.

Mittlerweile war der kaiserliche Feldmarschall Brown nach dem Norden Böhmens gerückt, um den Sachsen die Hand zu reichen. Friedrich rückte ihm aber mit allen Truppen, die er bei Pirna entbehren konnte, entgegen und schlug ihn bei Lobositz (auf dem linken Elbufer westlich von Leitmeritz) nach langem blutigen Ringen (1. Oktober). „Seit ich die Ehre habe, die Truppen zu befehligen, habe ich keine solchen Wunder der Tapferkeit gesehen", schrieb der König an Schwerin. Aber auch die Österreicher hatten sich tapfer gehalten,. und unverfolgt zog sich Brown über die Eger. Schon am 11. stand er wieder bei Schandau (in Sachsen auf dem rechten Elbufer nahe der böhmischen Grenze), wo er vier Tage auf das Erscheinen der Sachsen wartete. Als diese nicht kamen, zog er wieder ab. Infolgedessen blieb den Sachsen, die ihr Lager verlassen hatten, keine Wahl mehr als zu kapitulieren (16. Oktober). Es waren 16—18000 Mann, die Friedrich zwang, in seine Armee zu treten. Doch desertierten die meisten von ihnen bei der ersten Gelegenheit. Die Offiziere gingen fast alle in Kriegsgefangenschaft, nur wenige traten in preußische Dienste über. König August ging mit dem Hofe nach Warschau, seine Familie blieb in Dresden.

Das Jahr 1757. Umgestaltung der politischen Verhältnisse. Der zähe Widerstand, den Friedrich bei den Sachsen gefunden, hatte seine Absicht vereitelt, Böhmen im ersten Ansturm zu nehmen. Bei der noch mangelhaften Rüstung der Österreicher hätte ein

rechtzeitiger Angriff die beste Aussicht auf Erfolg gehabt. Aber jetzt war die Jahreszeit zu weit vorgeschritten. Ungewöhnlich früh trat winterliche Witterung ein, und noch vor Ende Oktober mußten die Truppen Winterquartiere in Sachsen, Schlesien und der Lausitz beziehen. Friedrich selbst hatte sein Hauptquartier in Dresden und benutzte die reichen Hülfsquellen des Landes zur Vorbereitung für den nächsten Feldzug. Um aber die öffentliche Meinung über die Pläne seiner Feinde und die Notwendigkeit seines Angriffs aufzuklären, ließ er auf Grund geheimer Papiere, die in den Gemächern der Königin in Beschlag genommen worden waren, von Hertzberg eine Schrift veröffentlichen, in welcher der handgreifliche Beweis von der feindseligen Gesinnung des sächsischen Kabinetts geliefert war.

Diese Schrift machte überall, besonders in Frankreich, großes Aufsehen, und es trat ein solcher Umschwung in der Stimmung zu Friedrichs Gunsten ein, daß mehrere Mitglieder des Konseils laut und offen das Verfahren des österreichischen und sächsischen Hofs tadelten und im französischen Volke die Ansicht zum Durchbruch kam, daß eine Niederlage Preußens gegen das Interesse Frankreichs sei. Auf die Haltung des Kabinetts hatte dies jedoch keinen Einfluß, denn mit der Eröffnung des Kriegs durch Preußen war die durch den Versailler Vertrag eingegangene Verpflichtung, mit Truppen und Geld den Österreichern zu helfen, in Kraft getreten. Demnach erklärte der Hof von Versailles, daß Frankreich seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Bei Metz sollte ein Korps von 24000 Mann aufgestellt werden. Aber nicht im Dienste Österreichs, wie Maria Theresia verlangte, sollten diese Truppen verwendet werden. Die Absichten des französischen Kabinetts gingen viel weiter. Bot ihm doch der zwischen Preußen und Österreich ausbrechende Kampf die Möglichkeit, den Krieg mit England auch auf dem Kontinent im großen Maßstab zu unternehmen! Und auf diesen mochte und konnte Frankreich nicht verzichten. Zwar waren die französischen Waffen im Kriege mit England bisher vom Glück begleitet gewesen. Gleichwohl glaubten die Franzosen den König von England nicht dauernd schwächen zu können, wenn sie ihn nicht mit ihrer Landmacht, in der ihre Stärke lag, an seiner verwundbarsten Stelle, in seinem Stamm-

lande Hannover, angriffen. Maria Theresia mochte dagegen nichts einwenden, wenn sie nur dafür die Unterstützung Frankreichs gegen Friedrich gewann. Frankreich wünschte durchaus, von der Stellung des Hülfskorps entbunden zu werden und selbständig zu operieren; ja es verlangte sogar, daß Österreich die Aktion gegen Hannover durch ein Truppenkorps unterstützen solle. Außerdem forderte Frankreich den Besitz der Niederlande und wollte dieser Erwerbung durch bindende Zusage erst gewiß sein, bevor es das Schwert für Österreich zöge.

Über diese Punkte wurde im tiefsten Geheimnis verhandelt; nur soviel verlautete, daß zwischen beiden Mächten die engste Allianz beabsichtigt sei. Aber schon dies reichte hin, König Friedrich in Bestürzung zu setzen. War er auch furchtlos entschlossen, der Gewaltthätigkeit der Häuser Bourbon und Habsburg mit aller Macht entgegenzutreten, so mußte er sich doch sagen, daß er allein zu schwach sei, um die Übermacht der verbündeten Gegner zu bestehen. Sein einziger Bundesgenosse war England. Aber mit diesem hatte er über den Fall eines Angriffs, wie er ihn eben gegen Sachsen und Österreich ausgeführt hatte, nichts verabredet. Er stellte daher die Frage an König Georg, was er zum Schutze Hannovers zu thun gedenke.

Das englische Ministerium, an dessen Spitze der unfähige Newcastle stand, hatte sich bisher in völliger Ratlosigkeit befunden. Erst als es den erhebenden Eindruck fühlte, den das entschlossene Vorgehen Friedrichs auf die englische Nation machte, raffte es sich auf und faßte den Gedanken, gegen die Franzosen eine Armee in Westfalen aufzustellen und die hannoverschen und hessischen Truppen nach Deutschland zu senden. Aber erst als Newcastle von seinem Posten zurücktrat (11. Novbr. 1756) und Davonshire und Pitt ins Ministerium eintraten, wurde eine größere Thatkraft entwickelt. Die Streitkräfte wurden bedeutend erhöht und die Rüstungen für Heer und Flotte aufs eifrigste betrieben. Nach Amerika, Ost- und Westindien gingen in kürzester Frist Kriegsschiffe und Mannschaften ab. Auch die Verteidigung Hannovers hielt das Ministerium für eine Pflicht und im Interesse Englands. Daher erhielt Friedrich die Zusicherung, daß ihm England beistehen werde. Leider verzögerte eine Krankheit

Pitts die Ausführung dieser Entschlüsse. Auch war das hannoversche Ministerium, dessen Präsident Münchhausen war, durchaus nicht gemeint, sich willenlos in den Bahnen der englischen Politik treiben zu lassen: man wollte nicht von England abhängen, sondern fühlte sich zu selbständigem Vorgehen berufen. Vor allem kehrte man sich nicht an die Verbindung Preußens mit England: Hannover sei durch keinen Vertrag an Preußen gebunden. Diesem emporstrebenden Nachbar aber überall in den Weg zu treten, war einer der Hauptgrundsätze der hannoverschen Minister. Darin begegneten sie sich mit dem Wiener Hofe, mit dem sie offen sympathisierten. Das war auch der Grund, weshalb sich Österreich so lange sträubte, auf die französische Absicht eines Angriffs gegen Hannover einzugehen. Österreich war bereit, bei Frankreich die Neutralität Hannovers anzuregen, verlangte aber dafür einmal die Erlaubnis des Durchmarschs durch Hannover für die Franzosen und die Einräumung fester Plätze für ihre Magazine und zur Deckung der Straßenzüge, sodann daß König Georg II. sich förmlich verpflichte, dem Könige von Preußen weder direkt noch indirekt Hülfe an Geld und Truppen zu gewähren. Solchen Bedingungen konnte sich König Georg nicht unterwerfen. Sein Minister Pitt teilte überhaupt nicht den engherzigen Standpunkt seiner hannoverschen Minister, sondern ließ sich von den großen Gesichtspunkten der europäischen Politik leiten. Daher verfügte König Georg, daß Hannover in Verteidigungszustand gesetzt werden sollte. Zu diesem Zwecke wurden mit Schaumburg-Lippe, Gotha, Hessen, schließlich auch mit Braunschweig Soldverträge abgeschlossen. Diese Truppen in Verbindung mit den Hannoveranern genügten zunächst, um das nördliche Deutschland vor einer Invasion der Franzosen zu sichern. An die Spitze dieser englisch-hannoverschen Armee trat der Herzog von Cumberland, der Sohn des Königs Georg.

Am 17. Februar 1757 legte Pitt im Parlament eine königliche Botschaft vor, in welcher König Georg die Mittel forderte, um eine Armee ins Feld zu stellen, mit der man das Eindringen fremder Truppen in Hannover und in das Reich verhindern und den König von Preußen unterstützen könne. Diese Mittel wurden von der englischen Nation bereitwilligst gewährt.

Unterdessen hatte das Wiener Kabinett alles aufgeboten, um die Niederwerfung Preußens zu einer allgemeinen europäischen Angelegenheit zu machen. Noch waren die Verhandlungen zu Wien und Versailles nicht zum definitiven Abschluß gebracht. Aber beide Höfe waren gleich geschäftig, die Waffen aller europäischen Mächte gegen Preußen aufzurufen. Am leichtesten gelang dies bei Rußland. Hier hatte die Kaiserin Elisabeth gleich nach der Nachricht vom Einmarsch Friedrichs in Sachsen den angegriffenen Teil ihres nachdrücklichen Beistands versichert. Daher wurde die Kaiserin Elisabeth als gemeinsame Freundin und Bundesgenossin des Königs von Frankreich und der Kaiserin aufgenommen, worauf ihr Beitritt zum ersten Versailler Traktat erfolgte (11. Januar 1757). Bald darauf (2. Februar) kam eine Konvention zwischen Rußland und Österreich zustande, die als die Absicht der beiden verbündeten Kaiserinnen „die Erniederung und Zerstückelung des preußischen Staats“ aussprach. Zu diesem Zweck verpflichteten sich beide, nicht eher die Waffen niederzulegen, als bis die Kaiserin in den gesicherten Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz eingetreten sei, wogegen diese an Rußland für die Dauer des Kriegs Subsidien in der Höhe von einer Million Rubel jährlich zu zahlen versprach.

Durch die vereinte Einwirkung Rußlands und Frankreichs wurde auch Schweden in das Bündnis gegen Preußen gezogen. Der schwedische Reichsrat, der längst im Solde Frankreichs stand, schloß mit letzterem am 21. März 1757 eine Allianz, laut welcher dieses versprach, daß im Falle eines von Preußen ausgehenden Angriffs Schweden in den Besitz von Pommern gesetzt werden sollte, und zwar nach den Bestimmungen des Friedens von St. Germain en Laye (1679).

Nach einiger Zeit kam auch die geheime Allianz zwischen Frankreich und Österreich zum definitiven Abschluß (1. Mai 1757). Die Absicht dieses Unionsvertrags geht dahin, die Macht des Königs von Preußen so zu reduzieren, daß derselbe die öffentliche Ruhe nicht mehr zu stören vermöchte, und den von ihm angegriffenen Mächten vollen Schadenersatz zu verschaffen. Zu diesem Zweck verpflichtet sich der König von Frankreich, die Königin-Kaiserin mit Geld und Truppen so lange zu unterstützen, bis letztere durch

einen Vertrag in den gesicherten Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz gelangt ist. Desgleichen soll der König von Preußen gezwungen werden, Krossen an Österreich, das Herzogtum Magdeburg und den Saalkreis, eventuell auch das Fürstentum Halberstadt an Sachsen — außerdem noch das frühere schwedische Pommern und alles, was er aus der Erbschaft der alten Herzöge von Cleve besaß, sowie das Quartier von Obergeldern abzutreten. Für den Fall, daß dies gelingt, verpflichtet sich die Königin-Kaiserin, die Städte und Häfen Ostende und Nieuport und mehrere wohlgelegene Grenzdistrikte an den König von Frankreich — die übrigen Niederlande an den Infanten Don Philipp und seine Nachkommen abzutreten, wogegen dieser die Herzogtümer Parma, Piacenza und Guastalla an die Königin-Kaiserin abtritt. Luxemburg soll erst mit Beendigung des Kriegs in den Besitz des Infanten übergehen, nachdem die Befestigungen der Stadt auf Kosten Frankreichs zerstört worden sind.

Durch diesen Vertrag, für dessen Zustandekommen die Marquise de Pompadour und der französische Minister Bernis den größten Eifer an den Tag legten, war es Österreich gelungen, Frankreichs beste Kräfte den habsburgischen Interessen dienstbar zu machen, während dieses selbst in den Genuß der Vorteile, die es sich dafür ausbedang, erst eintreten sollte, wenn Österreich seine Vorteile erreicht hätte. Gelang der beabsichtigte Plan nicht, dann hatte auch Frankreich für seine Leistungen nichts zu erwarten. Österreich aber gewann nicht nur die thatsächliche Hülfe Frankreichs gegen Preußen, sondern auch die Aussicht auf eine bedeutende territoriale Erweiterung durch Schlesien und das Fürstentum Krossen, sowie eventuell ein Stück der sächsischen Lausitz. Zugleich war es der österreichischen Diplomatie gelungen, sich alle lästigen Bedingungen fernzuhalten. Von einem thätigen Eingreifen Österreichs in den Krieg gegen England und Hannover, worauf Frankreich noch vor kurzem mit allem Nachdruck bestanden, war hier keine Rede mehr. Gegen solche Vorteile, die dem persönlichen Gefühl der Kaiserin gar wohl thaten, fiel es wenig ins Gewicht, daß durch den Vertrag die Wohlfahrt und die Interessen des Reichs völlig preisgegeben wurden; daß man die Odermündung den Schweden, Preußen den Russen zudachte, Belgien den Bourbonen überließ und das über-

rheinische Land wehrlos den Franzosen hingab. Faßt man diese Thatsachen ins Auge, so wird es klar, daß der Krieg, den Friedrich der Große gegen die Übermacht von fast ganz Europa führte, ein Rettungskampf für Deutschland war.

Aber rafften sich denn nicht die Reichsstände auf, um einem solchen Mißbrauche der kaiserlichen Gewalt mit mannhafter That entgegenzutreten? Fühlten sie denn nicht, daß nach der Erniedrigung Preußens der kaiserliche Hof auch sie in drückende Unterthänigkeit versetzen und vollends seinen Sonderinteressen dienstbar machen würde? Wohl weigerten sich mehrere Reichsstände, geistliche wie weltliche, das kaiserliche Reskript, in welchem Franz I., auf Bericht des Reichshofrats, dem Könige von Preußen von allen „friedbrüchigen Vergewaltigungen und feindlichen An- und Überziehungen der Reichslande abzustehen“ befahl, in ihren Gebieten zu veröffentlichen. Auch eine Denkschrift Friedrichs — worin er einerseits hervorhob, daß er nur mit der Königin von Ungarn und Böhmen, die zu seiner Unterdrückung mit auswärtigen Mächten und dem kursächsischen Hofe Bündnisse geschlossen, nicht aber mit Kaiser und Reich in Krieg verwickelt sei, und anderseits versicherte, daß er den andern Reichsständen keinen Fuß breit Landes zu entreißen, sondern nur das Seinige zu behaupten beabsichtige — machte einen ungemein günstigen Eindruck. Aber seine Bemühungen, die Reichsstände zur Neutralität zu bewegen, ebenso wie der Versuch mehrerer Reichsstände, die Beruhigung Deutschlands durch eine Reichsmediation herbeizuführen, scheiterten an den Erklärungen des Kaisers, daß er jede Neutralität als eine Pflichtversäumnis gegen das Reich ansehen und nach der Schärfe der Gesetze bestrafen werde. Daher sprach sich der Reichstag bei seiner Beschlußfassung über die Reichsbewaffnung gegen Preußen (10. Januar 1757) in allen drei Kollegien (Kurfürsten, Fürsten und Städte) mit Majorität für den Anschluß an den kaiserlichen Hof aus, während die Minorität, nur aus protestantischen Häusern bestehend, den Versuch einer friedlichen Vermittelung vorschlug. So wurde der Reichskrieg gegen Preußen beschlossen. König Friedrich versäumte nicht, durch seinen Bevollmächtigten am Regensburger Reichstage, den Freiherrn von Plotho, gegen diesen Beschluß zu protestieren.

Nach jenem Majoritätsbeschluß trat Frankreich in Verbindung mit einigen der bedeutendsten deutschen Höfe. Köln und Pfalz wurden aufgefordert, die in früheren Verträgen versprochenen Truppen zu stellen. Bei dieser Gelegenheit sicherte sich der Kurfürst von der Pfalz die Behauptung von Jülich und Berg, da er fürchtete, Friedrich möchte nach dem Verluste Schlesiens den beim Beginn der schlesischen Kriege fallen gelassenen Anspruch auf diese Lande wieder erheben. Neue Militärkonventionen wurden mit dem Kurfürsten Maximilian Joseph von Bayern und Herzog Karl Eugen von Würtemberg abgeschlossen. Auch Mecklenburg-Schwerin schloß sich der französischen Sache an. Überhaupt waren französische Agenten allerorts im deutschen Reiche thätig, um die Reichsstände gegen Preußen zu gewinnen.

Im März überschritten die französischen Truppen die deutsche Grenze, Anfang April gingen sie über den Rhein. Zu gleicher Zeit ließen Frankreich und Schweden durch ihre Vertreter beim deutschen Reichstage erklären, daß sie als Garanten des westfälischen Friedens beabsichtigten, die Ordnung und Ruhe in Deutschland herzustellen, die Gerechtsame der drei im Reiche garantierten Religionen zu schützen und die deutsche Freiheit wider alle Eingriffe sicher zu stellen. Es wurde Friedrich nicht schwer, die innere Leerheit dieser Versicherungen nachzuweisen. Aber auf die thatsächlichen Verhältnisse blieb seine Antwort ohne alle Wirkung; die Entscheidung lag nicht mehr in der Feder und im Gewicht der Gründe, sondern im Schwert. Friedrich der Große war bereit, es zu ziehen. Er hatte in dem bevorstehenden Kriege, mit Ausnahme von Spanien, Dänemark, Holland, England, Sardinien und der Türkei, ganz Europa gegen sich.

König Friedrichs Angriff auf Böhmen. Zu dem bevorstehenden Feldzuge hatte Friedrich von Dresden aus alles aufs sorgfältigste vorbereitet. Seine Hoffnung, von England einen thatkräftigen Beistand zu erhalten, hatte sich nicht erfüllt. Den gewaltigen Rüstungen Frankreichs, Österreichs und Rußlands gegenüber war er ganz auf sich angewiesen, auf sein Genie, sein unvergleichliches Heer, seine trefflichen Generale. Das Heer war unablässig in den Waffen geübt und durch neue Mannschaften verstärkt worden. Die Zahl der Feldtruppen belief sich auf 152000, die der Garnisonen

auf 58800 Mann. Zur Verteidigung der Provinzen gegen feindliche Angriffe wurden Landmilizen errichtet, die sich besonders in Preußen, Pommern und der Mark nützlich erwiesen. Um die Kriegskosten für den Feldzug in Bereitschaft zu setzen, hatte er die Steuerkraft seines Landes und die Opferwilligkeit der Ritterschaft der Provinzen so weit thunlich in Anspruch genommen. Vor allem machte er sich die reichen Erträgnisse des Kurfürstentums Sachsen in ausgedehntem Maße zu nutze. Bei einem kurzen Aufenthalte in Berlin traf er Anordnungen für die verschiedenen Möglichkeiten, die im wechselvollen Kriegsglück eintreten könnten: wie und wohin seine Familie und der Staatsschatz gerettet werden sollte, wenn er in Sachsen eine Niederlage erleide oder Hannover überwältigt werde und die Franzosen in die Altmark, die Russen in die Neumark vorrückten. Geschähe es, daß er getötet würde, so müßte seinem Nachfolger unverzüglich gehuldigt und der Eid geleistet werden. Im Falle er das Mißgeschick habe, gefangen zu werden, dürfe weder auf seine Person, noch auf einen Befehl, den er etwa aus der Haft erlasse, die mindeste Rücksicht genommen werden. Sein Bruder, als sein Stellvertreter, und seine Minister und Generale ständen dann mit ihrem Kopfe dafür ein, daß weder eine Abtretung noch ein Lösegeld für ihn bewilligt würde. Diese Instruktion legte er in die Hände des ihm vertrautesten Ministers, des Grafen Finck von Finckenstein, der sie vorderhand noch geheim zu halten hatte.

König Friedrich war nicht gemeint, sich angreifen zu lassen. Vielmehr hielt er seinen vorjährigen Plan fest, „die Österreicher zu schlagen, bevor die Franzosen herankämen“; dann, meinte er, würden sich bei den Franzosen „die stolzen Wellen legen“, und er werde nach Bedürfnis entweder gegen sie oder gegen die Russen seine Waffen wenden.

Aber die Ausführung war jetzt schwerer als im vorigen Jahre. Denn auch die Österreicher hatten voll Eifer gerüstet, ihr Heer war tapfer und kriegstüchtig und nach Friedrichs Vorbild organisiert, dazu an Artillerie und leichten Truppen der preußischen Armee weit überlegen. Und die Kaiserin konnte alle ihre Streitkräfte gegen diesen einen Feind kehren; daher war es ihr möglich, aus den entferntesten Teilen ihres Reichs die Regimenter

heranzuziehen. Aber dieser Vorteil wurde durch einen Übelstand fast aufgewogen. Zum Oberbefehlshaber ihrer Armee ernannte nämlich die Kaiserin ihren Schwager, den Prinzen Karl von Lothringen, einen Mann, dem es an den Eigenschaften eines Feldherrn durchaus gebrach. Dadurch, daß man ihm den Feldmarschall Grafen Brown, einen umsichtigen, mutigen General, beiordnete, wurde nichts gebessert. Vielmehr wurde so in das Oberkommando der Keim des Zwiespalts gelegt, ein Übelstand, der noch dadurch gesteigert wurde, daß die Operationen vom Hofkriegsrat in der Hauptstadt beeinflußt wurden, der die Dinge meist ganz anders ansah als die kommandierenden Generale. So hatte derselbe auch jetzt die Weisung erteilt, daß die österreichische Armee zunächst den Preußen gegenüber ihre Stellungen in Böhmen und Mähren halten solle.

Unterdessen hatte der König von Preußen im tiefsten Geheimnis alles vorbereitet, um den geplanten Angriff auf die österreichische Armee auszuführen und durch eine entscheidende Feldschlacht gleich im Beginn des Feldzugs sich die Überlegenheit zu sichern. Sobald die preußischen Heereskörper, welche auf vier Punkten in Böhmen eingedrungen waren, ihre Vereinigung bewerkstelligt hatten, griff Friedrich die Österreicher, welche sich vor Prag konzentriert hatten, an (6. Mai) und schlug sie in einer überaus blutigen Schlacht, die u. a. seinem trefflichen General Schwerin das Leben kostete. Die Österreicher zogen sich nach Prag hinein; König Friedrich schloß die Stadt ein, mußte aber auf eine förmliche Belagerung verzichten, da er nicht Truppen genug hatte. Er hoffte, der Hunger werde die Österreicher zur Kapitulation nötigen. Diese wagten es nicht, durch einen Ausfall die Umzingelung zu durchbrechen, sondern erwarteten ihre Befreiung von dem Feldmarschall Grafen Leopold von Daun, der zum Entsatz heranrückte.

König Friedrich war durch den bis jetzt errungenen Erfolg freudig gehoben. Gelang es ihm, Prag zur Übergabe zu zwingen, dann war er nicht nur Herr von Böhmen. sondern auch Meister der ganzen Situation. Erhob sich doch auch schon in den deutschen Reichsgebieten die Stimme des Volks gegen den kaiserlichen Hof und die Dienstverträge mit Frankreich! Seine leichten Korps

schwärmten unter dem Oberst von Mayr und dem Generalmajor von Oldenburg im südlichen Deutschland und verbreiteten überall Schrecken. Der Reichstag von Regensburg fürchtete für seine Sicherheit; der Kurfürst von Mainz verbot seinen Unterthanen, feindselige Reden gegen den König von Preußen zu führen. Der Kurfürst von Bayern ließ erklären, er sei zur Neutralität entschlossen. Unter den würtembergischen Truppen brach offene Meuterei aus. Die Badener äußerten laut ihren Unwillen darüber, daß sie mit den Franzosen gegen den König von Preußen kämpfen müßten. „Ich verliere beinahe mein Latein", schrieb Graf Pergen, der im oberrheinischen Kreise die Rüstungen in Gang bringen sollte, „denn die Parteilichkeit der Protestanten für den König von Preußen erscheint unglaublich." Das englische Volk äußerte die ausgelassenste Freude über König Friedrichs Sieg. Er war der Abgott des Volks. Friedrich selbst äußerte später: „Gewann ich noch eine Schlacht, so konnte ich auf den Wällen von Wien den Frieden unterzeichnen". Diese Schlacht stand eben bevor.

König Friedrich hatte dem anrückenden Daun erst ein Observationskorps unter dem Herzog von Bevern entgegengeschickt, vor dem jener sich zurückzog. Nun gedachte der König das Manöver vom vorigen Jahre zu wiederholen: den zum Entsatz anrückenden Feind zu schlagen und die Kapitulation von Prag zu beschleunigen. Daher begab er sich selbst zum Observationskorps, nahm jedoch nur geringe Verstärkung mit sich, um die Belagerungsarmee vor Prag nicht allzusehr zu schwächen. Er hatte infolgedessen nur 31 000, während Daun über 54 000 Mann verfügte, mit denen er auf den Höhen von Kolin eine äußerst feste Stellung inne hatte. Aber auch in der Minderzahl glaubte Friedrich dem Feinde gewachsen zu sein. Er griff ihn daher am 18. Juni mittags nach 1 Uhr an. Aber die Fehler, die Prinz Moritz von Anhalt-Dessau und der General Manstein in der Ausführung von Friedrichs Befehlen machten, führten zur völligen Niederlage des preußischen Heers. Damit war Friedrichs Plan gescheitert. Nach seiner Rückkehr nach Prag hob er unverzüglich die Blockade auf. Ja die Ungeschicklichkeit des Prinzen August Wilhelm, dem der König die Hälfte seiner Armee anvertraut hatte, führte zu neuen großen Verlusten an

Kriegsmaterial und nötigte Friedrich, Böhmen zu verlassen und sich nach Sachsen zurückzuziehen.

Schon rückte auch die französische Hauptarmee nach dem Halberstädtischen, die zweite, bei der sich die Reichstruppen befanden, nach dem Thüringischen vor; die Russen bedrohten Königsberg, die Schweden sammelten sich in Stralsund. Friedrich gedachte zuerst die Franzosen aufzusuchen. Daher übertrug er den Oberbefehl über den Hauptteil seines Heeres, 45 000 Mann, dem Herzog von Bevern und dem General Winterfeld mit der Weisung, die Lausitz zu halten und Schlesien zu verteidigen; er selbst brach mit 25 000 Mann nach Thüringen auf, um den Franzosen eine Schlacht zu liefern.

Da empfing er die Nachricht von einer Niederlage, die sein greiser General Lehwaldt, dem er die Verteidigung der Provinz Preußen übertragen hatte, von den Russen unter General Apraxin bei Groß-Jägerndorf (30. August) erlitten hatte, sowie von der Okkupation Pommerns durch die Schweden, deren Feldmarschall Ungern-Sternberg in seiner Ängstlichkeit einen Angriff auf Brandenburg vermied und sich damit begnügte, den Pommern kund zu thun, daß sie schwedisch geworden seien. Aber Friedrich konnte sich diesen Feinden nicht widmen. Denn dringendere Hülfe schien die von den Franzosen drohende Gefahr zu erheischen: sie waren soeben im Begriffe, sich zu Herren des mittleren und nordwestlichen Deutschlands zu machen.

Die französische „große“ Armee hatte unter dem Marschall d'Estrées im März die deutschen Grenzen überschritten, sich am rechten Rheinufer in den Gebieten zwischen Lippe und Ems ausgebreitet und Münster, Hamm und Lippstadt besetzt. Ihre Absicht war, rasch durch das Hannoversche, Braunschweigische und Halberstädtische gegen Magdeburg vorzurücken und mit der Belagerung dieses Platzes den Feldzug zu beschließen. Aber an den Abhängen des Teutoburger Waldes bei Bielefeld trat ihnen das vom Herzog von Cumberland befehligte Heer der vereinigten Hannoveraner, Braunschweiger, Hessen, Gothaer und Bückeburger entgegen, um den Weitermarsch der Franzosen mit Waffengewalt zu hindern. Als aber diese zum Angriff heranrückten, gab der Herzog von

Cumberland, dem zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe alle nötigen Eigenschaften abgingen, seine Stellung auf, eilte Hals über Kopf über die Weser zurück und machte erst bei Minden wieder Halt. Damit war Hessen preisgegeben. Der alte, 75jährige Landgraf Wilhelm VIII., der bisher allen französischen Anerbietungen widerstanden und treu an seinem Vertrage mit Georg II. festgehalten hatte, mußte Kassel verlassen und begab sich nach Hamburg. Sofort besetzten die Franzosen die Hauptplätze des Landes, Kassel und Marburg. Dadurch wurde ihnen die Verbindung mit der zweiten französischen Armee, die vom Main heranrücken sollte, eröffnet. Denn nach der Schlacht von Prag hatte Ludwig XV., um der Kaiserin einen neuen Beweis seiner Freundschaft zu geben, die Ausrüstung einer zweiten Armee unter dem Prinzen Soubise befohlen, die bestimmt war, dem südlichen Deutschland und dem Reichstag zu Regensburg Schutz zu gewähren, und die Weisung hatte, sich mit der Reichsarmee zu vereinigen und nach Thüringen und Sachsen vorzurücken.

Als sodann die „große" französische Armee sich wieder gegen die hannoversche in Bewegung setzte und unterhalb Höxter die Weser überschritt, trat ihr der Herzog von Cumberland aufs neue entgegen und bot bei Hastenbeck an der Weser (südlich von Hameln) eine Schlacht an (26. Juli). Obwohl diese einen für ihn günstigen Verlauf nahm, brach er sie in seiner Kopflosigkeit zu früh ab und gab den Befehl zum Rückzug, den er ohne Aufenthalt über die Aller und Wümme bis nach Bremervörde (zwischen Bremen und Glückstadt) fortsetzte. Dadurch waren Hannover und Braunschweig mit ihren reichen Vorräten und gefüllten Kassen den Franzosen preisgegeben. Herzog Richelieu, der seit dem 4. August an Stelle d'Estrées den Oberbefehl übernommen hatte, nahm ohne Widerstand Bremen und durch Überrumpelung Harburg, wodurch das hannoversche Heer vollständig eingeschlossen wurde. Um der Kriegsgefangenschaft zu entgehen, verstand sich der Herzog von Cumberland zur sogenannten Konvention vom Kloster Zeven (8.—10. September), welche bestimmte, daß die Truppen der Hessen, Braunschweiger, Gothaer und Bückeburger in ihre betreffenden Länder zurückgesandt werden, die Franzosen aber alle Positionen, in deren Besitz sie sich be-

fanden, inne behalten sollten. Damit waren die Franzosen Herren von Norddeutschland.

Friedrichs Lage war eine verzweifelte. Feinde überall: die Schweden waren von Pommern, die Russen von Preußen her im Anzuge, im Süden drohten die österreichischen Heere. Nun war durch das Zurückweichen des hannoverschen Heers auch seine ganze linke Flanke bloßgelegt und dem Angriff der Franzosen ausgesetzt.

In dieser trüben Zeit der Not war es für Friedrich nur ein vorübergehender Lichtblick, daß General Apraxin, auf eine falsche Nachricht von dem bevorstehenden Tode der Kaiserin Elisabeth, mit seinem Heere den Rückzug nach Rußland antrat (Anfang September), um bei dem beabsichtigten Staatsstreich, durch den die Großfürstin Katharina an Stelle ihres Gemahls Peter auf den Thron gehoben werden sollte, mitzuwirken. Aber die Kaiserin erholte sich wieder und befahl im höchsten Zorn die sofortige Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen. Es dauerte jedoch Monate, bis das ganz aufgelöste russische Heer wieder reorganisiert war.

Als der König sich anschickte, mit dem kleineren Teile seines Heers, etwa 20000 Mann, der zweiten französischen Armee, die unter Soubise gegen Thüringen heranrückte, entgegenzugehen, hatte er die Verteidigung Schlesiens und der Lausitz dem Herzog August Wilhelm von Braunschweig-Bevern übertragen mit der Weisung, der überlegenen kaiserlichen Armee gegenüber sich so lange durch gute Positionen zu halten, bis der König aus Mitteldeutschland wieder zurückkomme. Erst wenn das Futter zu fehlen anfange, sollte er sich auf Görlitz zurückziehen und auf dem linken Neißeufer ein festes Lager beziehen, General Winterfeld solle auf dem rechten Ufer die in Görlitz befindlichen Magazine decken. Aber ohne Not brach der Herzog von Bevern schon früher nach Görlitz auf. Sofort setzten sich auch die Österreicher in Bewegung und rückten ihm nach. Mit 25000 Mann warf sich der kühne Feldzeugmeister Nadasdy auf Winterfeld (7. Sept.) und erstürmte die Höhen des Jäkelsbergs bei Moys im ersten Anlauf, Winterfeld aber trieb ihn mit seinen 10000 Mann wieder herab. Da er jedoch vom Herzog von Bevern keine Unterstützung erhielt, erlag er der Übermacht: seine Truppen wurden umgangen, er

selbst von einer Kugel getroffen. Die Preußen gaben die Höhe auf und der Herzog von Bevern zog sich mit dem ganzen Heere nach Bunzlau (auf dem rechten Ufer des Bober) zurück. Damit lag die Straße nach Berlin vor den Österreichern offen da.

Friedrich empfand den Verlust des trefflichen Offiziers, dem er sein vollstes Vertrauen geschenkt hatte, aufs schmerzlichste. Aber er verzagte nicht. Der mißglückte Versuch, durch Verhandlungen mit Frankreich zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, überzeugte ihn, daß sein Heil allein auf den Waffen beruhe.

Verteidigung Sachsens gegen Frankreich. Am 25. August war Friedrich von Sachsen nach Thüringen aufgebrochen, um die Franzosen aus seiner Flanke zu vertreiben. Prinz Soubise, der mit 24000 Mann an der Saale stand, zog sich bei der Annäherung des Königs bis Eisenach zurück, obwohl ihm soeben die Reichsarmee einen Zuwachs von 30000 Mann gebracht hatte, freilich eine buntscheckige Menge ohne brauchbare Bewaffnung, ohne tüchtige Führung, ohne Disziplin und ohne Ehre. Prinz Joseph Friedrich von Sachsen-Hildburghausen hatte sie den Franzosen in Thüringen zugeführt und am 29. August den Oberbefehl über die vereinigte französisch-deutsche Armee übernommen. Friedrich konnte einen Angriff nicht wagen, er hatte nur 25000 Mann, von denen er 13000 Mann teils zur Deckung der halberstädtischen gegen die französische Armee unter Richelieu, teils zum Schutze der Mark Brandenburg gegen einen etwaigen österreichischen Angriff von Bautzen aus verwenden mußte, so daß ihm selbst nur 12000 Mann blieben, mit denen er in Erfurt Stellung nahm; als Avantgarde legte er 2400 Reiter unter Seydlitz nach Gotha. Dieser wußte durch geschickte Manöver die Franzosen über die Zahl seiner Truppen so zu täuschen, daß sie sich von Friedrich mit seinem ganzen Heere überfallen glaubten und in Eile mit allen Truppen die Stadt verließen. Seydlitz nahm mit seinen Offizieren die Plätze an der Tafel ein, die im Schlosse für die französischen Offiziere gedeckt war (19. Sept.). Zwei Tage später zog Friedrich die Avantgarde wieder an sich, um nördlich von Weimar bei Buttelstädt eine neue Stellung einzunehmen (3. Oktober), die ihm ermöglichte, je nach Bedürfnis sich gegen Soubise oder Richelieu zu wenden.

Unterdessen war die kombinierte deutsch-französische Armee aufgebrochen und langsam bis Gotha vorgerückt, aber gegen den Widerspruch des Prinzen von Hildburghausen wieder zurückgegangen. König Friedrich hatte inzwischen schlimme Nachricht aus Schlesien erhalten, wonach die Österreicher unter Feldmarschall-lieutenant Haddick von der Lausitz einen Streifzug nach Berlin ausgeführt hatten. Doch verließ dieser die Stadt schon am folgenden Tage wieder, da Prinz Moritz von Anhalt in Eilmärschen von Weißenfels her nach Berlin zog. Friedrich aber machte sich auf, der belagerten Festung Schweidnitz in Schlesien zu Hülfe zu kommen. Da erreichte ihn die Meldung (23. Okt.), daß die Reichsarmee mit den Franzosen nach der Saale vorrücke. Sogleich erschien Friedrich wieder in Sachsen (29. Oktober) und nahm mit seinen vereinigten Korps am 4. November bei Roßbach Stellung. Der feindliche Plan ging dahin, das preußische Lager auf der linken Flanke zu umgehen und durch die Feldflur von Reichertswerben anzugreifen. Unterdes lagerte das preußische Heer ruhig in seinen Zelten; noch war es nicht unter die Waffen getreten, die Soldaten kochten ab und warteten des Befehls. Um dem Angriff zuvorzukommen, gab der König das Zeichen zum Aufbruch, Seydlitz mit der Reiterei voran. Anfangs schlugen die Preußen die Richtung nach Merseburg ein, was ihrem Marsche den Schein eines Rückzugs verlieh. Dies gab in der französischen Armee den Ausschlag für die Fortsetzung des Angriffs. Reiter, Fußtruppen, Artillerie drängten vorwärts, um die Preußen nicht entkommen zu lassen. Diese aber hatten eine Schwenkung gemacht und waren, von einer Hügelreihe verdeckt, nahe an den Feind gekommen. Jetzt brachen sie vor. Von der Höhe, auf die rasch das Geschütz gebracht worden war, donnerten die Kanonen. Wie ein Wetter brauste Seydlitz in den Feind und warf die feindlichen Reiter über den Haufen, daß sie in wilder Flucht das Weite suchten. Jetzt stellte Hildburghausen die Infanterie in Schlachtordnung, aber schon rückten die preußischen Bataillone, begleitet von Artillerie, gegen ihre rechte Flanke, so daß sie nach den ersten Geschützsalven Kehrt machte. Die Reichstruppen kamen vollends nicht zum Aufmarsch, sie warfen ihre Gewehre weg und suchten ihr Heil in der Flucht. Die Preußen verfolgten die

Fliehenden nur eine kurze Strecke, da die Nacht einbrach. „Das war unser größtes Glück", meldete Hildburghausen dem Kaiser, „sonsten wäre, bei Gott, nichts davongekommen." Die Preußen hatten 165 Tote und 376 Verwundete, darunter Prinz Heinrich und Seydlitz. Der Verlust der Franzosen läßt sich schwer ermitteln. Die Preußen gaben ihn damals auf 700 Tote und 2000 Verwundete an. 5000 Gefangene und 72 Geschütze nebst vielen Fahnen und Standarten fielen in die Hände der Sieger.

Unbeschreiblich war der Jubel in ganz Deutschland, daß Friedrich der Große den Übermut der Franzosen so gründlich zu Schanden gemacht. Friedrich aber wurde der bewunderte Liebling des deutschen Volks. Mit seinem Bilde schmückte sich jede Hütte, an seinen Thaten richtete sich das Selbstgefühl des deutschen Volks wieder auf!

Nicht weniger als des Königs Thaten hatte kurz vorher auch die Art, wie der preußische Gesandte am Reichstage zu Regensburg, Freiherr von Plotho, seines Königs Sache vertrat, den Beifall des deutschen Volks erregt. In Wien hatte man nämlich, um der im Januar beschlossenen Reichsexekution größeren Nachdruck zu geben, den Beschluß gefaßt, König Friedrich in die Reichsacht zu thun, obwohl Friedrichs Kampf gar nicht gegen das Reich, sondern nur gegen das habsburgisch-lothringische Haus gerichtet war. Um dem Könige von Preußen die Vorladung zu „insinuieren", begab sich der kaiserliche Notarius Aprill mit zwei Zeugen in die Wohnung des preußischen Gesandten und übergab diesem mit einigen einleitenden Worten die Citation. Der Bericht des Notars lautet: „Nachdem nun hochgedachter Freiherr von Plotho die Citationem fiscalem eingesehen und deren Formalia ihm zu Gesicht gekommen, solche von ihm gelesen und vernommen worden, hat Se. Excellenz sich anfänglich entfärbet und kurz hiernach etwas mehrers entzündet, bald darauf aber, da er mit Attention in die Citationem fiscalem eingesehen und betrachtet, sind Se. Excellenz, Freiherr von Plotho, in einen heftigen Zorn und Grimm geraten, und also zwar, daß dieselbe sich nicht mehr stille zu halten vermocht, sondern mit zitternden Händen und brennendem Angesicht, beide Arme in die Höhe haltend, gegen mich aufgefahren, dabei auch die Fiskalcitation nebst dem Apponendo annoch in

seiner rechten Hand haltend, in diese Formalia wider mich ausgebrochen: «Was, du Flegel! insinuieren?» Ich antwortete hierauf: «Dieses ist mein Notariatamt, deme ich nachzukommen habe». Dessen aber ungeachtet fiel mich Er, Freiherr von Plotho, mit allem Grimme an, ergriffe mich bei denen vorderen Theilen meines Mantels, mit Vermelden: «Willst du es zurücknehmen?» Da mich nun dessen geweigert, stoßte und schob er sothane Citation, benebst dem Apponendo, vorwärts zwischen meinen Rock mit aller Gewalt hinein, und da er, mich annoch bei dem Mantel haltend, zum Zimmer hinausgedrücket, rufte er zu denen zwey vorhanden gewesenen Bedienten: «Werfet ihn über den Gang hinunter». Welche aber an diesem Actu selbsten ganz verhaftet, nicht wußten, was sie eigentlich thun sollten, sondern haben nur mich samt denen zwey Zeugen zurückbegleitet und aus dem Hause uns zu verfügen genötiget." Dieser Vorgang machte verdientermaßen im ganzen Reiche das größte Aufsehen. Allerorten jubelte das Volk über den kurzen Prozeß, den der preußische Gesandte mit der Achtserklärung gemacht. Plothos Name war seitdem in aller Munde und noch sieben Jahre später, als er zur Kaiserkrönung in Frankfurt war, „fehlte wenig, daß man ihm applaudiert, Vivat oder Bravo zugerufen hätte". In Wien aber ließ man die Sache vorläufig ruhen.

Verteidigung Schlesiens gegen die Österreicher. Friedrich hatte durch den Sieg bei Roßbach nichts gewonnen als die Möglichkeit, „sich mit Sicherheit andern Feinden widersetzen zu können". Nach zweitägiger Verfolgung der geschlagenen Armee brach er wieder nach Schlesien auf. Er konnte dies mit um so größerer Sicherheit thun, als eben König Georg II. der Konvention von Zeven seine Anerkennung versagte und auf Pitts Vorschlag vom Könige von Preußen den Prinzen Ferdinand von Braunschweig als Befehlshaber der englisch-niedersächsischen Armee erbat. Prinz (oder Herzog) Ferdinand, der sich durch Tapferkeit und Besonnenheit auszeichnete und ganz der Mann war, um aus den Truppen der verschiedenen Landesherren ein schlagfertiges Heer zu schaffen, rückte sofort gegen Richelieu vor, der mit seiner Armee den Rückzug antrat und hinter der Aller Deckung suchte. Das war der erste Schritt zur Befreiung Norddeutschlands von den Franzosen.

Statt Magdeburg zu belagern, wie sie sich vorgesetzt, mußten sie jetzt um Winterquartiere an der Weser kämpfen.

Als sich Friedrich gegen Schlesien in Bewegung setzte, standen hier die Dinge so schlimm als möglich. Der Herzog August Wilhelm von Braunschweig-Bevern hatte den Rückzug, den er gleich nach dem unglücklichen Treffen bei Moys (7. September) auf Bunzlau zu begonnen, nach Liegnitz fortgesetzt und war nach Überschreitung der Oder, von den Österreichern unbemerkt, nach Breslau gelangt, entschlossen, diese Stadt auf alle Fälle zu halten, was ihm der König dringend anbefohlen hatte. Aber inzwischen hatte sich die Festung Schweidnitz dem Feldzeugmeister Nadasdy ergeben, und am 22. November wurde der Herzog von der vereinigten österreichischen Armee angegriffen und geschlagen. Wohl konnte Breslau noch gehalten werden, aber ehe er dazu Anordnungen traf, war er selbst bei einem Rekognoszierungsritt von den Österreichern gefangen genommen worden, worauf General von Kyau den Rückzug antrat. In Breslau aber zogen noch am nämlichen Tage (24. November) die Österreicher ein. Schlesien schien für Preußen verloren. Maria Theresia widerrief die frühere Abtretung des Landes an Preußen in aller Form und versprach ihre Gnade jedem treuen Unterthan angedeihen zu lassen. Trotzdem blieben die Protestanten voll Mißtrauen, der kaiserliche Hof möchte ihre Religionsfreiheit beschränken. Die Katholiken dagegen, an ihrer Spitze der Fürstbischof von Breslau, von Schaffgotsch, von dem Friedrich schon früher Beweise verräterischen Einverständnisses mit dem Feinde in die Hände bekommen hatte, wandten sich der Herrschaft Österreichs mit Freuden zu. Zu einem vernichtenden Schlage gegen die preußische Macht wurde Karl von Lothringen von Wien aus aufs dringendste aufgefordert.

Wenn er den Versuch dazu machen wollte, so bot sich ihm gerade jetzt die schönste Gelegenheit. Denn eben erschien König Friedrich in Schlesien, und zwar mit nur 14000 Mann, die sich nach der Vereinigung mit der schlesischen Armee bei Parchwitz (zwischen Glogau und Breslau, nahe bei der Mündung der Katzbach in die Oder) auf 34000 Mann erhöhten. Trotz dieser geringen Streitkräfte war Friedrich entschlossen, alles zu wagen,

um die unglücklichen Folgen der kopflosen Kriegführung Beverns wieder gut zu machen. Was ihm an Zahl abging, mußte der Mut und Pflichteifer seiner Soldaten und Offiziere ersetzen. In einer eindringlichen Ansprache an seine Generale setzte Friedrich ihnen auseinander, daß alles darauf ankomme, die Österreicher unter allen Umständen aus Schlesien zu verdrängen. „Lassen Sie es sich also gesagt sein, ich werde gegen alle Regeln der Kunst die zweimal stärkere Armee des Prinzen Karl angreifen, wo ich sie finde. Die Feinde stehen bis an die Zähne in ihrer Umschanzung: hier müssen wir sie angreifen, entweder sie schlagen oder alle da bleiben. Keiner muß denken, anders durchzukommen, und wem dies nicht ansteht, der kann gleich seinen Abschied nehmen und nach Hause gehen." Auf die letzten Worte des Königs sagte nach einer kleinen Pause ein Stabsoffizier im Namen aller: „Das thue ein Hundsfott! Wir sind alle bereit, für Ew. Majestät unser Leben aufzuopfern". Der König lächelte und fuhr fort: „Schon im voraus hielt ich mich überzeugt, daß keiner von Ihnen mich verlassen würde. Gehen Sie jetzt in das Lager und wiederholen Sie jetzt ihren Regimentern, was Sie von mir gehört haben".

Den begeisternden Eindruck dieser Worte teilte das Offizierkorps seinen Untergebenen mit, so daß, als Friedrich am 4. Dezember den Befehl zum Aufbruch gab, dieser mit allgemeinem Jubel begrüßt wurde. Schon rückte auch das österreichische Heer entgegen. Gehoben von seinem bisherigen Glück und im Bewußtsein, der kleinen Armee Friedrichs, die man spöttisch die „Potsdamer Wachtparade" nannte, überlegen zu sein, hatte es seine Verschanzungen verlassen. Prinz Karl war voll zuversichtlicher Hoffnung, mit einem Schlage den ganzen Krieg zu ruhmvollem Ende zu führen. Bei Lissa, jenseits der Weistritz, machte er Halt und erwartete, nachdem er sein Heer in einer sehr ausgedehnten Linie aufgestellt hatte, den preußischen Angriff. Friedrich, der das Terrain von früher her genau kannte, ließ seine Marschkolonnen bis zum äußersten linken Flügel der Österreicher marschieren. Dies geschah hinter einer Hügelreihe, so daß es die Österreicher nicht bemerkten. Sein Plan war, die sogenannte schiefe Schlachtordnung anzuwenden, d. h. seinen rechten Flügel zum Angriff

vorgehen zu lassen, den linken aber zurückzuhalten und mit diesem den rechts geführten Stoß zu verstärken. Um 1 Uhr mittags begann die Schlacht. Bald war der linke Flügel der Österreicher geworfen, infolgedessen nahm das österreichische Centrum und der rechte Flügel mit den Resten der geschlagenen Bataillone bei Leuthen eine neue Aufstellung. Um diesen Ort drehte sich jetzt die Entscheidung. Leuthen ward von den Preußen im Sturm genommen und wieder verloren. Lange wogte der Kampf unentschieden hin und her. Da erschien um 4 Uhr nachmittags die Reiterei des rechten österreichischen Flügels und bedrohte die linke Flanke des um Leuthen kämpfenden Fußvolks mit einem gefährlichen Angriff. Aber General Driesen kam ihm zuvor, faßte die feindliche Reiterei mit den Bayreuth-Dragonern in Flanke und Rücken und warf sie mit unwiderstehlicher Gewalt über den Haufen. Das entschied die Schlacht. Denn als die siegreiche preußische Reiterei auch im Rücken der Infanterie erschien, erfaßte diese panischer Schrecken: alles suchte sein Heil in der Flucht. 12 000 Gefangene ließen die Österreicher in den Händen der Preußen; von Verwundeten und Toten bedeckten 10000 Österreicher und 6300 Preußen die Walstatt. Feucht und kalt breitete sich die Herbstnacht über das Schlachtfeld. Da — mitten im Stöhnen der Sterbenden, im Ächzen der Verwundeten — fing auf einmal ein Soldat das Lied: „Nun danket alle Gott" an zu singen. Bataillon auf Bataillon, Regiment auf Regiment fiel ein, und bald sang unter Begleitung der Feldmusik das ganze Heer das „deutsche Tedeum". Der König selbst war erstaunt. „Mein Gott", soll er ausgerufen haben, „welche Kraft hat die Religion!" Er selbst teilte diese Überzeugung nicht. Aber „der ungläubige König war von religiös angeregten Generalen und einer von Herzen gläubigen Heerschar umgeben. Die alte Sitte, das Tagwerk des Kriegs mit religiöser Erbauung zu beginnen, dauerte im Lager fort. Stellen des Alten Testaments, welche Zuversicht auf den göttlichen Schutz atmeten, wurden in den Regimentern verlesen, die Armee stimmte bei dem Marsche geistliche Lieder an".

Um sich den Übergang über das Schweidnitzer Wasser (Weistritz) zu sichern, ließ der König noch vor völligem Einbruch der Nacht Lissa besetzen, wo er nur durch seine Geistesgegenwart der Ge-

fangennahme entging. Die kaiserliche Armee trat in völliger Auflösung den Rückzug nach Böhmen an, nur in Breslau ließ Prinz Karl eine starke Besatzung zurück, die jedoch am 21. Dezember zur Kapitulation gezwungen wurde; acht Tage später räumte der kaiserliche Oberst von Bülow die Stadt Liegnitz. So war noch vor Ablauf des Jahrs ganz Schlesien mit Ausnahme von Schweidnitz wieder in den Händen der Preußen.

Auch Pommern wurde bis Ende des Jahrs durch General Lehwaldt, der durch den Abzug Apraxins nach Rußland frei geworden war, von den Schweden gesäubert. In ihrem Besitze blieb nur die Insel Rügen und die Festung Stralsund, welche seit dem 9. Januar 1758 von preußischen Truppen von der Landseite aus blockiert wurde.

In Niedersachsen hatte Prinz Ferdinand sich bemüht, die Franzosen, die mit Verwüstung und Brand in Hannover hausten, von der Aller zu vertreiben. Da es ihm nicht gelang, ließ er seine Armee Winterquartiere hinter der Heide beziehen. Die Winterquartiere der Armee Richelieus zogen sich von Braunschweig und Wolfenbüttel bis unterhalb Bremen. Die Truppen Soubises lagerten in Hessen.

Das Jahr 1758. Annahme englischer Subsidien. Was Friedrich bis jetzt erreicht hatte, dankte er seiner eignen Kraft und der aufopfernden Hingebung seines Volks. Aber seine zahlreichen Feinde standen noch unüberwunden da, und nirgends war die geringste Aussicht auf Frieden. Zwar schien es im Anfang des Jahrs 1758, als wollte sich Frankreich vom Offensivkriege gegen Preußen lossagen, aber die Festigkeit, mit der der Wiener Hof auf der Ausführung des geschlossenen Vertrags in seiner ganzen Ausdehnung beharrte, machte bei Ludwig XV. und seinen Ministern einen solchen Eindruck, daß man sofort wieder in die alten Bahnen einlenkte und feierlichst erklären ließ, alles an die Ausführung des geheimen Vertrags und die Schwächung des Königs von Preußen setzen und zu dem Zweck das versprochene Hülfskorps nach Böhmen senden zu wollen.

Bereits in den ersten Tagen des neuen Jahrs waren die Russen wieder in Thätigkeit getreten. Am 16. Januar 1758 brach General Fermor auf und fiel in die Provinz Preußen ein.

Friedrich, der seine Kräfte nicht zersplittern konnte, glaubte diese Provinz fürs erste aufgeben zu müssen und zog die wenigen dort befindlichen Truppen an sich. So nahm Fermor die Provinz ohne Schwertstreich in Besitz und ließ seiner Kaiserin den Eid der Treue schwören (24. Januar). Zu weiterem Vordringen kam es vorderhand nicht.

So wenig auch Friedrich den Mut verlor, so konnte er sich doch des Gedankens nicht erwehren, daß er sich nicht werde behaupten können, wenn er nicht bei England nachhaltige Unterstützung finde. Die Engländer hatten schon bald nach der Niederlage bei Kolin (18. Juni 1757) Subsidien in der Höhe von 4 Millionen Thalern zugestanden. Aber einerseits sträubte sich Friedrich so lange als möglich gegen die Annahme von Subsidien, da er seine volle Unabhängigkeit bewahren wollte — anderseits waren Subsidien nicht das, was er eigentlich bedurfte. Er brauchte eine Flotte, um die baltischen Küsten zu decken und das Vordringen der Russen und Schweden zu hindern, und Mannschaften, um die feindliche Übermacht von seinen Staaten fern zu halten: beides, glaubte er, könne England zum größten Nutzen der gemeinen Sache liefern.

Aber diesen Forderungen mußte Pitt aus Rücksichten der inneren Politik, die ihn alles meiden hießen, was den Schein hatte, hannoverschen Sonderinteressen zu dienen, seine Zustimmung versagen. Friedrich, der von der Stellung eines parlamentarischen Ministers wohl nicht die richtige Vorstellung hatte, kam nach der Besitzergreifung Preußens durch Fermor (Januar 1758) aufs neue mit Dringlichkeit auf seine Forderung zurück. Man kam zu keiner Einigung. Dadurch aber wurde der Fortbestand der niedersächsischen Armee gefährdet; denn die englischen Minister waren entschlossen, keine Forderung für diese Armee beim Parlament zu stellen, bevor der neue Subsidienvertrag genehmigt wäre. Endlich kam es zu einem Einvernehmen dahin, daß Friedrich seinerseits den Anspruch auf militärische Hülfe fallen ließ und nur die Verstärkung der hannoverschen Armee um 10000 Mann verlangte, während England die Aussendung einer baltischen Flotte, sobald britische Kriegsschiffe verfügbar seien, versprach; die niedersächsische Armee sollte auf 50000 Mann gebracht und nach der Stadt

Emden im Interesse Preußens eine englische Besatzung gelegt werden. So kam am 11. April die neue Konvention zustande. Sie bestimmte, daß die englischen Subsidien 4 Millionen Thaler betragen und zur Vermehrung der Streitkräfte, die der gemeinen Sache dienen, verwendet werden sollten; ferner, daß beide Mächte weder Frieden noch Waffenstillstand ohne gegenseitiges Einvernehmen abschließen dürften. Für die Kriegführung waren die 4 Millionen, welche England zahlte, ungemein erwünscht, vielleicht unentbehrlich. Aber die Geldkräfte waren für die Kämpfe, in denen der König begriffen war, nicht das Bedeutendste. Diese Kämpfe enthielten eine stete Bedrohung seines Daheims, das, wenn er einmal niedergeworfen war, durch keine Hülfeleistung der Welt hergestellt werden konnte.

Befreiung des nordwestlichen Deutschlands von der französischen Invasion. Die kriegerischen Aktionen des Jahrs 1758 begannen zuerst auf dem westlichen Kriegsschauplatz.

Herzog Ferdinand hatte den Winter trefflich genutzt, um die Schlagfertigkeit seines Heeres zu erhöhen, und für die Verpflegung desselben die umsichtigste Fürsorge getroffen. Schon am 18. Febr. ließ er seine Armee aufbrechen, um die Franzosen zur Räumung des Landes diesseits der Weser zu zwingen. Aber Graf Clermont, der jetzt an der Spitze der französischen Armee stand, war bereits aus eigenem Antrieb auf den Rückzug bedacht. Gedrängt von dem Prinzen Heinrich, der von Sachsen her die Operationen Ferdinands unterstützte, zog er seine ganze Armee über die Weser zurück. Nun richtete Herzog Ferdinand seinen Marsch nach dem Münsterlande, um die Rückzugslinie des französischen Heeres nach dem Rhein zu bedrohen. Dies brachte Clermont vollends außer Fassung. Ohne Rast ließ er seine Armee an den Rhein marschieren und vereinigte die Trümmer derselben am 4. April bei Wesel. In denselben Tagen (3.—5. April) überschritt auch die Soubisesche Armee den Rhein bei Köln und Düsseldorf; nur eine Abteilung derselben blieb bei Hanau stehen, um die Mainlinie zu decken. Somit war Niedersachsen, Westfalen und Hessen vom Feinde befreit. Ohne Schlacht hatte die Armee des „großen" Königs den Rücken gewandt. Der klägliche Zustand, in dem sie sich befand, machte sie auf lange unfähig zum Kampf.

Versuch Maria Theresias, die Macht Friedrichs mit Hülfe der Russen zu brechen. Die Kaiserin täuschte sich so wenig wie ihre Minister darüber, daß es mit der Wegnahme dieser oder jener Provinz nicht gethan sei. Sollte die Absicht einer dauernden Schwächung Friedrichs wirklich erreicht werden, so mußte seine Armee zertrümmert werden, denn in dieser bestand seine Macht. Daß die Allianz mit Frankreich zu diesem Ziele nicht führte, hatte sich im vergangenen Jahre gezeigt. Jetzt hoffte man es mit Hülfe der Russen zu erreichen.

In der That erteilte Elisabeth an Fermor den Befehl, mit einem Teile seiner Truppen die in Pommern befindlichen Abteilungen der Preußen zu beschäftigen, mit der Hauptmacht aber über die Oder zu setzen und nach der Lausitz vorzudringen, wo ihm ein österreichisches Korps die Hand reichen werde. So durften die Kaiserinnen hoffen, des gehaßten Gegners Herr zu werden.

Friedrich hatte sich indessen während des Winters aufs sorgfältigste für den neuen Feldzug gerüstet. Das Heer war in seiner Gesamtheit auf die Zahl von 206000 Mann gebracht, die Magazine und die Kriegskasse waren gefüllt. Zu letzterem Zwecke freilich hatte Friedrich nicht nur in Sachsen und Mecklenburg-Schwerin bedeutende Kontributionen erhoben und die bare Auszahlung der Gehälter an seine Beamten vorläufig eingestellt, sondern er hatte auch zu dem verzweifelten Mittel der Münzverschlechterung gegriffen.

Friedrich, der am 16. April die Festung Schweidnitz mit Sturm genommen, hatte die Absicht, den Angriff in das Herz der österreichischen Erblande zu tragen, um die Kaiserin sobald als möglich zum Frieden zu zwingen. Daher war sein Plan, Olmütz in Mähren zu belagern und nach dessen Eroberung ein Truppenkorps nach Ungarn zu senden, während Prinz Heinrich von Sachsen aus in Böhmen einfallen und Prag wegnehmen sollte. Das Gelingen dieses kühnen Plans hing von seiner raschen Durchführung ab. Schon am 5. Mai stand der König vor Olmütz. Die Nachricht davon verbreitete einen panischen Schrecken bis nach Wien, in der Hofburg fing man schon an zu packen. Aber Friedrich fand die Festung stärker, als er erwartet hatte; auch war seine Armee nicht zahlreich genug, um einerseits die Festung völlig zu

umzingeln, anderseits sich nach Westen gegen Daun zu decken und dazu noch die Verbindung mit Schlesien zu sichern. Als nun noch ein Munitionszug, den Oberst von Mosel heranführte und dessen Deckung Zieten übertragen war, durch einen Handstreich Laudons verloren ging und Daun auf langsamen Märschen heranrückte, mußte Friedrich die Belagerung von Olmütz aufgeben. Es gelang ihm, da der Weg nach Schlesien versperrt war, auf dem Umwege über Böhmen, verfolgt von Daun, sein Heer glücklich nach Schlesien zu führen. Aber seine Lage war schlimmer als zuvor; noch im vorigen Jahre hatte er in keckem Angriffe alle seine Gegner herausgefordert; jetzt sah er sich in die Notwendigkeit versetzt, sich gegen Österreicher und Russen zu verteidigen.

Die Russen waren mittlerweile unter dem General Grafen Fermor näher an die preußischen Lande herangerückt und standen Anfang Juli in Posen, von wo sie ihren Marsch unter Sengen und Brennen auf Küstrin richteten. Zwar hatte sich General von Dohna beim Vorrücken der Russen sofort von Pommern nach der Oder gewandt, um den Feinden den Übergang streitig zu machen; aber mit seinen 18000 Mann war er viel zu schwach, um etwas Ernstliches gegen die Russen unternehmen zu können. Entscheidende Hülfe konnte nur Friedrich bringen, und der war auch schon im Anzuge. Um den Russen den Rückzug zu hemmen und sie in die Moräste der Oder zu drängen, formierte Friedrich seine Schlachtordnung im Rücken der Russen südlich von Zorndorf. Dadurch wurden diese genötigt, ihre Front umzukehren. Es stand eine furchtbare Schlacht bevor: denn Friedrichs Dispositionen waren nicht nur auf den Sieg, sondern auf den gänzlichen Untergang des Feindes gerichtet. „Als die Schlacht beginnen sollte, lief ein Zuruf durch die ganze Reihe des preußischen Heers: «Die Preußen geben kein Quartier!» «Und wir auch nicht!» war der weitschreckende Widerhall der Russen." Um 9 Uhr (25. Aug.) eröffneten die Preußen die Schlacht. Es war eine furchtbare Blutarbeit, denn die Russen ließen sich eher niederhauen als in die Flucht schlagen. Dreimal wandte Seydlitz durch rechtzeitiges Eingreifen mit seiner Kavallerie den schweren Kampf der Bataillone zu gunsten der Preußen. Nach einem letzten erbitterten Hand-

gemenge, in dem schließlich die Preußen die Oberhand gewannen, wichen die geschlagenen russischen Regimenter zurück und nahmen zwischen Quartschen und Darmietzel (nördlich von Zorndorf) Stellung. Damit war die Schlacht für die Preußen gewonnen, wenn es diesen bei ihrer Ermattung auch nicht mehr gelang, die letzte Position der Russen zu erstürmen.

Durch diesen Sieg hatte Friedrich seinen Zweck erreicht und die Mark Brandenburg vor den Russen gesichert. Fermor zog sich am 27. August nach Landsberg zurück, von wo er nach der Weichsel abmarschierte. Friedrich konnte sich daher nach einer andern Seite wenden, wo Hülfe nötig war.

Behauptung Sachsens und Schlesiens. Solche bedurfte in diesem Augenblicke niemand dringender als Prinz Heinrich in Sachsen. Dieser hatte beim Beginn der kriegerischen Aktion den Auftrag erhalten, die Reichsarmee zu sprengen und die Stände zur Neutralität zu nötigen. Aber keins von beiden war gelungen. Nun (Ende August) sah er sich plötzlich von allen Seiten bedrängt. Daun setzte sich von Görlitz aus in Bewegung, um den Prinzen im Rücken zu fassen, während Prinz Friedrich von Zweibrücken mit der Reichsarmee das Erzgebirge überschritt und niederländische Regimenter unter dem General Danbasle Zwickau und Chemnitz besetzten.

Da kam die Nachricht von der Schlacht bei Zorndorf und dem eiligen Anmarsche des Königs. Friedrich brannte vor Begierde, sich auch mit diesem Feinde in einer Schlacht zu messen, um dann der Festung Neiße Entsatz bringen zu können, die von dem kaiserlichen General Harsch belagert wurde. Aber eben das wollte Daun verhindern, er wollte Friedrich in der Lausitz festhalten und ließ sich aus dem Lager, das er bei Kittwitz zwischen Spree und dem Löbauer Wasser bezogen hatte, durchaus nicht herauslocken. Für Friedrich kam alles darauf an, diesen vorsichtigen „Fabius Maximus“ zur Schlacht zu nötigen. Daher nahm er am 10. Okt. seine Stellung unmittelbar dem österreichischen Lager gegenüber zwischen den Höhen von Hochkirch und dem Löbauer Wasser.

Aber in dieser Stellung war sein Heer dem feindlichen Angriff so ausgesetzt, daß Moritz von Dessau, Seydlitz, Zieten und andere Generale dem Könige Vorstellungen machten; denn das

preußische Lager wurde von den Österreichern vollständig übersehen. Sie waren Meister des Höhenzugs, welcher die rechte Flanke der Preußen auf Kanonenschußweite beherrschte; Laudon stand mit seinem Korps ihnen fast im Rücken. Feldmarschall Keith, der den folgenden Tag eintraf, sagte: „Wenn uns die Österreicher in diesem Lager ruhig lassen, so verdienen sie gehangen zu werden". Friedrich erwiderte: „Es steht zu hoffen, daß sie sich mehr vor uns als vor dem Galgen fürchten". Er war in höchster Aufregung und in bitterster Stimmung, voll Verachtung des Feindes und jeder Warnung unzugänglich. Es bedurfte blutiger Schläge, um ihn von dieser Geringschätzung des Feindes zu heilen, und diese Schläge ließen nicht auf sich warten. Denn Daun entschloß sich endlich, aus der zuwartenden Haltung herauszutreten und zum Angriff überzugehen. Er gedachte den Feind zu überrumpeln, und sein Plan gelang in der Nacht vom 13. zum 14. Oktober nur zu gut. Wohl formierten sich die Preußen rasch und brachten die Österreicher nach blutigem Handgemenge zum Weichen. Aber alle Tapferkeit der Truppen scheiterte an der Übermacht der Österreicher, so daß sie schließlich das Dorf Hochkirch, um das sich hauptsächlich der Kampf drehte, in den Händen der Feinde lassen mußten. Doch führten die Preußen ihren Abmarsch mit Ruhe und Ordnung aus, ohne vom Feinde verfolgt zu werden. Ihre Disziplin und Tapferkeit war wieder aufs glänzendste zu Tage getreten; aber ihre Verluste waren bedeutend: fast 9000 Mann — mehr als ein Viertel der Armee — blieben tot oder verwundet auf dem Schlachtfelde. Unter den Toten befand sich auch Franz von Braunschweig und Feldmarschall Keith; Moritz von Dessau starb bald darauf an seinen Wunden (1760).

Friedrich gab das Spiel nicht verloren, am liebsten hätte er dem Feinde eine zweite Schlacht geliefert. Aber dazu bot Daun keine Gelegenheit; vielmehr begnügte sich dieser auf der Straße von Bautzen nach Görlitz eine feste Stellung einzunehmen, um den König von Preußen am Entsatz von Neiße zu hindern.

Aber Friedrich umging diese Stellung, und als er in die Nähe von Neiße kam (6. Nov.), erhielt er die Meldung, daß die Belagerung der Festung aufgehoben worden sei; die kaiserlichen Belagerungstruppen waren bei seinem Anmarsch so eilig abgezogen,

daß sie Munition und Kriegsgerät zurückließen. Ebenso gaben die Österreicher die Belagerung von Kosel auf. So war Schlesien abermals von den Preußen behauptet.

Aber Friedrich durfte sich keine Ruhe gönnen. Schon der Morgen des 8. November fand ihn und seine Armee wieder auf dem Wege nach Sachsen. Denn Daun hatte Dresden belagert und beschossen, und seine Truppen waren bereits in die Vorstädte eingerückt. Als er die Nachricht von dem Anmarsche Friedrichs erhielt, zog er rasch nach Böhmen ab, während die Reichsarmee nach Franken abmarschierte. So war auch Sachsen glücklich behauptet.

Nur in Pommern ruhten die Waffen noch nicht. Der russische General Fermor hatte von seiner Kaiserin Elisabeth, die damals in leidenschaftlichem Zorn gegen Friedrich gelobte, ihren letzten Rubel und ihren letzten Mann an die Vernichtung des Königs zu setzen, den strengsten Befehl erhalten, im Rückzug einzuhalten und die angreifenden Operationen wieder aufzunehmen. Infolgedessen rückte er wieder gegen Westen vor und ließ durch Generallieutenant Palmbach mit nur 3—4000 Mann Kolberg belagern. Hier befanden sich im ganzen nur 700 Mann. Was dieser Besatzung an Zahl und Übung abging, das ersetzte die Tüchtigkeit des Kommandanten, Major Heinrich Sigismund von der Heyde. Aber Verstärkungen, die bei den Russen eintrafen, ließen den Erfolg der Verteidigung auf die Dauer zweifelhaft erscheinen. Schon waren die Russen mittelst Laufgräben bis an den Hauptgraben vorgedrungen, als sich preußische Husaren zeigten, die General Dohna abgeschickt hatte. Infolgedessen hob Palmbach die Belagerung auf und kehrte zur Armee Fermors zurück, der nach dem polnischen Preußen abrückte und von Thorn bis Elbing Winterquartiere bezog. So war Friedrich fürs erste auch dieses Feindes ledig.

Es war eine Gunst des Geschicks, daß Friedrich während seiner Operationen im Osten von einem Angriff der französischen Armee unbelästigt blieb. Er hatte dies dem Prinzen Ferdinand von Braunschweig zu danken, dessen Tüchtigkeit fortwährend vom Glück begleitet war. Dieser hatte nach dem erfolgreichen und anstrengenden Frühjahrsfeldzug seinem Heere nur kurze Ruhe gegönnt;

kaum hatte er dessen Zahl mit Hülfe der reichlich fließenden englischen Subsidien auf die vorgesehene Höhe gebracht, als er auch wieder zu neuem Angriff überging und zunächst seine Truppen über den Rhein führte. Dieser unerwartete Übergang rief eine solche Bestürzung bei Clermont hervor, daß er sich fast ohne Aufenthalt bis Neuß zurückzog. Aber da er aus Paris den entschiedenen Befehl erhielt, vorzurücken und eine Schlacht zu liefern, ging er wieder bis Crefeld vor und nahm im Süden dieser Stadt eine äußerst günstige Stellung ein. Trotzdem griff ihn Ferdinand hier an und nötigte ihn zum Rückzug, den die Franzosen in den nächsten Tagen bis Köln fortsetzten. Durch die Wegnahme der österreichischen Festung Roermonde (an der Maas) und die Besetzung der Festung Düsseldorf nahm Ferdinand eine bedeutende Stellung am Niederrhein ein. Wenn ihm jetzt eine ernstliche Unterstützung seitens der Engländer zu teil geworden wäre, hätte er durch einen Zug die österreichischen Niederlande (Belgien), die ganz wehrlos dalagen, erobern und dadurch die französische Armee ganz vom Rhein wegtreiben können. Aber in England blieb man dem Prinzip getreu, selbst den Schein zu meiden, als ob die maritimen Interessen Englands gegen die kontinentale Politik zurückgestellt würden. Pitt glaubte, es geschehe genug, wenn durch Landungen an der feindlichen Küste der Handel und die Marine Frankreichs geschädigt und eine Teilung der französischen Streitkräfte veranlaßt würde. Aber alle dahinzielenden, mit großem Aufwand an Geld und Truppen unternommenen Expeditionen waren ohne Erfolg. Nun hatten freilich die glänzenden Erfolge Ferdinands und die freudige Teilnahme, welche die englische Nation seinen Unternehmungen entgegenbrachte, den Minister veranlaßt, seine Bedenken gegen eine direkte Beteiligung Englands am deutschen Kriege gegen die Franzosen insoweit fallen zu lassen, daß er sich bereit zeigte, die in England entbehrlichen Truppen zu Ferdinands Heer stoßen zu lassen, besonders Reiterei. Aber teils war diese doch zu ungenügend (nur 8500 Mann), teils kam sie zu spät. Denn inzwischen hatte die Armee des Prinzen Soubise, die in einer Stärke von 25000 Mann am Main stand, Befehl erhalten, nach Hessen vorzurücken (8. Juli). Der Landgraf mußte zum zweitenmal sein Land verlassen, während

das Volk und seine Habe den Feinden preisgegeben war. Nachdem noch die kleine Schar Hessen und Hannoveraner durch das blutige Gefecht bei Sondershausen aus ihrer Stellung hinter Kassel verjagt worden war, ließ Soubise seine Truppen Kantonnements beziehen und das Land durch Kontributionen aufs härteste heimsuchen.

Gleichzeitig mit der Mainarmee hatte auch die französische Rheinarmee ihre Operationen wieder begonnen (9. Juli). An ihrer Spitze stand jetzt der Marquis de Contades, ein vorsichtiger Feldherr. Contades rückte Ferdinand entgegen und bot ihm eine Schlacht an. Vor seinen an Zahl überlegenen Streitkräften sah sich Ferdinand genötigt, über den Rhein nach Westfalen zurückzugehen, das er als Basis seiner Operationen so lange als möglich zu behaupten gedachte. Er hatte die Genugthuung, daß Contades trotz seiner 80000 Mann, mit denen er der deutschen Armee ums doppelte überlegen war, jede weitere Aktion unterließ. Doch erhielt Soubise den Befehl, ins Hannoversche vorzurücken. Um die Vereinigung der beiden französischen Armeen zu hindern, ging Ferdinand über die obere Lippe und nahm zwischen denselben auf der linken Flanke von Contades eine feste Stellung ein. Aber Contades, der es auf keine Schlacht mehr ankommen lassen wollte, setzte sein Heer auf das linke Rheinufer über und ließ es hier Winterquartiere beziehen. Soubise blieb zwischen Lahn und Main. Zuvor aber verfuhren die Franzosen in den von ihnen geräumten Gebieten nach der Instruktion des Kriegsministers Belleisle, der an Contades schrieb: „Sie, mein Herr, müssen ganz Westfalen in eine Wüste verwandeln und in den Ländern an der Lippe und Paderborn, als den fruchtbarsten Provinzen, muß alles bis auf die Wurzeln in der Erde ausgerottet werden". In den ersten Tagen des Jahrs 1759 verlegte Soubise sein Hauptquartier nach Frankfurt, das durch einen Handstreich von den Franzosen besetzt wurde. Seitdem hatte die Stadt bis zum Ende des Kriegs französische Besatzung.

Ferdinand wies seinen Truppen in den Bistümern Münster, Paderborn, Osnabrück und dem kurkölnischen Sauerlande Quartiere an. Er hatte die schwierige Aufgabe, sich gegen einen doppelt so starken Feind zu halten, trefflich gelöst. Zur Anerkennung

seiner Verdienste ernannte ihn König Friedrich zum Generalfeldmarschall. So endete dieses Kriegsjahr. Der Vorsatz Maria Theresias, mit Hülfe der Russen und Franzosen die Macht Preußens zu brechen, war abermals nicht erreicht worden. „Die Kräfte eines so furchtbaren Bundes wie der unsere", schrieb Stainville aus Wien an den Minister Belleisle, „haben gegen ihre Stellung vor zwei Jahren kaum irgend einen Fortschritt aufzuweisen. Das ist sehr demütigend für uns und sehr ruhmvoll für unsere Feinde."

Erneuerung des Bündnisses zwischen Frankreich und Österreich gegen Preußen. Doch noch ein Mittel schien übrig zu sein, um dem gehaßten Gegner einen Schlag zu versetzen. Hatten sich die Waffen des Kriegs nicht scharf genug dazu erwiesen, so suchte man aus den verrosteten Rechtsbräuchen der Reichsverfassung eine Waffe gegen den Feind zu schmieden, indem man das Achtsverfahren gegen Friedrich und dessen Verbündete wieder in Gang setzte (August 1758). „Aber man mußte erleben, daß diese nicht allein das Achtsmandat mit Spott und Hohn oder mit scharfen Gegenschriften von sich wiesen, sondern daß sogar eine Anzahl von Ständen, welche ihre Kontingente zum Reichskrieg gegen Preußen stellten, in aller Form den vom Kaiser beschrittenen Weg für verfassungswidrig und eine so verfügte Acht für null und nichtig erklärten."

Ein Glück für Österreich war es, daß die beabsichtigte Lossagung Frankreichs vom Allianzvertrag, worauf Bernis ohne Aufhören hinarbeitete, nicht zur Ausführung kam. Bernis hatte sich durch den ersten mißlungenen Versuch nicht abschrecken lassen, immer wieder auf die Sache zurückzukommen. Ihn beängstigte vor allem das Mißverhältnis der Finanzen: Frankreich erschöpfte sich durch die Subsidienzahlungen und büßte zugleich durch den Verlust seiner Kolonieen im Kampfe mit England die Hülfsquellen ein, die ihm sonst durch seinen Handel mit diesen dargeboten wurden. Sollte den siegreichen Fortschritten der Engländer in Amerika und Indien Einhalt gethan werden, so war das einzige Mittel dazu — den Frieden in Deutschland zustande zu bringen. Er ließ daher im tiefsten Geheimnis durch den Markgrafen von Bayreuth dem Könige von Preußen Friedensvorschläge unterbreiten. Obschon die Bedingungen für Friedrich sehr annehmbar waren,

entging es ihm doch nicht, daß es den Franzosen dabei hauptsächlich auf die amerikanische Angelegenheit ankam, aber er mochte sich in derselben nicht von England trennen. „Ich erkenne", sagt er, „die gute Absicht der Vorschläge, die mir gemacht sind, aber ich bin stumm wie ein Fisch. Wenn Frankreich, Österreich und Rußland mit mir unterhandeln wollen, so brauchen sie nur zu reden: ich beschränke mich darauf sie zu schlagen und schweige."

Noch weniger Anklang fand Bernis mit seinen Absichten am Wiener Hofe. Maria Theresia sprach sich mit vollster Entschiedenheit dagegen aus. Mit dem Könige von Preußen könne sie keinen Frieden schließen, ohne daß zuvor seine Macht geschwächt sei.

Darnach blieb für Frankreich nichts übrig als der Rücktritt von der österreichischen Allianz. Aber damit konnte Bernis an seinem eigenen Hofe nicht durchdringen. Er legte infolgedessen die Leitung der Geschäfte in die Hände des französischen Gesandten in Wien, Stainville, nieder, welchen Ludwig XV. zum Zeichen seiner besonderen Gunst zum Duc de Choiseul erhoben hatte.

Dieser Personenwechsel machte sich im Verhältnis Frankreichs zu Österreich sofort bemerklich. Denn wenn Choiseul auch geneigt war, an dem bestehenden Verhältnis mit Österreich festzuhalten, so war er doch nicht gemeint, daß dies ganz unter denselben Bedingungen zu geschehen habe wie bisher. Noch als Gesandter in Wien hatte er erreicht, daß Kaunitz in die Herabsetzung der Subsidien willigte. Als Minister ließ er es sein erstes Geschäft sein, einen neuen Vertrag mit Österreich abzuschließen, in welchem die Bestimmung des geheimen Traktats, daß die Waffen nicht eher niedergelegt werden sollten, als bis Schlesien und Glatz erobert seien, auf sein Verlangen gestrichen wurde. Frankreich versprach nur, in der Kriegführung wie in den Friedensverhandlungen alles aufbieten zu wollen, damit Schlesien und Glatz an die Kaiserin abgetreten werde. Im übrigen wurde Frankreich von der Stellung eines Hülfskorps entbunden und blieb nur zu Geldzahlungen verpflichtet. Außerdem versprachen beide Teile, nur nach gemeinsamem Einvernehmen Frieden schließen zu wollen. Darüber wurde im Januar 1759 ein neuer Vertrag aufgesetzt, der das Datum vom 30. Dezember 1758 erhielt und den verbündeten Mächten mitgeteilt zu werden bestimmt war. Daneben

wurde ein zweiter „geheimer" Vertrag abgeschlossen mit dem Datum vom 31. Dezember 1758. In diesem versprachen sich beide Teile die Garantie aller Eroberungen, die ihnen in dem künftigen Frieden zugesprochen werden könnten.

Nicht denselben Vorteil wie Maria Theresia von ihrer Allianz mit Frankreich hatte König Friedrich von seinem Bunde mit England. Die Hülfe, die die englische Regierung Friedrich dem Großen bot, bestand auch fernerhin teils in der niedersächsischen Armee, die das französische Heer festhielt, teils in Subsidiengeldern. Die Fortzahlung der letzteren wurde in einer neuen Konvention vom 7. Dezember 1758 gewährleistet. Nach wie vor blieb die schwerste Last des Kriegs auf den Schultern Friedrichs ruhen.

1759 bis Frühjahr 1760. Pläne und Rüstungen. Wenngleich Choiseul dem Wiener Hofe bereitwillig die Hand zur weiteren Bekriegung des Königs von Preußen geboten hatte, so verschloß er sich doch nicht der Einsicht, daß Frankreichs finanzielle Lage einen baldigen Frieden zur dringenden Notwendigkeit mache. Aber diesen Frieden wollte er nicht auf die Erschöpfung seines Landes begründen, sondern auf die Niederwerfung der Gegner. Er war entschlossen, alle Kräfte Frankreichs zusammenzufassen, um durch zwei große Unternehmungen dem Kriege einen raschen rühmlichen Abschluß zu geben: durch eine Landung in Großbritannien und durch die Eroberung des Königreichs Hannover. Durch diesen Stoß ins Herz des Feindes würde sich Georg II., so hoffte er, wohl zur Rückgabe der Kolonieen verstehen, die einstweilen ihrem Schicksal überlassen wurden. Die Bemühungen Choiseuls, für diesen kühn angelegten Plan die Mitwirkung aller verbündeten Seemächte sowie der Holländer zu gewinnen, hatten keinen Erfolg.

Für das Unternehmen gegen Hannover wurde die französische Armee in Deutschland auf 100 000 Mann gebracht und, um das Ineinandergreifen der Operationen zu fördern, unter den einheitlichen Oberbefehl des Marschalls Contades gestellt; unter ihm befehligte der Duc de Broglie die Mainarmee.

Auch Österreich machte die größten Anstrengungen. Das Heer ward auf 125 000 Mann gebracht und für seine Ausrüstung und

Verpflegung die beste Vorsorge getroffen. Maria Theresia war entschlossen, den Feldzug dieses Jahres mit höchster Energie durchzuführen; daher untersagte sie alle Belagerungen und gebot Schlacht auf Schlacht zu liefern, um das preußische Heer zu zertrümmern. Die nächste Aufgabe war die Eroberung von Schlesien, wozu man sich der Mithülfe der Russen zu versichern gedachte. Aber das russische Heer befand sich in Bezug auf Zahl und Ausrüstung in einem so mangelhaften Zustande, daß es sich vor Mitte Juni nicht in Bewegung setzen konnte. Doch gab Elisabeth die Zusicherung, daß ihre Armee bis Ende Juni zwischen Glogau und Breslau die Oder überschreiten und sich mit der österreichischen Armee vereinigen werde.

So war Friedrich aufs neue von einer Verbindung der beiden Kaisermächte bedroht. Wenn es ihm nicht gelang, dieselbe zu hindern oder der vereinigten Armee ein entsprechend zahlreiches Heer entgegenzustellen, so konnte seine Existenz ernstlich bedroht und die beabsichtigte Vernichtung seines Heeres eine Wahrheit werden. Seine ganze Energie war auf die Verstärkung und Ausrüstung seiner Armee gerichtet. Er beschaffte sich zunächst die Gelder zur Verpflegung seines Heeres und brachte dieses durch Einstellung von 30 000 Mann Rekruten, die er zum größten Teil in den angrenzenden Ländern pressen ließ, auf 125 000 Mann. Aber die Blüte seiner Infanterie war dahin und mancher treffliche Feldherr war gefallen oder seinen Wunden erlegen. Und von seinen Feinden mußte Friedrich bekennen, daß sie im Geschützwesen und durch ihre leichten Truppen seinem Heere überlegen seien. Daher glaubte Friedrich, für die Zukunft seine Operationen nach denen seiner Gegner regeln zu müssen. Somit ging er aus der Offensive in die Defensive über.

Auch die Armee des Herzogs Ferdinand von Braunschweig war völlig neu organisiert; sie war auf 75 000 Mann gebracht, die zum größten Teil von der englischen Regierung unterhalten wurden; diese hatte auch neue schwere Geschütze gesandt.

Am 20. März setzte sich die Hauptarmee Ferdinands in Bewegung und vereinigte sich am 30. März mit den übrigen Truppen der deutsch-englischen Armee bei Fulda, von wo Ferdinand in Eilmärschen auf Frankfurt marschierte. Ein Angriff, den er auf

die französischen Truppen bei Bergen machte, mißlang völlig. Nachdem er vergeblich versucht hatte, den Feind in die Ebene zu locken, mußte er den Rückzug nach Westfalen antreten, wo er den baldigen Angriff der Rheinarmee erwartete.

Gleichzeitig hatte Prinz Heinrich die Reichsarmee an den Grenzen Sachsens abgewehrt und bis hinter Erlangen getrieben. Darauf kehrte er nach Sachsen zurück, wo er am 1. Juni wieder eintraf.

An der Grenze Schlesiens und Böhmens, wo sich die Armeen Friedrichs und Dauns gegenüberlagen, war es bis in den Sommer hinein ganz ruhig. Friedrich lauerte auf eine Gelegenheit zum Angriff. Daun aber wartete in Ruhe die Ankunft der Russen ab. Aber deren Aufbruch wurde ebenfalls aufgehalten, da ein preußisches Streifkorps unter General Wobersnow die in Posen und an der Warthe aufgehäuften Vorräte zerstört hatte.

Friedrichs Niederlage durch Russen und Österreicher. Nachdem der hierdurch angerichtete Schaden wieder ersetzt war, rückte die russische Armee über die Weichsel nach Posen, wo sie Ende Juni ein verschanztes Lager bezog. Den Oberbefehl führte Graf Peter Soltykoff.

Friedrich, der die Widerstandskraft der Russen unterschätzte, hatte ihnen das in Pommern stehende Dohnasche Korps, durch bewährte Regimenter auf 30000 Mann verstärkt, entgegengeschickt, um die noch getrennten russischen Abteilungen einzeln anzugreifen und bis zur Weichsel zurückzutreiben. Aber Dohna bewegte sich zu langsam vorwärts und sah sich außerstand, der inzwischen vereinigten russischen Armee den Marsch nach der Oder zu verwehren. So war doch geschehen, was Friedrich hatte verhindern wollen. Vergeblich suchte General Wedell, der an Dohnas Stelle trat, die Russen durch das Treffen bei Kay (westlich von Züllichau) aufzuhalten. Diese brachten durch ihre Übermacht die kühne Schar zum Weichen und rückten (25. Juli) über die Oder nach Krossen (am Einfluß des Bober in die Oder), wo verabredetermaßen die Vereinigung mit den Österreichern stattfinden sollte. Da diese aber nicht zur Stelle waren, zog Soltykoff mit seiner ganzen Armee, der leichteren Verpflegung wegen, flußabwärts nach Frankfurt und ließ seine Armee auf den Höhen von Kunersdorf lagern;

er gedachte derselben hier „von den gehabten Fatiguen“ einige Ruhe zu gönnen.

König Friedrich war anderer Meinung. Nach der Niederlage seiner Truppen bei Kay glaubte er die Führung des Kriegs gegen die Russen selbst in die Hand nehmen zu müssen. Nachdem er sich mit den Truppen seines Bruders in Sagan vereinigt hatte, führte er sein Heer „in grausamen und schrecklichen Märschen“ durch die sandige Gegend der Oder zu, um zeitig an die Russen zu kommen. Aber dem gewandten Laudon (Daun blieb vorsichtig in seinem Lager) gelang es, mit 36000 Österreichern einen Tag vor der Ankunft Friedrichs sich mit den Russen zu vereinigen. Dadurch belief sich die vereinigte russisch-österreichische Armee auf 80000 Mann, während Friedrichs Heer nur 48000 Mann zählte. Nachdem das ganze preußische Heer über die Oder gesetzt war, besetzte General Finck mit einem Teile desselben die Höhen nördlich von Kunersdorf, mit dem andern Teile beabsichtigte der König die Russen zu umgehen und im Rücken anzugreifen. Aber als die Bewegung zum Teil ausgeführt war, erkannte Friedrich, daß der Anmarsch im Rücken der Russen für den Angriff ungeeignet war, und beschloß, die Feinde auf ihrer östlichen (rechten) Flanke anzugreifen. Durch diese Schwenkung ging viel Kraft und Zeit verloren. Das preußische Heer war schon neun Stunden auf dem Marsche, ehe die Schlacht begann. Trotzdem gelang der Angriff auf den rechten Flügel der Russen vollkommen, und wenn auch das russische Fußvolk von österreichischen Grenadieren im Dorfe Kunersdorf wirksame Unterstützung fand, so mußte es doch nach langem Ringen das Dorf den Preußen überlassen. Dadurch kamen die Preußen wie den Russen so auch den Österreichern in die rechte Flanke, so daß diese unter großen Verlusten ihre Stellung aufgeben und sich zurückziehen mußten.

Bisher waren die Preußen siegend vorgedrungen. Finck riet, sich mit den gewonnenen Vorteilen zu begnügen und von weiterem Angriff abzustehen; aber Friedrich gedachte den Sieg voll und ganz zu erringen und die Russen von jeder ferneren Teilnahme am Kriege abzuschrecken. Daher befahl er aufs neue den Angriff. Es handelte sich um die Eroberung des Spitzbergs, wo die Russen eine Batterie aufgepflanzt hatten. Von frischen Regimentern des

linken preußischen Flügels angegriffen gerieten die Russen ins Schwanken und verließen ihre Batterie. Schon eilten die Preußen herbei, um den Spitzberg (südw. von Kunersdorf) zu besetzen; aber Laudon kam ihnen mit seinen Grenadieren zuvor und behauptete die Höhe und die Batterie, die sofort einen Kartätschenhagel über die Preußen schleuderte. Damit hatte Laudon der verbündeten Armee den Sieg gesichert. Als das preußische Fußvolk reihenweise niedergestreckt ward, befahl Friedrich den Reiterangriff. Seydlitz, der die völlige Unmöglichkeit erkannte, mit der Reiterei hier etwas auszurichten, riet davon ab, mußte jedoch dem wiederholten Befehl gehorchen und stürmte gegen die Feuerschlünde, vor denen Roß und Mann zusammenstürzte. In die Weichenden brach die russische und österreichische Reiterei ein und warf alles über den Haufen. Die Kräfte der Preußen waren verbraucht, die Ordnung im preußischen Heere löste sich mehr und mehr, und als Laudon in die erschütterten Reihen mit Dragonern einbrach, stob alles in wilder Flucht auseinander. Zuletzt wurde noch das Finckſche Korps aus dem Orte getrieben. Damit hatte aller Widerstand ein Ende. Friedrich, dem zwei Pferde unter dem Leibe erschossen worden waren, mußte fast mit Gewalt vom Schlachtfelde entfernt und vor den ihn schon umzingelnden Kosacken in Sicherheit gebracht werden.

Der König war wie betäubt. Wenn die Absicht seiner Feinde darauf gerichtet gewesen war, die Armee, in der seine Macht bestand, zu vernichten, so schien dieselbe jetzt annähernd erreicht. Es war der schwerste Augenblick im politischen und militärischen Leben des Königs, die Zukunft stand schwarz vor seinen Augen. „Von einer Armee von 48000 Mann“, schrieb er unmittelbar nach der Niederlage an den Grafen Finckenstein, „habe ich in diesem Augenblick nur 3000; ich habe keine Hülfsmittel mehr und, um nicht zu lügen, ich halte alles für verloren. Ich werde den Untergang meines Vaterlandes nicht überleben. Lebewohl auf immer!“ Aber aus diesen Todesgedanken richtete den König das Pflichtgefühl empor, das seine Seele beherrschte. Schon am 16. schrieb er dem Prinzen Heinrich: „Rechnet darauf, daß, solange ich die Augen offen habe, ich dem Staate dienen werde, wie es meine Pflicht ist“. Auch sammelten sich um den

König in den nächsten Tagen wieder 12000 Mann. General Wunsch und Oberst Hordt stießen mit ihrem Korps zu ihm, so daß er allmählich wieder 33000 Mann um sich hatte. Mit diesen nahm er eine feste Stellung bei Fürstenwalde ein, entschlossen, lieber noch einmal eine Schlacht zu wagen, als Berlin in die Hände der Feinde fallen zu lassen. Denn er erwartete nichts anderes, als Daun werde sich mit den Russen verbinden, um Berlin zu erobern. Daß dies nicht geschah, erschien ihm als ein „dem Hause Brandenburg widerfahrenes Wunder".

Der Grund dieser Unterlassung lag einerseits in dem großen Verluste der russischen Armee, anderseits in der Abneigung der russischen Generale, sich für die österreichische Allianz neuen Anstrengungen zu unterziehen. Sie sahen in Daun, der die österreichische Hauptmacht unversehrt im Lager hielt, einen zweideutigen und selbstsüchtigen Bundesgenossen; ihnen wollte man die ganze Last des Kriegs aufbürden.

Jetzt sei es Dauns Sache, die Besiegung des Königs von Preußen zu vollenden. So blieb Daun nichts übrig, als sich selbst auf den Weg zu machen. Mit Soltykoff verabredete er, daß nach der Einnahme von Dresden, das eben belagert wurde, Russen und Österreicher sich in Schlesien vereinigen sollten.

Die Einnahme Dresdens erfolgte früher, als man erwartete. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Niederlage bei Kunersdorf hatte Friedrich dem Kommandanten, General von Schmettau, die Weisung zukommen lassen, sich zu halten, wie er könne; sei es nicht möglich, so möge er eine günstige Kapitulation zu erlangen suchen. Da nun der kaiserliche Feldherr Marquire mit Schmettau zu unterhandeln anfing und auf alle Bedingungen Schmettaus bereitwillig einging, so übergab dieser Dresden den Feinden am 4. September. Als am folgenden Tage ein Brief Friedrichs in die Hände Schmettaus gelangte, mit der Aufforderung, Dresden mit allen Mitteln zu halten, war es zu spät. Die wichtige Stadt war für Friedrich verloren, und blieb es bis zum Ende des Kriegs.

Jetzt sollte, der Verabredung gemäß, die Verbindung der österreichischen und russischen Armeen in Schlesien stattfinden. Aber Prinz Heinrich brachte es durch wohlberechnete Märsche dahin, daß Daun nach Sachsen abzog. Darin sah Soltykoff offen=

bare Wortbrüchigkeit und Verräterei, und als überdies Friedrich, der aus dem Lager bei Fürstenwalde nach Niederschlesien geeilt war, sich ihm entgegenstellte, ging er auf das rechte Oderufer und setzte seinen Marsch bis zur Warthe fort.

Laudon, der sich bisher noch bei der russischen Armee befunden hatte, trennte sich nun von derselben und führte sein Korps durch Polen nach Mähren, wo er es in Kantonnements legte.

Während König Friedrich die Russen beobachtete, hatte Generallieutenant Finck, der den Oberbefehl in Sachsen führte, alle sächsischen Orte, welche die Feinde besetzt hatten, mit Ausnahme von Dresden, wieder gewonnen, und Dauns Absicht, die Preußen ohne Schlacht aus Sachsen hinauszumanövrieren, vereitelt. Nun aber kam Friedrich selbst nach Sachsen. Um dem Feinde zugleich möglichsten Verlust zuzufügen, befahl er dem General Finck, mit seinem Korps nach Maxen in Dauns Rücken zu marschieren. Es war ein gefährlicher Auftrag, und nur widerwillig gehorchte Finck dem wiederholten Befehl. Der verwegene Marsch setzte Daun in Bestürzung: er gedachte schon Sachsen zu räumen; aber Lascys ruhige Vorstellungen ließen ihn erkennen, daß er mit seiner Übermacht leicht imstande sei, Finck in dem von tiefen Thalschluchten durchschnittenen Terrain zu erdrücken. Finck zog auf Anordnung des Königs alle Truppen an sich, um den Feind mit größerem Nachdruck empfangen zu können. Dadurch aber wurde der schwierigste Paß dem Feinde völlig offengelegt. Finck, der ungefähr 13500 Mann hatte, wurde am 30. November von einer doppelt überlegenen Macht von drei Seiten her angegriffen und mußte sich trotz des tapfersten Widerstands zurückziehen; mehrere Versuche, sich Luft zu machen, schlugen fehl. Um seine Soldaten nicht nutzlos zu opfern, erbot sich Finck zur Kapitulation. Das Unerhörte wurde erlebt, daß eine preußische Armee von über 12000 Mann mit 70 Geschützen die Waffen streckte. Das war „der Finckenfang bei Maxen". Friedrich war durch diesen Schlag wie betäubt. „Das bringt mir bis ins Mark", schrieb er an d'Argens, und noch ein Jahr später schrieb er seinem Bruder: „Wenn wir unterliegen, so haben wir unsern Untergang von dem Tage des unseligen Ereignisses von Maxen zu datieren". Seinen Feinden erschien das Ereignis als der Anfang vom Ende.

Aber trotz allen Unglücksfällen behauptete Friedrich doch das Feld. Denn statt daß Daun, seine Vorteile benutzend, vorwärts gedrungen wäre, bezog er wie ein Besiegter ein festes Lager im Plauenschen Grunde. Friedrich dagegen, der 12000 Mann der deutsch-englischen Armee an sich zog, verjagte alle vor ihm stehenden feindlichen Truppen und behauptete so, außer dem Bezirke von Dresden, ganz Sachsen.

Obwohl Friedrich nie einen unglücklicheren Feldzug bestanden als den von 1759, hatte er dennoch, mit Ausnahme des schwedischen Pommerns und des Gebiets von Dresden, die gleiche Stellung wie im Jahre vorher inne. Aber die Gefahr des Unterliegens rückte doch immer näher heran: der Kern seiner Truppen, die Elite seiner Offiziere lag auf den Schlachtfeldern. Aber auf den Schwingen der Vaterlandsliebe und des Pflichtgefühls hob sich des Königs große Seele wieder empor, und in der Beschäftigung mit der Litteratur fand sein Gemüt Erfrischung, sein Geist neue Spannkraft.

Auch hatte er die Beruhigung, daß ihm durch die verständige Kriegführung Ferdinands auf dem westlichen Kriegsschauplatze wenigstens die Franzosen ferngehalten wurden.

Rettung des nordwestlichen Deutschlands durch den Prinzen Ferdinand. Gleich nach der Nachricht vom Siege Broglies bei Bergen hatte sich Contades mit dessen Truppen vereinigt und war gegen die deutsch-englische Hauptarmee vorgerückt, die bei Dortmund stand. Vor dem Anmarsch der Franzosen zog sich Ferdinand, der seit der Schlappe bei Bergen alles Selbstvertrauen verloren hatte, bis nach Osnabrück zurück. Inzwischen überrumpelte Contades die Festung Minden und nahm in der Nähe eine unangreifbare Stellung ein. Aber Ferdinand gelang es, ihn dadurch, daß er ihm die Zufuhr von Süden abschnitt, aus seiner Stellung zu drängen und zur Schlacht zu zwingen (1. August), die mit einem Siege der deutsch-englischen Waffen endete. Damit war Niedersachsen und Westfalen von der Verwüstung gerettet, die kurz vorher von Paris aus anbefohlen worden war. Durch rasche Verfolgung der abziehenden Armee nötigte Ferdinand den feindlichen Feldherrn sich bis Gießen zurückzuziehen, worauf er seine Truppen an der Lahn Kantonnements beziehen ließ. Vergebens

versuchte der talentvolle Herzog von Broglie, dem Contades den Oberbefehl abtreten mußte, die Armee Ferdinands wieder zu vertreiben. Vielmehr wurden die Franzosen durch wohlgelungene Streifzüge genötigt, aus Hessen und Nassau nach dem Rheine abzuziehen. Broglie verlegte sein Hauptquartier nach Frankfurt. Ferdinand aber hatte den Ruhm, wie Niedersachsen und Westfalen so auch Hessen den Feinden entrissen zu haben.

Auch das Unternehmen, mit dem Choiseul dem englischen Inselreich einen Stoß ins Herz zu geben gedachte, nahm einen durchaus ungünstigen Verlauf, sowohl die französische Mittelmeer- als die Kanalflotte wurde völlig geschlagen. An eine Landung in England konnte nicht mehr gedacht werden.

Auch in Ost- und Westindien waren die französischen Waffen von der Ungunst des Schicksals verfolgt, und die Eroberung von Quebec (am Lorenzstrom) legte den Besitz von Canada in Englands Hände.

Friedensbestrebungen. Das war das Resultat der so großartig angelegten Pläne Choiseuls: während die Unternehmungen gegen Deutschland und England, zu denen Frankreich alle seine Kräfte zusammengerafft hatte, zu Schanden wurden, verlor es gleichzeitig seine Kolonieen und wurde fast ganz aus Amerika verdrängt. Choiseul lebte schon lange der Überzeugung, daß das Unglück, das Frankreich bedrohe, nur durch einen Frieden abgewendet werden könne. Auch schien ihm das Übergewicht bedenklich, das der Sieg der Russen bei Kunersdorf den beiden Kaiserinnen gab. Er war der Ansicht, daß der König von Preußen tief genug gesunken sei, und daß es nicht im französischen Interesse liege, ihn völlig untergehen zu lassen. Unverhohlen äußerte Choiseul gegenüber dem dänischen Gesandten, daß Frankreich Frieden brauche, und daß es sich dazu entschließen werde, selbst wenn es sich von den Höfen von Wien und Petersburg trennen müsse. Er wandte sich in dieser Absicht an den spanischen König Karl III. und suchte dessen Vermittelung mit England nach. Dieser war dazu bereit, wurde aber von Pitt abgewiesen. Denn England und Preußen hatten beschlossen, den kriegführenden Mächten das Anerbieten eines Friedenskongresses zu stellen, und ließen Ende November den kriegführenden Mächten Österreich, Frankreich und

Rußland einen solchen antragen. Aber dieser Antrag stieß sowohl in Wien als in Petersburg auf Widerspruch. Um so sicherer glaubte man auf Frankreich rechnen zu dürfen. Denn Frankreich konnte in der That den Krieg kaum länger fortführen. Die Einkünfte erlitten einen bedeutenden Ausfall. Die rückständigen Zahlungen beliefen sich auf 200 Millionen: Frankreich stand vor dem Bankrott; der Moment der Erschöpfung, bis zu dem es Choiseul nicht hatte kommen lassen wollen, war nahe. Da aber mit der Weigerung der beiden Kaiserinnen die Hoffnung auf einen allgemeinen Frieden zu nichte wurde, bemühte sich Choiseul um so eifriger, einen Separatfrieden mit England ohne Preußen abzuschließen. Darüber wurden in Haag geheime Verhandlungen gepflogen. Doch ließ hier Pitt gleich im Anfang erklären, daß der König von England mit Ausschluß des Königs von Preußen keinen Frieden schließen werde.

Gleichzeitig trat Friedrich in direkte Verbindung mit Choiseul. Dieser äußerte sich durchaus zu gunsten Preußens, beharrte aber dabei, dasselbe von den Präliminarien auszuschließen. Da aber England wiederholte, ohne den König von Preußen nicht zu verhandeln, erklärte Choiseul die Unterhandlungen für abgebrochen.

Den Eckstein der damaligen Politik des Wiener Hofs bildete die Allianz mit Rußland; auf ihr allein schien die Möglichkeit zur Vernichtung der preußischen Macht zu beruhen. Rußland kannte seine Unentbehrlichkeit für die Durchführung der österreichischen Absichten gegen den König von Preußen sehr wohl und gedachte daraus den möglichsten Vorteil für sich zu ziehen. Es verlangte daher, daß ihm als Entschädigung die Provinz Preußen von den verbündeten Mächten feierlichst zugesichert werde; bevor diese Angelegenheit geordnet sei, könne man über den nächsten Feldzug keine Abrede treffen. Maria Theresia blieb, zumal sich ihr Gesandter in Petersburg, Esterhazy, überrumpeln ließ, einen dahingehenden Vertrag zu unterzeichnen, nichts übrig, als diesen neuen Vertrag zu genehmigen (Mai 1760) und dem Artikel über die beiderseitigen Entschädigungen die Form eines Separatvertrags zu geben. Darin wurde die Verpflichtung, die Provinz Preußen an Rußland kommen zu lassen, nur unter der Bedingung für

bindend erklärt, daß ganz Schlesien und die Grafschaft Glatz an Österreich abgetreten werde. Frankreich weigerte sich entschieden, diesen Vereinbarungen beizutreten. Aber Rußland gelang es, mit Schweden einen Vertrag zu schließen und Dänemark durch Drohungen zum Beitritt zu zwingen. Damit war die so lange besprochene „maritime Union“ gegen England wenigstens für die baltischen Gewässer zum Abschluß gebracht.

Maria Theresia war auch hiermit einverstanden. „Ihr war alles recht, wenn sie nur wieder in den Besitz von Schlesien gelangte und König Friedrich niedergekämpft wurde. Das eine und das andere war der Gegenstand gleichsam einer persönlichen Leidenschaft, der einzigen, die sie hegte.“ Maria Theresia kann als ein Muster weiblicher und landesmütterlicher Tugenden gelten; aber sie lebte der Überzeugung, daß ihr Österreich nicht allein nicht zu seinem alten Range aufsteigen, sondern auch in sich selbst zu keiner ruhigen Entwickelung gedeihen werde, so lange die preußische Krone demselben mächtig gegenüberstehe, zumal wenn ein Friedrich II. sie trage. Politik und Religion, Haß und Ehrgeiz wirkten hierbei zusammen; das Vergangene, welches zur Feindseligkeit berechtigte, und die Zukunft, welche man den Nachfolgern sichern wollte. Es war daran gedacht worden, Preußen an den Thronfolger in Rußland, Peter, zu überlassen, der dafür sein Holstein-Gottorpsches Erbe Holstein an Dänemark abtreten sollte, um diese Macht für die große Allianz zu gewinnen. Der Gedanke war in Rußland gefaßt, aber von Peter abgelehnt worden, Maria Theresia nahm ihn auf. Indes war den Franzosen das Anerbieten gemacht, sich für ihre Verluste zur See durch Eroberungen in Deutschland zu entschädigen.

Friedrich hatte von keiner Seite Hülfe zu erwarten als von England. Die Engländer, denen er den denkbar größten Dienst geleistet hatte, indem er die Macht, mit der sie über die Seeherrschaft rangen, durch seine Waffen beschäftigte, hatten wohl die Pflicht und auch den guten Willen, sich seiner anzunehmen. Friedrich erwartete eine nachhaltige Unterstützung erst, wenn Frankreich genötigt sein werde, seinen Frieden mit England zu schließen und sich alsdann von Österreich zu trennen. Aber soweit war es noch nicht gekommen; die Engländer glaubten genug zu thun,

wenn sie dazu beitrügen, daß die hannoversche Armee sich im Felde halten konnte.

Vom Frühjahr 1760 bis Ende 1761. Rüstungen und Verabredungen. Friedrich, dem es vor allem darauf ankam, Sachsen als die Basis fernerer Gegenwehr zu behaupten, wünschte einen Teil der feindlichen Streitkräfte durch irgend eine Diversion abzuziehen und regte daher den schon früher gefaßten Plan der Absendung einer Flotte in die Ostsee an; aber er erhielt eine unbedingt ablehnende Antwort. Das britische Kabinett fürchtete die Vereinigung der drei nordischen Höfe und die Störung seines Handels im baltischen Meere.

So behielten die Russen und Schweden auf der See freie Hand, und die gegen den König verbündeten Mächte konnten ihre volle Kraft auf den Landkrieg richten.

Maria Theresia hatte ihr Heer auf 120000 Mann bringen lassen. Davon waren 70000 Mann dem Oberbefehl Dauns unterstellt, während 40—50000 Mann Laudon zugewiesen wurden mit dem Auftrag, nach Schlesien vorzudringen und an der Oder den Russen die Hand zu bieten. Da die Russen ungefähr 60 bis 80000 Mann ins Feld stellten, so zählten die feindlichen Armeen zusammen an die 200000 Mann. Ihnen konnte Friedrich nur ungefähr 90000 Soldaten entgegenstellen. Den Kern seines Heeres bildeten die Rekonvaleszenten von Kay und Kunersdorf; ihnen traten die jungen märkischen Bauernsöhne zur Seite, die sich bald mit kriegerischem Mute belebten und es den alten Kriegern gleich thaten. Den Rest lieferten die in den Nachbarländern gepreßten Rekruten, Überläufer und Kriegsgefangene.

Friedrichs Stärke beruhte mehr als sonst auf seinem Scharfblick, mit dem er die Fehler seiner Gegner durchschaute, und auf der Gewandtheit, sich dieselben zu nutze zu machen. Auch zeigte sich gleich beim ersten Zusammenstoße an der Grenze von Schlesien und Mähren, daß die Bewegungen des österreichischen Heeres nicht ineinandergriffen. Noch schwieriger war es für die Österreicher, sich mit den Russen über einen gemeinsamen Operationsplan zu verständigen. Denn wenn es auch zu einer bündigen Verabredung kam, so hing doch die Ausführung von dem guten Willen des

russischen Oberbefehlshabers Soltykoff ab, der aus seinem Widerwillen gegen die Allianz mit Österreich kein Hehl machte. Sein Mißtrauen gegen die österreichische Kriegführung wurde genährt, als bald nach Genehmigung des Operationsplans der Wiener Hof, den inzwischen veränderten Voraussetzungen gemäß, eine Abänderung desselben beantragte. Der Plan ging dahin, daß die russische Armee nach Breslau marschieren solle, in den Kreisen der österreichischen Befehlshaber war man aber überzeugt, daß sich Soltykoff jedes Vorwands bedienen werde, um unthätig zu bleiben. Bei diesem gegenseitigen Argwohn waren Hemmnisse in der gemeinsamen Kriegführung leicht vorauszusehen.

Der Feldzug in Schlesien. König Friedrich hatte durch Bestechung des russischen Generals Tottleben Kenntnis von dem Operationsplan der Russen erhalten. Um auf alle Fälle gefaßt zu sein, zog er sein Heer in der Stärke von 40000 Mann bei Meißen in einem verschanzten Lager zusammen, von wo er sich im Falle der Not je nach der Lausitz oder nach Schlesien wenden konnte. In Schlesien erschien zuerst Laudon auf dem Kampfplatz und ließ seine Reiterei bis in die Gegend von Breslau schweifen. Infolgedessen verließ Fouqué, der bei Landshut stand, seine Stellung. Aber dadurch bekam Laudon freie Hand gegen die Festung Glatz, die er einschloß und zu deren Bestürmung er nur noch auf Belagerungsgeschütze wartete. Friedrich mißbilligte den Abzug Fouqués von Landshut und befahl ihm, unverzüglich seine verlassene Stellung einzunehmen. Laudon hatte nicht sobald erfahren, daß Fouqué wieder in Landshut stände, als er von allen Seiten die zerstreuten Korps herbeirief, um dem Feinde jeglichen Ausweg zu versperren; sodann zog er mit seinen vor Glatz lagernden Truppen heran, um Fouqué mit einem wuchtigen Schlag zu vernichten. Fouqué hatte kaum etwas über 10000 Mann. Das kleine Häuflein leistete das Menschenmögliche, aber es unterlag der Übermacht; indes wichen die Tapfern nur Schritt für Schritt zurück und stets in bester Ordnung, von einem Berg zum andern, bis zum letzten, dem Galgenberge, dessen Verteidigung Fouqué selbst leitete. Hier wurde jeder Sturm der österreichischen Bataillone abgeschlagen. Aber da den Preußen die Munition ausging, so beschloß Fouqué seine Stellung zu verlassen und über den Bober

zu gehen. Wohl gelang es ihm den Fluß zu überschreiten, aber seine kleine Schar wurde durch den Angriff österreichischer Reiterei völlig gesprengt, er selbst gefangen genommen. Fouqués Korps war vernichtet; aber die todesmutige Gegenwehr machte auf die Feinde einen tiefen Eindruck. Die Kriegszucht und zähe Lebenskraft des preußischen Heeres war aufs neue glänzend bewiesen.

Die Aufstellung, die Laudon mit seinem auf 50000 Mann gebrachten Heere südlich von Liegnitz nahm, brachte Friedrich zu dem Entschluß, sich mit seiner Armee nach Schlesien zu wenden. Die Verteidigung Sachsens gegen die anrückende Reichsarmee übertrug er dem General Hülsen. Er hoffte, sein Aufbruch werde Daun veranlassen, ebenfalls aus seiner Stellung herauszugehen, und in der That brach dieser auf, um sich mit Laudon in Schlesien zu vereinigen. Da machte Friedrich schnell Kehrt, um wo möglich die Hauptstadt Sachsens zurückzuerobern. Er vereinigte sich mit Hülsen und begann am 14. Juli 1760 die Beschießung der Stadt, wodurch eine furchtbare Verwüstung in derselben angerichtet wurde: 5 Kirchen und 416 Häuser wurden eingeäschert. Da aber Daun, der rechtzeitig zurückkehrte, die Besatzung der Stadt durch frische Truppen ablöste und Friedrich sein Unternehmen vereitelt sah, hob dieser die Belagerung am 29. Juli auf und trat den Marsch nach Schlesien an.

Hier hatte inzwischen Laudon die Festung Glatz mit Sturm genommen und sich sodann gegen die Hauptstadt Schlesiens gewandt, deren Belagerung, dem russisch-österreichischen Operationsplan gemäß, ein gemeinsames Unternehmen der beiden kaiserlichen Armeen sein sollte. Da sich aber der Anmarsch der Russen verzögerte, schritt Laudon allein zur Belagerung der Stadt. Da der Kommandant von Tauenzien nur über 4000 Mann verfügte, hoffte Laudon, denselben durch Drohungen zur Übergabe zu bewegen. Aber Tauenzien ließ sich nicht einschüchtern, und seine Standhaftigkeit wurde gekrönt. Denn als das Herannahen des Prinzen Heinrich gemeldet wurde, zog Laudon von Breslau ab. Die Stadt war gerettet. Das Eintreffen des Prinzen hatte überdies zur Folge, daß die Russen, die soeben die schlesische Grenze überschritten hatten, im weiteren Vorrücken einhielten, wodurch ihre Vereinigung mit den Österreichern vor Breslau vereitelt wurde. Zwar rückte

Soltykoff bis auf wenige Meilen von dieser Stadt vor; als ihm aber der Anmarsch des Königs Friedrich gemeldet wurde, zog er sich in nördlicher Richtung zurück und lagerte nahe bei Auras.

Zu gleicher Zeit mit Friedrich war auch Daun aufgebrochen und auf die rechte Seite der Preußen nach Schlesien marschiert. Er vereinigte sich mit den Truppen Laudons und verlegte Friedrich den Weg nach Breslau. Da dieser nur 30 000 Mann bei sich hatte, so bezog er bei Liegnitz ein Lager. Nun faßte Daun den Entschluß, die preußische Armee anzugreifen. Er gedachte dieselbe von allen Seiten zu umzingeln und ihr jeden Ausweg zu verlegen. Um aber Daun in seiner Berechnung zu täuschen und die Verbindung mit Breslau zu gewinnen, marschierte Friedrich Abend des 14. August in nordöstlicher Richtung nach Parchwitz und besetzte die Pfaffendorfer Höhen. Dabei stieß man am Morgen des 15. auf Laudon. Dieser schritt sofort zum Angriff, in der Hoffnung, daß Lascy und Daun in kurzer Zeit herankommen würden. Um sich diese beiden vom Leibe zu halten, wies der König Zieten seine Stellung auf dem rechten Flügel an. Es war ein erbitterter Kampf, bis endlich, es war 6 Uhr morgens, die Österreicher auf allen Punkten wichen. Doch führte Laudon den Rückzug in aller Ordnung aus. Daun hatte die erwartete Hülfe nicht geleistet. Als er Kunde von dem Zusammenstoß erhielt, erteilte er nach vielen Bedenklichkeiten den Befehl zum Angriff auf den von Zieten geführten rechten Flügel. Aber ein wohlgezieltes Feuer der Geschütze brachte seine Truppen zum Weichen, worauf er die ganze Armee über die Katzbach zurückgehen ließ. Friedrich hatte von neuem einen glänzenden Beweis seiner strategischen Meisterschaft gegeben. Der französische Militärbevollmächtigte im österreichischen Heere, Montazet, schrieb damals aus Dauns Lager: „Man hat schön reden, daß der König von Preußen großenteils aufgerieben ist, daß seine Truppen nicht mehr dieselben sind, daß er keine Generale hat. Das kann wahr sein: aber seine Seele, die alles belebt, ist immer dieselbe, und unglücklicherweise behalten wir gleichermaßen die unsere".

Friedrich wußte recht wohl, daß sein Sieg nicht imstande war, eine Entscheidung herbeizuführen. Aber seine Lage war doch etwas gebessert: er hatte sich den Weg nach Breslau geöffnet und den

zwischen Österreichern und Russen verabredeten Operationsplan zu nichte gemacht. Um den russischen General Czernitscheff, der diesseits der Oder unfern der nach Breslau führenden Straße stand, zum Abzug zu veranlassen, ließ Friedrich einen Brief, in welchem er Laudons Niederlage in höchst übertriebener Weise darstellte, den Russen in die Hände spielen. Czernitscheff ließ sich dadurch verleiten, über die Oder zu gehen, worauf sich die ganze russische Armee über den Bartsch zurückzog. Ihr gegenüber, bei Trebnitz, nahm Prinz Heinrich Stellung. Friedrich selbst marschierte nach Breslau und bezog nahe bei Leuthen ein Lager. Seine weiteren Operationen ließ er ganz von den Umständen abhängen; eigene Pläne zu entwerfen war er außerstand; „es bleibe ihm nichts übrig", sagte er, „als den Feind anzugreifen, der sich zuerst zeige, ihn zu schlagen und dann nach dem Orte zu eilen, wo die nächste Gefahr drohe".

Russen und Österreicher in Berlin. Zunächst hielten ihn die Verhältnisse noch in Schlesien fest. Durch eine geschickte Umgehung Dauns, der Schweidnitz belagerte, nötigte er diesen, seine Armee zur Sicherung seiner Verbindung mit Böhmen ins Gebirge zu führen. Die Heere standen sich, jede Bewegung des Gegners sorgfältig beobachtend, mehrere Wochen gegenüber. Inzwischen waren die Russen völlig unthätig gewesen. Ein zwischen ihnen und den Österreichern verabredeter Plan, demgemäß sie Glogau erobern sollten, war durch die letzten Bewegungen Friedrichs vereitelt worden. Zu neuen ernstlichen Unternehmungen in Schlesien aber konnte sich Fermor, der an Stelle des erkrankten Soltykoff provisorisch den Oberbefehl führte, nicht entschließen. Dagegen erklärte er sich zu einem Zuge nach Berlin, zu dem ihn Daun auffordern ließ, bereit, zumal da ihm ein solches Unternehmen von Petersburg aus geradezu geboten worden war. Auch mochte er sich um so mehr getrieben fühlen, etwas zu thun, als eben die Meldung einlief, daß die aufs neue unternommene Belagerung von Kolberg schmählich mißglückt sei. Hier leistete General Heyde mit 2000 Mann und der wackeren Bürgerschaft in standhafter Gegenwehr gegen eine ungeheure Übermacht das Möglichste; aber auf die Dauer war der Widerstand kaum denkbar. Da kam unverhofft Rettung. König Friedrich sandte den kühnen jungen General Paul von Werner mit einem Korps ab, um die Stadt zu ent-

setzen. Dieser schlug sofort nach seiner Ankunft die im Süden aufgestellte russische Abteilung in die Flucht, zog in Kolberg ein, aber sogleich zum entgegengesetzten Thore wieder hinaus und schlug noch am selben Abend die russische Reiterei. In der Einbildung, daß eine preußische Armee von 20000 Mann angekommen sei, drängten die Belagerer nach den Schiffen (19. September 1760), die wenige Tage darauf absegelten.

Glücklicher für die Russen lief das Unternehmen gegen Berlin ab. Anfangs dachte die schwache Garnison der Stadt auf Verteidigung, zumal als sie durch den Zuzug des Prinzen von Würtemberg und des Generals Hülsen auf 14000 Mann anwuchs. Da aber gegenüber den 40000 Mann vereinigter Russen und Österreicher unter Tottleben, Czernitscheff und Lascy der Widerstand nutzlos erschien, zogen sich die preußischen Truppen nach Spandau zurück und der Kommandant Rochow kapitulierte (9. Oktober). Die Stadt mußte schwere Kontributionen erlegen; die Staatskassen wurden geleert, soweit sich noch etwas darin fand; aus dem Zeughause wurden 143 Kanonen und 18000 Gewehre genommen, und was man nicht fortschleppen konnte, wurde zerschlagen. Die Russen spielten die Herren, den Österreichern kam nur ein geringer Teil der Beute zu; dafür hielten sie sich in Charlottenburg und Potsdam schadlos und plünderten in Verbindung mit den sächsischen Ulanen das Schloß Charlottenburg in vandalischer Weise. Ähnlich trieben es die Russen im Schlosse zu Schönhausen; doch hielten letztere strengere Mannszucht als die Österreicher. So wurde Berlin vier Tage lang geplündert: es war die einzige gemeinsame That, zu der es die verbündeten Kaisermächte in diesem Feldzuge brachten. Als aber die Nachricht einlief, daß König Friedrich heranrücke, zogen sie eiligst ab (12. Oktober): die Russen nach Frankfurt an der Oder und nach Eintreffen des neuen Oberfeldherrn Buturlin hinter die Weichsel — Lascy nach Torgau.

In der That war Friedrich im Anzug. Die Gefährdung der Marken, sowie die bedenkliche Lage der Dinge in Sachsen hatten ihn bewogen, Schlesien zu verlassen.

Verlust und Wiedergewinn Sachsens. Als Friedrich im Sommer nach Schlesien abgezogen war, hatte er den General

Hülsen mit 11—12000 Mann zur Verteidigung des Landes zurückgelassen. Er lagerte bei Meißen. Aber vor der dreifachen Übermacht der Reichsarmee unter dem Prinzen von Zweibrücken mußte er sich nach Torgau und nach dem Eintreffen der Würtemberger unter ihrem Herzog bis Wittenberg zurückziehen. Sofort begann die Reichsarmee Torgau einzuschließen. In der Bestürzung ergab sich der Festungskommandant Normann schon auf die erste Aufforderung hin. Dann folgte die Reichsarmee den abziehenden preußischen Truppen und suchte sie durch Umgehung von der nach Berlin führenden Straße abzuschneiden. Doch Hülsen kam ihnen zuvor und gewann die Straße nach Berlin, in dessen Nähe er am 7. Oktober ankam. Somit war Sachsen mit Ausnahme von Wittenberg, das von der Reichsarmee eingeschlossen war, von den Preußen geräumt.

Der rasche Abzug der Feinde aus Berlin machte es dem Könige möglich, sich sofort nach Sachsen zu wenden, wo inzwischen Wittenberg nach tapferer Gegenwehr den Reichstruppen in die Hände gefallen war. Es war für König Friedrich von der größten Wichtigkeit, daß ihm Daun auf dem Marsche nach Sachsen gefolgt war. Er ließ daher die Truppen des Generals Hülsen und des Prinzen von Würtemberg zu sich stoßen und wandte sich, nachdem er die Reichsarmee hinter Leipzig hatte zurückdrängen lassen, so daß eine Vereinigung der feindlichen Heere nicht mehr zu befürchten war, gegen Daun, der mit seinem Heere von 60000 Mann auf den Süptitzer Höhen bei Torgau eine äußerst feste Stellung inne hatte. Obwohl Friedrich nur über 40000 Mann gebot, zögerte er doch keinen Augenblick, die Schlacht zu wagen (3. November 1760). Leider ließ er sich durch einige Kanonenschüsse vom rechten Flügel her, wo Zieten kommandierte, zu einem verfrühten Angriff verleiten. Der König selbst wurde von einer Kartätschenkugel getroffen und war dadurch so angegriffen, daß er das Kommando nicht weiterführen konnte. Er übertrug daher den Oberbefehl an Hülsen und ritt nach dem Dorfe Elsnig, wo er sich in die Kirche begab und an den Stufen des Altars verbinden ließ. Auch Daun war verwundet. Da er die Schlacht für beendigt hielt, begab er sich nach Torgau und sandte eine Siegesbotschaft nach Wien. Aber er triumphierte zu früh.

General Zieten hatte anfangs unbeweglich auf seinem Posten gestanden, jetzt griff auch er in den Kampf ein und machte einen Sturm auf die Süptitzer Höhen, welche die Österreicher nach tapferer Gegenwehr verlassen mußten. Am andern Morgen traten die Österreicher, ohne daß eine Verfolgung stattfand, den Rückzug an. Torgau wurde sofort von den Preußen besetzt.

Es war ein großer Sieg, den die Preußen errungen. In Wien war der Eindruck der Niederlage, zumal nach der vorausgegangenen Siegesbotschaft, ein tief erschütternder. Maria Theresia soll damals zuerst ein Gefühl der Verzagtheit überkommen haben, ob sie ihr Unternehmen auch durchführen werde. Friedrich dagegen war weit entfernt, die Bedeutung der Schlacht zu überschätzen. Seine nächste Absicht ging dahin, die Feinde vollends aus Sachsen zu vertreiben. Doch nur die Reichsarmee wurde zurückgedrängt. Die kaiserliche Armee blieb bei Dresden gelagert. Das ganze übrige Sachsen stand Friedrich für seine Winterquartiere zur Verfügung. Sein Hauptquartier nahm er in Leipzig.

Verlust eines Teiles von Schlesien. Um die verabredete Vereinigung der österreichischen und russischen Streitkräfte möglichst zu hindern, zog König Friedrich wieder nach Schlesien und traf am 13. Mai 1761 in der Gegend von Schweidnitz ein. Aber alle seine Bemühungen waren umsonst. Am 17. August standen sich die russische und österreichische Armee bei Liegnitz so nahe, daß sie gegen einen Angriff sich wechselseitig unterstützen konnten. Nun blieb Friedrich nichts übrig, als bei Bunzelwitz, 3—4 Meilen nördlich von Schweidnitz, ein befestigtes Lager zu beziehen. Am liebsten hätte Laudon hier den König rasch angegriffen. Aber er vermochte Buturlin nicht dazu zu bewegen. Am 10. September zogen sich die Russen über die Oder zurück, angeblich um die Marken anzugreifen. Laudon bezog wieder das Lager bei Kunzendorf. Friedrich atmete auf; ohne Schlacht war es ihm gelungen, vor der feindlichen Übermacht das Feld zu behaupten. Um aber die Russen von der Mark abzuziehen, sandte er ihnen den General Platen, einen entschlossenen Offizier, mit 10 000 Mann nach. Dieser entledigte sich seines Auftrags mit solchem Erfolg, daß Buturlin sich nach Polen wandte.

Unterdessen hatte Friedrich sein Lager verlassen (26. September) und war auf Neiße zu marschiert. Wenige Tage darauf erhielt er die Nachricht, Laudon habe Schweidnitz erobert (1. Oktober 1761). Dieser Schlag setzte Friedrich in entschiedenen Nachteil. Daß der Feind einen so wichtigen Stützpunkt in Schlesien gewonnen, mußte bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen sehr zu Ungunsten Friedrichs ins Gewicht fallen. Um selbst so viel als möglich von Schlesien zu behaupten, marschierte er eiligst nach Strehlen, von wo aus er Neiße, Brieg und Breslau deckte. Aber er konnte es nicht mehr hindern, daß die ganze feindliche Armee auf schlesischem Gebiet Winterquartiere bezog.

Verlust von Hinterpommern und des größten Teils von Sachsen. Noch schlimmer gestalteten sich Friedrichs Aussichten auf einen rühmlichen Frieden dadurch, daß es den Russen nach ungeheuren Anstrengungen gelang, die Festung Kolberg in ihren Besitz zu bringen (16. Dez. 1761). Damit war das östliche Pommern bis unter die Kanonen von Stettin von den Russen erobert, und Rumänzoff nahm hier Quartiere.

Auch in Sachsen war Friedrichs Stellung beeinträchtigt worden, indem Daun und die Reichsarmee die preußischen Truppen so zurückdrängten, daß deren Winterquartiere auf die Gebiete zwischen Meißen, Lommatzsch und Mügeln beschränkt blieben.

So hatte Friedrich in dem letzten Feldzuge (1761) beträchtliche Gebiete in Schlesien, Pommern und Sachsen eingebüßt.

Eroberung Hessens durch die Franzosen. Der Kriegführung der Preußen im Osten entsprach im ganzen diejenige des Herzogs Ferdinand im Westen Deutschlands. Den bedeutenden Streitkräften der Franzosen gegenüber mußte sich Ferdinand entschließen, Hessen aufzugeben. Aber den Anschlag Broglies auf Westfalen vereitelte er durch einen glücklichen Kampf bei Warburg (31. Juli). Zu weiteren Erfolgen brachte er es jedoch nicht: französische Regimenter drangen ins Hannoversche ein und besetzten Göttingen; der Erbprinz von Braunschweig suchte vergeblich Wesel zu erobern und zog in einem Treffen bei Kampen (a. d. Yssel) den kürzeren (16. Oktober 1760), und Ferdinands Plan Hessen zu befreien scheiterte völlig (März 1761). Als dann die Franzosen zwei neue Armeen aufstellten, eine am Ober- und eine am Niederrhein,

um Westfalen zu erobern und in Hannover einzudringen, und beide Armeen nach ihrer Vereinigung bei Soest (8. Juli 1761) die Truppen Ferdinands an der Diemel angriffen, endete der Kampf (bei Vellinghausen) mit einem vollen Rückzug der Franzosen. Broglies Versuch, in Hannover Fuß zu fassen, schlug fehl, und Soubise setzte auf das linke Rheinufer über, um hier Winterquartiere zu beziehen.

Innere Politik Englands und Frankreichs. Unterdes war in England eine weitgreifende Veränderung eingetreten. Georg II. war am 27. Oktober 1760 plötzlich gestorben und sein Enkel Georg III. ihm auf dem Throne gefolgt. Anfangs schien im Innern wie in den auswärtigen Angelegenheiten alles im alten Geleise zu bleiben. Die Mittel zur Fortsetzung des Kriegs wurden von der Regierung beim Parlament verlangt und von diesem bewilligt; ebenso wurde der englisch-preußische Subsidientraktat fürs nächste Jahr erneuert. Man rechnete auf ein baldiges Ende des Kriegs, zumal die englische Nation nach den großartigen Erfolgen in Nordamerika und Ostindien nichts mehr zu gewinnen hatte. Nicht weniger ersehnte König Friedrich den Frieden; sein ganzes Vertrauen, den unheilvollen Krieg auf rühmliche Weise zu beendigen, setzte er auf Pitt. Aber dessen Stellung war bereits erschüttert. Lord Bute, des jungen Königs vertrauter Ratgeber, ging längst darauf aus, Pitt zu stürzen. Hand in Hand mit ihm ging der Schatzkanzler Lord Newcastle. Dieser erklärte offen, England werde erschöpft und sei außerstand, den Krieg länger fortzusetzen. Auch wurden im Frühjahr 1761 aus dem Ministerium alle Mitglieder entfernt, auf die sich Pitt hatte verlassen können; gleichzeitig wurde das Unterhaus aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Noch stand Pitt auf dem Platze und war „entschlossen, falls ihm die Vollmacht nicht entzogen würde, das große Werk des nationalen Kriegs zu rühmlichem Ende zu führen". Aber seine Stellung verlangte Vorsicht.

Unterdessen hatte Choiseul nicht abgelassen, die mit Frankreich verbündeten Höfe friedlich zu stimmen. Zwar wollte die Kaiserin Elisabeth nichts vom Frieden wissen; aber in den diplomatischen und militärischen Kreisen Rußlands war man des Kriegs überdrüssig. Von Sachsen, Polen und Schweden war kein Hindernis

zu besorgen. Die Hauptsache blieb, sich mit dem Wiener Hofe darüber zu verständigen, wie man am sichersten und schnellsten zum Frieden gelangen könne. Maria Theresia war darüber bestürzt; es war gerade damals eine Zeit, in der sie sich dem Ziele ihrer Wünsche nahe glaubte. Als aber bald darauf Daun bei Torgau geschlagen wurde, war sie bereit, zum Frieden die Hand zu bieten. Maßgebend für diesen Entschluß war einmal die Erklärung Dauns und der übrigen österreichischen Generalität, daß ein so furchtbarer Gegner wie der König von Preußen nicht bezwungen werden könne; sodann ein Gutachten von Kaunitz vom 30. Dezember 1760, worin dieser unter Hinweis auf die Zerrüttung der österreichischen Finanzen und in Anbetracht, daß Frankreich infolge seiner Erschöpfung und Rußland bei dem voraussichtlich nahe bevorstehenden Tode der Kaiserin sich leicht von der Allianz trennen könne, den Abschluß eines billigen Friedens anriet. Ein Kongreß aller beteiligten Mächte sollte in Augsburg zusammentreten und die Friedensbedingungen festsetzen. England und Preußen wurden eingeladen und zur Absendung von Gesandten aufgefordert. Zunächst verhandelten Frankreich und England über einen Sonderfrieden. Da aber diese Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit beider Teile scheiterten, fiel auch der Augsburger Kongreß zu Boden, noch bevor er zusammengetreten war.

Das Jahr 1762. Friedrich von England im Stiche gelassen. Seine Bedrängnis und wunderbare Rettung. So nahm der Krieg weiter seinen Fortgang. Leider aber mußte Pitt am 5. Oktober seine Entlassung nehmen, worauf Lord Bute im britischen Ministerium das entscheidende Wort führte. Da sich dieser bald darauf in einen Krieg mit Spanien verwickelt sah, suchte er, um wenigstens mit Frankreich zum Frieden zu gelangen, sich aller Rücksichten zu entledigen, die ihm der mit Preußen bestehende Vertrag auferlegte, und erneuerte den am 12. Dezember 1761 abgelaufenen Subsidienvertrag mit Preußen nicht wieder. Das Bündnis mit Preußen war einst der Schlußstein der Politik Pitts gewesen. In der Absicht, mit dieser Politik völlig zu brechen, trug das britische Ministerium kein Bedenken, den besten Bundesgenossen Englands fallen zu lassen. Den Vorwand gab die äußerst bedrängte Lage, in der sich der König befand: man gab ihn für

verloren. Und in der That war der Bestand seiner Heere auf 60000 Mann zusammengeschmolzen; seine Vorräte reichten nur noch für wenige Monate. Glücklicherweise mangelte es ihm nicht an Geld, und was mit solchem beschafft werden kann, wurde beschafft. Aber Mannschaft und besonders Offiziere aufzubringen kostete die größte Mühe.

Da trat ein Ereignis ein, das einen völligen Umschwung in den Verhältnissen herbeiführte. Am 5. Januar 1762 starb die Kaiserin Elisabeth von Rußland. Ihr folgte ihr Neffe Peter von Holstein-Gottorp. Dieser hegte für Friedrich den Großen eine unbegrenzte Bewunderung, aus der er niemals ein Geheimnis gemacht. Daher gebot er seinen Truppen, sofort sich aller Feindseligkeiten gegen Preußen zu enthalten, und übertrug den Oberbefehl wiederum Soltykoff, dem Gegner der österreichischen Allianz.

Friedrich konnte wieder aufatmen. „Dank dem Himmel", schrieb er seinem Bruder Heinrich, „unser Rücken ist frei." Er sandte seinen Adjutanten von der Goltz nach Petersburg, um den alten Freundschaftsbund mit dem russischen Hofe zu knüpfen und Rußland von der Koalition zu trennen. Damit begegnete er dem Wunsche Peters, der sobald als möglich den Frieden mit Preußen abzuschließen gedachte und den König um die Aufstellung eines Entwurfs bat (Mitte März), auf Grund dessen am 5. Mai der Friede zwischen Preußen und Rußland zustande kam. Der Friede mit Rußland zog den mit Schweden nach sich (Hamburg am 22. Mai 1762). Darnach wurden die Grenzen wie vor dem Kriege gemäß dem Stockholmer Frieden von 1720 hergestellt. Diesem Frieden trat nachträglich auch Mecklenburg-Schwerin bei. In der ersten Woche des Juni kam selbst ein Allianzvertrag zwischen Rußland und Preußen zustande, in welchem die kontrahierenden Mächte einander ihre Staaten garantierten und im Falle des Angriffs bewaffnete Hülfe versprachen.

Der Feldzug in Sachsen und Schlesien. Die Aussöhnung mit Rußland hatte dem König Friedrich einen größeren Bereich zur Rekrutierung eröffnet, auch die Kriegsgefangenen, unter ihnen tüchtige Offiziere, kehrten nach und nach zurück; ferner konnte er die gegen Schweden und Rußland vorgeschobenen Abteilungen an

sich ziehen. So kam die Hauptarmee allmählich auf 78000 Mann. Außerdem standen 30000 Mann in Sachsen unter dem Prinzen Heinrich.

Das Ableben der Kaiserin Elisabeth hatte die Hoffnungen Maria Theresias und des Grafen Kaunitz auf einen glücklichen Ausgang des Kriegs mit Preußen niedergeschlagen. Auch sah sich die österreichische Regierung durch die Finanzlage des Staats genötigt, die Kriegskosten und infolgedessen die Armee zu reduzieren. Immerhin verfügte Daun in Schlesien noch über 88000 Mann, während die Armee in Sachsen, außer der Reichsarmee, 45000 Mann zählte. Trotzdem beschloß man, sich in der Defensive zu halten; die schlesische Armee sollte Schweidnitz, die sächsischen Truppen und die Reichsarmee Dresden und die befestigten Lager im plauenschen Grunde und bei Freiberg halten.

Die kriegerische Thätigkeit begann in Sachsen. Es gelang dem Prinzen Heinrich, die Österreicher aus ihren starken Umschanzungen aus Freiberg nach Dresden zu drängen und ihre Verbindung mit der Reichsarmee zu hindern, die sich infolge geschickter Angriffe Seydlitzens und Kleists nach Bayreuth zurückzog.

In ähnlicher Weise und mit gleich glücklichem Erfolge hatte bisher der König operiert, dessen Armee bei Breslau stand. Sobald das russische Hülfskorps, 20000 Mann unter Czernitscheff, zu ihm gestoßen war, hatte er Daun, der nordwärts von Schweidnitz stand, von hier zu verdrängen gesucht, aber nur erreicht, daß dieser seine Stellung wechselte und südwestlich von der Festung die Höhen von Burkersdorf besetzte. Unverweilt bereitete Friedrich alles zum Angriff vor, der am 21. Juli stattfinden sollte. Da empfing Czernitscheff am 18. Juli die Meldung, Kaiser Peter sei entthront und erwürgt, und den Befehl der Kaiserin Katharina, sich von der preußischen Armee zu trennen. Doch ließ sie dem Könige versichern, am Frieden festhalten und mit ihm in Freundschaft und gutem Vernehmen leben zu wollen.

Die Abberufung Czernitscheffs durchkreuzte den Angriffsplan Friedrichs in der empfindlichsten Weise. Indes gelang es ihm, den russischen General zu bewegen, den Aufbruch aus dem Lager

noch drei Tage zu verschieben und durch Beibehaltung seiner Stellung den rechten Flügel der feindlichen Streitkräfte, den Daun ganz besonders verstärkt hatte, lahm zu legen. So wurde es Friedrich nicht schwer, die Österreicher auf dem linken Flügel zu schlagen. Ohne daß seine Hauptmacht ins Gefecht gekommen war, räumte Daun sein Lager und zog sich in der Richtung nach Braunau hinter das Eulengebirge zurück. Nun konnte Friedrich zur Belagerung von Schweidnitz schreiten, das am 9. Oktober kapitulierte. Am 31. begab sich Friedrich nach Sachsen, wo zwei Tage zuvor Heinrich die österreichische Armee unter Haddick bei Freiberg völlig auseinandergesprengt hatte. Ein Zug des Generals Kleist nach Franken, den dieser bis Nürnberg ausdehnte, bildete den Schluß des langjährigen Kriegs (anfangs Dezember).

Der Krieg im westlichen Deutschland. Vierzehn Tage vorher waren auch die Feindseligkeiten auf dem westlichen Kriegsschauplatze zu Ende gekommen. Frankreich war durch seine finanzielle Lage genötigt, sich auf die Behauptung der bisher eroberten Gebiete, namentlich Hessens, zu beschränken. Seine Rüstungen gingen sehr langsam von statten. Viel regeren Eifer zeigten die Reichsstände, von denen General du May berichtete: „Sie zeigen sich im allgemeinen so wohlgesinnt, wie man es nur sein kann gegen eine Macht, welche seit 5 Jahren Futter und andere Lieferungen verlangt, ohne andere Tauschwerte als Anweisungen auf Zahlung in sehr ferner Zukunft. — Der Kurfürst von Trier giebt sich zu allem her; der Kurfürst von Mainz hat der Armee noch keinen Bedarf versagt. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt ist von Eifer für die gemeine Sache und von Begeisterung für die Königin von Ungarn entbrannt. Er beweist den Eifer, indem er sich ohne Widerstreben in alles fügt, was man von ihm verlangt, und als Denkmal seiner Gesinnung hat er eine Schaumünze schlagen lassen, auf der sein Herz, mit seinem Namensbuchstaben bezeichnet, sich als Brandopfer darbietet auf einem Altare, der mit den Namensbuchstaben Maria Theresias bezeichnet ist. Man zieht von diesem zärtlichen Opfer Nutzen. Der fränkische und schwäbische Kreis machten viele Umstände und Weitläufigkeiten, aber militärische Exekutionen gaben stets den Verhandlungen mit ihnen Nachdruck.

Hessen-Kassel ist ruiniert. Die 10000 Wagen und Gespanne, welche das Land zu Anfang des Kriegs hatte, sind auf weniger als 3000 heruntergekommen. Aus Mangel an Zugtieren hat teilweise die Bestellung der Äcker unterbleiben müssen; auch fehlt es an Saatkorn."

Infolge der Verzögerung der feindlichen Rüstungen konnte auch Ferdinand seine Armee in schlagfertigen Stand bringen. Er war der erste, der die militärischen Operationen begann. Durch eine siegreiche Schlacht (bei Wilhelmsthal, nahe bei Kassel am 14. Juni 1762) zwang er den französischen General d'Estrées, sich auf Kassel zurückzuziehen. Schon machte Ferdinand Anstalten, die Feinde von Kassel zu vertreiben, als d'Estrées von Paris die Erlaubnis erhielt, Göttingen und Kassel, wenn nötig, zu räumen und sich nach Frankfurt zurückzuziehen, da die Friedenspräliminarien mit Spanien festgesetzt seien und nur noch der Zustimmung des spanischen Kabinetts bedürften. Da aber die Präliminarien Spaniens Bewilligung nicht fanden, drängte Choiseul zu neuen Unternehmungen, damit im Augenblicke, wo der Friede zustande käme, die Armee sich in gebietender Stellung befinde. Aber das hartnäckige Gefecht bei Amöneburg (östlich von Marburg 21. September), in welchem Ferdinand nur zum Teil siegte, verleidete d'Estrées den Rückmarsch nach Kassel. Nun schritt Ferdinand zur Belagerung dieser Stadt, die am 1. November kapitulierte. So hatte Ferdinand seine kriegerische Laufbahn aufs ruhmvollste abgeschlossen.

Der Friede. Denn wenige Tage später (3. Nov.) wurden zu Fontainebleau die Friedenspräliminarien zwischen England und Frankreich festgesetzt und unterzeichnet. Die hierauf folgenden Friedensverhandlungen sind besonders dadurch ohnegleichen in der Geschichte, daß Lord Bute, obwohl die englischen Waffen von Sieg zu Sieg geschritten waren, aus bloßem Hasse gegen Pitt, der das Vertrauen des Volks besaß, um einen schleunigen Frieden bettelte und zu jedem Opfer entschlossen war. Infolgedessen erhielten die Franzosen im Frieden von Paris (10. Februar 1763) eine Menge der von den Engländern eroberten Inseln und Gebiete wieder zurück, mußten aber Canada und Florida an England abtreten. Die Grenze zwischen beiden Nationen in Nordamerika

sollte der Mississippi bilden. Damit war die Zukunft dieses Landes dem germanischen Stamme gesichert.

Fünf Tage nach dem Frieden zu Paris kam zwischen Österreich, Preußen und Sachsen der Friede zu Hubertusburg (ein Jagdschlößchen südöstlich von Wurzen) zustande (15. Febr.). Durch denselben wurde der Besitzstand wiederhergestellt, wie er vor dem Kriege gewesen. Dieses einfache Resultat war aber erst nach langen Verhandlungen erreicht worden, da Maria Theresia demselben den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt hatte. Erst der Abfall ihrer süddeutschen Bundesgenossen, die erschreckt durch den Streifzug des Generalmajors von Kleist nach Franken Neutralitätsverträge mit Preußen schlossen, und der selbständige Abschluß des Friedens seitens Sachsens, das dem völligen Ruin nahe war, brachte sie zur Nachgiebigkeit. Das Reich sowie die beiderseitigen Verbündeten und Freunde waren ausdrücklich in die Bestimmungen des Friedens mit eingeschlossen.

So hatte der überlegene Geist und die Standhaftigkeit Friedrichs, unterstützt durch die Entschlossenheit und Bundestreue Pitts und, als dieser den Ränken seiner höfischen Gegner weichen mußte, durch den in Rußland erfolgten Umschlag, gegen die furchtbare Übermacht der Feinde den preußischen Staat ungeschmälert zu behaupten vermocht. Die Aufgabe, die seiner wartete, hat er selbst mit scharfen Strichen gezeichnet. „Man kann sich den preußischen Staat nicht anders als in der Gestalt eines Mannes vorstellen, der, mit Wunden bedeckt, von Blutverlust abgemattet, daran ist, unter der Wucht seiner Leiden zu erliegen; er bedurfte frischer Nahrung, um sie aufzunehmen, Spannkraft, um sich wieder zu stärken, Balsam, um seine Narben auszuheilen. Der Adel war im Zustande der Erschöpfung, die kleinen Leute zu Grunde gerichtet; eine Menge von Ortschaften verbrannt, viele Städte zerstört, teils durch Belagerung, teils durch die Brandstifter, deren die Feinde sich bedient hatten. Eine vollständige Anarchie hatte die Ordnung der Polizei und der Verwaltung umgestürzt, die Geldverhältnisse waren zerrüttet: kurz die Verwüstung war allgemein. Die Armee war in keinem besseren Stand als das übrige Land. Siebzehn Schlachten hatten die Blüte der Offiziere und Soldaten dahingerafft. Die Regimenter waren verfallen und be-

standen zum Teil aus Überläufern oder Gefangenen. Die Ordnung war fast verschwunden und die Kriegszucht so arg gelockert, daß unsere alten Infanteriekorps nicht besser waren als eine ungeschulte Miliz. Es galt, die Regimenter zu ergänzen, die Ordnung und Disziplin herzustellen, vor allem die jungen Offiziere durch den Sporn des Ruhms zu beleben, um dieser herabgekommenen Masse ihre alte Thatkraft wiederzugeben."

Bedeutung des siebenjährigen Kriegs für die Entwickelung des deutschen Volks. Der siebenjährige Krieg ist einer der kulturgeschichtlich und politisch bedeutungsvollsten, die in Deutschland je geführt worden sind — in seinen Wirkungen das gerade Gegenteil des dreißigjährigen. Dieser Krieg, schrecklich als solcher wie jeder Krieg, war ein Segen für Deutschland, da er den ersten entscheidenden Anstoß gab, daß sich das deutsche Volk aus der geistigen und politischen Versumpfung herausriß, in die es durch den dreißigjährigen Krieg geraten war; von ihm schreibt sich die Verjüngung und Wiedergeburt der gesamten deutschen Sitte und Denkart her.

Für Preußen hatte der Krieg zunächst die Bedeutung, daß es, dank dem Genie seines Königs, der Aufopferung seines Volks und dem sichtbaren Walten einer höheren Hand, die Großmachtstellung, die es in den beiden schlesischen Kriegen gewonnen hatte, mit Ehren behauptete, ohne auch nur einen Fuß breit Landes einzubüßen, und daß das preußische Volk aus dem ungleichen Kampfe zum deutlichen Bewußtsein der in ihm liegenden Kräfte gekommen war.

Aber es waren nicht bloß Preußen, die jene Schlachten geschlagen hatten. Massen von Angehörigen anderer deutschen Länder befanden sich in den Reihen der Heere, durch welche die Schweden, Russen und Österreicher trotz ihrer Übermacht besiegt und die Franzosen zum Gespötte der Welt gemacht worden waren. Diese Erfolge „gaben dem ganzen deutschen Volke das Bewußtsein der eigenen Kraft und Tüchtigkeit zurück". Sie lenkten aber auch mit Unwiderstehlichkeit die Blicke aller auf den großen König, der seine Heere zu so rühmlichen Erfolgen geführt hatte. Wie war das deutsche Volk bisher mißachtet, zurückgestoßen, gekränkt worden: — nun war ein Deutscher der bewunderte Held von

ganz Europa geworden. In Deutschland zumal wurde Friedrich der Liebling des Volks: man fing im Reiche an „fritzisch" gesinnt zu werden. Friedrich gehörte eben nicht mehr Preußen allein, sondern dem ganzen deutschen Volke an. An seiner Person, an seinem Ruhme erhob sich der deutsche Geist zu neuem selbständigem Leben; er riß sich los von der knechtischen Nachahmung des Fremden und wandte wieder dem Heimischen sein Interesse zu, er riß sich los von der Bevormundung, in welcher kirchliche und politische Gewalten ihn gehalten hatten. Denn Friedrichs Siege waren nicht bloß Siege der nationalen Selbständigkeit und Unabhängigkeit, sondern auch zugleich Siege der Aufklärung, der geistigen Befreiung, der intellektuellen Selbständigkeit.

Dadurch daß Preußen im siebenjährigen Kriege seine Großmachtstellung behauptet hatte, wurde der Dualismus in Deutschland besiegelt. Preußen trat als gleichberechtigte Macht neben Österreich. Im preußischen Volke aber entwickelte sich durch diesen Krieg jenes Staatsbewußtsein, das sich als etwas vom Reiche Losgelöstes, für sich selbst Bestehendes und in sich selbst Gegründetes fühlte und jenen preußischen Patriotismus großzog, der nicht nur zwischen Preußen und Österreich, sondern auch zwischen Preußen und dem Reiche etwas Gegensätzliches erkannte.

Im Reiche selbst aber ging allmählich das Bewußtsein auf, daß im preußischen Staate, von dem aus die alten verrotteten Einrichtungen des Reichs eine bis ins Innerste gehende Erschütterung erlitten hatten, diejenige Macht sich sieghaft emporrang, welche berufen war, die Nation zu Ehren zu bringen, und an deren Entwickelung sich die Zukunft Deutschlands knüpfte. Von jetzt an konnte man mit vollem Recht von einer deutschen Mission des preußischen Staats sprechen. Friedrich der Große war sich dieser Mission bewußt: sie ist der Leitstern seiner Politik in der letzten Periode seiner Regierung. Zunächst aber waren seine Kriegsthaten für ihn der Antrieb und Grund erneuerter großartiger Friedensthätigkeit im Innern seines Landes.

Friedrichs II. Regierungsthätigkeit in Preußen. Friedrich sah sich vor die ungeheure Arbeit gestellt, die schweren Wunden zu

heilen, welche der Krieg seinem Lande geschlagen, und nur seiner unablässigen, alle Zweige des Volks- und Staatslebens gleichmäßig umfassenden Thätigkeit ist es zu danken, daß sich das Land aus dem tiefen Verfall, in den es durch den siebenjährigen Krieg geraten war, verhältnismäßig so rasch erhob.

Wunderbarerweise befand sich der preußische Staat nach dem Kriege in einer ungewöhnlich günstigen finanziellen Lage. Die außerordentlichen Ausgaben, welche der langjährige Krieg verursacht hatte, beliefen sich auf 64³/₄ Millionen Thaler. Der Kriegsschatz aber hatte während der sieben Jahre an regelmäßig eingegangenen Steuern 78³/₈ Millionen Thaler vereinnahmt, so daß am Ende des Kriegs ein Überschuß von fast 14 Millionen vorhanden war, der sich durch die Kriegskontributionen u. a. auf 36 Millionen erhöhte. Aber dieses erstaunliche Resultat, das ohne Einführung irgend einer neuen oder Erhöhung der alten Steuern erreicht worden war, war nur möglich geworden durch Verschlechterung der Münze und Ausgabe von sogenannten Besoldungsscheinen. Durch die erste Maßregel entstanden Preisschwankungen, aus denen unredliche Spekulanten Vorteile zu ziehen suchten, so daß das Volk große Verluste aller Art erlitt. Der Not wurde die Krone aufgesetzt, als Friedrich nach dem Friedensschlusse alle minderwertigen Münzen außer Kurs setzte und die öffentlichen Kassen sie nur nach dem Metallwert annahmen (s. Bd. II, S. 489). Durch dieses Verfahren, das einem Staatsbankrott gleich kam, wurden unzählige Menschen an den Bettelstab gebracht und der Handelskredit im Auslande schwer geschädigt. Durch die zweite Manipulation wurden die Beamten geschädigt, deren Gehalt innebehalten und durch Kassenscheine, die nach dem Kriege eingelöst werden sollten, ersetzt worden war. Als Friedrich endlich die Scheine einlöste, that er es mit schlechtem Gelde, wodurch die Beamtenfamilien, die bisher schon schwer mit Not gekämpft hatten, nun völlig ruiniert wurden. Diese Übelstände zu beseitigen, den Vollwert des Geldes wiederherzustellen und die Zinsverhältnisse zu regeln, war schon in den ersten Tagen nach dem Friedensschlusse Friedrichs vornehmstes Anliegen, doch konnte eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse nur allmählich eintreten. Sie ging Hand in Hand mit dem Aufschwung der Landeskultur und

Industrie, denen Friedrich ebenfalls sofort nach dem Friedensschlusse aufs neue seine Sorge zuwandte.

Um dem Lande, das wüste lag, möglichst schnell wieder aufzuhelfen, gab er den Bauern Saatkorn aus den Militärmagazinen, Pferde aus seinen Reiterregimentern und entließ eine Menge Soldaten, damit sie das Feld bestellten; außerdem gewährte er den einzelnen Provinzen Geldunterstützungen aus dem Kriegsschatz.

Die auf des Königs Anregung schon früher begonnenen Bemühungen zur Urbarmachung sumpfigen Landes am Netzeufer, an der Dosse und am Rhyn wurden jetzt mit seiner Unterstützung wieder aufgenommen und zu Ende geführt. Durch die Trockenlegung des Dömlingsbruchs im Magdeburgischen wurden 176852 und im Warthebruch 123000 Morgen Landes gewonnen; im ganzen wird die Fläche des durch Entwässerung gewonnenen anbaufähigen Landes auf mehr als 300000 Morgen berechnet, und in diesem Gebiete wurden 500 neue Dörfer gegründet und 50000 Kolonistenfamilien angesiedelt. Leider war Friedrich in der Wahl der Kolonisten nicht sorgfältig genug, und nicht wenige derselben liefen wieder weg, wenn sie die ihnen überwiesenen Gelder und Vorräte verzehrt hatten. Für die Hebung des Landbaus und Verbesserungen in demselben war Friedrich keine Summe zu hoch. Eine vorzügliche Kraft für diese Art von Arbeiten fand er in Franz Balthasar von Brenckendorff, dem Sohne eines pfälzischen Reiteroffiziers. Durch diesen gelang es, die von den Russen verwüsteten Gegenden in Hinterpommern und der Neumark wieder in blühende Landschaften zu verwandeln; auch später bei der Kolonisierung Westpreußens erwarb Brenckendorff sich die größten Verdienste.

Um dem durch den Krieg in seinen Geldverhältnissen zurückgekommenen Adel die Mittel zu bieten, seine Güter wieder in die Höhe zu bringen, richtete Friedrich ein geordnetes Kredit- und Pfandbriefsystem ein. So trat 1769 eine schlesische Landeskreditbank ins Leben, welche Gelder auf die adeligen Güter bis zur Hälfte ihres Werts auslieh. Dadurch wurde erzielt, daß die Güter den Besitzern erhalten wurden und im Werte bedeutend stiegen.

Dem Bauernstand und seiner Hebung widmete Friedrich immer wieder seine Aufmerksamkeit. Die große Mehrzahl der

Bauern befand sich in Leibeigenschaft. Fast alle ihre Zeit und Kraft nahm der Frondienst für den Herrn in Anspruch. Seinem Gerechtigkeitsgefühl entsprechend hatte Friedrich die besten Absichten, dieser gedrückten, ausgebeuteten und an die Scholle gebundenen Menschenklasse zu helfen, und verordnete z. B. 1763 für Pommern, daß „alle Leibeigenschaft ohne das geringste Räsonnieren sowohl in königlichen als adeligen und Stadteigentum — diesern von Stund an gänzlich abgeschafft werde“. Als aber der pommersche Adel Gegenvorstellungen machte („das Land würde dadurch entvölkert“), hob er den Beschluß wieder auf. In der That würde eine durchgreifende Änderung dieser Verhältnisse die materielle Lage des Adels zu tief berührt haben. Auch hingen diese gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse viel zu eng mit der Kriegsverfassung des Landes zusammen, als daß Friedrich hier tiefer hätte eingreifen mögen. So kam es, daß lediglich auf den königlichen Domänen die Lage der Bauern gebessert wurde. Übrigens empfand damals der Bauer das Drückende seiner Lage nur wenig, da es ihm zumeist an Unternehmungsgeist und Selbstbestimmungsfähigkeit mangelte. Die aus der Fremde ins Land gezogenen Kolonisten siedelte Friedrich gleich als freie Leute an.

Auf dem Gebiete der Industrie und des Handels trat Friedrich mit dem größten Erfolge neuschöpferisch auf. Dabei handelte er durchaus nach den staatswirtschaftlichen Grundsätzen seiner Zeit, welche verlangten, das Geld so viel wie möglich im Lande festzuhalten. Um daher den Abfluß des Geldes ins Ausland zu hindern und sein Volk von der Industrie desselben unabhängig zu machen, rief er neue industrielle Anstalten ins Leben, machte den Versuch, neue Industriezweige (Glas-, Porzellan-, Leinwand- und Wolleindustrie, Zuckerraffinerie u. a.) in seinem Lande einzuführen und unterstützte die dahin gehenden Unternehmungen seiner Unterthanen mit hohen Summen aus Staatsmitteln. Er verbot die Ausfuhr der Rohprodukte (zumal der Wolle und des Getreides), suchte dagegen die der heimischen Industrieerzeugnisse zu erhöhen und die Einfuhr fremder Waren soviel als möglich einzuschränken. Was von letzteren doch ins Inland eingeführt wurde, unterlag einer hohen Besteuerung. Dadurch wollte er der heimischen Industrie den inländischen Markt sichern. Mit der

Beschränkung der Ausfuhr der Landesprodukte beabsichtigte Friedrich, den Preis der Lebensmittel für den Konsumenten möglichst niedrig zu halten. Gleich reges Interesse wie der Industrie wandte er den Gewerben zu. Vielfach gewährte er Unterstützungen und Monopole und ermutigte durch Staatssubventionen zum Betriebe neuer Gewerbe, die freilich oft nicht gedeihen konnten, da ihnen in Brandenburg die Bedingungen dazu fehlten, wie z. B. der Seidenzucht. Daher gingen viele dieser Neugründungen nach kurzer Zeit wieder unter. Im ganzen aber entwickelte sich das Gewerbe und viele Industriezweige bald zu hoher Blüte, und der Wohlstand des Landes nahm von Jahr zu Jahr zu. Unablässig war der König darauf bedacht, dem heimischen Gewerbefleiß neue Absatzwege zu eröffnen und neue Handelsverbindungen anzuknüpfen. Die Erwerbung Ostfrieslands und später der polnischen Seeküste suchte er nach Kräften für die kommerzielle Entwickelung seines Landes nutzbar zu machen. Dem gleichen Zwecke diente die Einrichtung zweier finanzieller Institute, der Seehandlung und der preußischen Bank.

Um die Mittel zu beschaffen, die zur Förderung der materiellen Interessen des Landes nötig waren, sah sich Friedrich darauf hingewiesen, die indirekten Abgaben, also die Steuern auf einzelne Bedürfnisgegenstände (wie fremde Biere und Weine, Branntwein, Kaffee, überhaupt auf alles, was zum Überflusse und Luxus gehörte), die schon sein Vater erhoben hatte, merklich in die Höhe zu schrauben. Er ließ den Franzosen Helvetius, den Generalpächter der französischen Steuern, nach Berlin kommen und richtete die „Generaladministration der Steuern und Gefälle“ ein, nach französischer Bezeichnung auch „Regie“ genannt. Da er aber zur Geschicklichkeit seiner preußischen Beamten kein Vertrauen hatte, ließ er Finanzkünstler aus Frankreich kommen und legte diesen die Durchführung des dem französischen nachgebildeten neuen Steuersystems in die Hand. Diese verstanden es trefflich, durch ihren Übermut, durch die Härte ihrer Maßregeln sowie durch ihre Habsucht sowohl sich als die Finanzpolitik des Königs gründlich verhaßt zu machen. Der Ertrag aber, den diese Regie abwarf, war zumeist infolge der Unterschleife ein äußerst geringer. Friedrich kannte die Übelstände, ließ aber „das Schurkenzeug“, wie er

15*

die französischen Beamten nannte, doch gewähren. Immerhin hatte seine Finanzkunst das glänzende Ergebnis, daß sich allmählich die reinen Staatseinnahmen auf nahezu 20 Millionen Thaler jährlich beliefen und er seinem Nachfolger einen mit 55 Millionen gefüllten Staatsschatz hinterlassen konnte.

Es lag in der Natur des preußischen Staats und in seiner Stellung zu den europäischen Mächten, daß Friedrich der Entwickelung des Heerwesens nach wie vor seine ganz besondere Sorge und Aufmerksamkeit widmete. Seinem Heere verdankte der Staat seine Erhebung zur Großmacht, und nur ein stets schlagfertiges Heer war imstande, die gewonnene Machtstellung zu sichern. Eben die Rücksicht auf die jederzeitige Möglichkeit eines Angriffs von außen und die daraus sich ergebende Notwendigkeit steter Kriegsbereitschaft war es auch, die Friedrich zur Ansammlung des Staatsschatzes veranlaßte, obwohl dadurch große Summen dem Verkehrsleben entzogen wurden. Unmittelbar nach dem Kriege legte er Hand an die Reorganisation seines Heeres. Durch Verbesserungen am Gewehr und unausgesetzte Übung erreichte die preußische Infanterie eine Feuergeschwindigkeit, durch die sie allen europäischen Truppen überlegen war. Die Reiterei und Artillerie wurde gänzlich umgestaltet, die Kunst der Befestigung und Belagerung nach neuen Grundsätzen eingerichtet. In alle dem trat Friedrich selbstschöpferisch auf. Die Zahl der Truppen brachte er bis auf 200000 Mann, wovon die Hälfte unter den Waffen war — eine Höhe, die zur Größe des Landes (3600 □Meilen) und seiner Einwohnerzahl ($5^1/_2$ Mill.) außer allem Verhältnis stand. Der größte Teil davon waren Landeskinder aus dem Bauernstande und den untersten Klassen der Mittel- und Kleinstädte, mehr als ein Drittel dagegen Ausländer, meist verwilderte Menschen, die durch Handgeld geworben oder mit Gewalt gepreßt waren. Die Erhaltung eines so großen Heeres war nur durch die größte Sparsamkeit im Staatshaushalt — die Friedrich auch in allen persönlichen Angelegenheiten übte — möglich. Der Zustand des Heeres und alle darauf bezüglichen Einrichtungen waren derart, daß es in 5 bis 6 Wochen mobil gemacht werden konnte.

Ständische Gliederung im Staate Friedrichs. Die ständischen Elemente führten in den Kreis-, Kommunal- und Provinzial-

ständen noch ein kümmerliches Dasein, waren aber ohne jegliche politische Bedeutung, da Friedrich die Staatsgewalt in voller Selbstherrlichkeit ausübte. Gesellschaftlich hingegen behielt er die historisch gewordene Gliederung nicht nur bei, sondern war auch beflissen, jeden Stand von dem andern durch möglichst strenge Schranken zu trennen. Er wies jedem derselben in seinem Staatswesen einen besonderen Beruf zu: der Adel hatte die Offiziere und höheren Beamten zu stellen, der Bürger sich mit Handel, Industrie und Gewerbe zu befassen, dem Bauern blieb die Bestellung des Landes. Besondere Bevorzugung erfuhr der Adel. Gleich nach dem Kriege wurden die in der Not der Zeiten ins Offizierkorps aufgenommenen Bürgerlichen einfach entlassen oder in Garnisonregimenter gesteckt und durch Adelige aus dem Ausland ersetzt. Lehranstalten wurden von Friedrich nur für Adelige gestiftet. Bei Landesverbesserungen wurde der Adel bevorzugt, der doch ohnehin steuerfrei war. Auch zur Bezahlung seiner Schulden wurden dem Adel viele Millionen geschenkt. In Prozessen zwischen Fiskus und Adel sollten die Interessen des letzteren denen des Staats vorgehen. Kein adeliges Gut durfte an einen Nichtadeligen verkauft werden — eine Maßregel, durch die freilich der Adel selbst am meisten gestraft war, da im Kreise der Adeligen aus Mangel an Geld keine Kauflust vorhanden war, — die sich aber auch dem Bauern dadurch fühlbar machte, daß der geldbedürftige Adelige um so mehr den Bauern auspreßte. Auch die eheliche Verbindung adeliger Männer mit Frauen aus dem Bauern- oder dem niederen Bürgerstande war nur unter Zustimmung der nächsten Agnaten gestattet. Der Adel war in den Augen Friedrichs eine abgeschlossene Kaste, über die er zum Nutzen des Staats in Heer und Verwaltung frei verfügen wollte. Daher wurde dem Adel jede bürgerliche Beschäftigung, das Reisen ins Ausland ohne königliche Erlaubnis, das Studieren auf fremden Universitäten untersagt.

Rechtspflege. Zur Wiederaufnahme und Fortführung der Justizreform Coccejis, die von dessen Nachfolger aufgegeben worden war, berief Friedrich den schlesischen Justizminister Grafen Carmer, dessen schöpferisches Talent und musterhafte Amtsführung er kennen gelernt hatte, als Großkanzler und betraute ihn mit der Aufgabe, die Justizreform „in die Wege zu bringen" und

ein allgemeines Gesetzbuch für die gesamten preußischen Staaten herzustellen (1780). Es wurde eine eigene Gesetzkommission eingesetzt, deren Seele der große Suarez war. Bei seiner weitherzigen, freisinnigen Denkungsart ließ der König jeden Teil des Gesetzbuchs, sobald er im Entwurf fertig war, veröffentlichen und der allgemeinen Kritik unterstellen, und mancher treffende Einwurf und Vorschlag kam auf diese Weise dem Gesetzbuch zu gut. Auf diese Weise sollte das Werk „der reinste Ausdruck der damaligen, zumal der nationalen Rechtsbegriffe“ werden. Friedrich erlebte zwar den Abschluß der Justizreform nur zum kleinsten Teil, aber die Reform muß doch als sein Werk, als sein Vermächtnis betrachtet werden. Das „Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten“ von 1791/94 umfaßt außer dem gesamten bürgerlichen Recht auch das Staats-, Kirchen- und Strafrecht. Nur die Reform der Gerichtsverfassung und des gerichtlichen Verfahrens erfolgte durch gesonderte Gesetzbücher. Die ganze Gesetzgebungsarbeit trug einen großartigen Charakter. Mit ihr hat der große König sich ein Denkmal gesetzt, das sich seinen Leistungen auf staatsmännischem und militärischem Gebiete ebenbürtig zur Seite stellt.

Friedrichs persönliches Regiment. Friedrich der Große übte mit Aufopferung aller Zeit und Bequemlichkeit eine rastlose Thätigkeit und unausgesetzte Sorgfalt. Wenn er z. B. alle Finanzrechnungen bis in die kleinsten Einzelheiten revidierte, so war das keine vergnügliche Arbeit für ihn, aber er that sie so lange, bis wieder die alte Ordnung hergestellt worden war, aus Pflichtgefühl, mit selbstvergessener Hingebung. Denn wie ein roter Faden zieht sich durch seine ganze Regierung der Satz: „Der Fürst ist der erste Diener und der erste Beamte des Staats . . . ., er schuldet diesem Rechenschaft über den Gebrauch, den er von den Steuern macht; er erhebt sie nur, um den Staat vermittelst der Truppen, die er unterhält, verteidigen zu können . . . ., die Dienste und Großthaten zu belohnen, gewissermaßen das Gleichgewicht zwischen Reichen und Bedrückten herzustellen, den Unglücklichen jeder Art auf alle Weise zu helfen . . . . Wenn der Herrscher einen aufgeklärten Geist und ein rechtschaffenes Herz besitzt, wird er alle seine Ausgaben auf den Nutzen des Publikums und zum größten Vorteil seiner Völker verwenden“

— eine ganz unromantische, aber die einzig richtige und praktisch brauchbare Auffassung des fürstlichen Berufs, in welcher die moderne Staatsanschauung über die mittelalterliche ihren Triumph feiert und durch die Friedrich in direkten Gegensatz zum französischen König Ludwig XIV. und seine Nachahmer trat. Die militärische Thätigkeit des Fürsten ist ihm Nebensache. „Die Fürsten sind ihrer Entstehung nach zunächst Richter; und wenn sie Generale sind, so ist das eigentlich nur eine Beigabe dazu.“ Als erster Diener des Staats wollte er auch die Verwaltung desselben allein und unbeschränkt in der Hand haben. Daher machte er der städtischen Selbstverwaltung ein Ende, ließ die Magistrate einfach durch seine Behörden ernennen und stellte die städtische Finanzverwaltung unter die strengste Kontrolle königlicher Beamten. Überall wollte er selbst Hand anlegen, selbst entscheiden, selbst jede Anregung geben. Die Folge war, daß er eine bis ins einzelnste gehende Kenntnis der Bedürfnisse und Existenzbedingungen jeder seiner Provinzen erlangte und imstande war, für jede einen Plan zur Hebung der Landwirtschaft und Industrie auszuarbeiten. Er bestimmte dabei genau Ort, Art und Zahl der Etablissements, die gegründet werden sollten, ebenso die Zahl der Materialwarengeschäfte und der Handwerker, die sich an einem Orte befinden durften. Eine Erweiterung, Verminderung, Verlegung der Geschäfte war ohne seine Genehmigung nicht gestattet. Bedenkt man ferner, daß Friedrich es für das Recht jedes seiner Unterthanen hielt, sich mit seinen Anliegen persönlich oder schriftlich an ihn zu wenden, und für seine Pflicht, jede Bitte ohne Ansehen der Person zu prüfen und eigenhändig zu beantworten, — und nimmt man endlich noch hinzu, daß sich Friedrich um die nichtigsten Kleinigkeiten selbst kümmerte, um die Reparatur des Hofwaschhauses, um liederliche Gastwirte, Straßenprügeleien u. a., so läßt sich ermessen, wie seine Thätigkeit ins Riesenhafte wachsen mußte; kaum daß er sich 5 oder 6 Stunden Schlaf gönnte.

Aber für den Staat lag in der Regierungsweise Friedrichs, die nur auf seine ungewöhnliche Persönlichkeit zugeschnitten war und „eine Art allwissender und allmächtiger Vorsehung“ darstellte, eine Gefahr. Denn wenn derjenige, der einmal berufen war, an seine Stelle zu treten, nicht über gleich geniale Begabung und

gleich unverwüstliche Arbeitskraft gebot, war es unausbleiblich, daß im Staatsleben vieles übersehen oder vernachlässigt wurde, infolgedessen dann der Verwaltungsmechanismus in seinem geordneten Gang gestört werden mußte. Auch ließ die Einengung der Bewegung des Handels- und Gewerbestandes, überhaupt die bevormundende Regierungsweise im Volk kein freudiges Selbstvertrauen, keine selbständige Initiative aufkommen. Da die Regierung alles selbst besorgte, so wurde der Trieb zu eigenem selbstthätigen Schaffen nicht einmal geweckt. „Alles für das Volk, nichts durch das Volk" war der Wahlspruch des aufgeklärten Despotismus, dessen Anwendung zur Folge hatte, daß der Gemeinsinn nicht erstarken konnte und der Bürgersinn erlosch.

Auch im Heerwesen war dem Könige nichts zu groß und nichts zu klein, dem er nicht seine eigenste Aufmerksamkeit und Bemühung widmete. Er selbst verwaltete das Amt eines Kriegsministers. Wie den Civilbeamten, so paßte er auch den Offizieren scharf auf den Dienst und stellte hohe Anforderungen an sie. Seinem Blick entging nicht das kleinste Versehen, und wer ihm nicht genügte, hatte den rücksichtslosesten Tadel oder Strafen und Dienstentlassung zu gewärtigen. Davor schützte weder hohe Geburt noch Stellung.

Nach der von Friedrich Wilhelm I. getroffenen Einrichtung waren die einzelnen Geschäftsabteilungen der Centralregierung besonderen Ministern zugewiesen, die bei grundsätzlichen Entscheidungen zu kollegialer Beratung zusammentraten. Hierdurch war der Willkür der Minister eine Schranke gesetzt und die Einheitlichkeit der Regierungsgrundsätze gesichert. Diese Einrichtung wurde durch Friedrich durchbrochen, indem er oft die wichtigsten Angelegenheiten, zumal der äußeren Politik, ohne Wissen und Teilnahme seiner Minister erledigte, oder einen einzelnen zum Vorschlag oder zur Ausführung eines seiner Beschlüsse aufforderte, ohne daß die anderen davon Kenntnis hatten. Niemals hat er den Sitzungen der Minister beigewohnt: er regierte alles aus seinem Kabinett. Seine Kabinettsräte waren zum großen Teil unstudierte Leute, da sie nichts sein sollten als seine Schreiber. So kam es, daß diese, die von den Entschlüssen des Königs fortlaufende Kenntnis hatten, viel besser über den Stand der Dinge

unterrichtet waren als die Minister und einen größeren Einfluß auf die Entscheidungen des Königs gewannen als jene. Sie mochten von diesem Einfluß um so lieber Gebrauch machen, je quälender, bei Friedrichs rücksichtslosem Wesen, der Dienst bei ihm war. Die geringste Lässigkeit, Untreue, Willkür wurden oft mit grausamer Härte bestraft. Denn Friedrich wußte, „daß ein Nachlassen an einer einzigen Stelle die ganze künstlich zusammengefügte und erhaltene Maschinerie zum Einsturz bringen würde". Wehe dem, der es gewagt, eine Ansicht zu äußern, die dem Könige nicht behagte; Festungsstrafe in Spandau war ihm sicher! Nimmt man hierzu, daß die Beamten keine Pension bekamen, vielfach aber genötigt waren, ihr ganzes Privatvermögen im Dienste zuzusetzen, so läßt sich ermessen, daß schließlich ihre Freudigkeit im Berufsdienste nicht groß sein konnte.

Auch mit dem Finanz- und Merkantilsystem Friedrichs waren mancherlei Übelstände verbunden. Die Grenzabsperrung und die Monopole hatten bei den hohen Verzollungssätzen der Regie einen maßlosen Schmuggel zur Folge, durch den die Moralität des Volks noch größeren Schaden litt als die Staatseinnahmen. Dadurch wurde das Rechtsgefühl mehr und mehr erstickt, und die Übertretung des Gesetzes erschien dem unter dem Abgabendruck seufzenden Volke wie eine Art berechtigter Notwehr.

Aber alles das wurde, auch im Gefühle des Volks, reichlich aufgewogen durch den erhabenen Gerechtigkeitssinn des Königs, durch den er alle Fürsten seiner und der vorausgehenden Zeiten weit überstrahlte. Gerechtigkeit zu üben ohne Ansehen der Person schien ihm die höchste und wichtigste Pflicht des Regenten. Auch in Fällen, wo sein eigenes Interesse in Frage kam, bewies er die größte Unparteilichkeit. Wenn er sich zu Eingriffen in die Justiz verleiten ließ, geschah es nur, um Arme und Geringe gegen Unrecht zu schützen (der Müller-Arnoldsche Prozeß). Er war ein „König der armen Leute". Durch ihn wurde das Königtum wieder, was es seinem Wesen nach sein soll: ein Hort der Bedrängten, ein Schrecken der Bösen, ein Freund der Guten.

Riesengroß überragt dieser König in allem, was des Fürsten wahrer Ruhm und Ehre ist, in unablässiger Thätigkeit, strengster Pflichterfüllung, gewissenhafter Fürsorge für des Volks Wohl, in

Selbstverleugnung und Gerechtigkeitssinn die gekrönten Häupter des damaligen Europas!

Der hoheitsvollen Auffassung von der Natur der königlichen Gewalt entsprach es auch, daß Friedrich seinem Lande zwar nicht volle Censurfreiheit gewährte, aber Werke wissenschaftlichen Inhalts und Zeitschriften so gut wie keinen Beschränkungen unterwarf. Dieses Recht freier Meinungsäußerung ließ selbst in dem so absolutistisch regierten Staate bei den Unterthanen das Gefühl aufkommen, daß sie in der That doch freie Männer seien. Nur die Zeitungen mußten sich alles dessen enthalten, „was gegen die allgemeine Sicherheit sowie gegen das Wohl der Gesellschaft verstoße“.

Auch der Gewissensfreiheit erfreuten sich die Unterthanen Friedrichs im weitesten Maße. Die kirchlichen Sekten ließ er ruhig gewähren, sofern sie nur nicht mit den Gesetzen in Konflikt gerieten, und nicht selten nahm er sich in seinem Gerechtigkeitsgefühl der Orthodoxen gegen die Aufklärer an. Die Religionsstürmerei der jüngeren französischen „Philosophen“ hatte durchaus nicht seinen Beifall. Als seit dem Jahre 1759 die Jesuiten aus allen Ländern der katholischen Welt ausgetrieben und schließlich 1773 vom Haupte der katholischen Kirche selbst verurteilt wurden, bot ihnen Friedrich in seinem Lande Schutz, weil er in ihnen gute Lehrer und Seelsorger für seine katholischen Schlesier zu finden hoffte.

Nicht in gleichem Maße wie die Pflege der materiellen Interessen seines Landes ließ sich Friedrich die Hebung der geistigen Bildung seines Volks angelegen sein. Der Volksschulunterricht erfuhr, außer der theoretischen Einführung des Schulzwangs und der Anordnung von Visitationen und Prüfungen, keine Förderung: Geld zumal hat Friedrich für Unterrichtszwecke ausnahmslos verweigert. Doch ist die Besetzung der Schulstellen mit Invaliden oder Handwerkern im Nebenamte nicht sowohl der Gleichgültigkeit des großen Königs, als vielmehr dem Mangel an geeigneten Lehrkräften und nicht zum wenigsten dem Widerstand zuzuschreiben, zu welchem sich Adelige und Bauern gegen die wohlgemeinten Absichten Friedrichs verbanden. Das höhere Unterrichtswesen dagegen fand in dem Freiherrn Karl Abraham von Zedlitz

„einen seltenen Kultusminister“, welcher an den Gymnasien tüchtige Männer wie Meierotto, Niemeyer, Gedike anstellte und denselben neben gründlichem Sprachunterricht besonders die Übung der Jugend im Selbstdenken und richtigen Ausdruck in der Muttersprache ans Herz legte.

Eine eigentümliche, leicht mißzuverstehende Stellung nahm Friedrich zur geistigen Bildung des deutschen Volks ein. Wie unrichtig es ist, wenn man ihm Gleichgültigkeit oder Geringschätzung des deutschen Wesens und der nationalen Bildung zum Vorwurf macht, geht aus folgender Äußerung hervor, die er 1775 that: „Unsere guten Deutschen stehen erst in der Morgendämmerung ihrer Kenntnisse. Die schönen Wissenschaften befinden sich jetzt bei ihnen auf demselben Punkte, wo sie in Frankreich unter Franz I. standen. Man liebt sie, sucht sie auf, und sie werden von Fremden zu uns verpflanzt, aber der Boden ist noch zu wenig vorbereitet, als daß er sie selbst hervorbringen könnte. Erst muß man etwas zu leben haben, ehe man sich unterrichten und frei denken kann . . . Ich für meinen Teil werde, da meine Laufbahn zu Ende geht, diese glückliche Zeit nicht erleben. Gern hätte ich zu ihrem Entstehen etwas beigetragen; aber was hat ein Geschöpf thun können, das zwei Drittel seines Lebens hindurch von unaufhörlichen Kriegen geplagt war oder die Übel, die sie verursacht hatten, wieder gut machen mußte?“ — und in seiner Schrift „Über die deutsche Litteratur, ihre Gebrechen und die Mittel zu ihrer Verbesserung“ sprach er die Hoffnung aus: „Wir werden einst unsere klassischen Schriftsteller haben; ein jeder wird sie lesen, um sich daran zu bilden; unsere Nachbarn werden deutsch lernen, an den Höfen wird man es mit Entzücken sprechen, und es kann geschehen, daß unsere Sprache, wenn sie vollkommen ausgebildet ist, durch die Gunst, die unsern guten Schriftstellern zu teil wird, von einem Ende Europas zum andern sich verbreitet“. Er ahnte nicht, daß diese Zeit schon angebrochen war, daß er mitten darinnen stand, ahnte nicht, daß er selbst es war, der durch seine Thaten diese Zeit heraufgerufen, den Genius des deutschen Volks geweckt und dem Leben desselben einen nationalen Inhalt gegeben hatte. Sein Blick war gehalten, — gebannt durch die Eindrücke, die er in der Jugend in sich aufgenommen und die ihn im

Kreise französischer Litteratur, Sprache und Geschmacksrichtung zeitlebens festhielten. Wunderliches Verhältnis! Dieser von Europa bewunderte Deutsche, der Liebling des preußischen Volks, in dem das ganze deutsche Volk die Verkörperung seiner selbst in seinen besten Seiten sieht, steht mit seinen Sympathieen auf der Seite der Franzosen: was er denkt, ist deutsch, aber das Kleid seiner Gedanken ist französisch. In dieser Sprache des Auslands aber entwickelte er eine ungeheure litterarische Fruchtbarkeit und Vielseitigkeit in Prosa und Poesie, was um so staunenswerter ist, als diese Thätigkeit neben seinen staatsmännischen und kriegerischen Beschäftigungen nur nebenherging und nur in den Stunden der Muße, die sich Friedrich eigentlich gar nicht gönnte, geübt wurde.

So hat die Regierung Friedrichs dem Fürstentum, das sich nach dem Muster von Versailles gebildet, den tödlichen Stoß versetzt, sie hat der Nation einen neuen nationalen Aufschwung gegeben, in ihr neues Selbstgefühl geweckt und das Bewußtsein belebt, daß es über aller Zersplitterung des deutschen Reichs ein gemeinsames nationales Band gebe, das alle Deutschen umschließt; sie hat dem deutschen Volke den hoffnungsreichen Ausblick auf eine bessere Zukunft eröffnet und in dem preußischen Staate einen Staat des Rechts und Gesetzes, in welchem es keine gesonderten Interessen der Krone und des Volks gab, und damit eine Grundlage geschaffen, auf welcher sich ein neuer gesunder Staatsbau des Reichs erheben konnte.

Friedrich als Regentenvorbild. Friedrichs Regententhätigkeit übte auf einen großen Teil der anderen Ländergebiete die glücklichste Einwirkung aus. Nach seinem Vorbilde machte der aufgeklärte Despotismus die Runde durch fast alle Staaten des europäischen Festlandes. Denn auch die katholischen Fürsten und Staatsmänner erkannten in der Erziehung des Volks zu freierem Denken und zu freierer Bewegung im Leben und Verkehr den wirksamsten Bundesgenossen zur Hebung des Volkswohls. Daher gestatteten viele Fürsten den Aufklärungsideen Eingang in Schule, Verwaltung und Rechtspflege, und an die Stelle des nach dem Versailler Muster gestalteten Absolutismus mit seinen verschwenderischen Hofhaltungen und kostspieligen Liebhabereien, seiner Maitressen=

wirtschaft und Soldatenspielerei trat ein mildmenschliches Regiment, das die Hülfsquellen des Staats eröffnete, den Wohlstand der Bürger und Bauern hob, in ihnen das Gefühl ihres Werts weckte und die Volkserziehung sowie Wissenschaft und Künste förderte.

In erster Linie wird billig Baden erwähnt, das sich schon vor Friedrichs Auftreten trefflicher Regenten erfreut hatte und in Karl Friedrich (1738—1811) einen Fürsten erhielt, der in der Erfüllung seiner Regentenpflichten selbst als Vorbild dienen konnte. Zu den edelsten Regentengestalten jener Zeit gehört ferner der Herzog Karl August von Weimar, der Sohn der trefflichen Herzogin Amalie, der das lebendigste Interesse für Deutschlands politische Größe mit hohem Sinn für Kunst und Wissenschaft verband und sein kleines Land zum Sammelplatz der größten Geister des Jahrhunderts machte. Ganz in den Bahnen Friedrichs des Großen wandelte Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt (1768 bis 1790), der ebenfalls seinen Hof zum Sammelpunkt deutscher Künstler und Gelehrten machte. Die schönste Zierde desselben aber war seine Gemahlin, die vortreffliche Karoline von Pfalz-Zweibrücken, die „große Landgräfin", Friedrichs des Großen Freundin. Für Sachsen begann mit dem Regierungsantritt des Kurfürsten Friedrich August (1764—1827) eine neue bessere Zeit. Da er nicht auf den polnischen Thron gelangte, wurde die sächsische Politik nicht mehr durch auswärtige Rücksichten bestimmt und das Land nicht mehr für fremde Interessen ausgebeutet. Friedrich August machte der sinnlosen Verschwendung seiner Vorgänger und des Ministers Brühl ein Ende, verbesserte die Rechtspflege, gründete die Landesschulen Pforta, Meißen und Grimma sowie die Ritterakademie zu Dresden und führte durch eine milde, gerechte Regierung glückliche Zeiten über sein Land herauf. Auch eine Zahl anderer weltlicher Fürsten, die im übrigen ihrem Hang zu Verschwendung und Vergnügen keinen Einhalt thaten, befriedigte ihren Ehrgeiz auf dem Gebiete, das bei Friedrich dem Großen zu kurz kam, dem des Unterrichts und der Erziehung. So wandelte der Herzog Karl I. von Braunschweig die frühere Klosterschule zu Marienthal 1745 in eine höhere Lehranstalt, das Collegium Carolinum, um. Der Fürst Franz Leopold Friedrich von Dessau ermöglichte es dem Theologen und Philosophen

Basedow, seine Gedanken einer durchgreifenden Reform des Erziehungs- und Unterrichtswesens zu verwirklichen, indem er ihm die Mittel zur Gründung einer Musterschule, des Philanthropinums, gewährte. Mit der Neigung für das Soldatenwesen wußte das Interesse für das Unterrichtswesen der hochgebildete Graf Wilhelm Ernst zu Schaumburg-Lippe zu verbinden durch die Gründung einer Kriegsschule auf der Feste Wilhelmsstein im Steinhuder Meer, in welcher Scharnhorst ausgebildet wurde.

Auch die geistlichen Fürstenhöfe wurden vom Geiste der Reform und Toleranz ergriffen. Der Erzbischof von Mainz, Joseph Emmerich von Breitenbach, gründete Schulen, hob den Unterricht durch Einführung realistischer Fächer und der Leibnitz-Wolffschen Philosophie, verbot den Schacher mit Reliquien und strafte den unsittlichen Wandel der Geistlichen ohne Nachsicht. In demselben Geiste wirkte der Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, Franz Ludwig von Erthal. Der Domherr Franz Freiherr von Fürstenberg-Herdringen in Münster sorgte in musterhafter Weise für das geistige und materielle Wohl des Bistums, und der letzte Kurfürst von Trier, Erzbischof Klemens Wenzeslaus, übte in seinem Lande weitgehende Toleranz.

Kaiser Joseph II. 1765—1790. Auf keinen Fürsten des Jahrhunderts hat das Vorbild Friedrichs des Großen einen nachhaltigeren Eindruck gemacht als auf Joseph II., der 1764 zum römischen König gewählt worden war und im darauffolgenden Jahre seinem Vater in der römischen Kaiserwürde folgte. Joseph, damals 24jährig, war eine feurige Natur, ganz erfüllt von den Aufklärungsideen seiner Zeit und vom besten Willen geleitet, in seinem Reiche Nützliches, das Gemeinwohl Förderndes zu schaffen. Aber sein unruhiger Thätigkeitstrieb, der ihn aus einer Unternehmung in die andere jagte, sowie ein starker Zug des Eigenwillens und die Neigung rücksichtslosen Durchgreifens ließen ihn die Grenze des Erreichbaren vielfach verkennen, so daß er im Kampfe mit dem historischen Recht seine Kräfte nutzlos aufrieb und am Ende seines Lebens den Stein, den er mit leidenschaftlicher Anstrengung auf die Spitze des Berges gewälzt, wieder herabrollen sah.

Schon seit 1759 war er zu den Konferenzen der Minister zugezogen worden, und 1765 übertrug ihm die Kaiserin die „Korregentschaft über die gesamten Erbkönigreiche und Länder". Sofort suchte sich auch seine Neuerungssucht geltend zu machen, was zu häufigen Differenzen mit seiner Mutter führte, deren Herz durch die bei Joseph sich ungestüm vordrängenden aufklärerischen Ideen mit wachsender Besorgnis erfüllt wurde, und die darum dem Sohne nur um so weniger thatsächlichen Einfluß auf die Regierung einzuräumen gewillt war. Dabei erschien der erprobte Minister von Kaunitz als natürlicher Verbündeter der Regentin. Er war noch immer die Seele der inneren und äußeren Politik des österreichischen Staats. Der Grundgedanke seiner Politik war: nach außen die Erhaltung des Friedens und des Einverständnisses mit Frankreich innerhalb der Interessengemeinschaft, sowie die Festhaltung der deutschen Reichsstände auf der Seite Österreichs zu gemeinsamer Bekämpfung der feindseligen Machinationen des Königs von Preußen, — nach innen die Centralisation und zeitgemäße Fortbildung der Interessen und Kräfte der Monarchie. In all diesen Beziehungen stand er im vollen Einverständnis mit der Kaiserin-Witwe, mit deren Genehmigung Ende 1760 eine neue Centralbehörde, der „Staatsrat", errichtet worden war. Doch hatte sich derselbe in der kurzen Zeit seines Bestehens schon mehrere Veränderungen seiner Organisation gefallen lassen müssen, und Kaiser Joseph hatte unstreitig recht, wenn er auf das Ungenügende seiner Zusammensetzung und Thätigkeit hinwies. Überhaupt konnte es nicht ausbleiben, daß hie und da der von Joseph ausgehende Geist der Neuerung zur Geltung kam. Feind alles Überflüssigen und Unnötigen ließ er viele Ersparungen im Hofhalte eintreten, schaffte eine Menge kostspieliger und veralteter Hofgebräuche und Hunderte von unnützen Zehrern ab und setzte es durch, daß die Tortur beseitigt wurde (1775). Um aber die Zeit, in welcher ihm zu inneren Reformen die Hände gebunden waren, auszunutzen, beschloß er, den Zustand seiner Erbländer mit eigenen Augen kennen zu lernen, und machte (1765—1773) in prunklosem Aufzuge und unter Verzicht auf alle Bequemlichkeit häufige Reisen, auf denen sich sein Blick für die Bedürfnisse der einzelnen Provinzen schärfte und seine unwiderstehliche Leutseligkeit und Freigebigkeit Triumphe feierte.

Aber auf die Dauer befriedigen konnte einen so rastlosen, hochstrebenden, von der Idee unumschränkter Gewalt erfüllten Geist diese auf das Kleine gerichtete Thätigkeit nicht. Er wandte daher seine volle Aufmerksamkeit dem Reiche zu, wo er, von der mütterlichen Autorität nicht beengt, ganz Kaiser sein konnte und wollte. Die Lage der äußeren Verhältnisse war dafür günstig. Der 1763 eingetretene Tod des Kurfürsten August III. von Sachsen, des zweiten polnischen Wahlkönigs aus sächsischem Hause, eröffnete dem thatendurstigen Kaiser das Feld der europäischen Politik.

Friedrichs des Großen Bemühung um die Erhaltung des europäischen Friedens durch die erste Teilung Polens 1772. Vom Frieden zu Hubertusburg bis zu den ersten Einwirkungen der französischen Revolution genoß Deutschland fast ununterbrochen den Segen des Friedens. Die Erhaltung desselben ist vorzugsweise Friedrich dem Großen zu danken. Denn Friedrich war sich völlig darüber klar, daß, wenn Preußen zwischen den beiden Kaisermächten die mühsam gewonnene Stellung als gleich berechtigte Großmacht behaupten wollte, es der höchsten Anspannung aller Kräfte bedurfte, zumal er sich über das Mißverhältnis zwischen dieser Stellung und den natürlichen Kräften und Hülfsmitteln seiner Monarchie keiner Täuschung hingab. Noch einmal einen solchen Krieg zu führen wie den siebenjährigen, wäre Preußen nicht imstande gewesen. Daher war all seine Sorge und Arbeit auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Seine dahinzielende Thätigkeit wurde in hohem Maße in Anspruch genommen, als noch im Jahre des Hubertusburger Friedensschlusses der polnische König August III. von Sachsen mit dem Tode abging.

Im Laufe des 17. Jahrhunderts war durch die wachsende Zügellosigkeit des polnischen Adels die königliche Gewalt in Polen völlig machtlos geworden und die Erblichkeit der Krone beseitigt. Der Adel war allmächtig gegenüber den andern Ständen der Nation, ja er war eigentlich „die Nation". Jeder Edelmann war ein souveräner Fürst, der durch sein «liberum veto» den Reichstag sprengen konnte und sich für befugt hielt, mit einer fremden Nachbarmacht Bündnisse zu schließen und von ihr Subsidien zu beziehen. Solche souveränen Existenzen, denen Landesverrat als das kostbarste Freiheitsrecht galt, gab es damals in Polen 200 000. So löste

sich das Gemeinwesen auf und die Einmischung der Fremden wurde permanent.

Diese Einmischung wurde befördert durch den religiösen Hader, der hier ausbrach. Am Ende des 16. Jahrhunderts hatte der Jesuitenorden herrschenden Einfluß gewonnen, und hier wie in Spanien war seine Losung: alle Kräfte des Staats in den Dienst der römischen Kirche zu stellen und im In- wie im Auslande der Ketzerei den Krieg auf Leben und Tod zu erklären. In Polen wurden die Dissidenten aller Bekenntnisse, besonders des lutherischen und griechischen, aufs härteste bedrückt und von allen Staatsämtern ausgeschlossen. Kein Wunder, daß sie sehnsüchtige Blicke zu ihren Stammes- und Glaubensgenossen hinüberwarfen, die ihrerseits die Gelegenheit zur Einmischung nur zu bereitwillig ergriffen. So entstanden die für Polen so unheilvollen Kriege mit Rußland und Schweden, in denen Livland an Schweden verloren ging (1660), Klein-Rußland unter die Oberherrschaft des Zaren zurücktrat (1686) und Ostpreußen das polnische Lehnsjoch abschüttelte (1657). Daß das polnische Reich nicht schon damals auseinanderfiel, verdankte es dem selbstsüchtigen Schutze Rußlands, das eine Alleinherrschaft in Polen anstrebte und durch seine Gesandten die polnische Politik völlig leitete. Die Kaiserin Katharina II. besonders ging mit aller Energie darauf aus, die polnische Regierung in immer völligere Abhängigkeit von Rußland zu versetzen. Daher wünschte sie auch bei Augusts III. bevorstehendem Tode zur Erhaltung der adeligen Anarchie in Polen einen einheimischen Edelmann auf den Thron zu erheben und hatte dazu Stanislaus Poniatowsky, ihren ehemaligen Liebhaber, ausersehen. Als sodann 1763 eine Beschwerde der griechischen Dissidenten wegen Bedrückung bei der russischen Kaiserin einlief, beschloß diese, den Dissidenten wenigstens einige ihrer alten Rechte zu verschaffen, richtete jedoch zuvor deshalb sondierende Anfragen nach Wien und Berlin. Während sie in Wien eine ausweichende Antwort erhielt, ergriff Friedrich, in der Hoffnung, durch diese Allianz seinem schwergeprüften Staate dauernden Frieden zu sichern, rückhaltlos die dargebotene Hand. So kam zwischen beiden Mächten am 11. April 1764 ein Vertrag zustande, durch den für Polen die Wahl eines Einheimischen, die Erhaltung

des liberum veto, also der adeligen Anarchie, und die Unterstützung der Dissidenten festgesetzt wurde.

So konnte denn Rußland in Polen frei schalten und walten, und Katharina ließ sogleich 10000 Mann dahin einrücken, unter deren Bajonetten die Wahl von Stanislaus Poniatowsky zum Könige von Polen am 1. September 1764 einstimmig beschlossen wurde.

Jetzt aber traten zwei polnische Patrioten auf, die Brüder Czartorisky, Oheime des Königs Stanislaus, mit der Absicht, die Verfassung umzugestalten und das Königtum zu kräftigen. Da aber mit dem Gelingen dieser Bestrebungen der russischen Politik der Boden entzogen worden wäre, sammelte der russische Gesandte Repnin alle Gegner der Czartorisky zur Erhaltung der alten Adelsrechte um sich und vereinigte sie in der Generalkonföderation von Radom. Indem dieser Konföderation auch der König von Polen beitrat, war deren vollständiger Sieg entschieden. Als jedoch der russische Gesandte Gleichberechtigung der Dissidenten verlangte, trennte sich der polnische Adel wieder von ihm. Da schritt Repnin zur Gewalt, ließ die Führer der Gegenpartei verhaften und nach Rußland abführen. Damit war der Widerstand gebrochen: die Konföderation genehmigte die Gleichberechtigung der Dissidenten, schloß eine Allianz zwischen Rußland und Polen ab und stellte die Staatsgrundgesetze unter russische Garantie; mit andern Worten, sie gewährte Rußland das förmliche Recht zur Einmischung bei jeder politischen Verfassungsreform (1768). Damit hatte Rußland alles erreicht, was es nur wünschen mochte.

Aber bald folgte der Rückschlag. Empört über die den Ketzern gewährten Rechte stifteten zwei mutige Männer, Pulawsky und Krazinsky, zu Bar in Podolien eine Konföderation zum heiligen Kriege für die Einheit und Reinheit der Kirche. Überall fiel das katholische Volk den Konföderierten zu, und es wurde beschlossen, Stanislaus, der sich als Werkzeug für die Sache der Ketzer habe gebrauchen lassen, zu entthronen. Da wandte sich der König mit der Bitte um Hülfe an Rußland. Bald darauf rückten 16000 Russen in Polen ein, und ein Krieg wildester Grausamkeit begann in den südlichen Provinzen des Landes. Aber auch die Konföderierten hatten sich um Hülfe an auswärtige Staaten gewandt:

an Österreich, Frankreich, den Papst und den Sultan. Wohl fanden sie bei den Höfen lebhafte Sympathie für ihre Sache, aber keiner hatte den Mut, dem russisch-preußischen Bündnis den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Erst als die Russen eine geschlagene Truppe der Konföderierten über die türkische Grenze verfolgten und ein türkisches Dorf in Flammen aufging, erklärte der Sultan an Rußland den Krieg (Oktober 1768).

Damit war die polnische Frage eine europäische geworden.

Niemand war über diese Wendung unglücklicher als Friedrich der Große. Denn gelang es Rußland — und darauf hatte es Katharina abgesehen —, in diesem Kriege türkische Provinzen zu erobern, so sah er voraus, daß auch Österreich, das dies nicht dulden konnte, auf den Plan treten würde. Für den König von Preußen war also die Frage, wie sich der Bruch zwischen Österreich und Rußland verhindern lasse; vielleicht ließ sich dies erreichen, wenn Rußland seine Vergrößerung in Polen suchte. Demgemäß legte Friedrich im Februar 1769 in Petersburg eine Denkschrift vor, worin vorgeschlagen war, Österreich möge für sich die Herrschaft Zips nebst Lemberg, Rußland nach seinem Belieben eine polnische Provinz nehmen, während Friedrich Westpreußen erhalten solle. Als Urheber dieses Gedankens nannte er den sächsischen Diplomaten Lynar.

Rußland machte den Gegenvorschlag, es wolle mit Österreich die europäische Türkei teilen, und wenn dies gelungen, so möge Friedrich Westpreußen nehmen. Dieses Projekt setzte einen weitaussehenden Krieg voraus, während Friedrich gerade auf den Frieden hinarbeitete.

Unerwartetes Entgegenkommen fand Friedrich bei Österreich. Am 25. August 1769 hatte Kaiser Joseph mit Friedrich eine persönliche Begegnung zu Neiße. Beide Monarchen verständigten sich dahin, daß in Deutschland Friede bleiben solle und daß sie beide sich neutral halten wollten, was auch immer für eine kriegerische Verwickelung eintreten möge. In Bezug auf Rußland begegnete Joseph bei Friedrich verwandten Gedanken über das bedenkliche Anwachsen dieser Macht, das eine große Gefahr in sich schließe. Hielten beide Mächte zusammen, so konnten sie das Übergewicht Rußlands wohl hindern. Aber ein solch enges

Zusammengehen beider war durch die Verbindung Friedrichs mit Rußland, sowie durch das thatsächlich immer noch vorhandene Mißtrauen zwischen Österreich und Preußen vorderhand unmöglich. Doch pflegte man gegenseitig den freundschaftlichen Verkehr.

Unterdessen machten die Russen gewaltige Fortschritte in der Türkei, besetzten 1769 Bessarabien, eroberten 1770 die Moldau und Walachei, veranlaßten einen Aufstand in Morea und vernichteten eine griechische Flotte im Archipel. Zur Befestigung ihres Übergewichts im Orient verlangten sie die Unabhängigkeit der Krim und der Donaufürstentümer von der Pforte. Letzteres konnte Österreich nicht gestatten. Daher begann man hier zu rüsten und aus Flandern und Italien Regimenter heranzuziehen.

Aber Friedrich, der im September 1770 den Besuch Josephs mit einem Gegenbesuch zu Neustadt in Mähren erwiderte, erklärte, als Bundesgenosse Rußlands durchaus keinen Krieg Österreichs gegen diese Macht dulden zu wollen. Dadurch gelang es ihm, den Kriegseifer in Wien bedeutend abzukühlen. Aber noch war es nicht klar, wie den Verwickelungen in der Türkei ein alle Teile befriedigendes Ende gemacht werden könne, — als Joseph II. in seiner lebhaften Weise den Knoten zerhieb und den Gedanken Friedrichs aufnahm, die Spannung des Türkenkriegs auf Kosten Polens zu lösen. Er ließ österreichische Truppen in Polen einrücken und auf Grund von Rechtsansprüchen aus dem Jahre 1412 das Zipser Land (20 □ Meilen = 1125 qklm.) besetzen und als «terra recuperata», d. h. wiedergewonnenes Gebiet, unter österreichische Verwaltung stellen.

Diese That gab der russischen Politik, die sich eben noch mit maßlosen Vergrößerungsplänen auf Kosten der Türkei getragen hatte, eine entscheidende Wendung: aus Furcht, den König von Preußen auf die Seite Österreichs zu treiben, erklärte sich Katharina bereit, ihre Ansprüche herabzumindern und sich mit polnischen Annexionen zu entschädigen. Erst jetzt, als die Möglichkeit eines feindlichen Zusammenstoßes zwischen Rußland und Österreich in die Ferne gerückt war, trat auch Friedrich in den Plan der Teilung ein und forderte für sich Ermeland und Westpreußen. „Denn es sei billig, daß Polen die Kosten der Ausgleichung be-

zahle, da die Türken den Krieg nur auf Anrufen und im Interesse der Polen begonnen hätten."

Die Gefahr eines europäischen Kriegs um die Türkei war abgewendet, aber der definitive Abschluß der Angelegenheit war noch weit entfernt. Zäh auf ihrem Willen bestehend und um jeden Punkt feilschend und handelnd ging Katharina nur Schritt für Schritt von ihren türkischen Forderungen ab, und nur der bestimmten Erklärung Friedrichs, daß jede auf die Donaufürstentümer gerichtete Forderung Rußlands den Krieg mit Österreich zum Ausbruch bringe, er aber mit einem solchen Kriege nichts zu thun haben wolle, — war es zu danken, daß Katharina nach Jahresfrist endlich auch den letzten Anspruch auf türkisches Gebiet fahren ließ. Sofort ließ Friedrich in Wien erklären, daß jetzt kein Grund zum Kriege mehr vorliege, daß sein Bündnis mit Rußland wieder in voller Kraft bestehe, und daß er jeden österreichischen Angriff auf die russischen Heere in der Türkei als Kriegserklärung gegen sich betrachten müsse.

Aber auch in Wien hatten sich die hochgehenden Wogen der Kriegslust gelegt. Kaunitz, der schon im Begriff stand, einen Bundesvertrag mit der Pforte abzuschließen, war noch im letzten Augenblick davon zurückgetreten. Besonders war es Joseph, der hier zum Frieden drängte. Maria Theresia, die nicht recht wußte, was sie thun sollte, war auch schließlich geneigt, in Verhandlungen mit Rußland zu treten, — aber ohne Preußen. Da jedoch Rußland erklärte, daß die Teilnahme Preußens für die Verhandlungen unumgänglich notwendig sei, fügte sich das österreichische Kabinett nach einigem Zögern und gab im Anfang des Jahres 1772 in Berlin und Petersburg die Erklärung ab, daß es den russischen Verzicht auf die Donaufürstentümer annehme und die Verhandlungen über die Erwerbungen der drei Mächte beginnen wolle.

Rußland und Preußen waren schnell einig; schon am 17. Februar 1772 unterzeichneten sie ihren Vertrag, welcher dem Könige Ermeland und Westpreußen ohne Danzig und Thorn, der Kaiserin das polnische Land östlich vom Dniepr und der Düna zuwies. Länger dauerte die Verhandlung mit Österreich. Maria Theresia sträubte sich noch immer, sich auf Kosten Polens zu bereichern. Endlich gab sie, mit schwerem Herzen und stets die Sündhaftigkeit des

Handels bejammernd, ihre Zustimmung, das polnische Galizien und Lodomerien mit Österreich zu vereinigen. Ihr war — wie aus ihrer Korrespondenz mit Paris hervorgeht — die polnische Teilung bloß deshalb widerwärtig, weil sich daraus eine Art Bundesverhältnis mit dem gehaßten Preußen und seinem Könige, dem „bösen Manne", sowie mit dem damals sehr unangenehmen Rußland ergeben konnte, — ferner weil dann eine Lockerung der guten Beziehungen zu den katholischen Mächten Frankreich und Spanien, also ein gänzlicher Umschlag des politischen Systems zu erwarten stand, der besonders „im Interesse unserer heiligen Religion" der Kaiserin äußerst abschreckend dünkte.

Nun ließen die drei Mächte ihre Truppen in Polen einrücken, vor denen die Scharen der Konföderierten rasch auseinanderstoben. In dem, was vom polnischen Reiche noch bestehen blieb, herrschte die alte Adelsanarchie, die Schwäche des Königtums fort.

Das hier eingeschlagene Verfahren „durchbrach die anerkannten und vertragsmäßigen Staatsrechte von Europa: es erschütterte die Grundlagen, auf denen die Sicherheit des Bestehenden beruhte; und daß dies geschah, ist für die Folgezeit von unendlicher Bedeutung geworden". „Eine neue Epoche bahnte sich an, in der nicht mehr das wohlhergebrachte Recht, sondern die Politik und das Übergewicht der Waffen über die Grenzen der Staaten die Entscheidung geben sollte."

Der Zustand, in welchem sich die neu gewonnene Provinz Westpreußen — sie stellte den Zusammenhang Pommerns mit Ostpreußen her — befand, glich dem der brandenburgischen Länder nach dem siebenjährigen Kriege, daher Friedrich dort denselben Weg der Neuschaffung ging, der sich hier bewährt hatte: er kam dem materiell und sittlich verkommenen Lande und Volke zunächst mit Geldunterstützungen zu Hülfe und übertrug die Einrichtung und Verwaltung des Landes seinen tüchtigsten Beamten. Um die gutsherrliche Gewalt des Klerus und des polnischen Adels zu brechen, ließ er die geistlichen Domanialgüter einziehen und entschädigte jene durch eine jährliche Rente von der Hälfte des Reinertrags ihrer bisherigen Güter. „Unsere Bischöfe behalten 24000 und die Äbte 7000 Thaler", schrieb Friedrich, „so viel haben die Apostel nicht gehabt." Die Gleichberechtigung aller vor dem

Gesetze wurde eingeführt, die Leibeigenschaft aufgehoben und durch Herbeiziehung von Kolonisten ein neuer Bauern- und Handwerkerstand geschaffen. Zur Belebung des Handels ließ Friedrich den Bromberger Kanal, der Weichsel und Oder verbindet, anlegen und mehrere Flüsse schiffbar machen.

Vergrößerungspläne Kaiser Josephs im Reiche. Der bayerische Erbfolgekrieg 1778/79. So bedenklich das bei Polen in Anwendung gekommene Vergrößerungssystem sein mochte, so hatte es doch den vollen Beifall Kaiser Josephs II., der alsbald auf dem betretenen Wege weitere Schritte zu thun beschloß. Er gedachte Toskana gegen Würtemberg auszutauschen und bei dem bevorstehenden Aussterben der bayerischen Linie des Hauses Wittelsbach sich zum Herrn von Bayern zu machen. Gelang dies, so war Preußens Einfluß im Reiche völlig beseitigt. Aber ebendeshalb konnte Friedrich dabei nicht ruhig bleiben. So begann der Dualismus in Deutschland wieder seine volle gegensätzliche Schärfe zu gewinnen, als der Tod des Kurfürsten Maximilian III. Joseph von Bayern eintrat (30. Dezember 1777).

Sofort ließ Kaiser Joseph österreichische Truppen in Bayern einrücken und Niederbayern besetzen. Denn er hatte schon seit einiger Zeit und nicht ohne schließlichen Erfolg mit dem voraussichtlichen Nachfolger des kinderlos verstorbenen bayerischen Kurfürsten, dem Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz und bei Rhein, in Unterhandlung gestanden, um auf Grund eines alten Lehnsbriefs Kaiser Sigmunds aus dem Jahre 1426 Ansprüche auf einige Gebietsteile geltend zu machen und den Kurfürsten zur Abtretung derselben zu bewegen. Kaiser Joseph verbarg sich nicht, daß die Durchführung dieser territorialen Vergrößerung Österreichs auf Kosten eines Reichsstandes den Widerstand aller übrigen, besonders des Königs von Preußen herausfordern würde. Indes meinte er, dieser würde nicht wagen allein vorzugehen, und so werde die ganze Sache zum Staunen aller Welt sehr ruhig verlaufen. Aber er irrte sich. König Friedrich war zum äußersten entschlossen. „Als Kurfürst des Reichs kann ich das nimmermehr zulassen. Ich werde dem Frieden lieber einen ewigen Krieg vorziehen! Ich will mich diesen Gewaltsamkeiten entgegensetzen, bis der Tod meine Augen schließt.“

Er hatte bei seinem Vorgehen nur Sachsen, das ebenfalls Ansprüche auf einzelne Teile von Bayern machte, und den Herzog Karl August von Pfalz-Zweibrücken auf seiner Seite, den er, als den einzig berechtigten Erben Karl Theodors, eben noch rechtzeitig zur Verwerfung des von diesem mit Joseph II. abgeschlossenen Vertrags und zu einem Protest gegen jene Abtretung beim Reichstage veranlaßt hatte, worauf auch der Reichstag seinerseits Widerspruch gegen Österreichs Absichten erhob. Da ein langwieriger diplomatischer Federkrieg zu keinem Ziele führte, ließ Friedrich im Juli 1778 seine Truppen in Böhmen einrücken, wo es mit den österreichischen Truppen an der sächsischen und schlesischen Grenze zu einigen unbedeutenden Plänkeleien kam, bei denen es sich meist nur um Erbeutung von Lebensmitteln handelte (daher „Kartoffelkrieg"). Österreich rechnete mit Sicherheit auf die Unterstützung Frankreichs, das aber, in diesem Augenblick von England in Nord-Amerika bedroht, jede bewaffnete Hülfe versagte. Als nun Joseph von seiner Mutter eine neue Aushebung von 40000 Mann und bedeutende Geldmittel zur Führung des Kriegs verlangte, geriet Maria Theresia in solche Angst, daß sie ihren Sohn beschwor, er solle Frieden machen um jeden Preis, ja, daß sie sogar eigenhändig einen Brief an Friedrich den Großen schrieb und ihn bat, die abgebrochenen Unterhandlungen mit Joseph wieder aufzunehmen. So begannen die Verhandlungen aufs neue. Entscheidend für die friedliche Wendung war erst das Eingreifen der Kaiserin Katharina von Rußland, welche dem österreichischen Kabinett die Notwendigkeit der Erhaltung des bestehenden Systems und der Beobachtung der alten Verträge in Erinnerung brachte. So kam der Friede zu Teschen (13. Mai 1779) zustande, in welchem Österreich das Innviertel mit Braunau bekam, allen andern Ansprüchen auf bayerisches Gebiet aber entsagte, — Preußen das Zugeständnis der Erbfolge in den Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth erhielt und die Ansprüche Sachsens mit 36 Millionen Mark abgekauft wurden.

Als der Teschener Friede dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt wurde, wünschte eine Partei, meist geistliche Fürsten, die sich durch das begehrliche Vorgehen des Kaisers am meisten bedroht glaubten, dem Vertrage die Klausel hinzugefügt zu sehen,

daß der Friede „den Rechten des Reichs, sowie überhaupt den Rechten dritter für jetzt und künftighin in keinem Falle zum Nachteile gereichen solle“. Was diesen Verhandlungen einen hohen Grad von Wichtigkeit verlieh, war, daß man infolge des zu Tage getretenen Widerstands in Deutschland den Eindruck gewann, als ob Österreich den Reichstag nicht mehr beherrsche. Im Ärger darüber weigerte sich der erzherzoglich österreichische Bevollmächtigte sein Direktorialamt am Reichstage auszuüben. Dadurch trat ein völliger Stillstand der Reichsgeschäfte ein. Man traute dem Wiener Hofe zu, daß er mit diesem Zustand einverstanden sei, da er auf diese Weise bei seinen Anordnungen keinen Widerspruch seitens des Reichs zu erwarten habe. Das politische Auftreten Josephs in der nächsten Zeit schien dieser Ansicht recht zu geben. Aber eben dadurch wurde der Reichstag zu einem Leben erweckt, wie er es noch nie besessen.

Die josephinischen Reformen in Österreich. Am 29. November 1780 starb Maria Theresia. Damit kam die Gesamtregierung der Monarchie in Josephs Hände. Nun konnte er ungehindert die Ideen ins Leben führen, von denen er beseelt war, — Ideen, die dem Geiste des Jahrhunderts entsprachen. Er war aufs tiefste davon durchdrungen, daß Österreich einer inneren Wiedergeburt bedürfe. Der Gedanke schwebte ihm vor: Österreich, unter Beseitigung aller provinziellen oder ständischen Sonderrechte, zu einem Einheitsstaate umzuwandeln, in welchem ein einheitliches Gesetz und außerdem nur der absolute Wille des Reichsoberhaupts Geltung habe. Da aber aller Erfolg von der Tüchtigkeit der Beamten abhing, denen die Aufgabe zufiel, seine Reformen in die Wirklichkeit zu übertragen, so entwarf er in seinem „Hirtenbrief“ 1783 das Ideal eines Beamten, wie er ihn bedurfte; aber es war ein Irrtum, wenn er glaubte, durch Einführung halbjährlicher „Konduitenlisten“ einen solchen Beamtenstand schaffen zu können. Dem Centralisationsgedanken entsprechend wurde das ganze Reich in 13 Regierungsbezirke geteilt. Die alte Landesvertretung hörte auf, und an ihre Stelle trat eine vom Landtage gewählte Repräsentation einiger besoldeter Ständemitglieder, die einen Beirat der Regierung bildeten. In Ungarn kam es zu keinem Reichstage mehr. Natürlich gab es in diesem System

auch für die städtische Selbstverwaltung keinen Platz: der Magistrat erhält Besoldung und ist nur noch das Organ der Staatsgewalt. Seit dem Jahre 1782 wurde erst die allgemeine Gerichtsordnung, etwas später das allgemeine Kriminalrecht eingeführt, während von dem ebenfalls in Angriff genommenen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche damals nur ein Teil zur Einführung gelangte. Das Wichtigste aber war die Vollendung der von Maria Theresia begonnenen Urbarialreform, die in der völligen Aufhebung der Leibeigenschaft gipfelte (1781—1785) und die Steuerreform im Gefolge hatte. Die weltlichen und geistlichen Grundherren wurden in ausgedehnterem Maße zur Steuer herangezogen. Daran knüpfte sich (1786) der neue josephinische Steuerkataster auf Grundlage neuer Bodenvermessung und Feststellung des Bodenerträgnisses. Aber die letztere Arbeit war infolge der Überhastung fehlerhaft, so daß die Unbilligkeiten der Reform viel schreiender waren als die der alten Einschätzung. Im Zusammenhang damit stand die Besiedelung fruchtbarer, aber bevölkerungsarmer Landschaften (Galizien, westliches Oberungarn, Bukowina) mit deutschen Kolonisten („Schwaben"). Gewerbe und Handel wurden durch Aufhebung des Zunftzwangs, durch Einführung neuer Industriezweige, durch Schutzzölle und Handelsverträge gehoben. Große Aufmerksamkeit wandte Joseph dem Unterricht, der Volkserziehung zu. Der Schulzwang wurde — unter Enthebung armer Kinder von der Entrichtung des Schulgelds — eingeführt, körperliche Züchtigung in der Mittelschule abgeschafft, Beichte und Kommunion der Kinder vom Willen der Eltern abhängig gemacht.

Bei fast allen diesen Anordnungen bewegte sich Joseph auf Bahnen, die auch seine Vorgänger, Karl VI. und Maria Theresia, wenn auch ohne Erfolg, gewandelt waren. Aber in einem Punkt brach er mit aller Tradition seines Hauses. Schon einige Wochen nach seinem Regierungsantritt erließ er ein Toleranzedikt, durch welches er den Protestanten freies Religionsbekenntnis, ohne Beeinträchtigung ihrer bürgerlichen Rechte, gewährte. Ja, er ging noch weiter: er griff in die Einrichtungen der Kirche ein, die nach seiner Anschauung nur ein Bestandteil des großen Staatsganzen zu sein hatte, das ihm vorschwebte. Daher verordnete er, daß alle Bullen und Dekrete des Papstes

der Landesbehörde vorgelegt und erst dann sollten öffentlich bekannt gemacht werden dürfen, wenn sie das königliche Placetum (d. h. Erlaubnis) erhalten hätten. Kein Ordensoberer durfte ein Ausländer sein. Die ganze geistliche Autorität sollte den Erzbischöfen und Bischöfen zustehen. Diese aber sollten immer das Beste des Staats im Auge haben und hinsichtlich ihrer Verwaltung der Aufsicht des Landesherrn unterworfen sein. Die Vorbildung der Geistlichen wurde Sache des Staats, und keinem sollten die Weihen erteilt werden, der nicht Atteste über seine nach den staatlichen Vorschriften betriebenen Studien beibrächte. Die Klöster der Orden, die nur einem beschaulichen Leben sich hingaben, hob er auf und verwandte ihre Einkünfte für die von ihm neu gegründeten geistlichen Bildungsanstalten.

Diese Anordnungen standen in offenem Widerspruch mit allen bisher anerkannten Befugnissen des Papsttums und der Kirche, und Papst Pius VI. versäumte nicht dagegen zu protestieren. Aber er machte damit keinen Eindruck. Keine Stimme erhob sich für die päpstlichen Rechte. Ein Österreicher konnte es wagen, in einer Flugschrift den Papst mit den österreichischen Landesbischöfen auf gleiche Linie zu stellen.

Das Papsttum. Es ist kaum zu ermessen, wie tief das Ansehen und die Macht des Papsttums seit dem 30jährigen Kriege gesunken war. Seit dieser Zeit zeigt die römische Kirche nach keiner Seite hin eine innere Fortentwickelung. Die Jesuiten, deren Blütezeit (1581—1615) vorüber war, fuhren fort, die Angehörigen der evangelischen Landeskirchen mit List und Verfolgung wieder in den Schoß der „allein seligmachenden Kirche" zurückzuführen. Geistiges, wissenschaftliches Leben ist bei ihnen fast ganz geschwunden. Den Angriffen des französischen Mathematikers Blaise Pascal, der in meisterhaften, zur Überzeugung hinreißenden Briefen (1656/57) die laxe Moral der Jesuiten geißelte, wußten sie keine ebenbürtige Verteidigung entgegenzusetzen. Mehr und mehr riß Wohlleben bei ihnen ein, und da sie mehr verbrauchten, als einnahmen, verlegten sie sich auf Handelsunternehmungen und Spekulationen, was später die Ursache ihrer Vertreibung und der Auflösung ihres Ordens wurde.

Die Päpste anderseits haderten mit Frankreich und anderen Staaten um große und kleine Rechtsfragen, wobei sie meist den kürzeren zogen. „In langweiligem Einerlei“ wechseln schlaffe Päpste mit strengen, verschwenderische mit sparsamen, fanatische mit gleichgültigen. Unter den ernstgesinnten Päpsten ist Innocenz XI. (Odeschalchi, 1676—1689) hervorzuheben, der mit Ernst auf Herstellung der Ordnung im Kirchenstaat bedacht war, die wissenschaftliche Befähigung der Geistlichen und ihren sittlichen Wandel einer strengen Prüfung unterzog und die Prediger ermahnte, „nur Christum, den Gekreuzigten, und Ermahnungen zur Buße auf die Kanzel zu bringen und der Fabeln und Sophistereien sich zu enthalten“. Den Jesuiten war er wenig geneigt und verdammte durch eine Bulle 62 ihrer Moralsätze (März 1679). Als er aber den Unfug abschaffen wollte, daß die Verbrecher in den Palästen der zu Rom weilenden fremden Gesandten ein Asyl fanden (sogenanntes „Quartierrecht“), geriet er mit dem französischen Hofe in Streit, der dahin führte, daß Ludwig XIV. 1681 im Verein mit einer französischen Kirchenversammlung die 4 Sätze der gallikanischen Kirchenfreiheit erließ, welche lauten: 1. Petrus und der Papst haben Gewalt nur in geistlichen, nicht in weltlichen Dingen. 2. Ein ökumenisches Konzil steht über dem Papst. 3. Die geistliche Gewalt des Papstes ist beschränkt, die Grundsätze der Kirche Frankreichs gültig. 4. Die Entscheidungen des Papstes erhalten erst dann Geltung, wenn sie von der ganzen Kirche angenommen sind; der Papst ist nicht unfehlbar.

Eine gleich schwere Erschütterung erlitt das Ansehen des Papsttums unter Klemens XI. (Albani, 1700—1721), und zwar ebenfalls durch Frankreich, dadurch, daß sich dieser Papst auf das Drängen Ludwigs XIV. zum Erlaß der Bulle Unigenitus (1713) verleiten ließ, die gegen die Bearbeitung des Neuen Testaments von dem Jansenisten Quesnels gerichtet war, worin aber eine Anzahl Sätze als ketzerisch verdammt werden, die teils mit dem Tridentinum, teils wörtlich mit Aussprüchen des heil. Augustinus oder der heil. Schrift übereinstimmen.

Zu völliger Bedeutungslosigkeit sank das Papsttum durch Benedikt XIII. (1724—1730), der zwar treffliche Verordnungen über Predigt, Volksunterricht und Kirchendisziplin erließ, aber

ihre Beobachtung nicht zu erreichen vermochte und einen für einen Italiener so anstößigen Mangel an Bildung an den Tag legte — ließ er sich doch nur mit Mühe abhalten, Rafaels Loggien mit Bildern aus dem Leben der Maria übermalen zu lassen —, daß er das Gespött der Menge wurde. Allerdings gelang es ihm, die Bulle Unigenitus in Frankreich mit Hülfe der Staatsgewalt zur Anerkennung zu bringen, aber eine Anzahl französischer Oratorianer, Benediktiner und Karthäuser flohen nach Utrecht, dessen Erzbischof nebst zweien seiner Bischöfe sich von Rom lossagte. Seitdem besteht in den Niederlanden eine schismatische Kirche der Jansenisten.

Niemals aber kam die Machtlosigkeit des Papsttums gegenüber dem einmütigen Zusammengehen der Staatsregierungen zu schärferem Ausdruck als in der Aufhebung des Jesuitenordens. Der aus England nach Frankreich herübergekommene und hier großgezogene gottesleugnerische und kirchenfeindliche Geist äußerte, auf seiner Runde durch Europa, sich nicht zum mindesten im Hasse gegen die klösterlichen Orden, unter denen die Jesuiten den besonderen Unwillen der Völker und Fürsten und selbst älterer Mönchsorden erregten. Sogar in Rom wurden sie aus mehreren Kongregationen ausgeschlossen. Sie selbst beschleunigten ihren Fall durch ihre Gewinnsucht und ihren Widerstand gegen die Staatsgewalt. In Brasilien hatte der Orden allen Handel und Ackerbau an sich gerissen und hielt die Einwohner in harter Sklaverei. Als Papst Benedikt XIV. (1740—1758) gegen diese Zustände eine Bulle erließ, verweigerten sie den Gehorsam, zettelten in Oporto einen Aufstand gegen die portugiesische Regierung (1757) und, nachdem dieser niedergeworfen worden war, einen Mordversuch gegen den König Joseph Emmanuel an (1758), der mißlang. Da ließ der Minister Graf Pombal, ein bis zur Rücksichtslosigkeit kraftvoller, den Aufklärungsideen ergebener Mann, elf Jesuiten einkerkern und den Orden aus allen portugiesischen Ländern ausweisen (1759). Diesem Vorgange folgte Frankreich (1764); in Spanien ließ Karl III. 1767 am 31. März und den folgenden Tagen alle Jesuiten aufgreifen, auf Schiffe verpacken und an der Küste des Kirchenstaats aussetzen. Ebenso verfuhr im folgenden Jahre König Ferdinand IV. von Neapel. Vergebens überhäufte

Papst Klemens XIII. (1758—1769) den Jesuitenorden mit Lobsprüchen und bedrohte seine Gegner mit dem Banne; das kleine Parma konnte es wagen, darauf mit der Ausweisung der Jesuiten zu antworten. Ja, Papst Klemens XIV. (1769—1774) zeigte sich zuletzt selbst geneigt, den Orden preiszugeben, weil er durch dieses Entgegenkommen gegen die weltlichen Mächte dem Stuhle Petri die verlorene Achtung wieder gewinnen zu können hoffte; daher erklärte er durch das Breve Dominus ac redemtor noster (1773) den Jesuitenorden für aufgehoben.

Dieses Auftreten gegen den Jesuitenorden hatte schon vorher viele, selbst geistliche Landesherren ermutigt, mit Verordnungen gegen das Mönchswesen überhaupt vorzugehen. Den Anfang machte 1768 Venedig, 1778 folgte der Bischof von Münster, 1781 der Kurfürst Joseph Emmerich von Mainz, der mehrere Klöster aufhob.

Folgen des Vorgehens Kaiser Josephs gegen die Kirche. Alle diese Einzelmaßregeln aber wurden übertroffen durch die eingreifenden Verordnungen, durch welche Kaiser Joseph die Kirche seiner Staaten aus einer römischen zu einer episkopal-katholischen umzuwandeln gedachte. Um für den römischen Stuhl und die Kirche zu retten, was noch zu retten war, hielt es Papst Pius VI. nicht unter seiner Würde, selbst nach Wien zu reisen. Aber eine Verständigung wurde nicht erreicht.

Anders war der Verlauf der Entwickelung, als sich Joseph durch sein Vorgehen auf kirchlichem Gebiete mit den geistlichen Würdenträgern des Reichs in Widerspruch setzte. Da er zur Durchführung der neuen Organisation der Kirche seiner Länder der Mitwirkung der bischöflichen Gewalt bedurfte, diese aber auch ganz in der Hand haben mußte, so konnte er nicht dulden, daß fremde, auswärtige Bischöfe, deren Sprengel in das österreichische Gebiet hereinreichten, hier eine Einwirkung ausübten. Er zeigte also den minder mächtigen einfach an, daß ihre geistliche Jurisdiktion auf österreichischem Gebiete aufgehört habe, und als das Bistum Passau vakant wurde, sprach er die Trennung Österreichs ob der Enns von der passauischen Diözese aus.

Diese gewaltsame Verletzung der Rechte der geistlichen Fürsten brachte auch die weltlichen in Aufregung, die ohnedies schon

dadurch in Besorgnis versetzt waren, daß das österreichische Herrscherhaus, das noch bei Lebzeiten Maria Theresias die Wahl des jüngsten Prinzen, Maximilian, zum Koadjutor in Köln und in Münster durchgesetzt hatte, diesem auch Hildesheim und Salzburg verschaffen und andere Prinzen in Freising, Augsburg, Konstanz unterbringen wollte. Drangen diese Pläne durch, so übte Österreich durch diese von ihm abhängigen Stimmen einen ungeheuren Einfluß am Reichstage aus und das fürstliche Kollegium beherrschte die ganze Beschlußfassung. Daher suchten die geistlichen (katholischen) und weltlichen (protestantischen) Stände Fühlung miteinander zu gewinnen (1783).

Schon bei der ersten Annäherung versprachen die geistlichen Fürsten Toleranz. Die Räte benachbarter Fürsten kamen persönlich zusammen und besprachen Ziele, Mittel und Wege einer Vereinbarung. Bei diesen Besprechungen entstand der Gedanke, eine reichsständische Union zu stiften. Bei der Verwirklichung dieser Idee war die Unterstützung des mächtigsten Reichsfürsten, des Königs von Preußen, nicht zu entbehren. Aber der preußische Minister wies den Gedanken zurück, und König Friedrich selbst lehnte den Antrag des Ministerkollegiums, einen Gesandten bei den geistlichen und weltlichen Höfen Mittel- und Süddeutschlands herumzuschicken, um diese bei gutem Willen zu erhalten, ab. So verständigten sich denn zunächst der Herzog Karl August von Weimar und der Kurfürst-Erzbischof von Mainz dahin, einen unabhängigen Bund zu stiften, der sowohl mit dem Könige von Preußen als mit Frankreich in gutem Einvernehmen stehe.

Kaiser Josephs II. auswärtige Politik. Der Fortgang dieser inneren deutschen Angelegenheit wurde durch die europäischen Verwickelungen und die Politik, die Kaiser Joseph in denselben einhielt, stark beeinflußt.

Damals hielten zwei große Ereignisse die Welt in Spannung: der nordamerikanische Freiheitskrieg (1775—1783) und die orientalische Frage. Letztere berührte die deutschen Mächte sehr nahe wegen des dadurch bedingten Verhältnisses zu Rußland. Sie erschien besonders dem Kaiser Joseph geeignet, um das Bündnis Rußlands mit Preußen zu zerstören. In einer Zusammenkunft mit Kaiserin Katharina setzte er es durch, daß letztere den Antrag

Friedrichs auf Erneuerung der preußisch-russischen Allianz ablehnte und mit Österreich, das ihr zur Ausführung ihrer gegen die Türkei gerichteten Pläne wichtiger war, ein Bündnis zum Zwecke gemeinsamer Verteidigung gegen jeden Angriff schloß (1781).

Preußen war durch dieses Bündnis nicht bedroht; aber Rußland war in den allgemeinen Weltverhältnissen auf Österreichs Seite getreten, und Friedrich täuschte sich keinen Augenblick über die Gefahr, die in der Verbindung der Kaiserin mit dem unruhigen, ländergierigen Kaiser für den Frieden der Welt lag. Joseph seinerseits glaubte im Bunde mit Rußland alle seine Pläne in Kirche, Staat und Reich sicher durchführen zu können.

Als im Mai 1782 Unruhen in der Krim ausbrachen, gedachte Katharina diesen Anlaß zu einem Kriege gegen die Türkei zu benutzen, für welchen sie die Unterstützung Österreichs erwartete. Aber Joseph lehnte aus Rücksicht auf Frankreich, das für die Integrität der Türkei eintrat, den Angriff ab, worauf auch Katharina den Gedanken an den Krieg zwar aufgab, aber sich rasch der Krim bemächtigte und sich hier huldigen ließ. Joseph, obwohl ihm kein entsprechender Gewinn zufiel, machte gute Miene und unterstützte die Forderungen Rußlands bei der Pforte mit seinem vollen Gewicht, in der Hoffnung, dadurch Rußland um so sicherer von Preußen zu trennen.

Dafür nahm er nun den alten Plan wieder auf, die bayerischen Gebiete mit Österreich zu vereinigen und sie gegen die österreichischen Niederlande, die für Österreich schon längst ein lästiger Besitz waren, einzutauschen. Es galt nur die Kaiserin Katharina für diesen Plan zu gewinnen; und diese versprach in der That, zum Erfolge der Entwürfe des Kaisers mit all ihrer Macht beizutragen (1784). An der Bereitwilligkeit des Kurfürsten Karl Theodor, auf den Tausch einzugehen, zweifelte man nicht. Denn der Vorschlag hatte in der That viel Reizendes für ihn. Der Besitz der Krone in den Niederlanden und des Kurfürstentums sicherte ihm allezeit einen großen Einfluß in Deutschland, und besonders stachen die erhöhten Einkünfte der reichen niederländischen Provinzen dem tiefverschuldeten Fürsten sehr in die Augen. Gleichwohl scheute er vor dem definitiven Abschluß des Handels zurück; sowohl die Besorgnis vor dem Urteil der Welt, als die Rücksicht

auf seinen Erben, den Herzog Karl August von Zweibrücken, lähmte seinen Ehrgeiz.

Um dieselbe Zeit, als dieser Plan im Werke war, geriet Joseph II. in weitaussehende Verwickelungen mit **Holland**. Im Frieden von Utrecht (1713) hatten die Generalstaaten in die Abtretung der südlichen (katholischen) Niederlande an Österreich nur unter der Bedingung gewilligt, daß ihnen in einigen Grenzfestungen der abgetretenen Lande das Recht der Besetzung zustehen sollte. Diese Orte hießen Barriereplätze. Überdies besaßen sie schon seit 1648 das Recht, den Ausfluß der Schelde zu schließen, wodurch sie die Schiffahrt auf diesem Flusse beherrschten. Diese Beschränkungen waren dem österreichischen Hofe immer lästig gewesen, für Joseph waren sie unerträglich. Ausgehend von dem Gedanken, daß kein Vertrag länger binde, als die Verhältnisse dauern, unter denen er geschlossen worden, und überzeugt, daß rücksichtsloses Durchgreifen am sichersten zum Ziele führe, ließ Joseph ohne weiteres einige Barriereplätze besetzen und verlangte von der Republik, daß sie die Schelde öffne. Die Holländer lehnten diese Forderung ab, und als trotzdem eine österreichische Brigantine die Schelde hinabfuhr und der Kapitän sich weigerte, den Holländern auf ihre Forderung die gewohnten Angaben zu machen, wurde das Schiff durch ein paar Kanonenschüsse unbrauchbar gemacht. Darauf war Joseph nicht gefaßt; aber um sein Ansehen zu wahren, ließ er Truppen marschieren. Man stand vor dem Ausbruch eines Kriegs. Um dem vorzubeugen, boten die Franzosen ihre Vermittelung an. Der Kaiser erklärte sich bereit, die Vermittelung der Franzosen anzunehmen, wenn diese sich verpflichteten, den Herzog Karl August von Zweibrücken zur Einwilligung in den Austausch Bayerns gegen die Niederlande geneigt zu machen. Infolgedessen wurde der Herzog mit dem Tauschprojekt bekannt gemacht.

Der Fürstenbund zur Aufrechterhaltung des deutschen Reichssystems. Der Herzog zögerte keinen Augenblick, das Ansinnen abzuweisen, denn es zieme sich nicht, daß ein Fürstenhaus sich von einer braven, ihm ergebenen Bevölkerung losreiße. Da er aber gleichzeitig die in dem Antrag liegende Unterdrückung des Schwächeren

durch den Stärkeren empfand, nahm er die Unterstützung des Königs von Preußen in Anspruch.

Das Vorgehen Josephs hatte die deutschen Fürsten schon lange in Atem gehalten. Man erinnerte sich „der despotischen Gewalt, die sich der Kaiser in seinen Erblanden, welche doch ein Teil des Reichs seien, anmaße; der ungewöhnlichen Autorität, die er unter dem Vorwande der Rechtspflege am Reichsgericht, in den Kreisen, auf dem Reichstage ausübe; besonders auch der Versuche, die geistlichen Fürstentümer an sein Haus zu bringen". Unter diesen Umständen nahm König Friedrich von Preußen den früher abgewiesenen Gedanken einer Verbindung deutscher Fürsten wieder auf (1784) und schickte den Baron von Seckendorf als Gesandten in die Reichslande. Friedrich, der in jeder Vergrößerung Österreichs eine Gefahr für sich sah, hielt dafür, daß seine Sache zugleich die aller deutschen Fürsten sei, denn „werde er gestürzt, so seien alle verloren". Er wandte sich zuerst an den König von England, Georg III., als Kurfürsten von Hannover, und fand bei ihm Geneigtheit zu einer „reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten". Dadurch wurden Braunschweig und Hessen zum Beitritt veranlaßt und Sachsen in der gleichen Absicht bestärkt. Die Konferenzen über den Bund wurden in Berlin unter dem Vorsitze des hannoverschen Ministers Beulwitz gehalten, unter dessen einsichtsvoller Leitung der Entwurf eines Bundes zustande kam, dessen Zweck war: die Stände im Besitze ihrer Länder und Gerechtsame und bei ihren Hausverfassungen zu schützen. Gegen jede Rechtsverletzung will man sich vereinigen und auf der Reichsversammlung davon abmahnen; sollte das nichts fruchten, so will man sich durch wirksame reichsverfassungsmäßige Mittel schützen.

In einigen geheimen Artikeln verpflichten sich die Kurfürsten von Sachsen, Hannover und Brandenburg bei der Wahl eines neuen Königs, bei der Wahlkapitulation und anderen den Kurfürsten zustehenden Angelegenheiten nur nach gemeinschaftlicher Übereinkunft zu Werke zu gehen.

Ein „geheimster Artikel" bestimmte, daß, wenn es doch zum Austausch oder zu einer Okkupation Bayerns kommen sollte, man mit aller Macht sich dagegen stemmen und hierzu, sowie zum gegenseitigen Schutze im Falle eines Angriffs eine Kriegsmacht,

und zwar jeder 15 000 Mann, aufstellen wolle. — Die Unterzeichnung erfolgte am 23. Juli 1785.

Der Hauptvertrag wurde sofort von den kleineren deutschen Fürsten unterzeichnet. Durch den Beitritt Karl Augusts von Zweibrücken erlangte er „eine der Reichsverfassung gemäße Grundlage“, und durch den des Kurfürsten von Mainz erhielten die verbundenen Fürsten die Majorität im Kurfürstenkollegium. Nun schlossen sich alle andern Fürsten dem Bunde an.

Friedrichs des Großen Tod (17. August 1786). Das Zustandekommen des deutschen Fürstenbundes war die letzte große politische That Friedrichs des Großen. Er selbst täuschte sich nicht, daß seine Tage gezählt waren. Für diesen Lebensrest suchte er sich unter allen Umständen den Frieden zu erhalten. Als sich der Erbstatthalter Wilhelm V. von Holland in dem eben ausgebrochenen Streite mit Österreich mit der Bitte um Hülfe an ihn wandte, lehnte er sie ab, da er der Meinung war, daß sich die Angelegenheit beilegen lasse. Dies bewahrheitete sich auch in der That, indem die Holländer eine Geldentschädigung leisteten, aber das Recht der Scheldeschließung behielten. Auch wenn Friedrich nach Osten blickte, hatten die Verhältnisse nichts Beunruhigendes für ihn. Wohl drohte der Ausbruch eines Kriegs zwischen Rußland und der Türkei. Aber in diesem Falle mußte Österreich ebenfalls seine Waffen nach dem Osten richten und sich dadurch überdies mit Frankreich verfeinden, das mit einer Erweiterung der russischen Macht auf Kosten der Türkei nicht einverstanden war.

So nahte das Ende des großen Königs. Noch war sein Blick hell, seine Gedanken klar, seine Arbeitslust unvermindert. Am 15. August hatte er in gewohnter Weise die Arbeiten erledigt; aber gleich darauf verfiel er in einen Zustand des Halbschlafs, in dem er am 17. bald nach 2 Uhr seine Seele aushauchte.

Ein großes Leben, einzig in der Geschichte, war geendet. Einen politischen Genius wie Friedrich den Großen hat die neue Zeit nimmer gesehen.

Das geistige Leben in Kunst und Wissenschaft im Zeitalter Friedrichs des Großen. I. Von Friedrichs Regierungsantritt bis zum Ausbruch des siebenjährigen Kriegs. Obwohl Friedrich der deutschen Bildung fremd und teilnahmslos gegenüberstand, gebührt

ihm doch der Ruhm, der nachhaltigste Förderer derselben gewesen zu sein. Denn er war es, welcher die in England aufgekommene, in Frankreich popularisierte und in Deutschland durch Thomasius, Leibniz und Wolf vertretene Aufklärungsphilosophie zur herrschenden Macht erhob und in seinen, dieser Philosophie entnommenen Regierungsgrundsätzen den Fruchtboden schuf, aus welchem sich der gewaltige Aufschwung entwickelte, der die deutsche Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts zu einer der glänzendsten Epochen in der Geschichte der Menschheit gemacht hat. Daher bezeichnete Kant das Zeitalter der deutschen Aufklärung als das Zeitalter Friedrichs des Großen.

Kampf der wissenschaftlichen Kritik gegen die Autorität der Bibel. Der Rationalismus. Seit der Verbreitung des englischen Deismus lag der Schwerpunkt der geistigen Bewegung nicht mehr im Streit zwischen der katholischen und protestantischen, lutherischen und reformierten Kirche, sondern im Gegensatz von Philosophie und Theologie, Vernunft und Offenbarung, Denken und Glauben. Wolfs Philosophie fand immer mehr Schüler und Anhänger. Diese aber gehen über den Standpunkt des Meisters hinaus und suchen den Gedanken populär zu machen, daß nicht aus die Stetigkeit der Weltordnung durchbrechenden Wundern, sondern aus dem Wunder aller Wunder, der stetigen Weltordnung selbst, das Dasein Gottes hervorgehe. Die immer weitere Verbreitung der freisinnigen Schriften eines Tolland, Collins, Morgan, Voltaire, Lamettrie machte den Rationalismus zur herrschenden Zeitrichtung. Es traten dabei drei Hauptrichtungen hervor. Die eine, vertreten durch Baumgarten in Halle, Ernesti in Leipzig und Michaelis in Göttingen, hielt an der Kirchenlehre fest. Aber indem sie betonte, daß die Bibel denselben geschichtlichen Bedingungen unterworfen sei wie jedes andere Litteraturwerk, mußte die allgemein bindende Kraft der Bibel erschüttert werden. Die zweite Gruppe, welche die eigentlichen Rationalisten umfaßt, bekämpfte die Kirchenlehre, hielt aber an der Offenbarung fest, soweit sie sich mit den Ergebnissen der freien Vernunftforschung vereinigen ließ. Die Hauptvertreter dieser Richtung waren vorzugsweise Prediger der Residenzstädte: Sack und Spalding in Berlin, Jerusalem in Braunschweig. Die mildgesinnten

Männer legten das Hauptgewicht in die sittliche Läuterung, die als notwendige Forderung der denkenden Erkenntnis von jedem Menschen erstrebt werden müsse. Aber die wissenschaftliche Herbheit und sittliche Mattigkeit dieser Richtung forderte den entschiedensten Widerspruch klarer Köpfe heraus, wie sie in der dritten Gruppe vertreten sind. Diese verneint alle Offenbarung und sucht eine frei auf sich selbst gestellte Vernunft- und Naturreligion zu begründen. Der kühnste Denker dieser Richtung ist der Hamburger Arzt Samuel Reimarus (gest. 1768), der Verfasser der von Lessing herausgegebenen „Wolfenbütteler Fragmente". Damit hatte die verneinende Kritik ihren Abschluß erreicht.

Der wissenschaftliche Kampf gegen den fürstlichen Despotismus. Dem Kampfe gegen die oberste kirchliche ging der gegen die oberste weltliche Autorität zur Seite. Durch die völlige Ausbildung der fürstlichen Souveränetät war dem Volke das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gedanke der staatlichen Reichseinheit verloren gegangen. Das trümmerhafte Gebäude der Reichsverfassung war allen gleichgültig. Daher wandte die Staatswissenschaft dieser Zeit ihre wissenschaftliche Arbeit nicht mehr dem Verhältnis der Fürsten zum Reich, sondern dem der Fürsten zum Volk zu und lieh dem Gefühl der Entrüstung Worte, das sich im deutschen Bürgertum über das am Mark des Volks zehrende Lotterleben der Höfe regte. Vornehmlich war es Johann Jakob Moser (1701—1785), der Begründer des sogenannten positiven Staats- und Völkerrechts, der, zurückgreifend auf die Zeit der Geltung ständischer Gerechtsame, für die Idee des Rechtsstaats gegen alle Übergriffe und Gewaltthätigkeiten des Despotismus stritt und es offen aussprach, daß auch das unbeschränkte Fürstentum an Recht und Gesetz seine undurchbrechbare Schranke habe.

Aber das alte Ständewesen hatte sich überlebt und fand im modernen Einheitsstaate keinen Platz mehr. Der treibende Zug der Zeit ging zum aufgeklärten Despotismus. Alle Wünsche beschränkten sich auf die Forderung der Pflichttreue seitens der Fürsten und gewissenhafter Verwaltung und Rechtspflege seitens der Beamten. Diesem Verlangen gab zuerst Joh. Mich. von Loen (1694—1776) Ausdruck. Seine Verwirklichung fand es im Staate Friedrichs des Großen.

Überwindung der Herrschaft des Regelzwangs in der Poesie durch die Macht dichterischer Begeisterung. Nicht weniger bedeutend als auf kirchlichem und staatlichem Gebiete ist die Wendung, welche das geistige Leben der Nation auf dem Gebiete der Dichtung nahm. Vorbereitet wurde sie durch die vom Professor Alex. Gottl. Baumgarten zu Frankfurt a. O. (einem Bruder des Halleschen Theologen) aufgestellte Lehre, daß wie die Vernunft, der Logos, so auch die sinnliche Empfindung und Anschauung (Aisthesis) ihre bestimmten Gesetze habe, und daß die sinnliche Empfindung der Vernunft durchaus ebenbürtig und mit ihr gleichberechtigt sei. So wurde die Phantasie in ihre Rechte eingesetzt und deren höchste Thätigkeit, die Kunstschöpfung, als ein bestimmtes, eigenartiges Gebiet abgegrenzt. Dieser Gedanke wurde von Joh. Adolf Schlegel (1721—1793), dem Vater der beiden Romantiker, dahin näher bestimmt, daß die Kunst, in allen ihren verschiedenen Arten, nicht Idealisierung der Natur, sondern der sinnliche Ausdruck der inneren Empfindung sei. Man fing an, an eine Dichtung zu glauben, welche das innerste Empfinden nicht nur des Einzelnen, sondern auch des ganzen Volks zum Ausdruck bringe, ohne dabei die Gesetze künstlerischer Idealität zu verletzen. Aber bevor das Genie, das diese Hoffnung erfüllte, in die Erscheinung trat, bewegten sich einige Dichter im Garten der Poesie auf Irrwegen, die nicht zum Ziele führten. Anschließend an das Werk eines Kottbuser Dichters, Jakob Immanuel Pyra (1715—1744), der aus des englischen Dichters Milton Epos „Das verlorene Paradies“ den Schluß gezogen, daß die Dichtung christlich und der Reim verbannt sein müsse, hielten sich seine Nachfolger nur an das Äußerlichste und glaubten in der Verwerfung des Reims den Kern aller künstlerischen Idealität gefunden zu haben. So entstand die Oden- und die sogenannte Anakreontische Dichtung. Den Anstoß zur reimlosen Odendichtung gab Professor Samuel Gotth. Lange (1711—1781). Der Begründer der reimlosen anakreontischen Dichtung ist Gleim (1719—1803). Zum Wesen eines anakreontischen Gedichts (so genannt nach den tändelnden Kleinigkeiten, die unter dem Namen des griechischen Dichters Anakreon auf uns gekommen sind) gehört es, daß es „ohne Reim, scherzhaft und verliebt“ sei. Man zwang sich daher zu diesen Empfindungen und

wurde unwahr und läppisch. Wahr ist Gleim nur in seinen „Liedern eines preußischen Grenadiers", in denen er seiner aufrichtigen Bewunderung der Großthaten Friedrichs Ausdruck giebt. Da er hiermit nur aussprach, was damals tausende deutscher Herzen bewegte, ist er hier auch echt volkstümlich.

An jene innerlich unwahre Odendichtung schließt sich die Idyllendichtung Salomon Geßners aus Zürich (1730—87) an, der sich „in die schmerzlose Unschuldswelt eines erträumten Arkadiens" versetzte, — in eine Schäferwelt, die reine Unschuld und Tugend ist und im Küssen und Kosen schwelgt; während in Ewald von Kleists beschreibendem Gedichte „Der Frühling" (erschienen 1749) schon mehr das Bedürfnis nach festerer Thatsächlichkeit und naturwahrer Gestaltung hervortritt.

Über alle diese mattherzigen, kleinmalenden Poeten erhebt sich riesengroß Friedrich Gottlieb Klopstock (1724—1803) mit seiner mächtigen Empfindung und überströmenden Begeisterung. Durch ihn ging der Welt wieder die Erkenntnis auf, die ihr so lange verloren gegangen war, daß nur die natürliche Begeisterung und die Tiefe des Gefühlslebens den echten Dichter mache. Indem Klopstock glaubte, um so volkstümlicher zu sein, je mehr er religiöse (biblische) Stoffe zum Inhalt seiner Dichtung wähle, entstand der Plan und die Ausführung der „Messiade" (1748), die er in das Versmaß Homers kleidete. Die Wirkung dieses Gedichts war eine überwältigende. Klopstock traf damit völlig den Geschmack des deutschen Volks, dessen Ideale damals noch lediglich innerhalb der biblischen Geschichte lagen. Die durch die rationalistischen Neuerungen geängsteten Gemüter der Gläubigen fühlten sich wie erlöst und wurden in ihrem Glauben befestigt; auch die freier, weltlicher Gesinnten fingen an, die Person Christi und sein Werk wieder ernster zu nehmen. Das ganze deutsche Leben wurde frömmer, heiliger. Auch Klopstocks Odendichtung übte den tiefgehendsten Einfluß aus. Ihr Inhalt ist des Dichters eigenstes Erlebnis, „überall hören wir den gesunden Herzschlag einer reinen Persönlichkeit, die nur singt, was sie empfindet: von Gott und Unsterblichkeit, von der Hoheit der Freundschaft, von der Schönheit der Natur und der Liebe zum Vaterland".

Da Klopstock erkannt hatte, daß ein Hauptvorzug der antiken Dichtung in ihrer gehaltvollen Mythologie lag, suchte er für die deutsche Dichtung nach einem Ersatz und glaubte ihn in der nordischen Mythologie zu finden. Daher erhält sie von 1766 an in seinen Dichtungen das Übergewicht. Die so entstandene Bardenbegeisterung verbreitete sich in die weitesten Kreise der Gebildeten, denn man fühlte sich unter den wenn auch zum Teil ungeschlachten, so doch großartigen, markigen Gestalten der nordischen Göttersage behaglicher als unter Geßners arkadischen Schäfern. Um diese Gestalten auch auf die Bühne zu bringen, schrieb Klopstock mehrere „Bardite“: Hermannsschlacht, Hermann und die Fürsten, Hermanns Tod. Den praktischen Versuchen ließ er 1774 die theoretische Begründung in der „deutschen Gelehrtenrepublik“ folgen, worin er gegen toten Regelkram kämpft und auf echte Begeisterung dringt. Damit schließt das lebendige Eingreifen Klopstocks in die deutsche Geistesentwickelung; denn er war inzwischen von anderen Dichtergenossen überholt worden. Aber sein poetisches Schaffen ist eine geschichtliche That; an seiner Dichtung entflammte sich wieder das deutsche Gemüt für die unvergänglichen Ideale von Religion und Tugend, Liebe und Freundschaft, Freiheit und Vaterland.

Bildende Kunst und Musik. In derselben Zeit, wo die deutsche Dichtung sich bemühte, volkstümlich und kunstidealistisch zugleich zu sein, lag die bildende Kunst der Deutschen noch völlig in den Banden des phantasiearmen französischen Rokokogeschmacks. Es war besonders der Einfluß Friedrichs des Großen, der sie darin festhielt. Durch ihn wurde Berlin die Stätte, wo sich die bedeutendste bauliche Thätigkeit dieser Periode entfaltete und die zahlreichsten Werke antiker und neuerer Kunst gesammelt und aufgestellt wurden. Der bedeutendste Architekt dieser Periode ist Freiherr von Knobelsdorf (1699—1751), der Erbauer des Opernhauses. Die andern damals aufgeführten Bauwerke: Dom, Universität, katholische Kirche, Bibliothek rühren von den beiden Baumann, Vater und Sohn, her, die ganz nach den Angaben Friedrichs arbeiteten. Auch die Potsdamer Bauten tragen französisches Gepräge. Die Geschmacklosigkeit erreichte den Gipfel, als man anfing, die gotischen Giebel mit Rokokoschnörkeln zu bedecken.

Die Musik befand sich im Zustande des Verfalls. Durch die Übertragung einer englischen Operette kam in Deutschland das Singspiel auf, das von Johann Adam Hiller gepflegt wurde. Er hatte schon ein klares Bewußtsein davon, daß in der Pflege des Singspiels „der naturgemäße Weg auch zu einem eigentümlichen Stil der großen heroischen Oper liege“.

II. Deutsches Geistesleben vom siebenjährigen Kriege bis zum Tode Friedrichs des Großen. Mit dem siebenjährigen Kriege trat ein gewaltiger Umschwung im geistigen Leben des Volks ein. Die kühne Heldengestalt Friedrichs lenkte die Begeisterung auf die unmittelbare Gegenwart. Nun brauchte der deutsche Dichter seine Idealgestalten nicht mehr in der fernsten Ferne der Zeiten und der Länder zu suchen: er sah vor sich, er durfte miterleben, was ganz Europa mit Bewunderung, ihn selbst mit freudig-stolzer Begeisterung erfüllte. Jetzt erhielt die deutsche Dichtung einen nationalen Gehalt, der es ihr ermöglichte, echt volkstümlich zu sein und zugleich den Forderungen des künstlerischen Idealismus gerecht zu werden. Ehe aber die Dichtung dieses Ziel völlig erreichte, feierten zunächst der theologische Rationalismus und die Popularphilosophie, welche die Ergebnisse der freien Wissenschaft in das Leben einführte, ihre Blütezeit.

Einführung des wissenschaftlichen Denkens ins deutsche Volk durch die Bestrebungen der Aufklärungsphilosophie und Moraltheologie. Im Anfang der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts regte sich in allen Gebildeten die Lust an selbständigem Prüfen und Durchdenken der überlieferten Glaubenslehre. Die hervorragendsten Führer der Nation in dieser Richtung waren Nicolai, Mendelssohn, Lessing, Kant. Durch sie sind die Segnungen des wissenschaftlichen Denkens Grundlage der allgemeinen Volkssitte und Denkart geworden. In diesem Einflusse auf das handelnde Leben liegt die geschichtliche Bedeutung der Popularphilosophie. Als eigentliche Gottesgelahrtheit galt ihr allein die Moral. Daher wandte sie sich mit Eifer auch dem Erziehungswesen und der Hebung der unteren Volksklassen zu. Um auf die Massen zu wirken, bediente man sich jetzt der Zeitschriften.

Der erste, der dies that, war der Schriftsteller und Buchhändler Christoph Friedrich Nicolai in Berlin (1733—1811).

Nachdem er anfangs die deutsche Dichtung seiner kritischen Thätigkeit unterzogen, wandte er sich durch die im Verein mit Mendelssohn gegründete „Allgemeine deutsche Bibliothek“ (1765) ausdrücklich der theologischen und philosophischen Aufklärung zu. Diese Zeitschrift, an der, außer Lessing, alle bedeutenden Männer dieser Litteraturepoche mitarbeiteten, war volle 40 Jahre lang die Trägerin und Vorkämpferin der Aufklärungsphilosophie und des theologischen Rationalismus und in dieser Zeit von unermeßlichem Einflusse.

Von größerer Tiefe und Klarheit als Nicolai ist sein Mitarbeiter Moses Mendelssohn (geb. 1729 in Dessau, gest. 1786 in Berlin). Ihm war es gegeben, die philosophischen Wahrheiten nicht bloß dem Verstande, sondern auch dem Gemüte eindringlich zu machen, wobei er die deutsche Sprache in einer bisher noch nicht dagewesenen Meisterschaft handhabte. Auch seine Thätigkeit gehörte zuerst der Kunst an. In der Abhandlung „Über die Hauptgrundsätze der schönen Künste und Wissenschaften“ spricht er den Gedanken aus, daß die bildenden Künste ihrer Natur nach nur auf sinnlich ausdrückbare Gegenstände beschränkt seien und der Maler und Bildhauer diese Gegenstände, weil er sie nur als ein einheitliches Nebeneinander darstellen könne, auch aus einem einzigen Gesichtspunkt betrachten und in dem für sie günstigsten Augenblick erfassen müsse. In diesem Gedanken liegt der Keim zu Lessings Laokoon. Am liebsten befaßte sich Mendelssohn mit psychologischen Untersuchungen, indem er die Empfindungen zergliederte. Angeregt von dem Buche des Engländers Burke: „Über das Erhabene und Schöne“ hat er der deutschen Wissenschaft zuerst jene epochemachende Einsicht zugeführt, „daß in ästhetischen Dingen immer und überall nur die reine zweck- und leidenschaftslose Beschaulichkeit walte, und daß lediglich in dieser reinen Beschaulichkeit der Unterschied des Begriffs und der Empfindung des Schönen von den verwandten Begriffen und Empfindungen des Wahren und Guten liege“. An diese Gedanken knüpfte Kant an und führte sie in seiner „Kritik der Urteilskraft“ systematisch durch. Eine unmittelbarere Wirkung auf seine Zeitgenossen übte Mendelssohn durch seine metaphysischen Schriften „Phädon“, „Morgenstunden“, „Jerusalem“, in denen er die Beweise für das Dasein Gottes und

die Ableitung des Sittengesetzes aus der Menschennatur tiefer zu begründen sucht. Damit bot er seinen Zeitgenossen, welche die Offenbarung aufgegeben hatten, aber sich doch vom französischen Materialismus nicht mit fortreißen lassen wollten, Halt und religiöse Erbauung. Wenn die deutsche Bildung des 18. Jahrhunderts dem französischen Materialismus gegenüber an dem Glauben an Gott und Unsterblichkeit festhielt, so ist dies hauptsächlich das Verdienst Mendelssohns.

An diese Bestrebungen schließen sich die der Moralisten (Eberhard, Schulz) an, die den Nachweis zu liefern sich bemühten, daß der Bruch mit der Offenbarungsreligion nicht zugleich ein Bruch mit den unabweisbaren Forderungen des sittlichen Lebens sei. Die Vorschriften der Religion seien in ihrer Wahrheit unerweisbar und durchaus subjektiv und individuell, die Moral dagegen leite ihre Vorschriften aus der Natur des Menschen ab und sei von allgemeiner Verbindlichkeit. Das Wesen der menschlichen Natur aber sei in der Tugend beschlossen, die dem Menschen die höchste Glückseligkeit biete (Garve, Steinbart). Die sicherste Bürgschaft edler Sittlichkeit aber sei echte Bildung. Diese im Volke zu verbreiten, ist der höchste Zweck der Aufklärungslitteratur. Die einflußreichste Zeitschrift dieser Richtung war die „Berliner Monatsschrift", 1783 von Gedike und Biester gegründet und bis 1811 fortgeführt. Sie war der Sammelpunkt beinahe aller Schriftsteller von Bedeutung in jener Zeit. Auch Immanuel Kant (1724—1804) ließ in derselben fast seine sämtlichen kleineren Abhandlungen erscheinen. Aber während die anderen Aufklärungsphilosophen in der gemeinnützigen Wirksamkeit für die Umgestaltung der allgemeinen Sitte und Denkart aufgingen, bildete Kant die Wissenschaft schöpferisch weiter. Er wies zunächst das Unhaltbare und Verderbliche der mathematischen Behandlungsweise Wolfs für die Philosophie nach, bekämpfte schon hier die Vernunfterkenntnis, welche die Grenzen der sinnlichen Erfahrung und Thatsächlichkeit überfliegt, und suchte vermittelst der Naturwissenschaft zur Erkenntnis Gottes zu gelangen. Mit diesen Gedanken stand er damals noch ganz vereinsamt in Deutschland.

Völlig losgelöst wurde die theologische Wissenschaft von der Religion durch Johann Salomo Semler (1725—1791). Die

Religion eines jeden sei der Inbegriff seiner Individualität, also entwickelungsfähig; die Theologie dagegen sei Dogma, daher ohne freies Wachstum, und habe ihren Ursprung nicht in der Religion, sondern in der Kirche. Das Haltlose dieses Standpunkts hat Lessing schlagend dargelegt. Aber indem Semler der Bibel gegenüber das Recht der eingehendsten Textkritik in Anspruch nahm, richtete sich die wissenschaftliche Schriftforschung, unbekümmert um die Lehre von der göttlichen Eingebung, fortan nur auf die Frage nach dem Alter, der Echtheit und der Glaubwürdigkeit der einzelnen Schriften.

Erziehungswesen. Man hatte in Deutschland ein lebendiges Gefühl dafür, daß, wenn die neue Bildung in die Denkart des Volks eindringen solle, mit derselben schon die Jugend vertraut gemacht werden müsse. Infolgedessen erfuhr das Schul- und Erziehungswesen jener Zeit eine völlige Umgestaltung. Den mächtigsten Anstoß zu derselben gab Basedow (1723—1790). Unterstützt von dem Fürsten Leopold Friedrich Franz von Dessau gründete er in Dessau eine Erziehungsanstalt, das „Philanthropinum" (1774), in welchem sowohl die Jugend in der neuen Bildung unterrichtet, als auch Lehrer zur Unterweisung in derselben herangebildet werden sollten. Da sich die religiöse Erziehung von jeder kirchlichen Ausschließlichkeit fernhielt, wurde nichts gelehrt als die Erkenntnis des Allvaters und seine Verehrung durch Rechtthun. Ziel und Ende dieser Religionslehre war werkthätige Menschenliebe (Philanthropie). Im Unterricht wurde aller Gedächtniskram verbannt und auf Anschauung gedrungen. Gleichzeitig sollte durch Abhärtung das verweichlichte Geschlecht wieder zur Einfachheit und Kraft des alten Naturzustandes zurückgeführt werden. Diese Bestrebungen fanden allseitige Anerkennung; an vielen Orten entstanden Anstalten gleicher Richtung: zu Marschlins in der Schweiz, Heidesheim in der Rheinpfalz, Schnepfenthal (gegründet von Salzmann).

Einer der bedeutendsten Förderer dieser Richtung war Joachim Heinrich Campe (1746—1818), der, außer durch seine Erziehungsanstalt zu Trittow bei Hamburg (1783), besonders als Kinderschriftsteller große Verdienste hat. Ebenso suchte Felix Weiße durch seine Zeitschrift „Kinderfreund" die neue Bildung in die

Familie zu tragen. Und weil auch der Bauer erfahren sollte, daß er allein durch Denkfertigkeit und Lebenstüchtigkeit zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen könne, schrieb Joh. Georg Schlosser 1771 seinen „Katechismus der Sittenlehre für das Landvolk". Gleichem Zwecke diente Pestalozzis „Lienhard und Gertrud". Für die Schuljugend des Volks war der treffliche „Kinderfreund" (1776) des preußischen Rittergutsbesitzers Fr. Eberhard von Rochow bestimmt, ein Buch, das fast volle drei Menschenalter hindurch reichen Segen in den Volksschulen gestiftet hat.

Eine bedeutende Unterstützung fand die Verbreitung der neuen Aufklärungsbildung durch den Freimaurerorden, dem in Norddeutschland die große Mehrzahl der Gebildeten angehörte. Zu gleichem Zweck entstand im katholischen Bayern der Illuminatenorden (gegründet 1776 vom Ingolstadter Professor Weishaupt). Bedeutung aber gewann dieser Orden erst, als er (durch Knigge) nach Norddeutschland verpflanzt wurde. Hier fing man an, auch politische Gesichtspunkte ins Auge zu fassen, wobei man die Glückseligkeit in die Verwirklichung des sogenannten Natur- und Vernunftrechts setzte. Schon vor der französischen Revolution schwärmte man in diesem Orden für allgemeine Freiheit und Gleichheit. Den lügnerischen Anklagen der Jesuiten gelang es, die Gerichte gegen den Illuminatenorden und seine Mitglieder in Thätigkeit zu setzen, so daß sich der Orden 1790 auflöste.

Erste Regungen freieren politischen Denkens. Während so der religiöse Gedanke, dem freilich von Religion nicht mehr viel anhaftete, das Volk in weiten Kreisen tief erregte, blieb das politische Denken noch ganz in der leidigen Gewohnheit einer mehr als hundertjährigen Knechtschaft gefesselt. Nur wenige hochgestellte Männer legten ein lebendiges Interesse für politische Dinge an den Tag, so Freih. Karl von Moser (1723—1798), der den damals kühnen Ausspruch that, daß der Beamte kein königlicher, sondern ein Staatsdiener sei, der die Verwilderung der Rechtspflege in den kleineren Staaten schonungslos bloßstellte und für die Deutschen das Recht freier Meinungsäußerung forderte. Um die Mitte der siebziger Jahre dringt das Bewußtsein in weitere

Kreise, daß der Staat nicht bloß Sache des Fürsten und der Minister, sondern vor allem des Volks sei.

Gleichzeitig kämpfte der Schweizer Historiker Isaak Iselin aus Basel (1728—1782) gegen die Gewaltthätigkeiten seiner heimischen Aristokratie und entwarf mit überraschender Sicherheit die Grundzüge der modernen Repräsentativdemokratie. Auf einen in der Kraft und Selbständigkeit des Volks wurzelnden, vom Volke selbst verwalteten Staat arbeitete Justus Möser (1720—1794) hin, der sich zugleich durch seine mustergültige Prosa („Patriotische Phantasieen" 1774) den besten Schriftstellern aller Zeiten anreiht.

Unter dem Einflusse der großen Ereignisse, die sich in der wirklichen Welt abspielten, nahm die Geschichtsschreibung einen hohen Aufschwung. Sie fängt an, nicht mehr bloße Regentengeschichte zu sein, sondern eine Geschichte der Zustände, der inneren Entwickelung, der lebendigen Wechselwirkung von Politik, Gesellschaft, Sitte und Bildung zu werden. Der erste, der politischen Geist in die Geschichte brachte, ist Freih. von Spittler (1752—1810). — Leider drängte sich in die Geschichtsschreibung das die Zeit beherrschende moralische Glückseligkeitsideal ein und führte zu einer Abart der Geschichte, die sich unter dem Namen „Philosophie der Geschichte" bis in die neuere Philosophie fortzieht.

Umschwung im Kunstgeschmack durch den Hinweis auf das griechische Schönheitsideal. Alles, was diese Zeit an Darstellungen der politischen Geschichte hervorbrachte, wurde weit übertroffen durch das, was in ihr auf dem Gebiet der Kunstgeschichte von Winckelmann (1717—1768) geleistet wurde. Er war es, der in einer Zeit, die noch ganz von der Finsternis des französischen Rokokogeschmacks bedeckt war, mit erleuchtetem Auge die ewige Schönheit der griechischen Kunst erschaute und es kühn aussprach, daß „der einzige Weg, groß, ja wenn möglich unnachahmlich zu werden, die Nachahmung der Alten sei". Ihm ist die Erkenntnis des wahren Wesens der griechischen Kunst („edle Einfalt und stille Größe") sowie der Merkmale der geschichtlichen Stilarten zu danken. Die Summe seiner Erkenntnis ist niedergelegt in seiner „Geschichte der Kunst des Altertums", einem bis auf diesen Tag unübertroffenen Werke, in dem er sich zugleich als ein Meister

der sprachlichen Darstellung bewährt. Winckelmann gab dem Zopfstil den Todesstoß und brachte in das verwilderte Kunstleben der Zeit wieder lebendiges Stilgefühl. Die große Kunstrevolution Carstens, Thorwaldsens und Schinkels, die klassisch maßvolle, hohe und heitere Dichtung Schillers und Goethes ist unmittelbar von Winckelmann abzuleiten. Aber die Zeitgenossen waren nicht imstande, sich die durch ihn gewonnene Erkenntnis des Wesens des Schönen in seiner ganzen Tiefe und seinem vollen Umfang zu eigen zu machen.

Opposition in der Dichtung gegen die Klopstockſche Überschwänglichkeit. Auch in der Dichtung ging das Vorbild Klopstocks in seinem wahren Wesen unbegriffen an den Zeitgenossen vorüber, die sich, ohne Geist und ohne Begeisterung, teils in der horazisch-antikisierenden (wie Ramler), teils in der christlich-seraphischen oder in der bardischen Odendichtung Klopstocks übten.

Nur einige Lieder von Kaspar Lavater haben sich durch ihre Frische und Kernhaftigkeit als echte Volkslieder bis auf den heutigen Tag bewährt.

Aus dem Widerstande gegen die ganz und gar in religiösen und mythologischen Vorstellungen und Gedanken befangene Dichtung Klopstocks ging Christoph Martin Wieland (1733—1813) hervor, dessen Stellung in der Litteratur darin begründet ist, daß er jene Schranke sittlich sowohl wie dichterisch durchbrach. Denn gegenüber der wesenlosen seraphischen Dichtung suchte er die Natur und Sinnlichkeit wieder in ihre Rechte einzusetzen. Er wählte dazu den Roman und wurde dadurch der Schöpfer des neuen deutschen Romans, der nicht bei der niedrigsten stofflichen Spannung stehen bleibt, sondern sich zur Darstellung innerer Bildungskämpfe, tieferen Seelenlebens erhebt. Später gab er der deutschen Dichtung das romantische Epos und verhalf dem Reim wieder zu seinem Recht.

Völlige Befreiung der deutschen Dichtkunst aus den Banden des französischen Klassizismus. Wie die Anschauung der Schönheitswelt der griechischen Plastik den deutschen Geist von dem Ungeschmack des französischen Rokoko befreite, so führte bald darauf die Vertiefung in die griechische Dichtung und Kunsttheorie zur Befreiung der deutschen Dichtung aus den Banden des französischen

Regelzwangs. Der Mann, dem diese That gelang, war **Gotthold Ephraim Lessing** (1729—1781). Er erreichte sein Ziel auf doppeltem Wege: einmal durch wissenschaftliche Prüfung und kritische Vernichtung alles Falschen, Unechten und Unwahren in der tragischen Dichtung, sodann durch die Schöpfung klassischer Werke, in denen die als richtig erkannten Grundsätze mit Geschick und zum Teil in mustergültiger Weise zur praktischen Anwendung gelangten. Das klassische Werk der ersten Richtung ist die „hamburgische Dramaturgie" (1767—69), in welcher Lessing den Kampf gegen die Starrheit der französischen Bühnensatzungen siegreich zu Ende führte. Das Geschütz, das er in diesem Vernichtungskampfe aufführte, entnahm er der Kunsttheorie (Poetik) des griechischen Philosophen Aristoteles. Die Vorbilder, die er den Werken der Franzosen gegenüberstellte, waren Sophokles (497—406 vor Christi Geb.) und Shakespeare (1564—1616). Indem er nachwies, daß die Franzosen, die sich immer auf Aristoteles beriefen, diesen Philosophen gar nicht verstanden haben, stürzte er die französische Muse von ihrer angemaßten und eingebildeten Höhe herab. Aber als er durch seine eigenen dramatischen Schöpfungen nachgewiesen, daß es wohl möglich ist, die höchsten und idealsten Kunstforderungen zu erfüllen, ohne sich vom nationalen Boden zu entfernen, drang das Bewußtsein überall durch, daß von jetzt an mit den Überlieferungen der französischen Bühne für immer gebrochen sei. Von seinen dramatischen Werken ist das vorzüglichste „Minna von Barnhelm" (gedichtet 1764, erschienen 1767), „die wahrste Ausgeburt des siebenjährigen Kriegs von spezifisch norddeutschem Gehalt". Auch in der hamburgischen Dramaturgie drückt sich die stolze Stimmung einer Zeit aus, die den Übermut der Franzosen soeben politisch und militärisch gedemütigt hatte.

Klärend wirkte der kritische Scharfblick Lessings durch seine geistvollen Untersuchungen im „Laokoon" auch auf die Erkenntnis der den einzelnen Kunstarten durch die Natur ihres Darstellungsmaterials gesteckten Grenzen. Damit machte er dem Hange der Dichtkunst zur beschreibenden Malerei, die durch Haller und Brockes, Kleist und Geßner zur Herrschaft gekommen war, wie auch dem Hange der bildenden Kunst zur Allegorie ein Ende.

Die letzten Lebensjahre Lessings sind erfüllt von dem Kampfe mit der kirchlichen Orthodoxie, deren Angriffe er sich durch die Herausgabe der „Fragmente eines Unbekannten", d. h. des Hamburger Arztes Reimarus (s. S. 261), zugezogen hatte. Lessing nahm dabei eine vermittelnde, durchaus selbständige Stellung ein, die ihn den Theologen als einen Freigeist, den Freigeistern als einen Theologen erscheinen ließ. Die poetische Frucht dieser Streitigkeiten ist „Nathan der Weise", in welchem Lessing darthun wollte, daß die wahre Religion nicht im Bekennen des kirchlichen Lehrbegriffs und in der mechanischen Religionsübung, sondern in der sittlichen Kraft, der Lauterkeit der Gesinnung, der werkthätigen Liebe bestehe. Kurz vor seinem Ende schrieb er die „Erziehung des Menschengeschlechts" (1781). Er glaubte, auf dem Wege ruhiger und stetiger Bildung den Menschen durch die Vernunft zur Tugend, durch die Tugend zur Freiheit und Gleichheit führen zu können. Denn die Arbeit aller Geschichte bestehe nur darin, sich dem „Ideal der allgemeinen Menschen- und Völkerverbrüderung durch die Verwirklichung des Evangeliums der reinen und freien Humanität mehr und mehr anzunähern".

Malerei und Musik. Mit weniger glücklichem Erfolge als die Dichtung strebte die Malerei nach der Verbindung künstlerischer Idealität mit volkstümlichem Ausdruck. Die Werke von Rafael Mengs (1728—1779), deren Komposition von den Gesetzen der strengen griechischen Plastik und deren Ausführung von der italienischen Renaissancekunst beherrscht ist, lassen Leben und Empfindung allzusehr vermissen. Dagegen fand das Volkstümliche einen ganz vortrefflichen Ausdruck in den Zeichnungen von Daniel Nikolaus Chodowiecki (1726—1801), der mit einem unvergleichlichen Blick für das Malerische eine unbefangene Freude am Wirklichen an den Tag legt und seinen Griffel mit Geist führt.

Allen Künsten voran schritt auch in dieser Periode die Musik. Indem Ritter von Gluck (1714—1787) den Stil des musikalischen Dramas schuf, befreite er die deutsche Oper von der schnörkelhaften, effekthaschenden Entartung des italienischen Operngesangs, dem alle dramatische Charakteristik fehlte. Daneben erfuhr das Singspiel eine kräftige Fortbildung, indem sowohl der schon früher genannte Hiller, als auch Schenk in seinem „Dorf-

barbier", Kauer in seinem „Donauweibchen" sangreiche, echt volkstümliche Operetten schufen. Gleichzeitig wurde Joseph Haydn (1732—1809) der Schöpfer der neuen Instrumentalmusik. Von ihm wurde das Ideal der gesamten Kunstrichtung der Zeit: innigste Verbindung und Durchdringung des Künstlerischen und Volkstümlichen, in vollster Mustergültigkeit erreicht.

Denkart, Sitte und Bildung. Als Friedrich II. am Ende seiner Tage stand, soll er ein lebhaftes Gefühl davon gehabt und eine darauf bezügliche Äußerung gethan haben, daß das altfränkische, pedantische, aber kernhafte Geschlecht, das ihm sein Vater Friedrich Wilhelm I. hinterlassen, nicht mehr vorhanden war. In der That war die Aussaat voltaireschen Geistes und welscher Bildung zunächst in Berlin üppig aufgegangen. Hier hatten die Franzosen lange genug den Ton angegeben; durch ihr Beispiel war Leichtfertigkeit und lockere Sitte an die Stelle der altväterischen Zucht, Genußsucht an die Stelle der Nüchternheit, in der Preußen groß geworden war, getreten. Gerade in der Hauptstadt des preußischen Staats, dem Sammelpunkte der Aufklärungspropheten, soll die Sittenverderbnis und Frivolität sehr weit vorgeschritten gewesen sein. Lessing schreibt 1769 an den Buchhändler Nicolai: „In dem französierten Berlin reduziert sich die Freiheit zu denken und zu schreiben auf die Freiheit, gegen die Religion so viel Sottisen zu Markte zu bringen, als man will", und der englische Gesandte Malmesbury bemerkt 1772 über die gesellschaftlichen Zustände in Berlin: „Eine totale Sittenverderbnis beherrscht beide Geschlechter aller Klassen". Von dieser Seite betrachtet zeigt sich die Aufklärung mit ihrer Verdünnung und Verflüchtigung des religiösen Gedankens nicht imstande, den sinnlichen Trieben des wieder zu Wohlstand und zum Vollgefühl körperlicher Kraft gelangten Geschlechts ein Maß zu setzen und eine Richtung auf das Edle zu geben. Denn wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß durch die Aufklärung bei erleuchteten Männern und Frauen ein Geist heller Verständigkeit, ein wohlthuender Zug der Menschenfreundlichkeit und Milde der Gesinnung heimisch wurde, so machte es dieselbe Aufklärung doch möglich, daß ein Berliner Prediger in seinen „Fragmenten zur Begründung einer besseren Zukunft" die chinesische Sitte, einen Teil der neugeborenen

Kinder ins Wasser zu werfen, als eine „das Heiraten erleichternde“ verteidigte, und daß der Berliner Superintendent Teller die Frage einiger jüdischer Hausväter, ob sie wohl bürgerlicher Vorteile halber in die christliche Kirche aufgenommen werden könnten, ohne an die christliche Lehre zu glauben, mit Ja beantwortete; denn wenn sie nur zugeständen, daß Jesus der Stifter einer besseren Religion als die jüdische sei, so hätten sie schon den Inbegriff des Christentums.

Das Vorbild der Hauptstadt machte seine Wirkungen bald ins Land hinein fühlbar. Wohl bethätigten hier noch die unteren Kreise, die Bauern auf dem flachen Lande, die Weber und Spitzenklöppler im Gebirge, ihre religiöse Gesinnung durch regelmäßigen Kirchenbesuch, oftmaligen Genuß des Abendmahls, Bibellesen und Hausandacht; aber auch bei ihnen begann das Christliche in allgemeiner bürgerlicher Ehrbarkeit und Rechtlichkeit zu verschwimmen.

Hatte somit der religiöse Gedanke, der einst das deutsche Volk zur höchsten Höhe nationaler Entwickelung erhoben, für diese Zeit seine Kraft verloren, so war anderseits der politische Gedanke noch nicht zur Wirksamkeit gelangt. Der deutsche Mensch der sechziger und siebziger Jahre dieses Jahrhunderts ist reiner Privatmensch; er steht dem Lauf der öffentlichen Dinge noch gleichgültig und verständnislos gegenüber, und zumal für die Notwendigkeit deutscher Einheit hatte er nicht das mindeste Gefühl. Mehr als je sonnte sich jeder einzelne Staat in der Herrlichkeit seiner eigenen Macht und Größe, mehr als je war der Österreicher nur Österreicher, der Preuße nur Preuße, der Bayer nur Bayer, der Sachse nur Sachse, der reichsstädtische Bopfinger nur Bopfinger u. s. w.

Wo aber der Mensch nicht durch die Teilnahme am lebendigen Zusammenhang des Ganzen über sich selbst hinausgehoben wird, da verkümmert auch das häusliche und gesellschaftliche Leben. Die Steifheit und Unfreiheit im geselligen Leben der vorhergehenden Periode ist, wenn auch gemildert, so doch noch nicht verschwunden; noch immer herrscht Unnatur, eitle Empfindelei und Selbstüberhebung. Noch haben die Kinder im Verkehr mit den Eltern die Naturlaute anschmiegender Kindesliebe nicht gefunden. Wohl

schwand durch Basedows Reformen manche Härte in Schule und Haus, und die dem Geiste angeborene Anlage konnte sich freier entfalten. Aber das Geschlecht, das mit der neuen Moral erzogen wurde, erwies sich als aller wahren Empfindung bar, als gemütlos, reflektierend und nur auf die gewöhnlichste Nützlichkeit bedacht.

Aber etwas gehobener und freier fühlte sich das Geschlecht jener Tage immerhin. Das war die Folge und der Segen der neuen gelehrten Bildung dieser Zeit. Durch sie wurde der Unterschied der Stände, zunächst wenigstens innerlich, wesentlich verringert. Der niedere Adel lebte im ganzen dem Genusse seiner Güter. Doch gab es bereits nicht wenige unter ihm, welche die Beamtenlaufbahn ergriffen und sich mit den Idealen der modernen Bildung erfüllten. Diese neue Bildung aber war ganz das Werk des Bürgertums, bei dem schon damals „der beste Teil der nationalen Kraft zu finden" war. Alle Gelehrten, die den ungeheuren geistigen Aufschwung dieser Zeit bewirkt haben, waren bürgerlicher Abkunft. Zu dem oben angegebenen Mittel der Zeitschriften, durch welche die gelehrte Bildung in weitere Kreise getragen wurde, kamen die höheren Schulen hinzu, in denen jetzt die Altertumsstudien in anderer Weise betrieben wurden als früher. Seitdem der Sinn der Lehrer für die Gesetzmäßigkeit geschichtlicher Entwickelung geweckt, ihr Auge für die Schönheit der antiken Kunstwelt geklärt war, beschränkte sich der Unterricht nicht mehr auf die Vermittelung rohen Gedächtnisstoffes; jetzt wurden die Schüler angehalten, selbst zu suchen, selbst zu finden. Weckung des Selbstthätigkeitstriebs, Erziehung zur Selbstthätigkeit war der letzte Zweck des Unterrichts. Dieser Segen der Schule wurde allen bemerkbar. „Mit Verwunderung bemerkte der Kaufmann und Industrielle, wie seine Söhne unter der Beschäftigung mit lateinischer und griechischer Grammatik eine Schärfe und Präzision im Denken und Sprechen erhielten, die selten andere Thätigkeit dem heranwachsenden Manne gewährt." In dieser aus der Beschäftigung mit der Altertumswissenschaft geschöpften Bildung des deutschen Mittelstands liegt das „Geheimnis der unsichtbaren Herrschaft, welche das gebildete Bürgertum seit dieser Zeit über das nationale Leben ausgeübt hat".

Kap. 12. Die Zeit des Niedergangs des preußischen Staats unter Friedrich Wilhelm II. 1786—1797.

Friedrich Wilhelms II. Person und Charakter. Innere Verhältnisse. Bei der Kinderlosigkeit Friedrichs des Großen wurde der Erbe des Throns sein Neffe, Friedrich Wilhelm, ein Sohn des Prinzen August Wilhelm. Kaum ist irgend einmal ein Fürst bei seiner Thronbesteigung von seinen Unterthanen mit solchem Jubel begrüßt worden als Friedrich Wilhelm II. Nicht nur daß seine ritterliche Erscheinung und sein freundliches Wohlwollen aller Herzen für ihn einnahmen und ihm der Ruf eines Mannes von gesundem Urteil, klaren Begriffen und gerechter Gesinnung zur Seite ging — vor allem hoffte man durch ihn aus der zwangsvollen, drückenden Lage befreit zu werden, in der sich das preußische Volk unter der eisernen Hand des großen Königs befand. So hatte Friedrich Wilhelm das Glück, seine Regierung mit der Abstellung einer Reihe von Übelständen, die zuletzt als eine unerträgliche Last empfunden worden waren, beginnen zu können. Die verhaßte Regie wurde ohne Verzug abgeschafft und eine neue Verwaltungseinrichtung getroffen. Wie sich der Schleichhandel beseitigen lasse, war der Gegenstand unausgesetzter Beratung der Beamten. Die Unabhängigkeit der Behörden voneinander, wie sie sich infolge der unmittelbaren Leitung der Geschäfte durch Friedrich II. ausgebildet hatte, wurde aufgehoben und eine Art von Kollegialsystem hergestellt. Für das Heerwesen wurde ein Kriegsdirektorium geschaffen. Die Mißbräuche bei den Soldatenanwerbungen und die harte Behandlung des gemeinen Soldaten wurden strenge gerügt. Für den Jugendunterricht wurde ein eigenes Landeskollegium errichtet und demselben eine erhebliche Geldsumme angewiesen. Auch ließ der König erklären, er hasse allen Gewissenszwang, werde aber nicht dulden, daß man dem Volke die Bibel verächtlich mache.

Das waren verheißungsvolle Anfänge und besonders diejenigen, die von der teilweisen Hohlheit und Flachheit des Aufklärungsideals angewidert sich nach der Wiederbelebung der biblischen Wahrheit sehnten, wurden freudig berührt. Die Enttäuschung folgte bald. Denn das Leben des Königs stand in einem wichtigen Punkte im schroffsten Gegensatz zur Forderung der Schrift.

Sinnliche Gelüste, die seine Natur beherrschten, hatten ihn in Liebeshändel und sehr anstößige Verhältnisse verstrickt. Er hat sich davon sein ganzes Leben nicht losmachen können. Im Sinnengenusse aber erschlaffte seine Willenskraft und Arbeitsenergie, und er geriet in die Hände mystischer Schwärmer, selbstsüchtiger Günstlinge und intriganter Weiber, welche die wohlwollende Natur des Königs und seine zur Verschwendung neigende Freigebigkeit schamlos ausbeuteten. So fand das Vorbild der Maitressenwirtschaft und Verschwendungssucht Ludwigs XIV. am preußischen Hofe noch ein verspätetes Nachspiel.

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Bald stellte sich heraus, daß die so freudig begrüßten Reformen mehr geeignet waren, das festgefügte Verwaltungssystem zu lockern als zu bessern. Dazu kam, daß manche gute neue Einrichtung über den Anfang nicht hinauskam. Ebenso war es von übelster Wirkung, daß Friedrich Wilhelm unter dem Einflusse zweier intriganter frömmelnder Höflinge, des Majors von Bischoffswerder und des Finanzrats von Wöllner, ein Religionsedikt ausgehen ließ (Juli 1788), das alle, die in ihrer Predigt vom kirchlichen Lehrbegriff abweichen würden, mit Absetzung oder noch strengeren Strafen bedrohte. Also alle Geistlichen, die in der Aufklärungsphilosophie und dem theologischen Rationalismus großgezogen worden waren, sollten ohne allen Übergang, wenn auch nicht persönlich ihre Überzeugung umwandeln, so doch in ihrem öffentlichen Auftreten nur streng rechtgläubig sich äußern. Das war ohne Heuchelei nicht möglich. Daher erhob sich lauter Unwille gegen solchen Bekenntniszwang. Um diese Stimmen schweigen zu machen, erging das Censuredikt (1788), das die Freiheit der Presse beseitigte und die Censur (auch wissenschaftlicher Werke) wieder einführte.

Der König selbst hatte den Willen, dem Staate seine Machtstellung zu erhalten, und die günstige innere Lage Preußens, der gesicherte Friede, die Zahl und Tüchtigkeit der Armee, die Höhe des Staatsschatzes (210 Millionen Mark), das Ansehen, welches die Monarchie Friedrichs des Großen in der Welt genoß, kam ihm aufs beste zu statten. Er war zu einer Verständigung mit Österreich geneigt und äußerte sich in diesem Sinne in dem Schreiben, das er bei seiner Thronbesteigung an Kaiser Joseph

richtete. Doch konnte er sich eines gewissen Mißtrauens gegen Österreich nicht erwehren und fürchtete, daß dieses die Auflösung des Fürstenbundes im Schilde führe, für dessen Zustandekommen Friedrich Wilhelm seinerzeit das größte Interesse an den Tag gelegt hatte.

Der Feldzug in Holland. Die Richtung, welche die äußere Politik Preußens nahm, wurde zunächst durch die Verhältnisse in Holland bestimmt.

Dort war der Erbstatthalter Wilhelm wegen der ihm zustehenden Regentenbefugnisse mit den Ständen in Streit geraten, der zu einer bewaffneten Erhebung der Holländer gegen den Statthalter und zu dessen Absetzung führte (Sept. 1786). Von dem Erbstatthalter, seinem Schwager, um Hülfe gebeten war Friedrich Wilhelm anfangs einer Einmischung abgeneigt, als aber der Streit sich verschärfte und die aufständischen Provinzen der Erbstatthalterin dadurch eine Unbill anthaten, daß sie ihr die Reise nach dem Haag verwehrten, empfand dies Friedrich Wilhelm als eine persönliche Beleidigung, forderte Genugthuung und ließ, als diese verweigert wurde, Truppen von Cleve aus in Holland einrücken, die den Aufstand dämpften, so daß der Erbstatthalter wieder in seine volle Regierungsgewalt eingesetzt wurde.

Damit war die Bahn der Politik, die Friedrich der Große seit 1763 innegehalten hatte, verlassen. Zwar gewann Preußen durch seine politisch-militärischen Erfolge ein schiedsrichterliches Ansehen in Europa. Aber es war ein Unglück, daß durch den leicht gewonnenen Sieg das preußische Volk sich im Bewußtsein seiner militärischen Unüberwindlichkeit bestärken ließ.

Bund des Papstes mit der Fürstenunion. Während dieses Streits sah Preußen seine Machtstellung auch im deutschen Reiche und bei der höchsten geistlichen Gewalt anerkannt.

Kurfürst Karl Theodor von Pfalz-Bayern hatte, in der Absicht, seine alten und neuen Gebiete von der Jurisdiktion der Erzbischöfe frei zu machen, den Papst um die Einsetzung eines Nuntius gebeten, bei dem künftig alle Dispensationen und sonstigen geistlichen Verwilligungen, die früher die Erzbischöfe erteilt hatten, eingeholt werden sollten. In der That zog der Nuntius Cäsar Zoglio die gesamte geistliche Gerichtsbarkeit an sich. Daher

ließen die Erzbischöfe (von Mainz, Trier, Köln und Salzburg) ihre Gesandten in Ems zu einem Kongreß zusammentreten und vereinigten sich zu einer Beschwerde, der Emser Punktation (25. Aug. 1786), worin sie erklärten, daß sie den Papst zwar als Primas der Kirche ehren wollten, aber nur im Sinne der alten Kirche, daß sie aber die aus den pseudo-isidorischen Dekretalen geflossenen Ansprüche und angeblichen Rechte des päpstlichen Stuhls nicht anerkennen könnten; sodann verlangten sie, daß die Pfründen nur mit Deutschen besetzt würden, protestierten ferner gegen jede Beeinträchtigung ihrer Jurisdiktion und Dispensationsgewalt und beantragten endlich die Berufung eines Konzils durch den Kaiser, um die so notwendige Verbesserung des Kirchenwesens herbeizuführen. Diese kirchenpolitische Vereinbarung, die den Zweck hatte, die Selbständigkeit der Nationalkirche gegenüber dem päpstlichen Stuhle herzustellen und zu wahren, war an sich ganz im Sinne der Politik Josephs II. Gleichwohl versagte sich dieser, auf Kaunitz' Vorstellungen, den Wünschen und Bestrebungen der geistlichen Fürsten, und deshalb sahen sich diese auf die Stütze hingewiesen, die ihnen Preußen bot. Aber gerade das Eingreifen Friedrich Wilhelms II. verdarb die beabsichtigte nationale Entwickelung der katholischen Kirche in Deutschland. Friedrich Wilhelm ließ sich wie seinerzeit das Zustandekommen so jetzt die Erhaltung und Stärkung des Fürstenbundes in hohem Grade angelegen sein. Nun wurde damals der Kurfürst von Mainz von lebensgefährlicher Krankheit ergriffen. Da aber im Falle seines Todes die Gefahr vorhanden war, daß das Kapitel einen Domherrn der österreichischen Partei wählen möchte, suchte Friedrich Wilhelm die Wahl eines Koadjutors, für den er den kurfürstlich-mainzischen Statthalter in Erfurt, Karl von Dalberg, einen Anhänger des Fürstenbundes, ausersehen hatte, durchzusetzen. Es gelang ihm auch, den Kurfürsten für die Wahl Dalbergs zu gewinnen. Die Bestätigung des Papstes Pius VI. aber war nur dadurch zu erreichen, daß der Kurfürst von Mainz von der Emser Punktation zurücktrat, wogegen der Papst die Versicherung gab, daß die erzbischöflichen Rechte von Mainz in der Rheinpfalz unverändert erhalten bleiben sollten. Zugleich soll der Papst dem neuen Koadjutor das Festhalten an der Union deutscher Fürsten

ausdrücklich zur Bedingung gemacht haben. Denn die päpstliche Politik ging dahin, den Übergriffen des Kaisers durch ein gutes Verhältnis zum Fürstenbunde entgegenzutreten: Papsttum und Protestantismus erschienen verbunden.

Reichsreformprojekt im Fürstenbunde. Unter dem Eindruck der Anerkennung, die dem Fürstenbunde päpstlicherseits zu teil geworden war, faßte der Kurfürst von Mainz weitaussehende Entwürfe zur Festigung und Erhöhung der Wirksamkeit desselben. Er beabsichtigte durch die Berufung eines Kongresses, an dem auch die minder mächtigen Mitglieder teilnehmen könnten, dem Bunde eine entscheidende Einwirkung in Reichsangelegenheiten zu verschaffen. Aber sofort stellte sich die Schwierigkeit des Unternehmens heraus. Denn ein Kongreß sämtlicher Bundesmitglieder, meinte Herzog Karl August von Weimar, würde den Charakter eines Gegenreichstags tragen; es genüge der schriftliche Meinungsaustausch der benachbarten Fürsten über die am Reichstage zu stellenden Anträge. Diese solle dann der Kurfürst von Mainz in seiner Eigenschaft als Direktor des Reichstags bei demselben einbringen. Auch über den Gegenstand, auf den sich die Reformthätigkeit des Bundes erstrecken solle, war man nicht einig. Der Kurfürst von Mainz meinte, man müsse zuvörderst auf Visitation der Reichsgerichte dringen; der Herzog dagegen war der Ansicht, ein allgemeines deutsches Gesetzbuch für Civil- und Kriminalrecht, überhaupt eine durchgreifende Verbesserung der Rechtspflege ginge vor. Das Resultat der mit Preußen, Hannover und Sachsen darüber gepflogenen Verhandlungen war, daß es — beim alten blieb. Die allgemeinen Angelegenheiten mußten nach wie vor in den bisherigen Formen am Reichstage zu Regensburg verhandelt werden.

Immerhin trug das Zusammenwirken der drei weltlichen Kurfürsten mit dem mainzischen zur Belebung des Reichstags wesentlich bei. Als der kurmainzische Direktorialbevollmächtigte die Frage über die Einrichtung der kammergerichtlichen Senate auf dem Reichstage zur Sprache brachte, kam es nach langer Zeit zu allseitigem Erstaunen wieder zu einem gemeinschaftlichen Beschluß der drei Reichskollegien.

Daran mochte sich die Hoffnung knüpfen, der Reichstag werde unter der Anregung des Fürstenbundes doch noch in sich die Kraft

zu einer zeitgemäßen Reform der Reichsverfassung finden. Aber die Verhältnisse der äußeren Politik, in deren Kreise sich die preußische Diplomatie immer mehr hineinziehen ließ, und vor allem der alsbald von Frankreich ausgehende Stoß auf die bestehenden Verhältnisse Europas machte diese Hoffnung schnell zu nichte.

Die Reformthätigkeit Kaiser Josephs II. in Belgien und ihre Folgen. Indem Joseph die absolute Gewalt des Staats im ganzen Umkreis seiner Länder zur Geltung bringen wollte, unternahm er es, dieselbe auch auf Belgien auszudehnen und hier in der Kirche, der Justiz und der Verwaltung durchzuführen. Daß er damit das brabantische Grundgesetz verletzte, dessen Beobachtung seitens der Krone die Voraussetzung der Pflicht des Gehorsams seitens der belgischen Unterthanen war, kümmerte ihn wenig; etwaigen Widerstands gedachte er leicht Herr zu werden. Schon war es ihm gelungen, und zwar im Einverständnis mit dem Rat von Brabant, die Klöster aufzuheben. 1786 folgte die Aufhebung der bischöflichen Seminare, an deren Stelle er Generalseminare setzte, in denen die Geistlichkeit unter der Aufsicht des Staats für ihren Beruf vorgebildet werden sollte; die Vorbereitung in diesen Generalseminaren war die Bedingung des Eintritts in den belgischen Klerus. Dieser kirchlichen Reform ging die Umgestaltung der Gerichtsverfassung zur Seite. Alle besonderen Gerichtsbarkeiten, klerikale, städtische und herrschaftliche, wurden abgeschafft und eine höchste Behörde, eine Art Justizministerium, eingesetzt. Endlich wurde das Land in neun Intendanturbezirke geteilt, innerhalb deren die kaiserlichen Beamten die ganze Verwaltung und Erhebung der Auflagen zu besorgen hatten. Damit war das Steuerbewilligungsrecht der Stände aufgehoben.

Diese Neuerungen riefen einen lebhaften Widerstand im ganzen Lande hervor, so daß am 19. April 1786 die Stände erklärten, die Steuern so lange zu verweigern, bis diesen Gewaltsamkeiten ein Ende gemacht sei. Um die Erregung des Volks zu beschwichtigen, versprach die Statthalterin Marie Christine, des Kaisers Schwester, die Edikte des Kaisers aufzuheben.

Der Kaiser befand sich damals gerade in der Krim, wohin ihn die Kaiserin Katharina von Rußland zu einer persönlichen Besprechung geladen hatte. Jetzt kehrte er schnell zurück und

sandte einen General, den Grafen Murray, als Generalgouverneur mit ausgedehnten Vollmachten zur gewaltsamen Niederwerfung jedes Widerstands nach den Niederlanden. Die Stände aber schickten eine Deputation an den Kaiser und ließen ihn um Zurücknahme seiner Edikte und künftige Vermeidung jeder Verfassungsverletzung bitten. Joseph war nicht im entferntesten geneigt, darauf einzugehen. „Im Bunde mit Rußland auf der einen Seite, auf der andern mit den liberalen Ideen in monarchischer Form, gestützt auf Waffengewalt nach außen und das Prinzip der souveränen Autorität nach innen hielt Kaiser Joseph alle Ziele seines Ehrgeizes für erreichbar.“ Um aber den Bund mit Rußland zu befestigen, entschloß er sich jetzt, am russisch-türkischen Kriege, der soeben ausbrach, sich zu beteiligen, erklärte der Pforte im Febuar 1788 den Krieg und erschien bereits im nächsten Monat im Felde. Er zählte auf den sofortigen Beistand der Russen, sah sich aber darin getäuscht, da deren Kriegsmaterial in völlig ungenügender Beschaffenheit war; dadurch geriet die österreichische Armee in nicht geringe Verlegenheit. Als dann der Kaiser allein zum Angriff auf Belgrad schreiten wollte, mißbilligten die Offiziere mit unwiderleglichen Gründen das Unternehmen, und der Kaiser mußte sich fügen. Er war tief niedergeschlagen. Im Vertrauen auf seine Allianz mit Rußland hatte er geglaubt, alle seine hohen Entwürfe ausführen zu können, — da versagte ihm bei der ersten Unternehmung seine Armee. Er war entschlossen, sich jetzt nur auf die Verteidigung seiner Grenzen zu beschränken; aber der türkische Großvezier durchbrach den Cordon, und das kaiserliche Heer mußte sich in fluchtähnlicher Unordnung zurückziehen (September 1788).

Bündnis zwischen Preußen und England. Europäische Stellung Friedrich Wilhelms II. Die enge Verbindung zwischen beiden Kaiserhöfen hatte die Annäherung Englands und Preußens zur Folge, und diese führte zum Abschluß eines Vertrags (zu Berlin, 13. August 1788), durch den sich beide Mächte zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit der Niederlande und der von ihnen garantierten Verfassung, zu gegenseitiger Hülfeleistung, wenn sie deshalb angegriffen würden, und zur Gewährleistung ihrer gegenwärtigen Besitzungen verpflichteten.

Durch dieses Bündnis wich Preußen aufs neue von der Politik Friedrichs II. ab und wurde mehr als bisher in die Wechselfälle der europäischen Politik hineingezogen, gewann aber andererseits auch eine angesehenere Stellung unter den Mächten. Die Gegner der beiden Kaiserhöfe im Norden und Süden Europas, Schweden und Polen, Italien und die Türkei, sahen im Könige von Preußen ihren Beschützer und schlossen sich ihm an. Im Bunde mit ihm hoffte König Gustav III. von Schweden die Selbständigkeit seiner Krone nach innen und außen zu behaupten, Polen seine Unabhängigkeit und wenigstens die Stellung einer Mittelmacht zu gewinnen, die Türkei ihre Integrität zu wahren, ja vielleicht den Islam in seiner alten Herrlichkeit wiederherzustellen.

Damals wurde die auswärtige Politik Preußens von Hertzberg geleitet, einem der bedeutendsten preußischen Staatsmänner, der bei der Gründung des Fürstenbundes in hervorragender Weise thätig und durch und durch von patriotischem Geiste beseelt war. Dieser faßte den Gedanken ins Auge, das Gewicht Preußens durch einen territorialen Zuwachs zu erhöhen: er meinte, wenn Österreich bei dem schließlichen Frieden mit der Türkei von dieser eine ansehnliche Gebietsabtretung erhalte, könne es dafür Galizien an Polen zurückgeben und dieses seinerseits Thorn und Danzig an Preußen überlassen. Inzwischen wurde der orientalische Krieg nach der Thronbesteigung des Sultans Selim III. (April 1789) mit neuem Eifer fortgesetzt, nahm aber einen für die Türken ungünstigen Verlauf, indem das Heer des Großveziers am Rimnik völlig auseinandergesprengt wurde und Belgrad den Österreichern (8. Oktober) in die Hände fiel.

Lossagung Belgiens von der österreichischen Herrschaft. Tod Josephs II. Es war dies die Zeit, in der es schien, als ob Joseph auch in Belgien mit Gewalt der Waffen zum erstrebten Ziele kommen würde. Unzufrieden mit dem schonenden Auftreten Murrays hatte er den General d'Alton nach Belgien geschickt, und dieser trug kein Bedenken, bei einem Auflauf die Menge mit blutigen Streichen auseinanderzujagen. Unter diesem Eindruck setzte der Rat von Brabant die vom Kaiser getroffenen Einrichtungen wieder in denselben Stand, in dem sie sich vor dem Ausbruch der Unruhen befunden hatten. Das Generalseminar

wurde eröffnet, ja selbst die Auflagen bewilligt; infolgedessen wurde den Belgiern im Namen des Kaisers Amnestie zugesichert. Dagegen verharrte der Klerus in seinem Widerstande. Auch verschärfte sich der Gegensatz alsbald wieder. Denn als nach der Einberufung der brabantischen Landstände die Bewilligung der Auflagen seitens der beiden höheren Stände durch den Widerspruch der Vertreter der drei Provinzial-Hauptorte hinfällig wurde, forderte der Kaiser erstens die Permanenz der Auflagen, damit nicht durch den Widerspruch einer Stimme das ganze Räderwerk der öffentlichen Verwaltung gehemmt werde, und zweitens die Verpflichtung des Rats, die kaiserlichen Edikte mit dem Staatssiegel zu versehen. Als dies von den Ständen abgelehnt wurde, erklärte er das Grundgesetz und alle Privilegien für aufgehoben — entschlossen, seine Souveränität zur Anerkennung zu bringen, mochte darüber so viel Blut fließen als da wollte.

Da zugleich die Amnestie aufgehoben wurde, wanderten die Gegner massenhaft aus und begaben sich nach dem holländischen Breda, wo die Republik Ansammlungen der Fremden gestattete. Nachdem diese sich hier unter der Leitung eines alten Offiziers organisiert hatten, überschritten sie in der Nacht vom 23./24. Oktober 1789 die belgische Grenze und setzten sich trotz des Angriffs d'Altons erst in Turnhout, dann in Gent fest. Nun schlossen sich die Provinzen der Erhebung an. Die österreichischen Truppen zeigten sich der Insurrektion nicht gewachsen; es rächte sich jetzt, daß Joseph seine Streitkräfte der russischen Politik zur Verfügung gestellt hatte. So sah sich der österreichische Civilgouverneur Trautmannsdorff, um Belgien der österreichischen Herrschaft zu retten, genötigt, die Aufhebung der Edikte und des Generalseminars und die Wiederherstellung des brabantischen Grundgesetzes zu versprechen. Gleichzeitig schickte der Kaiser seinen Staatsvicekanzler, Graf Philipp Cobenzl, nach Belgien, um einen Ausgleich herzustellen. Aber dazu war es zu spät. Am 30. November 1789 schlossen die belgischen Provinzen eine Union zur Erlangung ihrer politischen Selbständigkeit. Als dieser Schritt die Billigung der Kirche erhielt, räumten die österreichischen Truppen die Hauptstadt.

Mit dieser Wendung der Dinge erlitt das ganze System Josephs II. eine schwere Niederlage. Denn nun wurden auch in den

Erbländern, wo er mit der Durchführung seiner Politik noch nicht zu Ende gekommen war, die Stimmen der Mißbilligung laut und lauter. Am stärksten äußerte sich der Widerspruch in Ungarn, wo der Adel mit aller Zähigkeit an seinen Vorrechten festhielt und der Geltendmachung der souveränen monarchischen Gewalt sich mit aller Macht widersetzte. Die Verhältnisse schienen hier ganz dieselbe Gestalt anzunehmen wie in Belgien. Die Gärung stieg zu solcher Höhe, daß selbst die österreichischen Behörden den Kaiser um Zurücknahme seiner Anordnungen baten. Aber des Kaisers Tage waren gezählt. Am 20. Februar 1790 erlag er einem Leiden, das er aus dem türkischen Kriege mitgebracht hatte. Es folgte ihm in den österreichischen Ländern sein Bruder Leopold, Großherzog von Toskana.

Niederlage der preußischen Politik. Während diese Gärungen im Innern der österreichischen Länder die Politik des Wiener Hofs nach außen lähmten (er verlor überdies durch die Wendung der Dinge in Frankreich seine vornehmste Stütze im Westen), nahm Preußen noch immer die Stellung ein, die es durch geschickte Benutzung der gegebenen Verhältnisse gewonnen hatte. Es fragte sich nur, ob sich die Ziele seiner Politik: Erhaltung des Besitzstands des osmanischen Reichs und Gewinnung eines territorialen Zuwachses in Westpreußen — zwei weit auseinanderliegende, sich widersprechende Absichten — gemeinsam und gleichzeitig würden durchführen lassen. Damals arbeitete Rußland auf einen Frieden mit der Türkei hin. Kam er zustande, so ließ sich erwarten, daß die beiden Kaisermächte ihre Streitkräfte vereinigt gegen Preußen wenden würden. Um dem entgegenzuarbeiten, schloß Hertzberg mit der Türkei einen Offensiv- und Defensivbund ab. Dadurch erreichte die Spannung zwischen Österreich und Preußen eine solche Höhe, daß bereits österreichische Truppen in Böhmen und Mähren zusammengezogen wurden. Auch Friedrich Wilhelm, der voll Mißtrauen gegen Österreich war, würde sich am liebsten geschlagen haben. Daß es dazu nicht kam, ist dem Einflusse Englands zuzuschreiben. Dieses hegte hinsichtlich der Verwickelungen im Osten und Westen Europas andere Anschauungen als Preußen. Friedrich Wilhelm war geneigt, die Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen. Dies würde aber unzweifelhaft einen Krieg mit Öster-

reich hervorgerufen haben, da Leopold entschlossen war, die österreichischen Niederlande, unter Wiederherstellung der alten Verfassung, um jeden Preis für Österreich zu erhalten. Die Engländer forderten daher den König von Preußen auf, nicht nur den Vertrag mit der Türkei nicht zu bestätigen, sondern im Bunde mit England den Frieden zwischen Österreich und der Türkei auf der Grundlage der Herstellung des alten Besitzstands zu vermitteln. Um seinen Bundesgenossen nicht zu verlieren, ging Preußen auf die englischen Vorschläge ein und stellte beim Wiener Hofe dahingehende Anträge. Diese fanden, da sie durchaus den Wünschen Österreichs entsprachen, das größte Entgegenkommen. Denn Leopold war eine vorsichtige, ruhige Persönlichkeit und wollte nicht gewinnen, sondern erhalten, nicht umstürzen, sondern bessern. Vor allem bedurfte er, um Belgien und Ungarn zu retten, des Friedens. Daher wurde die Herstellung desselben zwischen Österreich und der Türkei unter der Bedingung der Wiederaufrichtung der österreichischen Herrschaft in den Niederlanden in Wien angenommen, während man gleichzeitig auf den Wunsch Preußens, Thorn und Danzig von Polen zu erwerben, in verbindlichster Weise einging. Aber diese letztere Abmachung scheiterte am Widerspruche einer starken Partei in Polen, die einer engeren Verbindung Polens mit Preußen entgegenarbeitete. Friedrich Wilhelm verzichtete daher auf jeden Vorteil und begnügte sich großmütig mit der Rolle eines von allem Eigennutz freien Friedensstifters von Europa. So kam die Konvention von Reichenbach zustande (27. Juli 1790).

Aber es war doch sofort aller Welt klar, daß Preußen in der Sache eine Niederlage erlitten hatte, während Österreich einen ehrenhaften Rückzug aus seinen inneren und äußeren Wirren gewann.

Wirkungen dieses politischen Umschlags in Deutschland. Wahl Leopolds zum Kaiser 1790. Dieser Ausgang entsprach nicht den Erwartungen, die man von Preußen hegte. Nur zu schnell bewahrheitete sich, was einsichtsvolle Männer schon vor dem Tode des großen Königs ausgesprochen: daß der so künstlich zusammengefügte preußische Staat, wenn er nicht allezeit durch ein Genie und eine eindringende Arbeitskraft wie Friedrich der Große gelenkt und getragen würde, seine Machtstellung nicht behaupten könne.

Die kleineren Mächte, Schweden, Polen, die Türkei machten sich schnell von Preußen los und lehnten sich an Österreich oder Rußland an, wo Thatkraft und Erfolg war.

Auch auf die Stellung Preußens zu den deutschen Mächten war der Mißerfolg in seiner äußeren Politik von übelster Nachwirkung. Seinerzeit hatte sich der Fürstenbund auf Preußen, als die bedeutendste und kriegsgewaltigste Macht Deutschlands, gestützt, und Preußen selbst hatte durch den Bund mit den deutschen Fürsten einen ansehnlichen Zuwachs an Einfluß erhalten, von dem man erwartete, daß es ihn zur Erhöhung seiner Stellung, die auch dem Bunde zu gut kommen mußte, verwenden werde. Diese Hoffnung war getäuscht. Wenn es eine Zeitlang den Anschein hatte, als ob im Kulturstaate Friedrichs des Großen die vaterländische Richtung im deutschen Reiche einen gemeinsamen Mittelpunkt finden sollte, so war von nun an davon keine Rede mehr. Auch der Gedanke, den Schwerpunkt der deutschen Reichsverfassung in den Bund unter preußischer Führung zu verlegen, wurde völlig aufgegeben. Es kam dazu, daß der Kurfürst von Mainz, erbittert über eine Rücksicht, die man auf den Kurfürsten von Sachsen genommen hatte, sich dem Bunde entfremdete und dessen Gegnern näherte. Einen noch empfindlicheren Stoß erlitt das Ansehen Preußens und des Bundes durch den Ausgang der Lütticher Sache (1789).

Ein Zerwürfnis des Fürstbischofs von Lüttich mit der städtischen Verwaltungsbehörde über Herstellung alter städtischer Rechte hatte ein überraschend schnelles reichsgerichtliches Mandat zur Folge, demgemäß der König von Preußen mit der Exekution gegen die Bürgerschaft und der Herstellung der alten Verfassung beauftragt wurde. Die preußische Diplomatie zog es indes vor, sich um eine friedliche Verständigung zu bemühen, auf welche die städtischen Behörden bereitwillig eingingen, die aber der Bischof zurückwies. Da hierauf Preußen ein weiteres Eingreifen in die Sache ablehnte, wurde die Exekution einem anderen militärischen Aufgebot übertragen, das aber von den Lüttichern eine Schlappe erlitt. Da nun in dieser Zeit Österreich durch den Reichenbacher Vertrag in den Niederlanden völlig freie Hand bekommen hatte, ließ Leopold Truppen in Lüttich einmarschieren und den Widerstand der

städtischen Bevölkerung gewaltsam niederwerfen. Der Groll über diesen Ausgang entlud sich über Preußen und den Fürstenbund, der sich „ein Armutszeugnis ausgestellt" und mit nichten als „Schützer der deutschen Freiheit" sich bewährt hatte. Auch waren Kurmainz und Hannover mit dem Vorgehen Preußens in dieser Sache nicht einverstanden gewesen. Neue Streitpunkte förderten die Verhandlungen zur Wahl eines neuen Kaisers zu Tage, als welcher Leopold, Großherzog von Toskana, König von Böhmen und Erzherzog von Österreich, in Aussicht genommen wurde. So kam am 30. September 1790 erst die Wahl Leopolds zum Kaiser zustande, aber über die Abstellung der allgemein anerkannten Mängel der Reichsverfassung konnte man sich nicht verständigen.

Aber trotz des lebendigen Gefühls von der Unzulänglichkeit der bestehenden Reichsverfassung, das alle Schichten des Volks durchdrang, schien es doch nicht anders, als ob die alte Verfassung, vielleicht verbessert, aber in ihren wesentlichen Formen unberührt, noch Jahrhunderte bestehen würde. Da machte die französische Revolution ihre Wirkungen geltend. Durch sie erfolgte ein allgemeiner Umsturz.

Die mittleren und kleineren Territorialmächte des heiligen römischen Reichs deutscher Nation in den letzten Jahren seines Bestehens. Bevor die Darstellung sich den Ereignissen zuwendet, durch deren unaufhaltsame und folgenschwere Entwickelung das deutsche Reich, eben so unerwartet als schnell, zu Grabe ging, geziemt es sich, einen Blick auf die staatlichen Gewalten zu werfen, die in ihrer Gesamtheit das bildeten, was man damals „das deutsche Reich" nannte, und den Zustand zu kennzeichnen, in dem sie sich befanden, als das Verhängnis über sie hereinbrach.

Die Darstellung der Verhältnisse Österreichs und Preußens, der beiden deutschen Großmächte, um die sich die anderen Staaten, je nach der Verschiedenheit und dem Wechsel ihrer Interessen, scharten, füllt die vorhergehenden Blätter. Von den mittleren Staaten tritt uns zuerst Sachsen entgegen.

Sachsen, einst das mächtigste Kurfürstentum Deutschlands, hatte, seitdem es die religiösen und politischen Grundlagen, auf denen es groß geworden war, verlassen, seine frühere Vorherrschaft in Norddeutschland eingebüßt und war ein Staat zweiten Rangs

geworden. Aus dieser Stellung hat es sich auch durch die Verbindung mit Polen (s. S. 57) nicht emporheben können. Vielmehr brachten gerade die Kriege, in die es hierdurch verwickelt wurde, sowie die Prachtliebe und Verschwendungssucht, die Günstlings- und Maitressenwirtschaft Friedrich August I. des Starken (1694—1733) einen maßlosen finanziellen Druck über das Land, der noch vermehrt wurde, als Friedrich August II. (in Polen König August III.) die Regierung Sachsens dem allmächtigen Minister Brühl überließ. Denn dieser vergeudete durch seine Verschwendung nicht nur die Kräfte des Landes, sondern verschuldete durch seine ränkevolle Politik nicht zum wenigsten den Ausbruch des siebenjährigen Kriegs, in dem Sachsen ungeheure Verluste an Menschen und Nationalvermögen erlitt. Erst mit Friedrich Christian II., welcher die Verbindung Sachsens mit Polen löste, und dessen Sohne, Friedrich August III. (1763 bis 1827), der sich der Unterstützung eines trefflichen Ministers, des Grafen Loß, erfreute, begannen bessere Zeiten für das Land: der Staatshaushalt wurde musterhaft geordnet, für Abtragung der Schulden Sorge getragen, Handel und Gewerbe gehoben, der Ackerbau gefördert, der Bergbau durch rationelleren Betrieb einträglicher gemacht; auch an die Rechtspflege und das Unterrichtswesen wurde die bessernde Hand angelegt.

Wie Kursachsen, so befand sich auch **Kur-Hannover** in Personalunion mit einem auswärtigen Staate: denn 1714 bestieg der Kurfürst Georg Ludwig (1698—1727) als Urenkel des englischen Königs Jakob I. den englischen Thron, was ihn zum mächtigsten unter den deutschen Fürsten machte. Seine Übersiedelung nach London (als König Georg I.) hatte zur Folge, daß der Statthalter und der Geheime Rat in Hannover fortan die wirklichen Regenten des Kurstaats waren, wodurch dem Aufkommen eines oligarchischen Adelsregiments Vorschub geleistet wurde. Aber in materieller Beziehung zog Hannover aus der Verbindung beider Länder große Vorteile, indem es für seinen Überfluß an Bodenerzeugnissen in England den besten Abnehmer fand, dagegen durch die sich damals entwickelnde Industrie Englands mit allen Artikeln versehen wurde, an denen es selbst Mangel litt. Durch vorsichtige Teilnahme am nordischen Kriege gelangte Hannover

beim Friedensschlusse zu Stockholm (s. S. 217) in den Besitz der reichen Stifter Bremen und Verden, was den merkantilen Aufschwung des Landes wesentlich förderte. Die Gründung der Universität Göttingen 1737, die bald ein Sammelpunkt der ausgezeichnetsten Gelehrten Deutschlands wurde, gereichte dem Lande zu großem Ruhme. Mit der ununterbrochenen Hofhaltung des Königs Georg III. (1760—1820) in London gewannen Statthalter und Geheimer Rat in Hannover eine große Selbständigkeit, die durch die geistige Umnachtung, welcher der König erst in Zwischenräumen, dann dauernd anheimfiel, noch erhöht wurde.

Die Geschichte der **Kurpfalz** ist, wie aus der bisherigen Darstellung hervorgeht, mit der allgemeinen Geschichte des deutschen Reichs aufs engste verflochten. In den Raubkriegen Ludwigs XIV., deren dritter nach dem Aussterben der Pfalz-Simmernschen Linie (1685) durch die Erbansprüche Frankreichs an die Allodialverlassenschaft des letzten Kurfürsten Karl Ludwig — dessen Tochter Elisabeth Charlotte an den Herzog von Orleans vermählt war — veranlaßt wurde, erlitt das Land die fürchterlichsten Verwüstungen. Nach dem Ende dieser Kriege brachte die Absicht des katholischen Kurfürsten Johann Wilhelm (1690—1716), die katholische Religion in der Pfalz zur herrschenden zu machen, sowie seine glänzende Hofhaltung schwere Zeiten der Verfolgung und des Drucks über das Land, der unter seinem Nachfolger Karl Philipp (1716—1742) nach der religiösen und unter dessen Nachfolger Karl Theodor (1742—1799), mit dem die Kur an die Pfalz-Sulzbachsche Linie überging, nach der finanziellen Seite hin fortdauerte. Karl Theodor war ein geistreicher, prachtliebender Fürst, der allen Künsten und Wissenschaften ein reges Interesse zuwandte. 1759 stiftete er eine Akademie der bildenden Künste und legte Sammlungen von Kupferstichen, Handzeichnungen, Antiken und Gypsabgüssen an. Beim Anschauen dieser Sammlung empfand der junge Goethe zum erstenmal den Zauber der antiken Plastik. 1763 folgte die Gründung der Academia Palatina, die einen Lessing zu ihren Mitgliedern zählte, und 1775 entstand in Mannheim die „deutsche Gesellschaft“, welche die Anregung zur Gründung des ersten Hof- und Nationaltheaters gab, mit dem der Name Schillers eng verknüpft ist.

Gleichwohl konnte es unter dem Einfluß der Jesuiten, denen Karl Theodor freie Hand ließ, geschehen, daß die Universität Heidelberg zu gänzlicher Bedeutungslosigkeit herabsank. Als 1777 mit dem Kurfürsten Maximilian III. Joseph der Mannsstamm Kaiser Ludwigs des Bayern ausstarb, fiel Bayern an Karl Theodor. Seitdem füllen die Versuche Österreichs, Bayern zu erwerben, und die Gegenbestrebungen Preußens gegen dieses Projekt einen großen Teil der deutschen Geschichte. In den Kriegen mit der französischen Republik hielt sich Karl Theodor sehr zweideutig. Den Zusammenbruch der alten Ordnung der Dinge erlebte er nicht mehr.

Bayern hatte unter dem Ehrgeiz seiner Fürsten zu leiden, der das Land nicht zur Blüte und zu gesichertem Wohlstand kommen ließ. Besonders schwere Kriegsnöte brachte die Erhebung des Kurfürsten Karl Albert (1726—1745) zum Kaiser (s. S. 142) über das Land. Dagegen war sein Sohn Maximilian III. Joseph (1745—1777) eifrig bemüht, die Spuren der verwüstenden Kriege zu verwischen und Land und Volk zu heben. Besonders erwarb er sich durch Verbesserung des Justizwesens, wofür er in seinem Vizekanzler, Freiherrn von Kreittmayr, eine treffliche Kraft besaß, durch Verminderung des Hofstaats, Aufhebung vieler Klöster, Förderung der Wissenschaft (Gründung der Akademie in München 1759, deren Druckschriften der Censur der Jesuiten entzogen wurden), sowie durch Hebung des Ackerbaus und der Industrie große Verdienste. Doch stehen die Gesetzbücher Kreittmayrs noch ganz auf dem veralteten Standpunkt der peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V. (der Karolina), und die Leibeigenschaft blieb ebenso bestehen wie die harten Gesetzesbestimmungen gegen die Ketzer. Sein Nachfolger Karl Theodor, durch den die Pfalz und Bayern nach vier und ein halbhundertjähriger Trennung wieder vereinigt wurden, überließ aus Unlust an den bayerischen Verhältnissen die Regierung des Landes seinen Hofbeamten, die mit Ämtern und Privilegien einen schmählichen Schacher trieben; die Jesuiten bedrückten die protestantischen Unterthanen, die Schulen wurden den Mönchen ausgeliefert, der Presse die engsten Schranken gezogen, die Gebildeten, denen die Verwirklichung des politischen und kirchlichen Aufklärungsideals Herzenssache war und die im Illuminatenorden Befriedigung suchten, aufs strengste verfolgt.

Denn den Jesuiten war der Gedanke, Bayern könne einmal ebenso aufgeklärt werden wie Sachsen und Preußen, ein Greuel. Daher war, als die französische Revolution ausbrach, der Staat erschöpft, das Heerwesen verfallen, das Beamtentum korrumpiert, das Volk verarmt und in rohem Aberglauben befangen.

Würtemberg hatte unter dem gewaltthätigen, verschwenderischen Regiment seiner Herzöge lange Zeit viel zu leiden. Eberhard Ludwig (1677—1733), der ganz unter dem Einfluß seiner Maitresse, der Gräfin Grävenitz, stand, der zulieb er die Stadt Ludwigsburg baute, vergeudete ungeheure Summen durch seinen glänzenden Hofhalt und seine schwelgerischen Festlichkeiten, und unter seinem Vetter Karl Alexander (1733—1737), der zum Katholizismus übertrat, trieb der Jude Süß Oppenheimer ein schamloses Erpressungswesen. Auch Karl Eugen (1737—1793) überließ sich ganz seinem Hang zu Verschwendung und sinnlichem Genuß und verwendete unsinnige Summen, die ihm seine Minister Riger und Montmartin auf ungesetzlichem Wege, durch schamlosen Ämterhandel, Zwangsanleihen, Monopole beschafften, auf Feste, Jagden, Reisen und auf sein Heer, das er auch nach Beendigung des siebenjährigen Kriegs in der Stärke von 14 000 Mann forthielt. Die Rechte der Landstände trat er mit Füßen. Als sie sich beschwerten, ließ er ihren Rechtskonsulenten, Johann Jakob Moser, ins Gefängnis (Hohentwiel) werfen, aus welchem der Arme erst nach fünfjähriger harter Haft durch Fürsprache Friedrichs des Großen beim Kaiser und auf einen reichshofrätlichen Befehl hin wieder entlassen wurde. Nach mehrfachen vergeblichen Beschwerden der Landschaft beim Kaiser kam endlich 1770 der sogenannte Erbvertrag zustande, durch welchen die alten Landesverträge und das Steuerbewilligungsrecht der Stände bestätigt und seitens des Herzogs die Abstellung der eingerissenen Mißbräuche versprochen wurde. Aber die Erfüllung des Versprechens ließ lange auf sich warten, und der Herzog beging noch manche Akte der Willkür (Gefangensetzung des Dichters Schubart, Verkauf von 2000 Landeskindern an Holland), bis er endlich mit zunehmendem Alter und unter dem Einfluß seiner Geliebten, der Gräfin von Hohenheim, die er 1785 heiratete, sich edleren Bestrebungen zuwandte, auf der Solitüde die „hohe Karlsschule",

mit der Schillers Entwickelung eng verbunden ist, gründete und für die Hebung des Ackerbaus und Verkehrs sorgte. Mit seinem jüngeren Bruder Friedrich Eugen (1795—1797), der eine Nichte Friedrichs des Großen geheiratet hatte und seine Kinder protestantisch werden ließ, endete die Reihe der katholischen Herzöge Würtembergs.

Baden erfreute sich einer Reihe trefflicher Fürsten, die entweder wie Friedrich VI. die Folgen der Drangsale des dreißigjährigen Kriegs, oder wie Friedrich VII. Magnus und Karl III. Wilhelm die Folgen der Mordbrennerzüge der Franzosen in den Raubkriegen mit Umsicht und Geschick zu heilen suchten. Eine glückliche Zeit für das Land begann unter Karl Friedrich (1738—1811), einem der edelsten, aufgeklärtesten Fürsten Deutschlands, unter dessen Regierung der Besitz der 1777 aussterbenden katholischen Linie Baden-Baden mit Baden-Durlach vereinigt wurde. Er war ein Freund der Wissenschaften und Künste, hob durch Förderung der Bodenkultur und Industrie, des Handels und Verkehrs den Wohlstand des durch die früheren Kriege so schwer heimgesuchten Landes und bewährte sich durch die Verbesserung des Gerichts- und Unterrichtswesens, durch weise, schonende Reformen in der Verwaltung, durch Verbesserung des Loses der unteren Stände, indem er die Leibeigenschaft aufhob, sowie (seit 1803) durch die Sorge für die Hebung der Universität Heidelberg als ein rechter Vater seines Volks.

Nachdem der zwischen den Landgrafen von **Hessen-Darmstadt** und denen von Hessen-Kassel schwebende Erbschaftsstreit über Oberhessen im westfälischen Frieden durch eine für Hessen-Darmstadt günstige Teilung entschieden worden war, bemühte sich Ludwig VI. das Land in geistiger und materieller Beziehung zu heben, verbot seinen Unterthanen, in auswärtige Kriegsdienste zu treten, gab dem Kirchen- und Schulwesen sowie dem Gerichtswesen eine neue, geordnete Gestaltung und wußte durch Sparsamkeit im Staats- und Hofhaushalt bedeutende Überschüsse zu erzielen, die er zum Teil darauf verwendete, um sein Land durch Ankauf benachbarter Besitzungen abzurunden. Unter seinem zweiten Sohne Ernst Ludwig (1678—1738), der wie seine Vorfahren stets treu zum Kaiser hielt, hatte das Land durch die Brand-

schatzungen der Franzosen in den Raubkriegen viel zu leiden, und die Neigung Ernst Ludwigs zu Pracht und Glanz verschlangen nicht nur die von seinem Vater gesammelten Ersparnisse, sondern stürzten auch das Land in tiefe Schulden, die sich noch vermehrten, als sein Sohn Ludwig VIII. (1738—1768) ungeheure Summen für Jagdvergnügen, Oper, Schauspiel vergeudete. Sein Sohn Ludwig IX. (1768—1790) dagegen, ein Freund Friedrichs des Großen, der ganz nach dem Vorbild des großen Königs wandelte, brachte die Finanzen wieder in Ordnung, schaffte durch sein aufgeklärtes Regiment viele Mißbräuche ab und suchte durch Herbeiziehung tüchtiger Beamten aus Nord- und Mitteldeutschland seinen Staat immer mehr zur Höhe des preußischen emporzubringen. Sein Hof war der Sammelpunkt hervorragender deutscher Künstler und Dichter, die schönste Zierde desselben aber seine Gemahlin, die vortreffliche Karoline von Pfalz-Zweibrücken, „die große Landgräfin“.

Hessen-Kassel, das nach dem Tode Wilhelms V., des Beständigen, durch die männliche Thatkraft seiner hinterlassenen Gemahlin, Amalie Elisabeth, aus den Nöten des dreißigjährigen Kriegs emporgehoben worden war, wurde auch in der Folgezeit noch mehrfach und nicht zu seinem Schaden von Landgräfinnen regiert, die für minderjährige Prinzen die Vormundschaft führten.

Da Landgraf Friedrich I. (1730—1751) infolge seiner Verheiratung mit Ulrike Eleonore, der jüngsten Schwester Karls XII. von Schweden, 1720 den schwedischen Thron bestieg, überließ er die Statthalterschaft in Hessen seinem Bruder Wilhelm, der ihm als Landgraf Wilhelm VIII. (1751—1760) in Hessen folgte. Dieser beteiligte sich als Verbündeter Englands im siebenjährigen Kriege am Kampfe gegen die Franzosen, wobei sich die hessischen Truppen rühmlich auszeichneten, das Land aber von den Kriegsdrangsalen außerordentlich litt. Da es den Jesuiten gelang, seinen Sohn Friedrich zum Übertritt zur katholischen Kirche zu bewegen, „verordnete Wilhelm in Gemeinschaft mit seinen Ständen, daß der Prinz einst als Landgraf weder einem Katholiken eine öffentliche Stellung, noch seinen Glaubensverwandten öffentlichen Kult im Umkreis seiner Lande verstatten dürfe“. Friedrich II. mußte

sich dieser „Assekurationsakte“ fügen und kam den übernommenen Verpflichtungen während seiner Regierung (1760—1785) gewissenhaft nach. Aber infolge seiner Liebe zu Künsten und Wissenschaften (Gründung des Museum Fridericianum, Stiftung der Akademie der Künste, Verschönerung Kassels), sowie durch seine verschwenderische Hofhaltung geriet er so tief in Schulden, „daß er kein Bedenken trug, einen großen Teil seines beträchtlichen Heeres, im ganzen 17000 Mann, an England in dessen Kampfe mit den nordamerikanischen Kolonieen zu verkaufen“, was ihm 60 Millionen Mark einbrachte. Sein Sohn Wilhelm IX. (1785 bis 1821) beseitigte viele Mißbräuche und gab sich seinen Regentenpflichten mit Eifer hin. Aber bald artete seine Gerechtigkeitsliebe in Härte, seine Sparsamkeit in Geiz aus, und in seiner Habsucht scheute er sich nicht, nach dem Vorbilde seines Vaters sein Heer zum großen Teil an England zu vermieten.

Braunschweig. Nach dem Aussterben des Mannsstamms der Wolfenbütteler Linie 1735 war die Regierung in Braunschweig an Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Bevern gefallen, dessen Sohn Karl (1735—1780) seine Residenz nach Braunschweig verlegte und das Collegium Carolinum stiftete, aber durch seine Prunksucht das Land mit schweren Schulden belastete. Sein trefflicher Sohn Karl Wilhelm Ferdinand (1780—1806), der im siebenjährigen Kriege unter dem Kommando seines Oheims Ferdinand am Kampfe gegen Frankreich teilgenommen hatte und 1773 in die preußische Armee eingetreten war, befehligte in dieser Stellung 1787 die preußische Expedition nach Holland und ließ sich als Landesvater die Tilgung der Schulden seines Vaters und die Hebung des Wohlstands seiner Lande angelegen sein.

Mecklenburg-Schwerin. Friedrich Wilhelm und sein Nachfolger Karl Leopold (1713—1728—1747) gerieten mit ihren Ständen in lange, schwere Streitigkeiten, welche die Einmischung fremder Mächte und die Entsetzung Karl Leopolds durch den Kaiser 1728 zur Folge hatten, worauf des Herzogs Bruder Christian Ludwig II. erst (1728) als kaiserlicher Kommissarius, dann seit 1747 definitiv die Regierung übernahm und den Streit mit den Ständen durch den Rostocker Erbvergleich endete (1755), durch welchen die Art der Steuererhebung genau bestimmt und festgesetzt wurde,

daß auch die herzoglichen Domänen zur Tilgung der Staatskosten herangezogen werden, die Rittergüter aber für die Landessteuer nur mit der Hälfte ihrer Bodenfläche steuerpflichtig sein und zu Reichs- und Kreissteuern nur den dritten Teil beitragen sollten. Außerdem wurde die Leibeigenschaft der hintersässigen Bauern rechtskräftig bestätigt. Der Feudalismus hatte hier einen völligen Sieg über die fürstliche Macht errungen: die Ritter, die auf ihrem Grund und Boden Hoheitsrechte ausübten, waren die eigentlichen Herren des Landes. Sein Nachfolger Friedrich der Gütige (1756—1785) nahm zwar im siebenjährigen Kriege gegen Friedrich Partei, folgte aber in der Verwaltung seines Landes doch seinem Vorbilde und traf zahlreiche zeitgemäße Reformen, besonders im Finanzwesen. Friedrich Franz I. (1785—1837), der sich dem Fürstenbunde angeschlossen, löste sowohl die an Preußen verpfändeten, als einen Teil der in schwedischem Besitz befindlichen Gebiete ein und bemühte sich um die Hebung des Wohlstands seines Landes. Aber die Gebundenheit der fürstlichen Gewalt sowie die über Deutschland hereinbrechende Katastrophe hemmte zunächst jede auf Reform gerichtete Thätigkeit.

Auch die kleineren Staaten Mitteldeutschlands erfreuten sich aufgeklärter Regierungen. So beförderte in **Anhalt-Dessau** Leopold III. Friedrich Franz (1758—1817), unter dem das Philanthropin zu Dessau (1774) gegründet wurde, Künste und Wissenschaften, ließ Kunststraßen und Brücken bauen und hob die Landwirtschaft durch Einführung mannigfacher Verbesserungen.

Ernst II. Ludwig von **Gotha** (1772—1804) suchte dem von Teurung und schweren Schulden gedrückten Lande durch große Beschränkungen in der Hofhaltung aufzuhelfen und verwandte, erst als dieses erreicht war, die Überschüsse seines Privatvermögens zur Anlegung von Bücher- und Kunstsammlungen. Auch wandte er dem Schulwesen große Aufmerksamkeit zu.

In **Sachsen-Weimar** war mit Karl August (1758—1828), dessen reiche Gaben des Geistes und Herzens unter der Leitung seiner Mutter und des Grafen Görz, Wielands und Knebels aufs trefflichste ausgebildet worden waren, „der Geist der deutschen Sturm- und Drangperiode auf den Thron gestiegen“. Nach der selbständigen Übernahme der Regierung (1775) und seiner Ver-

mählung mit der Prinzessin Luise von Hessen-Darmstadt berief er Goethe an seinen Hof, unter dessen Einflusse sich hier in bewußtem Gegensatze gegen das beengende Hofceremoniell der Naturdrang der Sturm- und Drangperiode (s. unten) in der übermütigsten und tumultuarischsten Weise Luft machte. Durch die rastlose Thätigkeit des zum Geheimen Rat ernannten Dichters erfuhren sowohl die wissenschaftlichen Einrichtungen als die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes die sorgsamste Pflege. Bei aller Empfänglichkeit für schöngeistige Einflüsse vergaß indes der Herzog nie seine Regentenpflichten und nahm an den politischen Angelegenheiten des deutschen Reichs den regsten Anteil. Unter seiner Mitwirkung entstand der Gedanke des deutschen Fürstenbunds, dessen Festigung und Ausdehnung er sich sehr angelegen sein ließ; denn er war überzeugt, daß eine Reform der Reichsverfassung und die Wiedergeburt Deutschlands nur durch den preußischen Staat geschehen könne.

Am längsten blieben die **geistlichen Staaten** dem Geiste der Zeit verschlossen.

Von den geistlichen Staaten, welche das Mittelalter geschaffen, hatten die „drei geistlichen Kurfürstentümer, ein Erzbistum (Salzburg), eine Reihe teils altangesehener, teils noch immer durch Reichtum und Umfang hervorragender Hochstifter wie Würzburg, Bamberg, Münster, Osnabrück, Paderborn, Hildesheim, Lüttich, Regensburg, Passau, Eichstädt, dann eine ansehnliche Reihe von reichsunmittelbaren Abteien und endlich die beiden Orden der Johanniter und der Deutschherren“ die Reformation überdauert. Aber ihren geistlichen Charakter hatten sie im Laufe der Zeit fast ganz abgestreift, sie waren Fürstentümer geworden, die dazu dienten, den deutschen Adel zu versorgen und den Sprößlingen herabgekommener Herrenhäuser die Mittel zur Fristung ihrer Existenz zu gewähren. In die geistlichen Kurwürden wurden meist Söhne mächtiger Fürstenhäuser erhoben, und zur Erhöhung des äußeren Glanzes ihrer Stellung noch mehrere Stifter in ihre Hand gelegt (s. oben S. 255). Alle diese geistlichen Würdenträger waren und blieben dem Lande, das sie zu regieren hatten, und seinen Interessen fremd; denn da sie für keine Nachfolge in der Regierung zu sorgen hatten, ließen sie sich in ihrer Politik nur

von den Interessen der Dynastie leiten, der sie angehörten. Daher lag ihnen im ganzen weniger die Hebung und Förderung ihres Landes als dessen Ausbeutung am Herzen. So kam es, daß hier am wenigsten geschah, um die Gegensätze der Stände auszugleichen, den Bauernstand zu heben und das Bürgertum zur Selbstthätigkeit anzuregen, um dem Schalten und Walten des stiftischen Beamtentums und der Willkürjustiz ein Ende zu machen. Der Müßiggang einer schwelgenden Geistlichkeit bot dem Volke das schlimmste Beispiel. Der Schulunterricht verblieb in den Händen der Mönche. Fortschritte in der Industrie und dem Gewerbe wurden als bedenklich vom geistlichen Lande ferngehalten, und wo sich gar protestantische Elemente befanden, wurden sie mit Härte vertrieben. Erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts dringt der „aufgeklärte Despotismus“ auch in einzelne geistliche Fürstentümer ein (s. oben). Aber es ist zu spät: ehe es gelang, neue, widerstandsfähige Ordnungen zu schaffen, wurde das ganze geistliche Staatenwesen völlig über den Haufen geworfen.

In **Kur-Köln** hatte der bayerische Prinz Klemens August (1724—1761) aus dem bayerisch-wittelsbachschen Hause „eine bis zur Verschwendung freigebige Regierung“ geführt, aber von seinen großen Einkünften (er war zugleich Bischof von Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück, sowie Deutsch- und Hochmeister) doch auch viel für den Bau von Kirchen und Schulen, für die Verbesserung des Bodens und die Wiedererwerbung verkaufter oder verpfändeter Besitzungen verwendet. Sein Nachfolger Maximilian Friedrich (1761—1784), ein Graf Königsegg-Rothenfels, lebte schon ganz im josephinischen Ideenkreise; er beschränkte den Hofhalt, stiftete 1780 mit Mitteln des aufgehobenen Jesuitenordens eine Akademie zu Bonn und forderte von den Klöstern eine Steuer zur Hebung des Volksschulwesens. Der letzte kölnische Kurfürst, Maximilian Franz (1784—1801), der Bruder Josephs II., war einer der entschiedensten Gegner der Revolution, erlebte aber noch die Einverleibung seines Kurlandes in die französische Republik.

In **Kur-Trier** folgte auf den Kurfürsten Johann Philipp von Waldendorf, der ein verschwenderisches, üppiges Regiment geführt hatte, der sächsische Prinz Klemens Wenzeslaus (1768—1801),

dessen Regierung recht deutlich das Ringen des alten und neuen Geistes der Zeit erkennen ließ. Denn während einerseits von seinen Beamten der Ämterhandel und die Erkaufung unbequemer, ständischer Abgeordneter in schamloser Weise betrieben wurde, erließ der Kurfürst anderseits ein Toleranzedikt (1783), förderte den Handel und die Industrie und suchte die Arbeitskräfte des Landes in Thätigkeit zu setzen. Aber „dem Verfall der höheren Geistlichkeit, der Trägheit der höheren Stände vermochte er nicht abzuhelfen".

Einer der trefflichsten Fürsten des 18. Jahrhunderts ist der Kurfürst Joseph Emmerich von **Mainz** (1763—1794) aus dem Geschlechte der Breitbach-Büresheim. Nie war die Verwaltung, die Rechtspflege und der Staatshaushalt des Kurfürstentums besser bestellt wie unter der Regierung dieses edlen, einsichtsvollen, wohlmeinenden und frommen Fürsten, der das Wohl der Völker für die erste Regentenpflicht erklärte. Er nahm einige Reformen im Klosterwesen vor, sorgte für eine bessere Bildung der Geistlichkeit und ging seinen Unterthanen mit dem Beispiel der Toleranz gegen Andersgläubige voran. Der letzte Kurfürst von Mainz war Friedrich Karl Joseph von Erthal (gest. 25. Juli 1802 in Aschaffenburg).

Von dem segensreichen Regiment des Domherrn von Fürstenberg in Münster und des Bischofs Franz Ludwig von Erthal in Würzburg und Bamberg ist oben (S. 238) schon gesprochen worden. Aber in den andern Stiftern Deutschlands wucherten die Übelstände des alten Regiments in ungestörter Üppigkeit weiter, überall liederliche Sitten, leichtfertige Denkungsart, Unordnung im Staatshaushalte, Bevorzugung der höheren Stände, Verdummtheit des Klerus, Käuflichkeit der Verwaltung und Rechtspflege. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß diese geistlichen Gebiete sich überlebt hatten, und da und dort taucht schon der Gedanke ihrer Säkularisation auf. Für das deutsche Reich lag damals die größte Gefahr darin, daß die meisten dieser Stifter, die überdies ganz kriegsuntüchtig waren, an seinen Westgrenzen lagen, wo sich eben ein unerwarteter Sturm feindlicher Angriffe vorbereitete.

Andere abgelebte und unbrauchbare Elemente des Reichskörpers waren die zahlreichen „Reichsfürsten winzigsten Umfangs", die

Reichsgrafen, die Reichsritterschaft und Reichsstädte, zu denen noch einige reichsunmittelbare Dörfer kamen. Es war ein Unglück für die Unterthanen der kleinen und kleinsten reichsgräflichen Territorien, daß ihre Herren ganz in derselben Weise den Glanz fürstlicher Hoheit repräsentieren wollten wie die großen Fürsten, — ein Unglück für das Reich, daß so viele Kräfte nutzlos vergeudet wurden und dem Ganzen verloren gingen. Hier fristeten am längsten „die kleinen Tyrannen, Jagdwüteriche und Bauernquäler" ihr Dasein; hier stand die Vielregiererei am längsten in Blüte. Die reichsunmittelbare Ritterschaft, welche mit einer Reihe fürstlicher Hoheitsrechte ausgestattet war, hatte sich nur in Schwaben, Franken und am Rheine als unmittelbarer Reichsstand erhalten. Die Zahl der reichsritterschaftlichen Güter belief sich etwa auf 14—1500 (668 in Schwaben, 702 in Franken, 150 am Rhein) und umfaßte einen Gebietsraum von 200 Quadratmeilen mit etwa 450000 Seelen. Eingestreut als Enklaven in die fürstlichen Territorien und zum Teil mit Hoheitsrechten anderer Reichsstände behaftet, was zu vielfachen Streitigkeiten über die beiderseitigen Gerechtsame führte, würden sie von den größeren Landesherren leicht aufgesogen worden sein, wenn sie sich nicht des Schutzes des Kaisers erfreut hätten, dem die Ritterschaft in ihrer Gesamtheit ein Gegengewicht gegen die Landeshoheit in Süddeutschland bot und dem sie eine freiwillige Steuer entrichtete, über die er ganz allein und unbeschränkt verfügte. Aber Schwelgerei und Großthuerei, sowie der Putz der Weiber und Töchter hatten die Ritterschaft allmählich an den Rand des ökonomischen Verfalls gebracht, und der Eintritt der Ritter in den fürstlichen Hofdienst beschleunigte nur ihren völligen Ruin. Der allgemeine Haß gegen diesen Stand war um so größer, als die überall verzettelten ritterschaftlichen Enklaven den Verkehr auf den großen Handelsstraßen in oft unerträglicher Weise störten und den Vagabunden, Räubern und Dieben eine sichere Zufluchtsstätte gewährten. Kein Wunder, daß die Ritterschaft bei dem Umsturz, den die nächste Zeit brachte, unbeklagt zu Boden fiel!

Auch der Verfall der Reichsstädte, deren es damals noch 52 gab, ging unaufhaltsam vorwärts. Ihr Handel und Gewerbe lagen darnieder und der Wohlstand war verschwunden. Da aber

die Steuern noch dieselbe Höhe hatten wie zur Zeit der städtischen Blüte, so steckten die Städte tief in Schulden. Die städtische Verwaltung und Justiz standen wegen Unredlichkeit, Eigennutzes und Bestechlichkeit im übelsten Rufe. Die Bürgerschaft war schlaff, ohne Selbstvertrauen und Unternehmungslust; auch der militärische Geist früherer Zeit war völlig erloschen; gerade die städtischen Kontingente des Reichsheers waren es, die fortwährend den allgemeinen Spott herausforderten. So boten die Reichsstädte ein klägliches Bild allmählichen Absterbens — besonders gegenüber den fürstlichen Städten, die sich durch die Unterstützung der Landesherren teilweise zu glänzenden Mittelpunkten des geistigen und materiellen Lebens der Nation erhoben. „Keine menschliche Kraft noch Weisheit", so äußert sich der Bericht einer Reichskommission nach einer in Nürnberg abgehaltenen Revision der städtischen Verwaltung im Anfang der neunziger Jahre, „keine menschliche Kraft noch Weisheit kann den hereinbrechenden Umsturz und all das unermeßliche Elend, was die Folge davon sein muß, abhalten, es sei denn, daß eine ganz neue Schöpfung in der gesamten Staatshaushaltung eintritt. Eine ganz neue Schöpfung muß es sein, welche die toten Kräfte beleben, die schlummernden wecken, ein richtiges und ungehindertes Zusammenwirken herstellen und alles auf den Mittelpunkt des öffentlichen Wohls vereinigen kann."

Die Zeit, die diesen Umschwung bringen sollte, nahte schon: bald pochte sie an die Pforte.

Geistige Strömungen. Sturm und Drang. Denn auch jetzt noch, wie nach dem dreißigjährigen Kriege, fand das deutsche Volk die Kräfte zu einer Neugestaltung seiner politischen Verhältnisse nicht in sich selbst. Wieder wie damals mußte der Anstoß von außen kommen. Wohl hatte sich im geistigen Leben des Volks eine großartige Umwälzung vollzogen. Aber diese Bewegung entbehrte jeglicher politischen Richtung. Der Begriff Vaterland war diesem Geschlechte ganz fremd geworden; das Bewußtsein, einem großen Volke anzugehören, war völlig erloschen, daher auch nur in wenigen ein Gefühl der Pflicht lebte. Sagt doch selbst Lessing, dieser deutscheste Mann: „Ich habe von der Liebe des Vaterlands keinen Begriff, und sie scheint mir höchstens eine heroische Schwachheit, die ich recht gerne entbehre".

In den ringenden Geistern der Zeit war allmählich die Überzeugung von der Einseitigkeit und Unzulänglichkeit des Aufklärungsideals mit seiner nebelhaften Überschwänglichkeit und nüchternen Glückseligkeitslehre durchgedrungen. Man war es satt, Leidenschaften zu erkünsteln, die man nicht besaß, Empfindungen zu äußern, die man niemals gehabt, für Ideale zu schwärmen, die langweilten. Eine schmerzliche Sehnsucht nach etwas Neuem, Großartigem erfüllte die Seelen. Man sehnte sich heraus aus der Welt des kläglichen Partikularismus, in die man eingeklemmt war, über die man spottete, an der man Ekel empfand, die zu ändern jedoch man keine Macht hatte und keinen Beruf fühlte. In solche Stimmungen hinein erscholl wie eine Erlösung das „Naturevangelium“ des Franzosen Rousseau. Hier fand man denselben Hang zu sentimentaler Schwärmerei, in dem man eben noch befangen war, hier den vollen Haß gegen die Unnatur der damaligen Lebensverhältnisse, von dem man selbst erglühte, hier das stürmische Verlangen „nach ungebrochener Natürlichkeit der Menschennatur, nach einer gesunden Barbarei“, nach der man selbst dürstete. Und alles das war mit unwiderstehlicher Beredsamkeit vorgetragen, stürmisch, leidenschaftlich, mit der ganzen Gewalt, die immer dem innewohnt, der an sein Ideal glaubt. Dadurch übte Rousseau einen dämonischen Zauber aus, in Deutschland fast noch mehr als in Frankreich; es war eine förmliche Revolution der Geister, die er hervorbrachte; kaum einer konnte sich seinem Einflusse entziehen. Jetzt fing man an Front zu machen gegen alles Veraltete, Pedantische, Trockene, Beengende in Schule, Haus und Staat: man strebte nach dem Urwüchsigen, Unmittelbaren, Unverkünstelten. Man wollte frei sein von Regel und Vorschrift: „Originalität“ war das Losungswort der litterarischen Geister. Das Genie, meinte man, dürfe alle Grenzen, auch die der Schönheit, überspringen. Daher wurde der englische Dichter Shakespeare, als Muster der Regellosigkeit, das Vorbild der jungen Dichtergenies.

Drei Männer sind es, die, alle Zeitgenossen überragend, in dieser Sturm- und Drangperiode als Führer auftreten: Herder, Goethe und Schiller.

Herder (geboren 1744 zu Mohrungen in Ostpreußen, gestorben 1803 als Hofprediger und Präsident der obersten Kirchen-

behörde zu Weimar) war der erste, der die Rousseausche Forderung unverfälschter Naturwahrheit auf das dichterische Empfinden und Schaffen übertrug und mit der moralisierenden Absichtlichkeit der Aufklärungsperiode, in der selbst noch Lessing befangen gewesen, völlig brach. Indem er die menschliche Geistesbildung und Gesittung in ihren Uranfängen und in den einzelnen Stufen folgerichtiger, natürlicher Entwickelung zu erkennen suchte („Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ 1784—1791), wurde er der Begründer der neuen Sprach-, Religions- und Geschichtswissenschaft. Mit seinem Sinn für das Naturwahre und Volkstümliche erschloß er wieder den bisher verborgenen Born der Volkspoesie und lehrte seine Zeitgenossen durch seine „Stimmen der Völker“ (1778), eine Sammlung von Volksliedern aus allen Erdstrichen und allen Zeitaltern, „die Völker der Erde in ihrer Liebe und ihrem Hasse zu verstehen, ihren Geist zu begreifen, die Freuden ihres Daseins mitzufühlen und das geheime Weh ihres innersten Lebens mitzuempfinden“. Aus dieser Hochschätzung und nachdrücklichen Betonung des Volkstümlichen ging seine Forderung hervor, daß unsere Bildung den vorwiegend lateinischen Zuschnitt abwerfe und die Fäden des Volkstümlichen wieder aufnehme und weiter spinne, die durch den dreißigjährigen Krieg gewaltsam durchschnitten worden sind, — daß auch die Dichtung, anstatt ein Widerhall vom Tiber, von der Themse und der Seine zu sein, wieder volkstümlichen Ton und Farbe gewinnen und deshalb Wurzel fassen müsse in dem Fruchtboden unserer althochdeutschen Dichtung. Daher verwirft er auch die von Winckelmann empfohlene, unbedingte Nachahmung der Griechen in der bildenden Kunst.

Am tiefsten und mächtigsten gärte der neue Geist in dem jungen Goethe (geboren 1749 zu Frankfurt am Main, gestorben 1832 zu Weimar als großherzoglicher Staatsrat). In ihm tritt der Drang nach voller, unverkümmerter Entfaltung und Bethätigung der ganzen Menschennatur am gewaltigsten und erfolgreichsten zu Tage, und keinem ist es wie ihm gelungen, für das Naturechte in den Empfindungen und Erlebnissen des Herzens den vollsten, treffendsten Ausdruck zu finden. Bestrickt von dem Reiz genialer Unordnung in der dramatischen Komposition, wie er sie bei Shakespeare fand, schrieb er seinen „Götz von Berlichingen“

(1773). Der tapfere schwäbische Reichsritter, der mit eiserner Hand „das Recht seiner kraftvollen Individualität gegen die nivellierenden Mächte der Civilisation geltend macht", dem das Gesetz nichts gilt, wenn es die Freiheit der nach bestem Gewissen handelnden ehrlichen Kraft lähmt, — ist der junge Goethe selbst im Sturm und Drang seines gärenden, nach Befreiung aus der Unnatur ringenden Geistes. Der „Götz" Goethes brachte im deutschen Theater eine Revolution hervor, die um so tiefer ging, als in diesem Stücke auch ein deutlicher Protest gegen die Zerfahrenheit und Kläglichkeit der Zustände im heiligen römischen Reiche deutscher Nation durchklang. Seitdem war die Bühne die Welt, in die man sich aus der widerwärtigen Wirklichkeit flüchtete, um hier, wenn auch nur im Scheine, alles durchzuleben und durchzufühlen, was in den Köpfen brauste, in den Herzen schäumte. Die Theatermanie ist ein charakteristisches Merkmal dieser Zeit. Von gleich tiefgehender Bedeutung war der kleine Roman „Die Leiden des jungen Werther" (1774). Es ist darin ein Mensch dargestellt, der erkennt, daß das vermeintliche Recht des Herzens, sich in schrankenloser Ungebundenheit auszuleben und in rücksichtsloser Begehrlichkeit seine Wünsche zu befriedigen, an der gesellschaftlichen Sitte und dem Rechte des Nächsten seine natürliche Schranke findet und der dann kleinmütig seinem Leben ein Ende macht. Dieser Held der Geschichte ist nicht mehr ganz Goethe selbst. Der hatte schon angefangen einzusehen, daß das maßlose Ungestüm des ins Unendliche gehenden Lebensdrangs an den Forderungen der sittlichen Weltordnung seine Grenze findet, und daß es des Menschen Bestimmung ist, durch Selbstbeherrschung, Maßhalten und Thatkraft an der allmählichen Fortbildung des Menschengeschlechts mitzuarbeiten. Aber bei den Zeitgenossen brachte diese kleine Dichtung die krankhafte Zeitstimmung, den Weltschmerz, erst recht zum Ausbruch. Ihren tiefsten dichterischen Ausdruck fand die Titanenstimmung der Sturm- und Drangperiode in Goethes „Faust" (ein Fragment, zwischen 1770 und 1780, veröffentlicht 1790). Es ist dasselbe Thema von dem Widerspruch zwischen dem unserem menschlichen Geiste eingeborenen Unendlichkeitsgefühl und den thatsächlichen Schranken menschlicher Endlichkeit, — aber in neuer Form: nämlich als das brennende Verlangen

nach lebendiger, in die Tiefe dringender, alles umfassender Erkenntnis, das sich immer wieder in die unübersteigbaren Schranken menschlichen Erkenntnisvermögens zurückgewiesen sieht. Der rastlose Denker sucht Ersatz in der Fülle frischer Erlebnisse, in der wirklichen Welt. Aber auch hier stößt die rücksichtslose Befriedigung seiner heißblütigen Leidenschaft feindlich zusammen mit den unverrückbaren Schranken der gesellschaftlichen Ordnung.

Noch leidenschaftlicheren, aber auch maßloseren Ausdruck findet der neue Geist bei Schiller (geboren 1759 zu Marbach in Würtemberg, gestorben 1805 zu Weimar). Alle seine dramatischen Werke von den „Räubern" (1781) bis zu „Don Carlos" (1784) sind nur der kraftvolle dichterische Ausdruck des tiefen, revolutionären Grollens, das der nach Natur und Freiheit lechzende Jüngling durch die Schriften Rousseaus in sich genährt und gesteigert hatte. Aber aufgewachsen in unmittelbarer Berührung mit der wüsten Tyrannenwirtschaft richtet er seinen gewaltigen Zorn fast ausschließlich gegen die Zustände und Schäden des bestehenden Staatslebens. Besonders legt „Kabale und Liebe" mit unerbittlicher Schonungslosigkeit die Unnatur der gesellschaftlichen und staatlichen Vorurteile und Zustände, zumal der Standesunterschiede, bloß. „Nie ist eine revolutionärere Tragödie geschrieben worden." Gleicher Zornmut gegen die Heuchelei der herrschenden Anschauungen spricht sich in seiner Lyrik dieser Zeit aus. Aber auch Schiller ging alsbald die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung auf; schon ahnt er die glückliche Versöhnung des Zwiespalts, den er um so sicherer zu überwinden hoffen durfte, je mehr er ihm zu klarem Bewußtsein kam.

Auch das religiöse Gefühlsleben blieb von den Einflüssen des Zeitgeistes nicht unberührt. Das Gefühl, das die Aufklärungsbildung hatte wegräsonnieren wollen, sollte wieder in seine gebührenden Rechte eingesetzt werden. Was als Geheimnis des Glaubens dem menschlichen Erkennungsvermögen unzugänglich ist, das sollte ergänzt werden durch die Weihe des Genies, durch die Göttlichkeit des unmittelbaren Fühlens, Ahnens, inneren Schauens. Die bedeutendsten, geistvollsten und denkgeübtesten Vertreter dieser Richtung sind Johann Georg Hamann und Friedrich Heinrich Jacobi. Am ausgeprägtesten äußert sich der Zug der

Himmelssehnsucht in Johann Heinrich Jung, genannt Jung-Stilling. Doch ist bei ihm wie bei Lavater das Gefühl durch mystische Schwärmerei getrübt. Eine gesunde, kindliche Glaubenseinfalt hat sich Matthias Claudius bewahrt, zugleich einer der volkstümlichsten Liederdichter und bedeutendsten Humoristen der deutschen Litteratur.

Unter der von Goethe und Schiller ausgehenden Anregung schoß im Roman wie im Drama eine üppige Litteratur empor, in der sich Roheit, die man für Kraft, Sinnlichkeit, die man für Natur, Flachheit, die man für Einfalt ausgab, immer breiter machten (namentlich bei Reinhold Lenz, Max Klinger, Wilhelm Heinse). So drohte der Begriff wahrer Kunst ganz verloren zu gehen. „Es war eine Frage auf Tod und auf Leben, ob sich der gärende Most klären und der herbe, unversöhnte Zwiespalt zwischen schrankenlosem Unendlichkeitsgefühl und beschränkter Endlichkeit, zwischen Ideal und Leben, Herz und Welt, zu innerer Selbstbefriedigung werde ausgleichen lassen. Ein großer Teil dieser Stürmer hat sich niemals aus der unklaren Gefühlsüberschwänglichkeit zu erheben vermocht.“ Nur den Auserwählten, die am tiefsten von der Zeitkrankheit des Sturms und Drangs ergriffen worden waren, gelang es die Krankheit am völligsten zu überwinden: Goethe und Schiller.

Das neue Menschheits-(Humanitäts-)Ideal. Sie dankten dies zunächst der sittlichen Zucht, in die sie sich selbst nahmen. Je heftiger bei ihnen der Anstoß war, mit dem die ins Unendliche schweifende Leidenschaft an den Grenzen der Wirklichkeit angeprallt war, desto entschiedener drängte sich ihnen die Notwendigkeit freiwilliger Entsagung und die Unerläßlichkeit der Bändigung der Leidenschaft auf. Aber darum sollte das ihnen vorschwebende Ideal nicht aufgegeben, sondern zu sittlicher Schönheit und Harmonie, zu einer schönen Menschlichkeit (Humanität) abgeklärt werden. Zu dieser Arbeit an sich selbst treten bei beiden Männern äußere Einflüsse hinzu, die ihnen bei der Überwindung des inneren Zwiespalts zu Hülfe kamen. Bei Goethe war es der Eintritt in bedeutende Weltverhältnisse, in denen sich ihm immer mehr der Blick erschloß für die Idealität des geordneten Weltlaufs und für die Erkenntnis von der Notwendigkeit, sich in die Bedingungen

und Schranken des wirklichen Lebens mit Festhaltung der inneren Idealität einzufügen, — bei **Schiller** kommt neben dem Eintritt in größere Verhältnisse die Freundschaft mit einem festen, charaktervollen Freunde, **Körner**, in Betracht. Sie ernüchterte seine phantastische Überschwänglichkeit und brachte ihn zur Selbstbesinnung und zu innerer Versöhnung.

Für die innere Gesundung beider war ferner von größter Bedeutung die Vertiefung in die Dichtungen der Griechen, besonders Homers, an dessen Natürlichkeit sie ihren von der wahren Einfalt abgeirrten Geschmack läuterten: die begonnene Entwickelung vollendete bei Goethe die Reise nach Italien (1786) und das völlige Einleben in die Kunst und Schönheitswelt der Alten. Dieses Einleben war ihm innerstes Gemütserlebnis, der Gewinn Läuterung und Befreiung seines ganzen Menschen. „Der Dichter, der sich selbst zum Ideal reinen und freien, schönen und hoheitsvollen Menschendaseins vertieft und geklärt hat, ist fortan der Dichter dieses reinen und maßvollen Menschheitsideals." Auch die dichterische Form nahm an dieser Klärung teil. In Iphigenie und Tasso, den römischen Elegieen, Alexis und Dora, Euphrosyne und Hermann und Dorothea — in allen spiegelt sich dasselbe „wiedergeborene Hellenentum, durchhaucht und durchglüht von der tiefen Innerlichkeit des modernen Gemütslebens".

Von anderen Ausgangspunkten gelangte Schiller zu demselben Ziele. Zuerst gewann er durch das Studium der Geschichte die Erkenntnis, „daß das vernunftgemäße Ideal der menschlichen Entwickelung nicht über und außer der geschichtlichen Wirklichkeit liege, sondern deren Grundlage und treibende Kraft sei". Indem sich seine geschichtlichen Arbeiten mit dem Studium der griechischen Dichtung durchdrangen, wurde ihm das „kunstverklärte Griechentum" zum Urbild der durch Bildung geläuterten und erhöhten Natur. Die innere Läuterung der Seele beförderte das Studium der **Philosophie Kants**. Dieser hatte in seiner 1781 erschienenen „Kritik der reinen Vernunft" die Grenzen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit bestimmt und der phantastischen Gefühlsüberschwänglichkeit der bisherigen Philosophie den Todesstoß gegeben. Noch schärfer geht Kants Sittenlehre („Die Kritik der praktischen Vernunft") der Krankheit der damaligen Zeit zu Leibe,

indem sie dem weichlichen und selbstsüchtigen Drang des Herzens, seine Sehnsucht und seine Wünsche rücksichtslos zu befriedigen, das Sollen der unerbittlichen Pflicht, das Handeln um des Gesetzes willen entgegenstellt. Dadurch wurde Kant für die sittliche Erziehung des deutschen Volkscharakters von unermeßlichem Einfluß. Für Schiller war das Eindringen in die Gedankenwelt Kants ein Bad sittlicher Läuterung. Aber er vergaß nicht, daß es galt, das schöne Menschheitsideal zu erhalten. Kants starrer Pflichtbegriff konnte zu dem Mißverständnis verleiten, als ob die sittliche Vollkommenheit auf dem Wege finsterer Askese zu erreichen sei. Dem gegenüber betonte Schiller, daß nicht starre Sittlichkeit, sondern sittliche Schönheit den Höhepunkt der Charakterbildung des Menschen bezeichne, daß dieser Höhepunkt aber nur dann erreicht werde, wenn die Pflicht zur Natur geworden sei.

Durch das sittliche, wissenschaftliche, künstlerische Ringen und Streben dieser Männer war „der Begriff des reinen, freien Menschentums, das Ideal vollendeter und reiner Humanität wieder erobert".

Aber zu diesem hohen Menschheitsideal stand die Wirklichkeit in schneidendem Gegensatz. Die gesellschaftlichen Zustände blieben zunächst philisterhaft, kleinlich, trocken, die staatlichen Verhältnisse unnatürlich, ja monströs. Weil nun aber die Geistesheroen die wiedergewonnene schöne Menschennatur in der Gegenwart nicht fanden, rissen sie sich von der unschönen Wirklichkeit, von Heimat und Gegenwart los und flüchteten in die Welt des griechischen Altertums, in der sich ihnen das Ideal der Schönheit erschlossen hatte. Seitdem ist Goethes und Schillers dichterisches Schaffen einzig darauf gerichtet, modernes Gefühlsleben und antike Formenschönheit miteinander zu verbinden, wozu bei Schiller noch das Bemühen tritt, in der Tragödie die antike und die moderne Art tragischer Motivierung zu verschmelzen. Es wäre um unser volkstümliches Drama geschehen gewesen, wenn nicht Schiller noch in der letzten Stunde zum Volkstümlichen zurückgekehrt wäre und in seinem „Tell" (1804) den Beweis geliefert hätte, daß sich auch naive Volkstümlichkeit mit klassischer Kunstidealität verbinden lasse.

Die antikisierende Richtung wurde ein durchgreifender Zug der Zeit. Unter ihrem Einflusse nahm die **Altertumswissenschaft** einen

hohen Aufschwung. Je mehr das Griechentum das höchste Bildungsideal der Zeit war, um so mehr stellte sich die Wissenschaft die Aufgabe, das griechische Altertum zu erforschen. Diese Aufgabe wurde am großartigsten gelöst von Friedrich August Wolf (geb. 1759, gest. 1824). Die griechische Menschheit ist ihm „ein unbedingt Höchstes aller Geschichte, der unbedingt vollendete Ausdruck reiner, freier, harmonisch schöner Menschenbildung". Er war es, der die Philologie aus der Dienstbarkeit der Theologie und Jurisprudenz loslöste und zu einer eigenen Wissenschaft erhob, an deren Ausbau Geistesheroen wie Barthold Georg Niebuhr, August Böckh, Welcker und Otfried Müller arbeiteten.

Auch die **Geschichtswissenschaft** bekam durch Herder und Schiller ihren Anteil an dem geistigen Aufschwung der Zeit. Durch den Göttinger Professor von Schlözer wurde sie zum Range einer auf sich selbst gestellten Wissenschaft erhoben, deren Aufgabe es ist, Einsicht in den inneren Zusammenhang der menschlichen Dinge zu gewinnen. In diesem Sinne schrieb Johannes von Müller seine Schweizergeschichte (1780 ff.) und Spittler seine „Geschichte der christlichen Kirche". „Mächtig war zugleich die Wirkung dieser Männer auf den politischen Sinn, der durch den Gang der Ereignisse der nächsten Zeit im deutschen Volke geweckt wurde."

Einen fast gleichen Entwickelungsgang wie die Poesie nahm die **bildende Kunst**: auch in der Malerei zuerst eine ins Maßlose gehende, ungebärdige Kraftgenialität, die sich Michel Angelo zum Vorbild nahm und deren Hauptvertreter der Schweizer Heinrich Füßli (z. B. Ugolino im Hungerturm) und der Maler Müller sind. Dagegen nahm die Plastik durch Gottfried Schadow eine mehr volkstümliche Richtung. Zur Klassizität wurde die bildende Kunst erhoben durch den Schleswiger Carstens, der, mit höchster Genialität der Erfindung begabt, sich durch das Anschauen antiker Bildwerke und durch die Lektüre der alten Dichter immer mehr in das klassische Schönheitsideal hineinschaute und -lebte und sowohl die menschliche Gestalt in ihrer vollen Wahrheit und Schönheit zur Darstellung brachte, als in der Führung der Linien Schwung und Rhythmus zeigte und so ein harmonisches Zusammenwirken des Ganzen erreichte. Das volle, freie und heitere Hellenentum gelangt erst mit Thorwaldsen (geb. 1770 zu Kopen-

hagen) und Schinkel (geb. 1781 zu Neu-Ruppin) zur Blüte. Durch Thorwaldsen wurde die Idealität der griechischen Plastik wiedergeboren, ihre edle Einfalt und stille Größe, ihr seelischer Adel und ihre Reinheit der Form („Alexanderzug", „die Apostel", „Christus"), während Schinkel in der Überzeugung, daß die griechischen Bauformen der vollendetste Ausdruck architektonischer Schönheit seien, die moderne Aufgabe der Baukunst im Geiste des perikleischen Zeitalters, aber doch nicht ohne Originalität löste (Berliner Museum, Berliner Schauspielhaus).

Auch die **Musik** erreichte in dieser Zeit ihre klassische Höhe, und zwar durch Wolfgang Amadeus Mozart (geb. 1756 zu Salzburg, gest. 1791), der mit liebenswürdiger Naivetät und in heiterer Lebensfreude eine Reihe von Werken geschaffen hat, in denen sich eine Fülle süßen Wohllauts mit edelster Formenschönheit verbindet. Am größten ist er in seinen Opern („Don Juan", „Zauberflöte"), durch die er der Schöpfer der deutschen Oper wurde. Tiefer, gewaltiger angelegt ist Ludwig van Beethoven (geb. 1770 zu Bonn, gest. 1827), in dessen Werken noch etwas Titanenhaftes nachgrollt, das mehrfach über die Grenzen des beschränkten Erdendaseins hinauszugreifen strebt. Ihm verdankt die Musik eine bisher ungeahnte Erweiterung und Vertiefung ihrer Ausdrucksmittel.

Das Humanitätsideal und der Volksgeist. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Vertiefung in das antike, d. h. griechische Menschheitsideal für den deutschen Geist der damaligen Zeit ebensosehr ein Bedürfnis war, als es ihm die tiefste Befriedigung gewährte. Hier fand der von der Kläglichkeit der ihn umgebenden charakterlosen, thatenarmen Gegenwart abgestoßene, nach einer idealen Wirklichkeit sich sehnende Geist alles, was ihm fehlte: einen Staat, der alle religiösen, sozialen, volkstümlichen Lebenskräfte gebieterisch für sich in Anspruch genommen, der jeder Persönlichkeit mit ihrem ganzen Denken, Fühlen und Empfinden Raum, sich voll und ganz auszuleben, und Gelegenheit zu gedeihlicher Mitarbeit an den Aufgaben des Volkslebens geboten hatte, einen Stolz, der „aus dem Bewußtsein des eigenen Werts und aus der Erinnerung an eine ruhmvolle Vergangenheit immer neue Kräfte sog, und über dem allen eine Einheit des Empfindens und

Strebens, die über das ganze Volk eine künstlerisch vollendete Weihe goß und es zu Leistungen in Kunst und Wissenschaft befähigte, die den Angehörigen einer zerrissenen, widerspruchsvollen Zeit als erstrebenswerte Ideale erscheinen mußten".

Unstreitig hat der deutsche Geist aus der Versenkung in die Idealwelt des griechischen Lebens den größten Gewinn gezogen. Die Aufnahme der antiken Bildungselemente in das Leben des deutschen Geistes hat dessen Fähigkeit, die Gedanken anderer Völker nachzudenken und sich zu eigen zu machen, sich in ihre Empfindungsweise einzuleben und mit ihnen mitzufühlen, in einem von keinem anderen Volke erreichten Maße entwickelt.

Aber sie hat dem deutschen Geiste auch eine Richtung auf das Allgemeine gegeben, durch die er immer mehr vom Vaterländischen abgewendet wurde. Diese neue Bildung fand ihren Stolz darin, nicht auf nationaler Grundlage zu ruhen, sie rühmte sich ihrer weltbürgerlichen Unbegrenztheit, Deutschheit wurde als Scheltname gebraucht: „erzdeutscher Einfall", „bornierte Deutschheit", „Philisterhaftigkeit der Deutschen", „deutsche Esel und Affen" sind Ausdrücke, die sich in dem Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe finden. So ging das durch Friedrich den Großen erweckte Nationalgefühl, der schöne Stolz, einem großen Volke anzugehören, wieder völlig verloren. Das eben erst von Moser und Möser angeregte Bewußtsein von der Pflicht des Staatsbürgers, an den Aufgaben der Gegenwart mitzuarbeiten, fand keinen Boden des Gedeihens, vielmehr löste sich der deutsche Geist von allem Zusammenhange mit dem eigenen Volkstum los. Man ging auf in dem ästhetischen Genusse der Schönheitswelt, die man im Griechentum gefunden hatte.

In diesem ästhetischen Genußleben ließ man sich auch nicht stören, als im westlichen Nachbarstaate eine politische Erschütterung stattfand, wie sie die Welt bisher noch nicht erlebt hatte.

Die französische Revolution 1789. Die absolute Monarchie König Ludwigs XIV. von Frankreich, zu welcher Kardinal Richelieu den Grund gelegt hatte, war willkürlicher, schrankenloser als jede andere des europäischen Kontinents, da die feudalen Gewalten, die jene in Schranken halten sollten, völlig abgestorben waren. Richelieu hatte dem Lande eine einheitliche Verwaltung,

strenge Rechtspflege, Sicherheit des Verkehrs geschaffen, den Grund zu einem starken Heere gelegt, den Adel gebändigt, die Stände beseitigt, und dabei durch wirksame Maßregeln für das materielle Wohl des Volks und für den Schutz des Geringen gegen adeligen Übermut die Staatsgewalt so populär gemacht, daß, als Ludwig XIV., fast noch ein Kind, die Regierung übernahm, sein Wille unbestrittene Geltung im ganzen Lande besaß. Vollendet wurde das absolute System durch den Finanzminister Colbert, dessen Genie Frankreich zu einer noch nicht dagewesenen Blüte in Handel und Industrie, Ackerbau und Landesverteidigung erhob. Aber Ludwig XIV. vergaß bald die Fürsorge für den steuerpflichtigen Teil der Nation. Das Staatswohl wurde dem Gelüste des Hofs untergeordnet, die Justiz durch die lettres de cachet (in blanco ausgefertigte Strafbefehle des Königs, die hinreichten, jeden auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis zu bringen) der Willkür und Rachsucht der bevorrechteten Stände geopfert, und eine Reihe schwerer Kriege verschlang den Wohlstand der Nation. Am Ende seiner Regierung war seine See- und Landmacht geschwächt, die Finanzverwaltung zerrüttet, Handel und Gewerbe gelähmt, das Volk sittlich und wirtschaftlich tief herabgekommen. In der herrschenden Gesellschaft regte sich ein Geist der Empörung und Verachtung der staatlichen Ordnung und ihrer Träger, die sich steigerte, als die Regentschaft des Prinzen Philipp von Orleans dem sittlichen Bankrott der Krone den wirtschaftlichen der Nation hinzufügte. Formell stand den alten Körperschaften noch immer das Recht zu, an der Regierung teilzunehmen. Aber man wußte sie davon fernzuhalten. Man stellte die Adeligen als Gouverneure an die Spitze der Provinzen, wo sie sich wie Vicekönige vorkamen; aber Befugnisse auszuüben hatten sie nicht. Die ganze Verwaltung, Truppenaushebung, Justiz, Polizei, öffentliche Arbeiten, lag in den Händen von Intendanten bürgerlicher Herkunft — blind ergebenen Werkzeugen der königlichen Gewalt, die in alles hineinregierten und im Keime die Selbsthülfe erstickten. Infolgedessen gewöhnte sich das Volk, die ungemessensten Ansprüche an die Staatsgewalt zu erheben und sie für jeden Mißerfolg verantwortlich zu machen. Es läßt sich begreifen, wie dieses Verhältnis einer schwachen Regierung einen ungeheuren Haß zuziehen mußte.

Es war ein Übelstand, daß der allmächtige Staat den Feudalherren weltlichen und geistlichen Standes die Besorgung der Rechtspflege und Verwaltung auf dem flachen Lande abgenommen hatte, denn infolgedessen bestand das Verhältnis des Gutsherrn zum unterthänigen Bauern einzig in der Forderung der Abgaben, Zinsen, Fronden. Dem Bauern aber mußte der beschäftigungslose geistliche wie weltliche Adel, der die durch Agenten unbarmherzig beigetriebenen Einkünfte seiner Güter am Hofe verpraßte, als ein höchst unnützes Glied der Gesellschaft erscheinen.

Gedrückt, wie die Lage der Bauern auf dem Lande, war auch die der Handwerker in den Städten. Da nämlich der Handwerker sein Gewerbe auf Kind und Kindeskind vererbte, war es selbst dem geschicktesten und begabtesten Arbeiter nicht möglich, in die Zunftgenossenschaft aufgenommen zu werden. Daher blieb diesen nichts übrig, als ihr Gewerbe verbotenerweise zu treiben. Man zählte vor dem Ausbruch der Revolution in Paris 80 000 solcher unzünftiger Handwerker. Dieses „industrielle Proletariat" wurde nachher das „gefährlichste Material für die Revolution".

Die Stimmung, die weite Kreise der gebildeten Gesellschaft beherrschte, fand ihren Ausdruck in der Litteratur, welche der Revolution voranging. Umgeben von Mißbräuchen und Verkehrtheiten aller Art lebte man sich in das Traumbild einer neuen Welt hinein, in der alles anders und besser war als in der wirklichen. Die tonangebenden Schriftsteller jener Zeit, Voltaire, Montesquieu, Rousseau, sahen in dem Staate „eine ihrem Ideale feindselige Macht". Voltaire spottete über ihn. Montesquieu unterzog die französischen Verhältnisse in Staat und Kirche, Glauben und Leben, Vergangenheit und Gegenwart einer oft vernichtenden Kritik und stellte der Ausartung der Monarchie im französischen Despotismus sein Ideal in der Schilderung des englischen Konstitutionalismus gegenüber. Rousseau sah die einzige Rettung aus der Überkultur seiner Zeit und aller ihr anklebenden Lüge in der Rückkehr zum Urzustand kulturloser Einfalt und richtete seine Angriffe gegen die gesamte Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft. Alle übten auf ihre Landsleute und Zeitgenossen einen unermeßlichen Einfluß aus und brachten in der Gefühls- und Anschauungsweise derselben einen völligen Umschwung hervor

— allüberall, nur nicht bei dem französischen Königtume und dem Hofe.

Ludwig XV. (1715—1774) hatte von seiner Würde und Pflicht keine höhere Vorstellung, als die Sünden der Väter fortzusetzen und womöglich zu überbieten. Seine Wollust erregte den Ekel der gewiß nicht sehr prüden französischen Nation. Die schmutzigen Versuche des Hofs, sich Geld zu verschaffen, forderten die öffentliche Verachtung heraus. Die Teilnahme an den Kriegen Österreichs mit Preußen und der Kampf um die Kolonieen mit England endeten ruhmlos und hatten außer dem Verlust der Kolonieen in Amerika, West- und Ostindien den völligen finanziellen Ruin des Staats zur Folge. „Die Regierung verrufen wie nie eine in Europa, der Staat am Rande des Bankrotts, Recht und Sitte, Gesetz und Glaube in voller Auflösung begriffen, eine wilde Gärung und ein unbegrenztes Mißtrauen in den Gemütern — das war die Erbschaft, die Ludwig XVI. antrat.“ Eine zwar sittlich reine, aber geistig schwerfällige Natur, ohne Einsicht und Thatkraft, war er nicht der Mann, solcher Schwierigkeiten Herr zu werden. Zwar berief er einen ausgezeichneten Verwaltungsbeamten, Turgot, ins Ministerium (1774), und dieser hatte den Plan, durch ein System der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz den „Geist der Selbstthätigkeit von unten auf zu erziehen, der Willkür der Beamten zu wehren und den feindseligen Gegensatz der Stände auszugleichen“. Die himmelschreienden Mißbräuche in der Steuererhebung, die Beraubung der Staatskassen durch Generalpächter und Hofkreise sollten aufhören, die Formen der Feudalität, der Zunftzwang, Privilegien, Monopole beseitigt und alle die bisher gebundenen Kräfte entfesselt und dem Gemeinwohl dienstbar gemacht werden. Aber die höchsten Hof- und Staatskreise, zumal das Parlament (Adel und Geistlichkeit), eröffneten einen Sturmlauf gegen die kühnen Neuerungen und Turgot erhielt 1776 den Abschied. Damit war der Würfel geworfen über Frankreichs Zukunft. Denn der Bankier Necker, der Turgots Nachfolger wurde, wußte dem Staate nur durch immer neue Anleihen aufzuhelfen (von 1777—80 über 500 Millionen Frank). Als er erkannte, daß die Wirtschaft nicht mehr so weiter gehen könne, legte er in einem Rechenschaftsbericht, den er öffent-

lich verbreiten ließ, die Finanzlage Frankreichs dar. Da er aber in demselben auf den wundesten Fleck, die unermeßliche Verschwendung des Hofs, hinwies, mußte auch er fallen (1781). Sein Nachfolger Calonne, ein Mann nach dem Herzen der Hofpartei, machte Anleihe auf Anleihe und verschwendete sie, um die Kapitalisten an die Unerschöpflichkeit der Hülfsquellen Frankreichs glauben und zu neuen Anleihen geneigt zu machen. Als er endlich kein Geld mehr erhielt, kam er auf die Turgotschen Reformen zurück. Weil aber diese mit Parlament und Ständen nicht durchzuführen waren, wurde mit Bewilligung des Königs eine Versammlung von Vertrauensmännern aus allen Klassen der Nation, die Notabelnversammlung, berufen. Aber die Regierung hatte bereits alles Vertrauen verloren; der Haß gegen das Königtum war durch parlamentarische Verhandlungen nicht mehr zu beschwichtigen. Er erhielt neue Nahrung durch den tiefaufregenden Eindruck, den der Sieg der politischen Freiheit in Nordamerika in der ganzen französischen Nation hervorrief. Die Rückkehr zahlreicher Franzosen, wie Lafayette, die am Freiheitskriege teilgenommen, gab der Begeisterung für das republikanische Freiheitsideal und der Bewunderung für die schlichten Handwerker, welche die Politik ihres freien Vaterlands leiteten, die weiteste Verbreitung. So kam es, daß Calonne mit seinen Reformvorschlägen abgewiesen wurde. Er trat zurück und die Notabeln wurden heimgeschickt. Nun versuchte es sein Nachfolger Brienne wieder mit dem Parlament. Dies setzte aber ebenfalls den Reformen Widerstand entgegen und erntete dafür den Beifall des Volks. Es trat das wunderbare Verhältnis ein, daß das Volk diejenigen bejubelte, die den volksfreundlichen Vorschlägen der Regierung sich widersetzten. Aber eben die Thatsache, daß der verhaßten Regierung Opposition gemacht wurde, war es, die das Volk mit Befriedigung erfüllte. Als daher der König durch einen Gewaltstreich die Parlamente aufheben wollte, versagten ihm alle seine Organe den Dienst und die Regierung erlitt eine völlige Niederlage. Nun berief Ludwig XVI. zum zweitenmale Necker an seine Seite (1788), und dieser verhieß, daß im Anfange des nächsten Jahres die états généraux, die allgemeinen Reichsstände, berufen werden sollten, wobei er dem dritten Stande die doppelte Anzahl Vertreter zusprach.

Als die Wahlen vorüber waren, gaben die Wähler, altem Gebrauche folgend, ihren Vertretern ein Heft mit Beschwerden und Wünschen mit. Alle Stände stimmen überein in der Verurteilung der absoluten Monarchie. Allgemein ist ferner die Klage über den Mangel eines öffentlichen und bürgerlichen Rechts und einer raschen und wohlfeilen Rechtspflege; allgemein wird Abschaffung der geheimen Polizei, der Ausnahmegerichte, der willkürlichen Verhaftungen, des geheimen Prozeßverfahrens gefordert. In anerkennenswerter Selbsterkenntnis bekennt der erste (geistliche) Stand, daß die Wiedergeburt, die dem Ganzen not thue, bei ihm selbst beginnen müsse. Der Adel dagegen bleibt fest am Alten und Ältesten hängen und sucht selbst die kleinlichsten und äußerlichsten Standesvorrechte zu retten. Schlimmstenfalls ist er bereit, auf seine Steuerfreiheit zu verzichten, vorausgesetzt, daß auch die Geistlichkeit tüchtig besteuert werde. Die Wähler des dritten Standes aber weisen ihre Vertreter an, daß sie als Bevollmächtigte der ganzen Nation aufzutreten hätten und, wenn die anderen Stände nicht die Abstimmung nach Köpfen zugeben würden, allein mit denen, die sich ihnen anschließen wollten, beraten sollten. Die Bauern wünschten die Abstellung der Unmassen von Lehnsvorrechten, die erdrückend auf ihnen lasteten und dem Hasse gegen die bestehende Ordnung täglich neue Nahrung gaben. Die Wähler von Paris schärfen ihren Abgeordneten ein, „keinen Anleihen ihre Zustimmung zu geben, ehe die Erklärung der Rechte der Nation Gesetz geworden und die wesentlichsten Grundlagen der Verfassung verbürgt seien“.

Als die Reichsstände am 5. Mai 1789 in Versailles zusammentraten, begannen Klerus und Adel die Prüfung der Vollmachten abgesondert für sich zu erledigen. Darauf aber gingen die Abgeordneten des dritten Standes nicht ein. Als dann nach sechswöchentlichen vergeblichen Verhandlungen jede Aussicht auf billige Vereinbarung mit jenen beiden Ständen geschwunden war, erklärten sich die Gemeinen, denen allmählich die bürgerlichen Pfarrer beitraten, unter dem Namen „Nationalversammlung“ für die Vertretung der Nation (Juni 1789) und nahmen das ausschließliche Steuerbewilligungsrecht in Anspruch. Das war der Anfang der Revolution.

Vergebens suchte die Regierung durch militärische Besetzung des Sitzungsraums den Zusammentritt des dritten und geistlichen Standes zu hindern: diese zogen ins Ballhaus und schwuren, sich nicht zu trennen, bis die Verfassung des Königreichs auf festen Grundlagen aufgerichtet sei. Nun machte das Königtum einen letzten Versuch und versprach eine freisinnige Verfassung unter der Bedingung, daß jeder Stand abgesondert für sich beraten solle. Die Nationalversammlung aber wies dieses Ansinnen ab und faßte auf Antrag des Grafen Mirabeau den Beschluß, daß die Person jedes Abgeordneten unverletzlich sei. Immer mehr Mitglieder der Geistlichkeit sowie des Adels schlossen sich der Nationalversammlung an, und zuletzt forderte der König selber die übrigen auf, ebenfalls überzutreten. Damit hatte die Nationalversammlung gesiegt, das Königtum aber sich um den Rest alles Ansehens gebracht.

Flugschriften, die massenhaft im Lande verbreitet wurden, rissen das Volk immer mehr in die revolutionäre Stimmung hinein -- nirgends mehr wie in Paris, wo im Palais Royal ein demokratischer Verein entschiedenster Fortschrittsmänner, an deren Spitze Camille Desmoulins stand, mit agitatorischen Reden die Leidenschaft der Massen anfachte und schürte. Schon ergriff der Geist der Auflehnung auch das Heer. Daher riet man dem Könige, die in Paris und Versailles liegenden Truppen zu entfernen, um sie durch neue zu ersetzen. Mit dieser Maßregel war nichts anderes als ein Staatsstreich beabsichtigt, der am 11. Juli in Scene gehen sollte. Er begann mit der Entlassung Neckers. Aber kaum war dies in Paris bekannt geworden, als Desmoulins in seinem Klub zur Bewaffnung aufforderte.

Zahllose Massen unbeschäftigter Leute, hungernder Proletarier, unzufriedener Handwerker, entsprungener Sträflinge, die sich in den Straßen herumtrieben, plünderten die Waffenläden und überfielen einige Wachtposten und Zollhäuser, worauf der Prinz von Lambesc den vor Paris lagernden Truppen Befehl zum Angriff auf die Menge gab. Das aber reizte diese zum äußersten. Um nicht Paris den zügellosen Banden preiszugeben, wurde ein Bürgerausschuß niedergesetzt, der die Bewaffnung bürgerlicher Mannschaften aus allen Distrikten zum Schutze der Stadt beschloß. So entstand die „Nationalgarde“, die dem Treiben der Straßenbanden

wehrte. Diese aber rückten vor das Invalidenhotel, bemächtigten sich hier alles aufgehäuften Kriegsmaterials (28000 Flinten, Kanonen ꝛc.) und erstürmten dann die Bastille (das Gefängnis, wo die Opfer der Willkür der Monarchie schmachteten), wo man noch größere Waffenvorräte zu finden hoffte (14. Juli). Zwei Mitglieder des Ministeriums fielen der Volkswut zum Opfer. Durch diese Ereignisse wurde Paris eine Art Republik, in der die Nationalgarde und der Gemeinderat die herrschenden Mächte waren.

Als König Ludwig von jenen Ereignissen hörte, begab er sich in die Nationalversammlung, bat um Vertrauen, bot Versöhnung an und berief Necker wieder an seine Seite: die Nationalversammlung erschien wie der letzte Rettungsanker des Königtums, als oberste Autorität Frankreichs. Der Adel aber und die Prinzen, welche den König bisher übel beraten hatten, flüchteten ins Ausland.

Während nun die Bauern auf dem Lande die Waffen gegen ihre Feudalherren erhoben und ganz Frankreich, mit Ausnahme der Vendée und Bretagne, der Schauplatz fürchterlicher Greuel wurde, beschäftigte sich die Nationalversammlung mit abstrakten Dingen, mit Aufstellung der allgemeinen Grund- und Menschenrechte und goß mit den Worten: Freiheit und Gleichheit, Souveränität der Nation, Recht des Widerstands neues Öl in die glühenden Leidenschaften der Massen, die außerstande waren, die vernünftigen Grenzen dieser Begriffe und Rechte zu erkennen. Um aber die erste Anwendung hinsichtlich des Beschlusses der allgemeinen Menschenrechte dem notleidenden Volke zu gute kommen zu lassen, wurde in der Nacht des 4. August die Aufhebung der Leibeigenschaft und aller Feudalrechte, der Provinzial- und Stadtrechte, der geistlichen Annaten und Sinekuren, sowie der Zünfte beschlossen. Darüber hatte die Nationalversammlung den Augenblick verpaßt, wo es noch möglich gewesen wäre, die wilde Bestialität des Pariser Pöbels zu bändigen. Als sich hier am 5. Oktober Tausende von hungernden, brüllenden Männern, Weibern und Kindern zusammenrotteten und auf die von Lafayette ausgegebene Losung: „Auf nach Versailles!“ die ganze Masse sich nach Versailles wälzte, mußten König und Nationalversammlung ihrem Verlangen nachgeben und nach Paris übersiedeln. Das Pariser Gassenvolk

hatte seine Souveränität über König und Nationalversammlung zur Geltung gebracht; es war jetzt die allein herrschende Macht.

Seit dieser Zeit fing auch der Mittelstand an, ins Ausland auszuwandern.

Mirabeau hatte die Überzeugung, daß Frankreich vor dem Abgrund, an dem es stand, nur durch die Wiederaufrichtung eines verjüngten monarchischen Verfassungsstaats, in welchem die Krone mit konstitutionellen Schranken umgeben, aber gleichwohl mit starken Befugnissen ausgestattet sei, gerettet werden könne. In der Absicht, die Rechte des Königtums und die Rechte des Volks untrennbar zu verbinden, wandte er sich mit Ratschlägen an den König, und um den Gegensatz zwischen Ministern und Volksvertretung zu beseitigen, schlug er in der Nationalversammlung vor, den ersteren eine beratende Stimme in den Verhandlungen der letzteren zu gewähren. Aber der Antrag wurde verworfen, und Mirabeau, der ohnedies beim Könige kein Vertrauen fand, erkannte, daß er sein politisches Ziel nicht erreichen werde. Dagegen gelang es ihm, den Kredit des Staats wiederherzustellen und der Finanznot dadurch ein Ende zu machen, daß auf seinen Antrag die Einziehung der Kirchengüter und auf Grund dieses hypothekarischen Unterpfands die Ausgabe von Kassenscheinen — Assignaten — beschlossen wurde.

In der Zeit vom November 1789 bis zum Sommer 1790 faßte die Nationalversammlung Beschlüsse, die zum größten Teile nachher die Grundlage jeder Verfassung gebildet haben, die irgendwo in Europa zustande kam. Sie bezogen sich auf das Bürger- und Wahlrecht, auf die Einteilung des Staatsgebiets und die Gemeindeverfassung, auf die Gerichtsverfassung (Einsetzung von Geschworenen zur Entscheidung der Thatfrage in Kriminalsachen) und auf das Verhältnis von Staat und Kirche. Im einzelnen decken sich die darüber erlassenen Bestimmungen fast ganz mit den josephinischen Reformen.

Aber bis die Nationalversammlung mit ihren Beschlüssen zu Ende kam, hatten sich die Verhältnisse so geändert, daß es nicht mehr möglich war, sie ins Leben zu führen; denn inzwischen hatte die Presse, bei der die errungene Freiheit schnell in Zügellosigkeit ausartete, Tag für Tag bei der Masse die Leidenschaft des Hasses

und des Blutdurstes aufgeregt, es hatte sich durch die Thätigkeit eines Klubs, der ganz wie die Nationalversammlung Sitzungen (im Jakobinerkloster) hielt und Beschlüsse faßte, ein Netz von Zweigvereinen über ganz Frankreich gebildet, die alle ihre Weisungen von Paris erhielten. So erwuchs neben der Nationalversammlung eine neue Macht, die sich auf die Masse stützte und so nach und nach das Übergewicht gewann.

Es war ein Unglück für Frankreich, daß in diesem Augenblicke (2. April 1791) Mirabeau starb, der einzige Mann, der imstande war, die Revolution einzudämmen. Nun ergossen sich die wilden Fluten der Demagogie über das ganze Land und rissen alles in ihren vernichtenden Strudel.

Am fühlbarsten wurde Mirabeaus Hinscheiden dem Könige, der sich dem drohenden Sturme hülflos preisgegeben sah. In dieser Lage entstand bei ihm der Plan, sich und seine Familie durch die Flucht ins Ausland zu retten. Aber in Menehould vom Postmeister Drouet erkannt und in Varennes an der Weiterreise gehindert mußte der König wieder nach Paris zurückkehren, wo die Nationalversammlung bereits die Suspension desselben ausgesprochen und sich selbst die vollziehende Gewalt beigelegt hatte (21. Juni 1791). Schon wurde in den Klubs, in der Presse, in unzähligen Adressen die Abschaffung des Königtums verlangt. Aber die Partei der Gemäßigten setzte für jetzt noch die Erhaltung des Königtums durch, worauf Ludwig XVI. die Verfassung unterzeichnete (14. September 1791) und den Eid leistete. Man gab sich der Hoffnung hin, die Revolution abgeschlossen zu haben.

Da die Nationalversammlung als konstituierende Versammlung ihre Aufgabe erfüllt hatte, trat sie ab, um einer neugewählten Volksvertretung Platz zu machen. Am besten wäre es gewesen, wenn die, welche die Verfassung geschaffen, auch an ihrer Einführung ins Leben und Weiterentwickelung mitgearbeitet hätten. Aber eben diese Persönlichkeiten wurden auf den Antrag Robespierres von der Wiederwahl ausgeschlossen.

So fand sich denn eine Volksvertretung (die Legislative) zusammen, die zumeist der Partei der Girondisten angehörte, Leute mit dunklem Namen, jugendlichen Alters, politische Idealisten,

die es trefflich verstanden, mit glühenden Reden die Gemüter fortzureißen, die aber mit ihren Ideen nicht auf dem Boden der Wirklichkeit standen und denen der helle Blick fehlte für das, was Frankreich not that und was überhaupt möglich war. So waren sie mehr geeignet Gesetze zu zerstören als Gesetze zu geben. Und da auch der König und seine Minister alles daran setzten, sich von der verwünschten Verfassung loszumachen, so arbeitete Regierung und Legislative daran, „die Verfassung zu zertrümmern, noch ehe sie Leben gewonnen" und eine neue Revolution zu entfesseln.

Gleich die ersten Beschlüsse gegen die Priester, welche den Eid auf die Civilkonstitution verweigerten, weil er mit ihrem bereits geleisteten Amtseid in Widerspruch stand, setzten die Versammlung in unausgleichbaren Widerspruch mit der Regierung, da der König, entschlossen, die Priester gegen solche Vergewaltigung der Gewissen zu schützen, von seinem Einspruchsrecht Gebrauch machte. Der Haß, der dadurch gegen den König entstand, wurde geschürt durch den Verdacht bezüglich seiner Mitschuld an dem Treiben der Emigranten, die an den rheinischen Höfen eine lächerliche Soldatenspielerei aufführten und feindselige Demonstrationen gegen Frankreich in Scene setzten. Waren sie auch ganz ungefährlich, so gaben sie doch dem Haß der Massen neue Nahrung, und Desmoulins und Marat versäumten nicht, sie zu diesem Zwecke auszunutzen. Als nun der König auch dem Beschlusse der Versammlung, der den Emigranten eine Frist der Rückkehr nach Frankreich bis zum 1. Januar 1792 stellte, sein Veto entgegensetzte, da war es allen Franzosen klar, daß er mit den Ausgewanderten unter einer Decke stecke. An diesem Veto sind Königtum und König zu Grunde gegangen.

Die demokratische Presse tobte aufs ärgste über den König, die Versammlung aber ergriff die Äußerung Kaiser Leopolds, der die Angelegenheiten Frankreichs einem europäischen Kongreß vorgelegt wissen wollte, mit Leidenschaft, um den König zum Kriege gegen das deutsche Reich zu treiben. Denn die Franzosen brauchten und wollten alle den Krieg, die einen, um für die revolutionären Ideen Propaganda zu machen, die anderen, um über innere Schwierigkeiten rasch hinwegzukommen, wieder andere, um den Staat von bedenklichen Elementen zu säubern, und endlich ein

kleiner Teil in der Hoffnung, daß durch Diktatoren und Männer der Zucht dem wüsten Treiben der Wühler und Klubhelden ein Ende gemacht würde. Sodann wurde der König gezwungen, sein Ministerium zu entlassen und ein neues aus der Legislative zu bilden, dessen Mitglieder mit Ausnahme von Dumouriez alle Girondisten waren, aber zu den unbedeutendsten der Partei gehörten. Nun wurde an das deutsche Reich ein Ultimatum gerichtet und, als der Kaiser (Franz II.) Gegenforderungen bezüglich der deutschen Reichsstände, der Kirche und der inneren Einrichtungen Franreichs stellte, der Krieg erklärt (20. April 1792). Das war ganz nach dem Sinne des Königs, der hoffte, ein kräftiger Anstoß von außen werde dem Chaos im Innern seines Landes ein Ende machen. Diese Hoffnung merkte zwar niemand, aber wohl merkte man, daß der König in die bürgerliche Leibgarde, die ihm bewilligt worden war, insgeheim eine Menge Leute von Adel hineinbrachte, von denen man wußte, daß sie Gegner der Verfassung waren. Daher wurde die Aufhebung dieser Garde und „die Errichtung eines stehenden Heeres von 20000 Mann, d. h. von ebensoviel Jakobinern“ beschlossen, das für den Schutz des Königs und der Hauptstadt zu sorgen hatte, und als der König dagegen Einspruch erhob und das Girondistenministerium entließ, geriet die jakobinische Presse in wahre Raserei und forderte den Tod des Königs; aus den Vorstädten zogen am 20. Juni 1792 30—40000 Mann ruchlosen Gesindels bewaffnet in die Tuilerien und verlangten Zurücknahme des Vetos und Rückberufung der entlassenen Minister. Zum erstenmal sah Frankreich diesen König fest und von ruhiger Entschlossenheit: er gab nicht nach.

Unter dem Eindruck dieser empörenden Scenen rafften sich die besonneneren Kreise des Volks auf, und in allen Teilen des Landes erhoben sich Stimmen zu gunsten des Königtums. Aber der König, von seiner Gemahlin übel beraten, konnte sich zu einer aufrichtigen Anerkennung des parlamentarischen Regiments nicht entschließen. So verrauchte diese monarchische Anwandlung rasch, und ebenso schnell gewannen die Jakobiner den verlorenen Boden wieder, worauf sie ungesäumt daran gingen, das Königtum gewaltsam zu unterwerfen. Damit war auch die Gironde ein-

verstanden. Aber während diese den Akt in aller Würde und Ruhe vollziehen wollte, beabsichtigten die Jakobiner dabei alle Mittel des Schreckens in Anwendung zu bringen. Zweihundert Hafenarbeiter aus Marseille, der Abschaum des Pöbels, bildeten den Kern der Massen, mit denen die Schreckensmänner Robespierre, Danton, Marat, Desmoulins am 10. August mordlustig in die Tuilerien drangen, so daß der König, der den ihm ergebenen Truppen den Widerstand verbot, samt Gemahlin und Kind Schutz in der gesetzgebenden Versammlung suchte. Damit hatte er sich selbst aufgegeben. Er wurde sofort aller Amtsverrichtungen enthoben und ein neues Ministerium eingesetzt, in dem der verwegene, thatkräftige Danton die erste Rolle spielte. Inhaber der vollziehenden Gewalt war vorläufig der revolutionäre Gemeinderat, der, ebenfalls von Danton geleitet, den Beschluß durchsetzte, daß die königliche Familie im Temple (früher ein Ordenshaus der Tempelherren, damals Staatsgefängnis) gefangen gesetzt wurde.

Sofort wurde die Herrschaft des Schreckens organisiert. Alle Franzosen wurden aufgefordert, jeden der royalistischen Gesinnung Verdächtigen zu verfolgen: überall wurden Haussuchungen angestellt, und von den Banden, die bewaffnet die Straßen durchzogen, unter der Mitwirkung rachsüchtiger Denunzianten Tausende unter dem Vorwurf royalistischer Gesinnung in die Gefängnisse geworfen (29.—31. August). Es gab kein Hausrecht, keinen Schutz der Person und des Eigentums mehr. Die Nationalversammlung wurde völlig von dem jakobinischen Gemeinderat beherrscht und mußte in alles willigen. Aus den Unglücksnachrichten, die vom Kriegsschauplatz an den Grenzen kamen, nahm man Anlaß zu den außerordentlichsten Gewaltmaßregeln. „Die ganze Stadt wird durch Sturmgeläute, Trommelwirbel und den Donner der Lärmkanonen in einen Fieberzustand der Angst und Aufregung versetzt.“ Danton erhielt von der Nationalversammlung die ausgedehnteste Vollmacht, jeden mit dem Tode zu bestrafen, der den Befehlen und Maßregeln des Vollziehungsausschusses den geringsten Ungehorsam oder Widerstand entgegensetzen würde.

Nun warfen sich die Mordbanden, an ihrer Spitze der schreckliche Maillard, zunächst auf die in den Gefängnissen Befindlichen und metzelten sie nieder (2. und 3. September). Dem Beispiel

der Hauptstadt folgten die Provinzialstädte (4.—7. September). So war es den Revolutionsmännern gelungen, das Volk zu einem Schritte zu treiben, durch den jede Umkehr auf dem Wege des Umsturzes sich von selbst verbot.

Der Abscheu vor diesen Greueln hatte indessen die Folge, daß in dem während dieser Zeit gewählten Konvent die Partei der Gemäßigten das Übergewicht hatte. Nur in Paris war es den Männern des Schreckens gelungen, durch die äußersten Maßregeln der Willkür und Gewalt Jakobiner in den Konvent zu bringen. Gleich in der ersten Sitzung, 21. September 1792, beschloß der Konvent, daß das Königtum abgeschafft sei und in Frankreich die republikanische Ordnung eingeführt werde. Darin waren alle einig. Als aber am nächsten Tage eine Anklage gegen die Anstifter der Septembermorde erhoben und strenge Maßregeln gegen die um sich greifende Anarchie beantragt wurden, stellte sich heraus, daß die jakobinische Minderheit (genannt der „Berg") durch Rührigkeit, geschlossene Einheit, strenge Disziplin, unbegrenzte Rücksichtslosigkeit und Verwegenheit der Mehrheit weit überlegen war. Daher kam es zu keinem Einschreiten gegen die Anarchie, und die Anklage gegen Marat und Robespierre endete damit, daß ihnen der Konvent Indemnität erteilte.

Nun aber drängte die Girondistenpartei im Konvent darauf, dem Könige den Prozeß zu machen; nicht morden, nur richten wollte sie ihn. Aber was sollte denn an ihm gerichtet werden? Was er vor dem September 1791 Strafbares gethan, fiel unter die Amnestie. Seit der Verfassung von 1791 waren für seine verbrecherischen Schritte seine Minister verantwortlich. Allenfalls konnte man ihm persönlich den Verkehr mit dem Ausland vorwerfen. Dafür „gab es nur eine Strafe für ihn: Verlust des Thrones, und diese hatte er bereits erlitten". Robespierre sprach es logisch und ehrlich aus: der Konvent habe gar nicht die Befugnis, über dem Könige zu Gericht zu sitzen, aber er habe „eine Maßregel der öffentlichen Wohlfahrt zu treffen". Trotzdem beschloß die Mehrheit das gerichtliche Verfahren gegen den König. Während aber die Girondisten, unklar in ihren Zielen und über ihre Mittel, das Urteil über den König dem Konvent, das Urteil über den Spruch des Konvents aber der Nation zugewiesen haben wollten,

brachten es die Beredsamkeit Robespierres, die blutdürstige Presse Marats, die Gewaltthaten der Polizeiausschüsse, das Geheul des Pöbels, die Fäuste der Mordgesellen, die sich an den gemäßigten Abgeordneten vergriffen, dahin, daß der Appell an das Volk beseitigt und über den König mit einer Stimme Mehrheit das Todesurteil ausgesprochen wurde. Mit der Ruhe des guten Gewissens bot er am 21. Januar 1793 sein Haupt dem Scharfrichter dar.

Von jetzt an gewannen die Männer der äußersten Linken und das von ihnen geleitete Organ, der Stadtrat von Paris, die volle Herrschaft in der Hauptstadt und damit in ganz Frankreich. Was einsichtsvolle Männer der Gironde vorausgesagt, „daß der Tod des Königs nicht der Abschluß, sondern die Eröffnung eines neuen schrankenlosen Blutvergießens sein, und daß diese neue Phase der Revolution auch die Gironde verschlingen werde", bewahrheitete sich schnell. Nachdem Marat in der Presse die Losung ausgegeben: Plünderung der Reichen zu gunsten der Armen, und Robespierre alles zum Leben Nötige für gemeinsames Eigentum der ganzen Gesellschaft erklärt hatte, wurde der „Aufruhr der Proletarier gegen die besitzende Klasse" organisiert und am 25. Febr. 1793 1200 Häuser ausgeplündert. Wohl gelang es der Gironde noch einmal, dem blutdürstigen Antrage Robespierres, außer einer regierenden Behörde, dem Wohlfahrtsausschuß, auch ein Revolutionsgericht einzusetzen, welches ohne alle gesetzliche Formen, ohne Ermittelung des Thatbestands rein nach dem Gutdünken der Richter über Leben und Tod politischer Verbrecher entscheiden sollte, dadurch die Spitze abzubrechen, daß sie in Verbindung mit Danton die Aufstellung von Geschworenen, die über die Thatfrage zu befinden hatten, durchsetzte. Als aber Dumouriez nach den Niederlagen, die er von den verbündeten deutschen Mächten erlitten, keine andere Rettung vor der Rache der Jakobiner sah als in einer Gegenrevolution und zu diesem Zwecke einen Vertrag mit den Österreichern zur Niederwerfung der Pariser Regierung schloß, — als die Gironde diesen Verrat von Dumouriez Danton schuld gab und diesen sowie Marat in Anklage versetzte und, um die Häupter der Pöbelherrschaft zu beseitigen, die Beseitigung der Behörden von Paris beantragte und durchsetzte, — als man in Paris vernahm, daß in den Provinzen blutige Aufstände gegen

den Terrorismus der Klubs ausgebrochen und ein Anmarsch der aus dem städtischen Mittelstande der Provinzen zusammengerotteten Scharen drohe, — da schritten die Jakobiner ohne Zaudern zur rücksichtslosesten Gewalt, schickten ihre mordschnaubenden Banden unter dem Dröhnen der Sturmglocken und dem Donner der Lärmkanonen in den Konvent und bemächtigten sich der Häupter der Gironde (2. Juni 1793). Weil nun in diesem Augenblicke in einigen Städten des südlichen Frankreichs sowie in der Vendée und Champagne die Gegenrevolution ausbrach und die Niederlage der französischen Heere an der Ostgrenze den Truppen der Verbündeten den Weg nach Paris offen legte, war die Bergpartei entschlossen, den Schrecken bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen und alles Halbe und Schwankende im Innern aus dem Wege zu räumen. Jetzt war die Zeit gekommen, wo Robespierre sein Talent revolutionärer Organisation entwickeln konnte. Er war von der Rousseauschen Lehre beherrscht, daß die ganze gesittete Welt nichts sei als eine Fratze, alles Bestehende nichts als „ein Abgrund des Verderbens, daher wert, daß es zu Grunde gehe“. So mußten die gegenrevolutionären Schriftsteller, die Girondisten, die unzuverlässigen Generale beseitigt, es mußte der nach Ordnung verlangende Mittelstand vernichtet und die Massen Pariser Pöbels (die Sansculottes) bewaffnet und besoldet werden, um die Schreckensregierung in Paris nach innen und außen zu schützen. Die Ermordung Marats durch Charlotte Corday (13. Juli 1793) lieferte den erwünschten Vorwand, um von Verschwörungen gegen die Freiheit des Volks zu predigen und die Massen von der Notwendigkeit blutigen Vorgehens zu überzeugen. Daher wurde eine revolutionäre Regierung unter Aufsicht des Wohlfahrtsausschusses begründet, sodann das Revolutionsgericht neu organisiert, mit Kreaturen Robespierres besetzt und endlich ein Gesetz gegen alle „Feinde des Vaterlands“ (d. h. Feinde des Terrorismus) erlassen. Infolgedessen wurden Tausende in die Gefängnisse geworfen und nachher — im Durchschnitt täglich 29 — zur Guillotine geschleppt: die adeligen Offiziere, die Girondisten samt und sonders, Männer der Wissenschaft und Kunst ohne Unterschied. Am 16. Oktober 1793 fiel auch das Haupt der schwer geprüften Königin Marie Antoinette unter dem

Beil der Guillotine. Ähnliche Vorgänge wiederholten sich in allen größeren Städten Frankreichs. Am meisten hatte Lyon zu leiden, das zum Teil dem Erdboden gleichgemacht wurde. Im ganzen sollen in Frankreich 200000 Menschen dem Tode überliefert worden sein. Tausende wanderten aus.

In der Raserei des Umsturzes ging man so weit, daß, um mit der ganzen Vergangenheit zu brechen, der christliche Kalender abgeschafft und ein neuer eingeführt wurde, der vom ersten Tage der französischen Republik (22. Sept. 1792) an rechnete. Die wütendsten Blutmänner, allen voran Hebert und seine Leute, entweihten die Kirchen und ihre Heiligtümer und erklärten das Christentum, die Religion und Gottesverehrung für abgeschafft, an deren Stelle sie den Kultus der Vernunft setzten. Da aber dieses Treiben die Massen des Volks, besonders außerhalb Paris, der Revolution entfremdete, ließ Robespierre die „Wütenden" («Enragés») aus dem Jakobinerklub ausstoßen. Das war der Anfang der Zersetzung der Jakobinerpartei. Einen zweiten prinzipiellen Anlaß zum inneren Zwiespalt gaben die Bemühungen Dantons und Desmoulins, dem planmäßigen, endlosen Morden Einhalt zu thun. Das war nicht nach dem Sinne Robespierres. Er benutzte daher einen zwischen den Hebertisten und Dantonisten ausbrechenden Streit, um beide zu verderben. Am 24. März und 5. April 1794 verrichtete der Henker sein Geschäft an ihnen.

Nun hielt Robespierre die Bahn für frei, um sein Staatsideal zu verwirklichen, „das auf die Vernichtung des Individuums, die Zerstörung alles persönlichen Sonderlebens zu gunsten des unumschränkten Gesamtwillens der Gesellschaft und seiner Organe" hinauslief. Um die „Umgestaltung der Gesellschaft auf rationalistisch-philanthropischer Grundlage anzubahnen", ließ er durch den Konvent den Glauben an ein höchstes Wesen und an Unsterblichkeit wegdekretieren. Da er aber trotzdem bemerkte, wie der Groll und die Erbitterung der Menge, selbst seiner Umgebung, gegen ihn zunahm, gab er dem Revolutionstribunal eine neue Organisation, damit die Gerichte und Guillotinen schneller arbeiten könnten, und besetzte die ersteren mit seinen zuverlässigsten Kreaturen. Entscheidend über Schuldig oder Nichtschuldig der Ange-

klagten war nur das „durch Patriotismus erleuchtete Gewissen" der Richter und Geschworenen. Jeder ausgesprochene und unausgesprochene Gedanke konnte jetzt zum Vorwande eines Prozesses gemacht werden. So war der Anfang zur Gründung einer positiven Ordnung die Herstellung eines neuen Schreckensregiments, dem gegenüber das bisherige für ein System der Milde gelten konnte. „Es folgten entsetzliche Wochen, in denen täglich 60 bis 70 Unglückliche hinausgefahren wurden, und in ganz Frankreich eine einzige große Orgie des Massenmords gefeiert ward." Aber mehr als diese inneren Feinde fürchtete Robespierre das Aufkommen einer Militärdiktatur, daher dachte er auf Frieden mit dem Ausland, weil er dadurch die Heere und Generale los wurde. Er suchte daher eine Verständigung mit Österreich, das seine Anträge nicht ganz zurückwies. Als dies bekannt wurde, machte man ihm den Vorwurf, er wolle die Republik an die Feinde verraten. Ein allgemeiner Umschwung trat ein, der besonders in den Reihen des Mittelstandes Anklang fand. Da keiner mehr seines Lebens sicher war, entstand leicht eine Koalition derer, die sich von dem einzigen Manne und seinen wenigen Getreuen bedroht fühlten. Am 27. Juli 1794 wurden Robespierre, St. Just und Couthon im Konvent verhaftet, zwar auf der Straße wieder befreit, dann aber in die Acht erklärt und aufs neue in Haft genommen. Dabei wurde Robespierre durch einen Pistolenschuß verwundet, ob von eigener oder fremder Hand, ist unaufgeklärt. Dann wurden er und 22 seiner nächsten Genossen am 28. Juli hingerichtet, 72 Jakobiner teilten dasselbe Schicksal. So hatte die Schreckensherrschaft ihre eigenen Urheber verschlungen.

Erste Einwirkung der französischen Revolution auf das deutsche Reich. Staunend hatte die Welt dem furchtbaren Schauspiel zugesehen, das sich vor ihren Augen entrollte. Zumal auf Deutschland mußten diese Vorgänge einen tiefen Eindruck machen, nicht nur wegen der Nachbarschaft, sondern mehr noch deshalb, weil die humanen und philanthropischen Tendenzen, welche die ersten Schritte der Revolution zur Schau trugen, in Deutschland große Verbreitung gefunden hatten und die ganze Sitte und Denkart des hohen und niederen Volks durchdrangen. Die ganze Welt

von Wünschen und Hoffnungen, welche die deutsche Nation erfüllte, gleiches Recht für alle, Herrschaft des Rechts statt der Willkür, verfassungsmäßige Freiheit, erschien auf gallischem Boden verwirklicht. Goethe, der vornehme Aristokrat, bezeugt, wie jedem Deutschen „das Herz sich erhoben, als man hörte vom Rechte der Menschen, das allen gemein sei, von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit". Selbst der 65jährige Klopstock stimmte seine Bardenharfe zu dem jubelnden Ausruf: „Hätt' ich hundert Stimmen, ich feierte Galliens Freiheit". Der Philosoph Kant glaubte, was er in zurückgezogener, stiller Thätigkeit über des Menschen Würde gedacht, durch die Revolution verwirklicht zu sehen. Und vollends die Jugend, der noch die Kraftworte des Räubers Moor im Ohre klangen, fühlte sich hingerissen von dem rhetorischen Pathos der Franzosen und bewunderte arglos die republikanische Tugend der Girondisten. Einzelne Gewaltthaten, die schon im Anfang vorkamen, war man geneigt als ein bedauerliches, aber nicht zu vermeidendes Übel anzusehen. Aber die lärmenden Kundgebungen, die an wenigen Orten zu gunsten der Revolution stattgefunden hatten, blieben doch vereinzelt. Von einer tiefen, politischen Ergriffenheit des deutschen Volks war nichts zu bemerken. Und als vollends das Blut des unschuldigen Königs geflossen, als der Schrecken das Regiment zu führen begann und das Blutgerüst das einzig wirksame Regierungsorgan der Terroristen wurde, da wandte sich der gesunde Sinn des deutschen Volks von diesem Wahnsinn der Zerstörung ab. Die Deutschen versanken wieder in ihre alte Gleichgültigkeit gegen politische Dinge, nahmen ihre wissenschaftliche und künstlerische Arbeit wieder auf und besannen sich am Studiertisch über das mögliche Ergebnis der gewaltigen Bewegung.

Im ganzen war Deutschland kein fruchtbarer Boden für die Revolution. In Preußen waren viele der politischen Gedanken, „welche die Halbbildung heutzutage als «Ideen von 89» zu feiern pflegt", teils durch Friedrich den Großen längst durchgeführt, teils angeregt, und Österreich stand noch unter den Nachwirkungen einer Revolution, die vom Throne ausgegangen war. Überhaupt, wo eine verständige Regierung den Bedürfnissen der Zeit einigermaßen entgegengekommen war, hatte es mit der Revolution keine Gefahr.

Aber in den Kleinstaaten, in den Territorien der Grafen und Reichsritter, wo „die Willkür kleiner Winkeltyrannen“ waltete, und zumal in den geistlichen Stiftern am Rhein: Trier, Straßburg, Mainz, Speier, wo noch immer das Belieben der Landesherren mit dem allgemeinen Besten identifiziert wurde, nahmen die Klagen über Jagdunwesen, Steuerdruck, Lasten der Leibeigenschaft einen schärferen Ton an. Hier war jedenfalls ein fruchtbarer Boden für die Revolution — und hier am Rhein war es auch, wo sich auf Grund der thatsächlichen politischen Verhältnisse die Wirkung der Aufhebung der Feudallasten am stärksten geltend machen mußte.

Im westfälischen Frieden war außer den drei lothringischen Bistümern auch das Elsaß an Frankreich abgetreten worden, aber unter der Bedingung, daß letzteres hier nur die bisherigen *kaiserlichen* Hoheitsrechte ausüben, die unmittelbaren Reichsstände aber ihre Reichsunmittelbarkeit und landesherrlichen Rechte behalten sollten. Trotzdem hatte die französische Krone, die Ohnmacht des Reichs benutzend, ihre Gewalt immer weiter ausgedehnt: die Reichsstädte waren in Landstädte umgewandelt worden, allmählich war die Ritterschaft und die kleinere Geistlichkeit der Übermacht erlegen, und den mächtigeren Reichsständen, die im Elsaß Güter und Rechte besaßen, war es nur dadurch gelungen, in denselben ihre Landesherrlichkeit zu retten, daß sie die französische Oberhoheit anerkannten: so Straßburg, Speier, Würtemberg, Pfalz-Zweibrücken, Kur-Trier, deren Bauern freilich infolge davon sowohl der Krone Frankreichs Steuern als den deutschen Herren Lehnsabgaben leisten mußten. Als nun von der konstituierenden Versammlung in Paris die feudal-kirchlichen Gerechtsame aufgehoben wurden, verloren die verschiedenen Herren nicht nur ihre Einnahmen, sondern wurden auch als französische Bürger selbst zu den Steuern herangezogen und ihre im Elsaß und in Lothringen liegenden Gebiete der neuen französischen Staatsorganisation einverleibt — eine Einrichtung, durch welche die geistlichen Stifter ganz aus dem Reichsverband losgelöst wurden. Anfangs schien die Nationalversammlung insofern ein Einsehen zu haben, als sie sich zu einer angemessenen Entschädigung bereit erklärte, aber die Entscheidung darüber wurde in immer weitere Ferne gerückt,

und jedenfalls konnte die Art der Entschädigung — mit Assignaten oder Nationalgütern — nicht als ein gebührliches Äquivalent erachtet werden. Die nächstbeteiligten Reichsstände wandten sich an den Reichstag, der nach langen Verhandlungen ein Gutachten zustande brachte, in welchem die besonderen Übereinkünfte elsässischer Reichsstände mit der französischen Krone, sowie die Beschlüsse der Nationalversammlung als widerrechtlich verworfen und der Kaiser aufgefordert wurde, die Rechte der betreffenden Stände zu wahren (1791).

Zunächst war allerdings von Frankreich nichts zu besorgen; es kam nur darauf an, daß die ungestüme Heftigkeit der kleinen deutschen Potentaten den Franzosen keinen Anlaß zu berechtigter Beschwerde gab. Da war es nun ein Übel, daß gerade jene geistlichen Höfe am Rhein den französischen Emigranten nicht nur Aufnahme gewährten, sondern ihnen auch gestatteten, sich militärisch zu organisieren, offene Anwerbungen zu betreiben und ihrer royalistischen Begeisterung in lärmenden Demonstrationen für das bedrängte Königtum in Frankreich Luft zu machen. Mittelpunkte solcher Emigrantenscharen waren Worms, Koblenz und andere kleinere Städte am Rhein. Solches Treiben verstieß gegen allen völkerrechtlichen Gebrauch und hatte eine Beschwerdenote Frankreichs zur Folge (1791), deren Berechtigung seitens der Höfe in Berlin und Wien nicht bezweifelt wurde. Überhaupt schienen die französischen Angelegenheiten einem gemeinsamen Einverständnis zwischen beiden Mächten den Weg zu bahnen.

Umschwung in der preußischen Politik. Trotz des Reichenbacher Vertrags blieb das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen noch eine Zeitlang unklar, ja gespannt. Kaiser Leopold hatte die im Reichenbacher Vertrage festgesetzten Bedingungen weder bezüglich der Türkei noch Belgiens innegehalten und es auch sonst an Kränkungen und Aufstachelungen gegen Preußen nicht fehlen lassen. Als ihm aber der russische Übermut immer lästiger und bedrohlicher wurde, entschloß er sich, ein freundlicheres Verhältnis zu Preußen und England zu suchen, und ließ am Berliner Hofe den Wunsch einer innigeren Annäherung aussprechen. Er fand bereitwilliges Entgegenkommen.

Denn in Berlin hatte sich, unter dem Einflusse der Angst vor dem Umsichgreifen der Revolution in Frankreich, in den mystischen

Kreisen, die sich um Bischoffswerder scharten, die politische Ansicht ausgebildet, daß es für einen christlichen Staat keine schönere Aufgabe gebe als die Erhaltung der herkömmlichen Rechte der Krone, wo auch immer dieselben gefährdet wären. Indem Friedrich Wilhelm II. sich dem Einflusse dieser Kreise immer mehr hingab, entstand bei ihm die Anschauung, „daß es eine Politik der Solidarität konservativer Interessen gäbe", hinter der alle anderen Rücksichten zurücktreten müßten, und die Annäherung Österreichs ließ vor seinem inneren Auge das Bild eines „gemeinsamen Kreuzzugs nach Frankreich zur Behauptung und Wiederherstellung der alten Autoritäten in Staat und Kirche" auftauchen. Daher sandte er sofort Bischoffswerder nach Wien, dem hier bemerklich gemacht wurde, daß die Entlassung Hertzbergs die Vorbedingung aller weiteren Verständigung sei. Eben hatte dieser, in konsequenter Befolgung seiner bisherigen Politik, noch den Rat erteilt, die in Polen eingetretene Verfassungsänderung, durch die Polen in ein erbliches konstitutionelles Königreich umgewandelt wurde, nicht anzuerkennen. Aber recht im Gegensatz dazu beschloß Friedrich Wilhelm II., die polnische Staatsveränderung zu billigen und mit Österreich ein förmliches Bündnis zu gunsten der Integrität Polens abzuschließen. Hertzberg erhielt seine Entlassung und Bischoffswerder wurde nach Wien gesandt (Ende Mai 1791). Inzwischen war Kaiser Leopold sowohl von seiner Schwester, der französischen Königin Marie Antoinette, als von den königlichen Prinzen, die sich unter den Emigranten befanden, gedrängt worden, sich in die französischen Angelegenheiten einzumischen. Aber schlau, wie er war, gab er sich die größte Mühe, die Politik des preußischen Hofs nach dieser Richtung hin zu lenken, während er sich selbst mit äußerster Vorsicht zurückhielt und die Frage bewaffneten Einschreitens von einer Verständigung aller europäischen Mächte abhängig machte. Da erfolgte der mißlungene Fluchtversuch Ludwigs XVI. und seine Gefangennehmung. Nun mußte der Kaiser aus seiner zuwartenden Haltung heraustreten. Am 6. Juli 1791 erließ er von Padua aus eine Aufforderung an die Souveräne Europas: „sie möchten Frankreich kund geben, daß sie die Sache Ludwigs wie ihre eigene betrachteten, und für den König Freiheit und Sicherheit verlangen". Diese Aufforderung beantwortete das

preußische Kabinett mit solcher Zurückhaltung, daß darin in Wien eine Ablehnung gesehen wurde. Aber drei Tage zuvor hatte Bischoffswerder gegen seine Instruktion einen Vertrag und Entwurf unterzeichnet, durch den sich Österreich und Preußen gegenseitig ihren Besitzstand verbürgten und einander Hülfe versprachen für den Fall innerer Unruhen. Bei einer Zusammenkunft der beiden Monarchen in Pillnitz wurde die zum Kriege drängende Emigrantenpolitik aufs bestimmteste zurückgewiesen, und eine Einmischung in die Verhältnisse Frankreichs von dem Einverständnis aller europäischen Mächte abhängig gemacht. Aber die Emigranten wie das französische Volk zogen aus dem letzten Satze den Schluß, daß eine Einmischung in die französischen Angelegenheiten doch in der Absicht der Monarchen liege. Viele der hervorragenden Emigranten begaben sich nach Berlin und Potsdam, wo es ihnen gelang, das Ohr des Königs zu gewinnen und ihn in dem Maße zu bearbeiten, daß einer der Minister aus einer Unterredung mit dem Könige den Eindruck gewann, dieser wolle durchaus den Krieg. Auf diesen Entschluß wirkte ohne Zweifel Rußland ein; denn die Kaiserin Katharina wünschte die beiden deutschen Großmächte in einen Krieg mit Frankreich verwickelt zu sehen, um desto freiere Hand gegen Polen und die Türkei zu haben. Daher sagte sie den Emigranten ihren Schutz zu, mahnte unablässig an die gemeinsame Pflicht der Souveräne, die Revolution zu bekämpfen u. a. Aber bei dem schlauen Kaiser verfingen ihre Umtriebe nichts. Dieser suchte sich der Verbindlichkeiten, die ihm die Erklärung von Pillnitz auferlegte, zu entziehen, und als König Ludwig XVI. die Verfassung angenommen hatte, erklärte er sich aller Verpflichtungen enthoben.

Aber der Kaiser hatte die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden gegen Frankreich schon nicht mehr in der Hand. Frankreich selbst übernahm die Rolle des Angreifers (s. oben S. 323) und erklärte dem deutschen Reiche den Krieg (20. April 1792). Diese Erklärung fand die beiden Großmächte geeint: der Vertrag, den Bischoffswerder angebahnt, war Anfang Februar 1792 unterzeichnet worden. Wenige Wochen später (am 1. März 1792) starb Leopold.

Im Drang der Ereignisse wurde die neue Kaiserwahl beschleunigt, aus welcher Erzherzog Franz als Reichsoberhaupt

hervorging (5. Juli 1792). Er war der letzte Kaiser des heiligen römischen Reichs deutscher Nation.

Verteidigung des deutschen Reichs gegen die Angriffe des revolutionären Frankreichs durch das verbündete Österreich und Preußen 1792. Die Franzosen konnten sich nicht genug beeilen, den Krieg zu beginnen, aber leichtsinnig, wie er erklärt war, wurde er auch geführt. Schon am 29. April (1792) setzten sich die französischen Heere gegen Belgien in Bewegung; man hoffte, das Volk werde, da es mit Österreich zerfallen war, sich jubelnd der Revolution anschließen. Aber als Biron bei Jemappes, Dillon bei Tournay mit kleinen österreichischen Korps zusammenstießen, nahmen die undisziplinierten französischen Haufen schnell Reißaus. Wäre jetzt das deutsche Reich gerüstet und die beiden deutschen Großmächte aufrichtig einig gewesen und hätten sie einen entschlossenen, nachdrücklichen Angriff auf Frankreich gemacht, so wäre vielleicht die Kraft der späteren Angriffe Frankreichs auf Deutschland bedeutend gelähmt worden. Aber die Wehrverfassung des Reichs war völlig erstarrt, die Führer langsam und ohne Selbstvertrauen; einzelne kleinere Fürsten machten Miene, sich von der Teilnahme am Kriege ganz auszuschließen. Die beiden Großmächte selbst ließen kostbare Monate unbenutzt vorübergehen, und als sie endlich dem Angriff entgegentraten, thaten sie es nur mit halber Kraft und gegenseitigem Mißtrauen.

Der Grund der Halbheit in den Kriegsmaßregeln der beiden Großmächte lag zum Teil in den Verhältnissen Polens, teils in den territorialen Vergrößerungsplänen, von denen der gänzlich unfähige Kaiser Franz II. erfüllt war und in welchen die preußische Staatskunst hinter dem Nebenbuhler nicht zurückbleiben zu dürfen meinte.

In Polen hatte sich die Durchführung der neuen Verfassung von 1791, sowohl infolge der Anzettelungen Rußlands als infolge ihrer inneren Unhaltbarkeit, als unmöglich erwiesen. Als nun im Januar 1792 Kaiserin Katharina Friede mit den Türken geschlossen hatte, faßte sie die endliche Erledigung der polnischen Frage ernstlich ins Auge und schlug Österreich und Preußen eine neue Teilung Polens vor. Österreich wollte zunächst davon nichts

wissen, aber in Berlin, wo man einsah, wie verkehrt man gehandelt, als man die neue polnische Verfassung anerkannte, war man nicht abgeneigt, wollte aber doch ohne Österreich in der Sache nicht vorgehen. Rußland wollte nicht länger säumen; es ließ seine Truppen in Polen einmarschieren und mit Waffengewalt unter Hülfe erkaufter Parteigänger die neue Verfassung zertrümmern (Mai 1792). Nun trug die preußische Diplomatie nicht länger Bedenken, von dem Bunde mit Polen zu dessen Teilung überzugehen, während Österreich, von der russischen Diplomatie angeregt, auf den alten bayerischen Tauschplan zurückkam und, als jetzt die preußische Politik dem letzteren zustimmte, sich ebenfalls mit der Teilung Polens einverstanden erklärte. So war alles Sinnen und Trachten Preußens auf den Gewinn eines Teils von Polen, Österreichs auf den Gewinn Bayerns gerichtet.

Indes mahnte der dem deutschen Reiche im Westen aufgedrungene Krieg zu energischem Handeln. Der Oberbefehl war dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zugedacht, einem Manne von klarer Erkenntnis der Verhältnisse, aber voller Bedenklichkeiten und ohne Energie; der Plan war: Österreicher und Preußen sollten vereint in der Stärke von 60000 Mann am Niederrhein, ein österreichisches Korps von 50000 Mann gesondert am Oberrhein operieren. Man wollte entscheidende Schläge führen und den Feldzug mit einem Male beenden, damit die Franzosen nicht in mehreren Kampagnen den Krieg hinzögen. Aber was im Laufe der zweiten Hälfte des Jahrs an Truppen zusammenkam, reichte nicht aus, um die Revolution mit einem Schlage zu bewältigen. Trotz der unzureichenden Streitkräfte wurde der Feldzug in den letzten Julitagen eröffnet, indem sich die bei Koblenz gesammelten, vorzugsweise preußischen Truppen Mosel aufwärts gegen Frankreich in Bewegung setzten. Nach Überschreitung der Grenze wurde am 23. August die Festung Longwy, am 2. September Verdun (an der Maas) genommen. Da aber infolge der unaufhörlichen Regengüsse in den vereinigten Heeren ruhrartige Krankheiten auszubrechen begannen, faßte der Herzog den Entschluß, an der Maas den Feldzug einzustellen. Dem gegenüber bestand König Friedrich Wilhelm, der sich beim Heere befand, auf energischem Vormarsch. Galt es ja doch, durch einen entscheidenden

Schlag den König von Frankreich zu retten, ehe es zu spät war, und den Feldzug schnell zu beenden! Der Herzog gab nach, sorgte aber durch seine Bedächtigkeit dafür, daß der Plan des Königs doch nicht zur Ausführuug gelangte. Er würde wohl anders verfahren sein, wenn er eine Ahnung gehabt hätte von der Zerrüttung, die im französischen Lager herrschte.

Hier war alles in völliger Unordnung. Tausende liefen davon, die neu eintretenden Freiwilligen waren ganz ungeschult, die Ausrüstung und Verpflegung mangelhaft. Aber der seit dem 18. August mit dem Oberbefehl über die französische Nordarmee betraute Dumouriez war ein talentvoller, unternehmender Offizier, der geschickt die Macht der Phrase zu benutzen wußte, um seinen Soldaten Mut einzuflößen. Vor den deutschen Truppen lagen die nicht sehr hohen, aber schwer passierbaren Pässe des Argonner Waldes. Diese, so verkündete Dumouriez prahlend, sollten „die Thermopylen Frankreichs“ werden. Hätte der Herzog von Braunschweig die Höhen rechtzeitig besetzt, so wäre die Lage der Franzosen hoffnungslos gewesen. Aber er ließ Dumouriez Zeit nicht nur zur Besetzung der Höhen, sondern auch zur Vereinigung mit Kellermann, so daß im Lager von St. Menehould 60000 Mann französischer Truppen beisammen waren, denen nur 30 bis 40000 Mann Preußen gegenüberstanden. Trotzdem verlangte König Friedrich Wilhelm einen Angriff, der auch am 20. September auf die auf den Höhen von Valmy aufgestellten Truppen Kellermanns erfolgte. Gleich anfangs wurde durch das preußische Geschützfeuer eine französische Kolonne zersprengt und durch das Auffliegen einiger Pulverwagen eine solche Verwirrung im französischen Heere hervorgerufen, daß ein Bajonettangriff genügt hätte, um den Franzosen eine vollständige Niederlage beizubringen. Statt dessen beschränkte sich der Herzog auf eine Beschießung der Anhöhe, auf welcher der Feind stand. Als der Abend hereinbrach, hatte man über 20000 Kugeln und Granaten verschossen, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu erzielen.

Damit hatte die Armee Friedrichs des Großen den Ruf ihrer Unüberwindlichkeit für immer eingebüßt. Über die französischen Revolutionstruppen aber, die zum erstenmal nicht davon gelaufen waren, kam eine übermütige Siegeszuversicht. Gleichwohl erkannte

Dumouriez recht wohl, daß seine Truppen einem etwaigen erneuten Angriffe des deutschen Heeres nicht gewachsen waren. Um daher die Verbündeten an der Offensive zu hindern, begann er Unterhandlungen mit den Deutschen, die er absichtlich in die Länge zog, um während derselben neue Truppen an sich zu ziehen. Zugleich faßte er den Plan, Preußen von dem Bündnis mit Österreich abzuziehen und ersteres zum Zusammengehen mit Frankreich zu bewegen. Wenn man nun auch im preußischen Hauptquartier dieses Kriegs an der Seite Österreichs herzlich überdrüssig war und sich nach einem baldigen Frieden sehnte, so war doch König Friedrich Wilhelm durch das Ansinnen eines Bundes mit Frankreich aufs tiefste empört. Denn inzwischen war der König abgesetzt und Frankreich in eine Republik verwandelt worden. Auch wollte er von einem Bruch mit Österreich nichts wissen. Die Unterhandlungen mit Dumouriez wurden schnell abgebrochen, aber darüber waren kostbare 8 Tage verloren gegangen, und während dieser Zeit hatte einerseits Dumouriez sein Heer verstärkt, anderseits hatte das preußische Heer durch die Ruhr und den Mangel an Lebensmitteln so bedeutende Verluste erlitten, daß man sich zum Rückzug entschließen mußte. Die Wege waren durch den unaufhörlichen Regen ungangbar geworden, und infolgedessen der Rückmarsch äußerst schwierig. Benutzte Dumouriez diese Verhältnisse mit Geschick, so standen dem preußischen Heere große Gefahren bevor. Da nun in diesem Augenblicke im preußischen Hauptquartier neue, vom Pariser Konvent geschickte Unterhändler zur Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen auftraten, so ergriff man im preußischen Lager diese Gelegenheit begierig, um durch Verschleppung der Besprechungen Zeit zum Rückzug zu gewinnen; dies gelang vollkommen. Als die verbündeten Truppen bis an die Maas gelangt waren und Verdun erreicht hatten, brach man die Verhandlungen ab.

Aber durch diese Verhandlungen war das volle Mißtrauen der Österreicher erwacht. Bestand doch ohnedies zwischen den beiden Mächten noch die Spannung wegen der polnisch-bayerischen Angelegenheit fort. Der Gedanke, Bayern einzutauschen, beherrschte wieder völlig die österreichische Politik. Preußen war bereit, dem Tausche zuzustimmen, vorausgesetzt, daß Österreich in

die Vergrößerung Preußens durch polnisches Gebiet willigte. Wenn aber Österreich auch die in Bayern gelegenen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth, die der Markgraf Christian Friedrich Karl Alexander 1791 freiwillig an Preußen abgetreten hatte, für sich verlangte, so wies Preußen dies rundweg ab. Diese Verhältnisse hatten einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auf dem Kriegsschauplatze. Denn unter dem Eindruck des Mißtrauens ließ Österreich das Korps des Fürsten Hohenlohe, 20000 Mann, abmarschieren, angeblich um Belgien gegen eine französische Invasion zu decken. Die Folge dieser Verminderung der verbündeten Streitkräfte war, daß der Herzog von Braunschweig jetzt nicht mehr imstande war, die Maaslinie, wie er beabsichtigt, zu halten; er mußte den Rückzug fortsetzen. Am 14. Oktober wurde Verdun geräumt, am 22. Longwy den Franzosen zurückgegeben. Es blieb nichts übrig, als den Boden Frankreichs zu verlassen.

Und bald sah man sich in die Lage versetzt, alle Kräfte aufzubieten, um nur die Grenzen des deutschen Reichs gegen die Einfälle der französischen Revolutionsheere zu schützen. Schon am 30. September 1792 hatte der französische General Custine von Landau aus Speier überfallen und Worms besetzt. Das Reich hatte die Verteidigung der Rheingrenze völlig außer acht gelassen. Die geistlichen Regierungen aber in Speier, Worms und Mainz sowie die kurfürstlich pfälzische Regierung hatten weder die Lust, noch in ihren Spielsoldaten die Mittel, einen ernstlichen Angriff abzuwehren. Custines Vorgehen gab am ganzen Mittelrhein das Signal zur Flucht. Der Kurfürst-Erzbischof Friedrich Karl von Mainz war der erste, der sich in Würzburg in Sicherheit brachte. Darauf rissen die Soldaten aus; ihnen folgten die höher gestellten Beamten. Der Erzbischof von Trier schiffte sich auf dem Rhein ein und floh stromabwärts, auch ihm folgten seine höheren Beamten sowie eine Menge adeliger Familien. Auf dem Rhein wimmelte es von Fahrzeugen, die mit Menschen und Kisten und Kasten bepackt stromab fuhren. Die pfalz-bayerische Regierung, so verächtlich es auch war, daß sie an ihrer Grenze Tafeln mit der französischen Inschrift: „Pfälzisch-neutrales Gebiet“ errichten ließ, hatte doch wenigstens den Mut, stand zu halten.

Custine trug indes doch Bedenken, die Festung Mainz anzugreifen, da er ihre Widerstandsfähigkeit überschätzte. So erhielt der Festungskommandant Zeit, in Verbindung mit dem energischen Oberstlieutenant Eickemaier einige Maßregeln zur Verteidigung zu treffen. Aber als Custine am 19. Oktober sich mit 15000 Mann der Stadt näherte, verlor er das Selbstvertrauen, und auf Custines Aufforderung wurde diesem die Festung am 21. übergeben. In den nächsten Tagen erschien bei Custine eine Deputation von der Regierung zu Koblenz, um über die Bedingungen zur Übergabe zu unterhandeln. Aber das rechtzeitige Eintreffen landgräflich hessischer und preußischer Truppen schob die Katastrophe noch hinaus. Schon am Tage nach der Übergabe von Mainz war der französische General Neumayer auf Frankfurt vorgerückt und hatte die Stadt besetzt und mit mehreren Millionen gebrandschatzt. Dann ging es über die schutzlosen Klöster in der Wetterau und die Städte an der Lahn her.

Diese Gewaltthaten und Brandschatzungen kühlten die Freiheitsbegeisterung unter den Deutschen bedeutend ab; unter dem Eindruck, den dieselben hervorbrachten, kamen die kleinen Despoten trotz ihrer Willkürhandlungen und Fehler wieder zu Ehren. Tapfer schlugen sich einige hessen-kasselschen Bataillone für ihren Landgrafen Wilhelm IX. Nur in Mainz fand der Keim der revolutionären Propaganda einen gedeihlichen Boden. Hier entstand ein kleines Abbild des Pariser Revolutionstreibens: eine Gesellschaft von „Freunden der Freiheit und Gleichheit“ stiftete einen Jakobinerklub und ließ sich die Verbindung mit Frankreich angelegen sein. Auch der Litterat und Weltumsegler Georg Forster, welcher die gewaltige Bedeutung der in der französischen Revolution wirkenden Ideen deutlich erkannte, schloß sich dem Klub an, um an Stelle der verrotteten Verhältnisse des geistlich-adeligen Regiments ein neues, auf Volkssouveränität und Selbstverwaltung beruhendes Staatswesen einzurichten. Die Bürgerschaft indes, die für die Segnungen der französischen Freiheit ungemein wenig Verständnis zeigte, wollte die Beseitigung der Privilegien der bevorrechteten Klassen, im übrigen aber Beibehaltung der alten Verfassung. Das war jedoch nicht nach dem Sinne der Machthaber in Paris, die am 15. Dezember ein Dekret erlassen

hatten, das in allen von französischen Soldaten besetzten Gebieten Beseitigung der bisherigen Beamten, Abschaffung aller Privilegien, Zehnten, der Leibeigenschaft u. a. m. anordnete. Unter dem Einflusse dieses Dekrets gelang es Custine, durch die Gewalt der Bajonette in Mainz den Beschluß zustande zu bringen (März 1793), daß „der ganze Landstrich von Landau bis Bingen zu einem Freistaat umzugestalten, aller Zusammenhang mit dem deutschen Reiche zu lösen und die landesherrlichen Rechte der geistlichen Fürsten von Mainz, Worms und Speier, der Fürsten von Nassau, von Baden, von Salm, von Leiningen, sowie der Grafen, Ritter und Reichsstädte, die jenes Gebiet umschloß, für auf ewig erloschen zu erklären" seien. Um die Vereinigung dieser „rheinischen Republik" mit der großen fränkischen herbeizuführen, begaben sich Georg Forster und Adam Lux nach Paris; hier endete der letztere bald auf der Guillotine, während Forster, beim Anblick der Pariser Greuel in seinen schönsten Hoffnungen getäuscht, am gebrochenen Herzen starb (1793).

Der Rückzug der Verbündeten hatte Dumouriez Luft gemacht, so daß dieser den längst gehegten Plan, das benachbarte Belgien anzugreifen, ausführen konnte. Zwar befand sich sein Heer in unbeschreiblich schlechtem Zustande; aber vertrauend auf seine nunmehrige Übermacht und die Unwiderstehlichkeit der revolutionären Idee warf er sich auf die österreichische Armee in Belgien, schlug sie in der Schlacht bei Jemappes (westlich der Maas im Hennegau 6. November) vollständig, und drängte sie durch rasche Besetzung von Brabant, Flandern, Namur und Lüttich bis an die Dyle zurück. Dumouriez ließ rasch einen Teil seines Heeres an die Grenze von Holland marschieren, um die revolutionären Elemente im Haag und in Amsterdam zum Umsturz der bestehenden Verfassung zu ermutigen. Kurz darauf erklärte der Konvent die Scheldeschiffahrt für frei und ließ eine kleine französische Flotte in den Hafen von Antwerpen einlaufen.

In Deutschland verloren die Revolutionsbanden den gewonnenen Boden schnell wieder. Den vereinten Preußen, Hessen und Darmstädtern gelang es, den Franzosen (2. Dezember) Frankfurt wieder zu entreißen und sie bis Ende des Jahres auf das linke Rheinufer zu treiben. Mit der Einschließung von Kastel

am Ende des Jahres war auch die Belagerung von Mainz eingeleitet.

Kampf des deutschen Reichs gegen die französische Republik im Bunde mit Europa (erste Koalition) 1793—1797. Von wesentlichem Einflusse auf den Fortgang der Ereignisse an dieser Stelle war das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen.

Mit dem Verluste Belgiens hatte Österreich das Objekt verloren, gegen welches es Bayern einzutauschen beabsichtigte. Am liebsten hätte es für den Verlust von Belgien in Polen Ersatz gesucht. Aber davon wollte Rußland nichts wissen; dieser Macht war alles daran gelegen, die beiden deutschen Großmächte im Westen festzuhalten, um in Polen möglichst ungestört die selbstsüchtigen Pläne durchzusetzen. Aus diesem Grunde blieb nichts übrig, als Belgien zurückzuerobern, um Österreich wieder ein Tauschobjekt für Bayern zu verschaffen. Preußen aber hoffte, als Bundesgenosse Österreichs, am leichtesten dessen Einwilligung zu seinen Vergrößerungsplänen in Polen zu erhalten. So mußte denn der Krieg im Westen weitergeführt werden. Aber er gewann mit Beginn des Jahres 1793 einen ganz andern Charakter; von einem „Kreuzzuge für Thron und Altar" ist keine Rede mehr. Es handelt sich für die beiden deutschen Mächte nur noch um die ganz materielle Tendenz der Eroberung und Vergrößerung.

Auch in England und noch mehr in Irland, wo viel Zündstoff der Unzufriedenheit aufgehäuft war, hatten die Ideen von 1789 eine tiefgehende Bewegung der Gemüter hervorgerufen. Es entstanden Vereine, die für die Verbreitung der Menschenrechte thätig waren. Pariser Agenten wirkten mit Assignaten und Hetzreden unter den Fabrikarbeitern. Indes war aus diesen Umständen nur für Irland eine Gefahr zu befürchten. Dagegen wurden die Interessen des englischen Gesamtstaats sehr nahe berührt durch die Invasion der französischen Heere in Belgien und Holland. Als daher die französische Regierung eigenmächtig die Scheldeschiffahrt öffnete und Miene machte, Belgien der französischen Republik einzuverleiben, war der Krieg in England beschlossene Sache. Aber die Partei des Bergs kam mit einer Kriegserklärung gegen England und Holland zuvor (1. Febr. 1793).

Auch Spanien trat dem Bunde der kriegführenden Mächte bei; denn König Karl IV. hatte, nachdem die Bemühungen, das Leben des ihm anverwandten französischen Königs zu retten, vergeblich waren, dem französischen Gesandten seine Pässe zustellen lassen, was der Pariser Konvent mit einer Kriegserklärung beantwortete (7. März).

Während die beiden deutschen Mächte sich über den Feldzugsplan des Jahres 1793 zu verständigen suchten, kam auch der Reichstag (im März) darüber zur Klarheit, daß der von Frankreich gegen das Reich und seine Glieder angefangene Krieg eigentlich ein Reichskrieg sei. Daher wurden alle mit Frankreich geschlossenen Verträge und die darin gemachten Abtretungen für aufgehoben erklärt und die Erhebung einer Reichssteuer und die Ausrüstung eines Reichsheers beschlossen. Aber sehr viele Reichsstände dachten nicht daran, ihre Kontingente zu stellen; andere baten förmlich um Neutralität. Pfalz-Bayern ging soweit zu erklären, daß es dem Kaiser sein Kontingent nur „gegen annehmliche Bedingnisse" überlassen werde; es bedurfte der strengsten Drohungen, um den Kurfürsten zur Erfüllung der Verpflichtungen zu bewegen. Hamburg ließ sich's nicht nehmen, dem Reichsfeind, den Franzosen, ganze Schiffsladungen von Getreide zuzuführen. Damals schrieb der preußische Minister Lucchesini: „Die Hülfe des heiligen römischen Reichs ist allerdings so viel wie Null. Dieser berühmte Fürstenbund war nichts als eine politische Vogelscheuche; er hat einen Augenblick die Leute erschreckt, aber je näher man ihm kam, um so mehr überzeugte man sich, daß er weder Körper noch Bewegung hatte". Preußen und Österreich dagegen machten große Anstrengungen nnd führten eine Armee von zusammen 22000 Mann ins Feld. Der Krieg begann in den Niederlanden. Die kombinierten Angriffe der preußischen und österreichischen Armee nötigten die Franzosen, ihre Stellungen an der Maas aufzugeben und Mastricht zu verlassen. Auf ihrem Rückzuge verloren sie 12000 Deserteure und 100 Kanonen. Der Zustand des französischen Heeres war derart, daß Dumouriez, als er am 13. März bei den Truppen, die sich bei Löwen wieder gesammelt hatten, anlangte, erkannte, daß nur eine rasche Entscheidung auf dem Schlachtfelde die eingerissene Demoralisation hemmen könnte. So

ging er auf der Straße nach Lüttich vor, wurde aber am 18. März bei Neerwinden (zwischen Löwen und Lüttich) von der österreichischen Hauptmacht nach mehrstündigem heißem Kampfe völlig geschlagen. Die glückliche Entscheidung hatte der 22jährige Erzherzog Karl herbeigeführt. Die Franzosen eilten in wilder Flucht der französischen Grenze zu. Wäre jetzt der österreichische General, Prinz von Koburg, rasch gefolgt, so wäre das französische Heer vernichtet worden. Aber die Langsamkeit dieses Feldherrn gab den Geschlagenen Zeit, sich in Sicherheit zu bringen. Dumouriez, der wußte, daß er seine Niederlage mit dem Kopfe büßen müsse, wenn er dem Konvent in die Hände falle, faßte den Entschluß, mit den Truppen, die sich um ihn sammelten, eine Gegenrevolution gegen das Jakobinerregiment in Paris in Scene zu setzen. Da ihn aber seine Soldaten im Stiche ließen, flüchtete er zu den Österreichern und suchte den Prinzen von Koburg zu energischem Vorgehen zu bewegen. Aber dieser ließ sich durch nichts aus seiner Langsamkeit aufrütteln. So ging die günstige Gelegenheit, einen entscheidenden Schlag gegen die französische Republik zu führen, unbenutzt vorüber. Wenige Tage nach der Katastrophe Dumouriez' (Anfang April) traten die Diplomaten und Feldherren der kriegführenden Mächte — mit Ausnahme Spaniens — zu einem Kriegsrat in Antwerpen zusammen, während dessen alle mit Ansprüchen beträchtlicher Entschädigungen herausrückten. Der Krieg war ein reiner Eroberungskrieg geworden.

Inzwischen war auch am Mittelrhein der Feldzug eröffnet worden. Aber für seinen Fortgang war der Umschwung, der im März dieses Jahres in der österreichischen Diplomatie eintrat, von der übelsten Einwirkung.

Preußen hatte Anfang 1793 die Verhandlungen wegen der polnischen Teilung mit Rußland, und zwar auf Wunsch der Kaiserin Katharina ganz im geheimen, fortgesetzt; zwischen beiden Mächten war ein Vertrag, der für beide die Beute festsetzte, zustande gekommen und dem Kaiser vorgelegt worden, damit er gegen die Zusage der Unterstützung beim bayerischen Ländertausch die Erwerbungen Preußens und Rußlands in Polen garantiere. Ärgerlich darüber, daß diese beiden Mächte ihre Beute bereits in Händen hatten, während Österreich noch darum kämpfen mußte,

entließ Kaiser Franz seinen Minister Cobenzl und berief zur Leitung der auswärtigen Geschäfte den Baron Franz Thugut, einen Diplomaten ohne jegliches Geschick und ohne höhere politische Grundsätze, voller Kabalen und Intriguen, gewissenlos und unbedenklich in der Wahl seiner Mittel. Dieser begann sofort in Polen gegen Preußen zu intriguieren und der Ausführung des preußisch-russischen Teilungsvertrags Hindernisse entgegenzusetzen. Preußen rächte sich dadurch, daß es den Bemühungen Österreichs, Pfalzbayern für das Tauschobjekt zu gewinnen, zwar keinen Widerstand entgegensetzte, aber dieselben auch nicht unterstützte. Dies wirkte lähmend auf die Führung des Kriegs im Westen.

Anfang März setzte sich die preußische Armee mit den Kontingenten von Sachsen, Hessen-Kassel und Darmstadt in Bewegung und ging über den Rhein; im April war Mainz eingeschlossen, und die Belagerung begann. Ein andrer Teil des Heers richtete seine Angriffe gegen die französische Rheinarmee, welche zwischen Landau, Weißenburg und Lauterburg stand. Bei jedem Zusammentreffen zeigte sich die kriegerische Überlegenheit der wohlgeschulten preußischen Soldaten über die undisziplinierten französischen „Carmagnolen" (d. i. Savoyardenknaben, Schuhputzer). Aber es ärgerte die Preußen, daß sich der der rheinischen Armee zugewiesene General Wurmser mit seinem Korps dem Oberbefehl nicht unterordnen wollte, sondern auf eigene Faust nutzlose Streifzüge gegen die französischen Truppen und auf französisches Gebiet unternahm. Infolgedessen wurde bei Preußen die Neigung, für Österreich sein Blut zu verspritzen, immer geringer, und der Wunsch, sich aus diesem Kriege möglichst bald herauszuziehen, wurde immer lebhafter. Aber zunächst setzte Preußen, seiner Verpflichtung getreu, die Operationen am Rheine fort. Als der Belagerungspark von Wesel, Ehrenbreitstein und Magdeburg vor Mainz eingetroffen war (Mitte Juni), ging Oberst Kalckreuth rüstig an die Belagerung; doch dauerte es noch bis zum 18. Juli, bis der Kommandant Unterhandlungen über die Übergabe anknüpfte, die am 23. zur Kapitulation führten. Damit war der deutsche Boden von den Franzosen befreit.

Aber damit glaubte auch Preußen seiner Bundespflicht gegen Österreich völlig genügt zu haben. Je mehr sich überdies die

Intriguen Thuguts fühlbar machten, desto geneigter wurde Preußen, sich mit ganzer Kraft dahin zu wenden, wo sein Hauptinteresse lag, nach Polen. Diese Uneinigkeit der deutschen Großmächte war auch in diesem Jahre wieder Frankreichs Rettung. „Wäre Einheit in der Koalition und ein fähiger, willenskräftiger Führer an der Spitze ihrer Heere gewesen", so wären die französischen Haufen, die schlecht verpflegt, schlecht bewaffnet und schlecht geführt waren, mit Leichtigkeit zu nichte gemacht worden. Sogar der Weg nach Paris stand den Verbündeten offen, als es im Juli den Koalitionstruppen gelungen war, die wichtigsten Glieder aus dem nordöstlichen Festungsgürtel Frankreichs, Condé, Valenciennes, auszubrechen. Aber der Vorteil blieb ungenutzt, da sich die beiden Mächte mißtrauisch beobachteten. Die verbündeten Heere trennten sich: die Österreicher zogen mit den englisch-hannoverschen Truppen vor Dünkirchen und berannten die für die Engländer wichtige Festung (Anfang August); die Preußen gingen nach dem Rhein.

So gewannen die Franzosen Zeit, ihre Kräfte zu sammeln und neu zu organisieren. Alle adeligen Offiziere wurden abgesetzt, eingekerkert, hingerichtet. An ihre Stelle traten junge Leute, die zum Teil den Krieg noch wenig oder gar nicht kannten, die aber alsbald im Felde bedeutende strategische Anlagen entwickelten und die mangelnde Erfahrung durch gesunden Menschenverstand und kecken Mut ersetzten: Jourdan, Pichegru, Hoche. Gleichzeitig stellte ihnen die energische Thatkraft des Kriegsministers Carnot Massen von Streitern, denen immer neuer Nachschub folgte, zur Verfügung. Alle Kräfte des Staats, alle Güter der Nation wurden dem Kriege dienstbar gemacht. Das allgemeine Aufgebot rief die waffenfähige Mannschaft zunächst vom 18. bis 25. Jahre unter die Fahne. Vor ihnen Ehre und Ruhm, hinter ihnen der Schrecken der Guillotine, — so warfen sich diese Massen, die nichts zu verlieren hatten, aber viel gewinnen konnten, mit wildem Fanatismus auf den Feind. Die Wirkung des Angriffs wurde erhöht durch die neue Kriegs- und Gefechtsweise, gegen welche die bisherige Methode nicht mehr ausreichte: „unaufhörliche Belästigung des Feindes im kleinen Kriege", Beschießung desselben hinter natürlichen Deckungen, Busch und Wald, oder mit großen Geschützmassen aus fernen Stellungen, sodann stürmischer Anlauf in hellen Haufen. So

gelang es den Franzosen, den Holländern und Hannoveranern bei Handschaat (6. bis 8. Sept.) eine Niederlage beizubringen und Dünkirchen zu entsetzen, und wenige Wochen später lieferten sie den Österreichern bei Wattignies (15./16. Okt.) eine Schlacht, bei der der Prinz von Koburg, da er in völliger Verkennung des günstigen Gangs des Gefechts den Kampf zu frühe abbrach, ebenfalls den Sieg in den Händen der Franzosen ließ. Diese Erfolge steigerten das Selbstvertrauen der Franzosen außerordentlich.

Am Rhein dagegen behaupteten die preußischen Waffen noch eine Zeitlang entschieden das Übergewicht. Zunächst war hier nach der Wiedereroberung von Mainz ein Stillstand in den kriegerischen Operationen eingetreten, dessen Grund vorzugsweise in der politischen Lage und dem Mißtrauen zwischen den beiden deutschen Großmächten zu suchen ist. Der zweideutigen Politik Österreichs gegenüber machte sich in den leitenden Kreisen Preußens immer mehr der Gedanke geltend, daß es ein Unding sei, sich für Österreich aufzuopfern und den eigenen Staat durch die Kriegslasten finanziell zu ruinieren. Da aber der ritterliche Sinn des Königs Friedrich Wilhelm zu Thaten drängte, rückten die Preußen gegen die Vogesen vor, drängten die Moselarmee aus ihren vorgeschobenen Positionen und nahmen die starke Stellung bei Pirmasens ein (17. August). Als aber im Lager bekannt wurde, daß Thugut, der den preußisch-russischen Teilungsvertrag noch nicht anerkannt hatte, den bayerischen Tausch aufgegeben habe und ebenfalls in Polen einen Ländererwerb beanspruche, kam die militärische Aktion wieder ins Stocken. Doch wurde ein Angriff des Generals Marmont auf die Stellung der Preußen bei Pirmasens (14. Sept.) vom Herzog von Braunschweig glänzend abgeschlagen und die Franzosen bis über die Saar zurückgedrängt.

Jetzt aber verließ der König plötzlich die Armee (29. September), da die polnische Angelegenheit seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Im Sommer dieses Jahres hatte nämlich Rußland den Zusammentritt eines Reichstags der Polen in Grodno erzwungen, der die Abtretungen polnischen Gebiets an Rußland und Preußen genehmigen sollte. Die Abtretungen an Rußland wurden als selbverständlich angesehen; aber denjenigen an Preußen

widersetzte sich der Reichstag. Die Haltung, die Rußland dazu einnahm, erregte bei den preußischen Ministern wie beim Könige die größten Besorgnisse; schon glaubte man die Möglichkeit eines Kriegs mit Polen in Erwägung ziehen zu müssen. Aber einen Krieg am Rhein und zugleich an der Weichsel zu führen, das konnte einem, wie ein preußischer Staatsmann schreibt, „die Haare sträuben machen". Unter dem Eindruck dieser Verhältnisse gelang es den preußischen Ministern Haugwitz und Lucchesini, den König zu bewegen, sich nach Polen zu begeben. Inzwischen aber war hier die Entscheidung gefallen. Auf Weisungen von Petersburg hin hatte der russische Botschafter den Reichstag (am 22. September) in einer „stummen Sitzung" zur Einwilligung in die preußischen Forderungen gezwungen. Dadurch wurde an Preußen ein Gebiet von mehr als 1000 Quadratmeilen mit etwas über einer Million Einwohner abgetreten, und dieses als „Südpreußen" dem preußischen Staate einverleibt.

Obwohl damit diese Verwickelung gelöst war, kam der Krieg am Rhein nicht mehr in rechten Gang. Die Allianz zwischen Preußen und Österreich war so gut wie gelöst, und ersteres dachte nur darauf, sich auf die beste Art aus dem kostspieligen Kriege herauszuziehen. Doch verstand sich der Herzog noch einmal zu einem gemeinsamen Vorstoß mit Wurmser auf die Weißenburger Linien, wie man eine Reihe von Verschanzungen zwischen dem Rhein und Weißenburg nannte, infolgedessen die Franzosen in das Elsaß hinter die Sure (Sauer) zurückgedrängt und die Belagerung von Landau ernstlich betrieben wurde; und als im November (28.—30.) der General Hoche mit der französischen Moselarmee einen nachdrücklichen Angriff auf die konzentrierte Stellung des Herzogs bei Kaiserslautern machte, wurde er völlig geschlagen. Es wäre für die deutschen Truppen ein leichtes gewesen, durch energische Ausnutzung dieses Siegs die französische Mosel- und Rheinarmee zu trennen. Aber der Herzog verlor bei der Ungewißheit der politischen Lage alle Lust zu weiteren Kämpfen. Dagegen vereinigte sich jetzt Hoche mit der Rheinarmee unter Pichegru, worauf beide energische Schläge gegen die Kaiserlichen und die Reichstruppen führten: Wurmser, dessen Truppen in den nutzlosen Einzelkämpfen verbraucht waren, wurde aus dem Elsaß

gedrängt (22. Dezember); vier Tage später fiel Weißenburg den Franzosen in die Hände, worauf Landau entsetzt wurde. Den deutschen Truppen blieb nichts übrig als der Übergang auf die rechte Rheinseite: in wenig Tagen war der ganze Gewinn des Feldzugs wieder verloren. Der Herzog von Braunschweig trat von der Leitung des Kriegs zurück und nahm seine Entlassung.

Preußen war nicht nur kriegsmüde, sondern auch erschöpft. Zwar war König Friedrich Wilhelm weit entfernt, sich von der Koalition loszusagen; aber die Unmöglichkeit, seinen Landen neue Lasten aufzubürden, nötigte ihn zu der Erklärung, daß er ohne die finanzielle Unterstützung seitens der verbündeten Mächte den Krieg nicht weiter fortführen könne. So war es in der That. Aber die andern Mächte hielten dies nur für eine falsche Vorspiegelung. Daher gingen die ersten Monate des Jahres 1794 mit Verhandlungen hin, in denen die mißgünstige, unfreundliche Gesinnung Österreichs gegen Preußen zu einem nicht mißzuverstehenden Ausdruck gelangte. Schon war Preußen im Begriff, sein Heer zurückzuziehen und sich auf die Stellung des ihm obliegenden Reichskontingents zu beschränken, als England in Verbindung mit Holland den Entschluß faßte, die drohende Auflösung der Koalition durch Subsidienzahlungen abzuwenden. Die weiteren im Haag darüber gepflogenen Verhandlungen führten zum Abschluß des Haager Vertrags (19. April), wonach es Preußen übernahm, gegen Zahlung von monatlich 9000 Pfd. Sterling ein Heer von 62400 Mann aufzustellen, das nach einer militärischen Übereinkunft der drei Mächte, England, Holland und Preußen, da verwendet werden sollte, wo es den Interessen der Seemächte am zuträglichsten erscheine. Mit diesem Vertrage betrat Preußen die Bahn der deutschen Kleinstaaten, die aus dem Verkauf ihrer Landesunterthanen an fremde kriegführende Mächte (s. S. 7) schon längst ein Geschäft gemacht hatten. Es war ein schwerer moralischer Schlag, den Preußen sich damit selbst versetzte. Überdies war es dem Kriege selbst und seinen ursprünglichen Tendenzen innerlich entfremdet: der zur Rettung von Thron und Altar unternommene „Kreuzzug" war längst in einen Krieg selbstsüchtiger Partikularinteressen ausgeartet. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn Preußen, nachdem seine Vergrößerungsgelüste befriedigt waren,

nicht mehr in einen Krieg eingetreten wäre, bei dem es doch nur mit halbem Herzen war. Dies lähmte die Thatkraft der wieder aufgewärmten Koalition, die auch sonst noch an mancherlei Gebrechen litt. Zwischen den Absichten des österreichischen Hauptquartiers in Belgien, wo man entschlossen war, dieses Land gegen die Franzosen zu halten, und der Politik Thuguts, der Belgien am liebsten aufgegeben und in Polen Ersatz gesucht hätte, herrschte ein nicht auszugleichender Zwiespalt, und zu dem allem stellte sich heraus, daß die Seemächte die preußische Hülfe ganz nach eigenem Gutdünken zu verwenden gedachten, während der neue Oberbefehlshaber des preußischen Heers, Marschall Möllendorf, seine Kraft nur nach vorhergegangener gemeinsamer „militärischer Übereinkunft" den Verbündeten zur Verfügung zu stellen beabsichtigte. Diese trostlosen Zustände der Koalition trugen am wirksamsten dazu bei, den Franzosen schließlich die glückliche Entscheidung in die Hände zu spielen.

Der Feldzug begann in der zweiten Hälfte des April mit einem Angriff der österreichisch-englischen Truppen in Belgien auf die französische Armee Pichegrus, unter dem junge talentvolle Offiziere wie Moreau, Macdonald, Kleber, Morceau, Bernadotte kommandierten. Während hier der Kampf mit wechselndem Erfolg seinen Fortgang nahm, trieb Möllendorf in den letzten Tagen des Mai die Franzosen aus dem Haardtgebirge hinaus, warf sie auf die Vogesen zurück und nahm Ende des Monats fast dieselben Stellungen wieder ein, welche die Preußen im Vorjahre vor den Unfällen bei Weißenburg innegehabt hatten. Bei diesen Kämpfen zwischen Edesheim und Kirweiler zeichnete sich besonders Blücher mit seinen roten Husaren aus.

Nun stockten die militärischen Operationen wieder. Die Seemächte wünschten das preußische Heer in Belgien zu verwenden, während Möllendorf nicht vom Rheine weichen wollte. Sodann sah sich der König Friedrich Wilhelm, der anfangs die Operationen am Rheine durch seine Anwesenheit in raschere Gangart bringen wollte, durch die Verhältnisse in Polen genötigt, dieser Angelegenheit seine ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Hier war ein Aufstand ausgebrochen; der polnische Held Kosciuszko hatte die Russen bei Raclawice (4. April) geschlagen, worauf eine

Erhebung in Warschau (17. April) den russischen Statthalter Igelström nötigte, das Land zu verlassen. Es lag auf der Hand, daß, wenn man es Rußland allein überließ, den Aufstand zu dämpfen, es auch den Lohn für sich allein beanspruchen würde. Aus diesem Grunde schien es dem preußischen Minister Lucchesini eine dringende Notwendigkeit für Preußen zu sein, sich vom Kriege im Westen so bald als möglich loszumachen, und Möllendorf teilte diese Ansicht vollkommen. Daher stellte er auch dem kategorischen Verlangen der Seemächte, nach Belgien zu marschieren, ebenso entschiedenen Widerstand entgegen und fand damit den Beifall des Königs. Denn die Seemächte waren mit der Leistung der Subsidien äußerst säumig und zahlten überdies in Münzsorten, bei denen die Preußen verloren, die Engländer und Holländer gewannen. Damit war die Koalition aufs neue so gut wie gelöst.

Von ähnlichen politischen Tendenzen wie Preußen wurde Österreich geleitet. Auch der Minister Thugut wünschte die Streitkräfte des Staats im Osten zu verwenden, damit sich von den rivalisierenden Mächten keine der polnischen Beute allein bemächtigte, und trug kein Bedenken, um dieses Zwecks willen die Gebiete am Rhein und an der Maas preiszugeben.

Die Folge von alledem war eine matte Kriegsführung auf den westlichen Kriegsschauplätzen. Den unermüdlichen Angriffen und übermächtigen Stößen der Franzosen vermochten die Österreicher auf die Dauer nicht stand zu halten. Nach dem Verluste der Schlacht bei Fleurus (westlich von Namur 26. Juni) zogen sich die Österreicher hinter die Maas zurück, während die englisch-hannoverschen Truppen nach Holland gedrängt wurden (Ende Juli). Bis Anfang Oktober gelang es den Franzosen, die Österreicher bis an den Rhein zurückzuwerfen. Belgien war für Österreich verloren und wurde der französischen Republik einverleibt.

Auch in der Rheinpfalz hatten die Preußen vor den hartnäckigen Angriffen der Franzosen bis zum Donnersberg zurückweichen müssen (12. und 13. Juli), wo sodann Möllendorf auf Weisungen aus Berlin wartete. Nur als die Franzosen Anfang August Trier besetzten, warf sich der Erbprinz von Hohenlohe auf die in der Pfalz stehenden französischen Truppen und drängte sie durch eine Reihe glücklicher Gefechte (18.—20. September), in denen

sich wieder Blücher mit seinen Reitern hervorthat, über Kaiserslautern hinaus nach der französischen Grenze hin.

Alles, was weiter hier geschah und unterlassen wurde, hatte seinen letzten Grund in den Verhältnissen Polens. Hier hatte der preußische General von Elsner am 15. Juni Krakau besetzt und Kosciuszko zum Rückzug nach Warschau gezwungen. Diese Erfolge Preußens veranlaßten Rußland, sich mit den Türken zu verständigen und seine ganze Kriegsmacht nach Polen zu werfen. Preußen und Russen begannen seit Ende Juli vereint die Belagerung Warschaus. Schon war der Sturm auf den 1. September angesetzt, als der König von Preußen Gegenbefehl gab und mit seinen Truppen abzog. Der Grund lag in dem aufrührerischen Treiben der polnischen Bevölkerung in den neugewonnenen Gebietsteilen. Durch diesen Rückzug der Preußen war es den Russen allein überlassen, den polnischen Aufstand niederzuschlagen. Aber erst dem russischen General Suworoff gelang es durch siegreiche Schlachten, in deren einer Kosciuszko in seine Gefangenschaft geriet, die Kraft des Aufstands zu brechen und Warschau zur Kapitulation zu zwingen (7. November). Damit konnte Rußland alle Vorteile des gelungenen Feldzugs für sich in Anspruch nehmen.

Unter der Wucht dieser Ereignisse drängte Lucchesini in den König, mit Frankreich Frieden zu schließen. Erst lehnte es Friedrich Wilhelm entschieden ab, ohne Mitwissen seiner Verbündeten sich in Friedensverhandlungen einzulassen. Geneigter ließ er sich finden, als man ihm vorstellte, daß Preußen zugleich für das Reich den Frieden vermitteln solle, wobei man die Reichsgrenzen zu erhalten hoffte. Zuletzt verscheuchte die Einstellung der Subsidienzahlung Hollands und Englands und die bedrohliche Gestaltung der polnischen Verhältnisse alle Bedenken. Um aber mit den Machthabern in Paris nicht direkt in Berührung zu kommen, ließ man die Verhandlungen durch den französischen Gesandten in Basel gehen. Wenige Tage später marschierte das preußische Heer auf das rechte Rheinufer und ein Teil desselben von da nach Polen. Damit hatte sich Preußen von der Koalition losgesagt. Was die letzte Entwickelung der Verhältnisse in Polen für Preußen so bedrohend machte, war, daß Rußland die preußischen Forderungen in Bezug auf polnisches Gebiet abzuweisen gewillt und eher geneigt

war, Österreich eine Vergrößerung in Polen zuzugestehen. In den Verhandlungen der Diplomaten darüber kam es zwischen dem preußischen Gesandten einerseits und dem österreichischen und russischen anderseits zum vollen Bruche, worauf zwischen Österreich und Rußland ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis (3. Januar 1795) zustande kam, welches die äußerste Feindseligkeit gegen Preußen atmete und folgende Abmachungen enthielt: Teilung Polens und der Türkei zu gunsten der beiden Kaiserhöfe, Abfindung Preußens mit einem Stücke Polens, falls es die Errichtung einer russischen Sekundogenitur in den Donaufürstentümern, die Beraubung Venedigs, die Erwerbung Bayerns und eines Stückes der Türkei sowie aller etwaigen Eroberungen in Frankreich für Österreich gutheiße, und in allen Fällen gemeinsame Aktion gegen Preußen. Einige Wochen vorher hatten die Friedensverhandlungen in Basel begonnen. Was dieselben sehr erschwerte, war der Umstand, daß die Franzosen ihre Angriffe auf Holland mit Glück fortsetzten und bis Ende Januar 1795 das ganze Land eroberten, wodurch natürlich ihre Ansprüche ungemein stiegen. Daher wurden „alle wesentlichen Punkte, der Waffenstillstand, die Integrität des Reichs, die Vermittelung für Deutschland wie die für Holland, unumwunden abgewiesen". Erst dem Geschick Hardenbergs gelang es, den Wohlfahrtsausschuß zu bestimmen, daß er das Verlangen der Abtretung des linken Rheinufers fallen ließ und die Vermittelung zwischen den Reichsständen und Frankreich Preußen zugestand. So kam am 5. April 1795 der Baseler Friede zustande. Es war zunächst nur ein Sonderfriede zwischen Preußen und Frankreich. Die linksrheinischen Besitzungen Preußens sollten von den französischen Truppen besetzt bleiben, bis der Reichsfriede über das Schicksal derselben entschieden habe. Zum Schutze von Norddeutschland wurde eine Demarkationslinie, welche die Gebiete des fränkischen, westfälischen und obersächsischen Kreises umfaßte, vereinbart und bestimmt, daß die innerhalb derselben liegenden norddeutschen Staaten vom Kriege unberührt bleiben sollten. Diese Aussonderung des nördlichen Deutschlands trennte den Reichskörper thatsächlich in zwei Teile; es war der erste entscheidende Schritt zur Auflösung des alten Reichs. Den übrigen deutschen Ständen wurde der Friede in Aussicht gestellt,

wenn sie sich der preußischen Vermittelung bedienten. Preußen betrachtete den Separatfrieden nur als ein Mittel zur Herstellung des Reichsfriedens. Aber der unvermutete Sieg der extremen Parteien in Paris verhinderte diesen Erfolg, und bald sah sich Preußen in der Lage (Vertrag vom 5. August 1796), die Streitigkeit um die Integrität des Reichs aufzugeben und in die Abtretung des linken Rheinufers zu willigen, wobei es sich als Entschädigung geistliche Gebiete des nordwestlichen Deutschlands zusprechen ließ. Wegen dieses Friedens, durch dessen Abschluß es seine reichsständischen Pflichten abgeschüttelt hatte, mußte Preußen in der Presse eine Flut von Schmähungen über sich ergehen lassen — obwohl es nicht besser und nicht schlechter gehandelt hatte als viele andere Reichsglieder, welche sich um die Reichsverfassung nicht kümmerten. Das inzwischen durch englische Subsidien aufs neue für die Koalition und die Fortsetzung des Feldzugs gewonnene Österreich suchte den Unwillen gegen Preußen zu schüren und arbeitete mit allen Mitteln der Drohung am Reichstage den Bemühungen Preußens entgegen, die Reichsglieder zum Betreten des ihnen durch den Baseler Frieden eröffneten Wegs zum allgemeinen Frieden zu bewegen. Durch solche Einzelverträge wurde es Frankreich wesentlich erleichtert, von den an dem linken Rheinufer beteiligten Reichsständen die eventuelle Abtretung der linksrheinischen Gebiete zu erlangen. Infolgedessen sandten einzelne Reichsstände eigene Gesandte nach Paris, um über Separatverträge zu verhandeln: zuerst Hessen-Kassel, bald darauf Hannover und Braunschweig. So kam es, daß, während die Vermittelung Preußens im Reiche immer mehr Boden verlor, es anderseits in seinen Versuchen, den Franzosen den Gedanken an die Rheingrenze auszureden, nicht glücklicher war. Die Begierde nach dem linken Rheinufer wurde bei den Franzosen immer lebhafter, und bald erklärten sie den Besitz desselben als eine Notwendigkeit für die Existenz der Republik. Doch bedurfte es noch großer kriegerischer Anstrengungen, bis das Ziel erreicht war.

Während der Verhandlungen, welche zum Baseler Frieden führten, war eine thatsächliche Waffenruhe eingetreten, die bis zum Spätherbst 1795 dauerte. Erst am 7. September setzte Jourdan unterhalb Düsseldorf über den Rhein. Die Räubereien,

Plünderungen, tierischen Ausschweifungen, welche sich die Völkerbeglücker hier zu Schulden kommen ließen, spotten aller Beschreibung. Nachdem Düsseldorf von der pfälzischen Regierung schmählich den Franzosen übergeben worden, trieb Jourdan die Österreicher hinter die Lahn und drang bis nach Frankfurt vor. Um dieselbe Zeit war Pichegru bei Mannheim über den Strom gegangen und hatte diese Stadt durch die schändliche Feigheit des pfälzischen Ministers Oberndorf ausgeliefert erhalten (21. Sept.). Aber ehe die Armeen weiter vorrücken konnten, warf sich Clairfait mit rascher Entschlossenheit ihnen entgegen und griff Jourdans Armee mit solchem Nachdrucke an, daß dieselbe in wilder Flucht gegen Ehrenbreitstein zurücklief. Die Vernichtung wurde vervollständigt durch die eingreifenden Bauern, die allerorts über die Flüchtigen herfielen, um für die Leiden der Invasion Rache zu nehmen. Nun wandte sich Clairfait ohne Verzug gegen die Schanzen, welche die Franzosen rings um Mainz aufgeworfen hatten, und warf sie in unwiderstehlichem Angriff hinaus (29. Oktober). Gleichzeitig griff Wurmser Mannheim an und zwang die Franzosen, am 22. November zu kapitulieren.

Das waren Ereignisse von erfrischender Kraft. In Wien hob sich das Selbstgefühl bei hoch und niedrig. War es doch die Energie eines österreichischen Obersten, der den französischen Übermut so gründlich gezüchtigt hatte. Aber ein Mann von solcher Entschlossenheit war den Machthabern in Wien unbequem. „Sie, die jede Mittelmäßigkeit unter ihre Fittige nahmen, hatten an dem ausgezeichneten Führer eine Menge kleiner Mängel zu rügen. Trotzig bot Clairfait seinen Abschied an und erhielt ihn." Es war dies um so schlimmer, als die neue französische Regierung, das Direktorium, für das neue Jahr gewaltige kriegerische Anstrengungen machte.

Die Republik beabsichtigte nämlich, 1796 einen Doppelkrieg in Deutschland und Italien zu führen und von zwei Seiten auf Wien vorzudringen. In Deutschland sollten Jourdan und Moreau mit je 77 000 Mann, in Italien Bonaparte mit 40 bis 50 000 Mann die Österreicher schlagen und bis ins Herz der Monarchie verfolgen. „Die Basis dieses großartig angelegten Unternehmens bildete eine Truppenaufstellung, die in einem Gürtel,

fünf Armeen, von der Nordsee bis nach Genua reichte." Während zwei Armeen sich nur beobachtend verhalten sollten, war der Maas-Sambrearmee unter Jourdan, der Rheinarmee unter Moreau und der italienischen Armee unter Napoleon Bonaparte die eigentliche Thätigkeit zugeteilt. Anfang Juni ging Jourdan wieder über den Rhein und drängte die Österreicher über die Lahn zurück. Hier trat ihm der neue Oberbefehlshaber der österreichischen Armee, der Erzherzog Karl, ein tüchtiger Soldat und ausgezeichneter Stratege, mit gesammelter Macht entgegen und warf ihn wieder nach dem linken Rheinufer zurück (15.—21. Juni). Kurz darauf bewerkstelligte Moreau bei Kehl seinen Übergang auf das rechte Ufer (24. Juni), und drang durch die Schwarzwaldpässe nach Schwaben vor. Ohne einen Versuch des Widerstands hatten die schwäbischen Kreistruppen ihre Stellungen verlassen. Ein panischer Schreck ergriff die Kleinstaaten im Süden und Westen. Als der Erzherzog herbeikam, war es zu spät, um Moreaus Vordringen zu hindern. Und nun setzte sich auch Jourdan, der durch den Abzug des Erzherzogs Luft bekommen hatte, wieder in Bewegung und drang nach Franken vor. Dem gegenüber faßte der Erzherzog den Plan, alle österreichischen Streitkräfte zu einer Armee zu vereinigen und sich mit dieser überlegenen Macht auf die einzelnen französischen Armeen, noch bevor sie ihre Vereinigung bewerkstelligt hätten, zu werfen und sie einzeln zu schlagen. Es kam ihm dabei zu statten, daß sich Moreau durch die Verträge, welche die süddeutschen Stände mit ihm abzuschließen sich beeilten, aufhalten ließ. Erst schloß Würtemberg, dann Baden einen Vertrag zur „Sicherheit von Personen und Eigentum", dann folgten Franken und der Kurfürst von Sachsen: sie, die sich bisher gesträubt hatten, dem Reiche die schuldige Steuer zu entrichten, mußten jetzt dem Feinde das Zehn- und Zwanzigfache zahlen, ohne in Wahrheit auch nur im mindesten vor dem Übermute desselben gesichert zu sein.

Inzwischen war Jourdan wieder in das innere Deutschland vorgedrungen und war eben im Begriffe, von Franken nach der Oberpfalz zu marschieren, um sich mit Moreau zu vereinigen — als der Erzherzog sich mit überlegenen Kräften auf ihn warf, die einzelnen heranrückenden Kolonnen (in der Gegend von Amberg)

aus dem Felde schlug und der Hauptmacht Jourdans am 3. September bei Würzburg eine Niederlage beibrachte, die zu einer völligen Auflösung der Maas-Sambrearmee führte. Dadurch wurde auch für Moreau, der in Bayern stand, der Rückzug unvermeidlich. Aber ehe er denselben antrat, schloß er mit der bayerischen Regierung, die alle Überlegung verloren zu haben schien, am 7. September, also drei Tage nach der Schlacht bei Würzburg, den Vertrag von Pfaffenhofen ab, welcher Bayern, wie den Besiegten gegenüber dem Sieger, zu ungeheuren Leistungen an Lebensmitteln, Kriegsmaterial und Geld verpflichtete. Sodann trat er den Rückzug an, der ihm, dank der ungeschickten Führung der im Südwesten stehenden österreichischen Truppen, auch glücklich gelang. Nachdem er im Rheinthal noch zwei Gefechte bestanden, mußte er aufs linke Rheinufer übersetzen und im Elsaß Winterquartiere nehmen (Ende Oktober). Doch wurde der Erzherzog angewiesen, die französische Armee hier in Atem zu halten, damit sie nicht etwa nach Italien abmarschiere, wo Österreich Niederlage auf Niederlage erlitten hatte.

Die Bedeutung des Feldzugs in Italien lag darin, daß er die weltgeschichtliche Größe eines Mannes begründet hat, der nachher zwei Jahrzehnte lang die Welt beherrschen sollte: Napoleon Bonapartes. Er war angeblich am 15. August 1769 zu Ajaccio auf Corsika geboren, stand also damals in seinem 27. Lebensjahre. Zehnjährig in die Militärschule von Brienne aufgenommen hatte er seine bedeutenden Gaben durch großen Fleiß zu hoher Vollkommenheit ausgebildet. Nachdem er einige Jahre dem Gedanken nachgehangen und einige vergebliche Versuche gemacht hatte, sein Heimatland Corsika von der französischen Herrschaft zu befreien (1789—1793), schloß er sich mit allen Kräften der Revolution an; denn das, so meinte er, sei eine gute Zeit für Soldaten, die Geist und Mut haben. Er wurde durch und durch ein Revolutionär: zwar dem idealen Gehalt der Revolution, der gerade für die edelsten Geister anfangs etwas Bestechendes gehabt hatte, blieb er immer fremd; aber mit ihrer Gewaltsamkeit und Verachtung des Alten erfüllte er sich ganz: so stürzte er rücksichtslos und unbedenklich in der Wahl der Mittel die überlieferten Ordnungen um. Dabei ist er von dem fatalistischen Glauben beseelt, daß er

berufen sei, eine neue Ordnung aufzurichten und die Menschen zu beherrschen. Dieser Glaube an sich selbst wurde unterstützt durch die überlegene Macht seines Geistes und sein imponierendes Herrscherbewußtsein, wodurch er auf seine ganze Umgebung einen dämonischen Zauber ausübte, der alles fast unwiderstehlich in seinen Kreis bannte. Aber mit der Zeit traten immer mehr die vollen Züge der alten römischen Cäsarennatur an ihm hervor: verzehrender Egoismus, erbarmungsloser Despotismus, entsetzliche Menschenverachtung, gräßliche Herrschsucht. Besonders unser Vaterland hat den ehernen Druck seiner Hand schwer gefühlt; aber gerade für uns bewies er sich als jene Kraft, die, während sie das Böse will, nach höherem Ratschluß das Gute schaffen muß.

In Italien standen Österreicher mit Piemontesen verbündet in einer Gesamtstärke von 60000 Mann; an ihrer Spitze ein Greis von siebzig Jahren, Beaulieu, ein General der alten Schule; — ihnen gegenüber 30—40000 Franzosen, lauter junge Leute, von unbedingtem Vertrauen auf den jungen Feldherrn an ihrer Spitze, der für seine Soldaten alles that, aber auch das Ungeheuerste von ihnen forderte und sie zu den außerordentlichsten Leistungen fortzureißen verstand. Ende März (1796) kam Bonaparte bei seinem Heere an; er traf es ohne Kleidung, Schuhe und Lebensmittel, notdürftig von Plünderung lebend, — in einem erbärmlichen Zustande. „Soldaten", redete er sie in seiner Proklamation an, „ihr seid nackt, habt nichts zu essen; die Regierung schuldet euch viel, sie kann euch nichts geben . . . . ich will euch hinabführen in die fruchtbarsten Ebenen der Welt. Reiche Landschaften, große Städte werden in eurer Gewalt sein; ihr werdet dort Ehre, Ruhm und Reichtümer finden. Soldaten der italienischen Armee, solltet ihr es an Mut und Standhaftigkeit fehlen lassen?" Die nächsten Wochen gaben die Antwort. Zwar gelang es Beaulieu durch einen unerwarteten Angriff auf die französischen Linien (10. April) Valtri (westlich von Genua) zu nehmen und seine Verbindung mit der bei Genua kreuzenden englischen Flotte herzustellen. Aber schon am folgenden Tage wurden die Österreicher nach einem furchtbar hartnäckigen Kampfe mit großem Verluste zurückgeschlagen und in den Tagen vom 13. bis 22. April warf Napoleon die in weiter Linie verzettelten Abteilungen der Österreicher in einer Reihe von

Einzelgefechten aus allen Positionen. Piemont trat vom Bündnis mit Österreich zurück und lieferte seine Festungen den Franzosen aus. Napoleon aber überschritt den Po, dann die Adda und hielt, während die Österreicher ohne Schwertstreich bis an die Grenze von Oberitalien zurückwichen, seinen Einzug in Mailand (14. Mai). Nun konnten sich seine abgerissenen Soldaten gütlich thun. Sie vergötterten ihren Führer, der ihnen gegeben, was er versprochen hatte. Napoleon benutzte rasch die Angst der kleinen Regierungen (in Parma, Modena und im Kirchenstaat) vor einer Revolution ihrer Unterthanen, um Verträge mit ihnen abzuschließen, die ihm ungeheure Lieferungen an Geld, Lebensmitteln und Kriegsmaterial sicherten.

Die Österreicher setzten ihre Hoffnung auf das vortrefflich befestigte Mantua. So lange dies unbezwungen war, war Bonaparte in Italien festgehalten und für Wien nichts zu besorgen. Um der Festung Unterstützung zukommen zu lassen, wurde Wurmser mit 25 000 Mann vom Rhein weg nach Italien abkommandiert. Aber ehe er sein Ziel erreichte, warf sich Bonaparte unerwartet auf die getrennt marschierenden Abteilungen und drängte sie nach Tirol zurück. Auch ein zweiter Versuch Wurmsers, nach Mantua zu gelangen, mißglückte. Gleiches Schicksal hatte die österreichische Armee unter Alvinzy: am 15. November wurde sie nach einem furchtbaren dreitägigen Kampfe bei Arcole (an der Etsch, südöstlich von Verona), dann zum zweitenmal am 14. Januar 1797 bei Rivoli (an der Etsch, östlich von Garda) geschlagen. Nun konnte sich auch Mantua nicht mehr halten und ergab sich am 2. Februar 1797. Damit lag Oberitalien zu Füßen des Siegers. Österreich war erschöpft: zugleich in Italien und am Rhein Krieg zu führen war ihm unmöglich. Erzherzog Karl, der nach Italien geschickt worden war, konnte mit den demoralisierten Soldaten, die er vorfand, nichts erreichen. So überschritt Napoleon unangefochten den Tagliamento und Isonzo. Am 5. April stand er bei Leoben (in Steiermark an der Mur, südwestlich von Bruck). Seine Lage war höchst gefährlich: er war völlig isoliert, ohne alle Verbindung mit Frankreich und ohne Aussicht auf militärischen Zuzug. Vor ihm stand der Erzherzog Karl, in seinem Rücken erhob sich der Tiroler Landsturm, und in Österreich regte sich ein

Geist patriotischen Kriegsmuts. Aber gerade der letztere ward seine Rettung. Denn eine solche Erregung der Gemüter schien den Ministern Thugut und Cobenzl das Allergefährlichste — lieber eine Provinz abtreten, als das Volk bewaffnen. Daher ging die österreichische Regierung einen Waffenstillstand mit Napoleon ein (zu Leoben 18. April) und setzte die Präliminarien eines Friedens mit Frankreich fest, dessen definitiver Abschluß einem späteren Kongreß vorbehalten wurde. Die Zwischenzeit bis zu dessen Zusammentritt füllte Napoleon damit aus, daß er die alte Republik Venedig aufhob, aus Oberitalien die cisalpinische, aus Genua mit seiner Umgebung die ligurische Republik stiftete und beide Freistaaten, wie auch das Königreich Sardinien, zwang, sich eng an Frankreich anzuschließen.

Nach einigem Schwanken entschloß man sich in Wien zum Abschluß des Friedens, der am 17. Oktober auf dem Schloß Campo Formio zustande kam. Durch denselben trat Österreich Belgien und Oberitalien an Frankreich ab, erhielt aber für sich den östlichen Teil Venetiens mit Stadt und Insel nebst Istrien und Dalmatien. Der Friede mit dem Reiche sollte auf einem Kongreß in Rastatt vermittelt werden. In geheimen Artikeln gab Österreich das linke Rheinufer an Frankreich preis, aber mit dem Zusatz, daß Preußen seine linksrheinischen Enklaven, die es gegen reiche Entschädigung auf dem rechten Ufer hatte abtreten wollen, zurückbekommen und keinerlei Erwerbungen machen sollte. Die anderen Reichsfürsten sollten für ihre Verluste auf der linken Rheinseite Entschädigungen in Deutschland erhalten. Sich selbst aber ließ es die Erwerbung des Bistums Salzburg und eines Stückes von Bayern zusichern. Damit hatte Österreich das Reich für eine Entschädigungsmasse erklärt, an der selbst die holländischen Fürsten aus dem Hause Oranien ihren Anteil beziehen sollten.

Friedrich Wilhelms II. letzte Regierungsjahre. Seitdem Preußen sich vom Kriege zurückgezogen hatte und die Politik der Neutralität befolgte, befand es sich in einer unbehaglichen Lage. Zwar hatte sich sein Verhältnis zu den beiden Kaisermächten dadurch wesentlich gebessert, daß es auf deren polnische Teilungspläne einging, die ihm 900 Quadratmeilen (Neu-Ostpreußen) einbrachten —

leider undeutsches, sehr schwer mit dem übrigen zu verschmelzendes Gebiet. Aber alle seine Bemühungen, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten um sich zu scharen und die Vermittelung zwischen ihnen und Frankreich in die Hand zu bekommen, waren gescheitert; denn Frankreich hielt es für vorteilhafter, mit den einzelnen Reichsständen, vorzüglich denjenigen, die auf dem linken Rheinufer Besitzungen hatten, Sonderverträge abzuschließen und von ihnen die Abtretung ihrer linksrheinischen Gebiete zu erlangen. Dieses Vorgehen der Franzosen führte den Reichsverband immer mehr seiner Auflösung entgegen: ging das so fort, so mußte schließlich Österreich ganz isoliert dastehen — kein Wunder, wenn es dann auch seinerseits auf Kosten Deutschlands Frieden mit Frankreich schloß. Diese Lage der Dinge schien dem Minister Hardenberg so bedenklich, daß er dazu riet, die Bahn der Neutralitätspolitik zu verlassen und Frankreich den Krieg zu erklären. Hatten doch französische Heere 1796 nicht einmal die Demarkationslinie innegehalten! Eine Aufrechterhaltung des bestehenden Vertrags war das Mindeste, was man verlangen konnte oder nötigenfalls erzwingen mußte. Haugwitz dagegen war für einen engeren Anschluß an Frankreich, zu dem auch dieses selbst Preußen zu gewinnen suchte. Der König aber entschied, es beim bestehenden Zustande zu lassen und mit allen Parteien in möglichstem Frieden zu leben. Es war dies die kurzsichtige und engherzige Politik Preußens bis 1806, durch die es das Vertrauen aller Mächte verscherzte.

So beschränkte sich denn das preußische Kabinett darauf, von Frankreich wenigstens eine neue Demarkationslinie zu verlangen. Dieses aber machte die Gewährung derselben davon abhängig, daß Preußen in die Abtretung des linken Rheinufers und die Säkularisation der größeren rechtsrheinischen Stifter willige, um damit die in ihrem Gebiet verkürzten Fürsten zu entschädigen. Nach langem Sträuben und quälendster Unschlüssigkeit entschloß sich Preußen nachzugeben und unterzeichnete einen Vertrag (5. August 1796), durch den es das linke Rheinufer preisgab, in die Säkularisierung willigte und sich als Entschädigung den größeren Teil des Stifts Münster und die Herrschaft Recklinghausen versprechen ließ; außerdem wurde eine neue Demarkationslinie festgesetzt. So sah Nord-

deutschland in träger Ruhe dem Kampfe zu, der Deutschlands Schicksal entschied.

Scheinbar wurde in der nächsten Zeit Preußens Stellung in Deutschland und Europa aufs neue gefestigt. Es war eine Gunst des Geschicks, daß die russische Kaiserin Katharina am 9. November 1796 starb, und ihr Nachfolger Paul I. (1796—1801) sich mit dem preußischen Hofe sofort aufs freundschaftlichste stellte. Der üble Ausgang des französischen Kriegszugs nach Süddeutschland 1796 veranlaßte Frankreich, das preußische Kabinett um die Vermittelung des Friedens mit Österreich anzugehen. Als aber diese Vermittelung ergebnislos war, drängte Frankreich aufs neue in Preußen, sich enger mit ihm zu verbinden. Preußen lehnte dies zwar ab, aber es war doch dem Reiche schon so entfremdet, daß es an dem Beschlusse, durch welchen der Reichstag (Mitte 1797) den Kaiser bat, einen Frieden zwischen dem Reiche und Frankreich zu vermitteln, gar nicht teilnahm.

Im übrigen sorgten die kurzsichtigen preußischen Staatsmänner Haugwitz und Lucchesini dafür, daß Preußen immer mehr um alle Achtung bei den europäischen Höfen kam. Frankreich, dessen Politik eben von Talleyrand geleitet wurde, fing an, in Preußen bloß ein gefügiges Werkzeug zu erblicken, mit dem sich Österreich trefflich in Schach halten ließ.

Wie nach außen alles Ansehen, so hatte Preußen auch in der inneren Verwaltung beim eigenen Volke das Vertrauen eingebüßt. An Stelle des Königs regierten Günstlinge, zum Teil unwürdige Personen, die selbstverständlich überall nur ihr eigenes Interesse im Auge hatten. An Stelle der Strammheit, die Friedrich der Große seinem Beamtenstande anerzogen, war Laxheit, an Stelle der Pflichttreue Säumigkeit und Nachlässigkeit getreten, der finanzielle Kredit des Staats war sehr gesunken. Die Steuerlast war hoch gespannt; um Geld zu bekommen, mußte man wieder das verhaßte Tabaksmonopol einführen. Das Heer — blieb auf dem alten Fuße, auf den es Friedrich der Große gebracht, und hatte seine Tüchtigkeit in manchem Kampfe erprobt; aber es rächte sich, daß man die Zeichen der Zeit nicht verstand und die Umgestaltung, die sich in der Taktik und Strategie in den französischen Heeren vollzog, nicht beachtete. Für die Hebung der Lage

des Bürger- und Bauernstandes war gar nichts geschehen. Das Volk, zumal die Bevölkerung der Hauptstadt, war erfüllt vom Dünkel der Aufklärung, gefiel sich in frivolen Äußerungen über Religion und gab sich ausgelassener Sittenlosigkeit hin. Vergebens mühten sich die Hoftheologen, in Verbindung mit der Polizei alles Aufklärerische in Kirche, Schule und Presse auszurotten. Eine künstlich gemachte Gläubigkeit, wie sie damals in Berlin herrschte, bleibt immer ohne Kraft und Wirksamkeit.

Das war der Zustand nach innen und außen, in dem König Friedrich Wilhelm II. den preußischen Staat hinterließ, als er am 16. November 1797 starb.

Kap. 13. Preußens Fall und Wiederaufrichtung und Napoleons Gewaltherrschaft in Deutschland.

Friedrich Wilhelms III. Regierungsantritt. Friedrich Wilhelm III. war 27 Jahre alt, als er den Thron bestieg. Er war eine ernste, feste, treue Natur, von aufrichtiger Frömmigkeit beseelt, pflichtbewußt, wahrhaftig, jeder Verstellung feind. Aber durch seine Erziehung war in sein Wesen etwas Ängstliches, Schüchternes, Unsicheres gekommen, das sich oft gerade in den entscheidendsten Augenblicken vordrängte und ihn an selbständiger entschlossener That hinderte. Es war das verhängnisvoll in einer Zeit des Kampfes und Streites, wie sie bevorstand; in ihr gab es keine Wahl als Amboß oder Hammer! Persönlich war er tapfer und unerschrocken und hatte sich dadurch, sowie durch seine Menschenfreundlichkeit die Liebe und das Vertrauen des Volks erworben. Dieses ihm zu erhalten, war niemand mehr geeignet als seine durch Schönheit, Anmut und Geist, Hochsinn, Frömmigkeit und Herzensgüte ausgezeichnete Gemahlin Luise, eine Tochter des Herzogs Karl Ludwig von Mecklenburg-Strelitz, eine der edelsten Fürstinnen, die je einen Thron zierten. Beide gaben in ihrer Ehe dem Volke ein leuchtendes Vorbild musterhafter Häuslichkeit und echt deutschen, sittenreinen Familienlebens.

Der König legte einen löblichen Eifer an den Tag, die überkommenen Übelstände zu beseitigen. Das Tabaksmonopol wurde sofort wieder aufgehoben, und die dadurch ausfallenden Staatseinnahmen durch Einführung größerer Sparsamkeit im Staats-

haushalt zu decken gesucht; zur Hebung der Landeskultur und Volkserziehung wurden einige Maßregeln getroffen und das Wöllnersche Edikt aufgehoben, träge und unfähige Beamte wurden entfernt und Wöllner selbst und Bischoffswerder mußten abtreten. Daß keine gründlicheren und durchgreifenderen Veränderungen im Staatsleben vorgenommen wurden, lag in der unentschlossenen Art des Königs. Er ließ die auswärtige Politik in den Händen des Grafen Haugwitz. Auch die Einrichtung des Kabinetts wurde beibehalten, ja, die Kabinettsräte wurden jetzt die eigentlichen Berater des Königs, mit denen er die zu ergreifenden Maßregeln feststellte, so daß die Minister erst Kenntnis erhielten, wenn die Beschlüsse schon gefaßt waren. Unter den Kabinettsräten hatte durch Geschäftsgewandtheit, rasche Auffassung und Darstellungsgabe der Geheimerat Lombard, der schon bei Friedrich Wilhelm II. in hoher Gunst gestanden, einen großen Einfluß. Erteilte er dem Könige auch nicht immer guten Rat, so war es doch sicherlich der beste, den er zu geben wußte. Leider aber ließ er sich Personen und Verhältnissen gegenüber nicht immer vom richtigen Taktgefühl leiten. So blieb es denn im Leben des Staats nach innen und außen im wesentlichen beim alten. Den Frieden zu erhalten, den Krieg abzuwenden, war auch ferner der leitende Gedanke der preußischen Politik.

Der Kongreß zu Rastatt 1797—1799. Am 9. Dezember 1797 wurde zu Rastatt der Kongreß eröffnet, auf dem der Friede zwischen der französischen Republik und dem deutschen Reiche und die künftige Ordnung des letzteren festgestellt werden sollte. Von den deutschen Ständen hatten Kursachsen, das Erzherzogtum Österreich, Bayern, Hannover, Baden, Würzburg, Hessen-Darmstadt, Augsburg Gesandte in die Deputation geschickt; Österreich war als Gesamtstaat vertreten durch Metternich, den Vater des späteren Staatskanzlers, Cobenzl und Lehrbach; Preußen durch Görtz, Jakobi-Klöst und Dom; Frankreich durch Bonnier, Roberjot und de Bry. Für den Erfolg der Verhandlungen war die Rivalität der beiden deutschen Großmächte, sowie die Verlegenheit der Thugutschen Politik verhängnisvoll und entscheidend, wobei sich den Fremden die ganze zwischen beiden bestehende Eifersucht enthüllt hatte. Trotzdem hatte die österreichische

Diplomatie die Stirne, sich beim Beginne des Kongresses als den Hort der Integrität des Reichs darzustellen. Die großen Staaten hatten beide in gleicher Weise in geheimen Verträgen die Interessen des Reichs preisgegeben; die kleinen standen in geheimem Einverständnis mit Frankreich und suchten ihre besonderen Anliegen auf verdeckten Wegen zu erreichen. So wurde es den Franzosen nicht schwer, die ganze Gesellschaft nach ihrem Willen zu leiten und durch lügnerische Vorspiegelungen auf der einen, durch Drohungen auf der andern Seite die großen wie die kleinen Staaten geschmeidig zu machen, daß sie alles bewilligten, was Frankreich begehrte. Schon vor dem Zusammentritt hatte Napoleon, der sich kurze Zeit in Rastatt aufhielt, die österreichische Diplomatie durch die Aussicht auf die rasche Übergabe der venetianischen Beute dahin gebracht, daß sie in die Räumung von Mannheim, Philippsburg, Ehrenbreitstein, Ulm, Ingolstadt und Würzburg willigte und versprach, bis Ende Dezember die Festung Mainz den Franzosen zu übergeben. Anderseits suchte er die Eifersucht Preußens gegen Österreich zu schüren und meinte, „Preußen werde seine politische Existenz nie fest gegründet sehen, als bis es Österreich bekämpft und niedergeworfen habe". Aber Preußen ließ sich nicht verlocken und wies alle Versuche Frankreichs, es zu einer engeren Verbindung mit der Republik geneigt zu machen, entschieden zurück. Viel lieber wollte man sich mit Österreich verständigen, das schien wenigstens das Natürlichste zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, war man in Berlin sogar bereit, alle Entschädigungs- und Vergrößerungspläne fallen zu lassen. Aber an der Verlegenheit Thuguts und dessen Begierde, Bayern zu erwerben, worauf man in Wien einmal versessen war, scheiterten alle wohlgemeinten Versuche der Verständigung. Wenn sich denn Preußen wieder auf den Standpunkt der Neutralität und Isoliertheit zurückzog, so kam dies Frankreich zu statten, dem es um so leichter wurde, mit den andern Staaten fertig zu werden. Daher gingen die französischen Unterhändler mit rücksichtsloser Dreistigkeit auf das eine Ziel los, das ihnen vor Augen stand: die Vergrößerung Frankreichs bis zum Rhein. Als die Verhandlungen über die Abtretung des linksrheinischen Gebiets noch nicht in Gang gekommen waren, hatten sie schon Mainz besetzt (18. Dezember

1797), die Rheinschanze, Mannheim gegenüber, überfallen und erobert (25. Januar 1798) und in dem ganzen Gebiet, als wäre es bereits französisches Eigentum, die französische Gesetzgebung eingeführt und Steuern erhoben. Dabei ließen sie immer deutlicher merken, daß sie nicht daran dachten, in die Auslieferung Bayerns an Österreich zu willigen. War doch der künftige Erbe Bayerns, der Prinz Maximilian Joseph von Pfalz-Zweibrücken, der mit Österreich aufs gründlichste verfeindet war, ein viel zu wertvoller Bundesgenosse, als daß man denselben hätte preisgeben wollen! Mochte nun auch die Deputation, die ganz in der langsamen Form des Regensburger Reichstags verhandelte, sich sträuben, wie sie wollte, — vor der brutalen Art, in der die Franzosen ihre Forderungen geltend machten und immer mehr erweiterten, wich sie langsam aber stetig zurück; am 11. Mai willigte sie in die Abtretung des ganzen linken Rheinufers, und am 4. April 1798 stimmte sie dem Grundsatz der Entschädigung durch Säkularisationen zu. Es handelte sich nur noch darum, ob den Franzosen eine Mitwirkung bei der Ordnung dieser Angelegenheit zugestanden werden sollte, die ihnen im Frieden von Campo Formio vom Kaiser versprochen war, die aber von den anderen Reichsständen beanstandet wurde.

Inzwischen waren am politischen Horizont neue kriegsschwangere Wolken aufgezogen: es zeigten sich die ersten Anzeichen einer neuen Koalition gegen die französische Republik. Da machte Österreich einen letzten Versuch, sich mit Frankreich im geheimen zu verständigen und womöglich sein Ziel ohne Krieg zu erreichen. Daher hatte Cobenzl mit einem französischen Unterhändler, François, in Selz (im Elsaß) Konferenzen (Ende Mai bis 3. Juni 1798), sah sich aber in allen Punkten zurückgewiesen. Deshalb neigte der Wiener Hof zur Teilnahme an der sich bildenden Koalition. Gerne hätte man auch Preußen in dieselbe hineingezogen, — und einen Augenblick konnte es scheinen, als ob dies möglich sei. Denn inzwischen waren die Franzosen mit neuen Forderungen hervorgetreten: sie verlangten nicht nur Freigebung der Rheinschiffahrt, Aufhebung aller Zölle, Abtretung sämtlicher Rheininseln an Frankreich und Übertragung der Schulden der linksrheinischen Lande auf die Entschädigungsgebiete, sondern auch

die Schleifung von Ehrenbreitstein, die Abtretung von Kehl und Kastel nebst der unmittelbar um dieselben herumliegenden Landmark. Das war dem preußischen Kabinett doch zu viel. Die preußischen Minister rafften sich zu einem energischen Protest gegen alle Einrichtungen auf, welche die Franzosen auf dem linken Rheinufer bereits getroffen hatten. Aber dem Ansinnen einer kriegerischen Aktion, das von Österreich und Rußland gestellt wurde, widersetzte man sich in Berlin energisch. Daher blieben auch die Franzosen bei ihrer bisherigen Taktik: sie erhoben immer neue, unverschämtere Forderungen und fuhren fort, die französischen Einrichtungen auf dem linken Rheinufer zu befestigen. Die Verhandlungen in Rastatt setzten sie nur fort, um die kleineren Reichsstände in den Bannkreis der französischen Republik zu ziehen und mit ihnen Separatverträge abzuschließen.

Zweiter Kampf Österreichs in Verbindung mit Rußland und England gegen die französische Republik (2. Koalition 1798—1801). Inzwischen hatte die französische Regierung, um die siegreichen Feldherren mit ihren Heeren dem Innern Frankreichs fern zu halten, einen systematischen Propagandakrieg in den Grenzlanden Frankreichs organisiert. Während der Tagung des Rastatter Kongresses war der Kirchenstaat in eine römische, die Schweiz in eine helvetische Republik verwandelt. Die französische Republik bot den durch die harte englische Verwaltung zum äußersten gereizten Iren die Hand zur Revolution, und seit Herbst 1797 war es in allen französischen Häfen lebendig. Man zog Schiffe und Mannschaften zu einer Landung in England zusammen. Aber als sich Napoleon überzeugte, daß mit den vorhandenen Mitteln gegen England nichts auszurichten sei, faßte er den Plan, England in seinen Kolonieen anzugreifen und durch Ägypten nach Indien vorzudringen, um hier die Macht des britischen Reichs an seiner Wurzel zu zerstören. Am 19. Mai 1798 fuhr die Flotte von Toulon aus in die hohe See und landete trotz aller Wachsamkeit der Engländer am 1. Juli glücklich in Ägypten.

Darum war es auch vor allem die britische Nation, welche die großartigsten Anstrengungen machte, einen neuen Krieg gegen die französische Republik und ihren Helden Bonaparte in Gang zu bringen. Der jüngere Pitt fand bereitwilliges Engegenkommen

bei Zar Paul, der, voll glühenden Hasses gegen alles, was Revolution und Republik hieß, ehrlich entschlossen war, alle seine Macht für die Aufrechterhaltung des monarchischen Systems in Europa einzusetzen, und mit dem Wiener Hofe bereits einen Vertrag zum Angriff auf die französische Herrschaft in Italien geschlossen hatte. Auch die Türkei, welche durch die Kriegsoperationen Napoleons im Morgenlande am nächsten bedroht war, sowie Neapel schlossen sich der Koalition an.

So begann Ende 1798 ein neuer Weltkrieg, dessen Schauplatz sich von Helder in der niederländischen Provinz Nordholland bis zur sicilischen Meerenge ausdehnte. Eingeleitet wurde dieser imposanteste aller Kriege, welche gegen die französische Republik geführt worden sind, durch die klägliche Expedition, die der unfähige österreichische General Mack an der Spitze neapolitanischer Truppen (Ende November 1798) gegen die römische Republik unternahm. Wohl gelang es ihm, durch einen Überfall der schlecht aufgestellten französischen Truppen Rom in seine Gewalt zu bekommen. Aber als sich die Franzosen wieder sammelten und geschlossen vorrückten, liefen die Neapolitaner in wilder Flucht davon, der König von Neapel selbst fuhr mit seinen Schätzen eiligst zu Schiff nach Palermo ab, und der französische General hielt, nachdem er die vom Klerus zu rasendem Widerstande aufgehetzten Volksmassen zusammengehauen, seinen Einzug in Neapel, worauf das Königreich in die parthenopäische Republik umgewandelt wurde (Januar 1799).

Währenddessen kamen schon die russischen Heere aus Südrußland über Dalmatien nach Italien angerückt. Es war der Plan der Verbündeten, während man am Rhein nur abwehre, Italien und die Schweiz zu erobern und von Süden her nach Frankreich einzudringen — und er schien zu gelingen. Zwar war in der Ostschweiz, an der Via mala in Graubünden, wo am 9. März die ersten Gefechte stattfanden, das Glück den Franzosen günstig. Aber als Jourdan, vom Direktorium gedrängt, auf das rechte Oberrheinufer übersetzte, wurde er am 25. März bei Stockach von Erzherzog Karl geschlagen und mußte wieder über den Strom zurück. Ebenso brachte in Italien der kecke Wallache Kray den Franzosen bei Magnano eine Niederlage bei, worauf nach dem

Eintreffen Suworoffs bei der italienisch-österreichischen Armee diese die Franzosen am 25.—27. April bei Cassano aufs Haupt schlug und am 28. April in Mailand einzog. So war in wenig Wochen Süddeutschland befreit und Oberitalien bis Mailand von den Franzosen gesäubert worden.

Während man sich so im Felde bereits schlug, saßen die Deputierten in Rastatt noch immer friedlich beisammen. Zwar hatte Österreich nach dem Übergange Jourdans über den Rhein seine Gesandten abberufen (11. März 1799) und erklärt, daß Rastatt nicht mehr unter dem Schutze des Völkerrechts stehe. Gleichwohl rührten sich die französischen Gesandten nicht von der Stelle, da sie hofften, die kleinen Staaten noch zum Abschlusse von Sonderverträgen bewegen zu können. Um deren Mißtrauen aber gegen Österreich zu nähren und die Treulosigkeit der Thugutschen Politik ans Tageslicht zu bringen, veröffentlichten sie die geheimen Verträge von Campo Formio und den Vertrag vom 1. Dezember 1798, durch welchen Österreich das deutsche Reich und dessen Festungen an Frankreich preisgegeben hatte. Als aber nach der Schlacht bei Stockach österreichische Truppen bis vor Rastatt schwärmten, hielten es die französischen Diplomaten doch für angezeigt, sich auf den Heimweg zu machen. Dabei wurden sie von k. k. Szeklerhusaren der Eskadron des Rittmeisters Burkhard überfallen, wobei Roberjot und Bonnier erschlagen wurden; Debry trug zwei schwere Wunden davon, blieb aber doch am Leben. Es war auf die Wegnahme der Gesandtschaftspapiere abgesehen gewesen, in denen man wichtige Enthüllungen über geheime Abmachungen zwischen Preußen und Frankreich zu finden hoffte. Aber man täuschte sich; solche gab es nicht.

Die kriegerischen Ereignisse nahmen ihren Fortgang zunächst in der Schweiz, wo Erzherzog Karl in Verbindung mit Hotze die Franzosen aus ihren Stellungen trieb und den französischen Feldherrn Masséna durch wiederholte Angriffe bei Zürich zum Abzug zwang (5.—6. Juni).

Darauf begann Suworoff in Italien seine gewaltige Kriegsführung. Er war von Mailand nach Turin vorgerückt, so daß sich nur noch wenige feste Plätze in den Händen der Franzosen befanden und Moreau im äußersten Winkel Liguriens die ver-

sprengten französischen Truppen sammeln mußte. Aber Moreau durfte hoffen, daß ihm Macdonald Luft machte, der von Neapel her gegen Mantua im Anzuge war, um von hier die russische Belagerungsarmee zu vertreiben. Suworoff rückte jedoch Macdonald entgegen und schlug ihn bei Piacenza an der Trebia in einer dreitägigen Schlacht (20. Juli). Nun mußte sich auch Mantua ergeben.

Frankreich machte neue, ungeheure Anstrengungen, um die erlittenen Verluste durch neue Aushebungen und Zwangsanleihen zu ersetzen, und stellte zwei neue Armeen ins Feld: die Alpenarmee unter Championnet und die italienische unter Joubert. Aber die letztere wurde von den österreichischen Feldherren Kray und Melas bei Novi (15. August) vollständig geschlagen und in die Flucht gejagt. Es bedurfte nur noch einer gemeinsamen, kurzen Operation der Österreicher und Russen, um die letzten Heeresreste der Franzosen zu vernichten. Aber das Einvernehmen der beiden verbündeten Mächte war durch die Unehrlichkeit der Politik Thuguts bereits gestört, der die russische Bundesgenossenschaft nur brauchen wollte, um in Deutschland wie in Italien für Österreich neue Erwerbungen zu machen, während Suworoff, den Absichten seines Kaisers entsprechend, überall die früheren Zustände wiederherstellen und die alten Autoritäten wieder einsetzen wollte. Da gleichzeitig der Hofkriegsrat den österreichischen Generalen mit Umgehung des Oberbefehlshabers Suworoff Befehle zuschickte, die in des letztern Kriegspläne nicht paßten, war dieser schon gewillt, seinen Abschied zu nehmen, als er mit Einwilligung seines Kaisers nach der Schweiz abgesandt wurde, um sich hier mit dem zweiten russischen Hülfsheer unter Korsakoff zu vereinigen und von da nach Frankreich einzudringen. Der Erzherzog Karl wurde nach dem Niederrhein gesandt, um dort die Operationen zu unterstützen, durch die England und Rußland die Wiedereinsetzung des Hauses Oranien in Holland zu bewerkstelligen beabsichtigten.

Obwohl Suworoff erkannte, daß damit die Frucht der Siege verloren ging, gehorchte er doch und begann am 21. September den Aufstieg über den St. Gotthard. Das Gebirge, über das noch keine Heerstraße führte, mußte mit ungeheurer Anstrengung und unter beständigen Kämpfen mit den auf den Höhen auf-

gestellten Franzosen erklettert werden. Die zähe Widerstandskraft der Russen, gehoben durch die gewaltige Willenskraft ihres genialen Feldherrn, wurde aller Schwierigkeiten Meister. So kam Suworoff am 26. September am Vierwaldstätter See an. Da er aber keine Transportmittel über den See vorfand, blieb ihm nichts übrig, als einen neuen Gebirgsmarsch ins Muottathal nach Schwyz zu unternehmen. Als er hier ankam, hörte er, daß Korsakoff und Hotze von Masséna bei Zürich (25.—26. Sept.) geschlagen worden seien. So stand er denn ganz vereinzelt zwischen Bergen und Feinden. Daher suchte er unter neuen unsäglichen Mühsalen das vordere Rheinthal zu gewinnen, wo er mit dem Verlust aller Pferde und Artillerie zwischen dem 8. und 10. Oktober ankam. Diese Alpenübergänge stehen einzig da in der Weltgeschichte: sie haben Suworoff unsterblich gemacht. Aber der Feldzug war verloren, die Schweiz blieb in den Händen der Franzosen. Auch die holländische Expedition war gescheitert. Noch konnte man in Deutschland und Italien auf Siege hoffen. Aber da rief Zar Paul seine Truppen ab; die Koalition war gesprengt. Die gemeine Ländergier Österreichs, das gleichzeitig nach Belgien, Bayern, Sardinien und dem Kirchenstaate lüstern war, die Überzeugung, daß es Österreich viel mehr um diese Erwerbungen als um den Kampf gegen die Revolution zu thun sei, benahm dem Zaren alle Lust, noch weiter gemeinsame Sache mit einer Regierung zu machen, die keine bessere Politik trieb wie die Franzosen (Dezember 1799).

Inzwischen hatte Napoleon, von den Nachrichten aus der Heimat beunruhigt und überzeugt, daß das Direktorium seinem Sturze nahe war, sich zu rascher Rückkehr nach Frankreich entschlossen, hatte, vom Jubel des Volks und dem Vertrauen der Soldaten empfangen, die bestehende Regierung (9. November 1799) gestürzt und sich zum ersten Konsul wählen lassen. Obwohl er unter diesem Titel die Gewalt eines Diktators ausübte, ließ man sich sein Regiment gefallen, da er die Spuren der Schreckenszeit zu verwischen strebte und durch Neuorganisation der Verwaltung, des Gerichts und der Finanzen Ordnung im Innern schuf. Nach außen bot er dem Könige von England und dem Kaiser Franz in eigenhändigen Briefen die Hand zum Frieden. Von England wurde

er schroff abgewiesen. Daher ließ er sich angelegen sein, das Vertrauen Preußens zu gewinnen und, ohne es in den Krieg hineinzuziehen, seine Vermittelung zur Herstellung des Friedens mit Österreich zu erlangen. Da aber den lockenden Worten die Gewaltthätigkeiten widersprachen, die man sich französischerseits nach wie vor in den preußischen Gebieten auf dem linken Rheinufer zu Schulden kommen ließ, so verlangte man erst Abstellung dieser Mißstände. Napoleon gab in einem einzelnen Falle rasche Genugthuung und beschränkte sich, nachdem er mit seinem Antrag auf ein engeres Bündnis abgewiesen worden war, darauf, Preußen in seiner Neutralitätspolitik zu bestärken, worauf sich dieses nicht abgeneigt zeigte, Frankreich mit Rußland zu versöhnen — der größte Gefallen, den es dem schlauen Korsen thun konnte. In Wien war man wohl zum Frieden bereit, nicht aber, wie Napoleon verlangte, dazu, die Dinge wieder auf den alten Stand zu stellen, auf dem sie sich zur Zeit des Friedens von Campo Formio befunden hatten. Denn das hieß: die Errungenschaften des ganzen Feldzugs preisgeben. So nahm der Krieg seinen Fortgang.

Schon Ende April bewerkstelligte Moreau durch eine List den Übergang der französischen Truppen auf das rechte Rheinufer, drängte in äußerst vorsichtigen Manövern und konzentrierten Schlägen die kaiserliche Armee, die von Kray befehligt wurde, bis nach Ulm und nötigte durch Erzwingung des Übergangs über die Donau und Bedrohung der Rückzugslinie Krays diesen zum Verlassen der Festung und zum Rückzug bis an die Isar und den Inn, worauf beide Feldherren mit Rücksicht auf die Lage der Dinge in Italien einen Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit schlossen (15. Juli).

Hier hatte unterdessen Napoleon die ganze Unwiderstehlichkeit seines militärischen Genies entfaltet. Er hatte, während der französische Feldherr Masséna die Österreicher bei Genua festhielt, mit 40000 Streitern vom Rhonethal aus den Übergang über den großen St. Bernhard bewerkstelligt (16.—20. Mai 1800), hatte sich rasch mit den kleineren Abteilungen, welche über andere Pässe gegangen waren, vereinigt und sich nach Mailand gewandt (2. Juni), wo er sogleich die cisalpinische Republik wiederherstellte. Von da verdrängte er die Österreicher durch die Einnahme

von Piacenza von der Polinie und rückte, ungeduldig nach einer Entscheidung, dem kaiserlichen Feldherrn Melas, der kurz zuvor (4. Juni) die Kapitulation von Genua erzwungen hatte und nun in der Eile am Tanaro seine zerstreuten Truppen vereinigte, westwärts entgegen. So kam es am 14. Juni zur Schlacht bei Marengo (östlich von Alessandria). Schon waren die Franzosen zweimal zurückgedrängt worden und der Sieg schien den kaiserlichen Truppen gesichert, als die Ankunft frischer Regimenter unter dem General Desaix auf dem Schlachtfeld und ein gewaltiger Reiterangriff des französischen Generals Kellermann auf die Flanke der Österreicher diese um die Ehre des Tages brachte. Bald floh das ganze Heer in völliger Auflösung nach Alessandria. Ohne an weiteren Widerstand nur zu denken gab Melas den Kampf wieder auf und bot Napoleon eine Waffenruhe an (15. Juni), auf welche dieser bereitwilligst einging. Dem geschlagenen Gegner wies er seine Stellung hinter dem Po und Mincio an. So wurde die westliche und südwestliche Lombardei, um deren Besitz schon so viel Blut geflossen war, mit einem Schlag von den Franzosen zurückerobert.

Napoleon versäumte nicht, den Eindruck, den dieser gewaltige Erfolg machte, zu benutzen und an Kaiser Franz II. ein Schreiben zu richten, in welchem er denselben zum Frieden zu bereden suchte. Aber gerade in diesen Tagen (20. Juni) hatte der Kaiser einen neuen Subsidienvertrag mit England geschlossen, der ihm den Abschluß eines Sonderfriedens verbot. Mochte nun auch der Minister Thugut, um die Welt zu täuschen und Zeit zu neuen Rüstungen zu gewinnen, scheinbar auf Napoleons Friedensanerbieten eingehen und Verhandlungen in Luneville pflegen, — es mußte doch noch einmal zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen, bei dem die Franzosen unter Moreau den glänzenden Sieg bei Hohenlinden (östlich von München, 3. Dezember) gewannen. In unaufhaltsamem Siegeslauf drangen sie bis zur Enns vor; es gab keinen Feind mehr, der ihnen den Weg nach Wien verlegen konnte.

Auch auf dem lombardischen Schlachtfelde waren die Franzosen zu neuen Siegesthaten fortgeschritten, hatten durch glückliche Gefechte den Übergang über den Mincio erzwungen und rückten nun gegen die Etsch vor. Erst ein am 25. Dezember abgeschlossener Waffenstillstand (Vertrag von Steyer) brachte sie zum Stehen.

Nun blieb für Österreich nichts übrig, als sich — wenn auch im Widerspruch mit dem englischen Subsidienvertrage — doch zum Abschluß eines Sonderfriedens zu entschließen. Die Verhandlungen, welche darüber in Luneville stattfanden (Januar 1801), begann Napoleon gleich mit einem Ultimatum; er forderte die Rhein- und Etschgrenze, die Räumung Mantuas, Entschädigung des Herzogs von Toskana durch die päpstlichen Legationen, des Herzogs von Modena durch den Breisgau, Entschädigung der deutschen Fürsten, welche auf dem linken Rheinufer Einbußen an Land erlitten hatten, durch Säkularisationen unter der Mitberatung Frankreichs, Schleifung der Festungen Kehl, Kastel und Ehrenbreitstein und Annahme dieses Friedens durch den Kaiser, zugleich im Namen des Reichs ohne weitere Befragung der Stände. Von diesen Bedingungen ließ sich Napoleon um so weniger etwas abmarkten, als sich eben zwischen ihm und dem Zaren Paul ein enges Bündnis anbahnte. So erfolgte denn am 9. Februar 1801 die Unterzeichnung des Friedens von Luneville (östlich von Nancy an der Meurthe). Durch diesen Vertrag ward das linke Rheinufer (1150 □Meilen mit 3½ Millionen Einwohnern) den Franzosen endgültig preisgegeben und der österreichische Einfluß nicht nur aus Italien hinausgedrängt, sondern demselben infolge der bevorstehenden Säkularisationen auch in Deutschland der Boden entzogen. Denn mit der Einziehung der geistlichen Güter war eine völlige Umgestaltung der politischen und territorialen Verhältnisse des Reichs verbunden.

Der Reichsdeputationshauptschluß 1803. In Luneville war bestimmt, daß eine Reichsdeputation mit unumschränkten Vollmachten das Reichsfriedensgeschäft unter Vermittelung Frankreichs und Rußlands ausführen solle. Es beginnt damit eine besonders häßliche Zeit in der wenig erfreulichen Geschichte des sinkenden Reichs. Denn um sich möglichst große Entschädigungen zu sichern, eilten die deutschen Fürsten oder ihre Gesandten in Scharen nach Paris und führten in widerlicher Kriecherei und Begehrlichkeit einen ekelhaften Wettstreit, der schließlich zu einem förmlichen Länderschacher ausartete. Ungeheure Summen wurden von den französischen Staatsmännern eingesteckt auf Kosten des der Zertrümmerung geweihten heiligen römischen Reichs, dessen Würde und Ehre mit Füßen getreten ward. Zwei Jahre lang währte dies widerwärtige

Schauspiel. Der Reichstag zu Regensburg hatte nach vielen Weitläufigkeiten mühsam die Reichsdeputation eingesetzt, und diese verteilte nun auf Grund der Rastatter Abmachungen, auf die man wieder zurückkam, und nach einem französisch-russischen Entschädigungsentwurfe namentlich gemäß den in Paris abgeschlossenen Geschäften schließlich 112 Staaten — und zwar geistliche Stifter und Reichsstädte — mit über 2000 □Meilen und 3 Millionen Einwohnern. Am 25. Februar 1803 kam die ganze Verhandlung zum Abschluß. Abgesehen von Österreich waren die — hier nicht im einzelnen anzugebenden — Entschädigungen überreichlich. War es doch dem ersten Konsul darum zu thun, die Mittelstaaten an Frankreich zu fesseln — der Rheinbund schwebte ihm bereits vor — und namentlich durch Preußens Wachstum Österreichs deutsche Machtstellung zu schwächen. So erhielt letzteres nur Trient und Brixen; Preußen dagegen ward für Mörs, Geldern und Cleve (49 □Meilen mit 125 000 Einwohnern) entschädigt durch Hildesheim, Paderborn, ein Drittel von Münster, Erfurt mit dem Eichsfelde, Elten, Essen, Werden, Quedlinburg, Mühlhausen, Nordhausen und Goslar (235 □Meilen mit 550 000 Einwohnern) und bildete jetzt ein zusammenhängendes Gebiet, abgesehen von Ostfriesland. Fast zehnfach entschädigt ward Baden durch die rechtsrheinischen Teile der Rheinpfalz (Mannheim und Heidelberg) und die Bistümer Konstanz, Basel, Straßburg und Speier. Bayern erhielt die Stifter Freising, Augsburg, Bamberg und Würzburg. Hannover bekam Osnabrück.

So ward das früher begonnene Werk der Säkularisation in umfassendstem Maße fortgesetzt, nachdem immer wieder von verschiedenen Seiten her der Gedanke angeregt worden war. Namentlich der Abbé Sieyès hatte eine Verweltlichung der geistlichen Fürstentümer am Rhein gefordert, damit sie gegen die beiden vom Westen möglichst weit zu entfernenden Großmächte bei Frankreich Schutz suchten. In der That war der Sturz der geistlichen Fürsten eine geschichtliche Notwendigkeit. Sie verschwanden jetzt bis auf den Kurfürsten von Mainz, den Johanniter- und den Hoch- und Deutschmeister. Von den 48 Reichsstädten blieben nur noch 6: Augsburg, Nürnberg, Frankfurt und die 3 Hansastädte. Damit zerbrach die 1648 zum Schein aufrechterhaltene Form des

Reichs immer mehr, die Reichsverfassung war in ihrer Grundlage erschüttert, da gerade die geistlichen Staaten die festesten Stützen des Kaisertums, „der recht bezeichnende Ausdruck der staatlich-kirchlichen Ordnung des alten Reichs" gewesen waren.

Jetzt hielt auch in Deutschland das moderne, fürstliche Staatswesen rein weltlichen Ursprungs seinen Einzug. Das Volk aber sah auch dieser, an und für sich nur berechtigten und segensreichen, aber durch schamlose Selbstsucht geschändeten und durch Nachäffung des bonapartistischen Regiments öfter unheilvollen Umwälzung mit gänzlicher Teilnahmlosigkeit zu. Besonders wichtig ward es, daß Napoleon die Staaten im Süden Deutschlands von sich abhängig gemacht hatte. Um sie noch mehr an sich zu fesseln, erhob er Hessen-Kassel, Baden, Würtemberg und Salzburg zu Kurfürstentümern (deren es jetzt also 10 gab) und suchte auf jede Weise seinen Einfluß auszudehnen. Die geheime Überwachung ward schon jetzt planmäßig betrieben.

Napoleons steigende Gewaltherrschaft. Sich mit dem Konsulate auf Lebenszeit zu begnügen, war Napoleon nie gewillt gewesen. Aber nach seiner Weise suchte er den Schein zu vermeiden, als begehre er etwas Höheres, wünschte vielmehr aufgefordert zu sein. Die letzten Verschwörungen gegen seine Herrschaft erleichterten ihm seinen Plan. Durch seine Agenten waren sie bekannt geworden, die Hauptanstifter wurden verhaftet und unschädlich gemacht, und Napoleons Popularität stieg. Gegen Deutschlands Ehre aber ging er immer rücksichtsloser vor. Der zwischen Frankreich und England 1802 geschlossene Friede war für den Inselstaat trotz seiner Seesiege im ganzen ungünstig gewesen, namentlich wegen der geforderten Zurückgabe Maltas an den Johanniterorden. Infolge der Übergriffe Napoleons in der Schweiz und in Piemont behielt England aber die Insel besetzt und legte auf alle französischen und holländischen Schiffe Embargo. Da ließ Napoleon, trotzdem er mit dem deutschen Reiche im Frieden lebte, das zu England gehörige Hannover 1803 besetzen; die Bestürzung der feigen Adelsregierung erleichterte ihm die Gewaltthat. So war den Engländern Weser- und Elbemündung gesperrt. Das Reich aber ließ sich diesen offenen Friedensbruch weiter nicht anfechten, und das reizte Napoleon zu einem anderen, ruchlosen Anschlage. Der

Herzog von Enghien aus dem Hause Bourbon-Condé hielt sich aus Liebe zu seiner Base einige Stunden von Straßburg im neutralen badischen Gebiet in der Verbannung auf. Infolge der Berichte der französischen Spione nun ward er der Mitschuld an den Umtrieben gegen Napoleons Herrschaft verdächtig — Beweise konnten aber nicht beigebracht werden —, wider alles Völkerrecht nach Straßburg gebracht und in Paris sofort erschossen, weil er durchaus nicht leugnete, gegen Frankreich englische Dienste nachgesucht zu haben. Daß in Frankreich die kühnsten Staatsstreiche die oberste Gewalt eher befestigen als erschüttern, diese Thatsache mag Napoleon allerdings vor Augen gehabt haben (wie der preußische Gesandte meint), und sie bewahrheitete sich wiederum, wenngleich auch Franzosen durch die Blutthat mächtig erregt wurden. Jedenfalls aber wußte der brutale Gewalthaber, daß Deutschland alles über sich ergehen ließ in stummer Gleichgültigkeit. Keine Stimme erhob sich im Reiche gegen den schnöden Bruch des Völkerrechts! In Wien erklärte man die Sache für eine „intern französische“.

Seinem Hauptziele, ein neues Kaisertum nach dem Vorbilde Karls des Großen zu begründen, ein wirkliches Weltreich aufzurichten, kam Napoleon näher durch die auf Vorschlag des Tribunats vom Senat ihm 1804 verliehene Kaiserwürde, die vom Volke dann erblich gemacht ward. Am 2. Dezember salbte Pius VII. in Notre-Dame Napoleon, der sich in kleinen Rücksichtslosigkeiten gegen ihn gefiel. Mit allem Glanze umgab sich das thatsächlich unumschränkte Kaisertum und fand bald die Anerkennung der meisten deutschen Fürsten, die im kriechendsten Tone dem Korsen Glück wünschten und bei seiner Rheinfahrt vor ihm im Staube lagen. Franz II. aber nahm nun den Titel „Kaiser von Österreich“ an, um seine Gleichberechtigung gegenüber Napoleon auszudrücken. Und letzterer nahm auch keinen Anstand, das österreichische Erbkaisertum anzuerkennen. Dafür ließ er sich dann Österreichs Zustimmung zu seiner Kaiserwürde nach Aachen, der Pfalz Karls des Großen, überbringen. Wohin der gekrönte Plebejer hinauswollte, das zeigte sein neues Kaiserwappen: ein Adler im Fluge. Bald sollte die Welt das Rauschen seiner Fittige vernehmen.

Der Krieg der 3. Koalition 1805. Nachdem Pitt wieder ins englische Ministerium getreten, ließ er es sein eifrigstes Bemühen

sein, einen neuen Bund gegen das verhaßte Frankreich zustande zu bringen. Der erste Bundesgenosse war Gustav IV. von Schweden, „der Don Quixote der Legitimität“, der Napoleon tödlich haßte. Auch mit Rußland war leichtes Spiel. Schon durch das Verfahren Napoleons gegen den Prinzen von Enghien war Alexander I., Pauls Nachfolger, sehr aufgebracht; aber der wahre Grund zum Zerwürfnisse mit Napoleon lag in den Orientplänen. Hier standen sich Frankreichs und Rußlands Interessen aufs schärfste gegenüber, wie namentlich die vertragswidrige Besetzung Neapels durch Napoleon zeigte, die ihm den Weg nach dem Osten bahnen sollte. Solchen Übergriff wollte Alexander nicht ungerächt lassen und schloß am 11. April 1805 mit England ein Bündnis. Anders dachte Österreich. Solange nicht ganz speziell habsburgische Interessen auf dem Spiele standen, war man in Wien zum Angriffsbunde nicht zu bewegen, und von einem Zusammengehen mit dem Nebenbuhler Preußen wollte man erst recht nichts wissen. Auch die Stellung zu Bayern bot Schwierigkeiten. Da gab Napoleons Plan, das italische Königtum sich übertragen zu lassen, den Ausschlag. Trotz der mangelnden Schlagfertigkeit schloß Österreich, gedrängt von England und Rußland, die entweder gar nicht oder sofort losschlagen wollten, am 7. Juli 1805 den Angriffsbund. Preußen hatte 1804 mit Rußland das Abkommen getroffen, falls Frankreich den gegenwärtigen Zustand ändere, mit Gewalt dem entgegenzutreten, und damit hatte es „den ersten Schritt aus der Unfreiheit zum Ringkampfe gegen Frankreichs erdrückende Übermacht“ gethan. Aber zu ernstem Widerstande kam es noch nicht.

Napoleon hatte den Landkrieg gegen die Verbündeten seit geraumer Zeit ins Auge gefaßt und mit bewundernswerter Umsicht vorbereitet, während er den Anschein zu erwecken wußte, als beabsichtige er eine gewaltige Unternehmung zur See gegen England. In Eilmärschen rückten seine Korps von allen Seiten her auf die Donau zu, strengstes Stillschweigen ward von den Zeitungen über die Truppenbewegungen beobachtet. So waren die Österreicher über den Plan des Feindes im unklaren. Irrigerweise glaubten sie, in Frankreich herrsche die größte Unzufriedenheit mit Napoleons Vorgehen und dieser müsse deshalb eine stärkere Truppenmacht im Lande lassen; sie wollten daher möglichst rasch bis über die Iller

vordringen und Bayerns Beistand sich sichern, aber vor Vereinigung mit den Russen in Deutschland keinen entscheidenden Schlag unternehmen. Besonders verhängnisvoll aber ward es, daß gegen Napoleon selbst den Oberbefehl erhielt der General Mack, bei dem Begabung und Entschlossenheit im umgekehrten Verhältnis zur Anmaßung und Selbstüberschätzung standen.

Zunächst schlug den Österreichern die Hoffnung, Bayern zum Anschluß zu bringen, fehl; es schloß sich ebenso wie Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau Napoleon an. Als dieser von seinen trefflichen Kundschaftern erfahren, daß Mack zur Iller eile, während die Russen noch fern waren, wußte er mit größter Meisterschaft seine Truppen über die Donau in den Rücken der Österreicher zu bringen. Bernadotte, der von Hannover her kam, durchzog dabei das neutrale preußische Gebiet von Ansbach, um geradeswegs nach Ingolstadt zu kommen. Mack, in dem seltsamen Wahne befangen, Napoleon wolle wieder nach Frankreich zurück, um die Gärung im Lande zu unterdrücken und die Engländer an einer Landung zu hindern, mußte sich, als er endlich zur Besinnung kam, mit seinen 23000 Mann in Ulm ergeben. Napoleon hatte seinen Zweck erreicht und die österreichische Armee „durch bloße Märsche vernichtet“.

Damit war Österreichs Kriegsplan über den Haufen geworfen. Die Russen, bis an den Inn gelangt, zogen sich nach Mähren zurück; Tirol mußte geräumt werden und Erzherzog Karl, der in Italien ruhmvoll gekämpft, eilte nach Norden, um sich mit den übrigen Heeresteilen zu vereinen. Der Kampf entschied sich aber, ehe er eingreifen konnte. Murat hatte im November den Einzug in Wien durch List ermöglicht, und nach vergeblichen Unterhandlungen wurden die vereinten Russen und Österreicher in der Dreikaiserschlacht von Austerlitz vollständig besiegt, am 2. Dezember. Einen Kampf von weltgeschichtlicher Bedeutung sah dieser Wintertag. Alexander handelte sehr gegen seinen Vorteil, als er ohne Verstärkungen das Vorgehen befahl. Napoleon aber bestärkte die Russen in dem von ihm sofort erkannten Plane, seinen rechten Flügel zu umgehen, um dann ihr geschwächtes Centrum mit gewaltigem Stoße zu durchbrechen. Seine Absicht gelang glänzend. Hier zeigte sich zuerst die napoleonische Kampfweise in ihrer

Eigenart. „Die ganze Kunst des Kriegs besteht darin, daß man an der rechten Stelle stets der Überlegene ist.“ Diese rechte Stelle fand der große Kriegsmeister mit genialem Blick. Während auf dem einen Flügel die Entscheidung scheinbar zu seinen Ungunsten gefallen, weiß er sie vielmehr für sich an einem anderen Punkte mit unfehlbarer Sicherheit herbeizuführen.

Wie Alexander den Kampf verfrüht hatte, so ließ er jetzt übereilig seinen Verbündeten im Stich, und nun gab auch Franz bei den Unterhandlungen seine Sache zu früh verloren. Wußte doch Napoleon auch Preußen sofort an sich zu fesseln (s. u.)! Schon am 26. Dezember ward in Preßburg der Friede unterzeichnet, durch den Österreich zum erstenmale die schwersten Opfer ohne eigentlichen Ersatz auferlegt wurden. Es verzichtet auf Venetien mit Istrien und Dalmatien zu gunsten Italiens, als dessen König Napoleon anerkannt wird; an Bayern, dessen Kurfürst die Königskrone erhält, wird Tirol mit Vorarlberg, Eichstädt, Passau, Brixen und Trient abgetreten, an Würtemberg, das ebenfalls zum Königtum erhoben wird, ein Teil der vorderösterreichischen Lande. Baden erhält einen anderen Teil und die Stadt Konstanz. An Österreich fällt nur Salzburg (dessen Kurfürst durch das bayerische Würzburg entschädigt war) und Berchtesgaden nebst den Gütern des deutschen Ordens. Österreich hatte so über 1000 □Meilen mit 2½ Millionen Einwohnern verloren und war immer mehr aus seiner deutschen Stellung verdrängt worden. Damit aber war das Bestehen des ohnehin so arg zerbröckelten Reichs vollends in Frage gestellt.

Das Ende des deutschen Reichs. Durch den glänzenden Sieg bei Austerlitz hatte Napoleon sein Übergewicht in Europa gesichert, wenngleich England durch die Schlacht bei Trafalgar (21. Oktober 1805) sich zur See in seiner leitenden Stellung befestigt hatte. So unpopulär der 3. Koalitionskrieg anfangs auch in Frankreich gewesen, die glänzenden Siege schmeichelten doch dem französischen Stolze gewaltig. Der neue Kaiser der Franzosen schien in der That unüberwindlich — aber auch immer unersättlicher ward er. „Unser Land“ — so heißt es bei der Rémusat — „erschien Napoleon nur noch als eine große Provinz des Reichs, das er seiner Gewalt zu unterwerfen entschlossen war“. Immer

deutlicher trat zu Tage, daß er über die kleineren europäischen Staaten zu verfügen als sein Recht ansah, um ein abendländisches Weltreich wieder aufleben zu lassen. Die Bourbonen in Neapel wurden wegen Neutralitätsbruchs abgesetzt und Napoleons Bruder Joseph zum König gemacht; an seinen anderen Bruder Ludwig kam die batavische Republik als Königreich Holland; sein Schwager Murat ward Großherzog von Berg, das aus preußischen und bayerischen Gebietsteilen gebildet ward. Allen diesen mit Fürstentümern bedachten Gliedern seines Hauses machte Napoleon aber die strengste Abhängigkeit von sich zur Pflicht, alle mußten auch als europäische Herrscher französische Großwürdenträger, d. h. Unterthanen des französischen Kaisers bleiben. Wie hätte solchen Machtansprüchen gegenüber von einem Fortbestande des deutschen Reichs auch nur dem Namen nach die Rede sein können? Hatte doch durch Napoleons neues Kaisertum die in ihrer Art einzige Gewalt des „römischen Kaisers" aufgehört! Um nun Deutschland noch mehr sich unterwürfig zu machen, verwirklichte Napoleon den schon im 17. Jahrhundert teilweise durchgeführten Gedanken des Rheinbundes. Österreich und Preußen gegenüber sollten möglichst viele süd- und mitteldeutsche Staaten in einem von Frankreich abhängigen Bunde geeint sein. Und die Fürsten kamen solchem Verlangen gern entgegen: eröffnete sich doch wieder die Aussicht, einige Fetzen Landes gegen die üblichen Trinkgelder in Paris zu erwerben bei dem Geschäfte der „Mediatisation". Denn die zwischen dem Gebiete der Bundesglieder gelegenen fürstlichen, gräflichen, reichsritterschaftlichen Gebiete sollten „mittelbar" gemacht, d. h. den Bundesgliedern unterworfen werden — ein Schritt weiter auf dem Wege der Beseitigung der Kleinstaaterei. 72 Reichsstände wurden so ihrer Selbständigkeit beraubt. Wäre nur diese an sich für die Zukunft Deutschlands so segensreiche Entwickelung nicht verbunden gewesen mit der freiwilligen, schimpflichen Demütigung vieler Fürsten unter die brutale Gewalt des fremden Herrschers! Und den Souveränitätsrechten auf der einen Seite stand die völlige Abhängigkeit von Frankreich auf der anderen gegenüber. 16 deutsche Fürsten waren es, die sich für immer vom Reiche lossagten, als „rheinische Bundesstaaten" eine Konföderation bildeten, unabhängig von fremden Mächten, jedoch im Bunde mit Frankreich

und unter dem Protektorat des französischen Kaisers, der den Fürsten-Primas ernannte und den Oberbefehl über die Bundestruppen führte. In Frankfurt sollte eine Versammlung von 2 Kollegien tagen, doch ward dies nie ausgeführt. Die ganze Verfassung war, wie ein Zeitgenosse sagt, „eine Schimpf- und Spottkonstitution von Sklavenvölkern unter Despoten, die wieder unter einem Oberdespoten standen". Am 1. August 1806 wurden dem Reichstage zu Regensburg die Satzungen des Bundes mitgeteilt mit der Erklärung, das alte Reich werde als nicht mehr bestehend angesehen, Napoleons Absichten dagegen befänden sich „in beständiger Harmonie mit den wahrhaften Interessen Deutschlands". Darauf legte am 6. August Franz II. seine Würde als Kaiser von Deutschland nieder und erklärte, er werde fortan alle seine deutschen Provinzen nur noch nach ihrer Vereinigung mit dem ganzen österreichischen Staatskörper betrachten.

So endete das heilige römische Reich deutscher Nation. Der größte Teil der Deutschen war jedes nationalen Gefühls verlustig gegangen; teilnahmlos, vereinzelt sogar mit Hohn und Spott vernahm man das Geschehene. Auf dem linken Rheinufer herrschte selbst eine gewisse Begeisterung für Frankreich. — Der einzige Staat aber, der sich bislang noch unabhängig von Napoleon gehalten, sollte jetzt auch unter des Korsen Zwingherrschaft kommen.

Der Zusammenbruch Preußens. Die durch den Reichsdeputationshauptschluß für Preußen geschaffene günstige Lage war dadurch verändert worden, daß Napoleon Hannover in Besitz nahm und in bedrohliche Nähe Preußens kam. Trotzdem war Friedrich Wilhelm 1805 neutral geblieben. Wenn Österreich große Erfolge erringen sollte, so erschien das nicht minder gefährlich als ein neuer Triumph Napoleons. Diese Politik sollte sich schwer rächen! Durch die rücksichtslose Verletzung des neutralen preußischen Gebiets (s. S. 379) erreichte des Königs Langmut ihr Ende. Er sah sich in seiner Ehre verletzt, wollte „mit dem Menschen nichts mehr zu thun haben" und befahl teilweise Mobilmachung; jedoch zur sofortigen Teilnahme am Kriege entschloß er sich auch jetzt nicht, trotz der kriegerischen Stimmung in Berlin. Aus Sparsamkeitsrücksicht ward bald das ganze Heer wieder auf Friedensfuß gesetzt. Aber als der „Freund" Alexander mit dem Könige in Potsdam eine Zu-

sammenkunft gehalten (am Sarge Friedrichs des Großen führte er eine Rührscene auf, zu der sein Verhalten nach 1807 in grellem Widerspruch stand), erklärte sich Friedrich Wilhelm am 3. November bereit, an Napoleon gewisse Forderungen zu stellen und nach ihrer Ablehnung mit 180 000 Mann dem Bunde sich anzuschließen. Zum Unterhändler ward Haugwitz auserſehen. Er betrieb nun aber die Sache mit äußerster Langsamkeit und reiste erst am 14. November ab. Denn der Herzog von Braunschweig, der Oberbefehlshaber, hatte erklärt, vor dem 15. Dezember könnten die erforderlichen „Offensiv- und Defensivpunkte" nicht besetzt sein; es müßte also die Sache so lange hingezogen werden, falls es zum „Friedensbruche" käme. Daß es dazu nicht kam, dafür sorgte aber die Kriegsscheu des Königs. Er gab nämlich Haugwitz mündlich den bestimmten Auftrag, „auf alle Fälle" den Frieden zu sichern. Die Verantwortung für die nun folgenden Ereignisse trägt darum auch durchaus nicht Haugwitz in erster Linie. Er ward von Napoleon hingehalten, bemerkte auch die Veranstaltungen zu einem entscheidenden Zusammenstoße und wollte diesen abwarten. Nach dem glänzenden Siege bei Austerlitz nun konnte von irgendwelchen letzten Forderungen an Napoleon gar nicht mehr die Rede sein, sollte nicht Preußen sofort in den Kampf gezogen werden — und das wollte ja der König auf keinen Fall. Von Neutralität aber wollte Napoleon nichts hören, und so schloß denn Haugwitz am 15. Dezember den Vertrag von Schönbrunn: Preußen tritt Ansbach an Bayern, das rechtsrheinische Cleve mit Wesel und Neufchatel an Frankreich ab (jenes kam an das Großherzogtum Berg), es erhält das von Napoleon besetzte Hannover, muß aber alle Küsten den Engländern verschließen und mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis eingehen. Über Annahme oder Verwerfung dieser Bedingungen soll in drei Wochen die Entscheidung erfolgen.

In Berlin herrschte die gewaltigste Bestürzung. Entschieden gegen Annahme des Vertrags traten nur auf Scharnhorst, Hardenberg, Blücher, Rüchel und besonders Prinz Louis Ferdinand. Da diesen gegenüber Männer wie der Herzog von Braunschweig ganz auf Seite Frankreichs standen, so war das Endergebnis der Beratungen ein Mittelweg. Haugwitz ward mit Abänderungsvorschlägen nach Paris gesandt, deren wichtigster

dahin ging, daß Hannover von Preußen nur vorläufig in Verwahrung genommen würde (für später dachte man aber seinen Besitz sich zu sichern). Napoleon aber nahm nicht nur diese Vorschläge nicht an, sondern erklärte, auch der Schönbrunner Vertrag sei nun hinfällig und Preußen müsse sich härteren Bedingungen fügen, andernfalls sehe er sich zum Kriege gezwungen. Da die Franzosen in Süddeutschland in den vorteilhaftesten Stellungen sich befanden, so blieb dem Könige nichts übrig, als jene Bedingungen anzunehmen, durch die der Kampf mit England entschieden, der Zwist mit Rußland nicht unwahrscheinlich wurde (denn Preußen sollte für die Integrität der Türkei mit eintreten). Bei scheinbarem Gewinn war der Staat aufs tiefste gedemütigt. Hardenberg mußte entlassen werden und Haugwitz erhielt die auswärtigen Angelegenheiten. Aufs schmerzlichste betroffen von alledem war auch die Königin, und sie blieb stets in Verbindung mit den Männern, die eine Änderung der preußischen Politik herbeizuführen hofften. Ganz im geheimen dachte auch der König daran und begann Unterhandlungen mit Rußland. Denn das französische „Bündnis“ ward ihm immer unheimlicher, da Napoleon seinen „Bundesgenossen“ in jeder Weise zu demütigen suchte.

Um die Stiftung des Rheinbundes, die er in Berlin anzeigte, in weniger ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen, riet der Franzosenkaiser Friedrich Wilhelm, einen norddeutschen Bund zu gründen, wie er bereits 1804 ihm eine norddeutsche Kaiserkrone angeboten hatte. Diese wies der König damals sofort zurück. Jetzt, nach dem Zerfall des Reichs, wo der Süden Deutschlands teilweise in völliger Abhängigkeit von Frankreich stand, glaubte Friedrich Wilhelm den seit 1795 thatsächlich bestehenden Zustand der preußischen Schutzherrschaft über den Norden in rechtliche Formen bringen zu sollen und begann Verhandlungen mit Hessen-Kassel und Sachsen. Jener Staat unterzeichnete in der That einen Entwurf, Sachsen aber machte Weiterungen wegen der militärischen Unterordnung und ward darin von Napoleon selbst bestärkt. Da kam die Kunde, daß Napoleon bei seinen Unterhandlungen mit England die Rückgabe Hannovers angeboten habe, während er soeben noch Preußen versichert hatte, er werde es ihm nie entziehen. Ferner ward gemeldet, Rußland habe mit Frankreich

einen Friedensvertrag abgeschlossen. Endlich liefen Nachrichten ein über französische Truppenbewegungen. So mußte man in Berlin fürchten, Napoleon werde, vor Rußland und England gesichert, über das wehrlose Preußen herfallen. Daher befahl der König am 9. August 1806, die Truppen in Westfalen und Hannover zusammenzuziehen. Nicht etwa ward allgemein mobil gemacht, man wollte sich nur gegen Überraschungen sichern. Aber der Schritt über den Graben war damit gethan. Denn als nun doch der Friede zwischen England und Frankreich nicht geschlossen ward, als Alexander den unterzeichneten Vertrag nicht bestätigte, da ward Napoleon argwöhnisch. Daß er gerade damals es zum Zusammenstoße mit Preußen (den er an sich durchaus für notwendig hielt) habe treiben wollen, — das anzunehmen sind wir nicht berechtigt. Er glaubte aber, Rußland und Preußen steckten unter einer Decke, dachte nicht mehr an Zurückziehen seiner Truppen (die Befehle dafür waren schon gegeben), und als Preußen die Räumung Deutschlands von ihm begehrte, verlangte er vielmehr, Preußen solle zuerst abrüsten.

In Preußen standen die Parteien schroff einander gegenüber. Neben Franzosenfreunden (wie Haugwitz und Kalkreuth) und neben den Männern des Friedens, die jeden Widerstand für aussichtslos hielten, gab es eine Kriegspartei, erbitterte Gegner Napoleons; namentlich Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Blücher, Rüchel, auch einige Prinzen gehörten zu ihnen. Am 2. September ward dem Könige ein von Johannes Müller verfaßtes, von Anhängern der Kriegspartei unterzeichnetes Schriftstück überreicht. Die Sache war besonders von Stein eifrig betrieben, dem die „Reinigung“ der Regierung, die Beseitigung des Kabinetts sehr am Herzen lag. Schon im April hatte er eine Denkschrift verfaßt und in ihr die Herstellung einer einheitlichen Staatsgewalt durch Bildung einer Ministerialkonferenz gefordert. Die vielfach zu schroff gehaltene Schrift bekam der Monarch aber nie zu Gesicht, während Stein glaubte, er kenne sie. Daher ward jene Eingabe vom 2. September ziemlich allgemein gehalten, und der König mußte daran den größten Anstoß nehmen, namentlich an dem Schlußsatze: „Sollten Ew. Majestät fortfahren, unter dem Einflusse des Kabinetts zu handeln, so ist es zu erwarten, daß

der preußische Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliert".

Die Prinzen wurden sofort zum Heere geschickt, die übrigen Unterzeichner bekamen einen Verweis. Bald sollte der König auf andere Weise die Stimmung seiner Hauptstadt erfahren. Eine jugendliche Schar zertrümmerte sämtliche Fenster in Haugwitz' Wohnung und brachte dann Hardenberg eine begeisterte Huldigung dar. Selbst in Offizierskreisen zeigte sich offene Widersetzlichkeit, teils aus Anmaßung, teils aber auch aus tiefem sittlichem Ernst hervorgegangen. Forderten doch sogar zwei Offiziere Urlaub nach Paris, „um einen Helden auf dem Throne zu sehen!" Alledem gegenüber dachte der König einen Augenblick sogar an Abdankung, um so mehr, da gerade in jenen Tagen eine tiefe Erregung ganz Deutschland durchzog wegen einer neuen frevelhaften Gewaltthat Napoleons. Der Nürnberger Buchhändler Palm hatte eine Schrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" verbreitet, in der ohne weitere Aufreizungen nur dem Unwillen über die Schande des Vaterlandes lebendiger Ausdruck gegeben war; er ward am 26. August 1806 erschossen. Das war denn doch auch der deutschen Geduld zu viel, und der Ingrimm über die brutale Willkürherrschaft, die das Recht der Nationen mit Füßen trat, wuchs mehr und mehr. Es begann im stillen eine Umstimmung des deutschen Geistes, genährt durch Männer wie Arndt, Fichte und Schleiermacher, und solcher Strömung in weiten Kreisen seines Volks konnte auch der preußische König trotz seiner Kriegsscheu sich nicht entziehen.

Besaß er aber die nötigen Machtmittel? Nach Scharnhorsts Urteil befand sich das preußische Heer durchaus nicht in besonders ungünstiger Lage; allerdings einen bedeutenden Mann, der den Entscheidungskampf leite, sieht er nicht. Doch könne auch ohne einen solchen ein Volk Großes leisten. Verhängnisvoll aber war, daß das preußische Heerwesen sich noch auf dem Standpunkte befand, den es unter dem großen Könige erreicht hatte (s. S. 362). Die Schäden und Mängel der Armee von 1806 lagen besonders darin begründet, daß man nicht mit der Zeit fortgeschritten war. Noch immer waren viele Städte, die höheren Stände und alle, denen gleiche Rechte mit diesen zuerkannt waren, vom Kriegsdienste

befreit; noch immer bildete der Offizierstand eine geschlossene Kaste, meist aus dem Adel hervorgegangen und von größtem Dünkel dem Bürger gegenüber erfüllt; noch immer hielt man an der alten Lineartaktik fest und legte auf das Einüben von Paradestücken ganz unverhältnismäßig hohen Wert; noch immer fanden im Interesse der finanziell zu selbständigen Kompagnieführer viele Beurlaubungen statt; der Troß war ungeheuer. Da ferner das Heer, weil meist aus Geworbenen bestehend, nur zu blindem Gehorsam erzogen war und werden konnte, so kam alles auf die Führung an. Und da war es sehr verhängnisvoll, daß Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig wieder (s. S. 336) an der Spitze stand, „mehr geeignet, Befehle anzunehmen als zu erteilen". Neben ihm gab es viele eingebildete, dabei meist ganz unfähige Führer, zum Teil hochbetagt. — Welch gewaltiger Gegensatz also zwischen dem preußischen und dem französischen Heere! Letzteres war ein Volksheer, befehligt von einem genialen Meister der Kriegskunst, unter ihm eine große Zahl junger, tüchtiger, von unten auf gedienter Heerführer, alle Truppen sieggewohnt und ihrem Kaiser blind ergeben. Letzterer sah in dem Kampfe gegen den Staat Friedrichs des Großen die Entscheidung seiner Laufbahn, und da er die in Europa noch meist gehegte Ansicht von der Vortrefflichkeit des preußischen Heeres teilte, so war er nicht ohne Besorgnis. Leider sollte er bald seinen Irrtum inne werden.

Friedrich Wilhelm hatte den Entschluß zum Kriege mehr der Not gehorchend, gewissermaßen aus Verzweiflung, als aus innerer Überzeugung gefaßt. Daher sandte er erst noch ein Ultimatum an Napoleon, das bis zum 9. Oktober beantwortet werden sollte. Er forderte Rückzug der Franzosen aus Süddeutschland und keine weitere Einmischung in die norddeutschen Angelegenheiten. Der Franzosenkaiser hatte also, da er auf solche Vorschläge natürlich gar nicht weiter einging, genügend Zeit, seine Streitkräfte nach dem Norden zu ziehen. In drei Kolonnen lenkte er sie über Saalfeld und Schleiz auf Gera zu. Demgegenüber hatte Scharnhorst den Herzog von Braunschweig für den Plan gewonnen, bis an den Thüringer Wald vorzurücken und dann je nach der Stellung des Feindes entweder einen Flankenmarsch zu unternehmen oder über das Gebirge hinüber gegen die Mitte des Gegners sich zu wenden.

Leider ward dieser durchaus verständige Plan nicht ausgeführt. Denn kläglich wie die Politik gestaltete sich auch die Kriegsführung Preußens besonders deshalb, weil es an einer besonnenen und umsichtigen obersten Leitung in einer Hand gebrach, also an der unumgänglichen Voraussetzung für entscheidende Erfolge.

Das preußische Heer war, nachdem man von der Überschreitung des Gebirges endgültig abgesehen hatte, zwischen Gotha und Weimar zusammengezogen, so daß die Mitte bei Erfurt stand. Verbündet nur mit Kursachsen und Weimar zählte es etwa 120 000 Mann, während Napoleon 160 000 unter sich hatte. Seine Übermacht war also durchaus nicht so groß, aber gewaltig überlegen war er durch seine neue Strategie: mit größter Schnelligkeit dem Gegner zu Leibe zu gehen und möglichst rasch die Entscheidung herbeizuführen. Wie anders bei den Preußen! Friedrich Wilhelm glaubte die zur Beantwortung des Ultimatums gestellte Frist abwarten zu müssen und ließ die Franzosen ungestört immer weiter nach Osten vorrücken. Als nun endlich von preußischer Seite ein Vorstoß nach Süden erfolgte, ward er nicht allgemein und ohne rechten Zusammenhang unternommen, und die Vorhut wurde am 10. Oktober bei Saalfeld völlig zersprengt. Prinz Louis Ferdinand ward dabei tödlich verwundet, und dies steigerte nur noch die Verwirrung, aber auch in manchen Kreisen die Erbitterung. Bat doch eine Abordnung von Offizieren den General Kalkreuth um Absetzung des Braunschweigers! An der nun folgenden Katastrophe war dieser allerdings unschuldig.

Napoleon hatte die Möglichkeit erkannt, die Preußen zu umgehen, und daher einen Teil seiner Truppen unter Davout und Bernadotte nach Naumburg zu marschieren lassen. So kamen die Franzosen den Preußen in den Rücken. Der Herzog beschloß nun, nach einem neunstündigen Kriegsrate, mit der Hauptarmee Kehrt zu machen und über die untere Unstrut zurückzugehen. Er hatte 36 000 Mann, während die Franzosen 32 000 stark waren, auch besaßen sie weniger Kavallerie. Am 14. Oktober fand der Zusammenstoß bei Auerstädt statt. Auf dem linken preußischen Flügel, wo Scharnhorst befehligte, ging anfangs alles gut. Durch die tödliche Verwundung Braunschweigs aber war bald jede Oberleitung dahin, und allgemeine Verwirrung entstand. Blücher

konnte trotz eines verzweifelten Reiterangriffs die Schlacht nicht retten, wohl aber hätte dies Kalkreuth vermocht mit seinen 18000 Reserven. Weil er sich aber zurückgesetzt fühlte, blieb er jenseits Auerstädt auf der Höhe ruhig stehen, als ob ihn die Sache nichts anginge. So mangelte es gänzlich an den nötigen Reserven, und schließlich mußte auch Scharnhorst zurück. In bester Ordnung ging anfangs der Rückzug vor sich — da stieß man auf die zurückflutenden, aufgelösten Reste der anderen Abteilung. Nördlich von Jena nämlich, auf der Höhe des Landgrafenberges, hatte Hohenlohe mit der Nachhut seine Stellung gehabt, nicht allzuweit davon, bei Weimar, Rüchel. Die Streitkräfte, die durch tüchtige Märsche leicht hätten vereint werden können, waren so auf 2 Meilen hin verzettelt. Nun sollte Hohenlohe einen ernsten Kampf vermeiden und dem nach der Unstrut zu abrückenden Heere sich anschließen, um den Rückzug zu decken. Daher unterließ er es, die wichtigsten Höhenstellungen und Flußübergänge zu besetzen, ahnte auch nicht, wie nahe Napoleon bereits war, und ward am 14. früh in eine Schlacht verwickelt. Auch hier stand anfangs die Sache der Preußen nicht schlecht. Als aber Rüchel von Weimar her stundenlang auf sich warten ließ, da konnte Napoleon alle seine Korps zusammenziehen. Hohenlohe weicht der Übermacht und reißt auch das endlich heranziehende Rüchelsche Korps mit sich fort. — Als nun beide preußische Heere auf Weimar zu flohen, begann bald eine furchtbare Auflösung. Erfurt, das einen ersten Halt hätte bieten können, ergab sich schon am folgenden Tage. Nun floh die Masse des Heeres nach Magdeburg zu, aber auch diese alte, stolze Feste konnte keinen Rückhalt mehr geben.

Eine immer größere Ratlosigkeit griff im Staate Platz. Bald besetzten die Franzosen auch die Hauptstadt, deren Bürgern als ihre erste Pflicht die „Ruhe“ eingeschärft ward. Am 27. Oktober hielt Napoleon selbst, in fast ärmlicher Kleidung, aber an der Spitze eines glänzenden Gefolges, seinen Einzug, und 7 preußische Minister leisteten ihm, ohne des Königs Entscheidung abgewartet zu haben, den Treueid. Archiv und Staatskassen hatte Stein nach Königsberg bringen lassen. Nach Paris aber wanderten nun die Siegesgöttin vom Brandenburger Thore, sowie Degen und Schärpe vom Sarge Friedrichs des Großen, des Siegers von Roßbach. Der

Ehre des preußischen Heeres hefteten sich immer neue Flecken an. Spandau, Küstrin und Stettin ergaben sich; Hohenlohe, den erschütternden Eindrücken dieser Zeit nicht gewachsen, ließ sich von Murat über die Stärke des Gegners völlig täuschen und ergab sich, ohne ernstlichen Widerstand zu versuchen, bei Prenzlau. Nur Scharnhorst und Blücher, die späteren „Schöpfer und Führer des Heeres, welches die deutsche Freiheit erstritten hat", retteten wenigstens die Ehre; beide wurden gefangen, aber bald darauf ausgewechselt.

Friedrich Wilhelm war nach Küstrin gegangen und hatte sich von hier mit der Königin in den fernsten Osten des Staats begeben. Sachsen war schon Mitte Oktober vom Bunde mit Preußen zurückgetreten. „Die ganze preußische Monarchie ist in meiner Gewalt", verkündete Napoleon am 12. November mit Fug und Recht. Denn eine Kapitulation war der anderen gefolgt; Heer, Beamtentum, der ganze Staat schien völlig haltlos, so daß damals Archenholtz „Betrachtungen eines Deutschen am Grabe der preußischen Monarchie" anstellte. Preußens Lage war in der That eine verzweifelte: 160 Million Frank Kontribution waren dem Staate auferlegt. Die Verhandlungen aber, die Friedrich Wilhelm begonnen, wurden auf seinen Befehl wegen der entehrenden Bedingungen am 21. November wieder abgebrochen. Er faßte sich „in dieser Geburtsstunde des neuen Preußen" ein Herz und hoffte fest auf Rußland. Dieser Macht gegenüber suchte nun Napoleon einmal die Türkei auszuspielen, und in der That glückte es ihm, Russen und Türken miteinander in Krieg zu verwickeln. Dadurch ward aber auch Österreich berührt. Vergeblich hatte Napoleon es zu locken gesucht durch Anerbietungen in Bezug auf Schlesien. Österreich blieb neutral und konnte dann später wegen der russischen Erfolge an der unteren Donau an ein Eingreifen nicht denken. Napoleon that aber noch einen zweiten Schachzug gegen Rußland: er schürte den Aufstand in Polen, angeblich um das alte Polenreich wiederherzustellen, in Wirklichkeit nur, um Verstärkungen gegen die Russen zu gewinnen.

Auch den alten, verhaßten Gegner, mit dem seit 100 Jahren der Kampf geführt ward, England, suchte Napoleon jetzt wieder zu treffen. Schon unter dem Direktorium war der Plan angeregt, England

von den Häfen des Festlandes auszuschließen. Jetzt verhängte Napoleon von Berlin aus die Kontinentalsperre. Alle englischen Waren sollten konfisziert werden, jeder Handelsverkehr mit dem Inselreich ward untersagt, alle englischen Häfen wurden für blockiert erklärt. Den ausschweifendsten Gedanken an Beherrschung Europas und an einen Zug nach Indien, um wenigstens hier zu Lande England tödlich zu treffen, hing Napoleon schon damals nach und sandte deshalb drei französische Agenten nach Persien. Die Weltherrschaft wollte er dereinst in seine Hand bringen.

Der Kampf gegen Rußland und Preußen. Zunächst aber galt es wieder die Bekämpfung der seit 1805 im Kriegszustand gebliebenen, jetzt mit Preußen gegen Frankreich verbündeten Russen, eines in mancher Beziehung doch gefährlichen Gegners. Der Widerstand der geschlossenen, zähen Massen der russischen Infanterie konnte durch die zerstreute Gefechtsart, durch welche die großen Erfolge der Franzosen besonders errungen waren, nicht immer gebrochen werden. Und die beweglichen Preußen bildeten eine treffliche Ergänzung der oft zu schwerfälligen Bundesgenossen. Wegen des Kampfes mit der Türkei konnte Alexander nur einen Teil seiner Streitkräfte unter Kamenski und Bennigsen mit den preußischen unter L'Estocq (in Wirklichkeit war Scharnhorst der Leiter) vereinen; umfassendere Rüstungen wurden aber in Aussicht genommen. Hatte doch Rußland auch das regste Interesse daran, die Herrschaft über das polnische Gebiet zu behaupten! Napoleons anfänglicher Plan, den Russen den Rückweg zu verlegen und sie zu umzingeln, schlug gänzlich fehl: nach einem unentschiedenen Treffen bei Pultusk zogen sich die Russen über die Narew zurück, und es begann ein namentlich für die Franzosen äußerst beschwerlicher Winterfeldzug. Die ganz grundlosen Wege machten die Verpflegung so schwierig, daß Napoleon Winterquartiere beziehen mußte; er selbst gab sich in Warschau den verschiedensten Genüssen hin. Aus diesen ward er durch das Vorgehen der Gegner aufgeschreckt, suchte sie nun seinerseits rasch zu vernichten, konnte aber nicht früh genug die weichenden Russen erreichen. Es kam dann bei Preußisch-Eylau am 7. und 8. Februar 1807 zum Kampfe. Am ersten Tage errangen die Russen Erfolge. Auch am zweiten hielt ihr Centrum tapfer stand; als aber Davout gegen den linken Flügel vorging,

ward dieser bald völlig geworfen, und auch das Centrum schwebte jetzt in großer Gefahr. Schon dachten die Franzosen an völlige Umzingelung, da griff in der höchsten Not Scharnhorst mit 5000 Mann ein (die anderen Preußen waren von Ney zurückgehalten) und trieb den schon weit vorgedrungenen Gegner zurück. Zum erstenmal war Napoleon nicht Herr des in diesem Falle besonders blutigen Schlachtfelds geblieben. Leider aber zogen die Russen trotz des Erfolgs nach Königsberg zurück, und nur durch Scharnhorsts Maßregeln, der ganz auf eigne Faust handelte — L'Estocq that nichts —, ward weiteres Unheil abgewehrt. Der Weg nach Danzig aber blieb den Russen verlegt. Daß Napoleon jedoch sehr mit Unrecht sich Erfolge zuschrieb, ergiebt sich auch aus der Thatsache, daß er sofort in die Winterquartiere zurückging. Denn seine Truppen waren aufs äußerste abgespannt und schwer mitgenommen durch den schrecklichen Mangel und das Elend des strengen Winters, während der Kaiser selbst sich stets sehr wohl fühlte und nach allen Seiten hin die regste Thätigkeit entwickelte.

Bezeichnenderweise macht Napoleon jetzt der preußischen Regierung in schmeichlerischen Worten Friedensanerbietungen, auf Hardenbergs Rat aber weist der König sie sofort zurück und schließt am 26. April 1807 mit Rußland den Vertrag zu Bartenstein. Beide Mächte verpflichten sich, keinen Sonderfrieden mit Napoleon einzugehen und erst dann die Waffen niederzulegen, wenn Frankreich über den Rhein zurückgeworfen ist. Der künftige Feldzugsplan wird erörtert (nach Scharnhorsts Gedanken soll das ganze Volk, nicht bloß das stehende Heer, am Kampfe sich beteiligen) und die Herstellung Preußens in demselben Umfange, wenn auch nicht in denselben Grenzen, wie vor dem Kriege in Aussicht genommen. Auch in Bezug auf die künftige Gestaltung Deutschlands waren bereits Pläne gefaßt, besonders nach der Richtung hin, daß Österreich im Süden, Preußen im Norden eine leitende Stellung einnehmen soll. Solchen Vereinbarungen beizutreten, lehnte Österreich aber ab. — Welch verhängnisvolle Wendung hätte der Kampf jetzt nehmen können, wäre in dem Donaustaate Napoleon ein neuer Gegner erstanden! Einem Angriffe auch Österreichs wäre er nicht gewachsen gewesen. Aber die Friedenspartei unter Erzherzog Karl trug den Sieg davon, und Österreich blieb neutral.

Von den preußischen Festungen hatte sich unterdessen am tapfersten gehalten **Kolberg** und zwar weniger durch Schills (dem vor der Welt allerdings der größte Ruhm zufiel) als vielmehr durch **Gneisenaus** Verdienst, der die heldenmütige Verteidigung leitete, wacker unterstützt von den Bürgern unter **Nettelbecks** Führung. Ebenso ruhmvoll wehrte sich 76 Tage lang **Danzig**. Mehrere tapfere Offiziere, wie Major Pullet, wußten Soldaten und Bürger anzufeuern, bis die Stadt der Übermacht schließlich unterlag. Auch **Neiße** fiel erst nach tapferer Verteidigung, während **Graudenz** (Courbière nennt sich „König von Graudenz", als der Feind ihm melden läßt, es gäbe keinen König von Preußen mehr), Thorn, Kosel, Glatz und Silberberg sich bis zum Ende des Kampfes hielten.

Napoleon hatte inzwischen rastlos an der Kräftigung seines Heeres gearbeitet, ungestört von den Russen, die ihren Ruf, vom Franzosenkaiser unbesiegt zu sein, nicht gefährden zu wollen schienen. Erst dann gingen sie vor, als es zu spät war. Ihr Angriff auf die französische Vorhut scheiterte, Napoleon warf sich zwischen Russen und Preußen, und nachdem nur durch die gewaltigen Märsche der letzteren das Treffen bei **Heilsberg** am 10. Juni nicht ungünstig für die Verbündeten ausgefallen war, gelang es ihm, am 14. die Russen über die Allebrücke auf ein ungünstiges Schlachtfeld bei **Friedland** zu locken. Nach tapferer Gegenwehr wurden sie völlig geschlagen, während die Preußen in ihrer Vereinzelung umgangen und bis nach Königsberg zurückgeworfen wurden. In leidlicher Ordnung, aber sehr geschwächt gelangten die Reste der beiden Heere nach Tilsit. Der Feldzug war für Napoleon gewonnen.

Der Friede von Tilsit und seine Folgen. Jetzt brach des Zaren Mut jäh zusammen. Während Friedrich Wilhelm, dessen Staat fast ganz unter der Herrschaft der Fremden stand, die Friedensanerbietungen zurückgewiesen, scheute sich Alexander, der 1805 am Sarge Friedrichs des Großen seinem Verbündeten ewige Treue gelobt, der eben noch in Bartenstein jeden Sonderfrieden verworfen, er scheute sich nicht, Preußen zu verlassen, trotzdem sein Land noch nicht unmittelbar bedroht war. Aber die altrussische Partei unter Führung des Großfürsten Konstantin drängte immer heftiger.

Napoleon seinerseits bot alles auf, Rußland zunächst für sich zu gewinnen, um Preußen in völlige Abhängigkeit zu bringen. Beides gelang vollständig. Nach einer Unterredung am 25. Juni ward bald zwischen den beiden Herrschern ein Einverständnis darüber erzielt, daß gegen England eine Vereinigung der Festlandsmächte nötig sei. — Auf den Gedanken eines selbständigen, durch das preußische Schlesien vergrößerten Herzogtums Warschau mußte Napoleon allerdings verzichten, ebenso Alexander auf den Besitz Konstantinopels. Die offenen Bestimmungen des Friedens von Tilsit vom 7. Juli 1807 setzten vielmehr fest: Der „König“ von Sachsen, der dem Rheinbund beigetreten, erhält Warschau — d. h. Südpreußen und Neuostpreußen ohne den Bialystocker Kreis, der an Rußland kommt —; zwischen Rußland und der Türkei vermittelt Napoleon, ebenso Alexander zwischen Frankreich und England; die bisher von Napoleon eingesetzten Könige werden anerkannt. In Geheimartikeln aber verbünden sich Rußland und Frankreich zu Schutz und Trutz. Alexander verpflichtet sich zum Handelskriege gegen England, wenn dies sich auf die Vorschläge nicht einläßt; thut dies auch die Türkei nicht, so soll sie gemeinsam bekämpft werden. Eine Teilung des türkischen Besitzes ward verabredet.

Eine klägliche Rolle mußte der preußische König bei allen diesen Verhandlungen spielen. Nur als Schützling des Zaren durfte er am 26. Juni mit Napoleon zusammenkommen, und da er es verschmähte, dem Emporkömmling zu schmeicheln, vielmehr sein Verhalten zu rechtfertigen suchte, so schieden beide in tiefer Verstimmung. Der Aufforderung Alexanders entsprechend kam auch die Königin Luise nach Tilsit. Um ihrem unglücklichen Lande zu nützen, gewann sie es über sich und empfing den, der ihr in seinen Bulletins manch schamlose Beleidigung zugefügt. Als Napoleon ihr zum Unterpfande seiner guten Gesinnungen eine Rose bot, sagte sie zögernd: „Wenigstens mit Magdeburg!“ „Ich habe zu bieten, Sie anzunehmen“, entgegnete er, und alle Bitten der edlen Fürstin glitten an ihm ab „wie an Wachstuch“ (so äußerte er selbst). Eigentliche Verhandlungen fanden mit Preußen überhaupt nicht statt. Hardenberg war als Vertreter des Staats von Napoleon zurückgewiesen; dieser wünschte zum Unterhändler vielmehr Kalkreuth, der ganz im französischen Fahrwasser segelte

und „furchtsam wie ein Greis, leichtsinnig wie ein Fähnrich“ war. In den Friedensbestimmungen mit Rußland war bezüglich Preußens ausgesprochen, daß „aus Rücksicht für den Zaren“ Preußen die Länder östlich der Elbe (abgesehen von den oben erwähnten polnischen Provinzen und vom Kreis Kottbus, der an Sachsen fiel) zurückerhalten solle. Also aus Gnade nur ward Preußen völlige Vernichtung erspart! Mit den ihm gebliebenen 2850 □Meilen und 4½ Millionen Einwohnern konnte es — so meinte Napoleon — auch ohne die beabsichtigte Aussaugung das nicht werden, was es nach Alexanders Absicht sein sollte: ein Bollwerk gegen Frankreich. Den Maßregeln gegen England hatte sich Preußen natürlich anzuschließen. Ohne Zögern und ohne irgendwelche Änderung mußten die Bedingungen am 9. Juli 1807 unterzeichnet werden. Am 12. ward dann abgemacht, daß nach Zahlung der Kriegsschuld das von den Franzosen besetzte Gebiet bis zum 1. November geräumt sein sollte; bis dahin waren alle französischen Truppen und Kriegsgefangenen zu unterhalten. Die Höhe der Kriegsschuld aber und den Zeitraum der Abtragung genau bestimmen zu lassen, hatte Kalkreuth in unverzeihlichem Leichtsinn versäumt. So ward die Abmachung „die Quelle alles Elends der nächsten Jahre“. Erst auf der Rückreise bequemte sich Napoleon 154 Millionen Frank zu fordern, trotzdem er schon 207½ erhalten hatte. Das Land rechts der Weichsel hatte er geräumt, das ganze sonstige Gebiet aber hielt er besetzt und bezog alle Einkünfte. Sein Intendant Daru hauste in wahrhaft entsetzlicher Weise im Lande.

Die furchtbarste Finanznot brach in Preußen aus. Der Staat konnte seinen Verpflichtungen nur zum geringsten Teile nachkommen, statt 1000 Thaler Gehalt wurden etwa 150 gezahlt. Wie groß das Elend bald ward, zeigt eine Bekanntmachung der schlesischen Regierung in betreff der im Notfall zur Nahrung der Menschen dienenden wildwachsenden Pflanzen. — Die weiteren Unterhandlungen führte in Paris des Königs Bruder, Prinz Wilhelm. Napoleons Verhalten gegen Preußen ward auch bestimmt durch seine Stellung zu Rußland. Damit dies nicht seine Pläne auf der Balkanhalbinsel ausführe, mußte Napoleon Norddeutschland völlig in seiner Gewalt behalten. „Konstantinopel ist der Mittelpunkt

meiner Politik", sagte er am 23. Februar 1808 zum Prinzen Wilhelm. Daher könne auch die Räumung Preußens nur von den „großen Kombinationen der allgemeinen Politik" abhängen. Daru aber meinte, die Regelung der Kriegskosten sei nicht Aufgabe der Arithmetik, sondern ein Problem der politischen Berechnung.

Indessen wuchs die Erbitterung des preußischen Volks mächtig an, allerdings nur im geheimen, und ward genährt durch die glorreiche Erhebung in Spanien und die beginnenden Rüstungen Österreichs. Kleists „Hermannschlacht" giebt Kunde von dem wachsenden Ingrimm. Napoleon selbst ward darüber belehrt, besonders durch einen aufgefangenen Brief des Ministers vom Stein an den Fürsten Wittgenstein vom 15. August, in dem es hieß: „Die Erbitterung nimmt in Deutschland täglich zu und es ist ratsam, sie zu nähren". Dies Schreiben, am 8. September veröffentlicht, benutzte Napoleon, um den Prinzen Wilhelm zum Unterzeichnen eines Vertrags zu nötigen, der die tiefste Erniedrigung Preußens bedeutete. Auf 140 Millionen Frank ward jetzt die Kriegsschuld festgesetzt (später wurden 20 davon abgelassen auf Alexanders Fürsprache), die Festungen Stettin, Küstrin, Glogau sollen bis zur Zahlung in den Händen der Franzosen bleiben, 7 Militärstraßen stehen ihnen frei, 10 Jahre lang darf Preußen nur 42 000 Mann unter Waffen haben, zu einem Kriege mit Österreich soll es ein Hülfskorps stellen in der Stärke von 12 000, später 16 000 Mann. Durfte der König einen solchen Vertrag genehmigen? Stein glaubte, es nicht unbedingt widerraten zu sollen, wollte aber im geheimen die Vorbereitungen zum Verzweiflungskampfe fortgesetzt wissen. Er bekämpfte also den Gegner mit dessen eigener Waffe, mit List, die ihm gegen rücksichtslose Gewaltthätigkeit erlaubt schien. Im Gegensatz dazu überreichten ihm am 14. Oktober 7 Patrioten, unter ihnen Scharnhorst und Gneisenau, ein Gesuch, in keinem Falle jenen Vertrag zu genehmigen, wenn dabei im stillen die Absicht gehegt würde, ihn später doch zu brechen. Man möge ihn einer Volksvertretung vorlegen — dies war ein Vorschlag von der größten Bedeutung, ganz entsprechend der gerade von Stein nachdrücklichst vertretenen Forderung, dem Volke einen Anteil am öffentlichen Leben zu gewähren, es selbst mit beschließen zu lassen über sein Wohl und Wehe. Aber die Entscheidung war schon vorher

gefallen. Friedrich Wilhelm hatte, ohne Stein etwas zu sagen, bereits am 29. September den Vertrag bestätigt. Den Ausschlag hatte schließlich die Erklärung Alexanders gegeben, er sei (aus gleich zu erörternden Gründen) entschlossen, das Schwert gegen Napoleon nicht zu ziehen. Trotzdem namenlose Erbitterung in den Gemütern gärte, trotzdem das Volk von glühendem Verlangen nach Befreiung beseelt war, schloß der König einen schmachvollen Frieden. Er hielt jetzt, wie später, stets daran fest, daß nur durch das Zusammengehen Rußlands, Österreichs und Preußens, mit Hülfe Englands, Napoleon überwunden werden könne. Darin haben ihm die späteren Ereignisse recht gegeben. Es fragt sich nur, ob er nicht, wäre er damals oder 1809 der Stimmung des Volks und dem Rate der Besten thatkräftig gefolgt, ein solches Zusammengehen seinerseits hätte herbeiführen können. Aber er trieb nie, sondern ließ sich stets treiben.

Deutschland unter der Herrschaft Napoleons. Die Erweiterung des Rheinbundes und der Fürstentag zu Erfurt. Mehr als die Hälfte des ehemaligen deutschen Reichs stand jetzt mittelbar oder unmittelbar unter französischer Botmäßigkeit. Vollständiger als Ludwig XIV. je zu hoffen gewagt, war das Ziel der französischen Politik erfüllt. In den Rheinbund wurden aufgenommen der König von Sachsen, zugleich Großherzog von Warschau, und die thüringischen Kleinstaaten. Aus den preußischen Landen links der Elbe, aus Kurhessen und Braunschweig sowie aus hannoverschen und westfälischen Gebieten ward das Königreich Westfalen unter Napoleons Bruder Jerôme gebildet. „Deine ersten Pflichten sind die gegen mich und Frankreich“, belehrte Napoleon den 23jährigen König, der persönlich gutherzig, aber unendlich leichtfertig seine Hofhaltung in Kassel nach dem Grundsatze gestaltete „Morgen wieder lustik“ (die einzigen deutschen Worte, die er sprach). Eine ähnliche verschwenderische Wirtschaft fand in Bayern unter Maximilian I. statt; in der Hauptstadt München herrschte ganz das französische Wesen, nur ohne den persönlichen Druck, der auf Würtemberg unter dem selbstherrlichen König Friedrich desto schwerer lastete.

In den 39 Rheinbundstaaten mit etwa 12 Millionen Einwohnern ward jetzt vieles beseitigt, was sich überlebt hatte. Alle

die kleinen selbständigen Gewalten, Ritter, Grafen, Städte, Bischöfe mit den feudalen Vorrechten, verschwanden. Größere Staaten konnten sich so bilden und einigermaßen die Voraussetzungen wirklichen politischen Lebens erfüllen. Gleichheit aller vor dem Gesetze, Gleichberechtigung der Bekenntnisse, Aufhebung der Leibeigenschaft, Ablösung der bäuerlichen Lasten und Zehnten ward durchgeführt. An Stelle der alten Stände, deren Untergange das Volk gleichgültig zusah, wurden neue Verfassungen eingeführt mit Ministern, welche die Verantwortlichkeit für Durchführung der Befehle trugen, mit einem Staatsrat, der die Gesetze vorzubereiten hatte, und mit einer Art Volksvertretung, die aber ganz ohne Bedeutung war. Konnten nach mancher Richtung hin die Verhältnisse in diesen Staaten namentlich anfangs nur als Wohlthat erscheinen, so sorgte auf der anderen Seite Napoleon selbst bald dafür, daß seine Herrschaft immer mehr als entwürdigende Knechtschaft empfunden wurde. Mit unumschränkter Machtvollkommenheit verfügte er über die Einnahmen, rücksichtslos trat er jeder Regung von Selbstständigkeit entgegen. Dazu kam der schwere Druck, der durch die Kontinentalsperre auf Handel und Verkehr lastete. Die Preise stiegen ungeheuer. Kostete doch 1810 in Berlin der Zentner Kaffee 450 Mark. Entbehrung und Verarmung drang in immer weitere Kreise. Daß alle die Rheinbundherrscher aber ihrem „Protektor" Napoleon gegenüber nur Vasallen waren, offenbarte sich nirgends deutlicher als auf dem Erfurter Fürstentage (September und Oktober 1808).

Napoleon wußte, daß es nicht nur in Preußen gärte (s. S. 396), sondern daß auch Österreich zu rüsten begann, seitdem die Entthronung der Bourbonen in Spanien gezeigt hatte, daß kein altes Herrschergeschlecht mehr sicher war. Aber gerade die Vorgänge in Spanien, der Volkskrieg mit seinen aufopfernden Heldenthaten und entsetzlichen Greueln, mit dem fanatischen Nationalstolze und leidenschaftlichen Ehrgefühl, die Flucht des Königs Joseph aus Madrid, der Rückzug des ganzen französischen Heeres hinter den Ebro, der gleichzeitige, von England unterstützte Aufstand in Portugal — alle diese in ihrer ganzen Tragweite gar nicht gleich bekannt gewordenen Vorgänge nötigten Napoleon, einstweilen vom Kampfe gegen Österreich und Preußen abzusehen

und beide Mächte vielmehr durch eine dritte niederzuhalten. Das konnte nur Rußland sein. Von Alexander allein hing es ab, ob der Entscheidungskampf der alten rechtmäßigen Dynastieen, ob die Erhebung der geknechteten Völker gegen die Schande der Fremdherrschaft schon jetzt beginnen solle. Denn überall regte sich in Deutschland das Verlangen, nach Spaniens Beispiel zu handeln. Stein ließ in Wien vertraulich mitteilen, Preußen sei bereit, im Bunde mit Rußland und Österreich loszuschlagen; der König kündigte dies Alexander im geheimen an; auch England ließ ihn seine Bereitwilligkeit wissen.

Für den Zaren waren aber in erster Linie seine orientalischen Pläne maßgebend. Ward Napoleon mit der ganzen Macht fern im Südwesten festgehalten, so konnte Rußland leicht in die Donaufürstentümer, vielleicht selbst in Konstantinopel einrücken. Deshalb mahnte Alexander den preußischen König, den drückenden Vertrag mit Frankreich zu bestätigen (s. S. 397); deshalb nahm er bereitwillig den Vorschlag Napoleons an und begab sich zu einer Zusammenkunft nach Erfurt. Hier einigten sich beide nach langen Unterredungen schließlich dahin, daß Rußland die Donaufürstentümer besetzen und gemeinsam mit Frankreich England auf Grund der getroffenen Abmachungen zum Frieden auffordern solle. Napoleon hatte sein nächstes Ziel allerdings erreicht: er hatte freie Hand in Spanien. Aber es war ihm nicht gelungen, Alexander mit den beiden deutschen Großmächten zu entzweien. Seine Verstimmung darüber äußerte sich in verschiedener Weise. Die stolzeste Überhebung trug er recht offenkundig zur Schau den Rheinbundfürsten gegenüber, die gehorsam dem Wink ihres Protektors erschienen waren. Dagegen bezeugte er dem Dichterfürsten Deutschlands, Goethe, ebenso wie Wieland geflissentlich alle Achtung. Er wollte eben nicht nur als großer Kriegsheld angesehen werden, sondern auch als Herrscher, der für das geistige Leben Sinn und Verständnis hegt. Im schärfsten Gegensatz zu diesem Verhalten aber stand der geistige Druck, der nach seinem Willen schwer auf Deutschland lastete. Die Presse ward geknebelt und der Briefverkehr aufs sorgsamste überwacht, so daß man zu Geheimschrift und unsichtbarer Tinte die Zuflucht nahm und die Namen durch bestimmte Bezeichnungen ersetzte (Napoleon ward Heinze oder

Schwarz genannt). In Buchhändlerballen wurden oft geheime Mitteilungen befördert, namentlich durch Reimer in Berlin und Tempsky in Prag. Auf alle Weise suchte Napoleon den deutschen Geist zu entnationalisieren. Aber ein geistvoller Franzose schrieb schon damals: „Die französischen Heere haben die deutschen geschlagen, weil sie stärker sind; aus demselben Grunde wird der deutsche Geist schließlich den französischen Geist besiegen". Daß dies geschah, das war vor allem dem Staate zu verdanken, der jetzt am schwersten daniederlag.

Preußens Wiedererstarkung. Wie der Phönix verjüngt der Asche entsteigt, so sollte der preußische Staat aus dem tiefsten Falle sich neu gestaltet und gekräftigt erheben. Daß der brutalste Egoist unter den Machthabern aller Zeiten, dem das Leben einer Million Menschen, nach seiner eigenen Äußerung, nichts galt, unbewußt doch auch eine ideale Aufgabe zu erfüllen hatte, zeigt gerade das Schicksal Preußens in überraschender Weise. Erst durch den furchtbaren Schlag, den Napoleon gegen den Staat Friedrichs des Großen führte, ward offenbar, wie sehr man, durch den Zauber alten Ruhms verführt, die fridericianischen Formen hatte erstarren lassen. Von allen schöpferischen Kräften in Preußen ward die Umgestaltung des Staatswesens als notwendig erkannt und sofort begonnen. Im Unterschied von der französischen Revolution verlief sie ruhig und allmählich, nicht einem reißenden Gebirgsstrom gleichend, der mit gewaltigen Verheerungen bergehohen Schutt fortschwemmt, sondern wie ein still dahingleitendes Gewässer, dessen Fluten sich langsam läutern und klären. — Dieser inneren Umbildung Preußens nun ist eine eingehende Darstellung deshalb zu widmen, weil mit ihr die Geschichte der deutschen Einheitsbewegung beginnt. „Nur so konnte die deutsche Einheit werden, indem sie sich vorbildlich im kleinen zu verkörpern strebte, indem ein Grundstock erstand, der dem Deutschland der Zukunft einen festen Halt zu geben vermochte."

Schon im April 1807 war vom Könige eine Immediatkommission eingesetzt, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, durch die das Dasein des Staats gerettet und die drückendsten Übelstände beseitigt werden könnten. Aber die Schwierigkeiten, die einer Neubildung des Staats sich entgegenstellten, waren ge-

waltig. Wie schwer lag Preußen danieder! Bis zum äußersten Grade der Verarmung und Ohnmacht dachte Napoleon es auszupressen. „Niemals" — so sagt ein französischer Geschichtsschreiber — „hatte bis dahin eine fremde Okkupation so grausam einen Staat gedrückt, wie die Frankreichs Preußen drückte." 1129 Millionen Frank, den sechzehnfachen Jahresbetrag der gesamten Roheinnahme des Staats, wußten in den zwei Okkupationsjahren die Franzosen dem Lande zu entziehen, darunter 7½ Millionen aus geraubten Waisenhaus- und Mündelgeldern. Nach außen war Preußen auf allen Seiten von französischem Gebiet umgeben und an jeder selbständigen Bewegung gehindert; drohende Gefahren zeigten sich bald. Im Innern standen sich die verschiedenen Parteien schroff gegenüber. Von „Neuerungen" wollten manche aus kleinlichem Standesvorurteil, aus ängstlicher Kriegsscheu und Furcht vor Napoleon, oder gar aus erbärmlichem Brotneide nichts wissen. Vor allem aber war verhängnisvoll, daß dem Könige die treibende Kraft eines selbständigen Entschlusses häufig gänzlich fehlte, daß Ängstlichkeit und Unentschlossenheit immer wieder die Oberhand gewannen. Nach dem Zeugnisse eines hervorragenden Zeitgenossen, des späteren Generalfeldmarschalls Boyen, hätte vielleicht keins der Reformgesetze die Zustimmung des Königs erhalten ohne die eiserne Festigkeit des Ministers vom Stein.

Acht Jahre war Stein Oberpräsident aller westfälischen und linksrheinischen Kammern gewesen, dann 1804 zum Finanz- und Handelsminister ernannt. Von ihm ging der erste Anstoß aus zur Beseitigung der Kabinettsregierung (s. S. 385). Man hat sein Vorgehen damals und die Art und Weise, wie er später Mißständen gegenübertrat, wohl scharf getadelt. War aber nicht in solchen Zeiten und solchen Feinden gegenüber nur durch rücksichtslose Offenheit etwas zu erreichen? Und Stein verleugnete sein Wesen nie. Ohne Menschenfurcht, aber voll Gottesfurcht sprach er seine Ansicht stets rückhaltslos aus. Voll tiefster Abneigung gegen höfische Ränke war er in seinem Widerstande gegen das, was ihm in den Weg trat, scharf, eckig, oft eisern. Nach dem Zusammenbruche des Staats drang Stein immer wieder auf Entfernung der Kabinettsräte. Aber völlig mit dem alten System zu brechen, dazu konnte sich der König noch nicht entschließen; er

behielt den Kabinettsrat Beyme bei, setzte jedoch vorläufig fest, die drei dirigierenden Minister sollten unmittelbar mit dem Könige verkehren und sich gemeinsam beraten. Stein ward zum Minister des Innern ernannt, glaubte jedoch unter solchen Umständen nur in der bisherigen Thätigkeit weiter wirken zu können und lehnte in einem Schreiben an den Minister Rüchel jene Stellung ab. Er betrachtete sich also nicht als Mitglied des neuen Ministeriums und wies daher zweimal eine im Auftrage des Königs von ihm als Minister des Innern geforderte Berichterstattung zurück. Da wurde ihm am 3. Januar 1807 in Königsberg ein eigenhändiges Schreiben Friedrich Wilhelms überbracht, in welchem er genannt ward „ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener, der — aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt". Stein bat sofort in höhnischem Tone um seine Entlassung, worauf der König antwortete, er habe über sich damit selbst das Urteil gefällt.

Als innerer Grund dieses schweren Zerwürfnisses muß also bezeichnet werden die verschiedene Auffassung über die Form der Regierung. Das selbstherrliche Königtum will nach eigenem Ermessen von dem Rate des Ministers Gebrauch machen, steht so aber der keine schädlichen Nebeneinflüsse duldenden und die Übernahme des Amts von einem bestimmten Programm abhängig machenden Ministergewalt gegenüber. Beide hatten Unrecht: der König, weil er den dringendsten Mahnungen kein Gehör gab und in zu harten Ausdrücken schrieb; der Minister, weil er seine Ansicht in ehrerbietiger Form dem Monarchen persönlich vorzutragen wiederholt unterlassen hatte. Beide aber haben ihr Unrecht zum Heile des Staats gesühnt.

Stein begab sich nach Nassau und verfaßte hier eine hochbedeutende Denkschrift „Über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzial-, Finanz- und Polizeibehörden in der preußischen Monarchie". Hardenberg teilte die hier dargelegten Ansichten durchaus, und als er auf Napoleons Verlangen aus dem Staatsdienste scheiden mußte, riet er dem Könige aufs eindringlichste, Stein zurückzuberufen, als den einzigen, der Hülfe bringen könne. Friedrich Wilhelm gewann es über sich und erteilte den nötigen Auftrag. Stein aber ließ jeden Groll verstummen, brachte

„seine eigene Persönlichkeit nicht in Anrechnung" und übernahm sofort unter den schwierigsten äußeren und inneren Verhältnissen die Aufgabe, den preußischen Staat gewissermaßen neu zu schaffen. Sein hohes Ziel war, durch möglichste Ausdehnung der Selbstverwaltung und durch Beschränkung der behördlichen Thätigkeit dem Volke das Gefühl der Selbständigkeit zu erwecken, statt der Gleichgültigkeit am öffentlichen Leben einen opferfreudigen Gemeinsinn zu heben, statt „Ruhe" vielmehr Thätigkeit zur ersten Bürgerpflicht zu machen. Der Grundsatz: alles für, nichts durch das Volk galt als überwundener Standpunkt. Durch Zusammenwirken aller Kräfte im Staate sollte erreicht werden, daß machtvolles Königtum, Selbständigkeit der einzelnen Teile, kräftige Staatseinheit nebeneinander zum Heile des Ganzen gewahrt blieben.

Am 4. Oktober 1807 trat Stein sein Amt an. In Ostpreußen bestand das (sonst mit dem Generaldirektorium geschwundene) Provinzialdepartement noch und zwar unter dem in jeder Hinsicht tüchtigen von Schrötter. Dieser hatte in Bezug auf die Grundeigentumsverhältnisse bereits einen Gesetzesentwurf im Sinne der neuen Forderungen für seine Provinz ausgearbeitet. Da kam Stein, und wie es überhaupt seine Art war, sich weniger um das Einzelne der Ausführung zu kümmern, als vielmehr die großen leitenden Gesichtspunkte scharf und bestimmt hervorzuheben, so wollte er jenes Provinzialedikt auf den ganzen Staat ausgedehnt wissen. Am 9. Oktober 1807 ward es vom Könige unterzeichnet. „Was den einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maß seiner Kräfte zu erreichen fähig war", das ward beseitigt. Alle Beschränkungen in Bezug auf Grundeigentum wurden aufgehoben, die Gutsunterthänigkeit und jede sonstige persönliche Dienstbarkeit der Bauern hörte auf, so daß es von Martini 1810 an nur freie Leute in Preußen geben sollte; jeder Edelmann darf bürgerliches Gewerbe treiben, jeder Bürger in den Bauernstand, jeder Bauer in den Bürgerstand treten. So war der Grund zu einem gleichberechtigten Staatsbürgertum und damit zu einer neuen Entwickelung des ganzen Staatswesens gelegt. Die Verordnung vom 14. Februar 1808 bahnte dann den Ausgleich zwischen Gutsherrn und Bauern an: letzterer soll jenen für den Wert der Dienste, die er bislang zu leisten hatte, durch Land

entschädigen und dann den Rest des Besitzes frei verwalten. Weitere Regelung dieser verwickelten Verhältnisse erfolgte später.

Seit Beginn des Jahres 1808 mußte Stein wegen der Kriegskosten langwierige Verhandlungen, zum Teil in Berlin selbst, führen. Als diese Ende Mai zu leidlichem Abschluß gebracht waren, richtete er seine Thätigkeit auf die Umgestaltung der städtischen und staatlichen Verwaltung. Er war begeisterter Anhänger der Selbstverwaltung und strebte danach, auf jede Weise den Gemeinsinn zu wecken und so die sittliche Kraft des Volks zu heben. Nun konnte von einer selbständigen städtischen Verwaltung schon lange in ganz Deutschland eigentlich keine Rede mehr sein, und auch in der französischen Bewegung war, nachdem anfangs die Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden zum Schaden der Staatseinheit gewaltig übertrieben war, schließlich die Gemeinde völlig dem Staate untergeordnet. In Preußen hatten die Kriegs- und Domänenkammern die Entscheidung über alle städtischen Angelegenheiten, und frühere Militärs bekleideten die obrigkeitlichen Stellen sehr häufig ohne Kenntnis der Geschäfte und Lust zur Sache und stets ohne das Vertrauen der Bürgerschaft. So erstarrte der Gemeinsinn immer mehr; von einer Verwertung der im Bürgertum schlummernden Kräfte zum Heile des Ganzen konnte fast nirgends die Rede sein, wie der Zusammenbruch des Staats in erschreckender Deutlichkeit zeigte. Nur einzelne Orte, wie Kolberg, machten eine rühmliche Ausnahme.

Wieder war es Ostpreußen, wo die Vorarbeiten zu einem Gesetze unternommen wurden, das dem ganzen Staate den Segen der Selbstregierung bringen sollte. Unter der Leitung Schrötters und unter Beteiligung Königsberger Bürger ward ein Entwurf ausgearbeitet, den Stein dann auf den ganzen Staat ausdehnte. Am 19. November 1808 ward so die Städteordnung Gesetz. Sie gab den Bürgern die Selbstverwaltung, der Staat hatte nur die oberste Aufsicht, die beiden einander nebengeordneten städtischen Behörden waren Magistrat und Stadtverordnete. Letztere, von allen stimmberechtigten Bürgern gewählt — und keiner durfte das Ehrenamt ausschlagen —, hatten die Beaufsichtigung der Gemeindeangelegenheiten und die Verwaltung des Vermögens; aus drei von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten ward der Bürgermeister

durch die Regierung ernannt. Sie erwählten den von den Provinzialbehörden zu bestätigenden Magistrat, der die ausführende städtische Behörde bildete und meist aus unbesoldeten Mitgliedern bestand. Für gewisse Verwaltungssachen wurden ständige Deputationen gebildet. — So sollte in den Bürgern durch Selbstverwaltung wieder Selbständigkeit und Selbstvertrauen geweckt und damit auch die Teilnahme an den allgemeinen Staatsangelegenheiten ermöglicht werden.

Als Steins Brief an Wittgenstein (s. S. 396) im Moniteur veröffentlicht war, konnte es kein Zweifel sein, daß Napoleons Rache ihn treffen würde. Stein erbat sich vom Könige sofort seine Entlassung, um den Staat nicht in Gefahren zu bringen; Friedrich Wilhelm entschloß sich zu ihr aber erst dann, als es immer klarer ward, daß Napoleon die Entfernung dessen erzwingen wollte, der mit Recht als Hauptvertreter der Opposition gegen die Fremdherrschaft galt. Die Durchführung seiner Pläne aber in Bezug auf die Organisation der obersten Staatsbehörden hatte Stein noch anbahnen können. Nicht mehr sollten Fach- und Provinzialminister nebeneinander bestehen, in ihrer Wirksamkeit durch den Einfluß des Kabinetts häufig empfindlich gestört, sondern nach endgültiger Beseitigung des letzteren ward eine einheitliche Staatsverwaltung eingeführt, an ihrer Spitze ein Ministerium, das sich unmittelbar mit dem Könige ins Einvernehmen zu setzen hatte. Es zerfiel in 5 Abteilungen: Inneres, Justiz, Auswärtiges, Krieg, Finanzen. Ständiger Vertreter des Ministeriums in den Provinzen war der Oberpräsident; die bisherigen Kriegs- und Domänenkammern wurden zu Regierungsbehörden umgestaltet, deren Verfassung auf dem Kollegialsystem beruhte. Nicht der eine Präsident, sondern die Kollegien als solche haben die Entscheidung. Stein hegte den Gedanken, daß jeder Regierung 9 Abgeordnete aus den Laien beigesellt werden sollten — auch hier leitete ihn der Grundsatz der Selbstverwaltung. Doch ließ sich dies nur in Ostpreußen, und nur vorübergehend, durchführen.

Seine weiteren großen Pläne legte Stein vor seinem Scheiden den obersten Behörden in einer Denkschrift dar (sein politisches Testament genannt). In seinem Auftrage hatte sie der Ostpreuße Schön entworfen, ein begeisterter Jünger Kants und im Gegen-

satze zu dem auf das geschichtlich Gewordene und praktisch Mögliche stets bedachten Stein mehr Theoretiker. In jener Schrift nun nahmen die Gedanken Steins ihren höchsten Flug und eilten der Entwickelung des preußischen Staats um ein halbes Jahrhundert voraus. Dem Volke muß Teilnahme an der Regierung verschafft werden; eine allgemeine Nationalrepräsentation soll der königlichen Gewalt „ein Mittel geben, wodurch sie die Wünsche des Volks kennen lernen und ihren Bestimmungen Leben geben kann; — auf diesem Wege allein kann der Nationalgeist positiv erweckt und belebt werden“. So erschien das staatliche Selbstbestimmungsrecht des preußischen Volks zuerst als Gedanke eines hochstrebenden Geistes, nur von wenigen Gesinnungsgenossen geteilt, dem eigentlichen Volke aber damals völlig fremd. Hatten doch Fürsten wie Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. die Unterthanen auf lange hinaus daran gewöhnt, allein in dem unumschränkten Könige die treibende und alles belebende Kraft im Staate zu sehen! Fehlte es doch auch den Gebildeten oft gänzlich an Verständnis und Sinn für die öffentlichen Angelegenheiten! Daher konnte an Durchführung jener Pläne noch nicht gedacht werden. Aber der geistige Urheber der Volksvertretung, der, von dem die Grundbedingungen dazu geschaffen waren, ist und bleibt Stein. Er hat „die unendlichen Kräfte“, die „im Schoße der Nation“ schliefen, geweckt, er hat das Volk von innen heraus zur Freiheit erzogen, seine Gesetzgebung ward die Grundlage für die späteren Zeiten.

Nicht nur für die Verwaltungsreform, sondern auch für die Neugestaltung des Heerwesens ist Steins Wirksamkeit von großer Bedeutung gewesen. Schon am 25. Juli 1807 ward eine „Militärreorganisations-Kommission“ eingesetzt und der Vorsitz in ihr dem Generalmajor Scharnhorst übertragen. Dieser war das Haupt einer Partei, die auf Durchführung von Reformen drang, wie sie aus den damaligen Verhältnissen des Heerwesens (s. S. 386 f.) sich als unumgänglich nötig ergaben, wenn zu dem Bewußtsein der Selbständigkeit die Kraft der That hinzutreten sollte. Neben Scharnhorst waren es anfangs nur wenige, welche die hergebrachten Zustände entschieden bessern wollten: Gneisenau, Grolmann, Götzen (der Generalgouverneur Schlesiens), Boyen. Stein erst verhalf dieser Reformpartei zum Siege: er setzte Juni 1808 durch, daß

Scharnhorst, der Chef des allgemeinen Kriegsdepartements, vortragender Generaladjutant ward, so daß Beratung und Ausführung der Heeresreform in einer Hand lagen. Durch die größte Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen schaffte Stein auch erst die Mittel zur Durchführung der Pläne. So ergänzte sich die Thätigkeit der beiden Männer, die stets in erster Linie bei der Umbildung des preußischen Staats genannt werden müssen. Im Unterschied von Stein hatte Scharnhorst aber in seinem Wesen etwas Bedächtiges, Langsames, oft geradezu Unbeholfenes und Schwerfälliges.

Auch gegen die Heeresreformpläne nun richtete sich eine heftige Opposition der Anhänger des Alten, zu denen auch Männer wie York und Bülow gehörten. Die größten Schwierigkeiten mußten überwunden, manche Kränkungen und Zurücksetzungen vergessen werden. Der König hatte kurz nach dem Tilsiter Frieden der Reorganisationskommission 19 Forderungen vorgelegt und damit nach Scharnhorsts Zeugnis „sehr viele, den neuen Verhältnissen angemessene Ideen" selbst angegeben. In Bezug auf die Durchführung des Gedankens aber, der Scharnhorst am meisten am Herzen lag, der allgemeinen Wehrpflicht, zögerte er; als bleibende Einrichtung erregte sie ihm die schwersten Bedenken. Den Bericht einer zur Prüfung der Sache eingesetzten Kommission ließ er 6 Monate unbeantwortet und erklärte dann nur, er sei nicht mit allem einverstanden. Scharnhorst aber hielt stets an der Durchführung des Grundsatzes fest: „Alle Bewohner des Staats sind geborene Verteidiger desselben". Nach dem Oktoberedikt (s. S. 403) konnte die Befreiung von der Kantonpflicht ohnehin nicht mehr ständisch beschränkt bleiben. Da es nun nicht möglich war, die ganze waffenfähige Mannschaft in die bestehenden Cadres einzustellen, so schied Scharnhorst von Anfang an stehendes Heer und Miliz, d. h. Landwehr. Hauptzweck der letzteren war, im Falle eines Kriegs das stehende Heer zu unterstützen; und zwar sollten diejenigen ihr zugewiesen werden, die sich auf eigene Kosten unterhalten, bewaffnen und bekleiden konnten. Alle andern kamen ins stehende Heer. Da nun Napoleon 1808 jede Milizbildung verbot, so kam Scharnhorst auf den Gedanken, ohne Überschreitung der für das stehende Heer festgesetzten Zahl von 42000 Mann

(viel mehr hätten der mangelnden Geldmittel wegen überhaupt nicht unter den Waffen gehalten werden können) doch verhältnismäßig viele dadurch rasch, wenn auch notdürftig auszubilden, daß man nach etwa 3 Monaten die Eingezogenen entließ und neue einberief. Jene sollten aber auch als Beurlaubte geübt werden, und zwar geschah es meist Sonntags. Krümper wurden sie mit einem Anflug von Spott genannt (die überzähligen Pferde bei der Kavallerie hießen so). Immerhin wurden so etwa 150000 Mann leidlich eingeübt, die 1813 die Aufstellung der Reservearmee ermöglichten.

War also am stehenden Heere festzuhalten, so galt es, die ihm anhaftenden schweren Mängel zu beseitigen. Zunächst ward auf Antrag jener Reorganisationskommission eine Untersuchung eröffnet über das Verhalten der Führer, vor allem bei den Kapitulationen. Mehrere Jahre dauerte das Verfahren. Alle in die Kapitulationen verwickelten Regimenter blieben aufgelöst, 7 Offiziere wurden zum Tode verurteilt; der König bestätigte das Urteil über einen, den Oberst von Ingersleben, der aber rechtzeitig entfloh. Von den 143 Generalen des Unglücksjahrs 1806 hatten 1813 nur noch zwei ein Kommando, Blücher und Tauenzien. Solche Strenge wirkte sehr segensreich. — Wie die Zusammensetzung des Heeres durch gänzliche Beseitigung der ausländischen Werbung eine andere ward, so bildete sich auch ein neuer Geist im neuen Heere aus. Der bisherige schroffe Gegensatz zwischen Militär und Civil wurde überwunden durch die Beseitigung der Geburtsvorrechte. Von allen in gleicher Weise ward jetzt verlangt bewußte, willige Hingabe ans Vaterland. Nicht mehr sollte wie in dem geworbenen Heere die Pflichterfüllung gesichert werden durch den knechtischen Gehorsam, durch die Furcht vor Bestrafung und die mechanische Zucht. Deshalb wurden auch alle entehrenden und grausamen Strafen wie Gassenlaufen abgeschafft. Dem Adel ward das Vorrecht auf die höheren Offiziersstellen genommen, Kenntnisse und Verdienst wurden fortan in erster Linie maßgebend. Scharnhorst ward auch der Vater eines wissenschaftlichen Geistes im Heere. Auf ihn gehen zurück die bedeutendsten Militärbildungsanstalten, Kriegsakademie und Generalstab. Beseitigt ward jetzt endlich auch alles, was die Kriegstüchtigkeit und Schlagfertigkeit

des Heeres gehemmt hatte. Der endlose Troß verschwand, die Paradeübungen hörten auf, und der Übergang zum zerstreuten Gefecht ward vollzogen.

Auf solche Weise war das Heer in allen seinen Bestandteilen auf ganz neue Grundlagen gestellt. Das Schwert war geschmiedet, das dereinst im Kampf um die Freiheit gezückt werden sollte.

Anfänge der Umbildung des deutschen und preußischen Geisteslebens. Neben der Wiedererstarkung des preußischen Staats durch die Neubildung des Heeres und die politisch-sozialen Reformen vollzog sich eine tiefgreifende Umgestaltung des geistigen Lebens in Deutschland überhaupt, durch die auch Preußen bald wesentlich beeinflußt ward. Bislang hatte ein scharfer Gegensatz obgewaltet zwischen dem preußischen Staate und der schon zu hoher Blüte entwickelten deutschen Bildung (s. S. 312). Nach und nach nun trat eine Umstimmung des deutschen Geistes ein. Sowohl die ausschließliche Herrschaft des altklassischen Kunstideals (s. S. 307 ff.) als auch die Gefühlsschwelgerei eines Jean Paul und die Flachheit und Freigeisterei eines Nicolai wurden überwunden und der Sinn für deutsches Vaterland, Staat und Volkstum gehoben. Die Beteiligung am staatlichen Leben erfreute sich bald größerer Wertschätzung. Gerade während der schweren Jahre der Fremdherrschaft bethätigte sich unter Teilnahme immer weiterer Kreise eine Geistesrichtung, die schließlich die Schwäche der bisherigen weltbürgerlichen Bildung völlig überwand und der Herrschaft des altklassischen Kunstideals eine nationale Strömung entgegensetzte. Die romantische Schule (der Name steht im Gegensatze zur klassischen Richtung) hat das große Verdienst, daß sie aus dem frischen Quell des Volkslebens schöpfend die vaterländische Dichtung dem Verständnisse und Interesse des Volks näher brachte. „Des Knaben Wunderhorn“, von Arnim und Brentano in Heidelberg herausgegeben, ließ die Zaubergewalt des deutschen Volkslieds ahnen. Mit altdeutscher Kunst beschäftigte man sich in Köln, wo Boisserée bald an die Vollendung des Doms dachte. Auch Goethe, so fremd er dem Verlangen seines Volks nach Besserung der staatlichen Verhältnisse gegenüberstand, in seinem „Faust“ (1808 erschien der 1. Teil) hat er deutsches Volkstum, deutsches Leben und Streben poetisch ver-

klärt. Mit Stolz konnte der Deutsche auf dieses großartigste Dichtwerk der neueren Zeit schauen, in dem die mannigfaltige deutsche Kulturwelt in wechselnden Bildern sich widerspiegelte. E. M. Arndt arbeitete in seinem „Geist der Zeit" (dessen 1. Teil 1807 erschien) darauf hin, den sittlichen, religiösen, vaterländischen Sinn seiner Deutschen zu heben. „Schlecht sind wir", ruft er aus, „feig und dumm, zu arm für die Liebe, zu lau für den Zorn, zu matt für den Haß"; und streng und ernst ruft er die Jugend auf, den welschen Unterdrücker mit heiligem Zorne zu hassen. Schleiermacher, der 1799 seine „Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern" herausgab, erklärte, daß die Vereinigung der Menschen zu einem Gemeinwesen keine zufällige sei oder einer kunstreichen Maschine vergleichbar, sondern daß sie beruhe auf einer göttlichen Ordnung, durch die jedes Volk von den übrigen abgesondert werde. Fichte, der Schüler Kants, war es, in welchem das Bewußtsein, eine neue Zeit sei hereingebrochen, mit vollster Überzeugung sich Bahn brach. Er sprach aus, daß Vaterlandsliebe und Weltbürgertum sich durchaus nicht auszuschließen brauchen. In der eigenen Nation sei der Zweck des menschlichen Daseins zuerst zu erreichen und dann das so Errungene über die ganze Menschheit hin zu verbreiten. Schon im Winter 1804/5 hatte er in öffentlichen Vorträgen sich gegen die allgemein herrschenden sittlichen Schäden gewandt. Jetzt, 1807, in der Hauptstadt des zu Boden geworfenen Staats, mitten unter den französischen Spähern und Schergen hielt er seine „Reden an die deutsche Nation". An das ganze Volk wendet er sich mit schneidender Wahrheitsliebe. Offene Sündhaftigkeit wirft er seiner Zeit vor, ein neues Geschlecht müsse erzogen werden, der Deutsche sich auf sich selbst besinnen; er allein könne sich helfen durch solche Erziehung, daß jeder am allgemeinen Besten opferfreudig teilnimmt, das Rechte und Gute um seiner selbst willen thut und den Geist der Selbstsucht ertötet. „Leben und Denken muß bei uns aus einem Stück sein und ein sich durchdringendes und gediegenes Ganzes." So kann das Volk die verlorengegangene Deutschheit wieder erlangen.

So war der Grund zu einem völligen sittlichen Neubau des preußischen Staats gelegt. Hatte letzterer, einseitig bedacht auf das

Nützliche und Zweckmäßige, bisher abseits gestanden von dem breiten, prächtig dahinflutenden Strome der deutschen Bildung, jetzt vernahm er dessen Rauschen, jetzt verspürte er das Wehen des neuen deutschen Geistes. „Die Seele war bereit in den Leib einzuziehen, an dem die großen Bildner in Memel und Königsberg wirkten.“ Hier, in der Stadt Kants, ging 1808 aus der Freimaurerloge hervor die „Gesellschaft zur Übung öffentlicher Tugenden“, gewöhnlich Tugendbund genannt. Er wirkte für Pflege der idealen Güter, namentlich der Vaterlandsliebe, und hervorragende Männer, wie Boyen und Grolmann, gehörten ihm an (Stein allerdings nicht). Hat er auch nicht die gewöhnlich ihm zugeschriebene Bedeutung gehabt, so ist er doch ein Beweis dafür, daß jetzt das ganze Volk andere Anschauungen ergriffen hatten. Der König gab dieser Stimmung schon 1807 Ausdruck, als er der Abordnung Hallenser Professoren erklärte, durch geistige Kräfte müsse der Staat ersetzen, was er an physischen verloren. Schon damals ward die Neugründung einer Universität in Berlin als Ersatz für Halle ins Auge gefaßt, und das Interesse daran hielt namentlich W. von Humboldt wach. — Die beiden schöpferischen Mächte der neuen deutschen Geschichte, der thatkräftige preußische Staat und die geistige Bildung des deutschen Volks, solange feindlich getrennt, jetzt versöhnen sie sich und vereinen sich allmählich zu gottgesegneter Arbeit.

Österreichs Befreiungsversuch, kriegerische Begeisterung des preußischen Volks, einzelne Erhebungen in Norddeutschland. Auch in Österreich war nach dem unglücklichen Kriege eine Umbildung des Staats unter Leitung Stadions erfolgt, wenn auch nicht in so durchgreifender Weise wie in Preußen. Dazu lag dort kein so dringender Anlaß vor, auch war Kaiser Franz jeder freieren Regung, vollends aber einer Entfesselung der Volkskraft noch mehr abgeneigt als Friedrich Wilhelm. In vielen Zweigen der Verwaltung wurden Verbesserungen vorgenommen, vor allem aber ging ein Aufschwung, eine patriotische Begeisterung durch alle Stände. Aus allen waffenfähigen, nicht im stehenden Heere dienenden Männern ward eine Landwehr gebildet, von allen Seiten drängten sich die Freiwilligen hinzu, und als nun die Kunde von dem gewaltigen Volkskampfe in Spanien erscholl, ward der Krieg

beschlossen, um Napoleons Übermacht zu brechen. Dieser hatte in Spanien zwar Siege erfochten, aber das Land nicht erobert, das Volk nicht unterworfen. Er stand Anfang 1809 mit seiner Hauptmacht mitten in der Halbinsel. War da nicht eine sofortige Erhebung für Österreich geboten? Hätte es nicht, wenn es mit Preußen gemeinsame Sache machte, unzweifelhaft Erfolge errungen? Aber der so früh beschlossene Kampf ward zu spät begonnen. Erzherzog Karl war im Gegensatze zu Stadion weniger für rasches Losschlagen als für recht gründliche, systematische Vorbereitung. Der österreichische Botschafter in Paris, Metternich, hatte sich durch gewisse Intriguen, die damals gegen Napoleon gesponnen wurden, zu der irrigen Meinung verleiten lassen, letzterer könne nicht mehr auf Frankreich zählen. Dieser Irrtum ward geradeso verhängnisvoll wie der nämliche 1805 (s. S. 378). Dazu kam, daß man über das Verhältnis zwischen Napoleon und Alexander und über Preußens Stellung sich täuschte. Solange hier Stein noch Einfluß besaß, war ein Zusammengehen mit Österreich wahrscheinlich. Stein teilte dies auch vertraulich nach Wien mit, fand aber noch kein richtiges Entgegenkommen. Nach seinem Abgange (s. S. 405) trat Januar 1809 eine Wendung ein, zwar nicht in der Stimmung des Volks, wohl aber in der des Königs. Das hatte eine Reise nach Petersburg bewirkt, die Stein mißbilligt, die Königin aber dringend gewünscht hatte. Alexander wollte nun in Bezug auf Finnland und die Donaufürstentümer freie Hand haben und widerriet darum entschieden einen Angriff auf Napoleon; ein solcher zwinge auch ihn, für Frankreich ins Feld zu ziehen. Friedrich Wilhelm aber wollte durchaus nicht an Österreichs Seite das Dasein des Staats aufs Spiel setzen, während sein Volk, seine Minister entschieden für Anschluß an die habsburgische Kaisermacht waren. Die Begeisterung für einen Freiheitskampf nach Weise der Spanier wuchs immer mehr. Doch der König hielt ihr stand und erklärte am 13. März an Österreich, der Krieg wäre ein Unglück für Europa und Deutschland, er selbst könne noch keinen Entschluß fassen; jedenfalls möge Österreich zuerst angreifen. In entschiedener Weise nahm er also noch nicht Stellung zur Kriegsfrage.

In Wien war man erst Anfang Februar zum Angriff entschlossen und zwar auch mit Rücksicht auf die finanzielle Not.

Napoleon aber, der von den österreichischen Rüstungen erfahren, war gerade darauf bedacht, nicht als Angreifer zu gelten, besonders um Rußlands Hülfe beanspruchen zu können, dann auch mit Rücksicht auf die Stimmung in Frankreich. Den Krieg an und für sich wünschte auch er sehnlichst und bereitete ihn sorgsamst vor. Aber zu seinen Rüstungen brauchte er noch Zeit, und die gewährte ihm Österreich leider genügend. Erst am 6. April erließ Erzherzog Karl den Armeebefehl, in welchem er darauf hinwies, „daß Österreich nicht bloß für seine Selbständigkeit, sondern für Deutschlands Unabhängigkeit und Nationalehre das Schwert ergreife". Die Aufforderung an Bayern, sich Österreich anzuschließen, blieb unbeantwortet: mit Deutschen unterwarf Napoleon auch diesmal Deutsche. Dagegen erhoben sich am 9. April sämtliche Bauern in Tirol, befreiten im Sturm ihr Land und thaten kund, ein Volkskrieg habe begonnen um die Behauptung der Freiheit und Unabhängigkeit und für das alte Herrscherhaus. „Wie kontrastiert dieses Betragen", sagt Stein, „mit dem Sklavensinn der deutschen Rheinbundfürsten, die, um ihre hinfällige Existenz und ihre erbettelte Macht zu erhalten, sich zu Vögten der verhöhnten, erdrückten, ausgesogenen Nation gebrauchen lassen!"

Auch in Norddeutschland ward die kriegerische Begeisterung immer größer. Der Plan allerdings, daß nach Landung der Engländer die ganze Bevölkerung zu den Waffen eilen und daß Preußen sich an die Spitze des Befreiungskampfes setzen solle, mußte schon wegen der zögernden Haltung Englands gänzlich scheitern. Statt der allgemeinen Erhebung aber kam es zu einzelnen Aufstandsversuchen, die zwar alle keinen Erfolg hatten, aber von dem herrschenden Ingrimm Zeugnis gaben. Hauptmann Katte brach am 3. April in Magdeburg los, Oberst Dörnberg am 22. in Kassel; beide retteten sich mit Mühe nach Österreich. Die größte Begeisterung aber im ganzen Volke fand das Vorgehen des preußischen Majors von Schill. Auf die Kunde, Österreich habe einen Sieg erfochten, führte er am 28. April seine 500 Husaren aus Berlin, unter dem Vorgeben, im geheimen Auftrage des Königs zu handeln. Alle folgten ihm, später schlossen sich noch etwa 200 an. Er rückte auf Halle zu, schlug am 4. Mai eine kleine Abteilung, aber eine Erhebung des Volks in Westfalen ge-

lang nicht. Die Kunde von der österreichischen Niederlage veranlaßte Schill, nach Norden zu gehen, um sich nach England einzuschiffen. Durch eine kühne That bringt er Stralsund in seine Gewalt, verschmäht aber den Rat, sich nach Rügen zu retten, wird bald umringt und findet am 31. Mai in erbittertem Straßenkampfe seinen Tod. Von seiner Schar konnten sich etwa 180 flüchten; 14 Offiziere aber wurden in Braunschweig, 11 andere in Wesel erschossen, die Gemeinen wanderten auf die Galeeren.

Schills That muß an und für sich als schwere Gehorsamsverletzung streng verurteilt werden. Aber sie war doch entsprungen aus einem richtigen allgemeinen Bewußtsein. Deshalb wurde sie von der Nation jauchzend begrüßt. Der König aber ward heftig erregt. Denn die „brausende Stimmung" seines Volks wußte er wohl zu würdigen: revolutionäre Gedanken waren bereits im Februar hervorgetreten, so daß er einen Augenblick wieder (wie 1806) an Abdankung dachte. Jetzt traf er Maßregeln, um jeder Wiederkehr ähnlicher Vorfälle vorzubeugen, aber die Verbitterung in den weitesten Kreisen konnte er nicht bannen. „Wenn die Krone im Frühjahr 1809 allein der heiligen Überzeugung aller Preußen im Wege stand, so war es wohl begreiflich und menschlich, daß hier und da versucht wurde, gegen den Willen des Königs den Kriegsbrand zu entfesseln. Es bleibt unanfechtbar, die monarchische Gesinnung ist innig mit uns verwachsen, sie ist eine Wurzel unserer Kraft; aber das darf uns nicht blind und taub machen für ursprüngliche Regungen des Volksgewissens." Und auch Friedrich Wilhelm selbst hatte solchen Regungen vorübergehend insofern nachgegeben, als er auf die geheime Nachricht, Rußland werde gegen Österreich nur einen Scheinkrieg führen, im stillen Rüstungen beginnen und alle Zahlungen an Frankreich einstellen ließ. Das waren aber nur halbe Maßregeln, und sie wurden nicht fortgesetzt. Denn Napoleon hatte in dem sogenannten Feldzuge von Regensburg Ende April die glänzendsten Triumphe seiner Feldherrnkunst gefeiert. Es war ihm durch äußerst geschickte, auf genialer Terrainbenutzung sich aufbauende militärische Manöver gelungen, zwischen die österreichischen Heeresabteilungen sich zu werfen und jedesmal durch Übermacht die einzelnen zu besiegen. So wurden die Österreicher auseinandergesprengt und mußten sich nach Böhmen zurück-

ziehen. Napoleon aber folgte ihnen nicht, sondern eilte sofort nach Wien; dessen Besetzung sollte auch die Gärung in Norddeutschland beschwichtigen. Und war Friedrich Wilhelm durch die Mißerfolge Österreichs wieder sehr bedenklich geworden, so ward er bestärkt in solcher Stimmung durch die Erklärungen Alexanders, er werde zwar nicht mitwirken an Preußens Untergang, aber dieser würde sich dennoch vollziehen, nähme es am Kampfe teil.

Da kam es am 22. Mai zur Schlacht bei Aspern, und Napoleons Ruhm, unbesiegbar zu sein, war dahin. Die Österreicher hatten einen glänzenden Sieg erfochten, und Napoleons Marschälle berieten schon leise, während er selbst unbeweglich dalag in starrem Schlafe, wie man am besten den Rhein erreiche, wenn der Kaiser nicht mehr erwache. Und jetzt, nach solchem Erfolge, nahm da Preußen nicht sofort am Kampfe teil? Die kriegerische Stimmung war aufs äußerste erregt. Alles bot man auf, den König zum Anschluß an Österreich zu bewegen. Weil aber der Sieg bei Aspern nicht gehörig ausgenutzt ward und die Tiroler ihrem Schicksal überlassen blieben, so sah sich Friedrich Wilhelm in seinem Mißtrauen bezüglich der Kriegstüchtigkeit und Aufrichtigkeit Österreichs nur bestärkt. Er ging nicht über das Wägen hinaus, das Wagen war seiner Natur zuwider. Dazu kam, daß Österreich, durch den Sieg übermütig geworden, von einem Eingehen auf die preußischen Bedingungen nichts wissen wollte, sondern nur ganz allgemeine Versicherungen gab, daß es sich zu keinem Sonderfrieden verstehen würde. Ein Druck auf die Entschließung des Königs ward dadurch auszuüben versucht, daß ein österreichischer Abgesandter in Königsberg recht selbstbewußt auftrat. Die allgemeine Stimmung des Hofs und des Volks war für sofortigen Anschluß an Österreich, der König aber hielt daran fest, daß nur die Teilnahme Rußlands den Erfolg verbürge, und wollte den Ausgang der nächsten Schlacht abwarten. „Man sage nicht" — schreibt er am 24. Juni — „Preußens Untergang sei gewiß, wenn Österreich überwunden ist. Es giebt doch noch manche Umstände, welche völlige Vernichtung nicht besorgen lassen." Hätte aber nicht das sofortige Losschlagen Preußens und die dann zweifellose allgemeine Erhebung des deutschen Volks einen abermaligen Waffenerfolg gegen Napoleon herbeiführen und hätte ein

solcher nicht den Zaren zum Anschluß an die beiden anderen siegreichen Großmächte veranlassen können? Soweit wir über die Streitkräfte Österreichs urteilen können, muß die Antwort eine bejahende sein. Von der Entscheidung des preußischen Königs hing also damals die Wendung in den Geschicken Europas ab. Aber er blieb auf ausschließlich preußischem Standpunkte stehen, an die Abschüttelung der Fremdherrschaft in Deutschland dachte er nicht. Allerdings stand Preußens Dasein auf dem Spiel wie 1756. Friedrich der Große zauderte nicht, wo es die Unabhängigkeit des Staats galt, sondern zog entschlossen das Schwert. 1809 aber „schlief Borussia", wie Blücher schrieb, der mit oder ohne den König losschlagen wollte, „und trug Fesseln". „Es ist nicht der erste schöne Augenblick, den wir ungenutzt vorübergehen lassen und wofür wir büßen werden", äußerte der Bruder des Königs, und die Geschichte hat ihm Recht gegeben.

Auf die Kunde des Siegs bei Aspern war eine neue Erhebung der Tiroler erfolgt. Auch in Deutschland brachen wieder vereinzelte Aufstände aus. Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig warb eine Freischar, „die schwarze Legion", rückte nach Sachsen und Franken vor und hoffte in Norddeutschland den Volkskrieg entfesseln zu können. Da kam die Schreckenskunde, daß die Österreicher bei Wagram am 5. und 6. Juli geschlagen seien. Die verschiedensten, bis zur Stunde noch nicht völlig aufgeklärten Ursachen hatten das Unglück herbeigeführt, durch das der preußische König seine Neutralitätspolitik für gerechtfertigt halten konnte — aber ohne Grund. Denn gerade die feste Zuversicht, daß Preußen nach dem Tage von Aspern nicht zögern würde, hatte Erzherzog Karl bestimmt, vom weiteren Vorgehen bis zur erfolgten Entscheidung abzusehen. Dazu kam, daß er, selbst kein großer Feldherr und von seiner unfähigen Umgebung falsch beraten, auf das Eingreifen seines Bruders Johann sicher rechnete, während dieser stets die Ansicht vertreten, daß er, Erzherzog Johann, selbständig vorgehen müsse, um Napoleon zu zwingen, auch gegen ihn sich zu wenden. Daher konnte er gar nicht rechtzeitig eintreffen, und Napoleon blieb diesmal Sieger, allerdings ohne bedeutende Erfolge errungen zu haben. Trotzdem gelang es ihm, einen äußerst vorteilhaften Waffenstillstand zu

schließen, der sogar den apathischen Kaiser Franz in solche Erregung versetzte, daß er den Oberbefehl selbst übernahm, entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Er hoffte auf Preußens Beistand. Denn Friedrich Wilhelm hatte nun doch Unterhandlungen begonnen, aber nur in augenblicklicher Nachgiebigkeit gegen die wieder gewaltig erregte Stimmung in seinem Lande. Gneisenau hatte bereits den Abschied genommen; Blücher hatte ihn dringend gefordert; jetzt erbaten Offiziere in großer Zahl ihre Entlassung, um an Österreichs Seite kämpfen zu können. Die Verhandlungen wurden nun aber von Preußen so behutsam geführt, daß sie nicht zum Ziele kommen konnten, ganz im Sinne des Königs. Der Zar mahnte wieder dringend zum Frieden, und in Österreich ermattete der Kriegseifer auch bald, als es sich ohne jeden Beistand sah. So ward im Oktober 1809 der Friede zu Schönbrunn bei Wien geschlossen. Österreich mußte die ganze adriatische Küste aufgeben; aus ihr ward der Staat der illyrischen Provinzen unter Marmont, Herzog von Ragusa, gebildet. Ferner kam Westgalizien an das Herzogtum Warschau, ein Teil Ostgaliziens an Rußland, Salzburg an Bayern. Im geheimen ward bestimmt, daß Österreich nur 150000 Mann unter Waffen haben und 85 Millionen Frank zahlen solle. — Von der in den weitesten Kreisen Deutschlands gegen ihn herrschenden Stimmung konnte sich Napoleon in Schönbrunn selbst überzeugen. Der siebzehnjährige Sohn eines Predigers aus Naumburg, Staps, versuchte ihn zu ermorden und gestand mit der größten Seelenruhe ein, auch wenn man ihn jetzt begnadige, würde er den Plan doch ins Werk setzen. Ganz im stillen ward er erschossen.

Für die aufständischen Tiroler war im Frieden Amnestie ausbedungen, wenn sie die Waffen niederlegten. Die meisten entschieden sich dafür, der Hauptanführer aber, Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Thale der Passer, ließ sich durch thörichte Schwärmer, denen es zum Teil auch nur um Raub zu thun war, verleiten, zum viertenmale den Aufstand zu beginnen. Verwirrt und verzweifelnd versäumte er schließlich die rechte Zeit zur Unterwerfung oder Flucht, fiel durch schnöden Verrat in die Hände der Feinde, ward unter Mißhandlungen nach Mantua geschleppt und hier am 20. Februar 1810 erschossen. Die Fürbitte seines

Kaisers Franz, dem er vor dem Tode noch ein Hoch ausbrachte, kam zu spät. Nicht an Deutschland hatten die Tiroler bei ihrem Befreiungskampfe gedacht, aber ihr Blut war doch auch für Deutschland nicht vergebens geflossen. Des tapferen Bergvolks Opfermut hatte allen gezeigt, daß Selbsthülfe allein Rettung bringen könne vor der immer drückenderen Gewaltherrschaft Napoleons.

Glücklicher als der Tiroler Volksheld war der Herzog Friedrich Wilhelm gewesen. Er hatte sich an der Spitze seiner kleinen Heldenschar den Weg bis zur Weser gebahnt und konnte in Helgoland sich einschiffen. Die Dänen, wie stets dienstwillige Schergen Napoleons, versuchten vergebens es zu hindern. Fast alle tapferen „Schwarzen" haben dann später unter Wellington in Spanien gegen die französische Zwingherrschaft gefochten.

Fortführung der Reformen und weitere Umgestaltung des geistigen und sittlichen Lebens in Preußen. Wider Erwarten griff Napoleon nach dem Erfolge über Österreich Preußen nicht an, obschon es doch zu rüsten begonnen und seine Zahlungen eingestellt hatte, erging sich aber dem preußischen Gesandten gegenüber in höhnischen Drohungen und Schmähungen und verlangte zunächst des Königs Rückkehr nach Berlin. Am 23. Dezember 1809 erfolgte sie. Die Königin saß weinend im Wagen, finster und in sich gekehrt ritt hinterher Scharnhorst. Beider Hoffnungen waren ja völlig gescheitert. Die edle Fürstin aber trug bereits den Todeskeim in ihrer Brust. Nachdem sie noch wesentlichen Anteil an der im Juni 1810 erfolgten Ernennung Hardenbergs zum Staatskanzler gehabt, ist sie bald darauf, im Alter von 35 Jahren, verschieden, tief betrauert von ihrem ganzen Volke. Alle ihre Gedanken und Hoffnungen hatten sich auf die Befreiung vom Joche der Fremdherrschaft gerichtet. Doch finster standen noch die Wolken am Himmel des Preußenstaats, als auch dieser reine und lichte Stern verblich, der vielen in der Trübsal vorangeleuchtet. Aber ihr Vermächtnis an ihr Volk hat sich unter ihrem großen Sohne glorreich erfüllt.

Napoleon verlangte nach der Rückkehr des Königs herrisch Zahlungen. Für Preußen sei die Soldatenspielerei nicht mehr zeitgemäß; erhalte er sein Geld nicht, so werde Landabtretung

unerläßlich. Das Ministerium Dohna-Altenstein, das in den 18 Monaten nach Steins Abgange nicht viel hatte ausrichten können, war ratlos und glaubte die Abtretung eines Teils von Schlesien befürworten zu müssen. Da entschloß sich der König, dessen von Fall zu Fall wechselnde Politik den Staat in solche Zwangslage gebracht, Hardenberg mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen. Napoleon war jetzt damit einverstanden, um sein Geld zu bekommen, verlangte dagegen Scharnhorsts Austritt aus dem Ministerium. Zum Scheine erfolgte er; in Wirklichkeit behielt Scharnhorst auch ferner die Leitung des Generalstabs und die Aufsicht über Kriegsschulen, Festungen und das Waffenwesen. In einem überschwänglichen Briefe dankte Hardenberg Napoleon dafür, daß er die Genehmigung zu seinem Ministerium gegeben. Schon diese Thatsache läßt einen großen Gegensatz zu Stein erkennen. Biegsam und behutsam, ohne Freimut und Energie, aber liebenswürdig und wohlwollend, weniger gründlich, dafür aber vielseitiger gebildet als Stein gedachte Hardenberg zwar auch den Staat zum dereinstigen Befreiungskampfe vorzubereiten, schlug aber andere Wege zu diesem ihm entfernt vorschwebenden Ziele ein. Während Stein von innen heraus, unter möglichst freier Teilnahme aller schöpferischen Kräfte die Neugestaltung des Staats vollzogen wissen wollte und dabei stets das Wohl des Ganzen im Auge hatte, dachte Hardenberg mehr von oben herab, durch die Weisheit der Regierung, die sich die brauchbaren Kräfte dienstbar macht, zunächst die natürliche Freiheit des einzelnen und die bürgerliche Gleichheit zu fördern im Sinne des Zeitgeistes. Diesen Gedanken hatte er bereits im September 1807 in einer umfassenden Denkschrift dargelegt, und jetzt, als Staatskanzler mit einer Machtfülle bekleidet, die allen preußischen Überlieferungen widersprach, ging er mit regstem Eifer daran, ihn durchzuführen zunächst durch die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte. Dabei trat dann allerdings die Erziehung der Staatsbürger zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten besonders durch die Selbstverwaltung in den Hintergrund.

Zunächst ward eine gleichmäßige Besteuerung von Stadt und Land angebahnt durch verschiedene neue Steuern, namentlich eine Verbrauchssteuer und Luxussteuer. Alle Steuerbefreiungen

sollten aufhören. Der Zunftzwang ward aufgehoben, die Gewerbefreiheit eingeführt und damit der Gegensatz zwischen Stadt und Land beseitigt. Einziehung der geistlichen Güter und Verkauf der Domänen ward beschlossen. Das Gesetz vom 14. September 1811 erklärte alle auf dem bäuerlichen Grund und Boden ruhenden Lasten für ablösbar gegen Entschädigung an den Grundherrn. Damit war die Entstehung eines freien grundbesitzenden Bauernstandes ermöglicht. Zur Beratung nun über alle diese und ähnliche Fragen wollte der König — so verhieß das Edikt über die Finanzen vom Oktober 1810, und das Versprechen ward 1811 wiederholt — „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze geben". „So wird sich das Band der Liebe und des Vertrauens zwischen Uns und Unserm treuen Volke immer fester knüpfen." Was Stein als Krönung seines Werks betrachtete (s. S. 406), bot dazu das absolute Königtum jetzt selbst die Hand? Nach der Einsetzung der Immediatkommission 1807 (s. S. 400) wäre eine parlamentarische Versammlung nur ein entschlossener Schritt vorwärts auf schon betretener Bahn gewesen. Aber Hardenberg wollte nicht sowohl dem Volke gesetzlichen Anteil an der Regierung geben, als vielmehr nur Vertrauensmänner berufen und ihre Ansicht hören. Dem Volke aber sollten, wie Gneisenau äußerte, die neuen Einrichtungen und Auflagen so in milderem Lichte erscheinen. Eine Landesdeputierten-Versammmlung, deren Mitglieder alle vom Könige ernannt waren, tagte vom 23. Februar bis 16. September 1811 und beriet über die Finanz- und Ablösungsgesetze; eine „interimistische Nationalrepräsentation" trat am 10. April 1812 zusammen und war wenigstens zum Teil indirekt aus Volkswahl hervorgegangen. In letzterer Versammlung betonte ein Abgeordneter der schlesischen Städte, Elsner, nachdrücklich, daß die Versammelten durchaus als „Stimme der Nation" zu gelten hätten. Hardenberg jedoch wollte keine selbständige Mitwirkung der Volksvertretung bei der Gesetzgebung. Die Bemühungen aber, die aus dem Schoße der Versammlung selbst hervorgingen, eine rechtliche Grundlage zu gewinnen, traten nach Ausbruch des Befreiungskriegs in den Hintergrund. Die Freiheit nach außen ward vom ganzen Volke erstrebt, während

die durch die Verfassung gewährleistete Freiheit im Innern zunächst nur das Ziel kleinerer Kreise blieb.

Gegen die Hardenbergschen Gesetze erhob sich bald ein lebhafter Widerspruch unter dem grundbesitzenden Adel, namentlich als 1812 durch das sogenannte Gendarmerieedikt eine Umbildung der Verwaltung des platten Landes in Aussicht genommen ward: es sollte eine Kreisvertretung gebildet und zu ihr auch je 2 Abgeordnete der Städte und Bauern hinzugezogen werden. Die Ortspolizei ward Dorfgerichten übertragen, dem Gutsherrn blieb nur die Oberaufsicht. Dies Edikt — es konnte nur teilweise ins Leben treten — nannte der Baron von der Marwitz ein größeres Unglück als die Niederlage bei Jena und Auerstädt. Allerdings wäre bei völliger Durchführung desselben der Einfluß des grundbesitzenden Adels im wesentlichen beseitigt worden. Auch daß die Juden zu Inländern und Freien erklärt und ihnen alle staatsbürgerlichen Rechte übertragen wurden (11. März 1812), erregte in jenen Kreisen Anstoß. Hatte doch schon 1811 sich eine Anzahl „Junker" dagegen verwahren zu müssen geglaubt, daß durch die Reformen „ihr altes, ehrliches brandenburgisches Preußen ein neumodischer Judenstaat" werde, — eine Verwahrung, die zweien dieser Heißsporne 5 Monate Festung einbrachte. Mit der Einseitigkeit des alten Preußen sollte es in der That vorbei sein. Das zeigte besonders auch der weitere Aufschwung des geistigen und sittlichen Lebens.

Was früher (vgl. S. 409 ff.) vorbereitet war, trat herrlich in die Erscheinung. Das alte Preußentum verschmolz nach und nach mit der neuen deutschen Bildung, die jetzt den Staat nicht mehr als notwendiges Übel ansah, sondern in den Dienst des vaterländischen Gedankens und nationalen Staats trat. Wie einst in den Niederlanden die Universität Leyden, so sollte jetzt in Preußen die 1809 gestiftete, 1810 eröffnete Universität Berlin der Waffengewalt fremder Unterdrücker gegenüber eine Hochwarte freier Geistesbildung und wahrer Aufklärung werden. Hier offenbarte sich zuerst eine deutsche Einheit, eine Einheit des geistigen Lebens, und zugleich eine Weltstellung des deutschen Geistes. Die Umgestaltung des Schulwesens, des niederen wie des höheren, ward begonnen, dort nach Pestalozzischen Grundsätzen, die auf Weckung der Selbst-

thätigkeit und des Selbstdenkens hinzielten, hier auf dem Grunde der klassischen Bildung, in der Wilhelm von Humboldt neben Christentum und Deutschtum den Eckpfeiler des höheren Unterrichts erkannte. Von den Kanzeln herab ertönte nicht mehr der Verdammungsspruch über Andersgläubige, sondern die Lehre, daß der Glaube in einer vertrauensvollen Hingabe an Gott bestehe, und die Mahnung, nur in der Kraft und Reinheit des Willens, in der freiwilligen Aufopferung des eigenen Ich für das große Ganze den Wert des Menschen zu sehen. Und in immer weitere Kreise des Volks wurden solche Gedanken getragen, alle Stände immer mehr erfüllt von der Überzeugung, daß eine bessere Zukunft nur durch einen allgemeinen sittlichen und geistigen Aufschwung verbürgt werde. Auch Übertreibungen solches Sinnes blieben nicht aus, eine krankhafte Überreizung trat hervor bei einzelnen (wie dem unglücklichen Heinrich von Kleist, der 1811 freiwillig in den Tod ging) und bei Vereinen. Der „Deutsche Bund", von dem überspannten, einseitig derben Jahn gestiftet, will den Kriegsbrand auch gegen den Willen des Königs gewaltsam entfesseln. Aber solche Auswüchse vermochten den guten, gesunden Kern nicht zu schädigen. Das geistige und sittliche Leben der Deutschen mußte sich umgestalten, wenn das Selbstgefühl gestärkt, wenn Mut und Glut zur Abschüttelung der Fremdherrschaft gewonnen werden sollten. Die Thaten des deutschen Geistes haben die Wiedererstarkung des deutschen Volks ermöglicht. Und für die ganze Weiterentwickelung unserer Geschichte war es hochbedeutsam, daß in diesen Thaten das preußische Staats- und deutsche Volksinteresse zusammenfielen. Steins und Scharnhorsts Wirken galt gerade so dem Schutze deutscher Ehre und deutscher Eigenart, wie die Lehren eines Kant und Fichte, Schleiermacher und Humboldt der Erstarkung des preußischen Staats zu gute kamen.

Napoleon auf der Höhe der Macht. Die letzten Jahre der deutschen Knechtschaft. Einer hochherzigen Erhebung ist nie ein tieferer sittlicher Fall gefolgt, als es in Österreich nach dem unglücklichen Kriege 1809 geschah. Kaum für Hofers Schicksal empfand man im leichtlebigen Wien noch Teilnahme wegen der damals sich rasch folgenden Festlichkeiten. Kaiser Franz dachte jetzt nur an Frieden. War doch das österreichische Geldwesen in

solcher Verwirrung, daß 1811 der Staatsbankerott erfolgte! An Stadions Stelle trat Metternich, ein geschmeidiger, ränkevoller Staatsmann, der ohne jede hohe und freie Auffassung der Verhältnisse vor allem die Volkserhebungen haßte. Seiner Vermittelung besonders hatte Napoleon es zu danken, wenn ihm jetzt die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches gelang: im Februar 1810 verlobte er sich, nachdem in Rußland seine Werbung abgewiesen war, mit der Tochter des Kaisers Franz, Marie Luise. So trat er in Verbindung mit einem alten, legitimen Herrschergeschlechte, und der Thronerbe, den ihm Josephine nicht gegeben, ward ihm 1811 beschert. Napoleon schien auf dem Gipfel der Macht und des Glücks. Aber seine maßlose Herrschsucht grub sich selbst ihr Grab. Ganz Europa zunächst wollte er unter seinem Scepter vereinen. Also galt es, England zu beugen und ihm die Seeherrschaft zu entreißen. Diesem Ziele sollte die völlige Durchführung der Kontinentalsperre dienen, und deshalb häufte Napoleon Willkür auf Willkür. Worauf schon die Direktorialregierung hingewiesen, das setzte er jetzt durch. Die ganze Nordseeküste ward mit Frankreich vereinigt, ohne jeden Rechtsanspruch, nur weil es „durch die Umstände" geboten sei: der „Vorfahr" Napoleons, Karl der Große, habe Hamburg gegründet, und es solle nun der „natürlichen" Verbindung mit Frankreich nicht länger entzogen werden. Aber nicht nur an das Reich Karls des Großen, nicht nur an das Festland Europa — an die Weltherrschaft dachte der unersättliche Egoist auf Frankreichs Kaiserthrone bald in vollem Ernste. „Noch 3 Jahre, und ich bin Herr des Universums", scheute er sich nicht im Frühjahr 1811 offen auszusprechen. Voraussetzung bei diesen Plänen zügelloser Gier war dann aber die Unterwerfung Rußlands, falls dies sich nicht gutwillig beuge. Und dazu war wenig Aussicht. Alexander hatte sich wesentlich durch seine orientalischen Pläne bestimmen lassen, mit dem ihm persönlich widerwärtigen Emporkömmlinge einen Bund zu schließen. Der Preis dieses Bündnisses — die Donaufürstentümer und Finnland — war ihm nicht zu teil geworden, dagegen hatte die Kontinentalsperre seinem Lande den schwersten Schaden zugefügt. Dazu mußte er die Absetzung des ihm nahe verwandten Herzogs von Oldenburg und die Einverleibung seines Landes in Frankreich

als schwere Kränkung empfinden. Auch hatte ihn die Vergrößerung des Herzogtums Warschau 1809 besorgt gemacht: die polnische Frage drohte brennend zu werden. So herrschte schon länger eine Spannung zwischen den Verbündeten von Tilsit und Erfurt, und durch Bestechung wußte sich Alexander Kunde von den Plänen Napoleons zu verschaffen. Entschieden aber ward der Bruch durch den am 31. Dezember 1810 erlassenen Ukas, der nicht bloß die Einfuhr englischer Kolonialwaren erleichterte, sondern auch einige französische Luxusartikel, namentlich Wein und Seide, die hauptsächlichsten Gegenstände der französischen Ausfuhr, mit äußerst hohem Zoll belegte. Seit diesem Ukas begann Napoleon (wie er später dem preußischen Gesandten offen erklärte) die Rüstungen gegen Rußland. War dies unterworfen und stand der Landweg nach Ostindien ihm offen, dann konnte England seinen Weltherrschaftsplänen nicht mehr das Weltmeer verschließen.

Für Deutschland mußte der Krieg zwischen Rußland und Frankreich von der größten Bedeutung werden. Die Rheinbundfürsten erhielten April 1811 Befehl, ihre Kontingente bereitzustellen. Napoleon war entschlossen, die geringste Unbotmäßigkeit durch sofortige Entthronung zu ahnden. Wie aber stand Preußen da? Seit vier Jahren hatte es unausgesetzt, unter den größten Opfern, für einen Befreiungskampf gerüstet — sollte es jetzt das Schwert ziehen, um seinem Unterdrücker die Wege zur Weltherrschaft bahnen zu helfen? Neutralität war unmöglich. Der kriegsscheuen Natur des Königs zwar hätte sie am meisten zugesagt, aber die Machtmittel des auf allen Seiten von den Franzosen umklammerten Staats reichten nicht aus, sie durchzuführen. Hardenberg war nun der Ansicht, der Staat bedürfe noch der Ruhe, Gefühle müßten vorläufig schweigen; „das Wichtigste ist jetzt, die Existenz zu erhalten; in dem Wechsel der Begebenheiten können Hülfsmittel liegen, die wir nicht einmal ahnen". Damit stimmte der König ganz überein. „Wenn ich" — so schrieb er ihm — „meine Vernunft und meine Überzeugung zu Rate ziehe, so glaube ich der Erhaltung des Staats alles Übrige opfern und mich hiernach in der jetzigen Lage der Dinge für den Anschluß an Frankreich entscheiden zu müssen." So stellte denn Preußen im Frühjahr 1811 einen Bundesantrag an Napoleon. Dieser hatte wiederholt

geäußert: „Wie konnte ich nur diesem Manne (dem Könige) soviel Land übrig lassen!“ und scheint eine Zeitlang alles Ernstes daran gedacht zu haben, den preußischen Staat gerade so in seine Gewalt zu bringen wie Oldenburg. Er stand jedoch von dem Plane bald ab, besonders wohl, weil ihm die Volksstimmung unheimlich war. Die Machtmittel Preußens jedoch sich völlig dienstbar zu machen, dazu war er sofort entschlossen. Monatelang beantwortete er jenen Vorschlag nicht, ließ aber von allen Seiten seine Truppen um das preußische Gebiet zusammenziehen. Das war schließlich solche Bedrohung für Preußen, daß vorübergehend eine Schwenkung der Politik erfolgte. Die Patrioten, allen voran Scharnhorst, Gneisenau und Blücher, denen sich das Herz zusammenkrampfte beim Gedanken an einen Bund mit dem verhaßten Gewalthaber, sie hatten bereits früher durchgesetzt, daß wenigstens an der Küste Truppen zusammengezogen wurden, scheinbar des Kontinentalsystems halber. Jetzt gelang es ihnen, da auch Hardenberg vorübergehend eine andere Stellung zur Kriegsfrage einnahm, eine geheime Sendung Scharnhorsts nach Petersburg und weitere Verstärkung der Machtmittel herbeizuführen. Am 17. Oktober ward in Petersburg wirklich ein Vertrag geschlossen und das beiderseitige Vorgehen genau festgesetzt. Als Scharnhorst aber nach Berlin zurückkehrte, fand er die Stimmung wieder verändert. Voll Mißtrauen gegen eine Volkserhebung, überzeugt, daß Napoleon schließlich doch siegen werde, war der König damit einverstanden gewesen, daß Hardenberg trotz der Sendung Scharnhorsts sich Frankreich wieder näherte. Als nun Napoleon in schlauer Benutzung dieser Lage jetzt auf die vor 5 Monaten von Preußen gemachten Anträge sofortige Abrüstung und entweder Beitritt zum Rheinbunde oder Schutz- und Trutzbündnis forderte, da trat Hardenberg zwar wieder auf die Seite der Patrioten und entschied sich für das russische Bündnis, vermochte nun aber den König nicht für sich zu gewinnen. Dieser sah nicht ein, „was bei dem allem herauskommen wird“, ließ sich aber wenigstens zu einem letzten Versuche bereit finden, den Wiener Hof für einen Angriffsbund mit Rußland und Preußen zu gewinnen. Denn daran hielt er stets fest, das „Hazardspiel“ gegen Napoleon sei nur zu wagen bei einem Zusammengehen der drei Mächte. Im allertiefsten Geheimnis ward

Scharnhorst nun auch nach Wien gesandt, fand hier aber die Stimmung sehr ungünstig. Metternich glaubte, Preußen befände sich in der hoffnungslosen Lage, „in jeder zu ergreifenden Partei seine nur zu wahrscheinliche Auflösung besorgen zu müssen", gab sogar heimtückisch den Wink, lieber mit Rußland gemeinsame Sache zu machen; denn nach der, wie Metternich meinte, zweifellosen Niederlage Rußlands konnte Österreich sicherer auf Schlesien rechnen.

So erblickte man in Berlin die einzige Rettung in einem Bündnis mit Frankreich. Fürchtete man doch auch einen Gewaltstreich Napoleons! Am 24. Februar 1812 ward in Paris der Vertrag unterzeichnet und am 5. März vom Könige genehmigt. Und welcher Vertrag! 20 000 Mann hat Preußen gegen Rußland zu stellen, die übrigen Truppen in den Festungen zur Verfügung zu halten, das ganze Land (von einem kleinen Teile Schlesiens abgesehen) steht dem französischen Durchmarsche offen und wird als erobertes behandelt, die ungeheuren Lieferungen werden von der Kriegsschuld abgezogen, außer in den 3 südlichen Halbinseln hat Preußen in ganz Europa Napoleon Heeresfolge zu leisten, dem Könige bleibt nur Potsdam als Residenz. — Der Vertrag überbot an Schmach und Schande den vom 8. September 1808. Wohl konnte Borussia in tiefster Trauer ihr Haupt beugen, der stolze Aar von Fehrbellin und Roßbach ließ die Schwingen hängen. Völlige Niedergeschlagenheit, ja Verzweiflung bemächtigte sich auch der Besten. Gneisenau ging nach Österreich, Blücher und Boyen nach Schlesien, etwa 30 andere Offiziere nahmen ihren Abschied.

Als auch Österreich unter günstigeren Bedingungen (die Durchmärsche trafen das Land ja auch nicht) und mit der Aussicht auf Gebietsvergrößerung sich mit Frankreich verbündet, nahm ganz Deutschland am Kriege teil. Unter Spaniens Sonne waren viele seiner Söhne schon verschmachtet, jetzt sollten noch mehr auf den russischen Schneefeldern verderben im Dienste des unersättlichen Ehrgeizes des herrschsüchtigen Emporkömmlings, der die Könige, Prinzen, Fürsten und Marschälle im Mai anwies, sich zu ihren Heeresabteilungen zu begeben. Es geschah dies in Dresden, wo der Fürstentag von Erfurt noch überboten ward. Wie schwer der deutsche Volksgeist durch die französische Fremdherrschaft geschädigt war, wie sehr weite Kreise der Gebildeten den Sinn für Vater-

land und Volkstum verloren hatten, offenbarte sich gerade damals in trauriger Deutlichkeit, als ein Goethe die durch Napoleon herbeigeführte „glückliche" Zeit pries. Dieser aber konnte in seinem Bulletin verkünden: „Es giebt keine Deutsche, es giebt nur Österreicher, Preußen u. s. w." Das deutsche, besonders das außerpreußische Volk befand sich noch größtenteils auch in geistiger und sittlicher Abhängigkeit von Frankreich, und vom Kaiser Franz bis zum kleinsten Rheinbundsfürsten herab, alle gekrönten Häupter beugten sich vor dem französischen Machthaber. Auch Friedrich Wilhelm hatte sich, aber nur auf dessen Aufforderung, nach Dresden begeben, um von ihm mit den Worten empfangen zu werden: „Sie sind Witwer?" Der edlen Fürstin aber, die im Charlottenburger Haine ausruhte von ihres jungen Lebens Leid, ihr war wenigstens erspart geblieben, die tiefste Schmach des Vaterlands zu schauen. Wie im Sommer 1811 ein mächtiger Komet geisterhaft bleich am Himmel strahlte, so leuchtete jetzt in Deutschlands tiefer Nacht nur Napoleons blutiger Stern. Doch eines reineren Lichts erster Schimmer sollte endlich anbrechen.

Der Feldzug gegen Rußland. Mit dem Aufgebote fast ganz Westeuropas, mit über 600000 Streitern, unter denen ein Drittel Deutsche waren, begann Napoleon den Zug gegen Rußland und überschritt den Njemen. Von Anfang an hatten deutsche Offiziere, zuerst Scharnhorst, den Gedanken ausgesprochen, an der ungeheuren Ausdehnung des russischen Reichs müsse Napoleon zu Grunde gehen. Erst nach und nach, gleichsam unabsichtlich, begannen die Russen dies auszuführen. Immer weiter zogen sie sich ins Innere zurück, während es Napoleons Absicht durchaus nicht war, möglichst rasch nach Moskau zu kommen. Er wollte zunächst nur eine Schlacht haben. „Alexander kann nur nach einer großen Schlacht unterhandeln. Ich werde diese Schlacht, wenn es sein muß, bis vor der heiligen Stadt suchen und gewinnen." Allerdings sollte er sie endlich gewinnen, und zwar die entsetzlich blutige bei Borodino an der Moskwa. Aber die heilige Stadt öffnete sich ihm in anderer Weise, als er gedacht — menschenleer, öde, unheimlich, von den eigenen Bewohnern dem Untergange durch die Flammen geweiht. Die Winterquartiere lagen in Schutt und Asche, der ersehnte Unterhändler Alexanders blieb aus, der Rückzug mußte,

nachdem viele Wochen nutzlos verbracht waren, am 18. Oktober angetreten werden. Die schon auf dem Hinmarsche hervorgetretene Zuchtlosigkeit der Truppen nahm bald in schrecklichster Weise überhand und hielt den unter günstigen Witterungsverhältnissen begonnenen Marsch auf. Erst Ende November brach eine grimmige Kälte ein, welche die Auflösung des Heeres vollendete. Der fürchterliche Übergang über die Beresina brachte völlige Vernichtung. Der unsäglichste Jammer, das grausigste Elend, das die menschliche Einbildungskraft ersinnen kann, hier ward es von der Wirklichkeit übertroffen. Nur wenige tausend in Lumpen gehüllte, ausgehungerte, verkommene Gestalten fanden nach und nach, ohne Ordnung, ohne Waffen, den Rückweg in die Heimat. Für seine persönliche Sicherheit besorgt war Napoleon nach Paris vorausgeeilt; seine Furcht, von den Deutschen festgenommen zu werden, war unbegründet gewesen. Erst jetzt, am 17. Dezember 1812, ward die Vernichtung der „großen Armee" offen eingestanden. Am 10. hatte man in Berlin schon Kunde von dem Beresinaübergange. Ein Gottesgericht ohnegleichen erkannte jeder in den furchtbaren Ereignissen. „Mit Mann und Roß und Wagen, so hat sie Gott geschlagen." Stand nun nicht auch des geknechteten Deutschlands Befreiung in den Sternen geschrieben?

Kap. 14. Der Befreiungskrieg und die Neugestaltung Deutschlands auf dem Wiener Kongreß.

Preußens Vorbereitungen zum Befreiungskriege. Ganz Deutschland hatte am Kampfe gegen Rußland teilnehmen müssen, und zwar die meisten Rheinbundtruppen bei der Hauptarmee, die Österreicher auf dem rechten, die Preußen auf dem linken Flügel. Letztere standen anfangs unter Grawert, seit August unter York. An die Zeiten Friedrich Wilhelms I. konnte dieser in manchen Beziehungen noch gemahnen. War er doch auch leidenschaftlicher Gegner der Reformen seit 1807. Bei seinem eisernen Willen, seinem durchbohrenden Blicke, seiner hageren, straffen Gestalt war der „alte Isegrimm mit der drohenden Falte über der Adlernase" stets mehr gefürchtet als geliebt, aber seine Soldaten vertrauten unbedingt auf ihn. Für solchen Führer war es Ehrensache, da er einmal das Schwert im Dienste des Fremden hatte

ziehen müssen, nun auch es ruhmvoll zu schwingen. Und den Preußen besonders dankte es Macdonald, daß er bis nach Riga vordringen konnte.

Da erfolgte die Katastrophe der großen Armee, und wie daheim, so erkannte man auch beim Heere, daß sich jetzt entscheiden mußte, ob Deutschland, ob Preußen ferner in der Nacht entwürdigender Knechtschaft verharren sollte oder ob der Befreiungsmorgen angebrochen. Und gerade Preußen, gerade York ward vor die Frage gestellt. Rasch drangen die Russen vor. War ihnen der Weg gesperrt, dann war jede Erhebung unmöglich. Und York, im Grunde seiner Seele Franzosenfresser, wußte recht gut, welche Wendung in der russischen Politik eingetreten war. Stein, aus seinem Vaterlande verbannt, hatte zuerst in Österreich, dann in Rußland den Widerstand gegen Napoleon anzufeuern gewußt. Sein Werk war es besonders gewesen, daß Alexander die Fortsetzung des Befreiungskampfs gegen den Unterdrücker Europas über Rußlands Grenzen hinaus beschloß, im Gegensatz zur altrussischen Partei. Mit E. M. Arndt eilte jetzt Stein über Livlands Schneefelder der deutschen Grenze zu, über die der Krieg wie ein reißender Strom hinwegfluten müsse. Und da sollten preußische Truppen ihn aufhalten? York war, noch ehe Macdonald den Rückzug begonnen hatte, von den Russen wiederholt aufgefordert, sich von den Franzosen zu trennen. Preußen würde nach gemeinsamem Kampfe gegen Napoleon seine alte Stellung unter den Mächten wiedergewinnen, das sicherte Alexander zu. York sandte einen Boten nach Berlin und mußte dann hinter Macdonald her den Rückzug antreten. Bald gelang es den Russen, sich zwischen Preußen und Franzosen zu schieben, und sie forderten York auf, wenigstens einen Neutralitätsvertrag zu schließen. Der König wies ihn nur an, „je nach den Umständen“ zu verfahren, ernannte ihn aber zugleich zum Generalgouverneur in Ostpreußen. Es galt nun für den tapferen, von der eisernsten Pflichttreue beseelten Krieger, die Entscheidung auf eigene Verantwortung zu treffen. Zwei Seelen stritten sich in seiner Brust, die des Befehlshabers, der im Dienste seines Königs an die Verträge gebunden war, und die des Vaterlandsfreunds, der da fühlte, die Stunde der Entscheidung sei gekommen. Streng monarchische und frei nationale Gesinnung standen sich gegenüber.

Letztere siegte. York nahm die Verantwortung auf sich und unterzeichnete am 30. Dezember 1812 in der Poscherunschen Mühle bei Tauroggen einen Neutralitätsvertrag. Die preußischen Truppen nehmen zwischen Tilsit und Memel eine neutrale Stellung ein; falls der König den Vertrag verwirft, dürfen sie die nächsten 2 Monate nicht gegen Rußland fechten.

Jubelnd ward Yorks Vorgehen von seinen Truppen begrüßt. Denn daß der Gedanke der Zeit durch ihn zur That geworden, daß so das Verlangen nach Freiheit zuerst selbständig und mächtig hervorgebrochen, das erkannten alle. Bereit, die Folgen für seine That zu tragen, schrieb York dem Könige: „Jetzt oder nie ist der Moment, Freiheit, Unabhängigkeit, Größe wiederzuerlangen. In dem Ausspruche Ew. Majestät liegt das Schicksal der Welt". Er sprach es aber auch aus, daß es gelte, „dem Könige den Willen frei zu machen".

Friedrich Wilhelm hatte den Mahnungen mancher seiner Ratgeber, von Napoleon abzufallen, stets widerstanden und, wie seit 6 Jahren, daran festgehalten, daß nur ein Zusammengehen mit Rußland und Österreich einen Erfolg verbürge; unter solchem Vorbehalt wollte er seine Politik ändern, wenn es nicht vorher sonst gelänge, Unabhängigkeit von Frankreich zu erreichen und die russische „Präponderanz" zu hindern. Daher hatte Preußen seit September mit Österreich Verhandlungen begonnen, die aber besonders wegen der Eifersucht Metternichs auf Rußland und auch auf Preußen schließlich nur bewaffnete Vermittelung zur Herbeiführung eines billigen Friedens sich zum Ziele nahmen. Es war also die alte, verhängnisvolle Politik des Abwartens, des behutsamen Vorgehens, und der preußische König war zunächst damit einverstanden. Da kam die Botschaft von dem Untergange der großen Armee, und nun standen sich bald König und Volk in Preußen in ihren Stimmungen und Zielen gegenüber. Die tiefste Gärung bemächtigte sich der Gemüter. „Nur ein Funke ist nötig, um Flammen zu haben", berichtete schon im November der Präsident Schön aus Ostpreußen. Friedrich Wilhelm aber sagte auf die Nachricht von der Flucht des Kaisers: „Gott allein weiß, wie das noch enden soll", ließ die Aufforderung Napoleons, sein Kontingent um 10 000 Mann zu erhöhen, ruhig über sich ergehen und sandte

erst 21 Tage darauf einen Boten nach Wien, und zwar Knesebeck, den Widersacher Scharnhorsts. Österreich erhielt die Zusicherung, ohne seine Einwilligung werde Preußen keinen Sonderfrieden mit Rußland schließen. Eine Verstärkung des Heeres war auf Scharnhorsts Drängen endlich am 12. Januar 1813 verfügt.

Aber konnte in Preußen überhaupt an sofortige Kriegserklärung gedacht werden? Waren die Franzosen nicht in der Überzahl? Allerdings hatten sie Anfang Dezember etwa 5000 Mann mehr zur Hand als die Preußen, eingerechnet Yorks Korps. Daß aber durch Preußens Losschlagen sofort ein allgemeiner Kriegsbrand in ganz Deutschland ausbrechen würde, mußte am 29. Januar Napoleon selbst dem Fürsten Hatzfeldt zugeben. Ein Volkskrieg wäre entfesselt, der alles mit sich fortgerissen. Und noch in Königsberg lernten die Franzosen die Stimmung des Volks kennen. Am Neujahrstage 1813 schlugen preußische Krümper vor dem Schlosse einen französischen Gendarmen, der einen Rekruten viehisch gemißhandelt, tot, zerbrachen 2 französischen Offizieren den Degen und als nun einer verhaftet ward, entrissen sie ihn der Schloßwache wieder -- alles, ohne daß Murat einzuschreiten wagte. Wo in solchen Zeiten die Übermacht ist, bei einem geknechteten Volke, das seine Ketten bricht, oder bei Truppen, die nur auf den Befehl des eben geflüchteten Heerführers wieder zusammengetreten, das steht auf mehr als einem Blatte der Geschichte geschrieben.

Wäre aber ferner der Bruch mit Frankreich nicht eine Verletzung des Völkerrechts gewesen? Mußten nicht sittliche Bedenken den König veranlassen, vorläufig an den Verträgen festzuhalten? Über solche Bedenken setzte er sich aber, und zwar mit vollstem Recht gegenüber dem treulosen Korsen, ohnehin hinweg. Wochenlang wurden die Franzosen getäuscht, zunächst in Bezug auf Yorks That. Napoleon war äußerst erregt darüber und verweigerte die Zahlung von 94 Millionen, die er Preußen für die ungeheuren Lieferungen schuldete. Darauf erhielt Murat die Anzeige von der Entsetzung Yorks durch einen Flügeladjutanten, der aber von den Russen zu York selbst nicht durchgelassen wurde. Im geheimen begab jener sich nun zu Alexander. Dieser hatte Preußen den Antrag gemacht, sich an Rußland anzuschließen, um auf den Besitz von 1806 wieder gebracht zu werden; sollte der König sich jedoch nicht

von Napoleon trennen, dann werde Rußland an Teilung Preußens als eines feindlichen Landes denken müssen. Daher trug Friedrich Wilhelm jetzt dem Zaren ein Bündnis an, wenn er rasch über die Weichsel vorrücken und seine polnischen Pläne mäßigen wolle. Die begonnenen Rüstungen wurden Napoleon gegenüber dargestellt als der geforderten Verstärkung des preußischen Kontingents dienend. In Paris mußte Hatzfeldt erklären, würden die 94 Millionen nicht gezahlt, so müsse Preußen von weiterer Bundeshülfe absehen. In Berlin aber verkehrte Hardenberg scheinbar auf dem besten Fuße mit dem französischen Gesandten St. Marsan: ward doch sogar eine Verbindung des Kronprinzen mit einer französischen Prinzessin damals von preußischer Seite angeboten! Bei der Lauheit Österreichs, bei der Kriegsscheu und dem Mißtrauen Friedrich Wilhelms, der auf allen Seiten nur „unüberlegte Meinungen und Handlungen" wahrnahm, bei den Alexander umdrängenden altrussischen Einflüssen stand zu befürchten, daß die Territorialpolitik der Regierungen über die nationale wieder siegen würde. Napoleon aber war zum Glück für Deutschland verblendet genug, auf irgend welche bestimmten Vorschläge nicht einzugehen. Er hatte von den „vernünftigen, kalten, toleranten und jedem Exzeß abholden" Norddeutschen eine zu geringe Meinung. Er sollte das Volk anders kennen lernen!

Die Wogen der Gärung, des glühenden Verlangens nach Abschüttelung des Jochs gingen im preußischen Volke höher und höher und stiegen bis zum Throne hinan. Bittschrift auf Bittschrift, Abordnung auf Abordnung sah der König vor sich. Ergebene Männer legten ihm in Denkschriften dar, der Kampf gegen den Unterdrücker werde überall im Volke als ein heiliger betrachtet. Während er noch dem Ansturm widerstand, erfolgte in Ostpreußen ein Aufschwung des Volksgeistes, eine Entfesselung der edelsten Kräfte, wie sie vorher nie die preußische Geschichte gesehen. Steins Saat begann zu grünen. York, dem seine Absetzung amtlich nicht mitgeteilt war, hatte nicht nur den Oberbefehl weitergeführt, sondern sich sogar über die Vertragsbestimmungen hinweggesetzt. Während sein König noch Verbündeter Frankreichs war, führte er bereits Krieg. Dieser seltsamen Lage, die Staat und Königtum außer Zusammenhang zu bringen drohte, entsprachen nun auch die Vorgänge in Königsberg. Am 22. Januar war mit Arndt

Stein hierhergekommen. Nur sein großes Ziel der Befreiung Deutschlands im Auge machte er Miene, in Alexanders Auftrage die Oberleitung der Provinz zu übernehmen. Der Landtag ward sofort zusammenberufen. Aber sollte auf eines fremden Herrschers Befehl die preußische Provinz sich rüsten? Es kam zu heftigen Auftritten zwischen Stein und York, dem Generalgouverneur. Schön, Dohna u. a. vermittelten aber, und so eröffnete York am 5. Februar die erste Sitzung des Landtags, mit jubelndem Zuruf empfangen. „Ruhe, meine Herren", erwiderte er, „nach dem ersten Schlachtfelde bitte ich mir das aus." Jetzt ging die Vertretung Ostpreußens dem ganzen Volke voran mit der Bethätigung beispielloser Opferfreudigkeit, mannhafter Selbstbeherrschung und reinster Begeisterung. Die Provinz, die den Kelch der Leiden bis zur Hefe geleert, sie rief das ganze Volk unter Waffen und führte zuerst den Gedanken Scharnhorsts ins Leben, dessen Schüler Clausewitz jetzt durch einen Landwehrgesetzentwurf am Befreiungswerke mitwirkte. Auf Kosten der Provinz wurde eine Landwehr (bis zum 45. Jahre), ein Landsturm (bis zum 60. Jahre) und ein Nationalkavallerieregiment errichtet und alle Streitkräfte, etwa 40 000 Mann, unter Yorks Befehl gestellt. Jetzt drängte sich die ostpreußische Jugend zu den Waffen, und bald stand in Königsberg die Universität leer.

Unterdessen hatte der König von Alexander die Zusage erhalten, er werde die Weichsel überschreiten; auch über die polnischen Pläne war er vom Zaren beruhigt worden, und nun faßte er den Entschluß, sich nach Breslau zu begeben. Am 25. Januar 1813 zog er hier ein. In Berlin aber wuchs die Aufregung. Es kam zur Verhöhnung der französischen Besatzung, und Satiren auf Napoleon wie auf den König erschienen. Auch hier war die Regierung bald nicht mehr Herr der Lage, und die alte preußische Königstreue geriet ins Wanken. Die deutschnationale Bewegung im preußischen Volke drohte geradezu einen revolutionären Charakter anzunehmen. Damals zuerst ist die Macht der öffentlichen Meinung in Preußen hervorgetreten. Es war hohe Zeit, daß das Volk entscheidende Schritte der Regierung sah. Solche erfolgten nun nach und nach von Breslau aus. Am 28. Januar ward eine Rüstungskommission eingesetzt und an ihre Spitze Scharnhorst gestellt.

Er wußte den König zur Genehmigung zweier wichtiger Verordnungen zu bewegen. Am 3. Februar ward der Aufruf erlassen, Detachements freiwilliger Jäger zu bilden (sie sollten 1 Jahr dienen, dafür sich selbst ausrüsten und verpflegen), und am 9. wurden alle Ausnahmen von der Kantonpflicht für die Dauer des Kriegs beseitigt. Beide Erlasse bezogen sich auf das 17. bis 24. Lebensjahr und waren deshalb von besonderer Bedeutung, weil durch sie jede Schranke zwischen Gebildeten und Ungebildeten, zwischen Adel und Volk fiel. „Das gottgesandte Feuer der Trübsal zerschmolz auch die ehernsten Standesvorurteile wie Wachs." Die Volksbewaffnung ward im ganzen Staate durchgeführt. Aus den freiwillig Eingetretenen sollte das Offizierskorps sich ergänzen. Im schärfsten Gegensatz zur alten Zeit erhielten die gebildeten Freiwilligen das Offiziers-Portepée. Vielen ward die eigene Ausrüstung durch Unterstützung ermöglicht. Gneisenau aber rief aus: „Welches Glück, solange gelebt zu haben, bis diese weltgeschichtliche Zeit eintrat! Nun mag man gerne sterben."

Das Zeichen war gegeben zur allgemeinen Erhebung des Volks, und mit der größten Begeisterung ward es überall vernommen. Aus allen Kreisen drängten sich die Freiwilligen hinzu. In Breslau war das gesamte Kollegium der Regierung zum Eintritt ins Heer bereit. Professor Steffens entflammte hier die Herzen der Jugend und zog vom Hörsaal aus an ihrer Spitze zum Sammelplatz der freiwilligen Jäger. Auf allen Straßen im Lande erblickte man die Krümper und Freiwilligen. „Wir sahen sie", erzählt ein Franzose, „unsere Bataillone durchschreiten, ohne Waffen, ohne Führer; dabei stießen sie Freudengeschrei aus und warfen unseren Soldaten drohende Blicke zu." In Berlin meldeten sich in kürzester Frist an 9000 Freiwillige, darunter etwa 300 Gymnasiasten. Als eines Tags etwa 80 Wagen mit diesen jungen Kriegern am Schlosse in Breslau vorbeifuhren, fragte Scharnhorst den König, ob er sich nun überzeuge von der Opferwilligkeit seines Volks. Da traten dem Monarchen die Thränen in die Augen, und erst jetzt, am 23. Februar, gelang es der Kriegspartei, unter dem Eindruck der aufs gewaltigste gewachsenen kriegerischen Strömung im Lande, namentlich in Ostpreußen, ihn zu entscheidenden Schritten zu drängen.

Die auswärtige Lage war durchaus nicht so klar und erfreulich wie die inneren Verhältnisse. Der König hatte auch in Breslau anfangs noch nicht an Krieg gedacht, vielmehr noch am 13. Februar in Paris eine Vermittelung angeboten und bei den mit Rußland weitergeführten Verhandlungen zunächst nur einen Rückhalt sich sichern wollen, außerdem auch polnischen Besitz. Metternich ferner dachte nur daran, Österreich vom Kampfe fernzuhalten und womöglich einen allgemeinen Frieden herbeizuführen. Alexander endlich wollte von einer Rückgabe polnischen Besitzes an Preußen erst recht nichts wissen. So waren denn die Unterhandlungen zwischen Rußland und Preußen nicht recht von der Stelle gekommen. Da griff wieder Stein entschlossen durch und ließ sich als Bevollmächtigten des Zaren nach Breslau senden, wo ja nun endlich der Nebel zerteilt und der frische, freie Luftzug der kriegerisch-patriotischen Volksstimmung auch in die Regierungskreise gedrungen war. Scharnhorst ward mit den weiteren Verhandlungen beauftragt, und am 27. und 28. Februar konnte in Breslau und Kalisch das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Rußland und Preußen unterzeichnet werden. Als Zweck des Kampfes wird Europas Befreiung hingestellt. Preußen soll den Umfang von 1806 wieder erlangen, verzichtet dagegen auf den früheren polnischen Besitz, abgesehen von den Verbindungslanden zwischen Ostpreußen und Schlesien. (Daß er ganz Polen wiederherzustellen gedachte, verschwieg Alexander.) Rußland will 150000 Mann ins Feld stellen, Preußen seine Streitkräfte durch eine Landwehr vermehren.

So war die Entscheidung gefallen, die nationale Strömung hatte die Oberhand gewonnen, und die ewig denkwürdigen Märztage des Jahres 1813 zeigten Regierung und Volk endlich wieder im Zusammengehen. Am 19. März erschienen in der Schlesischen Zeitung drei königliche Erlasse. Durch den ersten, vom 10. März, dem Geburtstage der Königin Luise, ward der Orden des Eisernen Kreuzes gestiftet. Der zweite, vom 17., enthielt einen Aufruf „An Mein Volk“, und in ihm redet der preußische König zu seinen Unterthanen, wie es nie zuvor vernommen ward. Da sprach nicht die alte, unumschränkte, patriarchalisch bevormundende Monarchie, sondern ein neues Königtum, das keinen Unterschied zwischen sich und seinem Volke mehr kennt und das

nicht nur den preußischen, sondern auch den deutschen Standpunkt vertritt. Als Ziel des Kampfes wird neben dem Wiedergewinn der Großmachtstellung Preußens hingestellt die Befreiung Deutschlands vom fremden Joche und die Schöpfung eines neuen deutschen Reichs. „Wir wollen nicht aufhören, Preußen und Deutsche zu sein.“ Endlich ward an demselben 17. März die Verordnung erlassen über die Bildung der Landwehr. Diese umfaßt alle nicht zum Heere gehörigen Wehrfähigen (mit ganz wenigen Ausnahmen) vom 17. bis 40. Lebensjahre und soll ganz gleichen Rang mit dem stehenden Heere haben. Man hatte geglaubt, mit Strafen die Umgehung der Wehrpflicht bedrohen zu müssen. Es war unnötig. Das ganze Volk erhob sich freiwillig, um die Fesseln abzuwerfen. Bis Ende März standen 110 000 Mann bei $4^1/_2$ Millionen Einwohnern unter Waffen. Dazu kamen im April und Mai noch 170 000 Mann Landwehr. Also auf 18 Einwohner 1 Soldat! Und was geleistet werden sollte, wenn's not that, das zeigte das am 21. April erlassene Landsturmgesetz, in welchem die allgemeine Wehrpflicht in des Worts vollster Bedeutung durchgeführt war. Beim Einbruch des Feindes ins Land soll jeder, der überhaupt noch Kräfte besitzt, zur Verteidigung des Landes herangezogen werden auch ohne Uniform und Schußwaffe.

Das ganze preußische Volk ohne Unterschied des Alters, Geschlechts und Standes trat jetzt in den Dienst des Befreiungsgedankens, und es beginnt eine Erhebung, wie sie sehr selten in menschlicher Geschichte begegnet. Auch in Frankreich hatte sich in gewaltiger Bewegung die ganze Nation erhoben — aber wie anders gestaltete sich das, was jetzt in Preußen geschah. Nach schmählicher Unterdrückung und Aussaugung, nach unerhörten Opfern legte ein ganzes Volk den armseligen Rest seiner Habe und den reichen Schatz an geistiger und physischer Kraft auf den Altar des Vaterlandes, und es that dies freiwillig, treu, pflichtbewußt, als dürfte es nicht anders sein, es that dies still, feierlich, weihevoll, ohne jeden unheimlichen Fanatismus. Eine sittliche Energie, ein hoher Glaubensmut erfüllte aller Herzen. Zu einem „heiligen“ Kriege zog man aus, geweiht im Gotteshause. Schleiermacher hielt in Berlin am 28. März 1813 den Freiwilligen eine Abschiedspredigt auf Grund des Bibelworts: die Blinden sehen, die Tauben hören,

die Lahmen gehen. Ohnegleichen war die Opferfreudigkeit des Volks. Ein Berliner äußerte den Gedanken, die goldenen Trauringe für eiserne dahinzugeben — an 160 000 wurden verteilt. Die Tochter eines Obersten a. D., Auguste von Schmettau, die nichts weiter darzubringen hatte, verkaufte ihr langes Haar um 2 Thaler, und aus den daraus angefertigten Flechten für die eisernen Ringe wurden 250 erlöst. Doch was können Zahlen und Einzelheiten besagen für solche Zeiten! „Vaterland, in tausend Jahren kam dir solch ein Frühling kaum!" In hellen, lichten Flammen loderte die reine Begeisterung eines Volks auf, das durch die brutalste Fremdherrschaft bis aufs Mark ausgesogen war, jetzt aber die Eisdecke der Erstarrung sprengte und die Fessel abwarf, der Freiheitslust und des Thatendranges voll. „Die Preußen", sagt Arndt, „sind dem ganzen deutschen Volke nicht bloß die Anführer zur Freiheit geworden, sondern auch Muster zu Tapferkeit, Zucht, Bescheidenheit und Menschlichkeit. Hier hat sich gezeigt, wie der Geist den Menschen über sich selber emporzuheben vermag." Mit Recht werden daher Vorgänge aus dieser ewig denkwürdigen, köstlichen Zeit von der bildenden Kunst dargestellt, den Nachfahren zur Nacheiferung. Den damals Lebenden aber verklärte ihre Erhebung eine edle patriotische Dichtung.

Die Vaterlandssänger der Befreiungskriege und die deutschen Einheitsbestrebungen. Es ist oben (S. 312) dargelegt, daß der deutsche Geist aus der Versenkung in die Idealwelt des griechischen Lebens zwar großen Gewinn zog, aber durch sie auch abgelenkt wurde vom Vaterländischen. Unsere Litteratur ward weltbürgerlich, losgelöst vom Zusammenhange mit dem eigenen Volkstum. Hand in Hand mit der politischen Unterjochung ging dann die Erschlaffung des geistigen und sittlichen Lebens und die Abhängigkeit von Frankreich. Wie sollte aber das Ideal reiner Humanität unter einem unfreien Volke sich verwirklichen lassen! So mußte zunächst die Selbständigkeit auf geistigem Gebiete wieder erworben und durch Verbreitung wahrer Geistesbildung das Volk aus der sittlichen Erschlaffung erhoben werden. In dem Maße, als dies geschah, wurde dann auch das Streben nach äußerer Selbständigkeit wieder wach. Es ist oben geschildert, wie diese Entwickelung von kleinen Kreisen aus sich vollzog. Jetzt erst, bei dem gewaltigen

Aufschwunge der Zeit, regte sich das einst von Friedrich dem Großen erweckte deutsche Nationalgefühl wieder. Das Streben, ein einheitliches, starkes deutsches Reich aufzurichten, erwachte und zwar zunächst unter der kampfesfrohen, gebildeten Jugend Preußens, allmählich auch in weiteren Kreisen. Unter Teilnahme aller deutschen Stämme begann dann eine echt volkstümliche und vaterländische Dichtung. Auf die Notwendigkeit einer solchen hatten schon 1807 und 1808 Fichte und A. v. Schlegel hingewiesen. Jetzt waren alle Vorbedingungen dazu in reichstem Maße erfüllt. Der Ingrimm über die solange erduldete schmähliche Knechtschaft, die aufblitzende Hoffnung auf endliche Befreiung gaben die edelsten dichterischen Antriebe, die Sprache aber war durch die Klassiker zu hoher Vollendung geführt. So sang denn E. M. Arndt, der Pommer, von Freiheit und Unabhängigkeit, und frisch erscholl: „Was blasen die Trompeten? Husaren heraus!“ Der junge Sachse Th. Körner, dessen Vater für Schillers Entwickelung so bedeutungsvoll geworden war, zog selbst mit hinaus ins Feld und als „Sänger und Held“, der „Leier und Schwert“ führte, begeisterte er durch seine Schlachtlieder seine Zeitgenossen. Fr. Rückert aus Thüringen ließ in seinen „Geharnischten Sonetten“ den Zorn über die Schmach und die Hoffnung auf neue Ehre des Vaterlandes erklingen. M. v. Schenkendorf, der Ostpreuße, suchte, von wahrer Frömmigkeit erfüllt, echt christliche Gesinnung und Opferfreudigkeit fürs Vaterland durch seine Lieder zu wecken. — Aber noch ein anderer Ton erklang vor allem bei den beiden letztgenannten Sängern, wie ihn Deutschland lange nicht vernommen, wie er aber seitdem nicht wieder verstummen sollte. Es ist die Kaisersage, die jetzt in der Dichtung wieder auftaucht und neu gestaltet wird.

Friedrich II., der letzte große Staufer, war mitten in seinem Kampfe gegen das Papsttum plötzlich verschieden (s. Bd. II, S. 461). Weissagungen vom Erscheinen des Antichrists, der die alte Kirche zertrümmern sollte, waren damals weit verbreitet; auch die Nerosage lebte stets fort. So konnte der Glaube, Friedrich II., den seine Gegner für den Antichrist erklärt, sei gar nicht tot, sondern werde wiederkehren, immer mehr Boden gewinnen. Als Pilger sollte er im Morgenlande weilen; dann hieß es, er halte sich auf hohen Bergen auf oder

in verfallenen Burgen. Nach und nach versetzt ihn die Sage in die Berge hinein (so in den Untersberg bei Salzburg), läßt den Kampf gegen die Kirche ganz beiseite, führt aber anderes ein, so des Donnergottes Raben und roten Bart. Letzterer weckte die Erinnerung an Friedrich Barbarossa. Sein Tod im fernen Morgenlande und ein Mißverständnis in Bezug auf den Kyffhäuser begünstigte es, daß er immer mehr Mittelpunkt der Sage wurde. Einheitlich gestaltet ward sie aber erst in dieser Zeit des Befreiungskrieges. Rückert wußte ihre verschiedenen Bestandteile so geschickt miteinander zu verbinden, daß es schien, als habe sie von Anfang an auf den „alten Barbarossa" sich bezogen.

So erwachte der seit Jahrhunderten anscheinend in todesähnlichen Schlummer versunkene Gedanke der deutschen Einheit bei der preußischen Erhebung wieder zu neuem Leben. Je größer die Not der Zeit war, desto höher ging der Flug der Hoffnung auf eine herrliche deutsche Zukunft. In der Errettung und Beschirmung des deutschen Volkstums suchten jetzt Preußens große Staatsmänner und Feldherren ihre Aufgabe. „Ich habe nur ein Vaterland", schrieb Stein, „es heißt Deutschland." „Es ist der weltgeschichtliche Augenblick, da preußisches Staats- und deutsches Nationalgefühl ineinanderflossen." Allerdings war der deutsch-nationale Aufschwung nicht immer nach dem Sinne aller Preußen, auch nicht des Königs; außerhalb Preußens aber gewann er nur langsam Boden, ohne bestimmte Gestalt anzunehmen. „Namentlich den Fürsten war die Idee von Preußens geschichtlichem Berufe etwas ganz Fremdes", und auch Männer wie Arndt und Fichte erkannten erst nach und nach, daß die deutsche Einheit zur Voraussetzung hatte einzig und allein einen machtvollen preußischen Staat. Des Sängers Losung aber war „Das ganze Deutschland soll es sein!" und „predigen und sprechen" will er vom Kaiser und vom Reich. Aber Hoffnung und Erfüllung — wie weit lagen sie voneinander!

Der Frühjahrsfeldzug Preußens und Rußlands. Wer da geglaubt hatte, einmütig würde sich das deutsche Volk gegen die napoleonische Gewaltherrschaft erheben, der sollte bitter enttäuscht werden. Welch unendlicher Jammer war in den Rheinbundstaaten durch die gewaltigen Verluste des russischen Feldzugs in fast alle Familien eingezogen! Von 16000 Würtembergern kehrten etwa

1200 zurück. Ja, von 2 sächsischen Regimentern sahen nur 6 Mann die Heimat wieder! Und jetzt, als Preußen die Erhebung in unvergleichlicher Weise begann, als Russen und Preußen in einer Proklamation vom 19. März an alle Deutschen des Rheinbundes jeden Fürsten, der sich nicht ihnen anschlösse, mit Verlust des Landes bedrohten, als ein Centralverwaltungsrat eingesetzt wurde für die im Kriege zu besetzenden deutschen Länder, als endlich am 25. März Kutusoff, der Oberbefehlshaber der verbündeten Heere, in einer Proklamation die Drohung vom 19. nachdrücklich wiederholte, da sagten sich von allen Rheinbundfürsten einzig und allein die Herzöge von Mecklenburg und Anhalt-Dessau von Napoleon los, die übrigen trugen ihre Ketten weiter! Gehorsam sandten sie die befohlenen Kontingente, aufs neue wurden die Deutschen zur Schlachtbank getrieben gegen Deutsche. Durch eines Würtembergers Kugel fiel am 26. August der Sachse Th. Körner, der sich mit anderen edlen Jünglingen dem Lützowschen Freikorps angeschlossen. Einige Aufstandsversuche in Norddeutschland schlugen fehl — jetzt war es eben zu spät. Preußen stand ganz allein da, drei Viertel der deutschen Nation ward noch von Napoleon beherrscht. So erklärt sich, daß ein bedeutender Einfluß von Anfang an den Russen eingeräumt werden mußte, die doch kein Herz für die deutsche Sache hatten. — Mit England, das im Kampfe gegen Napoleon endlich das Gleichgewicht wiederherstellen wollte, trat Preußen in ein Bundesverhältnis, das ihm Subsidien brachte. Schweden traf ebenfalls mit England Abmachungen. Österreich konnte demgegenüber nicht ungerüstet bleiben und zog in Böhmen ein Heer zusammen, um einer bewaffneten Vermittelung Nachdruck zu geben.

Napoleon, der den Krieg als General Bonaparte und nicht als Kaiser führen zu wollen erklärte, war den Verbündeten an Fußvolk überlegen, sonst aber befand sich sein Heer noch in sehr unfertigem Zustande. So erreichte er auch seine Absicht nicht, durch rasches Losschlagen der Diplomatie ihr Spiel zu verderben. Dagegen trug er beim ersten Zusammenstoß bei Lützen oder Groß-Görschen allerdings den Sieg davon, nicht zum wenigsten wegen der mangelhaften Führung des russischen Oberfeldherrn Wittgenstein. Der Rückzug der Verbündeten aber vollzog sich in schönster

Ordnung, und Napoleon mußte auch daraus ersehen, daß die Preußen seit 1806 andere geworden. Während Scharnhorst, seiner Wunde nicht achtend, nach Prag eilte, wo er nach einiger Zeit starb, ohne die Früchte seines großartigen Wirkens geschaut zu haben, besetzte Napoleon Sachsen und folgte den Verbündeten in die obere Lausitz. Sein Versuch, auch Österreich für sich zu gewinnen, schlug aber ebenso fehl wie der, durch Zugeständnisse an Alexander in Bezug auf Polen und die Kontinentalsperre Rußland von den Verbündeten zu trennen. Vielmehr übte nun der Zar einen Druck auf den Wiener Hof aus. Unterdessen war Napoleon auch in einer zweiten Schlacht bei Bautzen (nordöstlich von Dresden) siegreich gewesen, besonders wegen mangelhaften Eingreifens der Russen, hatte aber gewaltige Verluste erlitten. Die Verbündeten waren hinter Breslau zurückgegangen und konnten sich über die Fortsetzung des Kampfes nicht einigen. Die Russen verlangten 6 Wochen Ruhe in Schlesien oder Rückzug nach Polen, um sich hier zu stärken. Da nun eine Trennung der beiden Heere sehr bedenklich war, so entschloß sich Friedrich Wilhelm zu einem Waffenstillstande. Auch Napoleon, dem diese Verhältnisse beim Gegner nicht bekannt waren, ließ sich zu einem solchen herbei, besonders wegen der schweren Verluste, der Haltung Österreichs und der Stimmung in Frankreich. So kam es am 4. Juni zum Waffenstillstande von Poischwitz, den Napoleon später als den größten Fehler seines Lebens bezeichnet hat. Im preußischen Volke aber, das den Gang der Verhandlungen nicht kannte, griff die größte Bestürzung Platz, und die Begeisterung, die im Frühjahr die Herzen erhoben, schwand. „Die furchtbare Empfindung, daß man das Letzte von Kraft und Habe darangesetzt und ohne Erfolg, nahm in den Seelen überhand. Die Menschen gingen wortkarg, mit bleichen Gesichtern, umher."

Die Zeit des Waffenstillstandes. Auf Österreichs Haltung kam jetzt alles an. Zunächst wollte Kaiser Franz mit seinem ungerüsteten Heere zwar noch nicht am Kampfe teilnehmen, erklärte aber gleich, daß er an der bewaffneten Vermittelung festhalte und nie gegen die Verbündeten das Schwert ziehen werde. Am 27. Juni kam es zu einem geheimen Vertrage zwischen den 3 Mächten zu Reichenbach. Österreich versprach an Napoleon

den Krieg zu erklären, wenn er nicht bis zum 20. Juni darein willige, das Herzogtum Warschau aufzulösen, Preußen zu vergrößern, Österreich die illyrischen Provinzen wiederzugeben und den Hansastädten Unabhängigkeit zu gewähren. Napoleon versuchte demgegenüber Österreich für neutrale Haltung zu gewinnen und hatte deshalb mit Metternich die berühmte 9stündige Unterredung in Dresden, in der aber die entscheidende Wendung nicht eintrat. Denn Metternich, noch auf Ausgleich bedacht, schlug die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 10. August vor, damit auf einem Kongresse in Prag über den allgemeinen Frieden unterhandelt werden könnte. Napoleon war damit einverstanden, besonders weil er hoffte, Alexander für ein Abkommen gewinnen zu können; schlug dies fehl, so hatte er wenigstens Zeit für die sehr nötigen Rüstungen erlangt.

Der Kongreß zu Prag scheiterte namentlich unter dem Eindrucke der Siegesnachrichten aus Spanien. Österreich widerstand entschlossen den letzten Verführungsversuchen Napoleons und trat der Allianz bei. So waren denn die drei großen Festlandsmächte, deren Eifersucht allein die gewaltigen Erfolge Napoleons ermöglicht hatte, zum erstenmale gegen den Störer des Weltfriedens verbunden, um Europa von seinem drückenden Übergewichte zu befreien.

Der Krieg der großen Allianz 1813. Auf dem schlesischen Schlosse Trachenberg ward der Kriegsplan zwischen den drei Monarchen und Bernadotte, dem schwedischen Kronprinzen, verabredet. Drei Heere wurden aufgestellt: die Nordarmee unter Bernadotte (156 000 Mann), die schlesische unter Blücher (95 000 Mann), die Hauptarmee unter Schwarzenberg in Böhmen (230 000 Mann). Alle drei sollten nach Vereinigung in der sächsischen Ebene streben; würfe sich Napoleon auf einen Gegner, so hatte dieser sich zurückzuziehen, während die beiden anderen vorwärtsgingen.

Napoleon war trotz der gewaltigen Rüstungen Preußens doch den Verbündeten fast gewachsen. Denn er hatte jetzt Reiterei und Artillerie gehörig ergänzt; dagegen fehlte es ihm an Führern und an Geld. Zunächst gingen die Franzosen nach allen Seiten hin angriffsweise vor. Napoleon selbst beabsichtigte einen Hauptschlag gegen Blücher, wurde aber durch den unerwarteten Anmarsch der Hauptarmee auf Dresden abgelenkt. Am 26. und 27. August

errang er hier einen vollständigen Sieg, versäumte aber ihn gehörig auszunutzen. Sein Marschall Vandamme ward auf der Verfolgung bei dem Versuche, den Verbündeten den Rückzug nach Böhmen zu verlegen, von Kleist bei Kulm (nordöstlich von Teplitz) geschlagen. Am 26. August errang dagegen Blücher mit dem schlesischen Heere den glänzenden Sieg an der Katzbach über Macdonald, der allein gegen ihn vorgegangen war. Seit diesem fröhlichen Schlachttage hieß Blücher bei seinen Soldaten „der Marschall Vorwärts“ und ward bald immer mehr ihr Abgott. Sein keckes, stets furchtlos=freimütiges, oft recht derbes Wesen fand die trefflichste Ergänzung in der besonnenen Umsicht und liebenswürdigen Bescheidenheit seines hochgebildeten Generalstabschefs Gneisenau, der aber, anders als der Menschenkenner Blücher, nicht immer im besten Einvernehmen mit dem trotzigen York stand. Den Vorstoß Oudinots auf Berlin hatte Bülow, ohne sich durch den zweideutigen Bernadotte in seinem Vorgehen hemmen zu lassen, mit Truppen der Nordarmee schon am 23. August bei Großbeeren (südlich von Berlin) zurückgewiesen. Hier war es, wo ein preußischer Major einem sächsischen Bataillon zurief: „Schießt nicht, deutsche Brüder!“ Vergebens, die Sachsen gaben eine Salve und wurden nun bis auf den letzten Mann niedergemacht. Nach der Niederlage Oudinots zog sich auch Davout wieder nach dem grausam ausgesogenen Hamburg zurück, und dabei fiel im Gefecht bei Gadebusch Th. Körner. Als dann Ney einen zweiten Vorstoß gegen Berlin unternahm, brachte ihm Bülow in Gemeinschaft mit Tauenzien am 6. September bei Dennewitz (südlich von Jüterbogk) eine völlige Niederlage bei.

Immer mehr zogen sich die Verbündeten um Napoleon zusammen, in dessen Heere der entsetzlichste Mangel herrschte. Auch die Spannkraft des früher Unermüdlichen erlahmte jetzt. „Man erkennt Napoleon während dieses Feldzugs nicht wieder“, sagte Marmont. Die Entscheidung, die bei der gewaltigen Übermacht der Verbündeten — sie besaßen etwa 100 000 Mann mehr — kaum zweifelhaft sein konnte, fiel in der Leipziger Ebene. Die schlesische Armee war nach Yorks glänzendem Siege bei Wartenburg über die Elbe gegangen und hatte sich der Nordarmee genähert; über Dresden rückte das Hauptheer heran, und alle drei

Armeen wirkten nun nach und nach zusammen gegen Napoleon, der nicht früh genug alle seine Kräfte vereinigt und vergebens sich zwischen die heranrückenden Heere zu schieben versucht hatte. Er ward schließlich gezwungen, in ungünstiger Stellung den Entscheidungskampf anzunehmen. Nach dem Reitergefechte bei Liebertwolkwitz am 14. Oktober begann am 16. die große Völkerschlacht bei Leipzig. Im Süden, bei Wachau, errangen die Franzosen zwar Erfolge über die Hauptarmee, im Norden aber drängte Blücher bei Möckern Marmont zurück, und am ersten Tage schon entschieden die Waffen gegen Napoleon, der voreilig bereits die Siegesglocken hatte läuten lassen. Am folgenden Tage begann er, statt sofort den Rückzug anzutreten, nutzlose Unterhandlungen, und während derselben kamen die übrigen Abteilungen der verbündeten Heere unter Bernadotte und Bennigsen heran. Damit war ihre Übermacht völlig entschieden, Napoleons Gesuch um Waffenstillstand ward abgewiesen. Da er nun zu spät die Vorbereitungen zum Rückzug begonnen, so drangen am 18. Oktober die Verbündeten mit Erfolg vor. Ein glänzender Sieg ward ihnen allerdings nicht zu teil. Im Centrum, bei Probstheida, wo sie 150 Geschütze aufgefahren, behaupteten die Franzosen tapfer ihre Stellung, und die preußische Garde ward schwer mitgenommen; der linke Flügel aber ward nach der Stadt zurückgedrängt. Als Sachsen und Würtemberger größtenteils zu den Verbündeten übergegangen waren, ließ Napoleon Leipzig durch Rheinbundstruppen und Polen nur noch verteidigen, um der Hauptmacht den Rückzug nach dem Rheine zu decken. Weil die Elsterbrücke aber zu früh gesprengt ward, kamen noch 20 000 Mann in Gefangenschaft. So war Deutschland nach gewaltigen Kämpfen befreit und der Vorherrschaft Napoleons über Europa ein Ende gemacht.

Die Rheinbundstaaten sagten sich nun nach und nach alle von Napoleon los, nachdem Bayern und Würtemberg durch den Teplitzer Vertrag vom 9. September für diesen Fall die Souveränität und der Besitzstand zugesichert waren; die vertriebenen Fürsten kehrten zurück (der König von Sachsen ward als Gefangener nach Friedrichsfelde bei Berlin gebracht), und die noch von den Franzosen besetzten Festungen mußten sich ergeben. Sachsen ward unter die Centralverwaltung gestellt, deren Zweck, eine Einheit Deutschlands

herbeizuführen, durch die Teplitzer Bestimmungen aber von vornherein unmöglich gemacht war. Holland, von Bülow befreit, rief die Oranier zurück. Napoleon aber hatte bei Hanau den bayerischen General Wrede, der ihn aufzuhalten suchte, geschlagen, war nach Frankreich geeilt und begann nun neue Rüstungen.

Die Verbündeten machten aus noch nicht völlig aufgeklärten Gründen (Metternich war jedenfalls der Urheber) Friedensvorschläge. Napoleon solle die „natürlichen" Grenzen Frankreichs, Pyrenäen, Alpen, Rhein, als Grundlage für die auf einem allgemeinen Kongresse zu führenden Verhandlungen annehmen (Arndt aber wies damals nach, daß der Rhein „Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" sei). Napoleon jedoch antwortete aufschiebend, um Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen, und nun beschlossen die Verbündeten, besonders auf Betreiben Steins, Blüchers und Gneisenaus, sofort in Frankreich einzudringen, die Reorganisation der napoleonischen Armee zu hindern und so den Kaiser dem Frieden geneigter zu machen. In einem Aufrufe wiesen die Monarchen das französische Volk darauf hin, daß seine Interessen und die Napoleons ganz verschiedene seien.

Der Winterfeldzug der Verbündeten in Frankreich 1814. In der Neujahrsnacht 1814 überschritt Blücher mit seinem Heere bei Kaub (unterhalb Bingen) den Rhein und drang rasch nach Westen vor. Die Hauptarmee dagegen zog langsam durch die Schweiz dem Plateau von Langres zu — nochmals hatte die alte, methodische Kriegsführung, die mehr auf Besetzung wichtiger „Positionen" als auf Vernichtung des Gegners zielte, die Oberhand gewonnen. Und Metternich war das ganz recht. Seine Politik bezweckte „ein Ende machen und zwar mit Ehren, erreichen, was wünschenswert und nützlich ist, ohne es in Paris zu suchen, oder nach Paris gehen, wenn man es nicht erlangen kann". Napoleons Plan ging dahin, die getrennt marschierenden Gegner vor ihrer Vereinigung sobald als möglich zu schlagen, und in den nun folgenden Kämpfen zeigte er nochmals die Genialität, die Energie und das Feuer seiner unvergleichlichen Kriegskunst, so daß er seine Person nicht ganz mit Unrecht 100000 Mann gleich schätzte.

Napoleon wandte sich zunächst gegen Blücher und zwang ihn am 29. Januar durch die Schlacht bei Brienne nach Süden hin

auszuweichen. Jetzt sandte aber Schwarzenberg Unterstützung, so daß Blücher am 1. Februar den Angriff bei La Rothière wagte. Er trug einen glänzenden Sieg davon, konnte ihn aber leider nicht gehörig ausbeuten. Als nun die verbündeten Heere zum langsamen Weitermarsch nach Paris sich wieder trennten, faßte Blücher plötzlich den Plan, auf eigene Hand nach Nordwesten rasch vorauszueilen, um Macdonald von Napoleon abzuschneiden. So war aber seine Flanke ungedeckt, und dies benutzte Napoleon und brachte den 4 Korps Blüchers rasch nacheinander schwere Verluste bei. Unterdessen hatten sich im Hauptquartier die Verhältnisse vorübergehend sehr ungünstig gestaltet. In Chatillon waren Friedensunterhandlungen begonnen, kamen aber bald ins Stocken. Alexander dachte ganz Polen zu erwerben. Um nun Österreich am Eingreifen in die orientalischen Angelegenheiten zu hindern, wollte er es durch das Elsaß entschädigen: dann kam es aber in Gegensatz zu Frankreich. Und wer in Frankreich künftig herrschen solle, darüber sollte das französische Volk entscheiden. Alledem widerstrebte Österreich. Und diese Gegensätze wirkten natürlich auch auf den Gang der Operationen ein. Da war es Blücher, der durch sein entschlossenes, rasches Losgehen auf Paris einen Druck auf Schwarzenberg ausübte. Dieser nämlich sah das Heil nicht in der Schlacht, sondern in der „militärischen Attitude", schwebte beständig in Angst vor einem Volkskriege und dachte in erster Linie an Sicherung der Zufuhr. So konnte sogar die irrige Ansicht aufkommen, Kaiser Franz habe ihm den Rückzug an den Rhein befohlen, bloß um Blücher preiszugeben. Dieser aber zog vorwärts. Vergebens warf sich Napoleon auf ihn, er ward bei Laon (zwischen Oise und Aisne) geschlagen. Jetzt faßt er den Plan, dem Hauptheere in den Rücken zu fallen, in der irrigen Meinung, es befände sich auf dem Rückzuge. Er läßt die vermeintliche Nachhut angreifen, wird aber von der ganzen Hauptarmee bei Arcis sur Aube zurückgeworfen. Statt nun der bedrohten Hauptstadt zu Hülfe zu eilen, will er nach Osten ziehen, um die Feinde hinter sich herzulocken und den Volkskrieg zu entfachen. Die Verbündeten rückten aber ohne Zaudern weiter vor nach Paris. Den letzten Widerstand brach Blücher durch den Sieg bei La Fère Champenoise über Marmont und Mortier.

Am 30. März erstürmte er den Montmartre, und am 31. zogen die Verbündeten in Paris ein.

Der royalistisch gesinnte Adel wußte die Monarchen über die Stimmung des französischen Volks, dem die Bourbonen gleichgültig waren, zu täuschen. Napoleons Marschälle, die sich in ihrer Stellung sichern wollten, drangen in ihn, zu gunsten seines Sohnes abzudanken, und weigerten sich dem Befehle, an die Loire zu ziehen, zu folgen. Napoleon mußte sich fügen*). Die Verbündeten wiesen ihm die Insel Elba an als souveränen Besitz mit 2 Millionen Frank Einkommen und 400 Mann als Schutzwache, und als der französische Senat Ludwig XVIII., den jüngeren Bruder des enthaupteten Ludwig XVI., auf den Thron berufen, schlossen die Mächte mit diesem den ersten Pariser Frieden, durch den Frankreich auf die Grenzen von 1792 beschränkt ward. (Es hatte so 140 □Meilen mehr als im Jahre 1789.) Von jeder Kriegskontribution blieb es frei, selbst die geraubten Kunstschätze wurden ihm größtenteils gelassen.

Napoleons Wiedererhebung und Fall. Die Bourbonen waren durch die ungeheuren Umwälzungen Frankreich immer fremder geworden, so fremd, „als ob sie nie regiert hätten". Und Ludwig XVIII. that nichts, um sich beim Volke beliebter zu machen, verfeindete sich aber durch unkluge Maßregeln das Heer völlig. So konnte es Napoleon wagen, am 1. März 1815 nach Frankreich zurückzukehren, um so mehr, da ihm bekannt war, daß auf dem zur Neuordnung der europäischen Verhältnisse berufenen Wiener Kongresse die schwersten Gegensätze zwischen den Großmächten sich gebildet hatten. Auf ihre Zwietracht rechnete er, wußte aber doch recht gut, daß sie unmöglich seine abermalige Thronbesteigung ruhig dulden konnten. Darum war es ein Frevel, wenn er „Frieden und Freiheit" den Franzosen verhieß. Sie sollten bald inne werden, daß nicht ein französischer Herrscher, sondern ein heimatloser Abenteurer das Land in einen neuen, entsetzlichen Krieg trieb und daß der Kaiser Napoleon nicht König

*) Daß er in der Nacht vom 12. zum 13. April Gift genommen, ist äußerst unwahrscheinlich. Vielleicht hatte ihn ein Magenkrampf befallen — das Krebsleiden kündigte sich schon früh an —, und er nahm etwas Opium, das er seit mehreren Jahren stets bei sich trug.

von Frankreich werden konnte und wollte. Die 4 Großmächte verpflichteten sich sofort, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis Bonaparte beseitigt sei. Da schlug die Stimmung des Volks völlig zu ungunsten Napoleons um, und schon das entschied seinen Sturz. Auch von seinen alten Soldaten folgte ihm nicht ein Viertel soviel, als er gehofft. Alles dies lähmte nun auch seine sonst so ungemein große Thatkraft und Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang.

Die preußischen und englischen Truppen — jene unter Blücher, diese unter Wellington — waren am schnellsten bereit, und ihre Führer dachten sofort die Offensive von Belgien aus zu ergreifen, um Napoleon zu weiteren Rüstungen keine Zeit zu lassen. Gegen diesen Plan aber erklärten sich Rußland und Österreich, und so war es denn Napoleon möglich gemacht, seinerseits zum Angriff vorzugehen. Ehe sich Blücher und Wellington hatten vereinen können, warf er sich ihnen rasch entgegen und glaubte durch Besetzung Charlerois sie schon getrennt zu haben. Allerdings war ihr Zusammenwirken am 16. Juni nicht möglich, und Napoleon konnte Blücher bei Ligny (westnordwestlich von Namur) schlagen; der greise Feldherr selbst stürzte mit dem Pferde, Gneisenau gab die Weisungen für den Rückzug nach Norden. Aber weiter nördlich schlug Wellington den Angriff des Marschalls Ney bei Quatrebras (südlich von Brüssel) glücklich ab; hier fiel der tapfere Herzog von Braunschweig. Nun glaubte Napoleon, nach einem Ruhetage gegen die Engländer allein einen entscheidenden Schlag führen zu können; daß die zersprengten Preußen bei so grundlosen Wegen zu Hülfe kommen könnten, war seiner Ansicht nach ausgeschlossen. Blücher aber hatte Wellington am 17. zugesagt, er werde am folgenden Tage mit allen Kräften ihn unterstützen, falls Napoleon angriffe. Und er hielt sein Wort. Den mit verzweifelter Tapferkeit unternommenen Angriffen der Franzosen, namentlich der Garden, hielten die Engländer am 18. Juni bei Belle-Alliance solange stand, bis die Preußen von Osten her einbrachen. Da begannen die Franzosen sich in wilder Flucht aufzulösen. Was sonst sehr selten nach großen Schlachttagen möglich ist, eine Verfolgung „bis zum letzten Hauch von Mann und Roß“, hier konnte es in wirksamster Weise eintreten. So war die Schlacht

bei Belle-Alliance die bedeutungsvollste in der Geschichte nach Gneisenaus Ausspruch, „ebensowohl durch die Wirkung auf dem Schlachtfelde selbst, als durch ihre moralische Wirkung".

Der Herrschaft Napoleons ward nach „hundert Tagen" ein Ende gemacht. Nach Paris zurückgekehrt mußte er der Regierung wieder entsagen. Bei Annäherung der Verbündeten entfloh er nach Rochefort und lieferte sich, nach vergeblichem Versuche nach Amerika zu entkommen, den Engländern aus. Diese brachten ihn, dem Beschlusse der Verbündeten gemäß, als Europas Gefangenen nach St. Helena, und hier starb er 1821. Unzweifelhaft gehört er zu den bedeutendsten Männern der Geschichte, muß aber ebenso sehr die Bewunderung wie den Abscheu erwecken, ebenso begeistern wie abschrecken, letzteres besonders deshalb, weil er überall nur sich selbst zum Zweck hat und weil ihm jedes Verständnis für sittliche Größe abgeht.

Im zweiten Pariser Frieden wurde Frankreich auf die Grenzen von 1790 beschränkt (es behielt also das Elsaß), mußte 700 Millionen Frank Kriegsentschädigung zahlen, 3—4 Jahre lang 150000 Mann des Bundesheeres in den Ostprovinzen aufnehmen und die geraubten Kunstschätze herausgeben.

Die Neuordnung der deutschen Verhältnisse auf dem Wiener Kongreß. Nach dem ersten Pariser Frieden waren die Fürsten und Staatsmänner Europas in Wien zusammengekommen, um die künftige Gestaltung der Verhältnisse Europas zu beraten. Wie Spreu hatte Napoleon die Staaten durcheinandergeworfen — welche Schwierigkeiten bot also eine Neuordnung dar! Ursprünglich wollten die 4 Großmächte England, Rußland, Preußen und Österreich allein die Grundbestimmungen im Sinne des Gleichgewichts treffen. Da setzte der verschlagene Talleyrand durch, daß auch die anderen Mächte hinzugezogen würden, und das ward für die deutsche Frage sehr verhängnisvoll. Metternich war von Anfang an gegen jede einheitliche Reichsgewalt und besonders gegen eine führende Stellung Preußens in Deutschland. Das zeigten schon die Bestimmungen des Vertrags von Teplitz (s. S. 444), ohne die, so behauptete er, der Anschluß der Rheinbundstaaten nicht zu erreichen gewesen sei. Hardenberg aber hatte die durch den Vertrag gewährleistete Unabhängigkeit nur bezogen auf das na-

poleonische Protektorat und setzte darum, als er Metternichs Absichten erkannte, im Anschlußvertrage mit Baden die Klausel hinzu, „soweit nicht das Interesse Deutschlands eine Beschränkung der Unabhängigkeit erfordert“. Aber gerade dem deutschen Interesse ward von den verschiedensten Seiten entgegengewirkt.

Nachdem im ersten Pariser Frieden bestimmt war, die deutschen Staaten sollten unabhängig sein und durch ein „föderatives Band“ vereint werden, arbeiteten auf dem Wiener Kongreß Talleyrand und Metternich darauf hin, dies Band möglichst schwach zu gestalten, und die verschiedensten Umstände kamen ihnen dabei zu statten. Der alte Gegensatz zwischen den beiden deutschen Großmächten, Österreich und Preußen, trat in seiner ganzen Schärfe hervor; die Mittel- und Kleinstaaten waren auf ihre Selbständigkeit und Sonderstellung eifersüchtig; die fremden Mächte wollten kein starkes, einheitliches Deutschland in der Mitte Europas dulden (es darf hier nach Metternichs Ansicht keine „Leere“, sondern nur „Fülle“ herrschen); endlich zeigte sich große Unklarheit in Deutschland selbst über die Frage, wie, unter wessen Leitung, in welchem Umfange Deutschland neu zu ordnen sei. So eröffneten sich für eine den Hoffnungen der Patrioten entsprechende Lösung der deutschen Frage sehr ungünstige Aussichten. Dazu kam, daß die Verhandlungen über die Gebietsveränderungen die Einheitsfrage länger zurückdrängten.

An eine Herstellung des alten Kaisertums nun, die von den Mediatisierten und vom Papste gewünscht ward, konnte im Ernst gar nicht gedacht werden. Die Zeiten des heiligen, römischen Reichs deutscher Nation waren seit der großen Revolution für immer dahin. Es wünschten aber viele deutsche Fürsten und Städte, es solle ein Bund der deutschen Staaten mit einem Kaiser an der Spitze geschaffen werden. Die beiden Großmächte jedoch stellten sich diesem Verlangen von Anfang an entgegen. Stein, der nur als Mitglied der Centralkommission am Kongreß teilnahm, hatte den Gedanken, 2 deutsche Bundesstaaten zu errichten, den südlichen mit Österreich, den nördlichen mit Preußen an der Spitze, und eine Vertretung der Nation durch Abgeordnete ständischer Kollegien einzuführen. Manches in seinen Plänen mutet uns jetzt phantastisch an, und völlig klar ist er sich namentlich nicht geworden über die

Bedeutung Preußens für die Neugestaltung Deutschlands. Die preußischen Staatsmänner ihrerseits machten schon im September 1814 den Vorschlag, ein deutsches Reich, in 7 Kreise geteilt, zu errichten unter einem von Österreich und Preußen gemeinsam geführten Direktorium; die eigentliche Regierung soll von 5 Kreisobersten geleitet werden, von den beiden Großmächten und von Bayern, Würtemberg und Hannover; diese 5 bilden das Oberhaus, die übrigen Fürsten und Abgeordneten der Einzelstaaten das Unterhaus; ein starkes Reichsregiment und weite Volksrechte sollen gesichert sein. Von letzteren aber wollte Österreich nichts wissen, verlangte auch das Direktorium allein. Nachdem dann lange Zeit die Entschädigungen im Vordergrunde der Verhandlungen gestanden und die Gegensätze verschärft hatten, stellte Preußen Februar 1815 neue Anträge, die wiederholt umgearbeitet wurden. Aber namentlich die süddeutschen Staaten widerstrebten ihnen, und das benutzte Metternich, um seinerseits einen Entwurf vorzulegen, an dem dann die Mittelstaaten noch allerlei verbessernde oder verwässernde Änderungen vornahmen. Dann wurde rasch in 10 Sitzungen die ganze Sache erledigt und die deutsche Bundesakte angenommen; Baden und Würtemberg traten allerdings erst später bei, da sie die Notwendigkeit eines Bundes bestritten. Die allgemeinen Bestimmungen der Bundesakte wurden in die Kongreßakte eingefügt, also unter die Bürgschaft der Kongreßmächte gestellt, die so einen Vorwand erhielten, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen. Deutschland blieb unter europäischer Vormundschaft.

Der Deutsche Bund setzte sich aus 39 Bundesstaaten zusammen, unter ihnen die beiden Großmächte Österreich und Preußen, die aber nicht mit ihrem ganzen Gebiete zum Bunde gehörten; von Österreich fehlte das transleithanische, von Preußen die Provinzen Posen und Preußen. Von auswärtigen Mächten dagegen waren Mitglieder des Deutschen Bundes England für Hannover, Dänemark für Holstein und Lauenburg, die Niederlande für Luxemburg und Limburg. Organ der Bundesgewalt war der Bundestag, die permanente Versammlung der Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. Den Vorsitz führte Österreich, das auch die Geschäftsleitung und Vertretung des Bundes nach außen hatte. Eine wirkliche Centralgewalt fehlte völlig. Deutschland blieb ein

lockerer Staatenbund, und die Bundesakte enthielt nur die Grundzüge eines unausgeführten Bundesrechts. Sogar das alte, verderbliche „Recht der Bündnisse aller Art“ ward den Bundesmitgliedern gewährleistet. „Niemals ist einem großen, mit frischen Siegeslorbeeren geschmückten Volke eine kümmerlichere Unverfassung auferlegt worden.“

Eine zweite und für die meisten viel wichtigere Aufgabe war die Neuordnung der Besitzverhältnisse, die eine Zeitlang die deutsche Frage ganz in den Hintergrund drängte und fast zum Kriege geführt hätte. Es handelte sich vor allem um Preußen, das durch seine gewaltigen Rüstungen den Hauptanteil an der Befreiung Deutschlands hatte. Daß es jetzt für solche Opfer entsprechend entschädigt würde, war eine Forderung der Billigkeit, und so hatte schon in Paris Hardenberg auf Sachsen hingewiesen als auf ein kriegsrechtlich erobertes Land, das bis zuletzt auf Seite des Feindes gestanden. Kam dann noch ein Teil des früheren polnischen Gebiets dazu, so war ein einheitlicher, kräftiger Staat auf natürlicher Grundlage geschaffen. Talleyrand und Metternich wollten aber gerade im Gegenteil Preußens Besitz in Deutschland möglichst beschränken und ihm recht viel fremdes Gebiet anhängen. Dem standen dann wieder Alexanders Pläne in Bezug auf Herstellung Polens im Wege: er trat ganz entschieden für den Anfall Sachsens an Preußen ein, während England und Österreich diesen bald ebenso bedenklich fanden wie das Vordringen der russischen Macht nach Westen. Kaiser Franz dachte daher an Teilung Sachsens, und als ihm entgegengehalten wurde, die Stimmung in Sachsen bliebe dadurch erbittert, meinte er: „Dann kommen die beiden Teile um so eher wieder zusammen“. Hardenberg hatte sich anfangs auch gegen die Wiederherstellung Polens ausgesprochen und in solchem Sinne mit Österreich und England verhandelt. Das verbot ihm aber der König; er verlangte unbedingten Anschluß an Rußland und vergrößerte dadurch die Spannung in bedenklichster Weise. Rußland und Preußen sahen die drei anderen Großmächte zum Widerstande entschlossen. Da gab Alexander nach, und auf Metternichs Vorschlag erhielt Preußen den nördlichen Teil Sachsens, den Rest Pommerns, Posen und den größten Teil des jetzigen Westfalens und der Rheinprovinz — 600 □ Meilen weniger.

als es 1805 besessen. Das Gebiet war verzettelt, in 2 Hälften zerrissen bei äußerst ungünstigen Grenzen, und das protestantische Land erhielt fast ein Drittel katholischer Einwohner. Gegen solchen Dank für solche Opfer erhob sich der heftigste Widerspruch. Aber Preußen stand allein und mußte schließlich nachgeben. Die alten Feinde des Staats hatten wieder die Oberhand gewonnen, Willkür hatte über Recht und Billigkeit gesiegt.

Das gilt auch zum Teil von den anderen Gebietsveränderungen. Österreich wußte sich trefflich abzurunden durch das lombardisch-venetianische Königreich (d. h. Oberitalien bis zum Po und Tessin), Illyrien und Dalmatien, Tirol, Salzburg und Galizien. Der Staat ward so immer mehr undeutsch und verlegte seinen Schwerpunkt in das Donaugebiet. Belgien ward von Österreich an Holland abgetreten, und beide Länder bildeten das Königreich der vereinigten Niederlande unter dem Oranier Wilhelm. Hannover, durch Ostfriesland und Hildesheim vergrößert, ward zu einem Königreiche erhoben und an England zurückgegeben. Bayern behielt Ansbach und Bayreuth und bekam Würzburg, Aschaffenburg und die Rheinpfalz. Die beiden Mecklenburg, Weimar und Oldenburg wurden zu Großherzogtümern erhoben, Frankfurt a. M. und die 3 Hansastädte als freie Reichsstädte belassen. England bekam von Dänemark die deutsche Insel Helgoland, während Schweden durch Norwegen für Neu-Vorpommern entschädigt ward; aus Deutschland schied es aus.

Somit war das durch den Reichsdeputationshauptschluß (s. S. 374 f.) begonnene Werk weiter geführt: die Reichsunmittelbaren und geistlichen Stifter blieben beseitigt (jene mit einzelnen Ausnahmen), nur „gesunde Luft weltlichen Staatslebens“ wehte fortan. Wenn die deutsche Einheit, heiß von manchen ersehnt, noch kein Leben gewonnen hatte, so war ihr doch mittelbar durch Verringerung der Zahl der Reichsstände von 266 auf 39 gerade so vorgearbeitet wie durch die Erweckung der Volkskraft und die schließlich erreichte Waffenbrüderschaft im Befreiungskriege. So ward die napoleonische Zeit trotz, zum Teil aber gerade wegen vieler Trübsal ein Segen für Deutschland. Die Erkenntnis hatte allen sich aufdrängen müssen, daß nur unter einheitlicher, starker Leitung das Vaterland Macht und Größe wiedererlangen konnte.

Kap. 15. Stille Jahre (1815—1840).

Rückblick und Ausblick. Umbildung des staatlichen Lebens durch neue politische, nationale und soziale Forderungen und Parteien. Wird die Zeit nach 1815 als die neueste bezeichnet, so begründet man dies damit, daß im Leben der Völker seit jenem Jahre nach verschiedenen Richtungen hin eine Umgestaltung eingetreten sei. Dabei ist allerdings hervorzuheben, daß erst allmählich eine solche erfolgte und daß die Keime zu ihr bereits der früheren Periode angehören. Dies gilt zunächst von den staatlichen Verhältnissen. — Durch die französische Revolution waren die Grundsätze der Gleichheit aller vor dem Gesetze, der Beteiligung des Volks am öffentlichen Leben, die Umwandlung des Unterthanenverhältnisses in Staatsbürgertum zu allgemeiner Geltung gelangt. Besonders die Forderung, daß ein Staatsgrundgesetz vereinbart, dem Volke Anteil an der Gesetzgebung, dem obersten Hoheitsrechte, gewährt und damit die Finanzverhältnisse offengelegt würden, ward bald in allen monarchischen Staaten immer dringender erhoben. Durch eine Konstitution (Verfassung) sollte die Freiheit im Innern gewährleistet werden. Diesem konstitutionellen Prinzip trat dann zur Seite der Nationalitätsgedanke.

Die gewaltigen Ereignisse der Revolution hatten das Selbstgefühl des Volks mächtig gesteigert und den Massen ein Bewußtsein ihrer Geltung verschafft wie nie zuvor. Nur weil er das Verlangen der französischen Nation nach Macht, Ruhm und Ausdehnung der Herrschaft so glänzend befriedigt hatte, konnte Bonaparte, als Hauptvertreter der weltbürgerlichen Revolutionsbestrebungen, ein umfassendes Reich begründen und an die Durchführung von Weltherrschaftsplänen denken, die alle Schranken zwischen den Staaten beseitigt hätte. Dabei aber trat er schließlich die Rechte der Nationen mit Füßen: nur Bevölkerungen kannte er und besaß nicht das mindeste Verständnis für die geschichtlich gewordene Eigenart der Nation (als schädliche Borniertheit bezeichnete er nationales Bewußtsein) wie überhaupt nicht für die Gewalt sittlicher Ideen. Deshalb fand sein internationales Weltreich schließlich den heftigsten Widerstand nicht seitens der Regierungen — diese

dachten vielmehr nur an Gebietsabrundung und Gleichgewichtssystem und zögerten und zauderten immer —, sondern bei den mit Knechtschaft bedrohten Völkern, die von ihm zwar besiegt, aber nicht unterworfen werden konnten. Spanien lieferte zuerst den Beweis, daß ein Volk bereit ist, alles einzusetzen, um den Druck fremder Willkürherrschaft abzuwerfen. Dies Beispiel eines Nationalkriegs wirkte auf Österreich und Deutschland. Selbst Friedrich Wilhelm III. hatte 1806 verkündet: „Vor allen Verträgen haben die Nationen ihre Rechte“. An der nationalen Leidenschaft der Russen, die durch religiösen Fanatismus gesteigert ward, fand zuerst die zügellose Eroberungsgier eine Schranke. Das Gefühl gemeinsamer Gefahr einte schließlich alle Völker zu einem Kampfe, von dem Körner sang: „Es ist kein Krieg, um den die Kronen wissen“ und der die von Arndt 1807 an die Fürsten gerichtete Mahnung bestätigte: „Ihr seid alles durch das Volk und ohne das Volk nichts“. Die Regierungen wurden von der volkstümlichen Strömung in den Befreiungskampf hineingetragen, und der Widerstand der Nationen machte dem internationalen Weltreiche Napoleons ein Ende.

Nach dem ruhm-, aber auch opfervoll geführten Befreiungskriege äußerte sich nun das mächtig angeregte Nationalbewußtsein durch die immer wieder erhobene Forderung, daß der Freiheit im Innern auch die Einheit der Nation nach außen entsprechen, daß die staatlichen Grenzen mit den nationalen möglichst in Einklang stehen müssen, daß kein Volk Unterthan eines andern sein darf. Dies Nationalitätsprinzip ist neben dem konstitutionellen die treibende Kraft auch in der Geschichte des deutschen Volks seit 1815. Nach Überwindung schwerer Hemmnisse hat das Leben der Deutschen durch Erfüllung dieser beiden Forderungen eine neue Gestalt gewonnen.

Die Parteien nun, die diese Forderungen durchzuführen trachten, heißen Liberale (nach einer in Spanien zuerst aufgekommenen Bezeichnung) oder Nationale, je nachdem eine der beiden Ideen besonders betont wird. Jeder vorschreitenden Bewegung aber tritt eine hemmende entgegen, eine Reaktion, und bei ihr sind zu scheiden Klerikale, die der Kirche wieder eine größere Machtstellung verschaffen, und Feudale, die dem Adel die früheren Vorrechte bewahren wollen. Eine vermittelnde Stellung zwischen diesen beiden

sich schroff gegenüberstehenden Parteirichtungen nehmen die Konservativen ein: sie wünschen das Bestehende zu erhalten oder doch nur allmählich umzubilden.

Mit den politischen und nationalen Bestrebungen verbinden sich nun seit der französischen Revolution stets auch gesellschaftliche oder soziale. Die soziale Frage an und für sich geht in die ältesten Zeiten des Menschengeschlechts zurück. Seitdem es überhaupt eine größere staatliche Gemeinschaft unter den Menschen giebt, besteht ein Gegensatz zwischen Arm und Reich und strebt der Arme danach, seine Lage zu verbessern. Im Altertum trägt dieser Gegensatz nur insofern einen anderen Charakter, als die Arbeit nicht von Freien, sondern von Sklaven verrichtet wird, die ursprünglich Kriegsgefangene waren und dann, ohne staatliche Rechte zu erlangen, zur Besorgung der Arbeiten und zur Bebauung des Landes benutzt wurden. Von einem Arbeiterstande kann also in den früheren Zeiten noch nicht die Rede sein, die Zahl der politisch berechtigten Bürger war gering im Vergleich zur Gegenwart, die wirtschaftlichen Klassenkämpfe der Nichtbesitzenden gegen die Besitzenden umfaßten also ungleich kleinere Kreise als in der Neuzeit, wo sich mit der rasch anwachsenden industriellen Thätigkeit, mit der stets zunehmenden Fabrikarbeit, die den Arbeitgebern oft große Reichtümer einbrachte, ein vierter Stand, der der besitzlosen Arbeiter (Proletarier) bildet, der mit seiner Lage immer unzufriedener wird. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich verschärft sich. Wie der Gewinn der Fabrikherren, so wächst auf der anderen Seite auch Not und Elend der Arbeiter. Deshalb wird von den Sozialisten gefordert Beseitigung aller Ständeunterschiede, Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, Regelung der Produktion durch den Staat, der alle Arbeitsmittel besitzt und jedem den gleichen Anteil an den erzeugten Gütern verschafft. Die Kommunisten gehen noch weiter und verlangen Abschaffung des Privateigentums und volle Gütergemeinschaft: die gesamte Wirtschaft soll eine gemeinsame sein, auch der private Haushalt darf nicht fortbestehen. — Mit diesen auf wirtschaftliche Verhältnisse bezüglichen Forderungen verbinden sich dann auch bald politische und zwar demokratische Bestrebungen. Die Fürstengewalt soll abgeschafft und in die Hände der Vertreter der Gesamtheit der Staatsbürger ge-

bracht werden. In einem solchen demokratischen Staate nun die Herrschaft zu erlangen für die Klasse der Lohnarbeiter, damit jene sozialistischen Forderungen erfüllt werden können, das ist das Ziel der Sozialdemokraten, die bald teilweise auch dem Anarchismus huldigten, der auf den gewaltsamen, vollständigen Umsturz der bestehenden Staats-, Rechts- und Gesellschaftsverhältnisse ausgeht.

Ausgebildet, verschärft und so für die bisherige Staats- und Gesellschaftsordnung bedrohlich ward diese ganz soziale Frage aber erst mit der immer allgemeiner werdenden Anwendung wichtiger Erfindungen.

Erfindungen der neuesten Zeit. Unter den Wissenschaften stehen seit dem 16. Jahrhundert nacheinander im Vordergrunde klassische Philologie, Theologie, Philosophie, Geschichte, endlich Naturwissenschaft. Letztere erfährt dann immer mehr einen gewaltigen Aufschwung und führt ein zweites Zeitalter der Erfindungen und damit eine völlige Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens aller Kulturvölker der Erde herbei. Es handelt sich besonders um die Verwertung der Dampfkraft und der Elektrizität.

Nachdem die Dampfmaschine Ende des 18. Jahrhunderts durch den Schotten Watt (gest. 1819) für Spinnerei und Weberei nutzbar gemacht war, verwertete ein Amerikaner Fulton 1807 die Dampfkraft zuerst für Schiffahrt auf dem Hudson, und 1818 trugen Rhein und Elbe die ersten Dampfschiffe. Ward so der Verkehr zu Wasser nach und nach umgestaltet, so schlug auch der zu Lande neue Bahnen ein durch die Erfindung der Lokomotive. Holzschienen waren in den Harzbergwerken, namentlich zu Klausthal, schon im 17. Jahrhundert gebräuchlich. In Newcastle wurden zuerst Schienen aus Eisen, und zwar seit Anfang des 19. Jahrhunderts aus Schmiedeeisen, hergestellt. So hatte man die Eisenbahn, aber der Betrieb ward ohne Maschine geführt; man spannte vielmehr Pferde vor und beförderte anfangs nur Lasten. (In Deutschland ward zuerst 1835 eine solche Pferdebahn für Personenverkehr zwischen Nürnberg und Fürth eingerichtet.) Da erfand 1814 der Engländer Stephenson (gest. 1848) die Lokomotive, die Dampfeisenbahn beförderte sofort auch Personen (1830 ward die erste größere Linie zwischen Liverpool und Manchester angelegt), der Austausch der

Güter und die Personenbeförderung wurden bald unendlich beschleunigt und vervielfacht, und damit erfuhr das Völkerleben überhaupt eine gewaltige Umgestaltung.

Nicht minder geschah dies durch die Verwertung der Elektrizität. Schon 1809 ward der elektrische Telegraph durch den Deutschen Sömmering erfunden. Nachdem dann 1819 der Elektro-Magnetismus entdeckt war, wendeten ihn Gauß und Weber in Göttingen 1833 zuerst praktisch an und stellten den elektromagnetischen Telegraphen her. 1850 ward zwischen Dover und Frankreich das erste Kabel (ein unterseeischer Telegraph) gelegt, und bald durchzog es auch den Ozean (zuerst 1866). — War so der Weltverkehr immer mehr umgestaltet, so hat das elektrische Licht auch auf das tägliche Leben Einfluß geübt. In der jüngsten Zeit ist dann der Elektrizität ein ganz neues Gebiet eröffnet in der Telephonie sowie in der Verwendung zur Erzeugung treibender Kräfte.

Zu diesen beiden großen Erfindungen kommen dann bedeutende Fortschritte in der Chemie und eine Anzahl kleinerer Erfindungen, wie der Schnellpressendruck und die Photographie. So ist denn die Erforschung der Kräfte in der Natur, die Verwertung derselben in Technik und Industrie, ermöglicht durch einen gewaltig gesteigerten Verkehr, der in Wahrheit ein Weltverkehr heißen kann, das besonders hervortretende Zeichen der „neuesten" Zeit geworden. — Die Durchführung der neuen politischen Forderungen einer- und der materiellen und technischen Fortschritte anderseits war nun in Deutschland eine sehr verschiedene.

Hemmnisse der nationalen und liberalen Bestrebungen im allgemeinen bis zur Julirevolution. Volksmäßig und dadurch siegreich war der Befreiungskrieg gewesen; in den nun folgenden Friedenszeiten aber ward, trotz der anfangs bei Fürsten und Völkern herrschenden hoffnungsreichen Stimmung, dennoch nicht „der Volksgeist gefragt und in Ehren gehalten". Daß dies nicht geschah, daß die Hoffnungen auf ein einiges, freies Deutschland und auf Teilnahme des Volks am öffentlichen Leben so schmählich getäuscht wurden, lag besonders an den Verhältnissen im Deutschen Bunde. Zwei von jeher aufeinander eifersüchtige Großmächte standen an der Spitze, und die größten Verschiedenheiten walteten zwischen ihnen

ob. Dem katholischen, internationalen Österreich, dessen Schwerpunkt durchaus außerhalb Deutschlands lag, das keine Freiheit im Innern gewährte, keine allgemeine Wehrpflicht eingeführt hatte, stand gegenüber das paritätische, nationale Preußen mit seiner städtischen Selbstverwaltung und Gewerbefreiheit und der allgemeinen Wehrpflicht. Die alte, habsburgische Großmacht nun suchte den im Gegensatz zu ihr emporgekommenen Staat der Hohenzollern, in welchem das Streben nach Begründung der deutschen Einheit mit freiheitlichen Ordnungen erwacht war, auf jede Weise zu unterdrücken, um ihr eigenes Ansehen in Europa zu erhalten und zu erhöhen. Der Leiter der österreichischen Politik, Fürst Metternich, ohne jedes Verständnis für ideale Regungen, für Freiheits- und Einheitssehnsucht eines Volks, ohne jeden schöpferischen Gedanken, wußte zunächst die Verhältnisse am Bundestage zur Durchführung jener österreichischeu Bestrebungen zu benutzen.

In der Bundesakte war festgesetzt, daß alle wichtigeren Gegenstände nur durch einstimmigen Beschluß aller Staaten entschieden werden könnten. Die Stimmenverteilung aber war so geordnet, daß die Kleinstaaten im Verein mit den Großherzogtümern die Königreiche samt Österreich überstimmen konnten. Das deutsche Volk war überhaupt nicht vertreten am Bunde, die Bundesakte erwähnte es gar nicht. Solche Unverfassung nun ermöglichte die Reaktionspolitik Metternichs. Er wußte durch geschickte Behandlung die einzelnen Staaten nach und nach von Österreich, das den Vorsitz und die Leitung hatte, abhängig zu machen; und da seine Politik in erster Linie eine europäische war, daneben auf Erhaltung des Bestehenden ausging, so ward der Deutsche Bund bald nur Ausdruck für die Ohnmacht Deutschlands. Eine einheitliche, kräftige Obergewalt fehlte völlig. Eine Kriegsverfassung war alles, was dem Bundestage an nationalen Schöpfungen gelang, und zwar nur, weil Preußen die Sache mit großem Nachdruck betrieben hatte. Auf dem Papier nahm sie sich auch ganz glänzend aus: das Bundesheer sollte 10 Armeekorps umfassen. Aber da die Einrichtung der Kontingente den Einzelstaaten überlassen ward, so blieb das Ganze ohne Bedeutung.

Ein anderes Hülfsmittel zur Durchführung seiner Pläne fand Metternich in der Heiligen Allianz. Noch in Paris hatten

sich die drei östlichen Großmächte miteinander verbunden, um in der inneren und äußeren Politik die christlichen Grundsätze der Gerechtigkeit, der Milde und des Friedens zur Geltung zu bringen. Allmählich traten alle christlichen Staaten außer dem Papste und England bei. Die Heilige Allianz, ein Ausfluß der religiösen Schwärmerei Alexanders, die Metternich verlachte und nur für seine sehr wenig heiligen Absichten ausbeutete, bestimmte bald die ganze kontinentale Politik. Sie sollte nach Metternichs Absicht Frankreich das Gegengewicht halten, Österreichs Vorherrschaft sichern, besonders aber als Mittel dienen zur Vereitelung aller unter dem Druck der Fremdherrschaft gefaßten und durch den Befreiungskrieg zu herrlicher Entfaltung gebrachten Pläne und Hoffnungen auf ein einheitliches deutsches Reich, frei im Innern, stark nach außen.

Nach Beendigung des Kampfes trat zwar bald bei sehr vielen Gleichgültigkeit gegen die öffentlichen Angelegenheiten ein. Man suchte zunächst die zerrütteten Privatverhältnisse wieder zu ordnen; auch aus Mißmut über den Gang der Dinge zogen sich viele Gebildete zurück. Kleinere Kreise aber hielten an jenen Hoffnungen fest, vor allem die akademische Jugend. Auf die Universitäten zurückgekehrt versuchten viele Jünglinge das studentische Leben nach Beseitigung der landsmannschaftlichen Verbindungen edler zu gestalten auf Grund der christlichen, sittlichen nnd vaterländischen Pflichten. Dies Streben führte zur Gründung der deutschen Burschenschaft. Mit großer Begeisterung ward von Einheit, Recht und Freiheit, von der Herrlichkeit des mittelalterlichen deutschen Reichs geschwärmt, dessen Farben man in Schwarz-Rot-Gold gefunden zu haben glaubte. Dabei mischten sich ganz moderne republikanische Ideen ein, ohne daß man an deren Verwirklichung dachte. Das Wartburgfest am 18. Oktober 1817 machte die Regierungen zuerst mißtrauisch. In schwärmerischem Übermut waren einzelne freiheitsfeindliche Schriften sowie ein Zopf, ein Korporalstock u. ä. in die Flammen geworfen. Irgendwelche revolutionäre Stimmung aber hatte sich nicht gezeigt. Es war ein lärmendes, aber ungefährliches Gebaren. Auch die Jugend auf den in immer größerer Anzahl errichteten Turnplätzen stimmte ein. Da bot die That eines überspannten Jünglings, der ganz auf eigene Hand vorgegangen war, den Vorwand zu den schärfsten Maßregeln nicht nur gegen die Universitäten,

sondern gegen die freiheitlichen Bestrebungen überhaupt. Der Student Sand ermordete 1819 den russischen Staatsrat Kotzebue, weil er freiheitsfeindliche Berichte nach Rußland eingesandt und ein scharfes Einschreiten der Regierungen gegen die angeblich revolutionären Gesinnungen verlangt hatte. Jetzt wurden in Karlsbad Ministerkonferenzen abgehalten; ihre Beschlüsse sollten alle einheitlichen und freiheitlichen Regungen aufs schärfste unterdrücken. Gegen die sogenannten demagogischen Umtriebe ward eine Centraluntersuchungskommission beim Bunde eingesetzt, der diktatorische Vollmachten verliehen wurden, um für die „innere Sicherheit" Deutschlands zu sorgen. Für alle Bücher unter 20 Bogen ward eine Censur eingeführt, die Burschenschaft und die Turnvereine wurden verboten, die Universitäten unter schärfere Aufsicht gestellt, viele Studenten mit Festung bestraft. Die Wiener Schlußakte vom Mai 1820 sicherte das System durch die Bestimmung, daß kein Bundesfürst durch eine landständische Verfassung in der Erfüllung seiner Bundespflichten gehindert oder beschränkt werden dürfe.

Es war nämlich in Artikel 13 der Bundesakte verheißen: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden". Aber die Durchführung dieses Artikels betrachtete der Bund als Angelegenheit der Einzelstaaten. In Österreich geschah das reine Gegenteil. Die Provinziallandtage wurden nur zur Bewilligung und Verteilung der Steuern einberufen und sofort wieder entlassen, dem Volke aber ward jede Teilnahme an der Staatsverwaltung versagt und das Land gegen das Eindringen fremden und freiheitlichen Geistes förmlich chinesisch abgesperrt. Denn Kaiser Franz, „eine subalterne Beamtennatur", haßte alles, was an Verfassung auch nur erinnerte. Nur das Polizeiwesen ward aufs vollkommenste ausgebildet. Dies Verfahren wirkte auch auf die meisten anderen Staaten ein, abgesehen von den thüringischen und süddeutschen sowie von Hannover und Braunschweig. Diese Länder (und zwar zuerst Sachsen-Weimar 1816) erhielten nach dem Vorbilde Frankreichs Verfassungen, durch die der aus Wahlen hervorgegangenen Vertretung des Volks Mitwirkung bei der Gesetzgebung und bei der Feststellung des Staatshaushalts gewährt wurde. Neben dieser 2. Kammer, deren Verhandlungen meist öffentliche waren, gab es in den größeren Staaten noch eine 1., feudal

zusammengesetzte. So war der Anfang zu einem Verfassungsleben in Deutschland gemacht, vor allem gewann auch der 3. Stand, das Bürgertum, einen gesetzlich geordneten Anteil am Staatsleben.

Aber wie der nationale Einheitsgedanke bald zurückgetreten, wie „die Sehnsucht, daß ein Deutschland sich begründe, gesetzlich frei, volkskräftig, unzersplittert" (Uhland 1816), sehr geschwunden war, so ermatteten auch die freiheitlichen Bestrebungen schnell, seitdem nach Erlaß der Wiener Schlußakte die Regierungen mit Hülfe der Censur einen schärferen Ton den Volksvertretungen gegenüber anschlugen. Hatten die Kammerverhandlungen in Süddeutschland anfangs einen kräftigen Wellenschlag gezeigt, so liefen jetzt alle dahin wie Bächlein ohne Gefälle. Das Volk nahm immer weniger Anteil am öffentlichen Leben und büßte den patriotischen Sinn ein. Das Metternichsche Regierungssystem aber stand auf seiner Höhe, nachdem es auch in Italien und Spanien jede revolutionäre Bewegung zu unterdrücken gewußt hatte. Dumpfe Luft lagerte sich über Deutschland. Der Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Kaiser, mußte 1824 schreiben: „Hätte die Nation 1813 gewußt, daß nach 11 Jahren von einer damals zu erringenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert solchen Resultates halber?" Aber erst durch Preußens Haltung war dies traurige Ergebnis ermöglicht worden.

Preußen bis zur Julirevolution. Die liberale Partei ward in den hohen Erwartungen, die sie vom preußischen Staate hegte, schmerzlichst enttäuscht. Von jeher mißtrauisch gegen die Regungen des Volksgeistes sah der König nach den gewaltigen Erschütterungen der napoleonischen Zeit die beste und sicherste Bürgschaft der Ruhe in unbedingtem Anschluß an die beiden östlichen Großmächte, die Stützen der legitimen Gewalt. Trotzdem Preußen im Gegensatz zu Österreich zuerst deutsche und dann europäische Politik treiben mußte, also den Schwerpunkt seiner Macht innerhalb des Bundes zu suchen hatte, überließ es doch Österreich den Vorsitz und die Leitung der Bundesversammlung und ordnete sich bald der habsburgischen Macht immer mehr unter, bis es schließlich in der rücksichtslosen Unterdrückung aller einheitlichen und freiheitlichen

Bestrebungen ein Helfershelfer und Nachtreter Österreichs wurde. Dies wirkte auch auf die inneren Verhältnisse des Staats verhängnisvoll ein.

Schon 1815 ward in einer Schrift des Geheimerats Schmalz der Tugendbund als regierungsfeindlich verdächtigt und dem Volke jedes Verdienst einer selbstthätigen Erhebung abgesprochen; es habe nur auf Befehl gehandelt, „wie die Feuerwehr bei einem Brande". Trotz mancher Gegenschriften, z. B. von Niebuhr und Schleiermacher, erhielt Schmalz doch einen Orden, und alle geheimen Gesellschaften wurden verboten. Als dann in den südeuropäischen Staaten revolutionäre Erhebungen begannen, als die Bedeutung der Bewegung auf den deutschen Universitäten gewaltig übertrieben wurde, geriet der überängstliche König immer mehr unter den Einfluß einer reaktionären Hofpartei, die anfangs im geheimen, bald offen mit Verdächtigungen auch gegen die edelsten Männer in Preußen vorging. Gneisenau fühlte sich durch Verleumdungen veranlaßt, sein Kommando niederzulegen, Jahn ward verhaftet, Arndt entsetzt, und weil sie die Karlsbader Beschlüsse nicht billigten, traten Humboldt, Beyme und Boyen aus dem Ministerium aus. So schwand die Hoffnung, daß auch Preußen im Einklang mit der Zeitströmung ein Verfassungsstaat werde, immer mehr. Zwar ward durch Kabinettsordre vom 22. Mai 1815 ausdrücklich verheißen: „Es soll eine Repräsentation des Volks gebildet werden", zwar ward — aber erst 2 Jahre darauf — eine Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassungsurkunde ernannt; in den Rheinlanden wie in Ostpreußen wurde in einer Adresse an den König die Bitte um baldige Gewährung einer Verfassung ausgesprochen: die Einflüsterungen der Hofpartei, der gegenüber auch Hardenberg nichts vermochte, die Warnungen Metternichs, die Anschauungen des Adels und mancher Beamtenkreise gewannen schließlich die Oberhand. Es wurden 1823 nicht die gehofften Reichsstände eingeführt, sondern nur Provinzialstände mit beratender Stimme über die Angelegenheiten ihrer Provinz, mit ganz bedeutendem Übergewicht des Adels und ohne Öffentlichkeit der Verhandlungen. Der Anspruch auf wirkliche Teilnahme am Staatsleben, den das preußische Volk durch eine Opferwilligkeit ohnegleichen sich erworben, ward nicht befriedigt, die Gegensätze zwischen den ver-

schiedenen Provinzen fanden keine Ausgleichung. Für Metternich allerdings war es „eine wahre Herzenserquickung", daß Preußen nicht in die Reihe der Verfassungsstaaten getreten. In Süddeutschland aber geriet der Staat in immer größere Mißachtung, so daß selbst vergessen ward, was im Frühjahr 1813 Preußen für Deutschland geleistet.

In der Stille der Friedensjahre suchte im übrigen die Regierung das Wohl des Landes nach den verschiedensten Richtungen hin zu heben. Die Organisation der Provinzialverwaltung fand ihren Abschluß, als oberste Behörde zur Beratung aller Gesetze und Verwaltungsgrundsätze ward 1817 der Staatsrat eingeführt. Er widmete seine Thätigkeit zunächst den Steuergesetzen, die nach manchen Schwierigkeiten 1820 zustande kamen. Die Verbrauchssteuer wurde aufgehoben und eine Schlacht- und Mahlsteuer, sowie eine Klassen- und Gewerbesteuer eingeführt. Die Staatsschuld belief sich auf mehr als 217 Millionen Thaler. Durch die Verordnungen vom 17. Januar 1820 ward nun festgesetzt, daß „nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung" neue Anleihen gemacht werden dürften. Der König hoffte aber, solche würden nicht nötig sein. — Durch sparsame Verwaltung ward der Wohlstand nach und nach wieder gehoben.

Von größter Bedeutung für die Folge sollte das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 werden, entworfen vom Generaldirektor Maaßen. Es führte eine Einheit durch und zwar auf der Grundlage des freien Handels. Alle Binnenzölle jeglicher Art werden aufgehoben, der Verkehr innerhalb der Grenzen soll völlig frei sein und keine Beschränkung desselben zwischen den verschiedenen Landesteilen stattfinden. Bei der Einfuhr wurde ein mäßiger Zoll erhoben und zwar nach dem Gewicht, nicht nach dem Werte. Zu eigenem Betriebe behielt sich der Staat nur Spielkarten und Salz vor.

Zu rechter Wirksamkeit konnte dies wegen des weitausgedehnten Gebiets mit großen Kosten verknüpfte Zollsystem nur dadurch gelangen, daß zunächst die von preußischem Gebiet umgebenen kleineren Staaten oder Landesteile, später dann auch die andern Länder sich anschlossen. Zunächst aber entstand der größte Unwille über Preußens

Vorgehen; wurden doch auch manche der benachbarten Länder schwer getroffen durch die Schließung der bisher offenen Grenzen. Das deutsche Vaterland — so hieß es — werde durch solche Sonderpolitik noch mehr zerrissen. Die alte Eifersucht gegen Preußen erwachte wieder und ließ im Verein mit der Furcht vor Österreich anfangs nur wenige Staaten an den Anschluß an Preußen denken. Schwarzburg-Sondershausen schloß 1819 zuerst einen Vertrag nach dem auch später stets festgehaltenen Grundsatze, die gemeinsamen Einnahmen nach der Volkszahl zu verteilen. 1821 folgte Schwarzburg-Rudolstadt, 1828 Hessen-Darmstadt. Hier war es der Minister du Thil, der die während des Wiener Kongresses von Stein und andern erkannte, dann von Nebenius aus Baden und namentlich von dem großen Nationalökonomen Fr. List erörterte Notwendigkeit frei aussprach, durch Anschluß an Preußen nach und nach eine wirtschaftliche Einigung ganz Deutschlands herbeizuführen. Im Einklang damit wies der preußische Minister Eichhorn in einer meisterhaften Denkschrift nach, das Bestreben der verschiedenen Regierungen, Handel und Verkehr der Völker zu erleichtern, ginge eben hervor aus dem Gefühl, daß „die Wohlthat eines gemeinsamen Vaterlandes" den deutschen Unterthanen gegeben werden müsse.

Der deutsche Beruf Preußens, den meisten Fürsten noch verhaßt oder unverständlich, offenbarte sich so wieder. Daher auch der mächtige Eindruck, den der Zollvertrag von 1828 überall machte. Bayern und Würtemberg trafen jetzt ebenfalls Abmachungen, und bald kam auch ein mitteldeutscher Handelsverein zwischen 8 Staaten zustande. Der Gefahr aber, die hierin für Preußens Zollpolitik lag, wußte der treffliche Finanzminister Motz dadurch zu begegnen, daß er über den Kopf der Mitteldeutschen hinweg eine Verbindung zwischen Preußen und Süddeutschland begründete, die von großer nationaler Bedeutung war. Der mitteldeutsche Bund war so lahmgelegt. — Hatte Preußen durch seine wegen der Mißgunst des Auslands, namentlich Englands, sehr erschwerte Handelspolitik abermals einen Anspruch auf eine führende Stellung in Deutschland gegenüber Österreich sich erworben, so geschah dies nicht minder durch die Gestaltung seines Heerwesens. Schon am 3. September 1814 war die allgemeine Wehrpflicht zum Grundgesetz des preußi-

schen Staats gemacht, der Grund zum Volksheere gelegt. Alle Stände sollten sich begegnen im Gedanken des Dienstes für König und Vaterland. Und das Heer schlagfertig zu erhalten, gehoben durch den Geist der Ehre und sittliche Zucht, ließ sich der Staat wie kein anderer in Deutschland angelegen sein.

Für Kirche und Wissenschaft ward in mancher Beziehung gesorgt. Eine Union der lutherischen und reformierten Konfession kam 1817 zustande, und wegen der Verhältnisse in der katholischen Kirche ward 1821 ein Konkordat mit dem Papste geschlossen. Von hoher Bedeutung für das geistige Leben in der Rheinprovinz wurde die Gründung der Universität Bonn 1819. Ein besonderes Kultusministerium ward eingerichtet, und unter Altenstein blühte das höhere Unterrichtswesen bald auf.

Anwachsen und Bekämpfung der freiheitlichen Bestrebungen seit der Julirevolution. Der eine Grundgedanke der Befreiungszeit, die deutsche Einheit, war fast ganz zurückgedrängt. Der giftige Hauch der Reaktion hatte die Knospe zwar nicht ertötet, aber im Wachstum gehemmt. Nur ganz im stillen wirkte die Macht des nationalen Gedankens weiter. Wissenschaftliche Bestrebungen, wie die Monumenta Germaniae historica, zu denen Stein die Anregung gab, brachten den Gebildeten immer wieder die einstige Macht und Größe und den gemeinsamen Besitz herrlicher geistiger Güter zum Bewußtsein. Auch die Erkenntnis, in welcher Weise eine deutsche Einheit zur Wirklichkeit werden könne, ward gefördert vor allem durch den „Briefwechsel zweier Deutschen" vom Würtemberger P. Pfizer 1831. Daß Preußen, nicht Österreich, die einzige Einheitsmacht, daß ein konstitutioneller Bundesstaat die einzig mögliche Einheitsform sei, wies er eingehend nach. — Auch die freiheitlichen Bestrebungen waren in den Einzelstaaten zurückgetreten. Daß sie nicht ganz erstarrten, dazu trugen besonders die außerdeutschen Ereignisse bei. Mit regem Anteil verfolgte der Deutsche, bei dem das Sondertum und Weltbürgertum wieder gedieh, die Parteistreitigkeiten in England und Frankreich und die griechischen Freiheitskämpfe, die „den Glauben an die Unveräußerlichkeit nationaler Rechte und an die Endlichkeit aller Tyrannei" nährten. Unmittelbare Einwirkungen aber hatte die französische Julirevolution.

Karl X., der Nachfolger Ludwigs XVIII., rief durch Begünstigung des Adels und Klerus eine gewaltige Mißstimmung im Lande hervor, und als er, um die Opposition zu brechen, ein neues Wahlgesetz erließ und die Preßfreiheit aufhob, begann die Revolution, Juli 1830. Barrikaden wurden gebaut, die Truppen gingen zum Teil zum Volke über, der König flüchtete nach England, und die Liberalen wählten rasch, um die Republikaner nicht ans Ruder kommen zu lassen, Louis Philipp von Orleans zum König der Franzosen. Durch diese Vorgänge, für Frankreich gar nicht so bedeutungsvoll, als man anfangs glaubte, erhielten auch in Deutschland besonders die freiheitlichen Bestrebungen neuen Anstoß. An Stelle der veralteten Gesellschaftsordnung, der ständischen Vorrechte, der höfischen Willkürherrschaft sollte auch im Norden Deutschlands der Gedanke des Staatsbürgertums und der Rechtsgleichheit durchgeführt werden. In Hannover, Kurhessen und Sachsen wurden konstitutionelle Verfassungen eingeführt und in Braunschweig der Herzog Karl verjagt. An die Spitze der liberalen Opposition von ganz Deutschland trat die zweite Kammer in Baden unter Führung Rottecks und Welckers. Letzterer stellte sogar den Antrag, dem deutschen Volke eine Vertretung beim Bunde zu gewähren. In Süddeutschland im allgemeinen merkte man den freien Luftstrom von Westen her bereits in bedenklicher Weise nicht nur in den Parlamenten, auch in den vielen neu entstandenen Zeitungen und politischen Vereinen. Es kam zu einzelnen Ausschreitungen, die von der in weitesten Kreisen herrschenden Mißstimmung beredtes Zeugnis ablegten.

In Hambach in der Rheinpfalz ward bei einem Feste im Mai 1832 von deutscher Einheit und Verbrüderung aller freien Völker im Gegensatze zur Tyrannei der Regierungen in hochtrabendsten Redensarten gesprochen. Nach reichlichem Weingenuß gingen aber alle friedlich auseinander, während man in München und Berlin eine Revolution fürchtete. Etwa ein Jahr darauf unternahmen einige thörichte Heißsporne einen Angriff auf die Hauptwache in Frankfurt, um den Bundestag zu sprengen und das Zeichen zur Empörung zu geben. Sie wurden sofort verhaftet; die ganze Sache hatte weiter keine Folgen, bot aber Metternich nun Anlaß, mit allgemeinen Reaktionsmaßregeln vorzugehen. Besondere

Bundestagsbeschlüsse zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ruhe und Ordnung und zur Unterdrückung jeder Volksregung wurden gefaßt und alle Regierungen verpflichtet, auch im Widerspruch mit der Landesverfassung ihnen Folge zu geben. Die Centraluntersuchungskommission des Bundes führte die Untersuchung wegen „demagogischer Umtriebe" rücksichtslos und ließ jeden einkerkern, der sich an der Burschenschaft beteiligt hatte (zu ihnen gehörten u. a. Fritz Reuter und Heinrich Laube). Die kleinlichsten Polizeimaßregeln wurden angewendet zur Entrüstung auch der Ruhigen und Besonnenen.

So „ließ auf Metternichs Standpunkt die deutsche Einheit und Reichsregierung, soweit sie vom Bundestage geübt und vertreten wurde, nichts mehr zu wünschen übrig". Dies zeigte besonders der Verfassungsstreit in Hannover. Der neue König Ernst August, ebenso schlau wie roh und ausschweifend, stieß 1837 die Verfassung um, weil in ihr die Domänen zum Staatseigentum erklärt waren. Er wollte diese zur Tilgung seiner Schulden verwenden und behauptete, er habe ja der Verfassung früher nicht zugestimmt. Da weigerten sich sieben Professoren in Göttingen, Zierden der deutschen Wissenschaft, unter ihnen die Brüder Grimm und Dahlmann, den neuen Eid zu leisten, und wurden auf Befehl des Königs entlassen. Dies erregte einen Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland, überall wurden Sammlungen veranstaltet, „das politische Gewissen des deutschen Volks" ward gründlich wachgerüttelt. Und als der vom Osnabrücker Bürgermeister Stüve angerufene Bundestag erklärte, er habe keine Veranlassung zur Einmischung, da mußte allen die Erkenntnis aufgehen, daß kein Staat vor Vergewaltigung seines Rechts sicher sei.

Handel und Verkehr. Im Gegensatze zu dem Druck, unter dem das politische Leben stand, begannen die materiellen Verhältnisse sich zu heben. Der nationale Einheitsgedanke, der als Frucht der neuen geistigen Bildung hervorgetreten war, hat zunächst im wirtschaftlichen Leben die Anfänge der Verwirklichung gesehen. Der preußische Zollverein entwickelte sich, von Österreich anfangs nicht gehemmt, auf dem eingeschlagenen Wege der besonderen Vereinbarungen mit Erfolg weiter. Schon 1831 schloß sich ihm Kurhessen an, unter Verletzung der Verträge mit den süddeutschen

Staaten. Drei Jahre darauf ward er nach dem Beitritt des bayerisch-würtembergischen Zollverbandes und dem Anschluß der meisten mitteldeutschen Staaten zum preußisch-deutschen Zollverein erweitert. Zwischen der großen Mehrzahl der deutschen Länder, einem Gebiete von 7719 □Meilen mit 23 Millionen Einwohnern, fielen in der Nacht zum 1. Januar 1834 die Schlagbäume. Handel und Industrie nahmen nun bald einen bedeutenden Aufschwung. Denn nach außen hin war eine einheitliche Handelspolitik ermöglicht, im Innern herrschte freier Verkehr — nur für Bier und Branntwein mußte eine „Übergangsabgabe“ entrichtet werden. Bald traten auch Baden und Nassau dem Zollvereine bei, schließlich fehlten nur noch Oldenburg, Hannover und die Hansastädte. Für die künftigen deutschen Einheitsbestrebungen aber war es sehr wichtig, daß der Gedanke der führenden Stellung Preußens in Deutschland zur Thatsache geworden war. Über 28 Millionen Deutsche gerieten unvermerkt in eine gewisse Abhängigkeit von dem bisher mit mißtrauischer Abneigung betrachteten, in der politischen Litteratur fortgesetzt mit Haß und Hohn überschütteten preußischen Staate, und dieser seinerseits lernte bei den Verhandlungen die Kunst, „reizbare kleinere Bundesgenossen ohne Gehässigkeit und Gewaltthat zu leiten, unter bündischen Formen das Wesen der Monarchie zu wahren“. Aus dem Zollverein mußte sich mit innerer Notwendigkeit die staatliche Einheit Deutschlands herausbilden.

Eine weitere bedeutende Umgestaltung des Verkehrslebens erfolgte durch die Eisenbahnen (s. S. 457). 1837 ward die Strecke Leipzig-Dresden zuerst mit Lokomotiven befahren, dann folgte in Preußen die Linie Erkrath-Düsseldorf uud 1838 Berlin-Potsdam. In dem zerrissenen Deutschland nun wäre ein einheitlich angelegtes Eisenbahnnetz von ganz besonderer Bedeutung gewesen, und der Würtemberger List (s. S. 465), amerikanischer Konsul in Leipzig, bot alles auf, es durchzuführen, aber vergeblich. Von manchen Seiten ward dem neuen Verkehrsmittel auch ein großes Mißtrauen entgegengebracht. Der demokratische Charakter der Eisenbahnen war auch anderen verdächtig als dem Könige von Preußen, der noch eine Zeitlang in seinem Wagen neben der Bahn herfuhr. Die Folge konnte nicht ausbleiben, daß die ver-

schiedenen Volkskreise einander näher kamen und die Grenzen der Staaten und Stämme die bisherige trennende Kraft verloren. Die Sehnsucht nach größerer Einheit aber ward später gerade durch den Mangel eines planmäßigen Eisenbahnnetzes befördert. Wer möchte leugnen, daß durch den gewaltig gesteigerten Verkehr ein hastiges, aufreibendes Streben nach Gewinn und Genuß bald sich geltend machte? Aber die segensreichen Folgen überwogen doch, und vor allem erfreulich war das dem Auslande gegenüber erstarkende Selbstgefühl. England mit seinen Eisen- und Kohlenschätzen ward nach und nach verdrängt, mit eigenen Mitteln wirkte die deutsche Industrie.

Geistige Zustände. Die romantische Schule (s. S. 409) hatte im Gegensatze zur klassischen Richtung eine volkstümliche Verjüngung der Litteratur angebahnt und in weiten Kreisen immer regeren Anteil an der vaterländischen Vergangenheit geweckt. So segensreich dies für die Wissenschaft wurde (der Germanistik waren die Wege gewiesen, um die in der Religion, Sprache, Sitte und Dichtung unserer Vorfahren verborgenen Schätze zu heben), ebenso nachteilig wirkte die Vorliebe für das Mittelalter auf die staatlichen Verhältnisse ein. „Was bei den Romantikern nur ein poetisches Ideal war, das ward bei den Reaktionären ein politisches.“ Es bildete sich eine historische Rechtsschule unter Savigny, die an dem „historisch Entstandenen“ streng festhielt und die konstitutionellen Bestrebungen bekämpfte. Ihr trat später unter Rotteck und Welcker die sog. naturrechtliche Schule gegenüber, die zum Teil auf die französischen Lehren gestützt die Vorrechte einzelner Stände und die unumschränkte Herrschergewalt verwarf und die neuen, liberalen Forderungen durchgesetzt wissen wollte.

Besonderen Antrieb hatte die Litteratur aus den nationalen Freiheitsbestrebungen empfangen (s. S. 437 f). Diese klangen noch länger nach in dem schwäbischen Dichterkreise, der sich von der krankhaften Einseitigkeit und Absonderlichkeit der älteren Romantiker fernhielt und der Pflege des Volkstümlichen, besonders der altdeutschen Litteratur und der Volksdichtung, sich zuwandte. Seine Hauptvertreter sind Ludwig Uhland (geb. 1787 zu Tübingen, gest. 1862), Just. Kerner (geb. 1786 zu Ludwigsburg, gest.

1862), G. Schwab (geb. 1792 zu Stuttgart, gest. 1850) und W. Hauff (geb. 1802 zu Stuttgart, gest. 1827). Vor allem Uhlands Lieder sind im edelsten Sinne volkstümlich und einige derselben deshalb geradezu Volkslieder geworden. Eine echt deutsche, lautere und reine Gesinnung, wahre Liebe zur engeren und weiteren Heimat, Innigkeit des Gefühls spricht sich in allen aus, dabei zeigen sie eine meisterhafte Behandlung der Sprache. — Im übrigen weist die Litteratur, zum Teil unter dem Einfluß der politischen Bestrebungen, zwar einen großen Reichtum an dichterischen Erzeugnissen auf, sie überschreiten aber nur selten das Maß des Mittelmäßigen. Keiner hat mit schöpferischer Kraft neue Bahnen eingeschlagen, außer dem einen Heinrich Heine (geb. 1799 zu Düsseldorf, gest. 1856 zu Paris), der nach Goethe der größte deutsche Lyriker der Neuzeit ist. Vor allem in seinem Buch der Lieder (1827) sind wahre Perlen edler Dichtung enthalten.

Von bedeutender Einwirkung auf das geistige Leben war die Philosophie Hegels. Er riß die Schranken, die Kant der menschlichen Erkenntnis gezogen, nieder und wollte durch bloße Thätigkeit des Denkens alle Erscheinungen in der Natur und im geistigen Leben begründen und in ein System bringen. Es ist die Philosophie des Begriffes, die zu einer Art Selbstvergötterung des menschlichen Geistes führt. In den zwanziger Jahren waren die Lehren Hegels unter allen Gebildeten verbreitet. Sie regten zu Erörterungen über die höchsten Fragen des Lebens an, beschäftigten auch die nicht gelehrten Kreise (die Schlagwörter „Ansichsein“, „Anundfürsichsein“ wurden populär) und hatten zur Folge, daß der Trieb zur Forschung und Kritik allgemeiner wurde. Das geistige Leben nahm so, im Gegensatz zu den politischen Verhältnissen, einen mächtigen Aufschwung. Nebeneinander lebten und wirkten in dieser Reaktionszeit, in den letzten Jahren Goethes und Beethovens, als die Münchener und Düsseldorfer Malerschulen gegründet wurden, viele geniale Geister, auf deren Schultern wir noch heute stehen: Alexander von Humboldt und Niebuhr, Wilhelm von Humboldt und Ranke, Hegel und Jak. Grimm, Böckh und Eichhorn.

Unter Hegels Schülern regten sich nun bald immer freiere Ansichten auch über Religion und Staat, die schließlich zu einem

völligen Bruch mit dem Bestehenden führten. Strauß' „Leben Jesu" (1835) bestritt die geschichtliche Grundlage der kirchlichen Rechtgläubigkeit und warf alle Voraussetzungen des Bibelglaubens über den Haufen. In der Litteratur kämpften besonders Börne und Heine mit ätzender Satire gegen die Zustände in Kirche, Staat und Gesellschaft an und bereiteten der oft verlästerten, jedoch sehr bedeutsamen Geistesrichtung den Weg, die das „junge Deutschland" genannt wird. Laube, Gutzkow, Herwegh u. a. vertraten so weitgehende Anschauungen auch in Bezug auf das Staatsleben, daß der Bund ihre Schriften verbot. Als „Sturmvögel der Revolution", als kühne Bahnbrecher des Fortschritts fanden sie nun aber um so mehr Verbreitung. Immer schärfer ward der Gegensatz zwischen den bestehenden Zuständen und den Forderungen und Hoffnungen weiter Kreise. Viel Wind war gesäet, so mußte denn Sturm geerntet werden.

Kap. 16. Die Revolution und der erste vergebliche Versuch zur Begründung der deutschen Einheit.

A. Die Vorläufer der Bewegung.

Der Thronwechsel in Preußen 1840. Das alte System hatte in Preußen unter Friedrich Wilhelm III. fortgedauert. Wenn auch der König sich immer mehr dem Gedanken an einen Verfassungsstaat entfremdete und an der alten, unumschränkten monarchischen Gewalt festhielt, so ließ doch das ehrbare, schlichte, treue Wesen des Herrschers die Wünsche vieler Unterthanen einstweilen zurücktreten. Irgendwelche bedeutende politische Unruhen erfolgten nicht, aber unter scheinbar ruhiger Oberfläche regten sich Haß gegen den Adel und Mißtrauen gegen die Regierung, die gerade bei entscheidenden Fragen, wie bei dem Streite mit dem Kölner Erzbischofe um die gemischten Ehen, eine unentschiedene Haltung einnahm. Es fehlte im politischen Leben jeder frische Luftzug. Es ist die Zeit, in der die pflichtgetreue, aber bevormundende Bureaukratie mit dem Grundsatze: alles für, nichts durch das Volk ihren Höhepunkt erreichte. Viel hat sie geleistet für Heilung der schweren Kriegswunden, die noch lange schmerzten, und für die Verschmelzung der verschiedenen Landesteile, aber sie verlor die Berührung mit dem Volke, zeigte kein Verständnis für

die treibenden Mächte der Zeit und bemerkte nicht die gewaltige Bewegung auf geistigem Gebiete. Bald mußte den weitesten Kreisen die Überzeugung sich aufdrängen, daß sie sich überlebt habe.

Um so größere Erwartung hegte man von dem am 7. Juni 1840 erfolgten Thronwechsel. Friedrich Wilhelm IV. war eine von seinem Vater äußerst verschiedene Persönlichkeit. Er liebte es, nach außen glanzvoll aufzutreten, die königliche Würde nachdrücklich zur Geltung zu bringen und in mittelalterlicher Weise mit dem Volke zu verkehren. Auch eine ungewöhnliche Redegabe veranlaßte ihn dazu, und nur allzuoft ließ er sich durch sie verleiten, der Metternichschen Regel uneingedenk zu sein, daß ein Fürst wenig reden und desto mehr handeln soll. Dazu besaß er einen für die verschiedensten Eindrücke empfänglichen Sinn, rege Einbildungskraft, lebhaften Geist, aber es fehlte ihm an der nötigen Klarheit und Sicherheit des Wollens und Vollbringens. Im Gegensatz zu den Bestrebungen der neueren Zeit zog ihn besonders das geschichtlich Begründete an. Daß im Volke die ständischen Abstufungen unabänderlich zu bewahren, daß über allen Gewalten das Königtum von Gottes Gnaden in ungeschmälerter Machtfülle zu erhalten sei, von dieser Überzeugung war er stets durchdrungen. Anfangs schien er die Vertreter der verschiedenen Richtungen gleichmäßig zu Worte kommen lassen zu wollen: zu seinen Vertrauten gehörte sowohl der freisinnige Alexander von Humboldt als der gemäßigte Leopold Ranke. Eine weitgehende Amnestie ward erlassen, die Censur gemildert, Arndt und Jahn wieder zu Ehren gebracht. So rief der König die Geister, verstand sie dann aber nicht zu leiten.

Die Verfassungsfrage in Preußen. Bei den Anschauungen des neuen Königs mußte die Verfassungsfrage von ganz besonderer Bedeutung werden. Sie ward zuerst auf dem Königsberger Huldigungslandtage wieder lebhaft angeregt. Die Stände der Provinz, in der einst der Anfang mit der Selbstverwaltung gemacht war, baten am 6. September 1840 den König, nach den in der Verordnung vom 22. Mai 1815 festgestellten Grundsätzen durch eine Kommission unter Zuziehung der Provinzialstände eine Verfassungsurkunde ausarbeiten zu lassen. Der König bekannte sich aber bald ausdrücklich als Gegner der Verfassungsbestrebungen

und entschloß sich erst, als die Sache äußerst lebhaft in der etwas freier gewordenen Presse besprochen war (besonders in der Schrift Schöns: „Woher und Wohin?“ und in Jakobys „Vier Fragen“), wenigstens den Provinzialständen alle 2 Jahre regelmäßige Zusammenkünfte und Veröffentlichung ihrer Verhandlungen durch den Druck zu gewähren und gemeinsame Ausschüsse zu berufen, die über die öffentlichen Angelegenheiten ein Gutachten abgeben sollten. Die Verfassungsfrage blieb aber im Fluß, auf den Provinziallandtagen wurden Reichsstände gefordert, die Presse setzte die Erörterungen fort.

Ganz unerwartet erklärte der König durch Patent vom 3. Februar 1847, daß die 8 Provinziallandtage zu einem Vereinigten Landtage berufen würden zur Bewilligung von Anleihen und Steuern, so oft die Bedürfnisse des Staats es erforderten. Dieser Landtag soll aus 2 ständischen Kurien bestehen, der Herrenkurie und der Dreiständekurie (Ritter, Bürger und Bauern), die bei Finanzfragen gemeinsam tagen; bei Gesetzen hat er nur eine beratende Stimme; der vereinigte ständische Ausschuß tritt alle 4 Jahre zusammen. Auf solche Weise war eine ziemlich verwickelte Einrichtung getroffen, gegen die sich sofort Widerstand erhob. Die Eröffnung vollends des Vereinigten Landtags am 11. April enttäuschte allgemein. Der König erklärte, er werde nun und nimmermehr zugeben, „daß sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als zweite Vorsehung eindränge“, und er hätte die Abgeordneten nie berufen, wenn er geglaubt, sie hätten „Gelüst nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten“.

Mit aller Schärfe offenbart sich hier der Gegensatz zwischen den eigenartigen preußischen Verhältnissen und den Zeitforderungen. Recht eigentlich das Werk seiner Fürsten war der preußische Staat; die allgemeine Wehrpflicht machte eine kräftige monarchische Gewalt nötig; der Bund mit dem absolutistischen Rußland und Österreich, durch die bedrohte äußere Lage geboten, verlangte auch in inneren Fragen eine Rücksichtnahme. So war ein Schattenkönigtum, wie in England und Frankreich, allerdings in Preußen unmöglich. Aber auch mit einer allgemeinen, aus direkten Wahlen hervorgegangenen Vertretung des Volks (bei der nicht nur der

Grundbesitz den Ausschlag giebt, wie das bei den Provinzialständen der Fall war) verträgt sich ein starkes Königtum. Und hatte die Nation nach dem, was sie geleistet, nach dem, was ihr versprochen, nicht das Recht, eine solche Vertretung endlich zu fordern? Hätte nicht das Zusammengehen der Krone mit den tüchtigsten und einflußreichsten Männern des Volks nur eine Bürgschaft für das Gedeihen des Staats gebildet?

Da auch jetzt wieder die Wünsche der Liberalen nur zum geringsten Teile befriedigt waren, so gerieten auf dem Landtage die Parteien bald schroff aneinander. Der besonders aus Ostpreußen und Rheinländern bestehenden Linken stand eine Rechte gegenüber, welche die Stellung des Königtums entschlossen verteidigte. Der Freiherr Otto von Bismarck-Schönhausen erregte durch die Schlagfertigkeit und Unerschrockenheit Aufsehen, mit der er für eine auf dem Ständewesen sich aufbauende Verfassung und für die volle Macht des altpreußischen Königtums eintrat. Der Landtag sprach aber mit 484 gegen 107 Stimmen die Erwartung aus, daß das Patent nur der Anfang der ständischen Entwickelung sei und daß beschließende Stimme bei Gesetzesvorlagen und Zusammentritt in regelmäßigen Zwischenräumen ihm verliehen werde. Seinen Unwillen darüber verhehlte der König nicht, und so ward denn vom Landtage die Anleihe zum Bau einer Bahn von Berlin nach Königsberg abgelehnt. Nur mit großer Mühe kamen die Wahlen zu den von der Mehrheit verworfenen Ausschüssen zustande; ihre Sitzungen verliefen dann ruhig.

Hatte so auch schließlich das Königtum gesiegt, so wuchs doch die politische Erregung. Vor allem aber sank tiefer und tiefer das Ansehen Preußens in Deutschland: immer gehässiger wurden die Ausfälle der demokratischen Presse. Und das war um so verhängnisvoller, da die Zustände in Deutschland seit 1840 sich wesentlich verändert hatten.

Gärung des öffentlichen Lebens in Deutschland seit 1840. Die nationalen Einheitswünsche, solange fast ganz zurückgetreten, erhielten 1840 wieder einen kräftigen Anstoß zunächst durch die auf den Thronwechsel in Preußen gesetzten Hoffnungen, sodann aber durch Ereignisse in Frankreich. Der Minister Thiers, ein Bewunderer Napoleons (dessen Gebeine jetzt nach Frankreich ge-

bracht wurden), hatte in der orientalischen Frage eine Niederlage erlitten und suchte nun die aufgeregten Franzosen dadurch zu beruhigen, daß er die „natürlichen" Grenzen für Frankreich forderte. Da entstand in Deutschland eine gewaltige Aufregung. Ein junger Beamter in Köln, Becker, gab in seinem Rheinliede der allgemeinen Stimmung Ausdruck (auch die „Wacht am Rhein" entstand damals, blieb jedoch fast unbeachtet). Der nationale Einheitsgedanke, auf solche Weise kräftig angeregt, ward nun noch durch andere Vorgänge auf verschiedenen Gebieten des Volkslebens gefördert, namentlich durch die Feste. Das Vereinsleben nahm in Deutschland einen mächtigen Aufschwung. Auf den verschiedenen Schützen-, Turner- und Sängerfesten ward vom deutschen Vaterland und deutschen Volkstum so viel gesungen, daß die Vorstellung davon in die weitesten Kreise drang. Ein echt nationales Fest wurde 1840 in Leipzig begangen zur Erinnerung an die 400jährige Erfindung der Buchdruckerkunst; in Berlin war die Feier verboten worden. Besonders in gelehrten Kreisen wurde dann 1843 der vor 1000 Jahren geschlossene Vertrag von Verdun als Ausgangspunkt eines deutschen Reichs gewürdigt und damit die Erinnerung an den Glanz des mittelalterlichen Kaisertums wieder geweckt. Und auch in der Folgezeit trat bei den wissenschaftlichen Bestrebungen der nationale Gesichtspunkt mehr und mehr hervor: das geistige Leben der Deutschen war ja stets ein einiges geblieben. Als die Germanisten 1846 in Frankfurt zusammenkamen, begannen sie sofort die deutsche Frage zu erörtern. Nicht minder ward in der Litteratur dem nationalen Gedanken Ausdruck gegeben. 1842 trat die deutsche Monatsschrift des Professors K. Biedermann ins Leben als Organ einer neuen, nationalen Partei, die im Unterschiede von der allgemeinen liberalen besonders die Herstellung einer kräftigen Einheit Deutschlands erstrebte und neben den politischen Fragen auch die des praktischen, wirtschaftlichen Lebens betonte. Viele Broschüren besprachen die Zeitfragen, und manche erregten gewaltiges Aufsehen (z. B. P. Pfizers „Gedanken über Recht, Staat und Kirche" 1842). — In der Lyrik eines Herwegh, Freiligrath, Hoffmann von Fallersleben, Prutz, Geibel (letzterer der einzige gemäßigte) äußert sich ebenso die tiefe Erbitterung über die bisherige Vereitelung der

Freiheits- und Einheitshoffnungen wie die zuversichtliche Erwartung ihrer endlichen Erfüllung.

So war trotz großer Hemmnisse doch der nationale Gedanke mittelbar und unmittelbar auf vielen Gebieten des Volkslebens mächtig gefördert worden. Deshalb erregte die von Dänemark 1846 versuchte Einverleibung Schleswigs (s. S. 494) in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung. Alle Parteien ohne Unterschied standen solcher Bedrohung der deutschen Nationalität gegenüber einmütig zusammen: das Lied „Schleswig-Holstein, meerumschlungen" ertönte überall. — Auch die liberale Partei in Süddeutschland, die längere Zeit die freiheitlichen Bestrebungen nach dem Vorbilde Englands und Frankreichs hatte in den Vordergrund treten lassen und einem gewissen Sondertum verfallen war, machte sich jetzt wieder zum Verfechter der nationalen Interessen. Mitglieder der verschiedenen Ständekammern hielten Zusammenkünfte, so Oktober 1847 in Heppenheim an der Bergstraße, und hier trat bereits der Gegensatz zwischen einer gemäßigten und einer radikalen (demokratisch-republikanischen) Partei hervor. Man beschloß, in den Einzelkammern sollten Anträge gestellt werden in Bezug auf Besserung der Verhältnisse am Bunde durch Vertretung des Volks. Aber einsichtige Männer, wie Karl Mathy und H. v. Gagern, wiesen von vornherein nachdrücklich darauf hin, daß ohne die Leitung durch eine Regierung ein Parlament unnütz sei, daß es also für die deutsche Einheit zuerst auf die deutschen Regierungen ankäme.

In der badischen Kammer nun stellte am 2. Februar 1848 Bassermann den Antrag, ein deutsches Parlament zu berufen, und kurz nachher geschah dasselbe in Darmstadt durch Gagern, der dabei auf Preußen als künftiges Bundesoberhaupt hindeutete. Überall begrüßte man diese Vorschläge mit Begeisterung. Von seiten der Regierungen aber geschah nichts. Friedrich Wilhelm IV. hatte zwar gleich nach seiner Thronbesteigung in Wien auf die Notwendigkeit einer Reform der Bundesverfassung hinweisen lassen. Später arbeitete sein Vertrauter Radowitz eine Denkschrift aus, die auf Steigerung der Macht des alten Bundestags (namentlich durch ein Bundesgericht und bessere Kriegsverfassung) ohne gründliche Reform desselben hinauslief. Aber der

König zögerte mit der Ausführung der Gedanken — da pochte die Revolution an die Pforte.

B. Die Revolution und die Nationalversammlung in Frankfurt.

Charakter der Bewegung im allgemeinen. In Frankreich waren unter den verschiedenen Parteien seit der Julirevolution (s. S. 467) die republikanische und sozialistische immer mehr hervorgetreten, da sich während der Friedensjahre die sozialen Mißstände noch verschärft hatten. Die Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen ward durch viele Agitatoren in Wort und Schrift genährt. Louis Blanc begründete daher in Paris eine Arbeiterpartei, die man als die erste sozialdemokratische (s. S. 457) bezeichnen kann, und lehrte in seiner „Organisation der Arbeit" einen verhüllten Kommunismus. Der Staat sei schuld an der ungleichen Verteilung der Güter und müsse, wenn es das Wohl des Ganzen erfordere, in die Vermögens- und Arbeitsverhältnisse gesetzlich eingreifen. Gesellschaftliche Werkstätten seien zu errichten, in denen jeder nach seinen Kräften beschäftigt und nach seinem Bedürfnisse gelohnt werden müsse. Nicht von dem Belieben der privaten Arbeitgeber, sondern von der staatlichen Organisation habe die Arbeit abzuhängen; mit Hülfe des Staats seien Produktionsgenossenschaften, Kranken-, Unfall- und Invalidenkassen zu gründen. — Neben manchem Berechtigten und Erreichbaren forderte Blanc auch viel Unmögliches und Verwerfliches, wie sich schon sofort nach der Februarrevolution zeigte (s. S. 480). Daß durch die so gewaltig verschiedene Begabung, Leistungsfähigkeit und Arbeitslust der Menschen stets auch der verschiedene Besitz der Einzelnen bedingt sein wird, daß die Aufhebung aller Standesunterschiede der menschlichen Natur ganz zuwiderläuft, darauf nimmt jene kommunistische Lehre keine Rücksicht. Sie fand aber auch außerhalb Frankreichs schnell Verbreitung und wirkte auch in Deutschland ein.

1844 war in Berlin der erste Arbeiterverein begründet wesentlich zu Unterstützungszwecken. Denn die Lage der Fabrikarbeiter war schon im Anfang der vierziger Jahre eine bedrängte. Die Überproduktion, die Verdrängung der deutschen Industrie von den ausländischen Märkten, der Mißwachs 1846 steigerten die

Not und die Unzufriedenheit mit den Regierungen, denen man, weil sie keine Schutzzölle errichtet, die Schuld an den bestehenden Zuständen beimaß. So war in den Arbeiterkreisen mancher Zündstoff zur Revolution angehäuft. Arbeiterunruhen entstanden hier und da; 1847 ward in Berlin ein Kommunistenprozeß verhandelt, und eine Volksversammlung in Offenburg in Baden forderte u. a. Unterstützung der Arbeit gegen das Kapital.

Neben dieser sozialen Bewegung, die es aber noch nicht zu einer förmlich organisierten Partei brachte, wurden nun immer nachdrücklicher geltend gemacht die politischen und nationalen Forderungen nach Freiheit im Innern und Einheit der ganzen Nation. Liberale und radikale Parteien verlangten einen Wandel der Verhältnisse. Während die letzteren eine Beseitigung der Fürsten und Regierungen mit gewaltsamen Mitteln zu erreichen strebten, wollten jene in gesetzmäßiger Weise vorgehen. So waren die Ziele und Bestrebungen der verschiedenen Parteien, der Führer und der Massen, gar mannigfaltig, sie verbanden sich aber zum Teil. Die Arbeiter mit ihren sozialen Forderungen sollten oft für die politischen Interessen der Radikalen eintreten. Darin lag von vornherein eine Schwäche der ganzen Bewegung. Den Anstoß zum Ausbruch derselben gaben neben Vorgängen in der Schweiz (der Sonderbund ward niedergeworfen, die Jesuiten wurden vertrieben) besonders die Ereignisse in Frankreich.

Die Pariser Februarrevolution. Louis Philipp hatte von Anfang an eine schwierige Stellung gehabt, weil außer der Bourgeoisie, dem wohlhabenden Mittelstande, alle Parteien gegen ihn waren. Namentlich boten Republikaner und Sozialisten, 1830 in ihren Erwartungen getäuscht, alles auf, um ans Ruder zu kommen. Weil auf den vierten Stand nicht gehörig Rücksicht genommen ward, brachen bald blutige Arbeiteraufstände in Paris und Lyon aus. Von allen Ländern strömten die Revolutionäre in Frankreich zusammen. Schließlich nun entfremdete sich der König wegen des Widerstandes gegen die allgemein gewünschte Wahlreform, durch die das gewaltige Übergewicht der Hochbesteuerten beschränkt werden sollte, auch den Bürgerstand. Unzufriedenheit und Gärung wuchsen immer mehr, dynastische und republikanische Opposition verbanden sich schließlich, und weil Louis Philipp in

seiner schroffen Haltung gegen die Wahlreform beharrte, brach am 24. Februar 1848 ein Aufstand aus. Der König mußte nach England fliehen, Frankreich ward Republik. Die provisorische Regierung, zu der auch Louis Blanc gehörte, errichtete, um die aufgeregten Arbeitermassen zu beschwichtigen, Nationalwerkstätten, in denen Tausende von arbeitsscheuen Menschen auf Staatskosten gefüttert wurden. Als dann in die Nationalversammlung meist Gegner der Sozialisten gewählt wurden und die Nationalwerkstätten aufgehoben werden sollten, erhoben die Arbeiter im Juni einen furchtbaren Aufstand, der unter großem Blutvergießen durch den General Cavaignac mit vieler Mühe niedergeworfen ward. Damit hatte die Revolution ihren Höhepunkt bereits überschritten.

Die Märzaufstände in Deutschland und die preußische Verfassung. Einen viel stärkeren Einfluß als die Vorgänge im Juli 1830 übte die Februarrevolution auf Deutschland. Zuerst verlangte man in Baden Preßfreiheit und freies Vereins- und Versammlungsrecht, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, Übertragung der Ministerstellen an Liberale, bald auch ein deutsches Parlament. Der Großherzog nahm alle diese Forderungen an, und rasch hallten sie auch aus den anderen deutschen Staaten wieder. Ausdehnung der Volksrechte, nationale Einheit — so tönte es überall, und schnell mußten die kleinen Regierungen die sog. Märzerrungenschaften der Volksbewegung zugestehen. Die reaktionären Minister räumten ihren Platz liberalen, den „Märzministern". Stürmisch verliefen die Dinge besonders in Kurhessen. Dagegen ward in Bayern durch die Abdankung Ludwigs I. zu gunsten seines Sohnes Maximilian I. (am 20. März) die Bewegung in friedliche Bahnen gelenkt. Aufs tiefste erschüttert aber wurden die beiden Großmächte Österreich und Preußen.

Nach einem Aufstande in Wien, bei dem es zu einem heftigen Zusammenstoße zwischen den Volksmassen und dem Militär kam, dankte Metternich sofort ab und begab sich nach England. „Das Unerhörte geschah, daß die Regierung einer europäischen Großmacht, die bisher der Quell und Hort der deutschen Reaktion gewesen, in sich zusammenstürzte ohne Kampf, vor einem lärmenden Ausdruck des Volkswillens." Ein konstituierender

Reichstag sollte zur Entwerfung einer neuen Reichsverfassung berufen werden.

Noch schlimmer verlief die Bewegung in Preußen, wenn sie auch nicht so plötzlich zum Ausbruch kam. Die Gemüter waren schon seit dem Zusammentritt des Vereinigten Landtags in Gärung. Im März 1848 äußerte sich dies zuerst in der Rheinprovinz, und der König sah sich veranlaßt, am 6. März dem Landtage das Recht regelmäßigen Zusammentretens in bestimmten Fristen (Periodizität) zuzugestehen. In Berlin aber steigerte sich die Erregung. Von auswärts kamen viele revolutionäre Elemente hinzu, blutige Zusammenstöße mit den Truppen blieben nicht aus. Da erließ der König, um der Bewegung Herr zu werden, am 18. März ein Patent, durch das Preußen durchaus auf die Zeitforderungen einging. Der lockere deutsche Staatenbund soll zu einem Bundesstaate mit Bundesgericht und Bundesfeldherrntum werden; in allen Staaten ist eine Konstitution einzuführen; gleiches Maß, Gewicht und Münze soll gelten. — Als das Patent bekannt wurde, begaben sich um 2 Uhr nachmittags große Volksmassen vors Schloß, um dem Könige zu danken. Als sie dann aber zum Auseinandergehen aufgefordert wurden, hieß es, die Truppen sollten erst abziehen. Da entluden sich zufällig 2 Gewehre. Keiner ward verletzt. Aber sofort hieß es: Verrat, Mord. Mit rasender Schnelligkeit begann der Barrikadenbau. Der Kampf zwischen Volk und Heer ward unvermeidlich. Acht Stunden währte es, bis die Umgebung des Schlosses von den Truppen völlig besetzt war: die ganze Stadt zu erobern waren sie nicht imstande. — Inzwischen wurde Friedrich Wilhelm, den das Blutvergießen aufs tiefste erschütterte, von verschiedenen Seiten bestürmt, die Feindseligkeiten einstellen zu lassen, während sein Bruder, der Prinz von Preußen, und der General Prittwitz nachdrücklichst rieten, zunächst die Empörung zu unterdrücken. Nach langem Schwanken gab dann der König am 19. den Befehl, die Truppen sollten in die Kasernen abrücken. Da diese weit auseinanderlagen und von den Massen bald ernstlich bedroht wurden, so ordnete Prittwitz den Abzug aller Regimenter aus der Stadt an. Wie in Wien, so hatte in Berlin die Revolution völlig gesiegt. Vor den Leichen der gefallenen Bürger mußte der König sein Haupt entblößen.

Nun kamen die Dinge in Deutschland in raschen Fluß. Am 21. März verkündete Friedrich Wilhelm seine nationalen Pläne, hielt einen Umritt durch die Straßen Berlins mit schwarz-rot-goldenen Binden und erklärte öffentlich, Preußen solle fortan in Deutschland aufgehen. Ein thatkräftiges Eingreifen in der deutschen Frage erfolgte aber nicht, und in Berlin herrschten in den folgenden Monaten trotz der Bildung einer Bürgerwehr völlig anarchische Zustände. Am 16. Juni wurde sogar das Zeughaus von dem Pöbel geplündert. Im August ward auch ein Sozialistenkongreß abgehalten und der Arbeiterbund gestiftet. — Drei Ministerien mußten nach kurzer Amtsführung entlassen werden; die zur Vereinbarung einer Verfassung berufene Nationalversammlung aber, aus 402, meist unbedeutenden, Mitgliedern bestehend (alle hervorragenden Persönlichkeiten befanden sich in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt), geriet in immer schärferen Gegensatz zur Regierung und faßte unter dem Drucke der Volksbewegung die bedenklichsten Beschlüsse.

Der König besprach sich in Potsdam auch mit dem Freiherrn von Bismarck, und dieser riet aufs nachdrücklichste zu scharfem Auftreten. Dazu entschloß sich Friedrich Wilhelm denn auch, als vor den Mißhandlungen der Volksmassen schließlich sogar der Ministerpräsident kaum geschützt werden konnte. Ein neues, konservatives Ministerium Brandenburg-Manteuffel ward berufen und die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt. Als die Mehrheit trotzdem in Berlin ihre Verhandlungen fortsetzen wollte und die Steuerverweigerung beschloß, rückte Wrangel in die Stadt, ließ den Sitzungssaal schließen und verhängte über Berlin am 12. November den Belagerungszustand. Die Versammlung in Brandenburg mußte wegen Beschlußunfähigkeit aufgelöst werden, und nun gab der König aus eigener Machtvollkommenheit (oktroyierte) eine Verfassung, die aber nur in sehr wenigen Punkten von dem Entwurf der Kommission der Nationalversammlung abwich. So hatte jetzt die Regierung einen völligen Sieg davongetragen. Nachdem 1849 ein neues Wahlgesetz auf Grund des Dreiklassensystems erlassen war, ward zur Revision der Verfassung eine neue Volksvertretung berufen, und Anfang 1850 nahm sie mit einigen Abänderungen die Verfassung an. — Nach derselben giebt es

2 Kammern: das **Herrenhaus**, bestehend aus teils erblichen, teils vom Könige ernannten, teils von den größeren Städten und den Universitäten gewählten Mitgliedern, und das Haus der **Abgeordneten**. Letzteres besteht aus den auf -- anfangs 3, jetzt — 5 Jahre gewählten (jetzt 433) Vertretern des Volks, und zwar ist die Wahl indirekt und offen. Die Urwähler geben nach Maßgabe ihrer Staatssteuern in 3 Klassen ihre Stimmen für Wahlmänner (auf je 250 Seelen) ab, die ihrerseits die mindestens 30 Jahre alten Abgeordneten zu wählen haben. Urwähler ist jeder selbständige Preuße, der 25 Jahre alt ist und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. — Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es herrscht Freiheit und Sicherheit von Person und Eigentum, Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Presse, der Meinungsäußerung durch Wort und Schrift, endlich Recht der Vereinsbildung und Versammlung ohne Waffen. Der **König** übt die vollziehende Gewalt; er beruft und schließt den Landtag; die Verfassung wird von ihm beschworen. Die Verantwortlichkeit für die Regierung tragen die **Minister** (deren es jetzt 9 giebt). Zu jedem **Gesetze** ist die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern erforderlich; auch der Staatshaushalt wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt*). Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Könige sowie jeder Kammer zu.

So hatte denn nach manchen Kämpfen auch in Preußen das konstitutionelle Prinzip, allerdings nicht nach englischer Schablone, den Sieg errungen. Unterdessen war auch die deutsche Frage entschieden.

Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt. Von angesehenen Männern liberaler Richtung wurde zuerst die Umgestaltung der Bundesverfassung in die Hand genommen. Am 5. März 1848

*) Darüber äußerte **Bismarck** am 24. Januar 1865 im Herrenhause: „Die Basis des konstitutionellen Lebensprozesses ist der Kompromiß. Auf diese Basis weist die preußische Verfassung um so notwendiger hin, als sie, von vielen anderen abweichend, auch in Bezug auf das Budget die Übereinstimmung der 3 Faktoren der Gesetzgebung verlangt. Keinem von ihnen legt die Verfassung die Verpflichtung auf, sich den beiden anderen oder einem der beiden anderen unterzuordnen, ebenso wenig — das Recht, ein: sic volo, sic iubeo auszusprechen, dem die anderen sich zu beugen hätten."

beschloß eine Versammlung in Heidelberg die Berufung eines deutschen Parlaments. Der Bundestag, der bereits notgedrungen die Censur aufgehoben und die deutschen Farben amtlich angenommen, mußte dem zustimmen, und am 31. März kamen an 600 Mitglieder deutscher Landtage in Frankfurt a. M. als Vorparlament zusammen, das für ganz Deutschland Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung ausschrieb. Schon hier traten die verschiedenen Parteien einander schroff gegenüber: die Einheit erstrebten alle, aber die einen eine republikanische, die andern eine nichtpreußische. 17 Vertrauensmänner der deutschen Regierungen waren zur Umgestaltung der Verfassung dem Bundestage zur Seite gestellt, und in ihrem Namen ward ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet von Dahlmann (s. S. 468), der schon 1832 das prophetische Wort gesprochen: „Wir haben einen Staat in Deutschland, der den wunderbaren Speer besitzt, welcher heilt zugleich und verwundet". So hatte sein Entwurf denn auch das preußische Kaisertum zur Voraussetzung. Er wollte einen Bundesstaat mit einem Oberhause, in welchem die regierenden Fürsten und 161 durch die Kammern gewählte Reichsräte saßen, ein aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgehendes Unterhaus und ein Erbkaisertum mit verantwortlichen Ministern. Über diesen Entwurf sich zu äußern, zögerte der Bundestag. So kam es, daß der Nationalversammlung keine Regierungsvorlage gemacht ward. War dies schon bedenklich, so mußten die frohen Hoffnungen auf eine gedeihliche Entwickelung der Dinge noch mehr herabgestimmt werden, wenn man sah, wie anfangs die radikalen Parteien überall über die Regierungen die Oberhand gewannen. Die republikanischen Aufstände in Baden und Posen, im einzelnen widerwärtig und fast lächerlich, wurden zwar bald unterdrückt, doch dauerte die Aufregung fort. „Seit März stockte Handel und Wandel in allen deutschen Landen. Niemand hatte Vertrauen auf den folgenden Tag."

Die aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangene deutsche Nationalversammlung trat, unter den größten Erwartungen des Volks und selbst durchdrungen von der Bedeutung ihrer Aufgabe, am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. zusammen. Unter den 586 Abgeordneten befanden sich

118 Professoren, während die grundbesitzenden und erwerbenden Klassen sehr wenig vertreten waren. Jubelnd begrüßt ward neben Uhland besonders E. M. Arndt, der sich vorkam „wie ein gutes, altes, deutsches Gewissen". Als die beiden bedeutendsten Männer der Versammlung, die auch meist Hand in Hand gingen, so verschieden ihr Wesen und ihre Erscheinung war, müssen H. v. Gagern und Dahlmann gelten. Jener legte als Präsident der Versammlung am 19. Mai die Aufgabe dar: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. — Deutschland will eins sein, regiert vom Willen des Volks unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen. Diese Mitwirkung auch den Staatsregierungen zu erwirken, liegt im Berufe dieser Versammlung".

Nachdem der Vorschlag eines dreigliedrigen Direktoriums zu großen Widerspruch gefunden, beschloß man, besonders mit Rücksicht auf die fortdauernden Aufstände, eine provisorische Centralgewalt zu errichten. Gagerns „kühner Griff" bewirkte, daß sie einem Reichsverweser übertragen wurde. Mit über 400 Stimmen ward hierzu gewählt Erzherzog Johann von Österreich, der namentlich im Süden Deutschlands wegen seiner schlichten Lebensweise — er hatte eine Postmeisterstochter zur Gattin — sehr beliebt war. Er ließ es nun aber gleich geschehen, daß der Präsident des durch Gesetz für aufgehoben erklärten Bundestags ihm, dem Reichsverweser, die Rechte und Vollmachten förmlich „übertrug" — als ob er nach freiem Gutdünken zu gunsten des Reichsverwesers abdanke. Nachdem dann ein gemäßigt liberales Reichsministerium eingesetzt war, machte sich die Versammlung nicht sofort an die schwierigste und wichtigste Aufgabe: die nationale Einheit zu begründen, namentlich die Reichsverfassung zu beraten, sondern sie setzte unter langen und bald langweiligen Verhandlungen zunächst die Freiheitsrechte des deutschen Bürgers fest, die für die Verfassungen der Einzelstaaten maßgebend sein sollten. Sehr bald aber zeigte sich, daß der Versammlung die Mittel fehlten, die Einzelregierungen, denen gar kein Einfluß auf die Centralregierung eingeräumt war, zur Ausführung der von ihr gefaßten Beschlüsse zu zwingen. Überhaupt herrschte die größte Verschiedenheit der Ansichten über

die Stellung zu den Regierungen. Während die einen unbedingte Unterordnung derselben verlangten, hofften andere sie zur Anerkennung der Beschlüsse zu überreden, um so mehr, da der Reichsverweser von den Regierungen anerkannt war. Als aber am 16. Juli der Reichskriegsminister in einem Rundschreiben den Reichsverweser als den höchsten Kriegsherrn bezeichnete, betrachteten die beiden Großmächte den Erlaß als nicht vorhanden. Auch in den Beziehungen zu den auswärtigen Mächten trat die Ohnmacht der Centralgewalt bald zu Tage.

Schleswig-Holstein hatte sich im März von der Verbindung mit Dänemark, das eine Einverleibung Schleswigs beabsichtigte, losgesagt und begann den Unabhängigkeitskampf, in welchem ganz Deutschland einmütig — eine seltene Erscheinung — auf seiten der Herzogtümer stand. Preußische Truppen unter Wrangel und Freischaren unterstützten die Schleswig-Holsteiner siegreich und drängten die Dänen aus Jütland. Aber die Einmischung fremder Mächte, besonders Rußlands, nötigte Preußen, alle errungenen Vorteile wieder aufzugeben und im August den nachteiligen Waffenstillstand von Malmö zu schließen, der den Dänen wieder Macht über Schleswig verschaffte. Die Nationalversammlung verwarf ihn anfangs, nahm ihn schließlich aber doch an; denn sie verfügte ja nicht über einen einzigen Soldaten! Nun entfesselte der von den Demokraten aufgereizte Pöbel am 18. September einen Aufstand in Frankfurt, bei dem die beiden Abgeordneten Fürst Lichnowsky und General Auerswald in scheußlichster Weise ermordet wurden. Das Reichsministerium erbat aus Mainz die Hülfe einiger Bataillone der beiden Großmächte, und die Barrikaden waren bald zusammengeschossen. Das Ansehen der Nationalversammlung aber war aufs schwerste geschädigt. Daß sie nur eine ideale Macht, nur moralisches Ansehen besaß, zu thatkräftigem Eingreifen aber ganz unfähig war, also auch nicht über Deutschlands Zukunft allein entscheiden konnte, hatte sich schon jetzt herausgestellt.

Die beiden Großmächte nun hatten ihr durch die Märzaufstände geschwächtes Ansehen längst wiedergewonnen, ehe die Reichsverfassung zu Ende beraten war. Über Preußen ist bereits berichtet (s. S. 482). Noch früher, schon im Oktober, war die Revolution in Wien niedergeworfen, nachdem hier den ganzen Sommer hin-

durch die wildeste Anarchie geherrscht, noch gesteigert durch den Aufstand der mit den Sardiniern verbündeten Lombarden und der Ungarn. Nachdem aber jene von Radetzky bei Custozza besiegt waren, entschloß sich endlich die Regierung zu thatkräftigem Eingreifen und fand bei den Kroaten und Slavonen, die von der magyarischen Herrschaft befreit sein wollten, Unterstützung. Der Ban Kroatiens, Jellachich, erhob sich gegen die Ungarn, und als nun von Wiener Demokraten ihnen Hülfe gebracht werden sollte, wandte er sich gegen die Hauptstadt und erstürmte sie im Vereine mit Windischgrätz, der in Böhmen schon die Ruhe wiederhergestellt hatte, nach mehrtägigen heftigen Kämpfen. Die Teilnehmer des Aufstandes wurden standrechtlich erschossen, mit ihnen der aus Frankfurt gekommene demokratische Abgeordnete Robert Blum. Außer in Ungarn war nun überall der Aufstand niedergeworfen. An Stelle Kaiser Ferdinands I., der dem Throne entsagte, übernahm die Regierung sein Neffe Franz Joseph, und der Minister Fürst Felix Schwarzenberg, höchst thatkräftig und entschlossen, wußte die wiedergewonnene Macht bald geltend zu machen. Bei den Unterhandlungen mit den Fürsten über die zukünftige Gestaltung des Bundes oder Reichs forderte er im Dezember die Aufnahme des gesamten, als Einheitsstaat konstituierten Österreich mit seinen 30 Millionen Nichtdeutschen in das deutsche Reich und wollte von einer Volksvertretung nichts wissen. Preußen hielt jetzt an einer solchen fest, die anderen Königreiche aber schlossen sich Österreich an.

Inzwischen hatte die Nationalversammlung in Frankfurt den am 19. Oktober endlich vorgelegten Entwurf einer Reichsverfassung zu beraten begonnen, und dabei war die Spaltung immer schroffer geworden. Den Kleindeutschen und Anhängern des Bundesstaats, die erkannten, daß eine innere Einheit nur durch Ausscheiden Österreichs herzustellen war, standen gegenüber die Großdeutschen und Verfechter des Staatenbundes, die Österreichs Verbleiben im Reiche forderten, entweder weil sie kein deutsches Land ausgeschlossen oder aber keine durchgreifende Einheit hergestellt wissen wollten. So war die Aufgabe, eine deutsche Einheit zu begründen, eine äußerst schwierige nicht allein wegen der sich gegenseitig hemmenden und durchkreuzenden republikanischen und monarchischen Bestrebungen,

sondern besonders wegen des alten Gegensatzes zwischen den beiden Großmächten innerhalb des Bundes, von denen keine gewillt war, sich aus Deutschland herausdrängen zu lassen oder der anderen sich unterzuordnen. Friedrich Wilhelm IV. selbst, dem die Kleindeutschen die Kaiserkrone zugedacht, glaubte an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Österreich und Preußen und verfocht eifrigst großdeutsche und zugleich mittelalterliche Anschauungen. Er wollte den Kaiser von Österreich als „römischen Kaiser“ ausgerufen und ihm für die wirkliche Regierung einen „deutschen König“ beigegeben wissen. Im deutschen Volke aber war das Streben nach Einheit noch nicht soweit entwickelt, daß es den bisherigen partikularistischen Gesinnungen das Gegengewicht gehalten hätte. „Das größte Übel ist der Mangel eines intelligenten, patriotischen Mittelstandes“, sagte damals der Abgeordnete Rümelin, der spätere würtembergische Kultusminister.

In den Dienst des kleindeutschen Gedankens traten in Frankfurt besonders H. v. Gagern und M. Duncker. Jener stellte am 26. Oktober den Antrag: das außerösterreichische Deutschland soll für sich einen engeren Bundesstaat bilden, der dann mit Österreich in einen weiteren Bund tritt, zog ihn aber vor der ersten Abstimmung zurück, und nun ging der Antrag des Ausschusses durch, daß zwischen deutschen und nichtdeutschen Ländern nur Personalunion, keine gemeinsame Verfassung, Regierung und Verwaltung herrschen solle. Das betraf unmittelbar die Stellung Österreichs. Dies wäre so in 2, nur durch Personalunion verbundene Hälften, Cis- und Transleithanien, zerrissen. Dazu stand aber in direktem Gegensatze Schwarzenbergs Forderung, während Friedrich Wilhelm den Plan eines Königskollegiums eifrigst verfolgte, ohne jedoch auch nur bei allen anderen Königen Beifall zu finden, während die übrigen Fürsten sich zurückgesetzt sehen mußten.

So zeigte sich Anfang 1849 eine traurige Spaltung überall. Beckerath aber sagte mit Recht: „Das Warten auf Österreich ist das Sterben der deutschen Einheit“. Durch die radikalen Parteien wurden schließlich in die Verfassung Bestimmungen hineingebracht, die auch für wahrhaft national gesinnte Fürsten unannehmbar sein mußten. Eine günstige Wendung der preußischen Politik im Gagernschen Sinne war auch nicht von Dauer. Die österreichischen

Gegenbestrebungen und der Beschluß der Frankfurter Versammlung, das allgemeine, gleiche, geheime Stimmrecht einzuführen, bewogen Friedrich Wilhelm wieder zum Anschluß an Österreich. Am 27. März hatte die Nationalversammlung endlich, nach stürmischen Verhandlungen, die Reichsverfassung zum Abschluß gebracht. Deutschland soll mit Ausschluß Österreichs ein monarchisch-konstitutioneller Bundesstaat werden mit einem erblichen Kaiser an der Spitze; neben ihm steht ein aus Staaten- und Volkshaus bestehender Reichstag, außerdem ein Reichsgericht. Daß zwischen dem zu begründenden deutschen Reiche und Österreich ein engerer Bund möglich sein werde, davon war die Mehrheit der Versammlung überzeugt. Am 28. ward Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen (248 enthielten sich) zum erblichen deutschen Kaiser gewählt. Von der Entschließung des Königs hing Gelingen oder Scheitern des ganzen Verfassungswerkes ab.

Es begaben sich jetzt 33 Abgeordnete, an ihrer Spitze der Präsident Simson (Gagern hatte am 18. Dezember den Vorsitz im Reichsministerium übernommen), nach Berlin. Der König hatte am 18. März an Arndt geschrieben: „Die große Versammlung, die sich Deutsche Reichs- oder Nationalversammlung nennt, — hat weder eine Krone zu geben noch zu bieten. Sie hat eine Verfassung zu entwerfen und demnächst mit allen von ganz Europa anerkannten regierenden Herren und Fürsten Deutschlands zu vertragen“. So gab er denn am 3. April den Abgesandten die Erklärung: wenn er auch die Stimme des deutschen Volks im Beschlusse der Versammlung erkenne, so müßten doch erst die Regierungen prüfen —, ob die Verfassung eine kräftige Reichsgewalt möglich mache. Er lehnte also die Kaiserkrone vorläufig ab; die meisten Abgesandten aber sahen darin eine endgültige Ablehnung. Nun hatten zwar 29 Regierungen den Beschlüssen der Nationalversammlung zugestimmt. Da aber die übrigen, und namentlich alle Königreiche außer Würtemberg, eine Anerkennung der Reichsverfassung verweigerten (Preußen lehnte am 28. April definitiv die Kaiserwürde ab), so hielt das Parlament eine Verständigung über Abänderungen der Verfassung, zu der Preußen aufgefordert hatte, für aussichtslos. Nun brachen bald neue Empörungen in Sachsen, Rheinpreußen, Baden und der Pfalz

aus, bei denen die Durchführung der Reichsverfassung nur das Aushängeschild, der eigentliche Zweck aber die Errichtung einer Republik war.

In Baden, wo im Laufe des Jahres 1848 schon zweimal republikanische Aufstandsversuche erfolglos stattgefunden, nahm die Revolution größere Ausdehnung an. Die Truppen traten zu den Aufständischen über, und politische Abenteurer aus Frankreich, Polen, Ungarn und der Schweiz schlossen sich an. Der Pole Mieroslawsky führte den Oberbefehl, der volksfreundliche Großherzog mußte flüchten, bald herrschte in ganz Baden völlige Anarchie. Schon schien der Aufstand auch nach Hessen und Würtemberg sich zu verpflanzen. Da war es die preußische Hülfe, die, wie in Dresden und in der Pfalz, so auch in Baden die Entscheidung zu ungunsten der Revolution herbeiführte. Am 8. Juni erhielt der Bruder des Königs, der Prinz von Preußen, den Oberbefehl über die Truppen und begann einen förmlichen Feldzug. In 6 Wochen war der Aufstand zu Boden geworfen. Die Republikaner hatten sich, soweit sie nicht in die Schweiz geflüchtet waren, nach Rastatt gewandt, das sich am 23. Juli ergeben mußte. Einige Haupträdelsführer wurden erschossen, der Dichter Kinkel zu lebenslänglicher Strafarbeit verurteilt (es gelang ihm, nach 1 Jahre zu entkommen). Der Großherzog kehrte am 18. August nach Karlsruhe zurück.

Diese republikanischen Aufstände hatten die deutsche Einheitsbewegung völlig zum Scheitern gebracht. Die gemäßigte Mehrheit der Nationalversammlung sah die vorläufige Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König als ein „Scheitern im Hafen" an. Statt den Ausgang der Verhandlungen mit den deutschen Fürsten abzuwarten, ließ sie völlig den Mut sinken. Nach und nach schieden alle gemäßigten Mitglieder aus. Ein kleiner Rest (auch Uhland war darunter, der in Frankfurt den Ausspruch gethan: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Öles gesalbt ist"), meist republikanisch gesinnt, verlegte den Sitz der Versammlung nach Stuttgart, wählte eine Reichsregentschaft und versuchte eine allgemeine Volkserhebung ins Leben zu rufen. Aber noch ehe der Aufstand in Baden ganz niedergeworfen war,

löste die würtembergische Regierung dies sog. Rumpfparlament mit Gewalt auf. Das Werk der Nationalversammlung war völlig gescheitert.

C. Die preußischen Unionsbestrebungen.

Der Dreikönigsbund und das Erfurter Parlament. Friedrich Wilhelm IV. war nach der vorläufigen Ablehnung der Kaiserkrone durchaus nicht gesonnen, die deutsche Sache aufzugeben, nur sollte die Einheit mit freier Zustimmung der Fürsten zustande kommen. Am 28. April 1849 lud er „diejenigen deutschen Regierungen, welche zu weiteren Beratungen mit Preußen über die fernere Entwickelung des Verfassungswerkes geneigt sind", zu Konferenzen in Berlin ein. Ende Mai gelang es, mit Sachsen und Hannover das „Dreikönigsbündnis" zu vereinbaren. Eine Reichsverfassung ward entworfen, die der Frankfurter ähnlich war. Sie sicherte nicht nur eine machtvolle Centralgewalt, sondern gewährte auch manche Freiheiten. Daher versammelten sich frühere Frankfurter Abgeordnete (die sog. „Erbkaiserpartei", die zuerst bei den Verhandlungen über die Oberhauptsfrage Januar 1849 geschlossen aufgetreten war) als eine Art Nachparlament in Gotha und erklärten, die Regierungen seien zum Anschluß an den Verfassungsentwurf und alle Deutschen zur Förderung des Werks aufzufordern. Preußens Ansehen stieg in jener Zeit gewaltig durch die Niederwerfung der republikanischen Aufstände, während das österreichische Heer unter Windischgrätz von den aufständischen Ungarn unter Kossuth so geschlagen ward, daß Kaiser Franz Joseph sich entschließen mußte, Rußlands Hülfe anzurufen. Wäre jetzt der preußische König thatkräftig und zielbewußt vorgegangen, so hätte sein Versuch, durch Verständigung mit den übrigen Fürsten die deutsche Reichsverfassung zu begründen, vielleicht Erfolg gehabt. Aber Friedrich Wilhelm wollte auch nicht den mindesten Zwang ausüben. Nun waren zwar jene Regierungen, die sich einst für die Frankfurter Verfassung erklärt, der „Union" (so ward der geplante Bundesstaat später genannt) beigetreten, außer Würtemberg. Aber sicherer Boden war nicht gewonnen. Hatten doch Sachsen und Hannover sofort erklärt, sie müßten zurücktreten, falls Bayern sich nicht anschlösse.

Nachdem nun die Russen das letzte ungarische Heer unter Görgey im August zur Kapitulation von Vilagos gezwungen, da mischte sich Schwarzenberg wieder in die deutschen Angelegenheiten ein. Er verwahrte sich gegen jede politische Organisation Deutschlands ohne Österreich und drängte Preußen zum Vertrage vom 30. September: eine Bundeskommission (2 Österreicher und 2 Preußen) soll die vom Reichsverweser niedergelegte Centralgewalt in Deutschland zunächst bis zum 2. Mai 1850 übernehmen. Also Österreich that, als ob die Rechte des Bundestags nie untergegangen seien! Nun erklärten die deutschen Könige und der Kurfürst von Hessen ganz offen ihre Abneigung, sich Preußen irgendwie unterzuordnen. Überall ward das Wort des Würtembergers verbreitet: „Ich unterwerfe mich keinem Hohenzollern". Bayern brachte Februar 1850 einen Vierkönigsbund im österreichischen Sinne zustande. Zwar versuchte Preußen mit den treugebliebenen Fürsten die „Union" zum Abschluß zu bringen. März 1850 ward in Erfurt ein Parlament eröffnet, das den Verfassungsentwurf bestätigte (der Abgeordnete v. Bismarck hatte dagegen gesprochen und verlangt, es sollten „dem altpreußischen Geiste — nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie wollen" — mehr Zugeständnisse gemacht werden). Der König aber wollte vor Einsetzung der verfassungsmäßigen Unionsregierung erst einen weiteren Bund mit Österreich schließen. Er scheute eben den Bruch mit der anderen Großmacht und erkannte nicht, daß der, welcher den Bundesstaat ohne Österreich wollte, zum Kampfe mit Österreich entschlossen sein mußte.

Der Olmützer Vertrag. September 1850 eröffnete Österreich den alten Bundestag wieder und forderte von Preußen Anerkennung der früheren Bundesverfassung und Auflösung der Union. Sollte es schon jetzt zum Kriege zwischen den beiden Großmächten kommen? Manche Kreise, auch der Bruder des Königs, dachten daran. Friedrich Wilhelm aber suchte die Vermittelung des Zaren Nikolaus nach, des Feindes jeder freiheitlichen Regung, und der trat entschieden in allen streitigen Fragen auf Österreichs Seite. Es handelte sich außer der deutschen noch um die holsteinsche (s. unten) und kurhessische. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Hessen, „wohl der unseligste Mensch unter seinen fürstlichen

Zeitgenossen", hatte die Verfassung aufgehoben, wollte widerrechtlich Steuern eintreiben lassen und wandte sich gegen den Widerstand seines Volks um Hülfe an den wiederhergestellten Bundestag; an die Union kehrte er sich nicht mehr. Nun rückten von Süden Bayern und Österreicher, von Norden Preußen in Hessen ein, jene im Auftrage des Bundestags, diese im Namen der Union. Österreich forderte unter Kriegsdrohung die Räumung Kurhessens, Anerkennung des Bundestags und Auflösung der Union. Sollte Preußen Widerstand leisten? Rußland war offen auf Österreichs Seite getreten, und so entschied der König schließlich (gegen die Ansicht seines Bruders): da Preußens Kraft nach der Meinung der Mehrheit der Minister für einen Krieg nicht ausreiche, so wolle er gegen seine Überzeugung nachgeben, mit dem Wunsche, die Mitglieder der Majorität möchten nie in die Lage kommen, den „nach seiner Überzeugung verderblichen Entschluß" zu bereuen. Der Minister Manteuffel*) schloß im November 1850 den Olmützer Vertrag, durch den Preußen in alle Forderungen Österreichs willigte. Hiernach ward auch Schleswig-Holstein wieder an Dänemark ausgeliefert.

D. Der schleswig-holsteinsche Krieg.

Die Verfassungs- und Thronfolgefrage. Zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein bestand seit 1460 Personalunion (s. Bd. II, S. 222 f.). Die Herzogtümer — Schleswig ein dänisches, Holstein ein deutsches Lehen — waren durch Realunion vereint und unbedingt selbständig, wenn auch die Verwaltung des Heeres, der Flotte und der Finanzen, sowie die Leitung der auswärtigen Politik von Kopenhagen aus für den Gesamtstaat erfolgten. 1815 hatte Dänemark noch das Herzogtum Lauenburg erhalten und war hierfür wie für Holstein in den deutschen Bund eingetreten. In Dänemark war nun 1660 die weibliche Erbfolge festgesetzt, in Holstein aber — und da die Herzogtümer „auf ewig ungeteilt" bleiben sollten,

*) Graf Brandenburg hatte in Warschau am 28. Oktober mit Rußland und Österreich ein vorläufiges Einvernehmen erzielt und war durchaus gegen kriegerische Maßregeln, wünschte vielmehr Fortsetzung der Unterhandlungen. Sein plötzlicher Tod am 6. November veranlaßte die Sage, er sei ob Preußens Schmach an gebrochenem Herzen gestorben.

auch in Schleswig also — galt nur männliche. So versuchte denn, um eine Zerstückelung des Reichs und jedenfalls die Loslösung Schleswigs zu hindern, schon Friedrich VI. (gest. 1839) die weibliche Erbfolge auch auf die Herzogtümer auszudehnen, und er ward in seinem Bestreben von der seit der Julirevolution emporgekommenen Partei der „Eiderdänen" unterstützt, die Dänemark bis zur Eider, dem Grenzfluß zwischen Schleswig und Holstein, ausdehnen wollten. Christian VIII. (seit 1839) verfolgte dasselbe Ziel und suchte die inneren Zustände der Herzogtümer immer mehr mit den dänischen zu verschmelzen. Die Eiderdänen tobten gegen das Deutschtum, und eine gewaltige Aufregung entstand in den Herzogtümern, ja in ganz Deutschland. Die öffentliche Meinung nahm aufs entschiedenste Partei für die Augustenburger, die jüngere männliche Linie; dabei ward aber die Verfassungs- und Thronfolgefrage oft nicht auseinandergehalten. Die Großmächte jedoch wollten die Integrität der dänischen Gesamtmonarchie mit Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht, und deshalb erließ Christian VIII. 1846 den „Offenen Brief", der die Unverletzlichkeit des Gesamtstaates sichern will, wenn auch für einzelne Teile Holsteins die weibliche Erbfolge nicht bestimmt ausgesprochen werden könne. Dies erregte in ganz Deutschland die größte Entrüstung (s. S. 477); selbst der Bundestag erklärte sich für die Herzogtümer.

1848 bestieg Friedrich VII. den dänischen Thron; er war kinderlos, und das Aussterben des dänischen Königshauses im Mannsstamme stand bevor. Deshalb nötigten die Eiderdänen den König, der die Rechtsbeständigkeit der Verbindung der Herzogtümer am 28. Januar anerkannt hatte, die Einverleibung Schleswigs in Dänemark auszusprechen. Das uralte Verfassungsrecht (denn um die Erbfolge handelte es sich ja nicht: der Monarch aus dem Mannsstamme herrschte noch) war also mit Füßen getreten.

Der vergebliche Freiheitskampf und das Londoner Protokoll. Schleswig-Holstein erhob sich, der Augustenburger rief den Schutz des preußischen Königs an, und dieser, eingedenk der Äußerung von Radowitz: wer in Schleswig-Holstein kräftig eingreife, setze sich damit an die Spitze Deutschlands, sandte Truppen

unter Wrangel zu Hülfe, sah sich aber bald zum Waffenstillstand genötigt (s. S. 486). Vorher hatte die Nationalversammlung in Frankfurt 6 Millionen Gulden bewilligt zum Bau einer deutschen Flotte, für die auch Privatbeiträge zahlreich zusammenkamen. Nach Ablauf des Waffenstillstands führten 1849 Reichstruppen und Schleswig-Holsteiner den Krieg mit Glück fort. Aber die drohende Haltung Rußlands und Englands bestimmte Preußen abermals zum Abschluß eines Waffenstillstands, dem, so großen Unwillen er auch im Volke erregte, Juli 1850 der Friede folgte. Die Schleswig-Holsteiner, sich selbst überlassen, wurden zwar bei Idstedt von den Dänen geschlagen, kämpften jedoch unerschrocken weiter, und die Dänen konnten Holsteins Widerstand nicht brechen. Jetzt forderte Rußland, unter Zustimmung Österreichs, die Intervention des deutschen Bundes, der doch von Rechts wegen gar nicht bestand. Die deutsche und die schleswig-holsteinsche Frage waren so unmittelbar miteinander verknüpft — und Preußen gab in Olmütz in beiden nach. „Die preußischen Hunde bellen, aber sie beißen nicht“, sagte man damals in Kopenhagen.

Der nun hergestellte deutsche Bund verlangte Einstellung der Feindseligkeiten, österreichische Truppen rückten in Holstein ein, und die Herzogtümer wurden Dänemark ausgeliefert gegen die Zusage, die Rechte derselben zu wahren. Die Großmächte bestimmten dann 1852 im Londoner Protokoll, ohne den Anspruch der jüngeren Augustenburger Linie zu beachten, daß in der ganzen Monarchie Christian von Glücksburg folgen und dabei die Verbindung von Schleswig und Holstein erhalten bleiben solle. Gegen Christians Nachfolge nichts zu unternehmen, hatte der Augustenburger gegen eine Abfindung von $1^1/_2$ Millionen Thalern versprochen; auf seine Rechte überhaupt hatte er aber nicht verzichtet.

In den Herzogtümern begann nun infolge des Deutschenhasses der dänischen Beamten eine selbst von Schwarzenberg als unerträglich und deshalb auch unpolitisch bezeichnete Tyrannei, der gegenüber die Bevölkerung aber ihre ruhige Standhaftigkeit bewahrte. Zu sichtbarem Zeichen aber, wohin es mit der deutschen Einheit gekommen, wurde 1852 die deutsche Flotte auf Befehl des Bundestags öffentlich versteigert. Die meisten der Schiffe kaufte Preußen.

Kap. 17. Die Zeit der Reaktion (1852—1858).

Allgemeines. Zerronnen waren alle im Anfang des Jahres 1848 gehegten Hoffnungen, Pläne und Wünsche, zerronnen trotz der Geisteskämpfe und trotz des Schlachtendonners. Wenn es eine Zeitlang geschienen, als ob die Sonne der Einheit und Freiheit herrlich aufgehen wolle, so bedeckten jetzt wieder dichte, trübe Wolken den Himmel. Deutschland war und blieb ein loser Staatenbund; in vielen Einzelstaaten wurden die „Märzerrungenschaften" wieder beseitigt. Aber doch hatten jene Jahre wichtige Folgen für die Zukunft. Der Gedanke der nationalen Einheit war aus der Region „nebelhafter Träumereien und zerfahrener Meinungen herausgeholt, die politische Gestalt und Formulierung für ihn gefunden". Man hatte erkannt, daß die Frage, welche Macht die Einheit zu begründen habe, zuerst gelöst werden müsse; und daß nur auf Preußen die Hoffnungen der deutschen Zukunft beruhten, daß die preußischen und deutschen Interessen zusammenfielen, das wurde bald immer mehr die Überzeugung aller klar und unbefangen Denkenden.

Zunächst allerdings sank Preußens Ansehen von Jahr zu Jahr. Der aus der Totenkammer hervorgeholte Bundestag diente auch ferner als Kampfmittel gegen Preußen in den Händen Österreichs, wo die Revolution mit einer Verschärfung des alten, centralisierenden Absolutismus geendet hatte. Der Gegensatz zwischen den beiden Großmächten ward nach und nach immer schroffer. Die Mittelstaaten drangen 1852 auf Aufnahme Österreichs in den Zollverein, der damals zu erneuern war, und beinahe wäre die wenigstens auf diesem Gebiete erreichte Einheit auch verloren gegangen. Doch wurden schließlich die alten Verträge auf 12 Jahre erneuert, und auch Hannover und Oldenburg traten bei. Dies war ein Sieg Preußens über Österreich, mit dem 1853 ein besonderer Handelsvertrag abgeschlossen ward. Und auch in der orientalischen Frage konnte Österreich den preußischen Staat nicht zu blinder Gefolgschaft herabdrücken.

Der Krimkrieg 1854—1856. Louis Napoleon, der Sohn des einstigen Königs von Holland, hatte durch geschickte Agitation und den Zauber eines berühmten Namens 1848 die Präsidentschaft

der französischen Republik erlangt und strebte von Anfang an mit großer Schlauheit danach, sich die Alleinherrschaft zu verschaffen. Durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 gelang es ihm, die gesetzgebende Versammlung aufzulösen; das zur Abstimmung in Urwahlen berufene französische Volk nahm die neue Verfassung an, durch die Napoleon Präsident auf 10 Jahre wurde, und 1 Jahr darauf ging er als Kaiser der Franzosen aus einer abermaligen Volksabstimmung hervor. Dem souveränen Volke also war das 2. Kaiserreich verantwortlich, und deshalb ließ es sich die Befriedigung der Interessen des 4. Standes, der Arbeiter, besonders angelegen sein durch viele Bauten, Errichtung von Anstalten u. ä., während das Bürgertum erst allmählich durch den sich hebenden Wohlstand des Landes mit dem Kaisertum ausgesöhnt wurde. Nach außen aber erwartete Frankreich von einem Napoleon vor allem glänzende Thaten und Machterweiterung, und der Kaiser dachte diese zu erreichen nicht durch Eroberungen, sondern durch Eingehen auf die nationalen und freiheitlichen Bestrebungen der Zeit. Da bot ihm nun Rußland den willkommenen Anlaß, aus seiner anfangs recht isolierten Stellung den anderen, ihn mißtrauisch beobachtenden Großmächten gegenüber herauszutreten.

Zar Nikolaus, einer der selbstbewußtesten Herrscher, die je gelebt, nahm die alte, russische Eroberungspolitik gegen die Türkei, „den kranken Mann“, wieder auf. In rücksichtsloser Weise ließ er vom Sultan die Schutzherrschaft über die griechische Kirche in der ganzen Türkei fordern und, als dies natürlich abgelehnt wurde, die Donaufürstentümer als „Pfand“ besetzen. Jetzt, wo das Bestehen der Türkei in Frage stand, hatte Napoleon die erwünschte Gelegenheit, als Verteidiger des „europäischen Gleichgewichts“ gegen das absolutistische Rußland mit dem parlamentarischen England einen Bund zu schließen, dem später auch das Königreich Sardinien beitrat. Selbst Österreich, das doch den Russen für die Unterwerfung Ungarns Dank schuldete, entschloß sich bald zu bewaffnetem Einschreiten. Damit war die „heilige Allianz“ gesprengt.

Nachdem die Russen 1854 zum Rückzuge über den Pruth gezwungen waren, besetzte Österreich mit Zustimmung der Pforte die Donaufürstentümer. Der Krieg drehte sich dann um die Eroberung

Sebastopols auf der Krim. Tottleben verteidigte diese wichtige Seefestung genial, die Verbündeten konnten nur die Südseite belagern und erlitten gewaltige Verluste, hielten sich aber trotz aller Schwierigkeiten und trotz der Cholera. Da starb Nikolaus 1855, und als nun im September der äußerst tapfer verteidigte Malakoffturm von den Franzosen erstürmt war, schloß Alexander II. schon Anfang 1856 den Pariser Frieden. Die Christen in der Türkei wurden unter den Schutz aller Großmächte gestellt, Rußland durfte auf dem Schwarzen Meere fortan nur soviel Kriegsschiffe halten als die Türkei. Donaumündungen und Schwarzes Meer standen dem allgemeinen Verkehre frei.

Österreich und Preußen während des Krimkriegs. Der Gegensatz zwischen den beiden deutschen Großmächten ward durch diesen Krieg nur noch gesteigert. Für Friedrich Wilhelm IV. hatte im Gegensatze zu den Anschauungen seines Bruders die Neutralität von Anfang an festgestanden, und sie entsprach damals auch wohl den Interessen des Staats. Der König war auch stets in Besorgnis, Napoleon könne den „Tigersprung" gegen Deutschland thun, und so ging er denn, nachdem er anfangs es abgelehnt hatte, am 20. April 1854 ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich ein, in welchem letzteres nochmals seinen übermächtigen Einfluß auf Preußen zum Ausdruck brachte und sich allein den Vorteil sicherte. Dieser Vertrag aber war ohne Wissen des preußischen Bundestagsgesandten Otto von Bismarck geschlossen.

Aus altmärkischer Familie stammend (geb. 1. April 1815 zu Schönhausen) hatte Bismarck in seiner Jugend zwar die Freiheit in vollen Zügen genossen, dabei aber stets anregender Thätigkeit sich hingegeben. Geschichte und Geographie zog ihn von jeher an, und nach seiner eigenen Äußerung ging ihm früh durch gründliches Studium der ungemein farbenreichen Karte Deutschlands die „Naturwidrigkeit" solches Gebildes auf. Seine politische Laufbahn begann er als Mitglied des Vereinigten Landtags (s. S. 475). Hier wie im Erfurter Parlamente (s. S. 492) vertrat er stets sehr konservative und „stockpreußische" Ansichten. Die Frankfurter Krone wies er zurück: Preußen solle Preußen bleiben und alle Unionsbestrebungen abweisen, damit nicht das Königtum verschwimme „in der fauligen Gärung süddeutscher Zuchtlosigkeit". Den Bund mit

Österreich hielt er für unbedingt erforderlich und sah die Schmach von Olmütz für eine heilsame Umkehr des Staats an. Man hielt ihn daher für einen Reaktionär vom reinsten Wasser, für einen „Junker", der am liebsten die Verfassung sofort beseitigen würde. In manchen Kreisen galt er auch als tollkühner Wagehals. Jedenfalls aber war er erfüllt von dem Streben, Preußens Macht und Ansehen zu heben; über die Mittel und Wege zu diesem Ziele jedoch sollte er in Frankfurt, wohin er 1851 als Bundestagsgesandter kam, andere Anschauungen gewinnen. Hier ward er in das eigentliche Gebiet der hohen Politik eingeführt, und war er bislang der treuste Anhänger Österreichs gewesen, so erkannte er jetzt sehr bald die Unhaltbarkeit der deutschen Verhältnisse und die rücksichtslose Politik Österreichs gegenüber Preußen, das nach dem Ausspruche Schwarzenbergs „erst erniedrigt, dann vernichtet" werden sollte. Dieser verwandelte so den bisherigen Verehrer Österreichs in den gefährlichsten Feind seiner eigenen Bundespolitik.

Bismarck ließ es sich zunächst angelegen sein, jenen Vertrag vom 20. April 1854 für Preußen unschädlich zu machen, und that damit den ersten Schritt zur Abschüttelung der österreichischen Diktatur in Deutschland. Auf sein Betreiben lehnte der Bund 1855 es ab, Österreich bei seinem Vorgehen gegen Rußland mit Truppen zu unterstützen; die Mittelstaaten schlossen sich dem Vorgehen Preußens an, und aus ihrer Mitte wurde die Überzeugung laut, Preußen werde es als seine Ehrenpflicht erkennen, „diese hegemonische Stellung festzuhalten und sie keiner der Zumutungen oder Verlockungen zu opfern, welche ihm in partikularistischem Sinne gestellt werden könnten". Leider war diese Haltung der Mittelstaaten nur eine vorübergehende, und wie wenig die übrigen Großmächte Preußen als voll ansahen, zeigte sich bei den Friedensverhandlungen in Paris. Anfänglich ward es, besonders auf Betreiben des englischen und des österreichischen Gesandten, gar nicht zugezogen, und als dies schließlich doch geschah, ließ man den preußischen Ministerpräsidenten v. Manteuffel — im Vorzimmer warten und forderte schließlich die Unterzeichnung eines Protokolls über eine Verhandlung, bei der er gar nicht zugegen gewesen.

So behandelte man das Preußen der Reaktionszeit, und das Ansehen des Staats sank immer tiefer. An einer festen und

sicheren Oberleitung fehlte es. Die freie Bewegung ward durch eine allmächtige Polizei auf allen Gebieten unterdrückt. Den Versuchungen allerdings, die Verfassung einfach aufzuheben, widerstand der König. Aber in der Volksvertretung hatten die reaktionär Gesinnten bald so sehr das Übergewicht, daß durchaus nicht im Sinne der Verfassung regiert ward. Es herrschte eine übermütige, „kleine, aber mächtige" Clique, das Beamtentum war von den Parteien durchsetzt; dazu kam in kirchlicher Hinsicht eine so strenggläubige Richtung, daß die Heuchelei nicht ausblieb. Die katholische Kirche stand in dieser Zeit bald auf dem Höhepunkte ihrer Macht: sie besaß die völlig selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten.

Ausgang Friedrich Wilhelms IV. Die letzten Lebensjahre des Königs gestalteten sich trüber und trüber. Die Spannung mit Österreich ward erhöht durch die Neuenburger Angelegenheit. Das kleine Ländchen, 1814 an Preußen zurückgefallen, hatte sich 1848 zur Republik erklärt. Ein royalistischer Aufstand ward 1856 niedergeschlagen, und als Friedrich Wilhelm seine Ansprüche durchzusetzen suchte, mißbilligte Österreich das bewaffnete Vorgehen und nötigte so den König, die Vermittelung Napoleons anzunehmen. 1857 verzichtete Preußen endgültig auf Neuenburg. Dagegen war sein Gebiet vergrößert worden durch die Erwerbung der hohenzollernschen Lande und des Küstengebiets an der Jahdemündung — letzteres von großer Bedeutung für die Gründung einer preußischen Flotte. — Schon länger hatte sich beim Könige ein Gehirnleiden bemerkbar gemacht. Es verschlimmerte sich bald so, daß er seinem Bruder erst wiederholt die Stellvertretung, dann 1858 die Regentschaft übertragen mußte.

Der hochbegabte, edeldenkende Fürst hatte wegen seiner unklaren, schwankenden Gefühlspolitik alle seine Pläne scheitern sehen, und Preußens Machtstellung war immer tiefer gesunken. — Segensreich und erfreulich war die Regierung Friedrich Wilhelms IV. nur auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, und da scheint es angemessen, die Betrachtung im Zusammenhange bis zur jüngsten Zeit hinab auszudehnen.

Kunst und Wissenschaft unter und seit Friedrich Wilhelm IV. Der Bayernkönig Ludwig I. (1825—1848) hatte sein Wort, er

wolle aus München eine Stadt machen, die Deutschland zur Ehre gereiche, bewahrheitet und einen mächtigen Aufschwung der bildenden Künste herbeigeführt. An den seitdem von Bayerns Fürsten ruhmreich fortgesetzten künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen beteiligte sich nun auch der bislang auf diesem Gebiete etwas zurückgebliebene preußische Staat, und die großartige Förderung, die der König mit feinem Verständnis solchen Bemühungen angedeihen ließ, machte bald Berlin unter ihm neben München zum Brennpunkt des geistigen Lebens in Deutschland.

Vor allem entstand eine neue deutsche bildende Kunst.

In der **Baukunst** hatte der geniale Schinkel (s. S. 311) seinen Werken die Reinheit und Regelmäßigkeit der griechischen Architektur eingeprägt. In seinem Sinne wirkte Stüler weiter, der Schöpfer des Neuen Museums und der Nationalgalerie. Die romantische Richtung war vertreten besonders durch Zwirner, den Dombaumeister in Köln; an dem Fortbau dieses großartigsten aller gotischen Dome nahm Friedrich Wilhelm IV. den regsten Anteil, übernahm 1841 das Protektorat des im Jahre zuvor gebildeten Dombauvereins und legte 1842 persönlich den Grundstein.

In der **Bildhauerkunst** gab nach dem Vorgange Thorwaldsens (s. S. 310 f.) die Idealität der griechischen Plastik mit ihrer edlen Einfachheit vor allem Rauch wieder durch sein Grabmal der Königin Luise in Charlottenburg und das Reiterstandbild Friedrichs des Großen in Berlin. Zu Rauchs Schülern gehört der Schöpfer des Schiller- und Goethedenkmals in Weimar, Rietschel, und dessen Jünger wieder sind Schilling und Donndorf, jener durch das Nationaldenkmal auf dem Niederwalde, dieser durch das Lutherdenkmal in Worms berühmt.

In der **Malerei** war durch 4 deutsche Künstler, die sich in Rom zusammenfanden und Freskogemälde ausführten, Schadow, Cornelius, Overbeck und Veit, ein völliger Umschwung herbeigeführt, den Carstens (s. S. 310) bereits eingeleitet hatte. Um die Weiterentwickelung dieser romantischen Richtung machte sich besonders Ludwig I. von Bayern verdient. Er berief 1825 aus Düsseldorf Cornelius, und dieser geniale Meister, von ebenso unvergleichlicher Kühnheit wie Schärfe des Ausdrucks, gründete nun die Münchener Malerschule, während die Düsseldorfer unter

Schadow sich selbständig und zum Teil im Gegensatze zu jener entwickelte. Denn die Düsseldorfer „erstreben das Gefällige und Zarte, sie zeigen eine edle Innigkeit und liebevolle Hingabe an die Natur", während Cornelius einen strengen Idealstil entwickelte. 1841 berief ihn Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin. Hier entwarf er seine Zeichnungen für den Campo Santo, hier schuf später sein Schüler Kaulbach die Wandgemälde im Neuen Museum, in denen er seine ideale Auffassung des geschichtlichen Lebens in hoher Meisterschaft bekundete. Während Schnorr von Carolsfeld (seit 1848 in Dresden) an Cornelius' Kunstweise festhielt, durchbrach Kaulbach sie schon, ohne jedoch eine neue zu begründen. Dies that nun Menzel. Durch ihn kommt im Gegensatze zur klassischen Richtung der Realismus zur Geltung, der die Wirklichkeit auch in den kleinsten Einzelheiten treu wiedergeben will, dabei weniger auf einheitliche Darstellung als auf koloristische Wirkung Gewicht legt. Menzel schildert besonders die Zeit Friedrichs des Großen in solcher Weise, weiß aber auch modernes Volkstum ebenso wahr und treu wiederzugeben. Diese realistische Richtung ward in München besonders von Piloty in seinen geschichtlichen Gemälden zu weiterer Vollendung geführt.

Immer mehr tritt unter den Künsten die Malerei in den Vordergrund und entlehnt ihre Stoffe meist dem modernen Leben. Dabei wird, z. B. von Pilotys Schüler Makart und von dem talentvollen, aber eigenartigen Schweizer Böcklin, den blendenden, durch Kontraste sinnlich reizenden Farbenwirkungen oft die Wahrheit und Deutlichkeit geopfert. Die innige, lebens- und gemütsvolle Darstellung des Familien- und Volkslebens aber, wie sie L. Richter in Dresden zu so hoher Vollendung geführt hatte, wird nicht vernachlässigt, wie Knaus und Defregger beweisen. Als Landschaftsmaler ragen hervor die Düsseldorfer A. und O. Achenbach, während im Portrait Lenbach in München Hervorragendes leistet. Als Schlachtenmaler muß besonders Bleibtreu genannt werden.

Nahm in Bezug auf die bildenden Künste Berlin gerade durch die Teilnahme des Königs eine führende Stellung ein — jetzt gebührt sie München —, so war dies in der **Musik** weniger der Fall. Die romantischen Bestrebungen fanden vor allem in der Oper und im Liede ihren Wiederhall, und diese beiden Gattungen

treten nun immer mehr in den Vordergrund, während die Kammermusik in der aufgeregten Zeit keine rechte Pflege findet. Weber zeigt sich als Meister der romantischen Richtung schwungvoll, frisch, dabei echt volkstümlich vor allem in seinem „Freischütz“. In seinen Bahnen wandeln Marschner, der nur das Schauerliche, Dämonische oft zu sehr liebt, und Kreutzer, während Spohr leicht zu empfindungsvoll und phantastisch wird. Eine Vermittelung zwischen der klassischen und romantischen Richtung versuchten besonders Mendelssohn und Schumann, jener auch als Dirigent von großer Bedeutung. Im schroffsten Gegensatze dazu standen die Opern Meyerbeers, die besonders in Berlin Erfolg fanden. In ihnen ist es vor allem abgesehen auf raffinierte Effekte im Orchester und auf der Bühne, während Schönheit und Wahrheit und Sinn des Textes oft gänzlich vermißt werden. Nur wenige Stellen einzelner Opern, namentlich der „Hugenotten“, zeigen wirklich dramatisches Leben.

Auf ganz neue Bahnen ward die Oper geführt durch den genialen Rich. Wagner (geb. 1813, gest. 1883). Sein musikalisches Reformprinzip ist die „unendliche Melodie“, d. h. alle festen Formen, alle selbständigen Melodieen werden aufgelöst. An Stelle der Singstimme, die für sich allein gar nichts ist, tritt häufig das Orchester, in welchem die „Leitmotive“ anklingen oft ermüdend, oft aber auch meisterhaft miteinander verwoben, mit einem wunderbaren Reichtum von ungewöhnlichen Klangmischungen und einer Fülle von Wohllaut. Zwar spielen auch bei Wagner die scenischen Wirkungen eine große Rolle, aber nie einseitig, um ihrer selbst willen. Vielmehr stellt er alle Künste in den Dienst des einen Gedankens, des nationalen Musikdramas, zu dem er die Stoffe aus der deutschen Sage selbst dichterisch gestaltete. Um seine Gedanken möglichst rein durchzuführen und sein Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen“ (dessen Text an manchem Schwulst leidet) möglichst würdig zur Aufführung zu bringen, erbaute Wagner, von dem kunstsinnigen Ludwig II. von Bayern hochherzig unterstützt, das Festspielhaus zu Bayreuth, und daß dies zustande kam allein für und durch Wagner, ist eins der merkwürdigsten Ereignisse in der ganzen Kunstgeschichte. Das letzte Werk des Meisters, der „Parsifal“, mit seinem echt christlichen

Grundgedanken der Entsagung infolge tiefsten Mitleids, findet nur hier Aufführung. In den Zauberbann dieser deutschen Kunst aber tritt auch — eine seltene Erscheinung — das Ausland.

Ward aus der „Zukunftsmusik" Wagners die schlichte, alte Melodie verbannt, so findet dagegen das durch die Romantik wieder zu Ehren gebrachte und von Meistern wie Schubert, Schumann und Mendelssohn gepflegte Lied in den vielen Singvereinen und auf Sängerfesten fortgesetzt Beifall. — Neben Wagner sind als hervorragende Tonkünstler der neusten Zeit zu nennen Brahms und Bruch.

Unter den **Wissenschaften** erfuhren den mächtigsten Aufschwung die Geschichts- und die Naturwissenschaft. Es genügt, zum Beweise dessen Namen anzuführen wie Ranke, Dahlmann, Sybel, Häusser, Giesebrecht, Mommsen, Droysen, Duncker, und auf der anderen Seite Liebig, Weber, Gauß, Helmholtz, Dubois-Reymond, Kirchhoff, Virchow. Die Sprachwissenschaft war auf ganz neue Grundlagen gestellt durch Bopp und W. v. Humboldt, während Ritter Erdkunde und Geschichte in engste Verbindung gebracht hatte.

Hinter dem Interesse an den politischen und sozialen Fragen und hinter der Pflege der Wissenschaft und der tönenden und bildenden Kunst tritt der Sinn für die **Dichtung** mehr in den Hintergrund. Entsprechend der stets betonten Bedeutung der einzelnen Persönlichkeit findet die Lyrik, die subjektivste, freiste Gattung, den meisten Beifall. Einer der hervorragendsten Lyriker ist Emanuel Geibel (geb. 1815, gest. 1884), eine Zeitlang in München im Verkehr mit dem kunstsinnigen Maximilian II., der auch Bodenstedt und Heyse zu sich berief. Geibels Gedichte zeichnen sich ebenso durch Formvollendung wie durch Reichtum an edlen Gedanken aus. Neben ihm ragen besonders hervor Freiligrath und Storm, sodann Greif und Lingg.

Nächst der Lyrik wird am meisten angebaut der Roman: in ihm spiegeln sich am treusten die Bestrebungen der Zeit wieder. Auf dem Gebiete des geschichtlichen Romans, der die deutsche Vergangenheit neu zu beleben sucht, leisteten Rühmliches G. Freytag (geb. 1816) durch seine „Ahnen" und Victor Scheffel (geb. 1816, gest. 1886) durch seinen „Ekkehard". Neben beiden sind

besonders beliebt Dahn, Wichert und Jensen. Letzterer ragt auch in der Novelle hervor neben Storm, Heyse, K. F. Meyer, Riehl, während die volkstümliche Erzählung durch Auerbach, der bürgerliche Roman durch Freytag, der Tendenzroman durch Keller gepflegt wird. Als Humorist zeichnet sich vor allen Reuter aus, der in niederdeutscher Mundart schreibt.

Nachdem in der Reaktionszeit die Schicksalstragödie eines Werner, Grillparzer u. a. ihr Unwesen getrieben (als willenloses Werkzeug eines unerbittlichen Schicksals stellt sie die Menschen dar), schlugen im Drama eine gesundere Richtung ein vor allen Freytag, Gottschall und Wildenbruch.

Am wenigsten sagt der aufgeregten Zeit das ruhige Epos zu: nur Jordan leistete Hervorragendes in seinen in Stabreimen gedichteten „Nibelungen".

Kap. 18. Die Begründung des neuen deutschen Reichs unter Preußens Führung.

A. Die Zeit der Vorbereitung.

Wilhelm I. ward am 22. März 1797 geboren; in seine Jugendzeit fiel also der Zusammenbruch des preußischen Staats, und der junge, schwächliche Prinz mußte die traurige Flucht nach Ostpreußen mitmachen. Über sein Wesen schreibt seine Mutter, die Königin Luise, 1810: „Unser Sohn Wilhelm wird, wenn mich nicht alles trügt, wie sein Vater einfach, bieder und verständig", und die Hoffnung der edlen Fürstin, daß vielleicht sich „Preußens Schutzgeist" auf ihre Söhne niederlassen werde, ist bei ihm aufs herrlichste erfüllt worden.

Seiner schwankenden Gesundheit wegen konnte er 1813 nicht mit ins Feld ziehen. Dagegen erwarb er sich 1814, wo er wenigstens auf 6 Wochen mitgenommen ward, als Hauptmann der Garde das eiserne Kreuz für bewiesene Unerschrockenheit bei Bar sur Aube. Nachdem er im Juni 1815 konfirmiert war, bei welch feierlicher Handlung er die sein ganzes, langes Leben hindurch treulich bethätigte echt christlich-gläubige Gesinnung zuerst öffentlich bekannte, machte er den zweiten Feldzug nach Frankreich mit, erkrankte aber in Paris an einer gefährlichen Brustfellentzündung.

Seitdem aber bewahrte er sich Gesundheit im allgemeinen bis ins höchste Greisenalter.

Da er, als jüngerer Sohn, nach menschlichem Ermessen keine Aussicht auf Thronfolge hatte, so widmete er sich in den Friedensjahren einzig und allein der Thätigkeit auf militärischem Gebiete, auf das ihn seine Neigung und Anlage besonders hinwies. Hier ward ihm die Pflichttreue im kleinen wie im großen zur zweiten Natur. Bald wurde er kommandierender General zuerst des brandenburgischen, dann des Gardekorps. Nach dem Regierungsantritt des kinderlosen Bruders ward er, der schon in voller Mannesreife stand, der mutmaßliche Thronfolger und nahm den Titel „Prinz von Preußen“ an. Als solcher stand er in den verhängnisvollen Jahren seit 1847 wiederholt im Gegensatze zu seinem königlichen Bruder. Denn was dieser nicht besaß, war ihm zum Heile für Preußen und Deutschland zu teil geworden: ein unbefangener, klarer Blick für das Notwendige und Erreichbare, ein entschlossener, fester Sinn, eine seltene Menschenkenntnis. Deshalb ward er aber auch von den Radikalen als Haupt der Reaktion gefürchtet. Jahrelang hatte er unter schwerster Verkennung zu leiden, die ihn aber nicht verbitterte. Obwohl er eine Beteiligung des Volks am öffentlichen Leben durchaus für geboten hielt, bezichtigte man ihn doch absolutistischer Neigungen, legte ihm sogar das Blutvergießen vom 18. März zur Last. Auf Befehl des Bruders mußte er deshalb nach England fliehen. Hier ward ihm Dahlmanns Verfassungsentwurf (s. S. 484) mitgeteilt, und die Kritik, die er an demselben übte, zeigt sein Verständnis für Fragen der praktischen Staatskunst. Die militärischen Befugnisse, die der Reichsgewalt zustehen, der Anteil der Einzelregierungen an der Reichsverwaltung und Gesetzgebung ist von ihm im wesentlichen so bezeichnet, wie es in der jetzigen Reichsverfassung bestimmt ist.

Aus England heimgekehrt unterdrückte er 1849 den pfälzischen und badischen Aufstand (s. S. 490). Die rückläufige Bewegung aber, die dann in Preußen begann, verurteilte er ganz entschieden. Es kam sogar dahin, daß er von Spionen umgeben und mit Festungshaft bedroht wurde. So beschränkte er sein Wirken im Staate auf die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten, die ihm als Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens oblagen.

1854 ward er Generaloberst und Gouverneur von Mainz. Nachdem ihm dann 1857 die Stellvertretung für den erkrankten Bruder wiederholt übertragen war, übernahm er 1858 die Regentschaft, und damit begann eine neue Zeit für Preußen und für Deutschland.

1848 hatte der würtembergische Abgeordnete Rümelin gesagt: „Preußen wird eine Hegemonie, wenn es sie je erreicht, nur dadurch erringen können, daß es sich teils durch weitere innere Umgestaltungen faktisch an die Spitze der deutschen Volksbewegung stellt, teils als Vorkämpfer Deutschlands nach außen durch glücklich geführte Kriege eine neue Stellung gegenüber den andern Ländern und Stämmen sich erst erwirbt". Diese doppelte Aufgabe hat Preußen unter Wilhelm I. nach schweren Kämpfen ruhmvoll erfüllt. Von Anfang an war der Regent fest entschlossen, Preußens Ehre unter allen Umständen zu wahren und sein gesunkenes Ansehen wiederherzustellen. Daneben aber schlug sein Herz auch warm für den nationalen Beruf seines Staats. Schon 1849 hatte er ausgesprochen, daß er die deutschen Einheitswünsche teile wie irgend jemand. „Preußens Geschick wird sich erfüllen, d. h. es muß an die Spitze Deutschlands kommen, aber auf eine Art, die Dauer und Heil verspricht, und beides erreicht man nur durch Kraft und Konsequenz." Aber so fest er überzeugt war, daß nur durch Preußens Schwert die deutsche Einheit schließlich gewonnen werden könne, so fest war er auch entschlossen, auf dem Wege gesetzlicher Reformen zu bleiben, die Rechte seiner Mitfürsten zu achten und nicht etwa eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage selbst herbeizuführen. Er war und blieb in erster Linie immer preußischer Herrscher und beschränkte als Regent die Aufgabe seines Staats dem übrigen Deutschland gegenüber zunächst darauf, „moralische Eroberungen" zu machen, „durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist". Als dringendste Aufgabe aber erschien ihm die Verstärkung der preußischen Kriegsmacht. „Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können." In dieser Überzeugung ward er durch die Ereignisse des Jahres 1859 nur noch bestärkt.

Der italienische Krieg 1859 und seine Folgen. Italien befand sich seit 1815 in derselben Lage wie das mit ihm einst so lange verbundene Deutschland: es besaß keine Einheit und keine Freiheit. Die Erhebungsversuche 1848 waren gescheitert, Österreich behielt die Lombardei und Venetien. Aber seine Herrschaft ward bald noch verhaßter. Nur ein Einzelstaat hatte eine Verfassung eingeführt und eine kräftige Einheit begründet: Sardinien unter Königen aus dem Hause Savoyen; auf dieses setzten darum alle italienischen Patrioten ihre Hoffnung. Ein Geheimbund, die Carbonari (Köhler), hatte schon lange die Erfüllung der nationalen Wünsche sich zur Aufgabe gemacht: ein Zweig desselben, das „junge Italien", unter Mazzini, verfolgte auch republikanische Zwecke.

Victor Emanuel, König von Sardinien, berief 1850 als Minister des Auswärtigen den Grafen Cavour, und dieser setzte seine ganze, bedeutende Kraft an die Durchführung der nationalen Einheit Italiens. Durch Beteiligung am Krimkriege (s. S. 497) erwarb er Sardinien ein Anrecht darauf, daß Frankreich sich einer Unterstützung seiner Politik nicht versagte. Hatte doch einst auch Louis Napoleon zu den Carbonari gehört, und als er nun durch den Krimkrieg den Bund der 3 Ostmächte erschüttert und seine Stellung bedeutend befestigt hatte, steigerte sich die Hoffnung der italienischen Patrioten. Aber es bedurfte erst des Orsiniattentates 1858, damit Napoleon seine Unterstützung gegen Österreich, falls dieses angriffe, fest zusicherte. Er dachte, wenn Österreich aus Italien verdrängt wäre, hier einen unter Frankreichs Einfluß stehenden Staatenbund herzustellen und dabei für sich eine Gebietserweiterung zu erlangen.

Beim Neujahrsempfange 1859 machte Napoleon, auf dessen Worte zu lauschen Europa damals gewohnt war, dem Botschafter Österreichs zuerst eine Andeutung, daß dessen Lage bedroht sei, und die Thronrede Victor Emanuels vom 10. Januar, der „Schmerzensschrei" Italiens, kündigte den Krieg an. Rußland schlug dann einen Kongreß zur Regelung der italienischen Frage vor, Österreich ging aber nicht darauf ein und begann zu rüsten. Als nun Sardinien sich weigerte, die Gegenrüstungen einzustellen, eröffnete Österreich mit Überschreiten des Tessin den Kampf. Napoleon selbst übernahm den Oberfehl, die Österreicher wurden bei

Magenta besiegt, mußten die Lombardei räumen, und als sie hinter dem Mincio sich verstärkt hatten und wieder zum Angriffe vorgegangen waren, erlitten sie eine zweite, noch größere Niederlage bei Solferino am 24. Juni.

Diese Ereignisse, die sich innerhalb 5 Wochen abspielten, hatten eine Verschärfung des zwischen den beiden deutschen Großmächten bestehenden Gegensatzes zur Folge. Österreich forderte die Unterstützung Preußens durch Aufstellung eines Heeres am Rhein, ohne eine Gegenleistung zu bieten. Der Prinzregent aber, der den Bestrebungen Napoleons gegenüber, die Neutralität Preußens zu gewinnen, eine durchaus selbständige Haltung gewahrt hatte, erklärte zur bewaffneten Vermittelung auf Grund der Erhaltung des österreichischen Besitzes sich bereit, wenn er den unumschränkten Oberbefehl über sämtliche deutsche Truppen erhielte. Zunächst ging Österreich darauf ein. Nun wurden 6 preußische Armeekorps mobil gemacht, und Wilhelm beantragte beim Bunde die Aufstellung eines Korps von 60 000 Mann. Bald mobilisierte er sein ganzes Heer, und die Truppenbewegungen begannen. So sah aber Österreich seine Vormachtstellung in Deutschland bedroht; um zu verhindern, daß Preußen durch einen glücklichen Krieg seinen Einfluß steigere, schloß Franz Joseph mit Napoleon, der seinerseits eine Beteiligung Deutschlands am Kampfe fürchtete, den Frieden von Villafranca. Österreich trat die Lombardei an Napoleon ab, und dieser überließ sie seinem Bundesgenossen Victor Emanuel. Toskana, Parma, Modena, die ihre Fürsten bereits vertrieben hatten, erklärten sich für den Anschluß an Sardinien, und Victor Emanuel nahm die Herrschaft an, nachdem er durch Abtretung Savoyens und Nizzas sich die Zustimmung Napoleons verschafft. Dann brach in Sicilien der schwache Thron der Bourbonen bald zusammen, als der Freischarenführer Garibaldi 1860 einen Angriff machte. Nachdem auch Neapel genommen war, besetzte eine sardinische Armee den Kirchenstaat außer Rom, wo der Papst durch die Franzosen beschützt ward, und zwang bald den König von Neapel, der sich noch in Gaeta verteidigte, die Festung zu übergeben. Darauf nahm Victor Emanuel 1861 unter Zustimmung der Abgeordneten aus allen Landesteilen den Titel „König von Italien“ an. Bis auf Venetien und den Rest des Kirchenstaats mit Rom war ganz Italien geeint.

Napoleon stand auf der Höhe seiner Macht. Mit glücklichstem Erfolge hatte er dem einen politischen Grundsatze der neusten Zeit (s. S. 455), dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, zum Siege verholfen, und über dem Ruhme und der Gebietsvergrößerung vergaßen es damals die Franzosen, daß in ihrem Lande der andere Grundsatz, der Konstitutionalismus, eigentlich nur zum Scheine durchgeführt war. Aber doch barg jener äußerlich so glänzende Erfolg Napoleons den Keim zur dereinstigen Schwächung seiner Macht in sich. Das Königreich Italien — Cavour hatte noch das erste Parlament eröffnet, ward aber dann vor der Zeit dahingerafft —, dem zur vollen Einheit der Besitz der natürlichen Hauptstadt des Landes, Roms, fehlte, mußte ebendeshalb danach streben, der Vormundschaft Frankreichs, unter dessen Schutz der Papst stand, sich zu entziehen.

Einst hatte Stein geäußert: „Eine Einrichtung Deutschlands und Italiens, die sie zu großen Massen bilde, ist eine der ersten Bedingungen des Bestands einer die Ruhe Europas gegen das französische Ungestüm gewährleistenden Ordnung". Italien hatte den Weg in dieser Richtung betreten. Stand zu erwarten, daß Deutschland dem Beispiele folgte? Im deutschen Volke wurden, vor allem im Süden, die nationalen Bestrebungen 1859 neu belebt durch den italienischen Krieg, der die Stimmung gegen Frankreich mächtig erregte und zugleich weiten Kreisen die Erkenntnis aufgehen ließ, daß Deutschland die von dort drohende Gefahr bei der Schwäche Österreichs nur unter Preußens Führung würde bestehen können. Zum überwältigenden Ausdruck kam das so wieder erwachte Nationalgefühl bei der erhebenden Feier des 100jährigen Geburtstags des Dichters, der den Gedanken der Freiheit und des Vaterlandes begeistert verherrlicht, der in seinem „Tell" unbewußt als Prophet der nationalen Einheit aufgetreten war, Schillers. Anderseits geschah ein bedeutender Schritt vorwärts in der Bundesreformfrage durch die Gründung des deutschen Nationalvereins. In Eisenach stand an der Spitze der Bewegung Schulze-Delitzsch, der Stifter der Konsum- und Vorschußvereine, in Hannover Bennigsen. Der Verein wollte in langsamer, aber unablässiger Agitation die Notwendigkeit des Einheitsgedankens immer weiteren Kreisen klar machen, ihn immer

tiefer ins allgemeine Bewußtsein des Volks hineintreiben, und bald bezeichnete er — freilich nicht ohne Widerspruch süddeutscher Mitglieder — ausdrücklich als sein Ziel: weil Preußen und Deutschland einander unentbehrlich seien, den preußischen Staat auf den Weg der Einheitsbewegung zu drängen, falls er sich nicht aus eigenem Antriebe an die Spitze stelle. Der Prinzregent nämlich äußerte Bedenken in Bezug auf den Nationalverein, weil unter den verschiedenen Elementen in ihm auch das demokratische vertreten war. Er nahm aber das Werk, das die unentbehrliche Voraussetzung einer machtvollen preußischen Politik und damit auch der deutschen Einheit war, sofort entschlossen in die Hand: die Reform des Heeres.

Heeresreorganisation und Verfassungskonflikt in Preußen und die Bundesreformfrage bis 1864. Bei der Mobilmachung 1859 hatten sich im preußischen Heerwesen Mängel besonders in Bezug auf die Landwehr bemerklich gemacht, und da die Zeit, in der Preußen sein Schwert in die Wagschale zu werfen hatte, rasch kommen konnte, so zögerte der Prinzregent keinen Augenblick, Hand an die von ihm als unerläßliche Vorbedingung eines kräftigen Auftretens in der Bundesreformfrage erkannte Reorganisation zu legen, um so weniger, da er als Militär von Fach sie nach allen Seiten hin selbst durchdacht und geprüft hatte. Sie war „sein eigenster Gedanke". — Während die Bevölkerung des Staats seit 1814 von etwa 10 auf fast 18 Millionen gestiegen war, dementsprechend also auch die Zahl der Dienstpflichtigen sich vermehrt hatte, waren doch nicht mehr Rekruten jährlich eingestellt worden (immer nur 40000). 14 Prozent der Waffenfähigen wurden nicht eingezogen, viele junge, kräftige unverheiratete Männer blieben also zu Hause, während selbst bei unbedeutender Mobilmachung zahlreiche verheiratete Landwehrleute mit ins Feld mußten. (Denn schon nach 5 Jahren Dienstzeit in der Linie und Reserve trat man zur Landwehr ersten Aufgebots über, um in ihr bis zum 32. Lebensjahre zu verbleiben.) Dies hatte schwere Nachteile für die Schlagfertigkeit des Heeres sowohl — denn die Landwehr war, wie sich 1849 zeigte, durchaus nicht so kriegstüchtig — als auch für die Verhältnisse der Familien und Gemeinden.

Der Plan des Prinzregenten war nun, die Linie und Reserve zu vermehren und die Dienstzeit in ihr auf 7 Jahre zu erhöhen,

gleichzeitig aber die in der Landwehr ersten Aufgebots um 3, die in der zweiten Aufgebots um 2 Jahre herabzusetzen, so daß sich statt der bisherigen 19 nur 16 Jahre Gesamtdienstpflicht ergaben, während die Friedensstärke von 141000 auf 213000 Mann gebracht ward. Dann mußten jährlich 23000 Mann mehr — im ganzen also 63000 — eingestellt und 117 neue Bataillone sowie 10 Reiterregimenter gebildet werden. Dies verursachte 9½ Millionen Thaler Mehrkosten. Dafür war es nach Durchführung der Reorganisation aber auch möglich, mit 7 Jahrgängen vom 20. bis 27. Jahre 400000 Mann ohne Landwehr mobil zu machen; letztere brauchte zunächst nur den Dienst in der Heimat zu versehen. Die Schlagfertigkeit des Heeres ward entschieden gesteigert und die Gleichheit aller vor dem Gesetze mehr durchgeführt.

Dieser Reorganisationsplan fand in der preußischen Volksvertretung heftige Gegner, trotzdem die ersten unter dem neuen, gemäßigt liberalen Ministerium Hohenzollern-Auerswald erfolgten Wahlen eine starke Regierungsmehrheit ergeben hatten. Die öffentliche Meinung hegte damals nach dem Tage von Olmütz und der darauffolgenden Reaktionszeit große und berechtigte Zweifel in Bezug auf eine kraftvolle, äußere Politik der Regierung und glaubte, letztere wolle durch das Heer nur ihre Macht im Innern sichern. Dazu aber oder zu Parademärschen und zur Besoldung der in manchen Offizierkorps bevorzugten „Junker“ Geld zu bewilligen, war man nicht gesonnen. Auch ward Anstoß daran genommen, daß der herrlichen Schöpfung des Befreiungskriegs, der Landwehr, dem eigentlichen Volksheere, Abbruch geschähe.

So standen denn heftige parlamentarische Kämpfe in Aussicht, und deshalb trat als Kriegsminister an Bonins Stelle Roon, sehr thatkräftig, tapfer, dabei hochgebildet (er war Schüler Ritters und verfaßte geographische Lehrbücher); als ein „großer Mann“ kann er allerdings nicht gelten. Die Mehrheit der Abgeordneten wollte nun die Reorganisation nur um den Preis der 2jährigen Dienstzeit dauernd genehmigen, sonst aber nichts bewilligen. Um die Kluft zu überbrücken, schlug die Regierung, statt volle Festigkeit zu entfalten (bei der vielleicht doch die Mehrheit noch gewonnen wäre), einen sehr bedenklichen Ausweg ein: sie ließ sich bis zum 30. Juni 1861 9 Millionen Thaler zur vorläufigen Unterhaltung

der neuen Regimenter bewilligen, nachdem in der Kommission erklärt war, es handle sich um ein Provisorium: wenn künftig das Haus die Mittel nicht bewillige, könne alles reduziert werden — eine Erklärung, die später bei der Verhandlung im Hause selbst wieder modifiziert ward. Der Prinzregent aber sagte in der Thronrede am 12. Januar 1860: „Es ist nicht die Absicht, mit dem Vermächtnis einer großen Zeit zu brechen. Die preußische Armee wird auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein. Der Vertretung des Landes ist eine Maßregel von solcher Bedeutung für den Schutz und den Schirm, für die Größe und Macht des Vaterlands noch nicht vorgelegt worden." Im Juli erteilte er durch einen Erlaß, der den Abschluß der Reorganisation ankündigte, den neuen Regimentern ihre Namen. Damit sprach er aus, daß seiner Ansicht nach die getroffenen Einrichtungen bleibender Natur waren. Er erblickte in der „vorläufigen" Bewilligung der 9 Millionen die „faktische" Zustimmung zu der gesetzlich festzustellenden Heeresreform; denn in der schließlich angenommenen Vorlage waren die Geldmittel „für die erhöhte Streitbarkeit" gefordert. Die Opposition im Landtage aber hielt an dem „vorläufig" fest. So entstand der Konflikt. Die Regierung aber schleppte das Provisorium aus einer Session in die andere, und wegen solcher „unklaren Halbheit" in der parlamentarischen Behandlung der Reform glaubte man bald sogar an planmäßige Täuschung des Landtags! Das war um so beklagenswerter, als der Prinzregent die deutsche Frage in nationalem Sinne zu lösen bei einem wichtigen Anlaß 1860 sich entschlossen zeigte.

In Baden-Baden hatte er im Juni mit Napoleon auf dessen Betreiben eine Zusammenkunft und dabei erklärte nachdrücklich, Preußen werde nicht auf Kosten Deutschlands mit Frankreich irgendwie gemeinsame Sache machen; die Unverletzlichkeit deutschen Gebiets dürfe nicht in Frage gestellt werden. Die von Napoleon in Bezug auf Savoyen und Nizza durchgesetzte, hinsichtlich Deutschlands geplante „Berichtigung der natürlichen Grenzen" Frankreichs bedrohte Deutschland ernstlich und hatte die meisten deutschen Fürsten veranlaßt, an Preußens Seite dieser Zusammenkunft beizuwohnen. Ihnen setzte dann nach Abreise Napoleons der Prinzregent auseinander, Preußens auswärtige Politik

habe das Gesamtinteresse Deutschlands stets im Auge; er hoffe auf eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich, könne aber auf eine haltbare Reform der Bundesverfassung nicht verzichten.

Nach dem am 1. Januar 1861 erfolgten Tode des Bruders trat der Prinzregent die Regierung als König Wilhelm I. an. In einem Erlasse vom 7. Januar erklärt er: „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht. — Meine Pflichten für Preußen fallen mit Meinen Pflichten für Deutschland zusammen" — alles hochbedeutsame Worte gerade in jener Zeit der Spannung. Am 18. Januar wurden die den neuen Regimentern verliehenen Fahnen feierlichst eingeweiht, und am 18. Oktober fand an Stelle der alten Erbhuldigung die feierliche Krönung in Gegenwart der beiden Häuser des Landtags in Königsberg statt. Der König setzte die Krone zuerst sich, dann seiner Gemahlin aufs Haupt, ein Akt, der damals manchen Anstoß erregte. Denn er bewies, daß Wilhelm I. neben der Anerkennung der „zeitgemäßen Einrichtungen, mit welchen der Thron umgeben", doch auch nachdrücklich an der alten Macht des Königtums als des kraftvollen, einigenden Mittelpunkts der preußischen Lande festhielt, daß er Freiheit gewährte, aber auch Gehorsam verlangte.

Unterdessen hatte sich der Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung nur noch verschärft. Die Kosten für die Heeresreform waren von letzterer nochmals als Extraordinarium bewilligt. Die im Juni 1861 neugebildete Fortschrittspartei gab aber im Abgeordnetenhause bald den Ton an und verlangte ein neues Gesetz über die Dienstpflicht sowie rasches Vorgehen in der deutschen Frage, während das Herrenhaus durchaus auf Seite der Regierung stand. Bei den Neuwahlen im Dezember erlitt die konservative Partei eine entschiedene Niederlage. So wuchs 1862 der Zwiespalt; das Abgeordnetenhaus ward im März aufgelöst, aber bei den Wahlen im Mai trugen die regierungsfeindlichen Parteien einen glänzenden Sieg davon. Äußere Schwierigkeiten kamen dazu. Die Regierung legte einen auf freihändlerischen Grundsätzen be-

ruhenden Handelsvertrag mit Frankreich vor, und darüber waren die schutzzöllnerischen Südstaaten sehr erregt. Österreich aber, ebenfalls für Schutzzoll, beharrte auf Eintritt in den Zollverein, berief sich auf Verhandlungen, die 1853 gepflogen waren, und trat Preußen ganz offen entgegen auch in Bezug auf die Bundesreformfrage. Es schlug eine Delegiertenversammlung beim Bunde vor, während Preußen schon 1861 ausdrücklich erklärt hatte, allein durch Errichtung eines Bundesstaats könne eine Besserung der deutschen Verhältnisse erzielt werden. Nun nahm das preußische Abgeordnetenhaus zwar den Handelsvertrag mit Frankreich an, strich aber im September alle Ausgaben für die Heeresreform. Der König stand in schweren Bedenken zwischen seinem Verfassungseide und seiner militärischen Überzeugung, wollte gegen letztere in keinem Falle handeln und dachte daher an Abdankung. Der Ministerpräsident Hohenlohe hatte seine Entlassung eingereicht, der Finanzminister von der Heydt erklärte, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gegenüber an der Heeresreorganisation nicht mitwirken zu können. Da berief der König am 24. September provisorisch zur Übernahme der Geschäfte den eben erst von Petersburg (wo er 1859—1862 Gesandter gewesen war) nach Paris versetzten Gesandten v. Bismarck.

In Frankfurt war Bismarck über die deutsche Politik Preußens sich klar geworden und hatte namentlich in dem Gegensatze zu Österreich das Haupthemmnis der Lösung der nationalen Frage erkannt. Schon 1856 sprach er seine Überzeugung aus, Preußen werde „in nicht zu langer Zeit“ für seine Existenz gegen Österreich kämpfen müssen, der Gang der Dinge in Deutschland böte keinen anderen Ausweg; und im Einklang damit soll er 1862 in der Budgetkommission geäußert haben: nicht mit Reden und Majoritätsbeschlüssen, sondern „mit Blut und Eisen“ allein könne die deutsche Frage gelöst werden. Zugleich aber hatte er, der damals noch allgemein als „echter Junker“ gelten mußte, nach und nach erkannt, daß nur durch eine wirkliche Volksvertretung dem Widerstreben der Regierungen ein Gegengewicht geschaffen werden könne. In solcher Überzeugung äußerte er 1859 dem früheren Präsidenten der preußischen Nationalversammlung gegenüber, Preußen sei in der deutschen Frage nur auf einen Verbündeten

angewiesen, wenn es ihn zu erwerben und zu behandeln verstände — auf das deutsche Volk. Und Bismarck, von Geburt ein Staatsmann der That, der von Anfang seiner Laufbahn an nur mit Wirklichkeiten, „mit gegebenen Größen", rechnete, Menschen und Dinge sah, wie sie sind, und für seine Zwecke mit sicherem Blick zu gebrauchen wußte, der nie einer Partei diente, sondern beim behutsamen Vorgehen die Freiheit des Handelns sich wahrte, dessen Königstreue stets durch den Goldglanz der Vaterlandsliebe verklärt ward — ihm war es beschieden, die Kraft des nationalen Gedankens zu entfesseln und (wie er gelobt) „alles mit eisernem Schritte zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand". So verkörperte sich in ihm der preußische Staats- und deutsche Einheitsgedanke aufs großartigste, er ward (soweit das von einem Menschen überhaupt gesagt werden kann) der Gründer des neuen deutschen Reichs.

Als der neue Ministerpräsident sein Amt antrat (am 9. Oktober übernahm er es definitiv zugleich mit dem Ministerium des Auswärtigen), brachte er zunächst durch seine entschiedene Erklärung, auch ohne Majorität und ohne Budget die Heeresreform durchführen zu wollen, den König von den Abdankungsplänen zurück (die Urkunde hatte letzterer bereits aufgesetzt, auch seinem Sohne die Krone angeboten, aber vergeblich). Seine nächste Pflicht sah Bismarck darin, „gegen das wachsende Gewicht des Hauses der Abgeordneten und des parlamentarischen Beamtentums die Schwerkraft der Krone zu wahren und zu stärken"; er will „konstitutionelle Empfindlichkeiten, soweit es möglich, schonen und die unbestrittene Heerstraße des Verfassungslebens, sobald es geht, wieder gewinnen, immer aber eingedenk sein, daß unser Verfassungseid »Treue dem König« voranstellt". Seine Auffassung in Bezug auf den Verfassungskonflikt war folgende: Einnahmen und Ausgaben müssen in jedem Jahre natürlich stattfinden; wenn also Regierung und Volksvertretung über das Etatsgesetz sich nicht geeinigt haben — ein Fall, der in der Verfassung nicht vorgesehen ist: sie bietet eine Lücke in dieser Beziehung —, so muß irgend jemand die erforderlichen Maßregeln anordnen, und das kann nach Lage der Verhältnisse nur die Regierung, die dann während der budgetlosen Zwischenzeit die

früheren Beschlüsse der Kammern möglichst berücksichtigen wird. — Mit dieser Auffassung, die sich über formelle, juristische Bedenken hinwegsetzte, überzeugte Bismarck den König von der Verfassungsmäßigkeit seines Verfahrens. Beide wollten sowohl Heeresreform als auch Verfassung beibehalten, während die Kammer in ihrer Opposition beharrte, nicht aus bösem Willen oder Mangel an nationalem Sinn, sondern weil ihr die letzten Ziele der Regierung unklar waren. In der demokratischen Presse aber erfolgten maßlose Angriffe auf die Regierung und das Herrenhaus. Daher ward 1863, nach abermaliger Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Presse durch königliche Verordnung unter Aufsicht der Verwaltung gestellt, eine Maßregel, die in weiten Kreisen Verstimmung erregte und zu der sich auch der Kronprinz in offenen Gegensatz setzte.

Gleich entschieden wie in den inneren Verhältnissen ging Bismarck gegen die von den Mittelstaaten treulich unterstützten Pläne Österreichs in Bezug auf die Bundesreform vor. Schon Dezember 1862 erklärte er dem Botschafter in Berlin, Österreich müsse seinen Schwerpunkt nach Ofen-Pest verlegen; von einer Vergewaltigung Preußens am Bundestage könne ferner nicht die Rede sein. Das sog. Delegiertenprojekt des sächsischen Ministers Beust — eins der verschiedenen mittelstaatlichen Reformprojekte — brachte er Januar 1863 zu Fall. Trotzdem und ungeachtet der durch Preußen erzwungenen Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung erklärte sich der Nationalverein wegen des fortdauernden Verfassungskonflikts Mai 1863 gegen die „preußische Spitze“, und beim Turnfest in Leipzig äußerte sich die Abneigung gegen Preußen in schärfster Weise. Dies suchte man in Wien zu benutzen. Kaiser Franz Joseph gedachte August 1863 auf einem Fürstentage zu Frankfurt einen Reformplan durchzusetzen, der Österreichs Hegemonie sichern sollte. Der Überrumpelungsversuch mißlang aber. Als Bismarck die Kabinettsfrage stellte, lehnte Wilhelm es ab, nach Frankfurt zu gehen, wo Franz Joseph mit einer Begeisterung empfangen war, die an die Tage der Paulskirche erinnerte. Der preußische Minister, fast überall als Feind der Volksfreiheit gehaßt, erklärte vor der erstaunten Welt in einer seiner bedeutendsten Kundgebungen (15. September), nicht ein Delegierten-

parlament, wie es Österreich vorschlug, sondern eine aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehende Volksvertretung entspräche allein den Bedürfnissen des deutschen Volks.

Solche echt deutsche und zugleich liberale Politik vermochte aber doch nicht den Widerstand der Volksvertretung zu brechen, um so weniger, da die Regierung beim polnischen Aufstande treu zu Rußland hielt, während Frankreich dem Nationalitätsprinzip zulieb auf Seite der Polen stand und Österreich sich Frankreich näherte. Daß der Aufstand der Polen auch gegen das Deutschtum sich richtete, übersahen viele und schwärmten statt dessen für die Unterdrückten. — Alexander forderte in einem eigenhändigen Schreiben den König auf, an Frankreich und Österreich gemeinsam mit ihm den Krieg zu erklären; darauf ging man jedoch in Berlin nicht ein, mehr in deutschem als in preußischem Interesse.

So war die Lage nach allen Seiten hin eine gespannte. Da trat die schleswig-holsteinsche Frage entscheidend dazwischen.

B. Der dänische Krieg 1864.

Christian IX. und die Einverleibung Schleswigs. Bei den Verhandlungen 1850 und 1852 hatte Dänemark zwar die Zusage gegeben, die Sonderstellung Schleswigs aufrechtzuerhalten und im Gesamtstaate allen Provinzen eine gemeinschaftliche Verfassung zu geben. Trotzdem hatte es aber, in gegründeter Zuversicht auf die träge Ruhe des in vorsichtiger Haltung beharrenden Deutschen Bundes und auch wohl auf die politischen Folgen des Konflikts in Preußen, alle Gewaltmittel angewendet, um Schleswig zu danisieren, und es schließlich (30. März 1863) sogar von Holstein getrennt. Ein neues sog. „Grundgesetz" ward darauf beraten, dessen Durchführung die thatsächliche Einverleibung Schleswigs in Dänemark in sich begriff. Am 13. November 1863 nahm der dänische Reichstag es an. Da starb plötzlich am 15. November Friedrich VII., und weil mit ihm der Mannsstamm des oldenburgischen Hauses erlosch, so bestieg der im Londoner Protokoll zum Nachfolger bestimmte Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg als Christian IX. den Thron. Aber das Protokoll war weder vom Deutschen Bunde noch von den schleswig-holsteinschen Ständen anerkannt; daher machte Friedrich von Augusten-

burg unverweilt durch Proklamation vom 16. November die Erbansprüche geltend, auf die sein Vater zu seinen Gunsten verzichtet hatte (ein Verfahren, das die ganze Sache noch mehr verwickelte), und sah sich dabei namentlich von der öffentlichen Meinung in Deutschland unterstützt.

Schon bald nach der Trennung Schleswigs von Holstein hatte der Deutsche Bund die Zurücknahme dieser Maßregel gefordert. Da aber Dänemark eine ablehnende Antwort gab, so wurde die Bundesexekution in Holstein und Lauenburg beschlossen (1. Oktober). Als nun Christian IX., vom Kopenhagener Pöbel gedrängt, die Gesamtstaatsverfassung, durch die Schleswig dem dänischen Reiche einverleibt wurde, am 18. November bestätigte, begann die Ausführung der Bundesexekution, und 12 000 Sachsen und Hannoveraner besetzten Holstein und Lauenburg (31. Dezember). Hiermit waren sie aber auch an der Grenze der Bundeskompetenz angelangt. Die Holsteiner, vom Druck der brutalen Fremdherrschaft endlich erlöst, riefen überall Friedrich von Augustenburg zum Herzog aus, und zu seinen Gunsten entstand in ganz Deutschland, in Kammern wie in Vereinen, in der Presse wie in Volksversammlungen, eine ungemein lebhafte Bewegung. „Die angesammelte Masse des nationalen Grimms machte sich in überschäumendem Ausbruche Luft“: fielen doch in der schleswig-holsteinschen Frage, die sich wie ein roter Faden durch die Einheitsbewegung hindurchgezogen hatte, jetzt „die Forderungen fürstlicher Legitimität, volkstümlicher Freiheit und nationaler Würde“ unmittelbar zusammen! Der preußische Landtag aber beschloß (18. Dezember) mit 231 gegen 63 Stimmen: „Die Ehre und das Interesse Deutschlands erfordern es, daß sämtliche deutsche Staaten den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten“.

Stellung Preußens und Österreichs. Im schärfsten Gegensatze zu diesem Beschlusse der Abgeordneten und der allgemeinen Stimmung in Deutschland stand das Vorgehen der preußischen Regierung. Für Bismarck waren ausschlaggebend in der Sache allein die Gründe der politischen Zweckmäßigkeit; die juristischen Bedenken ließen ihn ebenso kühl wie die allgemeine Volksbegeiste-

rung. Er erkannte nun von Anfang an mit bewunderungswürdigem Scharfblicke, daß eine völlige Befreiung der Herzogtümer von Dänemark nur möglich war, wenn das Eingreifen der europäischen Großmächte verhütet ward. Wollte man das erreichen, so mußte die Gültigkeit des Londoner Protokolls anerkannt, in Gemeinschaft mit Österreich aber die Erfüllung der Versprechungen von 1852 verlangt werden. Ging Dänemark darauf ein, ließ es die Gesamtverfassung fallen, so blieb Preußen ans Londoner Protokoll gebunden. Daß jenes aber geschah, hielt keiner für möglich. Mit dem ersten Kanonenschuß verlor dann das Protokoll von selbst seine Verbindlichkeit.

Österreich war nun sehr gern bereit, in der Sache mit Preußen zusammenzugehen. Bei seiner isolierten Stellung in Europa fürchtete es Napoleons ehrgeizige Pläne — er wollte einen Kongreß zur Revision der Verträge von 1815 berufen — und war froh, daß Preußen sich nicht als Vorkämpfer für die nationalen Wünsche an die Spitze der Volksbewegung in Deutschland stellte. Die Ziele der österreichischen und preußischen Regierung waren allerdings einander gerade entgegengesetzt. Österreich dachte nicht etwa den dänischen Gesamtstaat zu zertrümmern, sondern nur die Lage der Herzogtümer unter dänischer Hoheit zu verbessern. Worauf Bismarck aber hinauswollte, das beweisen schon die nächsten Abmachungen. Österreich und Preußen stellten den Antrag beim Bunde (28. Dezember), an die dänische Regierung die Aufforderung zu richten, das Grundgesetz vom 18. November bezüglich Schleswigs nicht zu vollziehen, und im Weigerungsfalle das Herzogtum in Pfand zu nehmen. Als dies vom Bunde abgelehnt wurde (14. Januar 1864), erklärten sie, die Erledigung der Frage als europäische Großmächte selbst in die Hand nehmen zu wollen. Am 16. Januar einigten sie sich über das gemeinsame Verfahren. Artikel 5 des Vertrags erhielt auf Bismarcks Vorschlag die Fassung, daß die beiden Mächte sich vorbehalten, „die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur in gegenseitigem Einverständnis festzustellen“, während im österreichischen Entwurfe die „Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrem seitherigen Bestande“ und die „Erbfolge des Königs Christian“ als bestimmte Fälle bezeichnet waren, die nur in gemeinsamem Einverständnis entschieden werden sollten. Wes-

halb hatte Bismarck jene andere Fassung gewollt und durchgesetzt? Im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Dinge kann die Antwort nur sein: weil er sich die Möglichkeit der Annexion sichern wollte. Daß er an eine friedliche Lösung der ganzen Frage nicht ernstlich dachte, hatte er schon dadurch gezeigt, daß er erst mit der wirklichen Einführung der neuen Verfassung am 1. Januar den Vertragsbruch Dänemarks als vollzogen ansehen wollte. Die Tragweite dieser Thatsache wie jener Vertragsbestimmung erkannte Österreich nicht. In dem Ministerrate, der über das Zusammengehen mit der anderen deutschen Großmacht beriet, erklärte Bismarck — wie bestimmt versichert wird —, er werde aus dieser Aktion die Mittel entnehmen, um Österreich aus Deutschland herauszubringen. Er that also jetzt mit vollem Bewußtsein den ersten Schritt auf der Bahn zur Verwirklichung der deutschen Einheit. Wohin der steile Pfad, den er emporklomm, schließlich führen sollte, das wußte er genau, ohne natürlich den Gang der Dinge mit mathematischer Sicherheit vorausberechnen zu können. Damals ahnte keiner seine eigentlichen Pläne, und das preußische Abgeordnetenhaus lehnte die geforderte Kriegsanleihe ab. Weshalb er selbst aber seine diplomatische Leistung von 1864 wiederholt als die glücklichste und schwierigste mit Recht bezeichnet hat, wird der weitere Verlauf der Dinge lehren.

Kampf Österreichs und Preußens gegen Dänemark. Ohne sich im mindesten um den Widerspruch der übrigen Bundesregierungen zu kümmern, richteten Österreich und Preußen zunächst ein Ultimatum an Dänemark zur Zurücknahme der Novemberverfassung bezüglich Schleswigs binnen 48 Stunden, und als Dänemark in der trügerischen Hoffnung auf Englands Hülfe die Forderung abgewiesen, rückten die Bundestruppen unangefochten in Holstein ein (22. Januar). Nachdem sodann die Preußen unter Prinz Friedrich Karl, die Österreicher unter Gablenz ihre Aufstellung an der schleswigschen Grenze genommen, erfolgte unter dem Oberbefehl des preußischen Feldmarschalls Wrangel am 1. Februar 1864 der Einmarsch in Schleswig. Wrangels Generalstabschef war anfangs Vogel v. Falckenstein, seit dem 30. April v. Moltke.

Moltke (geb. 1800 in Parchim) hatte zuerst in dänischen Diensten gestanden, gehörte aber seit 1822 dem preußischen Heere

und in ihm seit 1832 dem Generalstabe an. Wie andere thatkräftige Männer jener Zeit (z. B. Goeben) begab auch er sich, weil in Preußen keine frische, freie Luft wehte, in die Ferne und weilte 1835—1839 in der europäischen und asiatischen Türkei. Zurückgekehrt entfaltete er dann in der Stille eine äußerst folgenreiche Thätigkeit, vor allem seitdem er (1858) Chef des Generalstabs geworden. Er erweiterte und vertiefte die Aufgabe desselben („für alle wahrscheinlichen Fälle die Gruppierung und Beförderung der Truppenmassen in eingehendster Weise zu bearbeiten und die Entwürfe dafür bereitzuhalten"), und indem er den Veränderungen der Wehrpflicht, der Bewaffnung und des Verkehrs Rechnung trug, führte er die auf den Gedanken des konzentrischen Angriffs gegründete Kriegsweise völlig durch. Wie sich die Armeen umfassend und umschließend gegen die feindlichen Heere bewegen, so marschieren die Regimenter und Bataillone flankierend und umschließend gegen die einzelne Stellung. Taktik und Strategie sind so bei einheitlicher Oberleitung stets aus einem Gusse.

Aber nicht sah Moltke das Heer als Maschine an, vielmehr zeichnet es ihn gerade aus, daß er die geistige Selbstthätigkeit der Unterführer weckte. Mit genialem Blicke gab er das allgemeine Ziel aufs genauste und schärfste an, ließ aber in der Wahl der einzelnen Maßregeln möglichst freien Spielraum. In seltenem Grade verbanden sich in ihm bescheidene Selbstlosigkeit und überlegene Geisteskraft, entschlossene Kühnheit und ruhige Besonnenheit, „Wägen und Wagen".

So konnten mit der weisen Umsicht des Königs Wilhelm, der trotz mancher Gegensätze dem Rate der ersten Diener der Krone doch stets vertraute, die geniale Staatskunst Bismarcks und die glänzende Heerführung Moltkes aufs schönste zusammenwirken, um die aus weiten Schichten des Volks mächtig hervorbrechende nationale Bewegung in die richtigen Bahnen zu leiten und endlich das hohe Ziel zu erreichen, dem so lange schon nachgestrebt ward: Begründung der deutschen Einheit nach Beseitigung der unwürdigen Abhängigkeit vom Auslande.

Für den Feldzug gegen Dänemark entwarf Moltke schon 1862 einen (später vervollständigten) Plan, und bereits dieser beweist, wie er mit bewußter Klarheit den napoleonischen Grundsatz sich

zu eigen machte: den Gegner völlig niederzuwerfen und zu diesem Zwecke zunächst das feindliche Heer zu vernichten. Den Dänen müsse — so führte er aus — der Rückzug von Schleswig nach der nur 3 Märsche entfernten Aufnahmestellung von Düppel verlegt, d. h. sie müßten schon beim Danewerk vernichtet werden, ehe sie die Einschiffungspunkte erreichten. Jedenfalls sei nicht mit Belagerung der Düppeler Schanzen Blut und Zeit zu vergeuden. Dieser Plan ward jetzt dem Oberbefehlshaber Wrangel zur Kenntnisnahme mitgeteilt, aber aus verschiedenen Gründen nicht befolgt. Überhaupt beweisen die folgenden Ereignisse die Wahrheit des Satzes, daß kleine Kriege gegen schwächere Gegner oft minder gut geführt werden als große gegen gleichstarke. Genaue Festsetzungen über die Operationen hatten die Verbündeten nicht getroffen, der Krieg sollte nur erst einmal in Gang gebracht werden.

Nach einem erfolglosen Vorgefechte der Preußen bei Missunde und einem Siege der Österreicher bei Oberselk schritt man zur Belagerung der Befestigungen des Danewerks. Aber die Dänen gaben die weitausgedehnten Verschanzungen auf und zogen sich nach Norden zurück. In rascher Verfolgung gelang es den Österreichern, wenigstens noch die Nachhut des abziehenden Feindes bei Översee zu schlagen (6. Februar). Das dänische Hauptheer jedoch entkam ungehindert und setzte sich nun in den Düppeler Schanzen fest. Während die Hauptmacht der Preußen hier die Belagerung vorbereitete, rückten die übrigen Abteilungen in Jütland ein — Österreichs diplomatische Bedenken wegen einer Besetzung schwanden durch eine Sendung Manteuffels nach Wien —, besetzten Kolding und drangen mit den Österreichern vereint weiter vor. — Am 17. März empfing auch die junge preußische Flotte die Feuertaufe bei Jasmund.

Unterdessen hatte Friedrich Karl vor Düppel die Vorbereitungen zur langwierigen Belagerung fortgesetzt. Der Plan seines Generalstabschefs Blumenthal, vor der Erstürmung der Schanzen durch einen Übergang nach Alsen die Dänen zu vernichten, ward durch ungünstiges Wetter (2./3. April) vereitelt. So fand denn im letzten Augenblicke, als der Feind beinahe abgezogen war, am 18. April der Sturm auf die Düppeler Schanzen statt. Aus den 6 südlichen wurden die Dänen durch den „unwiderstehlichen

Anprall“ der Preußen hinausgetrieben und zogen sich nun nach der Insel Alsen zurück. Dann schritt Friedrich Karl zur Belagerung der Festung Fridericia, aber die Dänen warteten den Feind nicht ab, sondern überließen ihm diese ihre letzte Zuflucht auf dem Festlande (28. April). Ein Waffenstillstand unterbrach darauf zunächst den Kampf (12. Mai—12. Juni).

Den Bemühungen Englands nämlich, das jederzeit für Dänemark aufgetreten war, gelang es, eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Protokolls in London zustande zu bringen. Aber Dänemark bewies bei den Verhandlungen dieselbe Hartnäckigkeit, die es immer an den Tag gelegt hatte. Gleich zu Anfang war es nur mit Mühe dazu zu bringen, in eine Waffenruhe einzuwilligen. Weil nun das Londoner Protokoll von Dänemark beharrlich mißachtet und durch den Krieg thatsächlich hinfällig geworden sei, sagten sich Preußen und Österreich endgültig davon los und schlugen die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark vor. Letzteres weigerte sich (wie Bismarck voraussah), diesen Vorschlag auch nur in Erwägung zu nehmen, zeigte sich dagegen geneigt, auf eine von England vorgeschlagene Teilung einzugehen. Da man sich aber über die Teilungslinie nicht einigen konnte, auch der preußische Antrag auf Befragung des Volks über seine Nationalität abgelehnt ward, so ging die Konferenz ohne Ergebnis auseinander (25. Juni).

Die beiden deutschen Großmächte hatten sich unterdessen über Fortgang und Ziel des Kriegs (Befreiung der Herzogtümer von Dänemark) geeint. Schon seit Mitte März war der eigentliche Leiter der Operationen der preußische Kronprinz, dem der König besondere Vollmachten erteilt hatte. Wrangel war sehr oft in Zwist mit Moltke und den Diplomaten gekommen, und an seiner Stelle übernahm Friedrich Karl den Oberbefehl. Am 29. Juni war Alsen mit 2500 Gefangenen in den Händen der Preußen. Als nun die Verbündeten auch die friesischen Inseln rasch besetzten, da bat endlich Dänemark, in der Hoffnung auf fremde Hülfe getäuscht, um Frieden. Zu Wien erfolgte am 30. Oktober der Abschluß der Verhandlungen. Dänemark trat Schleswig, Holstein und Lauenburg an die beiden deutschen Großmächte ab.

Das deutsche Volk war in seiner Begeisterung für die endliche Befreiung der Herzogtümer durch das Vorgehen Österreichs und

Preußens in gewaltige Aufregung geraten und hatte derselben in Vereinen und auf Landtagen, in Adressen wie in der Presse Luft gemacht, ohne damit etwas zu erreichen. Der Bund hatte angefangen, die Ansprüche des Augustenburgers zu untersuchen, während Preußen die Prüfung der Erbfolgefrage — auch Oldenburg machte Rechte geltend — den Kronjuristen übertrug. Zum weiteren praktischen Vorgehen aber mußten die Verbündeten zunächst die volle Gewalt auch in Holstein haben. Deshalb stellte Preußen den Antrag beim Bunde — und auch Österreich trat dem bei, allerdings nur der Not gehorchend —, die deutschen Exekutionstruppen abzuberufen. Am 5. Dezember nahm der Bund diesen Antrag an, und somit befanden sich die beiden Herzogtümer im unbestrittenen Besitze der deutschen Großmächte, die nun eine gemeinsame Verwaltung einsetzten.

Die preußischen Februarforderungen. Da es natürlich nicht in der Absicht Preußens liegen konnte, dem bereits beiseite geschobenen Bunde noch irgend einen Einfluß auf die endgültige Entscheidung in der schleswig-holsteinschen Frage einzuräumen, so kam alles auf die Stellung Österreichs an. Dies war geneigt, die Ansprüche des Augustenburgers anzuerkennen, ließ daneben aber durchblicken, gegen eine entsprechende Landentschädigung (nur an Schlesien konnte gedacht werden) würde es der Einverleibung der Herzogtümer in Preußen zustimmen; jedenfalls dürfe Preußen nach der Bundesverfassung keine Hoheitsrechte in Holstein ausüben. Entweder mußte also Preußen jedem Gewinne aus dem dänischen Kriege für sich und Deutschland entsagen oder das Hemmnis, das in der Unverfassung des Bundes lag, beseitigen. Da ersteres Preußens Absichten geradezu entgegengesetzt war, so führte — und dies Ziel hatte Bismarck von Anfang an im Auge gehabt — der gemeinsame Besitz der Herzogtümer zur Entscheidung über die Stellung der beiden Großmächte innerhalb des Bundes und damit über die deutsche Frage. Diese fiel so mit der schleswig-holsteinschen zusammen.

Bismarck war entschlossen, zunächst den friedlichen Weg einzuschlagen und „die einmal bestehende Ehe trotz kleiner Hauskriege einstweilen fortzusetzen". „Wir wissen bestimmt, was wir wollen", schreibt er am 20. Februar 1865 dem Gesandten in Paris, „die

Annexion, wenn sie ohne Krieg zu erreichen ist oder wenn vor der Entscheidung andere Ursachen den Krieg herbeiführen, jedenfalls aber ein Verhältnis, welches die Festungen und Kriegshäfen sowie die Verfügung über die Streitkräfte u. ä. Rechte in den Herzogtümern in unsere Hand giebt." Bei solchen Absichten ward die Stellung Preußens zu Österreich bald immer gespannter. Die beiden Mächte standen vor der Frage „wie zwei Gäste vor einem trefflichen Gericht; der eine hat keinen Appetit und hindert auch den andern am Essen" — so äußerte Bismarck. Er ließ aber nachdrücklich an die Abmachungen vom 16. Januar 1864 bezüglich des gegenseitigen Einverständnisses (s. S. 520) erinnern und teilte dann auf Drängen Österreichs am 22. Februar 1865 die Forderungen mit, nach deren Erfüllung die Herzogtümer als selbständiger Staat anerkannt werden sollten: die ganze Militärhoheit geht an Preußen über, Post- und Telegraphenwesen werden mit dem preußischen verschmolzen, Sonderburg und Kiel und der zur Anlage von Befestigungen und Kriegshäfen an beiden Mündungen des zu erbauenden Nordostseekanals nötige Grund und Boden wird an Preußen abgetreten, dem auch die Oberaufsicht über den Kanal zusteht. Durch solche Forderungen wollte Preußen verhüten, daß ein neuer selbständiger Kleinstaat im Norden Deutschlands sich bilde, der „den Klumpen winziger Staatskörper vermehrt, welche Deutschland belasten und bewirken, daß es geringere Kraft hat, als es haben sollte in der großen Wagschale, in der die Mächte der Welt gewogen werden". So schrieb damals der dänenfreundliche englische Staatsmann Palmerston und fügte hinzu: „Ein starkes Preußen ist unentbehrlich für Deutschlands Kraft". Österreich aber, das in der Ohnmacht und Zersplitterung Deutschlands eine Bürgschaft für seine Macht sah, lehnte jene Forderungen ab, weil ein auf solche Weise eingesetzter Fürst „als gleichberechtigtes Mitglied in den Kreis der Souveräne des deutschen Bundes" nicht treten könne. Zugleich erklärte es, auf weitere Verhandlungen nicht eher eingehen zu wollen, als bis die Souveränitätsfrage erledigt sei.

Die Übereinkunft von Gastein. Die gemeinsame Verwaltung der Herzogtümer dauerte nun fort. Aber Bismarck war gewillt, auf der einmal betretenen Bahn vorwärtszugehen und die Lösung der Frage in nationalem Sinne durchzusetzen, nötigenfalls durch

Waffengewalt, während der König so lange als irgend möglich das friedliche Einvernehmen gewahrt wissen wollte. Über ihre Entschlossenheit aber ließ die preußische Regierung durch ihr weiteres Vorgehen keinen Zweifel aufkommen. Am 24. März verlegte sie die Marinestation der Ostsee von Danzig nach Kiel und erklärte, auf alle Fälle würde sie im Besitz des Hafens bleiben. Als auf Bayerns und Sachsens Anregung der Bund am 6. April die Erwartung aussprach, daß die Großmächte dem Augustenburger die Herzogtümer in eigene Verwaltung geben würden, lehnte Preußen die Zustimmung ab und kündigte zugleich eigene Ansprüche an. Einen neuen Weg zur vielleicht noch möglichen Verständigung betrat es durch den Vorschlag, die schleswig-holsteinschen Stände einzuberufen. Da aber Österreich von einer Verweisung des Augustenburgers aus Holstein während der Wahlen nichts wissen wollte, so ward das Verhältnis immer unerquicklicher. Schon am 27. Februar hatte der österreichische Kriegsminister über die Stärke des eventuell gegen Preußen aufzustellenden Heeres Erhebungen angeordnet. Trotzdem kam es in einem am 29. Mai wegen einer Sendung Manteuffels nach Wien abgehaltenen preußischen Ministerrate noch zu keiner Entscheidung, aber schon jetzt verfocht Bismarck ganz offen und nachdrücklich die Ansicht, daß die Einverleibung (die der für den Augustenburger eingenommene Kronprinz für widersinnig hielt) das Wünschenswerteste und der Krieg früher oder später doch unvermeidlich sei.

Da veranlaßten innere Schwierigkeiten Österreich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Februarforderungen. Der Vorschlag Preußens aber, statt des Augustenburgers den Oldenburger einzusetzen, ward abgelehnt, und trotz alles Abratens blieb jener in Holstein. Presse und Vereine verunglimpften Preußen aufs schmählichste, der Geburtstag des Prinzen dagegen ward im ganzen Lande mit jubelnder Begeisterung begangen. Österreich ließ alles ruhig geschehen, so daß am 16. Juli Bismarck (in einem Briefe) abermals aussprach, bei solcher Politik Österreichs, die Preußen in Holstein zum Kinderspott mache, bliebe der Krieg nur eine Zeitfrage. Und in der That hatte Preußen damals im geheimen militärische Vorkehrungen getroffen. Österreich aber kann jetzt seiner schwierigen inneren Lage, namentlich der Finanznot,

wegen nicht an Krieg denken und schlägt Teilung der Herzogtümer in der Verwaltung unter Festhalten des Grundsatzes gemeinsamer Souveränität vor. Am 10. August beginnen die Unterhandlungen in Bad Gastein, wo sich der König mit Bismarck befand. Letzterer hielt es bei der Unzuverlässigkeit Frankreichs und Italiens für angezeigt, sich „mit den immerhin nicht unbedeutenden Vorteilen zu begnügen", die auf friedlichem Wege zu erlangen waren, und so kam am 14. August die Übereinkunft zustande, infolge deren die Verwaltung Holsteins an Österreich, die Schleswigs an Preußen überging unbeschadet der Rechte beider Mächte an der Gesamtheit beider Herzogtümer, während Österreich seine Rechte auf Lauenburg gegen 2½ Millionen Thaler an Preußen überließ. Am 15. September erfolgte die Ausführung des Abkommens. Preußen stellte Manteuffel an die Spitze der schleswigschen Regierung, in Holstein ward Gablenz Statthalter.

Ob dieser damals meist als großer Sieg Preußens angesehene Vertrag — der darüber hoch erfreute König erhob Bismarck in den Grafenstand — wirklich ein Fortschritt zur Erreichung des letzten Ziels war, ob das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten sich wahren ließ oder ob der Friede nur „geflickt" und „der Riß im Bau nur verklebt" war, das sollte sich bald herausstellen.

C. Der deutsche Krieg 1866.

Fortdauer des Verfassungskonflikts in Preußen. Auf eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhause mußte die preußische Regierung verzichten. In dem am 14. Januar 1865 eröffneten Landtage nahmen die Abgeordneten die frühere oppositionelle Stellung ein; „diesem Ministerium" sollte unter keinen Umständen etwas bewilligt werden. Die Mittel zu einer Kriegsflotte wurden ebenso verweigert wie die für die Heeresreform, „die das Kainszeichen des Eidbruchs an der Stirne trüge", und ein Staatshaushaltsgesetz kam wieder nicht zustande. Beim nächsten Zusammentritt des Landtags (15. Januar 1866) ward dem Konflikt neuer Stoff zugeführt dadurch, daß die Abgeordneten die Gültigkeit des wegen Lauenburgs getroffenen Abkommens (der König hatte die 2½ Millionen aus seiner Privatschatulle bezahlt) von der Zustimmung des Landtags abhängig machten; denn nach der Ver-

fassung könne der König nicht „Herrscher fremder Reiche“ sein. Als aber ein Abgeordnetentag in Frankfurt den Gasteiner Vertrag für ungültig erklären wollte, da sprachen hervorragende Mitglieder der preußischen Fortschrittspartei aus, sie würden „niemals Beschlüssen zustimmen, die gegen die Macht und Zukunft des preußischen Staats“ sich richteten. Wie sehr es sich gerade darum in jener schweren Zeit handelte, war der Opposition nicht klar (und konnte ihr auch nicht völlig klar sein); da aber die Regierung von den auswärtigen Verhältnissen ganz in Anspruch genommen ward, so erfolgte schon am 25. Februar unerwartet der Schluß des Landtags.

Stellung Preußens zu Frankreich und Italien und wachsende Spannung mit Österreich. Vom Anfange seiner Laufbahn an hatte Bismarck das hohe Ziel der nationalen Einheit fest ins Auge gefaßt, ohne unmittelbar auf eine bestimmte Form derselben loszusteuern. Aber entschlossen lenkte er das Schiff in den Strom der nationalen Bewegung, und trotz aller einengenden Dämme, trotz aller gefährlichen Klippen suchte der kundige Steuermann die Fahrt geschickt und glücklich zu vollenden. Sein nächstes Ziel mußte das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland sein, und für die Erreichung desselben war die Haltung des Auslands, namentlich Frankreichs und Italiens, von größter Wichtigkeit. — Napoleon hatte schon im September 1864 die Hoffnung Italiens auf Erwerb Venetiens genährt — sein Wort „frei bis zur Adria“ wollte er erfüllt sehen —, dafür dann aber die Fortdauer der Besetzung Roms sich ausbedungen, um seiner Politik auch ferner die Stütze des Klerus zu sichern. Um Napoleons Ansichten nun näher kennen zu lernen, begab sich Bismarck Oktober 1865 nach Biarritz und kehrte in gehobener Stimmung zurück, da er beim Kaiser Eindruck gemacht hatte mit seinen Ausführungen, daß die französische Politik „den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben“ ermutigen müsse; ein strebsames Preußen werde stets hohen Wert auf Frankreichs Freundschaft legen. Napoleon erklärte damals einen Bund mit Österreich für ausgeschlossen. Da ihm aber die durch den Gasteiner Vertrag in Frankreich entstandene Aufregung von neuem bewiesen hatte, wie eifersüchtig seine Franzosen auf Preußens wachsende Macht waren, so dachte er sofort an Land-

erwerb für sich bei Gelegenheit der sich vorbereitenden Einigung Deutschlands, die er ohne solche „Kompensation“ fürchten mußte.

War Österreich über Bismarcks Reise nach Biarritz schon verstimmt, so ward es durch den am 30. Dezember erfolgten Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Italien gereizt, und dies wirkte nun auch auf die schleswig-holsteinische Frage zurück. Immer deutlicher wurde es, daß Österreich die Befestigung der preußischen Macht in den Herzogtümern auf alle Weise zu hindern suchte. Manteuffel hatte durch sein festes Auftreten die Aufregung der Bevölkerung etwas gemildert, den Dänen allerdings jede Hoffnung auf irgendwelche Landabtretung gründlich benommen (jedes 7 Fuß lange Stück Erde werde er mit seinem Leibe decken). Die österreichische Verwaltung in Holstein dagegen legte der freien Meinungsäußerung zu gunsten des Augustenburgers kein Hindernis in den Weg, so daß am 20. Januar 1866 Bismarck die Ausweisung des Prinzen und die Unterdrückung der preußenfeindlichen Presse fordern mußte. Statt darauf einzugehen, gestattete Österreich am 23. Januar eine Massenversammlung in Altona, die sich zwar hatte verpflichten müssen, keine Beschlüsse zu fassen, aber ihrem Widerwillen gegen Preußen in aufregenden Reden Luft machte und den Augustenburger zum rechtmäßigen Fürsten ausrief. Demgegenüber richtete Preußen am 26. eine sehr ernste Beschwerde an Österreich und forderte, daß solchem, die monarchischen Grundsätze schädigenden, förmlich revolutionären Treiben ein Ziel gesetzt werde; Preußen nehme, da Österreich auf die Dauer nicht gemeinsame Wege mit ihm gehen zu wollen scheine, für seine Politik volle Freiheit der Aktion in Anspruch.

Da Österreich alle Vorwürfe stolz und kühl zurückwies, so ward die Unvermeidlichkeit des Kriegs immer klarer. Aber der König zögerte, den Schritt über den Graben zu thun. Ihm bereitete der Entschluß, mit den Habsburgern zu brechen, einen schweren Seelenkampf; auch hegte er in Bezug auf Frankreich sehr ernste Bedenken. Bismarck, auf dessen Schultern allein die ganze Verantwortung ruhte, mußte daher in den folgenden Monaten auf seiner gefahrvollen Bahn „in herkulischer Tag- und Nachtarbeit sich nervös abnutzen“ und eine sehr erklärliche „krankhafte Un-

geduld" seinerseits hielt öfter „nicht alle Mißtöne" fern (nach Roons Zeugnisse). Die Einmischung des Auslands in die inneren Lebensfragen der deutschen Nation abzuwehren war eine Aufgabe, die ihm ebensosehr am Herzen lag, wie sie wegen der unsicheren Haltung Napoleons die größten Schwierigkeiten machte. Dazu kamen all die Gegensätze im Innern. Auch der Kronprinz war ganz entschieden gegen den Bruderkrieg mit Österreich und blieb augustenburgisch gesinnt. Ein Ministerrat am 28. Februar kam nun dahin überein, Österreichs weiteres Verhalten abzuwarten, dagegen sofort in Unterhandlungen wegen eines Bündnisses mit Italien einzutreten. Denn dessen aktives Vorgehen war nach Moltkes Ansicht unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg. Es ward beschlossen, Moltke selbst nach Florenz zu senden. Da that Österreich zwei entscheidende Schritte. Vom 7.—13. März wurde in Wien kaiserlicher Marschallsrat gehalten, und man benutzte Ausschreitungen gegen die Juden in Böhmen, um am 15. Truppen dorthin zu senden, die ihre Aufstellung an der sächsischen und preußischen Grenze nahmen, wo die Juden gar nicht gefährdet waren. Ferner richtete Österreich am 16. eine Aufforderung an die Mittelstaaten zu kriegerischen Vorkehrungen, und Sachsen beeilte sich, ihr nachzukommen.

Nun erkannte Bismarck die Unmöglichkeit eines friedlichen Ausgleichs, und am 27. März beschloß der Ministerrat Vorkehrungen zur Verteidigung. Die Unterhandlungen mit Italien — der General Govone war in Berlin erschienen, ehe Moltke seine Abreise angetreten — kamen bald zum Abschluß; denn Napoleon riet in Berlin und Florenz mit gleichem Nachdruck zum Kriege, bei dem er für sich etwas herauszuschlagen hoffte. Am 8. April ward durch einen geheimen Vertrag abgemacht, daß Italien an Österreich den Krieg erklären solle, wenn binnen 3 Monaten Preußens Unterhandlungen über Bundesreform scheitern und es genötigt sein würde, die Waffen zu ergreifen.

Preußens Antrag auf Bundesreform und die Auflösung des deutschen Bundes. Bismarck stellte jetzt neben der schleswig-holsteinschen Frage die der Bundesreform in den Vordergrund. Zweimal hatte Österreichs Politik der listigen Überredung (unter Metternich) oder der rücksichtslosen Drohung (unter Schwarzenberg)

Preußen gehindert, die wahren nationalen Interessen wirksam zu vertreten — jetzt lenkte der große preußische Staatsmann, der die Gewandtheit eines Metternich und die Energie eines Schwarzenberg besaß, ohne die treulose Hinterlist jenes und die Brutalität des letzteren, er lenkte zielbewußt auf jene Bahn ein und war nicht gewillt, auch nur einen Schritt von ihr zu weichen auf einen Weg hin, der etwa zu einem neuen Olmütz geführt hätte. In einer Circulardepesche an die Vertreter Preußens bei den deutschen Regierungen vom 24. März legte er dar, daß Preußen sowohl den österreichischen Rüstungen gegenüber Maßregeln zur augenblicklichen Sicherheit treffen als auch wegen der außergewöhnlichen Lage „eine den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes" in Anregung bringen müsse. Dies gebiete ebenso Preußens wie Deutschlands Interesse, das schon durch die geographische Lage zusammenfiele. „Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt — den großen Zeiten der Entscheidung, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick über Europa kommen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksale Polens nicht schützen werde."

Auf eine Anfrage Preußens bei den Bundesregierungen, wie weit es auf ihre Unterstützung rechnen könne, antworteten die größeren Staaten ausweichend oder beriefen sich auf die Bundesverfassung. Nun stellte Preußen am 9. April einen Antrag beim Bunde, daß zur Reform der Bundesverfassung eine aus direkten, allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehende Volksvertretung — den „vollen Tropfen demokratischen Öles" hatte einst Uhland (s. S. 490) gefordert — einberufen werden solle. Auf eine solche hatte Bismarck schon bei den durch den Frankfurter Fürstentag veranlaßten Verhandlungen (1863) hingewiesen (s. S. 518) und that jetzt mit jenem Antrage den „ersten und entscheidenden Schritt zur Befriedigung der nationalen Forderungen". Die Wirkung desselben in Europa war verblüffend. In Deutschland aber, dessen politische Freiheit neben der Einheit doch gesichert werden sollte, ward die öffentliche Meinung nicht umgestimmt. Die Abneigung gegen den Junker und Konfliktsminister Bismarck, der Haß gegen Preußen war so groß, daß gerade der demokratische

Süden Deutschlands für das absolutistische Österreich sich begeisterte, eine Verwirrung der Begriffe, die erst durch gewaltiges Kriegswetter geklärt werden konnte. Zwar schienen zunächst die nach Bismarcks Versicherung, der König denke nicht an einen Angriffskrieg, seit dem 6. April eröffneten Unterhandlungen wegen Abrüstung zu günstigem Ergebnis zu führen. Als aber die Meldung von italienischen Rüstungen in Wien einlief (erst am 26. machte Italien mobil), beschloß am 21. April der Kriegsrat die Mobilisierung der Südarmee unter Erzherzog Albrecht. Am 26. ward Preußen der Vorschlag gemacht, die Erbfolgefrage vom Bunde entscheiden zu lassen. Und da nun Österreich die Forderung gänzlicher Abrüstung ablehnte, so begannen seit dem 3. Mai die kriegerischen Vorbereitungen auch in Preußen.

Aufregung und Erbitterung wuchsen von Tag zu Tag. Die öffentliche Meinung in Preußen zeigte sich nicht nur nicht einverstanden mit dem Kriege, sondern gab zum Teil nachdrücklich eine bisher unerhörte Scheu davor kund. Deshalb erfolgte auch am 7. Mai ein Mordanfall auf Bismarck, dessen Entlassung dem Könige bald vom Erzbischof von Köln (Melchers) sowie von einem früheren Staatsminister (Bethmann-Hollweg) dringend geraten ward als einziges Mittel einer Verständigung mit Österreich. Zu solcher schien sich übrigens noch zweimal eine Aussicht zu eröffnen. Gablenz, der Bruder des Statthalters, versuchte den Vorschlag, Schleswig-Holstein solle ein unabhängiger Staat unter einem preußischen Prinzen werden und durch eine Reform der Bundeskriegsverfassung Preußen im Norden, Österreich im Süden Deutschlands den Oberbefehl erhalten. Bismarck ging auf die Sache näher ein, allerdings sehr behutsam. Aber das gegenseitige Mißtrauen war zu groß. Da machte Napoleon am 24. Mai den von Bismarck sofort angenommenen Vorschlag, einen Kongreß der Großmächte zu berufen. Österreich hatte, um Italien von Preußen zu trennen, seit Ende April mit Frankreich geheime Unterhandlungen geführt: Frankreich und Italien sollten neutral bleiben, dafür nach Eroberung Schlesiens Venetien freiwillig abgetreten werden. Italien aber sträubte sich entschieden dagegen, etwas geschenkt zu erhalten. Jetzt stellte Österreich nun solche Bedingungen, daß schon daran das Zustandekommen des Kongresses scheiterte.

Weil Preußen aber keine Aussichten auf Landerwerb eröffnete, so schlug Napoleons Politik zu gunsten Österreichs um. Am 12. Juni ward ein geheimer, in seinen Einzelheiten noch nicht bekannter Vertrag zwischen Österreich und Frankreich geschlossen, bei dem es sich um Abtretung Venetiens und Sicherung der weltlichen Macht des Papstes gehandelt haben muß. Wahrscheinlich willigte Österreich auch in Abtretung linksrheinischen Gebiets an Frankreich, und letzteres gab dafür Italiens Einheit preis. Jedenfalls aber suchte Napoleon Italien von Preußen abzuziehen, während er letzterem wohlwollende Neutralität vorspiegelte.

Österreich selbst aber gab den Anlaß zum offenen Bruche. Am 1. Juni überließ es die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Frage dem Bunde und erteilte die Weisung, die holsteinischen Stände einzuberufen, um sie entscheiden zu lassen, wer in den Herzogtümern herrschen solle. Nun war der Bund gar nicht befugt, sich in die Streitfrage einzumischen; ferner hatte Österreich sowohl die Abmachung, daß „nur im gegenseitigen Einverständnis" die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer geregelt werden sollten (s. S. 520), als auch das im Gasteiner Vertrage vorbehaltene gemeinsame Eigentumsrecht verletzt. So legte denn Preußen am 3. Juni in Wien Verwahrung gegen die Anrufung des Bundes ein und wies am 4. den fremden Regierungen nach, daß die Schuld am Bruche nur Österreich treffe.

Da der Gasteiner Vertrag hinfällig geworden war, so rückte am 7. Juni Manteuffel in Holstein ein, um die vor dem Vertrage bestehende gemeinsame Verwaltung wiederherzustellen. Gablenz dagegen zog sich nach Hannover zurück. Nun erklärte Österreich seinerseits, daß der Gasteiner Vertrag von Preußen verletzt sei, und stellte am 11. Juni beim Bunde den Antrag auf Mobilmachung der Bundestruppen gegen Preußen. Es forderte also unter Anrufung der Bundestreue den Bund zur Verteidigung eines bundesrechtlich ganz nichtigen Vertrags auf, im Widerspruche mit dem Bundesgesetze, das gerichtliches Verfahren und bestimmte Fristen vorschrieb. Preußen erklärte, die Annahme dieses Antrags als Kriegserklärung betrachten zu müssen, und als am 14. Juni derselbe mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen ward, war der Bund thatsächlich aufgelöst. (In Augsburg fand am

24. August die letzte Sitzung des dorthin geflüchteten Rumpfes statt.) Preußen sprach aber seine Bereitwilligkeit aus, auf Grund des Reformentwurfs einen neuen Bund zu begründen. Darüber mußte jetzt das Schwert entscheiden.

Ziel und Wesen des Kriegs. Solange in demselben Staatenbunde Österreich und Preußen als zwei vor allem in nationaler Hinsicht so grundverschiedene Großmächte nebeneinander sich befanden, konnte zwischen ihnen nur ein feindliches Verhältnis, ein Kampf um die Vormachtstellung stattfinden, der jede befriedigende Gestaltung Deutschlands auf naturgemäßer Grundlage unmöglich machte. Für beide war nicht Raum in Deutschland. Um die Beseitigung dieses verhängnisvollen Dualismus also handelte es sich jetzt. Durch die ganze Entwickelung Deutschlands seit Friedrich dem Großen war solche Entscheidung durch einen Bruderkrieg unvermeidlich geworden: der gordische Knoten mußte mit dem Schwerte gelöst, eine „chirurgische Operation zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheit“ vollzogen werden. Nicht die Existenz Preußens überhaupt war unmittelbar bedroht, wohl aber seine Stellung als Großmacht*); es sollte von der Stufe herabgestoßen werden, „auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben hatten“. Es war also ein Kampf um ein ideales Gut, um die führende Stellung in Deutschland. Deshalb aber gerade ward der Krieg von der öffentlichen Meinung anfangs als nicht notwendig angesehen. Inwiefern es sich bei ihm um ein nationales Gut, um Einheit und Selbständigkeit, handelte, weshalb nicht auch auf friedlichem Wege eine neue Ordnung der Dinge sich begründen ließ, das war vielen Gebildeten (von den weiten Kreisen des Volks ganz zu schweigen) nicht verständlich. Hegels Wort, man könne aus der Weltgeschichte vor allem das lernen, daß die Welt nie etwas aus der Geschichte gelernt, trifft

*) Bei solcher Auffassung braucht man keinen Widerspruch zu finden zwischen den Worten im „Aufruf an Mein Volk“ vom 18. Juni: „Wir müssen fechten um unsere Existenz“ (nämlich als Großmacht, wie der folgende Satz das weiter ausführt) und der Stelle bei Moltke: „Der Krieg ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen“.

leider gerade für diese Zeit zu. — Die schleswig-holsteinsche und die deutsche Frage waren zusammengefallen und die beiden allein möglichen friedlichen Wege, gemeinsame Ausübung und Teilung der Macht, ohne Erfolg betreten. So blieb nur die kriegerische Entscheidung, und diese war längst als notwendig erkannt und vorbereitet von dem gewaltigen preußischen Staatsmanne, der die Aufgabe, an der einst das deutsche Parlament wie die preußische Regierung scheiterten, jetzt auch unter den schwierigsten Verhältnissen glücklich löste. Von vornherein war es für Bismarck entschieden, daß nicht eine völlige Niederwerfung Österreichs, sondern nur die Beseitigung jenes Dualismus der Zweck des unvermeidlichen Kriegs sein dürfe. Auch angesichts des berauschendsten Siegesjubels (s. S. 540) hielt er an dieser weisen Mäßigung unerschütterlich fest und bewährte so seine Genialität fast noch glänzender als durch die bisherigen Erfolge seiner Staatskunst, die es verstanden hatte, Österreich völlig ins Unrecht zu setzen, ohne daß sie sich den Möglichkeiten friedlichen Ausgleichs verschloß.

Die Lage in Österreich. Durch den italienischen Krieg 1859 war in Österreich der seit der Revolution 1848 noch verschärfte bureaukratische und polizeiliche Absolutismus zusammengebrochen. Da eine Beteiligung des Volks am Staatsleben namentlich wegen der gewaltigen Schuldenlast unerläßlich war, so trat Österreich 1861 durch das Februarpatent endlich in die Reihe der konstitutionellen Staaten. Der aus Herren- und Abgeordnetenhaus bestehende Reichsrat sollte die Gesamtvertretung des Staats bilden. Gegen dieses centralistische System aber erhob sich der Widerstand der nichtdeutschen, föderalistisch gesinnten Volksstämme, und die ganze Verfassung mußte 1865 „sistiert" werden. So befand sich Österreich in einer tiefgreifenden inneren Krisis, als es 1866 den Kampf gegen Preußen heraufbeschwor. Der Finanznot wegen hatte die Hälfte der Truppen kaum 1 Jahr gedient und war dann nur zu wenigen Reserveübungen einberufen. Diese Mängel konnten durch die Tapferkeit und den Mut der einzelnen nicht aufgewogen werden. — Preußens Aufforderung zur Neutralität und zur Annahme der vorgeschlagenen Bundesreform war von Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau zurückgewiesen, und diese Staaten schlossen sich nun mit Bayern, Würtemberg,

Hessen-Darmstadt und Baden Österreich an. Aber eine „anmutige Mannigfaltigkeit“ der Kriegszwecke herrschte in dieser Koalition, und viel Gewinn konnte Österreich von ihr nicht erhoffen.

Preußens Vorgehen in Norddeutschland und der Krieg in Böhmen. In Preußen, auf dessen Seite die kleineren norddeutschen Staaten standen, war man entschlossen, den entscheidenden Schlag gegen Österreich mit voller Kraft möglichst rasch herbeizuführen, und entblößte deshalb auch, trotz aller Bedenken wegen Napoleons Zweideutigkeit, die Rheinprovinz fast ganz von Truppen. Moltke wollte den Gegner in seinem eigenen Gebiete aufsuchen; um nun nach Aufstellung dreier Armeen „getrennt marschieren, vereint schlagen“ zu können, war die Besetzung Sachsens nötig. Sie erfolgte am 20. Juni (das sächsische Heer focht später an der Seite der Österreicher in Böhmen tapfer). Ebenso rasch waren Hannover, Kurhessen und Nassau besetzt. Nur die hannoversche Armee, die sich südwärts gewandt hatte, um sich mit den Bayern zu vereinen, traf mit einem schwächeren preußischen Korps bei Langensalza zusammen (27. Juni) und errang einen Erfolg. Als die Preußen aber Verstärkungen erhalten hatten, mußten die Hannoveraner kapitulieren. Die wiederholten Eigenmächtigkeiten des preußischen Generals Vogel von Falckenstein, von denen ein ausdrücklicher Befehl des Königs ihn abbringen mußte, hatten ein so weites Vorgehen der hannoverschen Armee ermöglicht.

Inzwischen waren 2 preußische Heere, die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld von Sachsen aus, die erste unter Prinz Friedrich Karl von der Lausitz aus, in Böhmen eingedrungen, hatten sich vereinigt und warfen, mehr methodisch als schnell vorgehend, am 28. Juni durch den Sieg bei Münchengrätz den Feind auf Gitschin zurück. Auf Befehl Moltkes strebten sie dann schleunigst nach Verbindung mit der zweiten Armee, und der Sieg bei Gitschin am 29. stellte eine solche her. Beide Heere konnten nun in einem Marsche nach der Mitte zu vereinigt werden. Die zweite Armee unter dem Kronprinzen nämlich war in 3 Kolonnen über das Gebirge vorgedrungen. Der rechte Flügel unter Bonin traf am 27. Juni bei Trautenau auf die Österreicher unter Gablenz, welche die Hochfläche besetzt hatten, und mußte sich zurückziehen. Die Scharte ward aber am folgenden

Tage von der in der Mitte vordringenden Garde bei Soor wieder ausgewetzt, während auf dem linken Flügel Steinmetz, der schon am 27. bei Nachod den Feind geworfen hatte, Skalitz einnahm. Nun mußten die Österreicher überall zurückweichen. Ihr Oberanführer Benedek, der sich selbst nur ungern an der Spitze des Heeres sah, hatte die Sache stets in zu rosigem Lichte betrachtet und, statt mit seiner ganzen Macht auf eine der beiden heranrückenden Armeen sich zu werfen, jeder einzelnen nur ungenügende Streitkräfte entgegengestellt. Nun konnte er keine der beiden mehr angreifen, ohne von der anderen in der Flanke bedroht zu werden.

Mit seinen äußerst ermüdeten und aufgelösten Truppen zog sich Benedek nach Königgrätz zurück und bat den Kaiser, „um jeden Preis" den Frieden zu schließen — natürlich vergebens; er mußte die Vorbereitungen zur Entscheidungsschlacht treffen. Seinen Plan aber teilte er, im schärfsten Gegensatze zu Moltkes Verfahren, niemandem mit; er sah eben, wie Napoleon I., das Heer nur als Maschine an. In einer Hakenstellung gedachte er durch das Feuer seiner auf steilen Höhen aufgestellten 770 gezogenen Geschütze den an Artillerie weit schwächeren Feind zunächst mürbe zu machen, und dann mit der Infanterie den Hauptstoß gegen das Centrum zu führen. Dieser Plan, an und für sich schon bedenklich, ward nun von den beiden am rechten Flügel befehligenden Führern völlig über den Haufen geworfen: eigenmächtig verließen sie die ihnen jämmerlich dünkende Stellung, während sie doch gerade die äußerst wichtige Aufgabe hatten, der anrückenden zweiten Armee entgegenzugehen.

Ganz anders im preußischen Heere. Vergessen waren hier die inneren Gegensätze. Des Vaterlands Ehre, Macht und Größe stand auf dem Spiele — da erfüllte alle Mannszucht, Ehrgefühl und patriotischer Sinn. Am 2. Juli übernahm der König persönlich den Oberbefehl. Die Verantwortung aber für die entscheidenden Entschlüsse trug allein Moltke, ebenso wie Bismarck die für die auswärtige Politik. Ein eigentlicher Kriegsrat hat nie stattgefunden. Als nun am Abend des 2. Juli die Meldung kam, Benedek stehe wenn nicht mit der ganzen Armee, so doch mit dem größten Teile nicht hinter der Elbe, sondern bis über die Bistritz

bei Sadowa, da beschloß Moltke — und der König stimmte ihm sofort zu —, das Höchste, was die Strategie erreichen kann, zu versuchen: die Vereinigung zweier bis dahin gesonderter Armeen auf dem Schlachtfelde selbst. Der Kronprinz, der 2 Meilen vom Gegner entfernt stand, erhielt den Befehl, mit allen Kräften zur Unterstützung der ersten Armee gegen die rechte Flanke des voraussichtlichen feindlichen Anmarsches vorzurücken und sobald als möglich einzugreifen.

Am Morgen des 3. Juli ward den Preußen, die 221000 Mann stark waren, bald klar, daß ihnen die ganze österreichische Armee, 222000 Mann, gegenüberstand. Niemals seit den napoleonischen Kriegen waren solche Truppenmassen vereint gewesen. Die Elbarmee sollte nun gegen den linken Flügel der Österreicher vorrücken, während die erste den Feind auf seiner ganzen Front festzuhalten hatte, bis die zweite herangekommen war. Dies gelang vollständig. Nirgends konnten die Österreicher die Bistritz überschreiten, und während der Schlacht lag zu ernsten Besorgnissen zu keiner Zeit Grund vor. Allerdings hatte auf dem linken Flügel der ersten Armee die Division Fransecky einen äußerst schweren Stand im Swiepwalde der gewaltigen feindlichen Übermacht gegenüber, aber die Nachricht von dem um 11 Uhr fühlbar werdenden Herannahen der zweiten Armee — sie hatte des Regens wegen einen schwierigen Marsch — wirkte auf die Reste der Heldenschar belebend ein. Um 3½ Uhr konnte die ganze erste Armee den Vormarsch antreten. Die österreichische Infanterie floh, die ungemein vortreffliche Artillerie aber verschaffte ihr einen beträchtlichen Vorsprung. Denn die bisher unthätige preußische Reiterei ward an raschem Vorgehen durch das Überschreiten der Bistritz gehindert, nur einzelne Abteilungen kamen noch an den Feind. Eine rastlose Verfolgung aber, wie nach der Schlacht bei Belle-Alliance, war wegen der Ermüdung der auf engstem Raume zusammengedrängten, äußerst angestrengten und in ihren taktischen Verbänden ganz aufgelösten Truppen nicht möglich. Die Preußen hatten etwa 9000, die Österreicher über 14000 Mann nebst 187 Geschützen verloren, über 22000 Gefangene waren in den Händen der Sieger. „Ew. Majestät haben nicht bloß die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen“, sagte Moltke zum Könige, Bismarck aber fügte hinzu:

„Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen“.

Die Vermittelung Frankreichs und die Friedenspräliminarien. Der Sieg bei Königgrätz machte in ganz Europa ungeheures Aufsehen. Grenzenlos war die Aufregung vor allem in Paris. War doch durch den glänzenden Waffenerfolg der Preußen der französische Kriegsruhm verdunkelt! Österreich aber trat, trotzdem am 24. Juni Erzherzog Albrecht in der Schlacht bei Custozza die von dem ganz unfähigen La Marmora geführten Italiener geschlagen hatte, Venetien an Napoleon ab, um nach dem Waffenstillstande mit Italien seine Südarmee gegen Preußen heranziehen zu können. Schon vor der Schlacht bei Königgrätz hatte sich Österreich zu dieser, kurz zuvor von ihm als „Selbstmord“ bezeichneten, Abtretung bereit erklärt.

Napoleon wollte nun wenigstens den Schein der Neutralität bewahren und beschloß, sowohl bei Preußen als bei Italien zu vermitteln. Am 5. Juli traf sein Telegramm beim Könige Wilhelm ein („Unglaublich!“ rief dieser aus), und damit ward die politische Lage völlig umgestaltet. Bismarck mußte seinen Feldzug beginnen. Denn so sehr auch in ihm, dem Heißblütigen, der Zorn über die fremde Einmischung aufwallte — daß diese nicht ohne weiteres abzuweisen war, darüber hegte er so wenig Zweifel wie der König. Äußerst schwierige Verhandlungen begannen nun, schwierig auch deshalb, weil viele gewichtige Stimmen im preußischen Hauptquartiere für völlige Ausbeutung des glänzenden kriegerischen Erfolgs waren. Bismarck mußte „Wasser in den brausenden Wein gießen“, war aber auf der anderen Seite fest entschlossen, die Grundlagen der nationalen Einheit, die er niemals aus den Augen verlor, sich auf keinen Fall durch das Dazwischentreten Frankreichs verkümmern zu lassen; eher sollte „jedes Mittel ohne Rücksicht auf irgend einen Parteistandpunkt zur Kräftigung des Widerstandes der Nation“ angewendet werden.

Napoleon erklärte sich nun im Hinblick auf die Stimmung seines Landes besonders gegen ein einheitliches deutsches Reich. Dadurch nötigte er Bismarck, für jetzt sich auf eine Einigung des Nordens zu beschränken, Preußen aber die für Deutschlands Interessen nötige Machtstellung durch Vergrößerung seiner Hausmacht

zu verschaffen. Der Gedanke an umfassende Annexionen, der ursprünglich den leitenden Kreisen Preußens völlig fern lag, tauchte nun während der Verhandlungen auf, und so wurden letztere von ebensolcher Bedeutung wie die kriegerischen Erfolge selbst. Anfangs waren in dem bezeichnenderweise vom preußischen Gesandten ausgearbeiteten Vermittelungsvorschlage Frankreichs die Annexionen nicht erwähnt. Da aber die gewaltig erregte öffentliche Meinung in Italien zu Napoleons größter Erbitterung Victor Emanuel zwang, den Kampf fortzusetzen, und da die Preußen unaufhaltsam auf Wien vorrückten, so lag dem französischen Kaiser an der Verständigung mit Preußen, und er gestand schließlich die von letzterem als Vorbedingung für den Frieden geforderte Annexion von vier Millionen in Norddeutschland zu. Mit Österreich, wo die Bevölkerung den Frieden herbeisehnte, hatte Bismarck vergebens direkt anzuknüpfen versucht. Auch als nun nach der Vermittelung Frankreichs in Nikolsburg die Verhandlungen begannen, mußte er eine äußerst schwere Aufgabe lösen. Zum Glück stand ihm jetzt der Kronprinz entschieden zur Seite und wirkte auf den König, dem die vorgeschlagenen Erwerbungen ein nach solchen Opfern zu geringer Erfolg schienen, nachdrücklich ein. Den Ausschlag gab die immer gefährlicher drohende Einmischung Frankreichs und Rußlands.

Jenes wollte Entschädigungen für die Zulassung der Annexionen haben, Rußland dagegen hatte die Absicht, einen europäischen Kongreß zu berufen, der natürlich alle Erfolge in Frage gestellt hätte. Sobald Bismarck davon Kunde erhielt, suchte er möglichst rasch mit Österreich ins Reine zu kommen. In einer Denkschrift setzte er dem Könige auseinander, die Entscheidung des Augenblicks sei von unberechenbarer Wichtigkeit; durch den Versuch, einige Quadratmeilen oder wenige Millionen an Kriegskosten mehr zu gewinnen, würde das ganze Ergebnis in Frage gestellt — und fremde Einmischung unvermeidlich. Da gab Wilhelm am 25. Juli seine Genehmigung zum Abschluß der Präliminarien, und dadurch war auch der Friede mit Österreich so gut wie gesichert. „Niemals war mit schärferem Blicke und festerer Hand die Stirnlocke Fortunas ergriffen worden. Solche Verbindung von Siegesbewußtsein und Mäßigung, solches Handinhand-

gehen von Selbstbeherrschung und Genialität, solch Verhältnis zwischen Monarch und Minister ist in aller menschlichen Geschichte sehr selten erschienen."

Der Mainfeldzug und die Friedensschlüsse. Unterdessen hatte auch auf dem westlichen Kriegsschauplatze die Mainarmee unter Vogel von Falckenstein, dann, als er seiner Eigenmächtigkeiten wegen abberufen war, unter Manteuffel, Erfolge errungen gegen die zumeist aus Bayern und Hessen-Darmstädtern bestehende Bundesarmee, deren Führung die Kläglichkeit der Bundeskriegsverfassung ins grellste Licht stellte. Die Länder nördlich vom Main, sowie Frankfurt, Darmstadt, Würzburg und Nürnberg waren vollständig besetzt, als am 2. August auch hier der Waffenstillstand in Kraft trat. Während Friedrich der Große einst 7 Jahre lang ringen mußte, um Österreichs Widerstand zu brechen, so hatte jetzt ein Feldzug von weniger als ebensoviel Wochen dasselbe Ergebnis herbeigeführt.

Frankreich und Rußland versuchten sich in die folgenden Friedensverhandlungen einzumischen, aber es gelang Bismarck, die Selbständigkeit der preußisch-deutschen Politik völlig zu wahren. Am 23. August ward mit Österreich der Friede von Prag abgeschlossen, in den die Abmachungen der Nikolsburger Präliminarien übergingen. Österreich schied endgültig aus Deutschland aus und erkannte den Bund an, der zwischen den nördlich des Mains liegenden Staaten zu begründen war. Die Verbindung desselben mit den süddeutschen Staaten, denen durch französischen Einfluß eine „unabhängige, internationale Existenz" zugesichert ward, sollte näherer Verständigung vorbehalten bleiben. Die von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen einschließlich der Territorialveränderungen erkannte Österreich im voraus an unter der Bedingung der Integrität Sachsens und übertrug seine Rechte auf Schleswig-Holstein an Preußen, dem 20 Millionen Thaler Kriegskosten gezahlt wurden. Nach Überwindung schweren Widerstands hatte es Bismarck durchgesetzt, daß Österreich kein Dorf verlor. Er wollte jeden Anlaß zu dauernder Verstimmung beseitigen und möglichst bald ein befreundetes Verhältnis herstellen, eine weise Mäßigung, welche die besten Früchte getragen hat.

Mit den süddeutschen Staaten wurden im August besondere Friedensverträge in Berlin geschlossen, die Bayern und Hessen

kleine Gebietsabtretungen und allen mäßige Kriegskosten auferlegten. Hessen, das die Hülfe Frankreichs und Rußlands angerufen hatte, mußte mit seinem nördlich des Mains gelegenen Gebiete in den norddeutschen Bund treten. Mit Sachsen kam nach unerquicklichen Verhandlungen erst im Oktober der Friede zustande. Italien erhielt, nachdem manche Schwierigkeiten auch finanzieller Art endlich überwunden waren, durch den Frieden von Wien (3. Oktober) Venetien.

Österreich kehrte, da der Centralismus unmöglich geworden war, zu dem Dualismus Maria Theresias (s. S. 155) zurück; Ungarn ward als eigenes Königreich mit eigenem Ministerium und Reichstag wiederhergestellt.

Preußens Gebiet dagegen wurde durch die Einverleibung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts — etwa 1300 □Meilen mit 5 Millionen Einwohnern, eine Erweiterung, wie sie nie mit einem Schlage durchgeführt war — abgerundeter, einheitlicher und verteidigungsfähiger. Der Staat gewann erst jetzt die feste und naturgemäße Grundlage einer Großmacht, und das kam ganz Deutschland zu gut.

D. Die Zeit des norddeutschen Bundes.

Innere Verhältnisse des Bundes. Unmittelbar nach Beendigung des ruhmreichen Kriegs ging Preußen an den Ausbau des norddeutschen Bundes, der dann in den nächsten Jahren zum Abschluß gebracht ward. Am 24. Februar 1867 trat der von 22 norddeutschen Staaten beschickte, aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehende erste norddeutsche Reichstag zusammen und setzte nach dem Entwurfe der verbündeten Regierungen die Verfassung fest. Das Präsidium des Bundes steht Preußen zu, in dessen Hände der Oberbefehl über alle Streitkräfte zu Lande und zu Wasser (Preußen brachte dem jungen Reiche als „Morgengabe“ die Flotte entgegen), sowie die diplomatische Vertretung im Auslande gelegt ward. Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der Bundesregierungen und bleibt — im großen Gegensatze zu den Beschlüssen von 1848, durch welche die Fürsten von der Reichsregierung ausgeschlossen waren — der wahre Träger der Souveränität im Reiche. Der Reichstag wird von den Vertretern des Volks gebildet,

und nur bei Übereinstimmung desselben mit dem Bundesrate kann ein Bundesgesetz zustande kommen. Dem Wesen des Bundesstaats entsprechend müssen die Bundesstaaten, soweit es für die Sicherheit und Wohlfahrt des Bundesgebiets unerläßlich ist, sich Beschränkungen ihrer Selbständigkeit gefallen lassen und dem Bundesgesetze sich unterordnen, namentlich in Bezug auf Zoll- und Handelsgesetzgebung, Maß-, Münz- und Gewichtssystem, Post- und Telegraphenwesen, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Im übrigen aber blieb jedem Staate die Freiheit, die mit dem Wohle des Ganzen nur irgend verträglich war. Das Verhältnis Preußens aber zu den norddeutschen Staaten sollte nicht auf der Gewalt, sondern auf dem Vertrauen zur Vertragstreue beruhen.

Eine endgültige Begründung des deutschen Reichs war durch Frankreichs Eingreifen verhindert, aber die deutsche Frage war gelöst, das Ringen der beiden Großmächte um den Vorrang in Deutschland beendet, Deutschland „in den Sattel gesetzt“. Der norddeutsche Bund befestigte sich als Land- und Seemacht, als Rechts- und Wirtschaftsstaat, als Handels- und Verkehrsgemeinschaft, und auf den durch ihn begründeten Ordnungen beruht in erster Linie der heutige Rechtszustand unserer Nation. Das Gleichgewicht zwischen Einheit und Sondertum war glücklich gewahrt und gerade dadurch ein fester Grund für ein einheitliches deutsches Reich gelegt. So ging nach langer, tiefer Nacht unserem Volke durch flammenden Blutschein hindurch endlich der Morgen der Freiheit und Größe auf.

In dem führenden Staate Preußen aber ward der innere Friede, die Voraussetzung für den Zusammenschluß Deutschlands, dadurch gewonnen, daß die Regierung, trotzdem sie das volle Gefühl ihrer Kraft nach dem glorreichen Kriege gewonnen hatte, weise Mäßigung und hohe politische Einsicht bethätigte und beim Landtage nachträgliche Genehmigung (Indemnität) für die budgetlose Zeit nachsuchte. Bereits am 16. Oktober 1862 hatte Bismarck die Hoffnung ausgesprochen, daß einst auf solchem Wege der Streit um Verfassung und Heeresreform ein Ende finden würde. Aber nicht geringen Widerstand mußte er jetzt überwinden, ehe in der mit größter Spannung (manche dachten an Verfassungssturz) erwarteten Thronrede am 5. August 1866 die Indemnitätsvorlage angekündigt werden konnte. Manche wollten darin eine Demütigung

der Regierung sehen, während diese doch nur bewies, daß die Heeresreform zu retten, nicht aber die Verfassung zu brechen stets ihre Absicht gewesen und daß nicht der Säbel, sondern das Gesetz fortan in Preußen und Deutschland herrschen solle. Bismarcks Entschluß, das Werk der deutschen Einigung zu fördern, siegte auch hier über alle Hindernisse, und mit 230 gegen 75 Stimmen nahm die 2. Kammer die Vorlage an (3. September). Aus der bisherigen Opposition schied nun eine große Mehrheit aus und bildete die national-liberale Partei, die sich zum Ziele setzte, die Regierung mit allen Kräften in einer echt national-deutschen Politik zu unterstützen. Besonders das gebildete Bürgertum trat so in die Mitarbeit am Ausbau des nationalen Reichs ein. Wie richtig aber Wilhelm und Bismarck gehandelt, als sie festhielten an der Heeresreorganisation, war den weitesten Kreisen im Volke klar geworden. Das Wort des Königs aus dem Konfliktsjahre 1862: „Die Zeit wird kommen, wo das Land mir danken wird“ hatte sich schon jetzt glänzend erfüllt. Nur die Fortschrittspartei verkannte die europäische Lage und die Grundbedingungen der politischen Entwickelung so, daß sie (Oktober 1869) einen Antrag auf Abrüstung einbringen ließ, während doch Frankreich nur auf Gelegenheit zum Angriffskriege wartete.

In den dem preußischen Staate einverleibten Ländern bahnte sich die Aussöhnung mit der neuen Ordnung der Dinge allmählich an, allerdings nicht ohne heftigen Widerstand mancher Kreise. In Hannover fand sogar eine förmliche Organisation des Landesverrats statt; eine „Welfenlegion“ ward gebildet, und der frühere König Georg sprach offen von der Wiederherstellung seines Reichs. Daher wurde am 2. März 1868 sein gesamtes Vermögen vorläufig beschlagnahmt. Im Auslande aber mußte die Ansicht sich bilden, der norddeutsche Bund kranke an innerer Schwäche. In Wirklichkeit jedoch gestalteten sich die Verhältnisse über Erwarten günstig, und das gilt auch von den

Beziehungen zu Süddeutschland. Die 4 süddeutschen Staaten standen rechtlich und formell außerhalb des norddeutschen Bundes, aber die Herstellung eines gesonderten Südbundes wünschten weder Regierungen noch Volksvertretungen (abgesehen von Würtemberg). In Baden ward sogar schon am 23. Oktober 1866 der Antrag

auf Eintritt in den Nordbund gestellt. Wenn nun auch manche Kreise vor allem in Bayern und Würtemberg fortgesetzt am Sondertum festhielten, so war doch bald in mehrfacher Hinsicht eine Einigung des ganzen Deutschlands unter Preußens Führung durch die geniale Staatskunst Bismarcks erreicht. Als im Prager Frieden die unabhängige, internationale Existenz eines süddeutschen Bundes verbürgt ward, hatte Bismarck solchen im voraus unschädlich gemacht durch geheime Verträge mit den süddeutschen Staaten, die am 19. März 1867 öffentlich bekannt wurden und gewaltigen Eindruck machten. Durch Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen verpflichteten sich die Staaten, im Kriegsfall alle ihre Streitkräfte unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen. So übte das Präsidium des norddeutschen Bundes in Süddeutschland „ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitz der Kaiser seit 500 Jahren nicht gewesen war". Das war nur möglich geworden, weil Bismarck den französischen Kompensationsgelüsten (s. S. 548 f.) gegenüber an einer durchaus nationalen Politik festhielt, im Hinblick worauf die süddeutschen Staaten schon im eigenen Interesse sich Preußen anschließen mußten. Bei den Verhandlungen mit ihnen gaben gerade die Forderungen Napoleons Bismarck eine gewaltige Waffe in die Hand. Frankreich, das 1866 eine endgültige Begründung des Deutschen Reichs hinderte, beförderte unfreiwillig den Anschluß des Südens an den Norden. Schon 1868 vereinbarte Moltke einen Feldzugsplan gegen Frankreich mit den süddeutschen Regierungen. Letztere waren damit einverstanden, auf unmittelbare Selbstverteidigung zu verzichten, das eigene Land scheinbar zu entblößen und am Mittelrhein ihre Streitkräfte mit denen Norddeutschlands zu vereinen.

Wie in militärischer, so ward auch in wirtschaftlicher Beziehung bald eine Einheit erreicht. Statt der früheren Zollkonferenzen, in denen nur die Regierungen entschieden, trat ein aus Mitgliedern des norddeutschen Reichstags und aus Abgeordneten der süddeutschen Staaten gebildetes Zollparlament zusammen, das mit Vertretern der Regierungen über alle Fragen der Zoll- und Handelspolitik gemeinsam beriet. Dabei äußerte sich freilich der Widerspruch der preußenfeindlichen Parteien namentlich in Bayern und Würtemberg immer noch scharf und erhielt das Ausland in dem

Glauben, eine kraftvolle deutsche Einheit werde nie zustande kommen. In Wirklichkeit aber ward das Verlangen danach immer dringender. „Alle Ursachen tieferer Entfremdung und wirklicher Feindseligkeit unter den Stämmen waren durch die nationalen Bestrebungen der vorhergegangenen Jahre thatsächlich beseitigt.“ Deshalb fand auch nach dem Bruderkriege 1866 keine nachhaltige Erbitterung statt, vielmehr hat sich das deutsche Volk unmittelbar aus der Entzweiung zur endgültigen Vereinigung und zur nationalen Wiedergeburt erhoben. Der alte Erbfeind selbst veranlaßte es, daß der stolze Bau der deutschen Einheit wider Erwarten schnell vollendet ward.

E. Der Nationalkrieg gegen Frankreich und die Begründung des Deutschen Reichs 1870 und 1871.

Vorbereitungen und Vorwand zum Kampfe. Die Zerrissenheit Deutschlands ist die Grundbedingung des französischen Übergewichts in Europa — so hatten schon im Anfang des Jahrhunderts Männer wie Stein geäußert, und von Thiers war im Mai 1866 die Wahrheit des Worts den ruhm- und herrschsüchtigen Franzosen aufs neue eindringlich gepredigt. Nur deshalb erregte der Sieg bei Königgrätz so ungeheures Aufsehen in Frankreich, nur deshalb ward die Losung „Rache für Sadowa“. Daß durch die sich vorbereitende Einigung ganz Deutschlands die bisher von Frankreich in Europa eingenommene Vormachtstellung schwer gefährdet werde, diese Überzeugung brach sich immer mehr Bahn, und so wuchs die Unzufriedenheit mit der Regierung. „Ein Napoleon auf dem Throne von Frankreich hatte seinen Anspruch durch politische und militärische Erfolge zu rechtfertigen.“ Nun hatte Napoleon sich stets in großen, zum Teil undurchführbaren Plänen gefallen (während er für das Selbstbestimmungsrecht der italienischen Nation eintrat, beschirmte er den geistlichen Todfeind desselben). Schließlich aber ward seine Politik unstät und abenteuerlich und machte „den Eindruck eines Schiffes, dem das Steuerruder entsunken war“. Vergeblich versuchte er, Frankreichs früheren Einfluß in Amerika wiederherzustellen. Die namentlich auch mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse 1861 unternommene französische Expedition gegen Mexiko scheiterte schließlich zum großen Nachteil für Na-

poleons Ruhm völlig. Seine Lage ward immer schwieriger. Den liberalen Forderungen hatte er in Bezug auf die Verfassung Zugeständnisse gemacht — vergebens, die Unzufriedenheit wuchs. So blieb ihm zur Beschwichtigung derselben als einziges Auskunftsmittel nur die Erweiterung des Gebiets an der Ostgrenze.

Napoleon beurteilte und schätzte die Deutschen und das wiedererwachte deutsche Nationalgefühl ganz richtig. Er erkannte in Preußen die einzige wirkliche Großmacht Deutschlands, er war von der Notwendigkeit einer Einigung Deutschlands überzeugt, aber er wollte bei Gelegenheit der preußisch-deutschen Machtvergrößerung für sich etwas erwerben und war längere Zeit in dem Wahne befangen, ein König von Preußen würde mit der einen Hand deutsches Gebiet an Frankreich geben und sich mit der anderen die Kaiserkrone aufs Haupt setzen, eine Verblendung, in der ihn die französischen Staatsmänner bestärkten. Schon 1862 versuchte Napoleon mit Hülfe Preußens Belgien und einen Teil des linksrheinischen Gebiets zu erlangen, und seit Mai 1866 drängte er wieder und wieder, wie ein „ewig berechnender Kaufmann“, die preußische Regierung zu Abmachungen, um seine Kompensationsgelüste befriedigt zu sehen. Der französische Botschafter in Berlin, Benedetti, erhielt am 4. August 1866 den Auftrag, dem Grafen Bismarck einen Vertragsentwurf vorzulegen, in welchem Frankreich die Grenzen von 1814 und ganz Rheinbayern und Rheinhessen mit Mainz forderte. Der Botschafter benahm sich auf der einen Seite sehr vorsichtig. Bei der „Gemütsart“ des Ministerpräsidenten (die sich auch in diesem Falle als heilsam für Deutschland erwies) hielt er es für geraten, den ersten Eindruck, den dieser Vertragsentwurf auf ihn machen mußte, nicht zu beobachten, und sandte ihm daher zunächst eine Abschrift desselben. Das war aber anderseits sehr unvorsichtig. Bismarck hatte jetzt schwarz auf weiß Beweise und verstand es meisterhaft, dieselben später bei den französischen Ableugnungen zu benutzen. Damals aber erklärte er dem Botschafter mit der größten Seelenruhe, jene Forderung Frankreichs sei der Krieg, und ein solcher würde für die napoleonische Dynastie wohl gefährlicher werden als für die hohenzollernsche. Napoleon verleugnete infolgedessen jenen Entwurf, ließ aber, als die Friedensverhandlungen mit Österreich für Preußen Schwierigkeiten verur-

suchten, abermals einen solchen in Bezug auf Luxemburg und Belgien vorlegen (20. August). Bismarck wußte jedoch durch seine Maßregeln einen raschen Friedensschluß herbeizuführen. Napoleon versuchte dann nachzuweisen, derselbe stünde dem nationalen Interesse Frankreichs durchaus nicht im Wege, da Deutschland, das bisher durch die Bande der heiligen Allianz gefesselt gewesen, nun mit Frankreich Freundschaft schließen könne; aber die „Beklemmungen" der französischen Patrioten wurden nicht gestillt, auch nicht durch das Wehrgesetz des Marschalls Niel, das dem stehenden Heere von 400000 Mann noch eine insgesamt doppelt so starke Reserve und mobile Nationalgarde hinzufügte.

So versuchte denn Napoleon unter Verzicht auf das linksrheinische deutsche Gebiet Luxemburg und Belgien mit Preußens Hülfe zu erwerben, natürlich wieder vergebens. Und als er dann von dem gegen den norddeutschen Bund feindlich gesinnten Könige von Holland Luxemburg, das eine preußische Besatzung hatte, durch Kauf sich zu verschaffen suchte, drohte der Krieg auszubrechen, 1867. Da ließ Bismarck die mit den süddeutschen Regierungen abgeschlossenen Verträge (s. S. 546) veröffentlichen, und Frankreich trat den Rückzug an (Luxemburg ward neutralisiert), scheute sich aber nicht, nach Störung „dieser bescheidenen Bestrebung" Preußen abermals einen Offensiv- und Defensivbund vorzuschlagen. Im Interesse des Friedens verfuhr Bismarck gegenüber allen diesen Zumutungen „dilatorisch". Die Reise des Königs Wilhelm zur Pariser Weltausstellung im Juli 1867 schien dann bessere Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen anzubahnen. Als Napoleon aber sich endlich überzeugen mußte, daß er mit Preußens Hülfe auf friedlichem Wege eine Grenzerweiterung nicht erlangen könne, entschloß er sich zum Kampfe.

Schon 1868 bereitete er einen solchen vor, indem er mit der Königin Isabella von Spanien wegen der nach Abzug der französischen Besatzung nötigen Beschützung Roms gegen die Italiener verhandelte. Die am 18. September in Spanien ausbrechende Revolution vereitelte aber den Plan, in den auch der vertriebene Kurfürst von Hessen eingeweiht war. Isabella ward verjagt. — Nun suchte Napoleon ein Zusammengehen zunächst mit Österreich zu erreichen. Der Anfang zu einem solchen, d. h. also zu einer Verschwörung

gegen Preußen, ward wohl schon 1867 bei einer Zusammenkunft der Herrscher in Salzburg gemacht. 1868 fand ein weiterer Meinungsaustausch zwischen den Staatsmännern statt, und 1869 wurde durch geheime Briefe, welche die Souveräne miteinander wechselten, erreicht, daß Österreich sich verpflichtete, „innerhalb der Grenzen des Möglichen“ Frankreich beizustehen. Erzherzog Albrecht, das Haupt der Kriegspartei, begab sich im Februar 1870 im tiefsten Geheimnis nach Paris, und ebenso erschien im Juni der französische General Lebrun in Wien, um den Kriegsplan festzustellen. Nachdem die Kriegserklärung unerwartet erfolgt war, verständigte sich Österreich mit Italien, unter dem Scheine bewaffneter Neutralität Frankreich erst diplomatisch, dann militärisch zu Hülfe zu kommen. Voraussetzung bei alledem war aber, daß ein französisches Heer in Süddeutschland einbrach und daß die Italiener in Rom einzogen, sobald die Franzosen es geräumt hatten. Von der Erfüllung dieser beiden Bedingungen machte namentlich Italien, mit dem bereits 1869 verhandelt war, sein Eingreifen abhängig. Völlige Klarheit über alle diese Verhandlungen wird erst die Zukunft bringen; die Thatsache aber, daß Österreich und Italien bereit waren, gegen Preußen das Schwert zu ziehen, steht fest.

Schon 1869 suchte die französische Regierung, während die öffentliche Meinung den Frieden für ziemlich gesichert hielt, sehr eifrig nach einer Gelegenheit zum Kriege. Sie dachte einen Angriff Preußens auf die politische Unabhängigkeit Süddeutschlands herbeizuführen und ließ außerdem durch England zweimal vertraulich einen Abrüstungsvorschlag machen, dessen Ablehnung dann ebenso wie jener Angriff als Kriegsfall betrachtet werden sollte. Bismarck wußte aber alle diese Bemühungen zu vereiteln. Daß jedoch dem norddeutschen Bunde der über sein und Deutschlands Schicksal entscheidende Waffengang mit Frankreich bald bevorstehe, davon war er nun überzeugt. Schneller, als die Welt dachte, beschwor die französische Regierung unter nichtigem Vorwande freventlich den gewaltigen Kampf herauf, aus dem das deutsche Volk geeint hervorgehen sollte.

Ende 1869 boten die Spanier ihren erledigten Thron dem mit den Bonapartes nahe verwandten Erbprinzen Leopold von

Hohenzollern an; erst nach längeren Verhandlungen und auf wiederholtes Drängen erklärte sich dieser im Juni 1870 zur Annahme bereit. Diese Thronkandidatur beschloß man in Paris als Vorwand zum Kriege gegen Preußen zu benutzen. Ein Hohenzoller in Spanien — das mußte bei dem Pariser Pöbel eine fieberhafte Aufregung hervorrufen, und Paris gab den Ton für ganz Frankreich an. Der Minister des Auswärtigen, Gramont, führte am 6. Juli in der Kammer zum größten Erstaunen der ganzen Welt, auch Österreichs und Italiens, eine äußerst herausfordernde Sprache. Man dachte, nun würde Preußen Genugthuung fordern, wollte darauf sehr übertriebene Gegenforderungen stellen, und so sollte dann von Preußen der Bruch herbeigeführt werden. Wenn aber Wilhelm an der Wahl des Erbprinzen Leopold festhalte, dann müsse eben Frankreich den Krieg erklären. Es kam aber anders: der Erbprinz verzichtete. Der Ministerpräsident Ollivier selbst sagte darauf zu Thiers: „Es bleibt Friede", und dieser erwiderte: „Nun müssen Sie sich ruhig verhalten". Aber das wollte die Kriegspartei nicht, die schöne Gelegenheit, Rache für Sadowa zu nehmen, sollte durchaus benutzt werden.

König Wilhelm, der sich in Ems befand, hatte dem französischen Botschafter Benedetti bereits erklärt, ihn gehe die Sache zunächst nichts an, dabei aber durchblicken lassen, er wolle sich mit dem Fürsten von Hohenzollern ins Einvernehmen setzen und billige es durchaus, wenn der Prinz zurücktrete. Nachdem dies nun geschehen, da mußte Benedetti die Forderung an den König stellen, er solle erklären, daß er niemals wieder seine Einwilligung zu einer Bewerbung der Hohenzollern um die spanische Krone geben werde. In Paris aber verlangte Gramont von dem norddeutschen Botschafter Werther (den der König, um eine Verständigung in der Sache herbeizuführen, wieder nach Paris hatte gehen lassen, trotzdem er seinen Urlaub angetreten), der König solle ein Entschuldigungsschreiben an Napoleon richten, in welchem aber die Verwandtschaft des Prinzen mit den Bonapartes nicht erwähnt werden dürfe, da dies „in eigentümlicher Weise verletze". Gramont übergab Werther sogar den Entwurf zu einem solchen Schreiben, und dieser wies ihn leider nicht entrüstet zurück,

sondern berichtete die Sache nach Berlin. Bismarck aber erklärte ihm augenblicklich, Eröffnungen solcher Art schienen ihm, Bismarck, absolut unmöglich; er weigere sich, sie Sr. Majestät vorzulegen; der Botschafter möge den ihm bewilligten Urlaub sofort antreten.

Das ganze Vorgehen Frankreichs war ein „freches Gaukelspiel", das an die Zeiten des ersten Napoleon erinnert. Der Krieg war für eine mächtige Partei innerhalb der französischen Regierung fest beschlossen. Der greise König aber wollte selbst nicht nur nicht den Kampf, sondern glaubte auch zunächst nicht, daß solch ruchloses Spiel mit ihm getrieben wurde, um so weniger, da er Napoleon dafür dankbar war, daß er 1866 nicht das Schwert gezogen*). So ging er bis an die äußerste Grenze der Friedensliebe und wies den Botschafter nicht sofort einfach ans Ministerium, sondern erklärte ihm am 13. Juli, das gewünschte Versprechen (das im Widerspruch mit allen diplomatischen Gebräuchen stand) könne er nicht geben, eine Verpflichtung ohne Zeitgrenze und für alle Fälle nicht übernehmen, und erst als zum drittenmale in derselben Sache Benedetti von ihm eine Audienz forderte, ließ er ihm sagen, weitere Verhandlungen hätten durch die Ministerien zu gehen. An der erforderlichen Höflichkeit hatte es weder der König noch der Botschafter fehlen lassen. Die Behandlung Benedettis konnte man also doch wohl nicht als Beleidigung hinstellen. Der französische Ministerrat dachte deshalb am Abend des 14. daran, auf einem europäischen Kongresse die Sache entscheiden zu lassen. Da gab eine Nachricht aus Berlin den Ausschlag im Sinne der Kriegspartei.

Der König nämlich sandte über die Vorgänge in Ems eine Depesche an Bismarck und ermächtigte ihn, sie ganz oder teil-

*) Ob Napoleon in den Julitagen 1870 eine mehr passive Rolle spielte und inwiefern die katholischen Einflüsse im Zusammenhange mit den jesuitischen Prinzipien am Kaiserhofe den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, darüber fehlt noch authentische Kunde. Der von Jakoby in Königsberg (vgl. S. 474) aufgestellten Behauptung, mit dem Sturze Napoleons sei jeder Grund zur Fortsetzung des Kriegs weggefallen, möge an die Seite gestellt werden die von Ranke, dem Altmeister der deutschen Geschichtsschreibung, im November 1870 zu Thiers gethane Äußerung: „Wir führen Krieg gegen Ludwig XIV.".

weise zu veröffentlichen. Im Beisein und mit Zustimmung Moltkes und Roons strich Bismarck verschiedenes und ließ dann ohne jeden Zusatz das Telegramm, datiert „Ems den 13. Juli", den deutschen Regierungen und einigen Vertretern bei außerdeutschen Regierungen zur Benachrichtigung zugehen und es zugleich durch die Zeitung bekannt machen. Es hieß darin: „S. Majestät hat es abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben sagen lassen, daß S. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe". Bismarck äußerte an demselben 13. zum englischen Gesandten, die vom Könige bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung habe in Preußen allgemeines Befremden hervorgerufen, und Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre seien notwendig. Wenn also in dem Telegramm weder der Zusatz „in dieser Sache" oder „in betreff der bindenden Versicherungen für die Zukunft" sich fand, noch die Erklärung Benedettis, er beruhige sich dabei, so wollte Bismarck, zugleich Löwe und Fuchs, offenbar eine jenes Befremden mildernde Auslegung der Vorgänge in Ems wenigstens möglich machen und eine Äußerung der öffentlichen Meinung darüber herbeiführen. Es konnte scheinen, als habe die Zudringlichkeit Benedettis eine kalte Abfertigung und Zurechtweisung auch in der Form erfahren. In der That malte sich die Volksphantasie den Vorgang in Ems in solcher Weise aus, und die populäre Legende fand sofort Eingang in die Zeitungen.

Nun wäre ein solches Verhalten des Königs, wie es auf Grund jener absichtlich diplomatisch kurz gehaltenen Depesche angenommen ward, zwar nicht mit der von Wilhelm I. stets bewahrten königlichen Würde im Einklang, aber an und für sich durchaus berechtigt gewesen. Hatte nicht die französische Regierung schon am 6. in der Kammer eine unerhört anmaßende und herausfordernde Sprache gegen Preußen geführt? Hatte sie damit nicht das Kriegsgeschrei der französischen Presse entfesselt? Warum beruhigte sie sich nicht bei der vom Könige ausdrücklich gebilligten Verzichtleistung des Prinzen? Das Telegramm vom 13. konnte also bei keiner Auffassung für die Franzosen, die ihrerseits die Dinge so auf die Spitze getrieben hatten, einen Anlaß zur Beschwerde geben, um so weniger, da es in der Form nichts Verletzendes enthielt. Mit

gutem Gewissen durfte Bismarck am 18. Juli den Vertretern bei den deutschen und anderen Regierungen das gesamte Depeschenmaterial vorlegen. Anders in Frankreich.

Als im französischen Ministerrate die Äußerungen Bismarcks gegenüber dem englischen Botschafter bekannt wurden, ließ man den Kongreßgedanken als aussichtslos fallen. Da aber die Verzögerung der Verhandlungen schwere Kämpfe in der Kammer, wahrscheinlich den Sturz des Ministeriums in Aussicht stellte, so beschloß letzteres nach längerem Schwanken die Mobilmachung und benutzte eben jenes Telegramm, um die unlauteren Leidenschaften gegen Preußen noch mehr zu entfachen. Auf Grund der eingelaufenen Meldungen, die weiter zu prüfen nicht für nötig gehalten ward, erklärte die Regierung in der Kammer die Benedetti widerfahrene Behandlung in Ems nun doch als Beleidigung der Nationalehre Frankreichs (Benedetti hatte davon nichts berichtet, vielmehr nach der „Beleidigung" noch eine Abschiedsaudienz beim Könige nachgesucht und bewilligt erhalten) und behauptete, Bismarcks Depesche sei eine offizielle Mitteilung an die europäischen Kabinette gewesen. Als erschwerender Umstand ward die Beurlaubung Werthers hingestellt. Vergebens forderte Gambetta Vorlegung der angeblich beleidigenden Depesche, vergebens warnte Thiers — der sich als entschiedensten Gegner der deutschen Einheit auch jetzt wieder bekannte —, die Gelegenheit zum Kriege sei schlecht gewählt: der Abgeordnete Arago hatte eben Recht, wenn er der Regierung zurief, sie wolle durchaus den Krieg.

Angesichts solcher Äußerungen von französischer Seite, Preußen, das frech herausgeforderte, oder gar den einen Bismarck (der allerdings auf Maßregeln zur Wahrung der empfindlich gekränkten nationalen Ehre auf jede Weise bedacht war) als Friedensstörer hinzustellen, ist eine von ruchloser Bosheit oder verstockter Verblendung eingegebene Sünde wider den heiligen Geist der Geschichte. Die Volksstimmung in Frankreich heischte stürmisch den Krieg. Mit 245 gegen 10 Stimmen erfolgte in der 2. französischen Kammer die Annahme der Kriegsanleihevorlage, und ihr schloß sich der Senat an als „Vorläufer der wahren Gefühle des Landes".

Wie aber über Frankreichs Forderung die Volksstimmung in Deutschland urteilte, das zeigte sich, ehe eine Beeinflussung derselben

hatte stattfinden, ehe irgend ein Druck auf sie hatte ausgeübt werden können, in überwältigender Weise bei der Rückfahrt des Königs nach seiner Hauptstadt, das bewies dann nicht minder der „Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall", der bald durch alle Gaue Deutschlands erbrauste. Überall empfing den König einmütiger, stürmischer Jubel, weil endlich die französische Anmaßung gebührend zurückgewiesen sei. Aber noch auf der Rückreise nach Berlin hielt der Monarch eine sofortige Mobilmachung für nicht geboten. Erst als ihm die Vorgänge in der französischen Kammer bekannt wurden, befahl er aus eigenem Antriebe am Abend des 15. Juli die Mobilisierung des ganzen Heeres.

Der Aufmarsch der Heere. Plötzlich und unerwartet wurde das preußische Volk aus friedlicher Thätigkeit zur greuelvollen Arbeit des Kriegs aufgeschreckt. Es bewies in allen Schichten dieselbe Vaterlandsliebe und denselben Opfermut wie im unvergeßlichen Frühjahre 1813. Aber welch gewaltiger Unterschied im übrigen zwischen einst und jetzt! Damals handelte das Volk zunächst im Gegensatze zur Regierung, damals galt es die Befreiung von der drückendsten Fremdherrschaft, damals stand Preußen anfangs fast ganz verlassen vom übrigen Deutschland da und war auf Rußlands Hülfe angewiesen. Jetzt gingen Regierung und Volk unerschütterlich zusammen, alle Stände und fast alle Parteien stimmten in der thatkräftigsten Begeisterung überein, wie ein Mann scharten sich die Preußen um ihren greisen König. Nur ihm unmittelbar war schmähliche Beleidigung widerfahren, nur Preußen zunächst mit Abhängigkeit und Unterwerfung bedroht — und doch herrschte jetzt solche Einmütigkeit, solch herrlicher Einklang des deutschen Geistes wie noch nie, seitdem die Nation bestand. Alldeutschlands Fürsten und Völker waren, wenn auch nicht von der gleichen Wärme vaterländischer Gesinnung, so doch von derselben Entschlossenheit erfüllt, endlich einmal an dem ränkesüchtigen, übermütigen Nachbar für erlittenes Unrecht Vergeltung zu üben. Die Hoffnung der Franzosen, Deutschlands nationale Interessen würden bei der Frage der hohenzollernschen Thronkandidatur nicht berührt und Süddeutschland würde vom Norden abfallen oder wenigstens die Neutralität bewahren, schlug gänzlich fehl. Die Zusammengehörigkeit des Südens und Nordens ward

vielmehr bekräftigt und gestärkt. Vergebens versuchte eine „Patriotenpartei“ in Bayern bewaffnete Neutralität durchzusetzen. — Die europäischen Großmächte aber bildeten schließlich eine Liga der Neutralen, nachdem Österreich und Italien ihre Pläne in Bezug auf Eingreifen in den Kampf infolge der französischen Niederlagen aufgegeben hatten. In England und Rußland maß die öffentliche Meinung von Anfang an die Schuld am Kriege nur Frankreich bei. Von einem Eingreifen des übrigen Europa in die deutschen Angelegenheiten, das Thiers später durch eine Rundreise an den Höfen herbeizuführen suchte, konnte im großen Gegensatze zu 1813 nicht die Rede sein.

Als erste und letzte amtliche Mitteilung der französischen Regierung an Preußen in dieser ganzen Sache ward am 19. Juli die Kriegserklärung überreicht. An demselben Tage aber begab sich der 73jährige König Wilhelm zum Grabe der gerade vor 60 Jahren im Jammer um den Fall ihres Vaterlandes dahingeschiedenen Königin Luise. Einst hatte sie gefleht, Preußens Schutzgeist möge sich auf ihre Kinder herniederlassen. Jetzt stärkte sich ihr Heldensohn an ihrem Grabe zu Thaten, durch welche die Schmach gesühnt wurde, die einst der Mutter das Herz brach. Im Andenken an sie erneuerte der König den Orden des eisernen Kreuzes, und daß der Geist von 1813 das ganze deutsche Volk beseelte, zeigte die sofortige einmütige Bewilligung aller Mittel zum Kriege seitens des norddeutschen Reichstags und bewies der in größter Ordnung genau nach dem festgesetzten Plane (s. S. 546) sich vollziehende Aufmarsch der deutschen Heere unter den Klängen der „Wacht am Rhein“ (s. S. 476), die jetzt als Nationalhymne in der Komposition Wilhelms in allen deutschen Gauen von jung und alt angestimmt ward und im Felde die Truppen in manch schwere, aber ruhmreiche Schlacht begleitete. Und wie 1813, so ertönten auch 1870 begeisterte, edle Klänge der deutschen Lyrik. Geibel, Freiligrath u. a. brachten in tiefempfundenen Gedichten die Stimmung jener großen Zeit zum schönsten Ausdruck.

Während am 2. August schon 384 000 Mann an der Grenze bereit standen, war ein diplomatischer Feldzug von deutscher Seite dadurch eröffnet worden, daß Bismarck am 25. Juli in der

„Times" den Benedettischen Vertragsentwurf in Bezug auf Luxemburg und Belgien veröffentlichen ließ und in einem Rundschreiben vom 29. Juli an die Vertreter des norddeutschen Bundes ausführlich alle französischen Anerbietungen (s. S. 548) enthüllte. Da Benedetti die Stirn hatte zu behaupten, jener Entwurf stamme von Bismarck her, so legte letzterer das in seinen Händen befindliche Schriftstück den Vertretern der neutralen Mächte vor, und sie mußten Benedettis Handschrift anerkennen.

Seit Jahren hatte Frankreich eifrigst gerüstet. Das Chassepotgewehr war der deutschen Waffe durch große Tragweite bedeutend überlegen. Vollbereit sei das Heer, verkündete der Kriegsminister, bis zum letzten Gamaschenknopf. Auch in dieser Hinsicht sollten die Franzosen furchtbar enttäuscht werden. Um die Deutschen bei ihrem Aufmarsche zu überraschen, wurden die Regimenter, immobil wie sie waren, in wilder Hast (die Ostbahn ließ in 22 Tagen 1223 Sonderzüge ab) an die Grenze befördert, so daß bald allgemeine Verwirrung entstand. Da man auf Einbruch in Süddeutschland und auf Vereinigung mit Österreich und Italien fest gerechnet, so besaßen die Festungen, namentlich Metz, keine genügenden Vorräte. Ende Juli waren die Korps so wenig bereit und vollzählig, daß von einem Übergange über den Rhein nicht mehr die Rede sein konnte. Statt dessen ward unter dem Oberbefehle Napoleons ein Vorstoß gegen Saarbrücken unternommen, das von 1 preußischen Bataillon bislang 3 französischen Divisionen gegenüber behauptet war. Natürlich zogen sich jetzt die Preußen zurück; das wurde in Paris aber als Sieg gefeiert. Die Hauptarmee der Franzosen, 150 000 Mann stark, ward dann bei Metz zusammengezogen; statt des Kaisers übernahm hier den Oberbefehl der Marschall Bazaine. Eine andere Armee, 100 000 Mann, sammelte sich unter dem Marschall Mac Mahon bei Straßburg. Die Reserve, 50 000 Mann, stand bei Chalons.

Auf deutscher Seite wurden ebenfalls drei Armeen aufgestellt: die erste, 60 000 Mann, unter General Steinmetz als rechter Flügel bei Koblenz, die zweite, 194 000 Mann, unter Prinz Friedrich Karl im Centrum bei Mainz, die dritte, 130 000 Mann (dabei die süddeutschen Truppen), unter dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm als linker Flügel bei

Mannheim. Moltke, der Chef des Generalstabs der Armee, faßte von Haus aus die Eroberung von Paris ins Auge. Auf dem Zuge dorthin sollte der Feind möglichst vom Süden ab- und dem an Hülfsmitteln ärmeren Norden zugedrängt werden. Vor allem aber war man entschlossen, „unverzüglich anzugreifen und die Kräfte so zusammenzuhalten, daß es mit überlegener Zahl geschehen könne". Unter dem persönlichen Oberbefehle des greisen Königs, in dessen Umgebung neben sehr vielen Fürstlichkeiten auch der Bundeskanzler Bismarck sich befand — und dieser zu sehr ernster Arbeit —, ward dieser Plan über alles Erwarten glänzend durchgeführt.

Der Kampf gegen die kaiserlichen Heere. Am 4. August erkämpfte die dritte deutsche Armee durch das Treffen bei Weißenburg den Einmarsch in Feindesland, und 2 Tage darauf brachte sie den Truppen Mac Mahons in der blutigen Schlacht bei Wörth eine völlige Niederlage bei. Alle französischen Korps fluteten jetzt, zu 2 großen Massen zusammengeballt, ohne bestimmten Plan für die Fortsetzung des Kampfes, zur Mosel zurück, um sich im Lager von Chalons wieder zu sammeln. So konnten die deutschen Truppen ungehindert, aber nur unter großen Schwierigkeiten, die Pässe des Wasgenwaldes durchziehen. Am 6. August war auch an der Saar von Truppenteilen der ersten Armee die Stegreifschlacht bei Spicheren glänzend durchgeführt. Während die Franzosen „seltsame Hin- und Herzüge" unternahmen, ohne inneren Zusammenhang und ohne sich einander Hülfe zu leisten, bewiesen die deutschen Führer in schönster Weise kameradschaftlichen Sinn und Entschlossenheit. So waren die Franzosen gehindert, ungeschädigt abzuziehen, die Deutschen verloren aber die einmal gewonnene Fühlung mit dem Feinde nicht wieder und folgten ihm unaufhaltsam. Während ein Teil der dritten Armee unter General Werder sich südlich wandte, um die Festungen des Elsaß, namentlich Straßburg, zu belagern, ging die Hauptmacht südlich an Metz vorbei, um sich auf Mac Mahon zu werfen, der im Lager von Chalons seine Truppen zu sammeln suchte. Die beiden anderen deutschen Armeen aber rückten nach Metz gegen Bazaine vor. Dieser gedachte jetzt die Mosellinie aufzugeben und nach Verdun abzuziehen, um sich mit Mac Mahon zu vereinen. Es galt also

für die Deutschen, dies zu verhindern, Bazaine in Metz festzuhalten und ihm die Rückzugslinie nach Westen abzuschneiden. Dies gelang durch die furchtbar blutigen Kämpfe um Metz, in denen etwa 45 000 deutsche Krieger tot oder verwundet auf dem Felde der Ehre blieben. (Die Verluste der Franzosen entziehen sich der genaueren Schätzung.)

Am 14. August kam es zur Schlacht bei Colombey-Nouilly. Da sie unbeabsichtigt war, so konnte anfangs von einheitlicher Führung der Deutschen keine Rede sein. Die Frucht des schließlich errungenen Sieges aber war, daß der Abzug des Feindes um 1 Tag aufgehalten und so der kräftige Vorstoß der zweiten Armee gegen die Straße von Metz nach Verdun ermöglicht ward. Die Kämpfe am 16. bei Mars la Tour und Vionville vereitelten dann den Franzosen den Abzug auf der südlichen Straße. Als sie erkannt hatten, daß sie nach Metz zurückgedrängt werden sollten, stritten sie mit äußerster Tapferkeit. Doch die zweite Armee (hauptsächlich das 3. Korps unter General Alvensleben und das 10.) löste, allerdings mit gewaltigen Opfern, besonders bei einem großartigen Reiterkampfe der 12. Kavalleriebrigade, die schwere Aufgabe, den anfangs weit überlegenen Gegner festzuhalten. Durch die Schlacht am 18. endlich konnte bei Gravelotte zwar „der von Natur und durch Kunst nahezu unangreifbare linke Flügel der Franzosen auch durch die hingebendste Tapferkeit und unter den größten Opfern“ nicht verdrängt werden: „beide Parteien standen sich in drohendster Nähe gegenüber, beide in der Lage, das Gefecht am folgenden Morgen wieder aufzunehmen“. Dagegen gelang es den Deutschen, durch eine ohne jede Stockung vollzogene Rechtsschwenkung zweier Korps, den rechten französischen Flügel, der sich bis St. Privat ausdehnte, in vollständiger Flucht nach Metz hin zurückzutreiben. Die Deutschen „thaten Wunder der Tapferkeit gegen einen gleich braven Feind“.

So war die Absicht der deutschen Heeresleitung vollständig erreicht. Die Deutschen hatten — allerdings unter ungeheuren Verlusten, die ohne den übertriebenen Ehrgeiz einiger Führer nicht solche Höhe erreicht haben würden — die feindliche Hauptarmee bis an die Festung Metz zurückgeworfen und von jeder Verbindung mit Paris abgeschnitten. Sofort begannen die erste und zweite

Armee Metz einzuschließen und zu belagern, nachdem 3 Korps abgezweigt und als die vierte oder Maas-Armee unter die Führung des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt waren.

Inzwischen war die dritte Armee unter dem preußischen Kronprinzen in Chalons an der Marne angelangt, wo sie Mac Mahon mit dem neugebildeten Heere, bei dem sich auch Napoleon befand, zu finden hoffte. Aber der Marschall hatte Chalons bereits verlassen und sich nach längerem Schwanken nicht nach Paris gewandt, wo unter allgemeiner Bestürzung der anfangs so siegestrunkenen Bevölkerung das neue Ministerium Palikao sich zur Verteidigung der Stadt rüstete, sondern den Marsch nach Nordosten eingeschlagen in der Absicht, die Vereinigung mit Bazaine zu gewinnen. Sobald die Nachricht hiervon, die anfangs nicht recht glaublich schien, durch eine aufgefangene Pariser Zeitung und durch ein über London gekommenes Pariser Telegramm bestätigt war, eilte die dritte Armee in Gewaltmärschen nach Norden und vereinte sich mit der vierten, die durch den Sieg bei Beaumont (30. August) den völlig überraschten Feind nach der Festung Sedan zu gedrängt hatte. Hier erfolgte dann am 1. September die Entscheidungsschlacht. Mac Mahon hatte länger unsicher hin- und hergeschwankt, ob er sich nach Osten oder Westen wenden solle. Nachdem er bald verwundet war, übernahm den Oberbefehl zunächst Ducrot. Dieser erkannte den Plan der Deutschen, die Franzosen von allen Seiten zu umklammern, und faßte auch den einzig richtigen Gedanken, im Norden, wo der eiserne Ring noch nicht geschlossen war, durchzubrechen. Als er aber den Oberbefehl sehr bald an Wimpffen abtreten mußte, wollte dieser, mit der Umgebung Sedans nicht bekannt, von einem Rückzuge nach Norden nichts wissen, und so ward schließlich den Franzosen jede Möglichkeit eines Durchbruchs abgeschnitten. Napoleon übergab seinen Degen — nicht aber, wie sich bei den Unterhandlungen herausstellte, den Frankreichs — dem König Wilhelm.

In der Nacht vom 1. zum 2. September ward über das Schicksal der völlig umzingelten französischen Armee zwischen Moltke und Bismarck einerseits und 3 französischen Bevollmächtigten andererseits verhandelt. Wimpffen fand anfangs eine Ergebung des ganzen Heeres zu hart und forderte auch aus politischen Gründen

bessere Bedingungen. Bismarck dagegen wies ihm nach, daß Frankreich von jeher der Friedensstörer gewesen, daß die Deutschen, eine rechtschaffene und friedliebende Nation, seit 200 Jahren 30mal eine französische Kriegserklärung hätten über sich ergehen lassen müssen und daß man auf Erkenntlichkeit der Franzosen nicht rechnen könne. Schon drohte der Abbruch der Verhandlungen und damit neues, nutzloses Blutvergießen. Da wußte Bismarck schließlich durch seine Vorstellungen, nachdem Moltke sich damit einverstanden erklärt, eine Verlängerung des Waffenstillstandes herbeizuführen, und am Vormittage des 2. September, als die Franzosen sich aufs neue beraten und Napoleon vergebens versucht hatte, durch eine Unterredung mit dem Könige mildere Bedingungen zu erlangen (der Sieger begab sich erst nach der Kapitulation zum Besiegten), mußte das ganze französische Heer — 85000 Mann mit 66 Generalen — die Waffen strecken. Napoleon ward nach Wilhelmshöhe bei Kassel als Gefangener abgeführt.

An demselben 1. September, an dem die eine kaiserliche Armee bei Sedan vernichtet ward, wurde auch Bazaines Heer nach Metz zurückgeworfen. Vom Herannahen Mac Mahons unterrichtet hatte er vergeblich bei Noiseville die Belagerungslinie der Deutschen zu durchbrechen gesucht. „Entschieden war ohne Zweifel schon jetzt nach 2monatlicher Dauer der Feldzug, wenn zwar keineswegs beendigt."

In Paris nämlich brach nach diesen Ereignissen eine Revolution aus. Die Republik ward verkündet und eine „Regierung der nationalen Verteidigung" eingesetzt. Sie war entschlossen den Krieg fortzuführen und sah jede Landabtretung als Frankreich entehrend an. So mußten denn die nach der Schlacht bei Sedan zunächst noch verfügbaren 150000 Deutschen den Marsch nach Paris als dem Sitze der neuen Regierung und dem Schwerpunkte des Landes antreten.

Der Belagerungskrieg und der Kampf gegen die Entsatzheere. Eine gewaltige Aufgabe hatte die deutsche Heeresleitung zu lösen. Straßburg, Metz und Paris (abgesehen von vielen kleineren Festungen) mußten zur Ergebung gebracht werden. Zuerst fiel am 28. September nach tapferster Verteidigung die „wunderschöne" Stadt in die Hände der Deutschen zurück, fast an demselben Tage,

an dem sie vor 189 Jahren durch schnöden Verrat ihnen entrissen war. In Metz hatte sich Bazaine als Anhänger Napoleons und alter Soldat offen gegen das neue republikanische „Advokatenregiment" erklärt und dachte an der Spitze des größten französischen Heeres das Kaisertum wiederherzustellen, damit dies den Frieden mit dem Gegner anbahne. Voraussetzung eines solchen blieb die Abtretung des einst deutschen Gebiets. Von einer solchen „Verstümmelung" Frankreichs wollte aber die nach England geflohene Kaiserin Eugenie nichts wissen, und so brach Bismarck die bereits begonnenen Verhandlungen mit Bazaine ab. Da ein Durchbruch nur nutzloses Blutvergießen gewesen wäre, so mußte der Marschall, den militärisch kein Vorwurf treffen kann, am 27. Oktober Metz mit 170000 Mann, 3 Marschällen, 6000 Offizieren und allem Kriegsmaterial ausliefern — die größte Kapitulation der Weltgeschichte. Die ganze reguläre Armee Frankreichs befand sich jetzt in deutscher Gefangenschaft, aus der allerdings manche Offiziere mit Bruch des Ehrenworts entwichen.

Der ganze folgende Teil des Kriegs dreht sich hauptsächlich um die Einnahme von Paris, welche die oberste deutsche Heeresleitung durch Aushungerung zu erreichen hoffte. Die republikanische Regierung aber glaubte, durch neue Armeen Paris entsetzen zu können. Daher begab sich der Kriegsminister Leon Gambetta, mit diktatorischer Gewalt ausgerüstet, mittelst Luftballons aus Paris nach Tours und begann nun mit hinreißender Beredsamkeit und gewaltiger Thatkraft die Erhebung des ganzen französischen Volks zu betreiben. Der wahre Kriegsminister und Reorganisator aber war Freycinet, und ihm gelang es in unglaublich kurzer Zeit, aus Mobilgarden, Seesoldaten und Freiwilligen drei neue Heere zu schaffen. Aus England und Amerika wurden für 200 Millionen Frank Waffen eingekauft und durch die französische Flotte herangeführt. Zwei Armeen, die eine an der Loire, die andere an der Somme, sollten von Süden und Norden her auf Paris losrücken, um, unterstützt durch Ausfallgefechte der belagerten Armee in Paris, die Einschließungslinien der Deutschen zu durchbrechen. Eine dritte, erst Anfang Dezember gebildete Armee sollte von Lyon aus nach dem Elsaß vordringen und durch Bedrohung Süddeutschlands die Deutschen zum Abzug von Paris nötigen.

Die französische Loirearmee hatte anfangs durch ihre an Zahl überlegenen Truppenmassen einige Erfolge, wurde aber schließlich, als Friedrich Karl von Metz hatte herbeieilen können, völlig gesprengt. Dasselbe Schicksal hatte die Nordarmee. Sie ward von der ersten Armee unter Manteuffel in der Schlacht bei Amiens zurückgeschlagen und erlitt bei einem erneuten Versuche, gegen Paris vorzudringen, durch Goeben eine völlige Niederlage bei St. Quentin. Auch die von den Franzosen auf die Ostarmee gesetzten Hoffnungen, sie werde „Paris im Osten retten", wie Gambetta verkündete, wurden völlig getäuscht. General Werder war, als Straßburg kapituliert hatte, nach dem Süden des Elsaß marschiert und drängte hier die teils aus französischen Mobilgarden, teils aus italienischen, spanischen und polnischen Freischaren bestehende, von Garibaldi und seinen Söhnen geführte Armee in zahlreichen Gefechten zurück, besetzte Dijon und ließ Belfort belagern.

Doch hier schienen die Dinge eine sehr bedenkliche Wendung für die Deutschen zu nehmen, als General Bourbaki mit einem Teile der wieder gesammelten Loirearmee, die er nach und nach auf 150 000 Mann brachte, heranrückte. Aber in den Kämpfen an der Lisaine leisteten unter Werders Führung die preußischen Landwehrmänner und die ganze badische Division 3 Tage lang dem fünffach überlegenen Feinde den heldenmütigsten Widerstand, und der den Werderschen Truppen zu Hülfe geschickte General Manteuffel erschien nach Eilmärschen gerade rechtzeitig, um wirksam in die Verfolgung des Feindes einzugreifen und ihn zum Übertritt auf schweizerisches Gebiet zu zwingen. Damit war auch dieser Teil der französischen Armee völlig vernichtet. Am 16. Febr. kapitulierte Belfort, dessen Belagerung fast unüberwindliche Hindernisse dargeboten hatte.

Paris selbst konnte wegen der Schwierigkeit, die nötigen Geschütze und den Schießbedarf heranzuführen, erst seit dem 27. Dezember beschossen werden. Ende Januar mußte es den Widerstand aufgeben, nachdem alle Ausfälle, namentlich durch die Kämpfe bei Le Bourget und bei Mont Valérien, zurückgeschlagen waren. Am 28. Januar kam ein dreiwöchentlicher (für den östlichen Kriegsschauplatz nicht geltender) Waffenstillstand zustande, währenddessen eine Nationalversammlung zusammentreten sollte.

Die französische Flotte war anfangs in demselben unfertigen Zustande gewesen wie das Landheer, hatte daher keine Landung an der deutschen Küste gewagt, sondern nur die Häfen blockiert. Wo französische Schiffe mit preußischen zusammentrafen (z. B. bei Havana in Westindien), zogen sie den kürzeren.

Der Friedensschluß. Am 12. Februar trat die französische Nationalversammlung in Bordeaux zusammen. Thiers, der früher (s. S. 554) nachdrücklich gegen die Benutzung der spanischen Thronfolge als Vorwandes zum Kriege sich erklärt hatte, erhielt die Genugthuung, daß er zum Präsidenten der Republik erwählt und beauftragt ward, mit dem Deutschen Reiche Frieden zu schließen. Die Bedingungen der Deutschen lauteten anfangs: Abtretung des Elsaß mit Belfort und Deutsch-Lothringens und Zahlung von 6 Milliarden. Thiers wußte aber 1 Milliarde abzuhandeln und es schließlich auch durchzusetzen, daß statt Belforts Abtretung nur der Einzug in Paris und die Besetzung eines Teils der Stadt vom 1. März ab bis zur Annahme der Bedingungen gefordert ward. Während Thiers schwierige und lange Verhandlungen in Bordeaux in Aussicht gestellt hatte, nahm die Nationalversammlung vielmehr am ersten Tage, am 1. März, mit 516 gegen 107 Stimmen den Frieden unter jenen Bedingungen an. Nun mußten die deutschen Truppen schon am 3. März wieder aus Paris abziehen, und der Plan, daß Kaiser Wilhelm selbst seinen Einzug halte (gegen den die Kaiserin Eugenie im Namen der Mütter Frankreichs feierlich Verwahrung einlegte), war geschickt vereitelt. Nur 30000 Mann waren am 1. März in die elysäischen Felder gerückt.

Die Schlußverhandlungen mit Frankreich zogen sich noch bis zum 10. Mai hin. Hier ward in Frankfurt a. M. bestimmt, daß bis zum 1. Mai 1872 2 Milliarden, die letzten 3 aber bis zum 2. März 1874 bezahlt sein sollten. Solange ward französisches Gebiet von den Deutschen besetzt gehalten. Daß die Forderung der 5 Milliarden in Wahrheit eine bescheidene und ihre Erfüllung ein Leichtes war für das gesegnete Frankreich, dessen Brutto-Jahreseinnahme fast 2 Milliarden betrug, bewies der Erfolg der französischen Anleihe. Sie ward Ende Juli 14mal überzeichnet. Wie anders war einst das unverhältnismäßig ärmere

Preußen vom ersten Napoleon behandelt! Aber die Schmach jener Unglückszeit war jetzt gesühnt. Ein Gottesgericht ohnegleichen war über Napoleons Kaisertum, über ganz Frankreich in diesem gewaltigsten aller Kriege hereingebrochen. Während die Deutschen 6247 Offiziere und 123453 Mann mit 1 Fahne und 6 Geschützen verloren hatten, befanden sich in Deutschland gefangen 11860 Offiziere und 371981 Mann, in Paris hatten 7456 Offiziere und 241686 Mann die Waffen gestreckt, und in der Schweiz waren entwaffnet 2192 Offiziere und 88381 Mann. Erobert waren 107 Fahnen und Adler und 7441 Geschütze, und 20 feste Plätze waren genommen. Und diese unerhörten Erfolge hatten die deutschen Heere in 7 Monaten errungen. Bei gleich großer Tapferkeit auf beiden Seiten behielten doch die Treue, Mannszucht, Vaterlandsliebe und das Rechtsbewußtsein der in unvergleichlicher Weise geführten Deutschen die Oberhand.

Die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs. „Das Herrschergeschlecht, das uns zum Siege führt, wird Deutschlands Krone tragen“ verkündete im Beginn des Kampfes ein wahrhaft national gesinnter Geschichtsschreiber (Treitschke) und sprach damit aus, was weite Kreise des Volks erhofften. Die eigentlich treibende Kraft bei der Wiederherstellung des Deutschen Reichs war die öffentliche Meinung, die eine deutsche Einheit immer lauter und dringender forderte als Preis des Kriegs, in welchem alle Stämme des Nordens und Südens durch ruhmreichste Waffenbrüderschaft verbunden waren. Auf solche Stimmung des Volks einen Druck auszuüben hütete sich die preußische Regierung wohlweislich. Vielmehr kam von Süddeutschland selber die Anregung zu Verhandlungen über eine neue bundesstaatliche Einigung ganz Deutschlands. Doch ergaben sich anfangs viele Schwierigkeiten namentlich in Bezug auf Bayerns künftige Stellung. In nicht weniger als 80 Punkten wünschte die bayerische Regierung die Verfassung des norddeutschen Bundes geändert oder ihre Selbstständigkeit gewahrt (letztere hatte gleich im Beginn des Kampfes König Ludwig II. dem preußischen Kronprinzen gegenüber betont). Zuerst (15. November) schlossen die Regierungen von Baden und Hessen, dann die von Bayern und Würtemberg die Versailler Verträge ab. Bayern ward zugestanden, daß sein Heer im

Frieden unter der obersten Kriegsherrlichkeit des Landesherrn stehen solle, während Würtemberg aus seinen Truppen ein eigenes Armeekorps formieren durfte. Der Reichstag des norddeutschen Bundes und die süddeutschen Landtage nahmen diese Verträge an, die bayerische Kammer allerdings nur mit 102 gegen 48 Stimmen und erst nachdem die Kaiserwürde bereits erneuert war.

Auch darüber war eine Einigung nicht leicht zu erzielen gewesen. Am lebhaftesten trat für ein Kaisertum von Deutschland, in dem der König von Preußen aufgehen solle, der preußische Kronprinz ein. Er steckte sich das Ziel sehr weit und scheute selbst vor gewaltsamen Mitteln nicht zurück. Denn als Einheitsstaat, wie er wollte, ließ sich das neue Reich nur durch eine völlige Umwälzung von Macht und Recht schaffen. Ganz anders König Wilhelm. So sehr er von Anfang an darauf bedacht gewesen war, auch Deutschlands Interessen kräftig zu vertreten, er fühlte sich doch in erster Linie als preußischer König und wollte nichts sein als Bundesfeldherr, sah daher in der Kaiserwürde keine Auszeichnung, sondern betrachtete schließlich die Annahme derselben als Pflicht, die er dem deutschen Berufe seines Staats schulde. Für Bismarck hatte die Form, in welcher der König von Preußen Kaiserrechte in Deutschland übt, nie eine besondere Wichtigkeit gehabt; die Thatsache aber, daß er sie übt, zu erreichen, daran „setzte er alle Kraft des Strebens, die ihm Gott gegeben". So suchte er auf die freien Entschließungen möglichst wenig Druck auszuüben und die Unterordnung, ohne die eine Einheit unmöglich ist, durch äußerliche Formen nicht zu erschweren. Der mächtigste deutsche Fürst nach dem preußischen Könige, Ludwig II. von Bayern, ward schon im August vom Großherzog von Baden aufgefordert, dem König Wilhelm die Kaiserkrone anzutragen. Erforderlichenfalls erklärte sich König Johann von Sachsen dazu bereit. Nun richtete Ludwig, also nicht aus freiem Entschlusse und auch ohne daß er selbst die Fassung gegeben, ein Schreiben an König Wilhelm (30. November) und meldete, er habe sich mit den übrigen deutschen Fürsten verständigt, daß „die Ausübung der Präsidialrechte über alle deutschen Staaten mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde" (diesen Titel anstatt des „Kaisers von Deutschland" hatte Bismarck Bayern

zugestanden, damit nicht der Begriff der landesherrlichen Gewalt damit verbunden werden könne). Eine Abordnung des norddeutschen Reichstags unter Führung Simsons (s. S. 489) überreichte eine mit 191 gegen 6 Stimmen angenommene Adresse, in der gebeten ward, der König möge das Einigungswerk durch Annahme des Kaisertitels weihen. Aus allen Schichten des Volks gab sich begeisterte Zustimmung in überwältigender Mehrheit kund, und so erklärte denn König Wilhelm sich bereit, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen, nicht im Sinne der Machtansprüche des Mittelalters, sondern um „in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands gestützt auf die geeinte Kraft seines Volks zu verteidigen". Am Jahrestage der Erhebung Preußens zum Königreiche, am 18. Januar 1871, fand im Schlosse Ludwigs XIV. zu Versailles die feierliche Kaiserproklamation statt.

Was zur Zeit der Befreiungskriege die Edelsten des Volks erhofften und wofür sie Gut und Blut freudig hingaben, was seitdem die Sehnsucht und der Traum der deutschen Dichtung blieb, was im Revolutionsjahre das Ziel der Besten der Nation war, ohne daß der richtig erkannte Weg betreten werden konnte, — nach langem, schwerem Ringen gegen die widerstrebenden Mächte im Innern war es endlich durch den glorreichen Kampf gegen den Erbfeind erreicht: ein einheitliches deutsches Reich, „an Haupt und Gliedern reformiert, unter dem alten Namen und dem 1000jährigen Abzeichen". Das deutsche Volk fand jetzt (vgl. S. 302) die Kräfte zur Neugestaltung seiner staatlichen Verhältnisse durch Entfesselung des nationalen Gedankens unter Führung des preußischen Staats in sich selbst. „Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker, hatte seine Stellung im Rate der Nationen wieder gewonnen." Nach hartem Winter entfaltete sich die Wunderblume der deutschen Einheit in all ihrer Pracht: es war Frühling geworden in Deutschland.

Ausblick auf das neue Deutschland unter Wilhelm I. Innere Verhältnisse. Am 21. März 1871 eröffnete Kaiser Wilhelm den ersten deutschen Reichstag und bekundete aufs neue den Wunsch, „es möge die Aufgabe des deutschen Volks fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als

Sieger zu erweisen". Zunächst galt es die Festsetzung der Reichsverfassung. Am 14. April ward sie fast einstimmig angenommen und erlangte am 4. Mai Gesetzeskraft. An der Spitze des 26 verbündete Staaten umfassenden Bundesstaats steht als erbliches Oberhaupt der jeweilige König von Preußen mit dem Titel „deutscher Kaiser" und hat das Reich dem Auslande gegenüber völkerrechtlich zu vertreten, den Oberbefehl über die gesamte Kriegsmacht zu führen und im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Bündnisse und Frieden zu schließen. Zur Seite steht ihm für alle Reichsangelegenheiten ein Reichskanzler. Von den Organen des Reichs stellt am reinsten den Gedanken der Einheit der Reichstag dar. Hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen — also auf sehr demokratischer Grundlage beruhend, die nur in der Diätenlosigkeit der Abgeordneten ein Gegengewicht findet — vertritt er die gesamte Reichsbevölkerung, nicht die der Einzelstaaten. Nie ist ein territorialer Gegensatz bei der Parteigruppierung hervorgetreten, jeder Abgeordnete ist eben Vertreter des ganzen Volks und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden. Der Bundesrat dagegen besteht aus den instruierten Vertretern der 25 Bundesregierungen — das Reichsland Elsaß-Lothringen ist nur mittelbar vertreten — und giebt der Souveränität der letzteren den unbestrittenen Ausdruck. Jeder Bundesstaat stimmt einheitlich, und zwar hat Preußen 17 (fast $^1/_3$), Bayern 6, Würtemberg und Sachsen je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2, die übrigen je 1 Stimme. Die Befugnisse des Bundesrats sind zugleich gesetzgebende, richterliche und verwaltende. Er beschließt über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse. Also durch Bundesrat und Reichstag gemeinsam wird die Reichsgesetzgebung ausgeübt; dem Kaiser als solchem steht nur die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Überwachung der Ausführung derselben zu.

Nach dem von Bismarck (der 1871 in den Fürstenstand erhoben und zum Reichskanzler ernannt ward) stets befolgten Grundsatze sollte nur in dem unerläßlich Notwendigen völlig einheitliche Ordnung herrschen, im übrigen aber Freiheit der Bewegung und Selbständigkeit. „Eins nach außen, schwertgewaltig um ein

hoch Panier geschart, innen reich und vielgestaltig, jeder Stamm nach seiner Art" sollte das neue Deutschland dastehen. So konnte der alte Gegensatz zwischen Sondertum und nationaler Einheit überwunden und der deutsche Bundesstaat auf sicheren Grundlagen weiter entwickelt werden. Viele Lebensgebiete blieben der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen, aber einheitlich geregelt ist alles, was Wehrpflicht, Ausbildung und Ausrüstung der Truppen, Gerichtsverfassung, Zollwesen, Münz-, Maß- und Gewichtssystem betrifft. In Bezug auf den Verkehr haben Bayern und Würtemberg wichtige Reservatrechte. Die Kriegsmarine dagegen gehört nur dem Reiche an. Auf dem Wege, die Eisenbahnen zur Reichssache zu machen, that Preußen durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen einen wichtigen Schritt vorwärts. Auch mit der Anlage neuer Wasserstraßen (des Dortmund-Ems-Kanals, des Nord-Ostsee-Kanals) holte das Reich nach, was der frühere Partikularismus versäumt hatte.

So ist der Gedanke der Reichseinheit, der Zusammengehörigkeit aller Deutschen, trotz mancher Regungen des Sondertums, zu einem Bestandteil des nationalen Bewußtseins geworden. Wahrhaft verkörpert im Bundeshaupte ist er aber nur dann, wenn dessen Macht sich nicht allein auf den Buchstaben des Rechts, auf das Übergewicht eines starken, einheitlich geordneten Einzelstaats und auf die Hausmacht seines erblichen Geschlechts gründet, sondern auch auf der aufrichtigen, freiwilligen Anhänglichkeit und Treue des ganzen großen Volks beruht. Es war eine gnadenreiche Fügung, daß diese unerläßliche Vorbedingung für das Gedeihen des Bundesstaats aufs herrlichste durch die Persönlichkeit Wilhelms I. erfüllt ward. Sein nie rastendes Pflichtgefühl, die ruhige Besonnenheit und unbefangene Klarheit seines Urteils, seine milde Leutseligkeit bei allem Ernst und bei stets gewahrter königlicher Haltung — alle diese hohen Herrschertugenden machten ihn in Wahrheit zum Haupte des deutschen Volks. Mit gleicher Gewissenhaftigkeit sorgte er für die Reichseinheit wie für die Rechte der Einzelstaaten und duldete nicht, daß die zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt errichteten Schranken von einer Seite überschritten wurden.

So waren denn die beiden politischen Ziele, auf die das Streben der Nation seit langem gerichtet war, erreicht: nationale Einheit

und gesetzlich gesicherter Anteil des Volks an der Regierung des Reichs wie der Einzelstaaten. Eine freiere Staatsordnung war begründet, die dem Grundsatze der Selbstverwaltung möglichst Rechnung trägt und so die Wertschätzung der Persönlichkeit erhöht. Gefährdet aber ward das auf politischem Gebiet Erreichte durch die sich verschärfenden sozialen Gegensätze.

In der revolutionären Bewegung von 1848 war eine organisierte sozialistische Partei in Deutschland noch nicht hervorgetreten. Hier gewann nun aber seit 1863 die Sozialdemokratie (s. S. 457) durch Lassalle Boden. Er gründete den allgemeinen deutschen Arbeiterverein und verkündete unter großem Beifall der Massen das eherne Lohngesetz, daß der Verdienst der Arbeiter bei den bestehenden Verhältnissen sich nie über den notwendigen Lebensunterhalt erhebe, der gewohnheitsmäßig zur Fristung des Daseins und zur Fortpflanzung erforderlich sei. Denn der Verdienst richte sich nur nach Angebot und Nachfrage. Stiege er dauernd über den Durchschnitt, so würde er durch das erhöhte Angebot von Arbeitskräften bald wieder herabgedrückt; fiele er unter den Durchschnitt, so würde durch das dann hereinbrechende Elend die Arbeiterzahl vermindert und der Lohn bald wieder auf den früheren Stand zurückgebracht. Eine Besserung solcher drückenden Lage wollte Lassalle durch Staatshülfe herbeiführen. Alle Produktionsmittel sollen von Staatswegen den Arbeitern übergeben und dann genossenschaftliche Vereinigungen (Produktivassoziationen) gebildet werden, die den Gewinn aus der gemeinsamen Arbeit gleichmäßig unter die einzelnen verteilen. — Viel weiter ging die von Marx, einem 1849 aus Preußen ausgewiesenen Sozialisten, 1864 in London begründete Internationale, ein Verein, der die Lehren des Kommunismus (s. S. 456) über alle Industrieländer verbreiten will. Für ihn wirkten in Deutschland besonders Liebknecht und Bebel, die später im Reichstage den von ihnen freudig begrüßten, greuelvollen Aufstand der Kommune in Paris 1871 als kleines Vorpostengefecht bezeichneten. Im Anschluß an die Internationale ward 1869 in Eisenach eine sozialdemokratische Arbeiterpartei begründet.

Nun war durch die Großindustrie das Kleinhandwerk immer mehr gefährdet. Die Löhne wurden verkürzt, weil der Fabrikant wegen der drohenden Konkurrenz auch des Auslands immer billiger

glaubte produzieren zu müssen. Die Notlage der ärmeren Klassen, aber auch das Selbstgefühl des vierten Standes wuchs, namentlich nach Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Die aus politischen Gründen schließlich überstürzten Milliardenzahlungen Frankreichs, die den deutschen Geldmarkt ganz unvorbereitet trafen, führten dann einen wirtschaftlichen Umschwung herbei. Leichtsinnigen Gründungen fiel das Privatkapital häufig in die Hände, der Tanz ums goldene Kalb ward immer allgemeiner und rasender, und als der unvermeidliche Rückschlag in dem großen „Krach" 1873 folgte, bei dem die Berliner Börse etwa 2 Milliarden an Schwindelpapieren verlor, verschärften sich die sozialen Gegensätze immer mehr. Manche ließen sich nun für anarchistische (s. S. 457) Bestrebungen gewinnen. Während 1870 3,3 Prozent der bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch waren, betrug die Zahl 1877 schon 9,1. Im Reichstage saßen 12 Abgeordnete der Partei. Wie sehr die radikalere Richtung über die gemäßigte Lassalles gesiegt hatte und wozu schließlich die fortgesetzte Agitation der Sozialdemokraten führte, das zeigten in erschreckender Weise zwei im Mai und Juni 1878 gegen Kaiser Wilhelm unternommene Mordversuche.

Dies bedrohliche Anwachsen der Sozialdemokratie, ein Beweis für die zunehmende Zuchtlosigkeit der Massen, in deren Tiefen verderbliche Kräfte nach Bethätigung rangen, führte nun einen völligen Umschwung in der inneren Politik des Reichs herbei, die sich bisher auf liberalen Bahnen bewegt hatte. Auch die seit 1878 sich bedrohlicher gestaltende äußere Lage (s. S. 575) ließ die Herstellung möglichst gesicherter innerer Zustände nötig erscheinen. Es ward zunächst das Sozialistengesetz erlassen, d. h. „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das stets auf einige Jahre verlängert wurde und verhüten sollte, daß jene Partei durch Vereine, Wahlen, Versammlungen, Verbreitung von Druckschriften u. ä. an dem Umsturze der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung arbeite. Wie wenig dadurch aber die radikale Richtung sich einschüchtern ließ, bewies vor allem der 1883 bei der Enthüllung des Nationaldenkmals auf dem Niederwalde geplante Anschlag.

Wie am 16. September 1877 die Grundsteinlegung, so vollzog am 28. September 1883 der 86jährige Kaiser, von einer äußerst glänzenden Versammlung umgeben, die Einweihung des herrlichen Denkmals „den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennnng, den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung". Ganz Deutschland, soweit es Sinn für des Vaterlandes wiedererstandene Macht und Größe besaß, jubelte dieser Feier zu. Die Anarchisten aber wollten sie zur Ausführung eines Vorhabens benutzen, das in einen Abgrund von Verworfenheit blicken läßt. Die ganze Versammlung sollte in die Luft gesprengt werden. Die durchnäßte Zündschnur versagte, der Anschlag ward entdeckt und die zwei Hauptanstifter wurden hingerichtet.

Auf „Heilung der Wunden in unserem gesellschaftlichen Leben" nicht nur durch Unterdrückung der Ausschreitungen, sondern auch „durch positive Förderung des Wohles der Arbeiter" zeigte sich die Regierung schon früh bedacht. Durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 ward eine Sozialgesetzgebung eingeleitet, durch die der Staat „die Arbeitgeber und dann auch in weiterer Folge die übrigen Massen oder vielmehr die Gesamtheit zu Opfern zwingt, welche der Arbeiterklasse zu gute kommen sollen". Ein Arbeiter-Kranken- und Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz kam nach langen Beratungen 1883 und 1884 zustande, und der greise Kaiser erlebte noch die Vorlage eines Gesetzes über Alters- und Invaliditätsversicherung. So sollte das, was an den (schon vor 1848 aufgestellten) sozialistischen Lehren erreichbar und berechtigt ist, nach Möglichkeit ins Leben gerufen, der nie ganz zu beseitigende Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden nach Kräften gemildert werden.

Neben den sozialen Kämpfen gefährdete besonders der Gegensatz zwischen Kirche und Staat den inneren Frieden. Nachdem Papst Pius IX. unter dem Einflusse einer extremen (ultramontanen) Partei das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes vom Konzil in Rom 1870 hatte anerkennen lassen, sollten die erhofften Siege der Franzosen dazu dienen, die Macht der katholischen Kirche zu erhöhen. Die Niederlage Frankreichs führte das Gegenteil herbei. Rom ward von den Italienern besetzt, vergeblich wandte sich der Papst an König Wilhelm um Hülfe. Das deutsch-

protestantische Kaisertum, das jede Einmischung in die italienischen Angelegenheiten ablehnte und 1873 die Jesuiten aus dem Reiche vertrieb, mußte dem Papsttum vollends ein Dorn im Auge sein. So ward das Verhältnis zwischen Kirche und Staat immer gespannter, und besonders in Preußen brach der Kampf bald heftig aus, da die Bischöfe gegen die Altkatholiken, die den Mut gehabt hatten, die Unfehlbarkeit nicht anzuerkennen, vorgingen. Kernpunkt des Streits war, wie einst im Mittelalter, der Anspruch des Staats auf entscheidende Mitwirkung bei Besetzung der geistlichen Ämter. Als Kampfmittel, das anfangs mit Schärfe und nicht ohne Mißgriffe gebraucht wurde, dienten der preußischen Regierung die Maigesetze von 1874, welche die Anwendung der kirchlichen Zuchtmittel beschränkten, wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen unter Staatsaufsicht und auf deutschen Anstalten forderten und dem Staate das Einspruchsrecht gegen die Anstellung von Geistlichen sicherten. Als der Papst die Gesetze für ungültig erklärt hatte, stellte Preußen die Leistungen an die katholische Kirche ($1^3/_4$ Millionen Mark) ein und hob alle geistlichen Orden außer denen für Krankenpflege auf. Alle Bischöfe bis auf 3 wurden allmählich abgesetzt. Eine Stütze fand der Staat nur an den Alt- und Staatskatholiken, die Mehrheit der katholischen Unterthanen aber blieb im Widerstande gegen die Maigesetze unbeugsam, und die Centrumspartei wuchs gewaltig.

Als der ziemlich friedlich gesinnte Leo XIII. 1878 Papst geworden war und namentlich das Anwachsen der sozialen Bewegung sowie die veränderte auswärtige Lage einen Umschwung in der Politik des Reichs wie Preußens herbeigeführt hatte, waren beide Teile, Kirche und Staat, nicht abgeneigt, die Hand zu der sehr wünschenswerten Verständigung zu bieten. Bismarck hatte als Staatsmann von Anfang an in dem Kampfe nur eine neue Phase des uralten Machtstreits zwischen Königtum und Priestertum, also keine Rechtsfrage, gesehen und war nie der Ansicht gewesen, daß die Anschauungen der kirchlichen Kreise durch die Wissenschaft umgebildet werden könnten, daß es sich also um einen „Kulturkampf" handle. Schon im Juli 1878 besprach er sich mit dem Nuntius Masella, und Milderungen in den Kirchengesetzen begannen bald. Lange Verhandlungen folgten. In der zwischen Deutschland und Spanien

entstandenen Streitfrage wegen der Karolineninseln übernahm der Papst 1885 das Schiedsrichteramt, und das führte eine weitere Annäherung herbei. Schließlich ward 1886 ein Ausgleich getroffen. Der Staat ließ so ziemlich alle Maigesetze fallen, die katholische Abteilung im Kultusministerium aber blieb beseitigt und die Kirche erkannte die Pflicht an, die zu ernennenden Pfarrer dem Oberpräsidium anzuzeigen. 1887 wurden auch die Orden und Ordensgesellschaften wieder zugelassen, wenn sie die ministerielle Genehmigung erlangt hatten.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete trat seit 1878 durch den Übergang vom Freihandel zu dem bis 1862 vom Zollverein befolgten Schutzzollsystem eine einschneidende Änderung ein. Bismarcks Gedanke dabei war, das Reich durch den Ertrag der Zölle instand zu setzen, nicht nur die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zu entbehren, sondern vielmehr diesen selbst Erträge zufließen zu lassen. Durch die Steuern auf Zucker und Branntwein fand 1887 ein weiterer Ausbau des Reichssteuersystems statt. Die Ansichten über die Zweckmäßigkeit desselben blieben jedoch nach wie vor sehr geteilt. Von größter Bedeutung aber war es, daß 1882 Hamburg und 1885 Bremen in die gemeinsame Reichszollgrenze einbezogen wurden.

So fehlte es denn nicht an schweren Gegensätzen im Innern, die oft ohne Not durch die alte deutsche Art oder Unart des Sondertums, des Parteihaders und der Rechthaberei, der Quelle vieler Unzufriedenheit, verschärft wurden. Sie konnten dann leicht bei den fremden Nationen den Eindruck machen, „daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1813 und 1870, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen —, daß sich aber dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen". So äußerte sich Bismarck 1885 im Reichstage, als dieser zur großen Entrüstung des deutschen Volks eine Forderung für das auswärtige Amt abgelehnt hatte. Und dabei gestalteten sich gerade durch Bismarcks geniale Staatskunst wider Erwarten günstig die

Beziehungen nach außen. Die Aufgabe, die sich das Deutsche Reich gestellt, ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens zu sein, ward, allerdings unter großen Schwierigkeiten, gelöst. Denn Frankreich, von der Höhe des kriegerischen Ruhms so

jäh herabgestürzt, erfüllte sich mit leidenschaftlichem Hasse gegen Deutschland, richtete all sein Sinnen und Thun auf „Revanche“ und zwang durch seine ungeheuren Rüstungen, für die kein Opfer gescheut ward, auch fast das ganze übrige Europa, namentlich aber das in der Mitte des Erdteils liegende Deutsche Reich, in Waffen zu starren, so daß für Werke des Friedens, für Pflege von Kunst und Wissenschaft äußerst wenig übrig blieb. Die Bemühungen Frankreichs aber, einen Bundesgenossen zu gewinnen, scheiterten anfangs völlig. Fürst Bismarck nahm sich eben die strengste Achtung fremden Rechts stets zur Richtschnur, so daß ihm kriegerische Absichten schlechterdings nicht unterstellt werden konnten. Seiner weitschauenden Staatskunst gelang es sehr bald, die europäische Anerkennung des neuen Deutschen Reichs zu gewinnen, vor allem Österreich mit dem Gegner von 1866 völlig auszusöhnen. Schon im Dezember 1870 begann ein Schriftwechsel zwischen dem österreichischen Reichskanzler (dem früheren sächsischen Minister) Beust und Bismarck. „Deutschland und Österreich-Ungarn“, so äußerte sich letzterer, „werden mit den Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens aufeinander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen.“ Auch ein friedlicher Ausgleich der beiden Nebenbuhler in der orientalischen Frage, Rußlands und Österreichs, ward angebahnt, und Frankreich stand anfangs völlig isoliert da. Gerade die orientalische Frage aber — besser Balkanfrage genannt, denn es handelt sich darum, unabhängige Balkanstaaten in den Händen der christlichen Balkanvölker zu schaffen — führte eine Änderung in dieser seit der Dreikaiserzusammenkunft in Berlin 1872 geschaffenen Lage herbei. Rußland wollte nach dem Kriege gegen die Türkei sein Übergewicht auf der Balkanhalbinsel sichern, und das gefährdete Österreichs Lebensinteressen. Auch England erhob Einsprache. Nun regelte ein europäischer Kongreß in Berlin unter dem Vorsitze Bismarcks 1878 die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel. Da Rußlands Forderungen aber nicht alle erfüllt werden konnten, so ward es gegen Deutschland verstimmt und näherte sich Frankreich, trotz aller zwischen beiden Staaten obwaltenden Verschiedenheiten. Um nun einem russisch-französischen Angriffe vorzubeugen, schloß Bismarck, der den Kaiser Wilhelm von der Notwendigkeit

des für letzteren sehr schweren Schrittes schließlich überzeugt hatte, 1879 das Schutzbündnis mit Österreich. Nachdem 1883 die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vorübergehend sich günstiger gestaltet hatten, so daß Bismarck am 10. Januar 1885 im Reichstage aussprechen konnte: „Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen", drohte 1887 wegen der ehrgeizigen Pläne des französischen Kriegsministers Boulanger Kriegsgefahr. Der deutsche Reichstag lehnte aber die Verstärkung des Heeres in der von der Regierung gewünschten Weise ab, trotzdem Graf Moltke die Abgeordneten davon zu überzeugen suchte, daß, was für das Heer bewilligt werde, eine Kapitalanlage sei, die sich verzinse in der Aufrechterhaltung des Friedens und in der Verbürgung des Sieges für den Fall des Friedensbruches. Ein neuer Reichstag jedoch, unter ungeheurer Spannung gewählt, nahm die Regierungsvorlage, durch welche die Friedensstärke bis 1895 auf 468409 Mann festgesetzt ward, mit 227 gegen 31 Stimmen an. Rußlands falsche Behauptungen über die deutsche Politik, der es den Verlust seines entscheidenden Einflusses auf der Balkanhalbinsel zuschrieb, dauerten aber ebenso fort wie die Truppenverschiebungen an der deutschen und österreichischen Grenze. Daher ward 1888 zunächst der deutsch-österreichische Vertrag vom Jahre 1879 veröffentlicht, damit aller Welt offenbar würde, daß die beiden Herrscher „ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen". Der erste Artikel des Vertrags bestimmt: Wird eins der beiden Reiche von Rußland angegriffen, so hat das andere mit der gesamten Kriegsmacht beizustehen; der Friede ist nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. Der zweite setzt fest: Greift eine andere Macht eins der beiden Reiche an, so hat das andere mindestens eine wohlwollende Neutralität zu beobachten; sobald jedoch Rußland jenen Angreifer irgendwie unterstützt, kämpfen beide Reiche gemeinsam bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Sodann aber legte die Regierung ein neues Wehrgesetz vor, das für die Landwehr ein zweites Aufgebot herstellte und die Dienstpflicht um 7 Jahre, bis zum 39. Lebensjahre, verlängerte. Trotzdem die einmaligen Ausgaben für diese Neuordnung 278 Millionen

Mark betrugen, ward das Gesetz nach einer gewaltigen Rede Bismarcks, die in den Worten gipfelte: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt", ohne jede Verhandlung einstimmig angenommen. Solche Einmütigkeit des Reichstags und der Reichsregierung war bisher noch nie zu Tage getreten und bildete einen lichten Schein in dem durch trübe Wolken verdunkelten letzten Lebensjahre des Kaisers. Ward durch jenes Gesetz die Wehrkraft Deutschlands bedeutend gesteigert, so sicherte Italiens schon 1883 erfolgter, 1887 erneuter Beitritt zum deutsch-österreichischen Bündnis den Frieden noch mehr. Der Dreibund ward die beste Bürgschaft für die Ruhe Europas.

Ein ganz neues Blatt in der Geschichte des wiedererstandenen Reichs ist das Bemühen, sich Kolonieen zu verschaffen, wobei die nationale Thatkraft sich aufs schönste kundthat. Die ersten Erwerbungen gingen von unternehmenden Hamburger Kaufleuten aus, aber bald wandte auch die Reichsregierung den Kolonisationsplänen ihre Teilnahme zu. Ein „Deutscher Kolonialverein" ward 1882 begründet und im folgenden Jahre ein umfangreiches Gebiet an der Westküste Afrikas in Angra-Pequena durch ein Bremer Haus erworben. Der deutsche Generalkonsul Nachtigal wußte dann hier wie in Togoland und Kamerun durch Verträge die Hoheitsrechte zu gewinnen, und nachdem eine Gesellschaft für deutsche Kolonisation Ostafrikas sich gebildet hatte, wurden auch hier, sowie in der Südsee, bedeutende Gebiete erworben und, soweit es nötig war, unter den Schutz und die Aufsicht des Reichs gestellt. Bismarcks Geschicklichkeit gelang es, die aus solchem Vorgehen entstandenen Verwickelungen mit England, das sich in seinem Kolonialbesitze bedroht sah, gütlich beizulegen. Als dann die Gründung des Kongostaats zu Zwistigkeiten zu führen drohte, lud die deutsche Regierung im Einverständnis mit Frankreich die beteiligten Mächte 1884 zu einer Konferenz, der sog. Kongokonferenz, in Berlin ein, und die Bereitwilligkeit, mit der dieser Einladung entsprochen ward, war (wie die Thronrede hervorhob) „ein Beweis der freundschaftlichen Gesinnung und des Vertrauens, von welchem alle Staaten des Auslands Deutschland gegenüber erfüllt sind". Die Konferenz setzte dann die Freiheit des Handels in dem Becken des Kongo, seinen Mündungen und den angrenzenden Ländern fest.

Schluß. Auf allen Gebieten des nationalen Lebens hatten sich so unter Kaiser Wilhelm I. neue Bahnen eröffnet. Daß aber unter ihm auch das Herrschertum im Glauben und Vertrauen der Völker wieder aufgerichtet war und daß die Deutschen trotz der realistischen und materialistischen Strömung der Zeit doch den Sinn für die idealen Güter sich bewahrten, das offenbarte sich vor allem bei den herrlichen Festen, die Deutschland in diesen Jahren feiern durfte. Am 11. Juni 1879 ward die goldene Hochzeit des Kaiserpaares begangen, im Oktober 1880 die Vollendung des Kölner Domes gefeiert. Das Jahr 1883 brachte neben der Einweihung des Niederwalddenkmals (s. S. 572) das Lutherfest zur Feier der 400jährigen Wiederkehr seines Geburtstags. 1885 beging Fürst Bismarck seinen 70. Geburtstag, 1886 fand das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs Wilhelm statt, sowie das 400jährige Jubiläum der Heidelberger Universität. Am 22. März 1887 trat Wilhelm I. in das 90. Lebensjahr, und zu dieser Feier erschienen 85 Mitglieder souveräner europäischer Fürstenhäuser in Berlin. Manche von denen, die bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs thätig gewesen, waren schon im Tode vorausgegangen: 1886 der unglückliche Bayernkönig Ludwig II., 1885 der ruhmgekrönte Prinz Friedrich Karl, 1883 der tapfere Großherzog von Mecklenburg. Das Fest des 90. Geburtstags sollte das letzte sein, das Wilhelm I. in ungetrübter Freude verlebte. Die schwere Erkrankung seines einzigen Sohnes und Nachfolgers brachte dem Greise, dessen Kräfte schnell abnahmen, tiefsten Herzenskummer. Aber daß er ein Werk von festgegründeter Dauer vollführt, des konnte er sich getrösten, als er, der bis zuletzt „keine Zeit hatte müde zu sein", am 9. März 1888 zu seinen Vätern versammelt ward.

Ein Herrscherleben war geendet, dessengleichen die Geschichte selten gesehen. Für die Entwickelung des Königtums war Wilhelms I. Regierung ungemein bedeutungsvoll. Denn sie offenbarte aufs schönste die ausgleichende Gerechtigkeit — die das Wesen der Monarchie ausmacht —, sie behauptete siegreich die neue Verfassungsordnung gegen den heftigen Ansturm sowohl der rückwärts als der vorwärts strebenden Parteien, sie stärkte und befestigte das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Unterordnung der ein-

zelnen unter das Gesamtinteresse, des Gleichgewichts der verschiedenen Gesellschaftsklassen, der nationalen Monarchie über einer monarchisch gesinnten Nation. Selten hat ein Fürst so den vaterländischen Geist gepflegt und gehoben, selten gingen König und das gesamte Volk so treu zusammen wie unter Wilhelm I. Um den Heimgang des ersten neuen deutschen Kaisers trauerte deshalb in Wahrheit ganz Deutschland, das, einst mißachtet und verlacht, von ihm und unter ihm zu neuem, herrlichem Glanze gebracht worden war. Die nationale Selbständigkeit nach außen war errungen und behauptet, die freie Staatsordnung im Innern begründet und gesichert.

Es ist die Aufgabe des Staats, mit den in stetem Fortschritte und steter Fortbildung begriffenen Anschauungen und Zielen der Menschen sich zu durchdringen, allen auf geistigem und sittlichem, staatlichem und wirtschaftlichem Gebiete sich regenden Kräften entweder Maß und Richtung zu geben oder freie Entfaltung zu ermöglichen, ein frisches Vorwärtsstreben auf sicherer Bahn stets zu begünstigen, aber auch dem besonnenen Festhalten an den hergebrachten Zuständen sich nicht zu verschließen. Diese Aufgabe hat der alte preußische und der neue deutsche Staat unter Wilhelm I. erfüllt und ein herrliches Erbe künftigen Geschlechtern hinterlassen. Um ein solches aber zu pflegen und zu mehren, dazu bedarf es nach der Mahnung und nach dem Vorbilde dieses Herrschers der Anspannung der geistigen und sittlichen Kräfte, des Ernstes und der Aufrichtigkeit der religiösen Gesinnung, der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit.

Register.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.





